



Texte und Materialien zur Zeitgeschichte

Redaktion: Werner Röder und Christoph Weisz

Band 11

Das SKK-Statut

Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953

Eine Dokumentation

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
zusammengestellt und eingeleitet von
Elke Scherstjanoi

K·G·Saur München 1998

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Das **SKK-Statut**: zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in
Deutschland 1949 bis 1953; eine Dokumentation / zsgest. und eingeleitet
von Elke Scherstjanoi. – München : Saur, 1998
(Texte und Materialien zur Zeitgeschichte ; Bd. 11)
ISBN 3-598-11333-1



Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

Alle Rechte vorbehalten / All Rights Strictly Reserved
K. G. Saur Verlag GmbH & Co KG, München 1998
Part of Reed Elsevier

Printed in the Federal Republic of Germany

Datenübernahme und Satzproduktion: Rainer Ostermann, München
Druck / Printed by Strauss Offsetdruck, Mörlenbach
Binden / Bound by Buchbinderei Schaumann, Darmstadt
ISBN 3-598-11333-1

Vorwort

Nach Zusammenbruch der „realsozialistischen“ Diktaturen hat sich das Institut für Zeitgeschichte sofort bemüht, nicht nur die in der ehemaligen DDR plötzlich zugänglich gewordenen Quellenmassen für die Intensivierung seiner SBZ/DDR-Forschungen zu nutzen, sondern auch und von Anfang an den Versuch unternommen, möglichst zielgerichtet und projektorientiert die jeweilige Gegenüberlieferung in den ehemals sowjetischen Archiven – heute den staatlichen Archiven der Russischen Föderation – heranzuziehen. Trotz der formellen Aufhebung von grundsätzlichen Zugangsbeschränkungen ist dies allerdings nach wie vor mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden, die vermutlich sowohl auf in die Sowjetzeit zurückreichende übersteigerte und inzwischen offenkundig widersinnige Geheimhaltungstraditionen und „Enthüllungs“-Phobien wie möglicherweise auf interne Organisations-, Kommunikations- und Desekretierungsprobleme im staatlichen russischen Archivwesen zurückzuführen sind; der Quellen- und Erschließungsbericht der Bearbeiterin in der Einleitung zeichnet ein plastisches Bild dieser wohl noch auf absehbare Zeit nicht in einem für die Forschung wirklich befriedigenden Sinn zu lösenden Zugangsprobleme.

Die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland (SKK) war nach Gründung der DDR im Oktober 1949 und nach Auflösung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) deren unmittelbare Nachfolgeinstitution als zentrales Organ sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland. Hatte die SMAD in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) noch die Funktion des alleinigen Souveräns und Inhabers aller staatlich-administrativen Gewalt innegehabt, so gewährte die sowjetische Führung dem neugebildeten ostdeutschen Separatstaat „Souveränität unter Vorbehalt“ und versuchte, ihn in das Glacis „Volksdemokratien“ im Osten Europas einzubeziehen, ohne allerdings die Option eines neutralisierten Gesamtdeutschland grundsätzlich aufzugeben. Gleichwohl war man auf sowjetischer Seite demonstrativ bemüht, die formale „Eigenstaatlichkeit“ der DDR auch propagandistisch nach außen zu kehren, wenngleich von wirklicher Souveränität nicht die Rede sein konnte; die Weisungs- und Kontrollbefugnisse der sowjetischen Besatzungsmacht waren, wie auch aus den vorgestellten Dokumenten deutlich wird, schon in der Intention wesentlich umfassender und direkter als bei den westlichen Besatzungsmächten.

Die Geschichte der SKK stellt in der bisherigen Forschung weitgehend eine terra incognita dar – deutsche Historiker sind bislang über erste Ansätze nicht hinausgekommen, russische haben sich des Themas überhaupt noch nicht ernsthaft angenommen. Die umfangreiche Einleitung der Bearbeiterin beschreibt zum ersten Mal in systematischem und umfassendem Ansatz Aufbau, Wirkungsweise und Entwicklung der Sowjetischen Kontrollkommission 1949–1953. Dabei wird deutlich, daß die SKK nicht nur in einem formalen Sinne das Nachfolgeinstitut der SMAD darstellte, sondern sich auch hinsichtlich Struktur und Funktion als unmittelbare Fortsetzung der SMAD erweist. Dies gilt sowohl hinsichtlich ihres Verhältnisses zu Legislative, Exekutive, Judikative und politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Organisationen und Institutionen des ostdeutschen Separatstaats sowie ihrer Rolle als Repräsentant und Exekutor sowjetischer Suprematie über die DDR als auch hinsichtlich ihrer inneren Verfaßtheit im Kräftefeld zwischen Ostberlin und Moskau. Trotz scheinbar klarer hierarchischer Gliederung und eines zumindest auf dem Papier stromlinienförmigen Instanzenzugs setzten sich Stellen-, Ab-

teilungs- und Funktionswirrwarr mit rasch wechselnden Zuständigkeiten, Kompetenzüberschneidungen und daher rührenden Reibungsverlusten sowie unentwegte organisatorische Improvisationen als Reaktion auf die dynamische Entwicklung in den Jahren nach 1945, wie sie für die SMAD kennzeichnend gewesen waren, mutatis mutandis auch in der Sowjetischen Kontrollkommission fort.

Das ist nicht verwunderlich, bestand doch auf der einen Seite zwischen SMAD und SKK, wie aus den vorgelegten Dokumenten deutlich wird, eine hohe personelle Kontinuität; auf der anderen war das instabile Spannungsverhältnis zwischen machtbewußtem Agieren gegenüber deutschen Dienststellen und politisch-gesellschaftlichen Organisationen und Abhängigkeit von der übergeordneten und letztlich maßgeblichen Moskauer Zentrale bei beiden sowjetischen Besetzungsinstituten durchaus ähnlich.

Der Unterschied bestand, wie schon angeführt, vor allem darin, daß der SKK in der DDR – im Gegensatz zu SMAD und SBZ – ein ostdeutscher Teilstaat mit „Souveränität unter Vorbehalt“ gegenüberstand; darüber hinaus war die Konsolidierung der faktischen Herrschaftsverhältnisse zu diesem Zeitpunkt dort bereits so weit fortgeschritten, daß man in Moskau glaubte, die Leine nicht mehr, wie zu Zeiten der SMAD, schürzen zu müssen, sondern sie lockerer ließ. Trotzdem behielt sich auch die SKK die oberste Entscheidungsgewalt und das Primat sowjetischer Interessen vor.

Mit der Veröffentlichung der hier vorgelegten, erstmals aus dem Russischen übersetzten Dokumente und der Einleitung von Elke Scherstjanoi haben das Institut für Zeitgeschichte und seine Außenstelle Berlin – nach der Publikation des von Jan Foitzik ebenso umfassend eingeleiteten „Inventars der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland“ und mit der unmittelbar vor Veröffentlichung stehenden großen Untersuchung von Jan Foitzik über „Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion“ – eine Grundlage für die Untersuchung der sowjetischen Besatzungsherrschaft in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg gelegt. Auch wenn die Forschung in diesem Bereich nicht zuletzt aufgrund des unbefriedigenden Quellenzugangs noch keineswegs an einem wenigstens vorläufigen Endpunkt angelangt ist, kann nunmehr konstatiert werden, daß in eine bislang nahezu unzugängliche Forschungslandschaft erste größere Schneisen geschlagen sind, die ein weiteres Vorankommen auf diesem schwierigen Terrain erleichtern. Frau Dr. Elke Scherstjanoi, der Bearbeiterin und Verfasserin der Einleitung, gebührt ebenso Dank wie dem Leiter der Außenstelle Berlin des Instituts für Zeitgeschichte, Dr. habil. Hartmut Mehringer.

Horst Möller

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
----------------------	---

Abkürzungsverzeichnis	IX
------------------------------------	----

Einleitung

Die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland (1949–1953)

von Elke Scherstjanoi

1. Forschungsstand, allgemeine Quellenlage und aktuelle Erschließungsprobleme	1
2. Die Entstehung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (1949)	7
3. Struktur, Mitarbeiterbestand und Führungspersonal der SKK (1949)	15
4. Interne Vorarbeiten für ein Statut der SKK (1949)	31
4.1 Aufgaben und politische Ziele	31
4.2 Kompetenzen und Arbeitsweise	37
5. Die Moskauer Überarbeitung des Entwurfs und die Annahme eines Statuts der SKK (1950)	44
6. Personalabbau, Umstrukturierung und Veränderungen in der Leitung der SKK (1950 bis Mitte 1952)	54
7. Zur SKK-Praxis: Arbeitsabläufe und Instanzenzug	60
8. Weitere Veränderungen und eine Modifizierung des Gründungsgedankens (Mitte 1952)	83
9. Das Ende der SKK (1953)	95

Hinweise zur Einrichtung und Benutzung

1. Zu den vorgestellten Dokumenten	107
2. Editorische Hinweise	115

Statut der SKK. Dokumente zur Entstehung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (1949–1953)

Dokument 1

Statut der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland [Entwurf und Endfassung]	119
---	-----

Dokument 2

Entwurf eines Statuts der Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland für das Land Mecklenburg und die Städte Rostock und Wismar	137
--	-----

Dokument 3

Statut der Vertretung der SKK im Land ((Brandenburg)) [Auszüge aus dem Entwurf]	153
--	-----

Dokument 4

Statut der Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission
in Deutschland für das Land Sachsen-Anhalt [Entwurf] 162

Dokument 5

Statut der Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission
in Deutschland für das Land ((Sachsen))
[Auszüge aus dem Entwurf] 175

Dokument 6

Statut der Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission
in Deutschland für das Land Thüringen [Entwurf] 184

Dokument 7

Statut des Apparats des Vertreters der Sowjetischen
Kontrollkommission in Berlin [Entwurf] 197

Dokument 8

Grundbestimmungen für die Berichterstattung der
deutschen staatlichen Organe gegenüber der Sowjetischen
Kontrollkommission in Deutschland ((1950)) 205

Dokument 9

Anweisungen zur Industrierichterstattung ((1950)) 207

Dokument 10

Verzeichnis führender Mitarbeiter der Sowjetischen
Kontrollkommission in Deutschland, 1950 209

Dokument 11

Protokoll-Verzeichnis der Sowjetischen Kontrollkommission
in Deutschland zum 20. Februar 1951 210

Dokument 12

Protokoll-Verzeichnis der Amtspersonen der Sowjetischen
Kontrollkommission und der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen
in Deutschland nach dem 25. Juni 1952 214

Anlagen

Anlage 1

Personalbestand der Sowjetischen Kontrollkommission
in Deutschland 1949/50 219

Anlage 2

Besetzung der obersten Führungspositionen
der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949–1953 220

Anlage 3

Verzeichnis der im Februar 1950 für ungültig erklärten
SMAD-Befehle und solcher, die durch deutsche Bestimmungen
ersetzt werden sollten 222

Gedruckte Quellen und Literatur 225

Personenregister 237

Abkürzungsverzeichnis*

AHK	Alliierte Hohe Kommission (der Westmächte in der Bundesrepublik)
AVP RF	Archiv Vnešnej Politiki Rossijskoj Federacii [Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation], Archiv des Russischen Außenministeriums, Moskau
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BAP	Bundesarchiv Koblenz, Abteilungen Potsdam (inzwischen Berlin)
Bd.	Band
Bl.	Blatt
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
CDU	Christlich-Demokratische Union (Deutschlands)
CK	Central'nyi Komitet [Zentralkomitee]
DA	Deutschland Archiv
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DVdI	Deutsche Verwaltung des Innern (in der sowjetischen Besatzungszone)
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission (in der sowjetischen Besatzungszone)
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GARF	Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii [Staatsarchiv der Russischen Föderation], Moskau
GSOVG	Gruppa Sovetskich Okkupacionnych Vojsk v Germanii [Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland]
GULAG	Glavnoe upravlenie lagerej [Hauptverwaltung für Lager]
HICOG	Office of the U.S. High Commissioner for Germany
HO	(staatliche) Handelsorganisation
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
KONSUM	(Einzelhandelsgenossenschaft)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion (so seit ihrem 19. Parteitag im Oktober 1952)
KPdSU (B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), im deutschsprachigen Raum seit den vierziger Jahren übliche Abkürzung für VKP(B)
KPSS	Kommunističeskaja Partija Sovetskogo Sojuza [Kommunistische Partei der Sowjetunion]
KVP	Kasernierte Volkspolizei
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, auch LDP(D) abgekürzt
MAS	Maschinen-Ausleih-Station(en)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (der DDR)
MGB	Ministerstvo gosudarstvennoj bezopasnosti [Ministerium für Staatssicherheit] (der UdSSR)
MVD	Ministerstvo vnutrennych del [Ministerium für Innere Angelegenheiten] (der UdSSR, häufig: MWD)

NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NKGB	Narodnyj komissariat gosudarstvennoj bezopasnosti [Volkskommissariat für Staatssicherheit] (der UdSSR)
NKVD	Narodnyj komissariat vnutrennych del [Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten] (der UdSSR, häufig: NKWD)
o.D.	ohne Datum
OMGUS	Office of Military Government for Germany, United States
RZCHIDNI	(eigentlich RCCHIDNI) Rossijskij centr chranenija i izučenija dokumentov novejšej istorii [Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte], Moskau
S.	Seite
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft(en)
SAPMOBArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontrollkommission, hier ausschließlich: in Deutschland
SMA	Sowjetische Militäradministration (Landes- und Provinzialebene)
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland (zonale Ebene)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPK	Staatliche Plankommission (der DDR)
ss	soveršenno sekretno [streng geheim]
SSSR	Sojuz Sovetskich Socialističeskich Respublik [Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken]
SVAG	Sovetskaja voennaja administracija v Germanii [Sowjetische Militäradministration in Deutschland]
SWA-Verlag	(eigentlich SVA-Verlag) Sovetskaja voennaja administracija-Verlag [Verlag der Sowjetischen Militäradministration]
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USGAO	Upravlenie Sovetskich Gossudarstvennych Akcionernych obščestv [Verwaltung für Sowjetische Staatliche Aktiengesellschaften]
USIG	Upravlenie sovetskogo imuščestva v Germanii [Verwaltung für sowjetisches Eigentum in Deutschland]
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEAB	Volkseigene(r) Erfassungs- und Aufkaufbetrieb(e)
VEB	Volkseigene(r) Betrieb(e)
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VP	Volkspolizei
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee
ZCHSD	(eigentlich CCHSD) Centr Chranenija Sovremennoj Dokumentacii [Zentrum zur Aufbewahrung zeitgenössischer Dokumentation], Moskau

* Zur Schreibweise russischer Personennamen und Institutsbezeichnungen siehe S. 115, editorische Hinweise.

Einleitung

Die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland (1949–1953)

von Elke Scherstjanoi

1. Forschungsstand, allgemeine Quellenlage und aktuelle Erschließungsprobleme

Das Interesse an einer wissenschaftlichen Darstellung sowjetischer Einflußnahme auf soziale, politische und kulturelle Entwicklungen im Osten Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ist unvermindert groß. Herrschaftstechnische Aspekte dieser Einflußnahme, wie Struktur und Organisation der Besatzungs- und Kontrollorgane, Formen der Kooperation sowjetischer und ostdeutscher Institutionen, Prozesse der politischen Entscheidungsfindung, sind jedoch noch kaum untersucht. Das historiographische Defizit ist hinsichtlich der späteren Besatzungsjahre besonders groß. Während die Forschung der letzten Jahre bei der Analyse sowohl formeller als auch inhaltlicher Probleme der Besatzungsherrschaft unter der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945 bis 1949 gewisse Erkenntnisfortschritte brachte, liegt das Wirken ihrer Nachfolgeinstitutionen, der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland und des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland während der Existenz der DDR als teilsouveräner Staat 1949 bis 1954/55 noch weitgehend im dunkeln. Deutsche Historiker sind über erste Problematisierungen nicht hinausgekommen¹, russische haben sich des Themas überhaupt noch nicht ernsthaft angenommen.²

Von November 1949 bis Mai 1953 vertrat die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland als Organ der Regierung der UdSSR sowjetische Interessen in Deutschland. Ihre Installierung ergab sich aus der Gründung der DDR, die aus sowjetischer Sicht die Beendigung der Militärverwaltungspraxis im nach wie vor sowjetisch besetzten Teil Deutschlands notwendig machte. Unter den Bedingungen fehlender friedensvertraglicher Regelungen zwischen Deutschland und den Siegermächten, eines de jure beibehaltenen Kriegszustandes, fortgesetzter militärischer Besetzung und anhaltender Inanspruchnahme oberster Souveränität durch die Siegermächte in den jeweiligen Teilen Deutschlands bekam die SKK die Aufgabe zugewiesen, gegenüber den staatlichen Einrichtungen der DDR sowjetische Interessen durchzusetzen und die politische und soziale Entwicklung in ganz Deutschland zu beobachten. An der Spitze der Kommission stand Armeegeneral Vasilij Ivanovič Čujkov. Ihren Sitz nahm die Kommission am Aufenthaltsort der DDR-

¹ Vergleiche Otto, Handlungsspielraum; Scherstjanoi, Provisorium, S. 145–148; Kaiser, Einfluß.

² Der Moskauer Historiker und frühere SMAD-Offizier Michail Semirjaga unternimmt in Ergänzung zu Erinnerungen an selbst Erlebtes den Versuch, auf die Geschichte der SKK als Behörde knapp einzugehen (Semirjaga, Kak my, S. 36f.). Ihm lagen offensichtlich einige der Dokumente vor, die in dieser Publikation veröffentlicht werden. Semirjaga unterläuft jedoch Ungenauigkeiten, angefangen bei der Datierung der SKK-Gründung, über allgemeine Aussagen zu deren Strukturgeschichte bis hin zur Darstellung des Endes der Kommission. Da er seine Quellen nicht angibt, sind Gegenüberstellungen zu den hier verwendeten nicht möglich.

Regierung. Sie war auf dem vormaligen Gelände der SMAD in Berlin-Karlshorst untergebracht.

Aufbau, Kompetenzen und Funktionsweise der SKK standen bisher weitestgehend außerhalb des Forschungsinteresses. Das erklärt sich nur zum Teil aus Schwierigkeiten bei der Quellenerschließung, denn faktisch sind deren Möglichkeiten und Grenzen, zumindest was den Hauptaktenbestand der SKK in Moskau betrifft, nach 1989/90 nie richtig ausgelotet worden. Das Moskauer Quellenangebot reizte nur wenige Forscher, eine Analyse sowjetischer Einflußnahme auf ostdeutsche Geschehnisse nach 1949 zu versuchen. Der Ansturm auf diese Akten blieb aus. Vermutlich ist dies in erster Linie dem Umstand geschuldet, daß die SKK im Vergleich zur SMAD als Forschungsgegenstand wenig attraktiv wirkt. Viele Historiker sehen in der Zeit bis 1949 die Periode der entscheidenden Weichenstellungen sowohl der sowjetischen Deutschlandpolitik als auch der SBZ-Entwicklung; was danach kam, interessierte zunächst wenig. Andererseits wird in wissenschaftlichen Darstellungen auch für die fünfziger Jahre allenthalben vom Einfluß „der Russen“, vom Terror sowjetischer Kontroll- und Sicherheitsbehörden und von der Übernahme des sowjetischen Gesellschaftsmodells gesprochen, – oft unzulässig pauschal, nicht selten klischeebehaftet. Institutionen, Akteure, politische Verfahren und Entscheidungen sind nur vage bekannt. Häufig wird von – noch immer strittigen – Bewertungen der sowjetischen Deutschlandpläne, von realgeschichtlichen Makroprozessen und bestenfalls noch von ausschnittartigen Einblicken in Einzelprobleme generell auf das Vorgehen sowjetischer Interessenvertreter in der frühen DDR geschlossen. In der Regel gehen die Betrachtungen von der Alternativlosigkeit der Entwicklung aus, selten wird diese im Forschungsansatz auch nur hypothetisch in Frage gestellt.

Unkenntnis in konkreten Fragen sowie allzu grobe Verallgemeinerungen machen deutlich, wie nötig fundierte Detailforschungen zu Mechanismen und Zielen sowjetischer Einflußnahme auf die DDR nach 1949 sind. Im Rahmen eines solchen Großvorhabens stellt die Klärung fundamentaler institutionsgeschichtlicher Zusammenhänge einen wichtigen ersten Schritt dar. Die folgende Dokumentation liefert dafür bislang unveröffentlichtes, in Charakter und Aussagekraft einzigartiges Quellenmaterial sowjetischer und ostdeutscher Provenienz.

Der Bestand *Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland*, das heißt in erster Linie Arbeitsunterlagen, Korrespondenz und schriftliche Fixierungen von Arbeitsergebnissen der Behörde insgesamt sowie ihrer Abteilungen, befindet sich im Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation (AVP RF) in Moskau, kurz Außenpolitisches Archiv genannt.³ Die Kommission unterstand seinerzeit als Regierungsorgan der Führung durch das Außenministerium.

Bei der Suche nach sowjetischen Quellen über Aufbau und Wirken der SKK konnte davon ausgegangen werden, daß Formen und Methoden der sowjetischen Kontrolle und Einflußnahme auf Ostdeutschland im Untersuchungszeitraum 1949–1953 ausgeprägter waren und schriftliche Zeugnisse kontinuierlicher entstanden als zu Beginn der Besat-

³ Im Staatlichen Archiv der Russischen Föderation (GARF) in Moskau, das unter anderem die Bestände der sowjetischen Regierung und einer Reihe von Ministerien beherbergt, existiert auch ein Bestand SKK. Er ist nicht allgemein zugänglich, die Verfasserin konnte nicht Einblick nehmen. Vermutlich handelt es sich bei diesen Akten um die Berichte der SKK-Leitung an den Ministerrat der UdSSR, dem die SKK unterstellt war, und um einschlägige Regierungsbeschlüsse, Anordnungen und dergleichen. Nicht auszuschließen ist, daß die Moskauer Archivbehörden eine Zusammenlegung der SKK-Bestände planen oder schon realisieren.

zungszeit. Möglicherweise schlug sich eine zunehmende Routine im gegenseitigen Umgang von Besatzern bzw. „Kontrolleuren“ und Besetzten bzw. „Kontrollierten“ in geregelter Schriftverkehr und turnusmäßiger Berichterstattung nieder, was übersichtliche und umfangreiche schriftliche Hinterlassenschaft erhoffen ließ. Andererseits äußerten die Vertreter sowjetischer Interessen in Deutschland bekanntlich gerade mit dem Übergang zu einer zivilen Kontrollinstanz und der Gewährung beschränkter staatlicher Souveränität auch die Absicht, möglichst viel Arbeit und Verantwortung an deutsche Stellen zu delegieren. Sie wollten sich von Verwaltung, detaillierten Kontrollen und umfassenden Vorgaben möglichst freimachen. Bekannte Quellen legten nahe, daß sowjetische Vertreter eine Art Richtlinien-Dirigismus unter Verwendung von Zuarbeiten aus der DDR-Verwaltung anstrebten und eher praxisbezogenen Interventionismus bevorzugten, der auf sogenannten „operativen“ Ad-hoc-Prüfungen nach Stichprobenprinzip sowie auf systematischen Inspektionen basieren sollte. Dieses Kontrollverständnis, so es zum Tragen kam, könnte wiederum zu einer – im Vergleich zur vorhergehenden Besatzungszeit – reduzierten Schriftenproduktion auf sowjetischer Seite geführt haben. Auch mündliche Kontakte wurden nach wie vor gepflegt. Die Berichterstattung der SKK nach Moskau dürfte routinierter, mit mehr Eigenverantwortung und ohne die für die SMAD-Zeit typischen Unterstellungsstreitigkeiten erfolgt sein. In Moskau beanstandete man allerdings, wie sich zeigte, im gesamten Untersuchungszeitraum Unregelmäßigkeiten in der SKK-Berichterstattung, was auf Lücken in der Informationsdichte schließen läßt. Umstrukturierungen könnten Ablagerung und Erhalt von Schriftgut beeinträchtigt haben. Denkbar ist politisch motivierte Zurückhaltung bei der Aktenproduktion, ebenso nachträgliche Säuberung im überlieferten Bestand. Geheimhaltungsstufen und Klassifizierungsverfahren könnten sich während und nach der Erstellung der Unterlagen geändert haben. All dies müßte am Aktenbestand geprüft werden. Bedauerlicherweise waren Bestandsanalysen aber bislang nicht möglich. Kooperation mit russischen Archiven hat es in diesem Bereich bisher überhaupt noch nicht gegeben.

Nach bisherigem Kenntnisstand lagern im Außenpolitischen Archiv die Akten des Sekretariats der SKK, die Arbeitsunterlagen der einzelnen SKK-Struktureinheiten sowie die Personalunterlagen der Mitarbeiter. Für die Dokumente der SKK-Landesvertretungen existieren gesonderte Bestände. Von herausragender Bedeutung sind die in einem eigenen Bestand geführten Akten aus dem Apparat des Politischen Beraters beim SKK-Vorsitzenden, von denen Einzelstücke genutzt werden konnten. Wichtige Dokumente enthält der Bestand der III. Europa-Abteilung des Außenministeriums, welche unter anderem für Deutschland zuständig war. Darüber hinaus finden sich Schlüsseldokumente in den Beständen der Sekretariate der Außenminister Wyšinskij und Molotov.

Trotz intensiver Bemühungen, die zunächst auch auf freundliches und vielversprechendes Entgegenkommen seitens der Archivleitung stießen, ist der SKK-Bestand im Außenpolitischen Archiv zur Einsichtnahme niemals vollständig freigegeben worden. Findhilfsmittel nach westeuropäischen Maßstäben standen und stehen nicht zur Verfügung. Selbst wenig brisante Fragen an die Archivleitung zu Umfang und Anlage des Bestandes blieben unbeantwortet. Gesuche um interne Strukturübersichten wurden abschlägig behandelt, personenbezogene Daten jeder Art – gleichgültig, ob zu lebenden oder verstorbenen, bekannten oder weniger bekannten Akteuren – nicht herausgegeben. Unverständlich und in unserem Fall äußerst bedauerlich ist, daß einschlägige Regierungsbeschlüsse und relevante Protokolle von Sitzungen des Ministerrats der UdSSR selbst aus den frühen fünfziger Jahren weder in diesem noch in einem anderen Moskauer Archiv einzu-

sehen waren. – Relativ problemlos gestaltete sich auf der anderen Seite die Arbeit an – im Prinzip durch Archivmitarbeiter – ausgewählten Unterlagen einzelner Fachabteilungen der SKK. Dies waren in der Regel keine politischen Abteilungen. Mitunter wurden – beispielsweise aus dem Bestand des Politischen Beraters – einzelne Akten freigegeben, deren Wert mangels Bestandsüberblicks allerdings nicht in erforderlichem Ausmaß geprüft werden konnte.

Als vor einigen Jahren archivrechtliche Reformen in Rußland angekündigt wurden, schien es sinnvoll, die Forschung am SKK-Bestand, über dessen Zugänglichkeit noch nicht das letzte Wort gesprochen war, auf ausgewählte inhaltliche Fragen der Arbeit der Kommission zu konzentrieren. Am Rande bot das auch Einblicke in Aufbau, Kompetenzen, Kooperationsmechanismen, formelle und informelle Informations- und Herrschaftsstränge.⁴ 1994 fanden sich in den Akten zufällig Unterlagen zur Entstehungsgeschichte der SKK, darunter ein erster Entwurf für ihr Statut. Die enthaltenen Daten fügten sich ein in Erkenntnisse, die sich aus der vorangegangenen, nicht institutionengeschichtlich angelegten Arbeit am SKK-Bestand ergeben hatten. Bemühungen um Ergänzung der Gründungsakten waren jedoch nicht von Erfolg gekrönt. Der Aktenzugang blieb schwierig und letztlich nicht planbar.

Im Moskauer Parteiarchiv RZCHIDNI⁵ kamen – leider bisher nur für das Jahr 1950 – einige russische Wortprotokolle von Spitzentreffen der SED-Führung mit führenden SKK-Mitarbeitern und andere Unterlagen der SKK zum Vorschein. Die seinerzeit im Zuge der regulären Berichterstattung von Berlin-Karlshorst aus an das ZK der KPdSU(B) geschickten Stenogramme lagern in einem Bestand der Außenpolitischen Abteilung des ZK, der die Berichterstattung aus Berlin für die Jahre 1945 bis 1952 umschließt. Die Fortsetzung befindet sich aller Wahrscheinlichkeit nach im zweiten Moskauer Parteiarchiv ZCHSD⁶. Einsichtnahme wurde auch dort nur sehr begrenzt gewährt. Von den Protokollen der Sitzungen des Präsidiums des ZK der KPdSU bzw. dessen Sekretariats wurden einzelne Beschlußprotokolle, zum Teil nur auszugsweise, zur Verfügung gestellt.

Akten im Archiv des Generalstabes und im sogenannten Präsidentenarchiv waren der Bearbeiterin nicht zugänglich.

Zu Ausmaß und Qualität der in deutschen Archiven verfügbaren SKK-Zeugnisse sind verlässliche Aussagen bisher ebenfalls kaum möglich. Nutzungsbeschränkungen existieren nicht, doch ist das relevante Material über zahlreiche Bestände und Archive verstreut. In der vom Bundesarchiv übernommenen Hinterlassenschaft zentraler DDR-Regierungsinstitutionen fand sich keine umfassende Sammlung sowjetischer Anordnungen. Nachforschungen in den Beständen des Ministerrats und einzelner Ministerien (etwa des Ministeriums für Planung und des Ministeriums für Landwirtschaft) endeten ohne den erhofften großen Fund. Parallel laufenden Forschungen bzw. neuesten Darstellungen zur frühen DDR-Geschichte konnte entnommen werden, daß in anderen Beständen ebenfalls keine geschlossene Quellengruppe dieser Art entdeckt wurde.⁷ Offenbar sind von DDR-Behörden über Kontakte mit sowjetischen Vertretern seinerzeit nur in Ausnahmefällen geson-

⁴ Siehe Scherstjanoi, Friedenshektarerträge; Scherstjanoi, Baender; Scherstjanoi, Debatte; Scherstjanoi, DDR.

⁵ Es bewahrt Dokumente zur Parteigeschichte und zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung bis Ende 1952.

⁶ Es bewahrt Dokumente zur Geschichte der KPdSU von Ende 1952 an.

⁷ Eine Ausnahme stellt die speziell für sowjetische Bedürfnisse eingerichtete Institution des Amtes für Reparationen dar. Siehe dazu Karlsch, Allein bezahlt.

derte Akten angelegt worden, so daß Zeugnisse darüber sachbezogen überall zwischen Arbeitsmaterialien deutscher Verwaltungen, staatlicher Institutionen oder SED-Führungsgremien aufbewahrt sind. Besprechungen, Kurzinformationen, knappe mündliche „Linienvorgaben“, deren Inhalte ganz oder teilweise in die deutschen Verwaltungsunterlagen Eingang fanden, sind daher zahlenmäßig kaum zu bestimmen. Sie waren höchstwahrscheinlich in der Zeit des Aufbaus ostdeutscher Verwaltungen und Ministerien 1948 bis 1950 zahlreicher als vordem und blieben in ausgewählten Bereichen der Volkswirtschaft (Planung) und der Sicherheit (KVP, MfS) gleichmäßig häufig. Vielleicht nahm auf deutscher Seite mit dem Abbau parlamentarischer Gepflogenheiten das Bedürfnis ab, die Ergebnisse politischer und administrativer Verständigung mit „den Freunden“ zu fixieren: Vieles sprach man einfach ab, ohne auf spätere Rechenschaftslegung oder demokratische Kontrolle vorbereitet sein zu müssen. Kooperation wurde alltäglich, Subordination bedurfte keiner Erläuterungen. Deutscher und sowjetischer Anteil lassen sich also in vielen Planungs- und Konzeptionspapieren nicht klar voneinander trennen. Andererseits, so weisen es Studien zu Teilbereichen der Herrschaftsverhältnisse nach, blieb die Trennung in bestimmten Fällen sinnvoll, etwa, wenn im bürokratischen Verfahren einer Entscheidung durch Hervorhebung sowjetischer Interessen mehr Gewicht gegeben oder ihre Dringlichkeit betont werden sollte. Allerdings blieben es dann immer noch Quellen deutscher Provenienz, die sowjetisches Interesse jedenfalls gebrochen dokumentieren. Soweit getrennte oder trennbare Nachweise vorhanden sind, sind archivarische Vorleistungen des Ordens und Systematisierens nicht erfolgt, was wohl auch nicht wünschenswert war.

Interessanterweise lassen Beschlußprotokolle und Arbeitsunterlagen von SED-Politbüro und -Zentralsekretariat (einzusehen in der SAPMO im Bundesarchiv, Berlin) Inhalt und Form der Verständigung mit der SKK noch am wenigsten erkennen. Während auf der ministeriellen Ebene, in der Staatsbürokratie also, Kooperation und Subordination an vielen Stellen schriftliche Spuren hinterließen, sind bislang nur versprengte Hinweise auf Formen der Begegnungen, Koordinierungsverfahren, Inhalt und Ergebnis von Verständigungen zwischen SKK und SED entdeckt. Dies trifft auch auf die Nachlässe der Parteiführer (ebenfalls in der SAPMO) zu und ist im Falle der Ulbricht-Akten besonders bedauerlich, weist doch die Memoirenliteratur dem Stellvertretenden Vorsitzenden bzw. Generalsekretär des ZK der SED und Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats einen zentralen Platz bei der Durchsetzung sowjetischer Interessen in Ostdeutschland zu. Seine Treffen mit SKK-Vertretern sollen besonders häufig gewesen sein.

Die Arbeit an SKK-Materialien ergab, daß während der Treffen der SED-Führung mit der SKK-Spitze oder auch in Moskau bei Begegnungen der Parteiführer von deutscher Seite keine offiziellen protokollarischen Aufzeichnungen angefertigt wurden. Notizen oder nachträgliche persönliche Aufzeichnungen aus dem Gedächtnis heraus dürften folglich die einzige Überlieferung aus erster deutscher Hand sein. Unersetzbare Einblicke in Umfang, Konkretheit und Verbindlichkeit von mündlichen Anordnungen sowjetischer Vertreter an die Adresse der SED-Führung bieten daher – auch für die Zeit nach der DDR-Gründung – vor allem die Notizen Wilhelm Piecks über Beratungen mit der SKK-Spitze.⁸ Zentrale Bedeutung haben die Notizen Piecks zu bzw. von Treffen der SED-Führung in Moskau, auf unseren Untersuchungszeitraum bezogen – im Mai 1950 und im März/April 1952. Die Interpretation der stichwortartigen Mitschriften ist schwierig.

⁸ Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen. Die Originale für die Zeit 1949–1953 siehe in SAPMO BArch, NY 4036/395, -/696, -/735).

Außerdem erfassen sie mit rund fünfzig Besprechungen für die Zeit von November 1949 bis Februar 1953 höchstwahrscheinlich nur etwa ein Drittel bis die Hälfte der auf dieser Ebene geführten Absprachen, die häufig auch ohne Pieck stattfanden. – Notizen fertigten allem Anschein nach auch andere SED-Spitzenpolitiker, Minister, Staatssekretäre, andere Mitarbeiter deutscher Verwaltungen an, um sowjetische Informationen korrekt weiterleiten und Entscheidungen veranlassen zu können. Gelegentlich finden sie sich in Arbeitspapieren. Sie sind nicht immer eindeutig als Zeugnisse sowjetischer Einflußnahme zu identifizieren.

Alles in allem hat es der Historiker also in der Regel mit Quellen zu tun, die sowjetische Anordnungen und Stellungnahmen in (ost)deutscher Wiedergabe reflektieren.

Quellen sowjetischer Herkunft sind in ostdeutschen Archiven dagegen rar. Formell funktionierte der Kontakt zwischen SKK-Leitung und DDR-Staatsführung über Ministerpräsident Otto Grotewohl, über den als Partei(ko)vorsitzenden gleichzeitig eine wichtige Verbindung zur SED-Spitze garantiert war. In Grotewohls Akten finden sich Zeugnisse direkter sowjetischer Vorgaben für politische Aktionen in der DDR.⁹ Gleichwertiges und Ergänzendes bieten die Akten, die aus Walter Ulbrichts Arbeit als 1. Stellvertreter des Ministerpräsidenten hervorgingen. Auch sie enthalten offizielle „Empfehlungen“ der SKK.¹⁰ Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Memoranden (auch Denkschriften, Aktennotizen oder Merkblätter genannt) der SKK, knappe schriftliche Hinweise auf Mängel, Mißstände oder mißliebige Entwicklungstrends mit verbindlichen Vorgaben zu deren Behandlung.¹¹ An der Vollständigkeit dieser Dokumentengruppe ist zu zweifeln, vieles dieser Art, auf dessen frühere Existenz von anderen Akten her geschlossen werden kann, ist nicht überliefert. Eine mögliche Erklärung ist die geringe Anzahl von Exemplaren, in der Memoranden, nachdem sie in einem russischen Exemplar an die Deutschen gingen, danach in deutscher Übersetzung angefertigt wurden. Sowjetische Anweisungen und Empfehlungen spiegeln sich ansonsten in Schriftstücken direkt kaum wider.

Es liegt nahe, daß die deutschen Aktenbestände Fragen zu Struktur und Arbeitsweise der Sowjetischen Kontrollkommission nur unzulänglich beantworten. Sie eignen sich zur Vervollständigung eines Bildes über die Zusammenarbeit der Kommission mit staatlichen Stellen, Parteien und Organisationen in der DDR und geben am Rande Hinweise auf den Aufbau und die Stellenbesetzung der SKK. Als institutionengeschichtlich nützliche Quelle erweisen sich die sogenannten „Protokoll-Verzeichnisse“ der SKK, Übersichten über die Inhaber der wichtigsten Positionen in der Kommission, die der DDR-Staatsführung zum protokollgemäßen Dienstgebrauch übergeben wurden. Bislang wurden zwei

⁹ Im Nachlaß Grotewohl im vormaligen Zentralen Parteiarchiv der SED finden sich zwei Akten, die den Schriftwechsel mit der SKK wiedergeben (SAPMO BArch, NY 4090/315, -/316). Im gleichen Bestand haben weitere Akten einen SKK-Bezug oder zeugen von Unterredungen Grotewohls mit sowjetischen Vertretern und von offiziellen Besuchen in Moskau. Sie enthalten Schreiben an die KPdSU-Spitze bzw. an die sowjetische Regierung oder reflektieren Regelungen in Reparationsangelegenheiten (ebenda, NY 4090/340, -/437, -/471, -/473, -/699). Zur Problematik der Sowjetischen Militärtribunale, deren Beziehung zur SKK noch nicht hinlänglich erforscht ist, finden sich Hinweise in den Nachlässen Pieck (ebenda, NY 4036/737) und Grotewohl (ebenda, NY 4090/445), viel umfangreicher und aussagestärker in den Beständen Ministerium des Innern und Ministerium der Justiz.

¹⁰ Der Ulbricht-Bestand enthält Akten zum Schriftverkehr mit der SKK (NY 4182/1194) und Unterlagen zur Durchführung von SMAD-Befehlen (NY 4182/1196 bis -/1200). Die Akte mit seinem Schriftwechsel mit dem ZK der KPdSU ist bezüglich der Zeit bis 1953 hingegen eher dürftig (ebenda, NY 4182/1206).

¹¹ Die größte Sammlung dieser Memoranden lagert im Grotewohl-Bestand: SAPMO BArch, NY 4090/315, -/316; im Ulbricht-Bestand: NY 4182/1194, -/1195.

dieser größeren Verzeichnisse im SED-Archiv entdeckt: sie reflektieren den Stand vom 20. Februar 1951 und vom 26. Juni 1952.¹² Vermutlich handelt es sich um die einzigen Listen dieser Art. Über die Interna der SKK können Aussagen in den Akten von DDR-Staatsapparat und SED-Führung dagegen kaum erwartet werden. Auch den Unterlagen des MfS wie denen des Außenministeriums der DDR ist für institutionsgeschichtliche Fragestellungen zur SKK keine größere Bedeutung zuzumessen.¹³

Insgesamt liegen in Moskau, in Berlin und in den vormaligen Landeshaupt- und Bezirksstädten der DDR zahlreiche schriftliche Zeugnisse des Wirkens der SKK von 1949 bis 1953 vor. Mündliche Quellen könnten erschlossen werden. Eine SKK-Institutionsgeschichte wäre auf dieser Grundlage erst nach ausgiebigen Recherchen zu schreiben, doch ein Anfang ist beim jetzigen Stand der Quellenerschließung schon sinnvoll und notwendig. Die vorliegende Dokumentation und der einleitende Überblick über die Geschichte der Institution SKK, der auf einer Fülle von Hinweisen aus deutschen und russischen Archiven sowie auf einer breiten, heterogenen deutschen Forschungsliteratur aufbaut, sollen einen ersten Schritt in dieser Richtung darstellen. Die vorgestellten Fakten zu Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der SKK dürften – in den Kontext bisheriger Kenntnisse über das Vorgehen Moskaus in den deutschen Angelegenheiten gestellt – ein sehr viel differenzierteres, in Einzelfragen konkreteres Bild über die sowjetische Deutschlandpolitik nach 1949 ergeben, als es bisher vorherrscht.

2. Die Entstehung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (1949)

Am 7. Oktober 1949 wurde im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands die DDR errichtet. Die Weichen für einen kurzfristig zu realisierenden Staatsgründungsakt im Osten waren Anfang September in Moskau gestellt worden. Die Entscheidung fiel während des Besuches einer SED-Spitzendelegation bei der sowjetischen Parteiführung vom 16. bis 28. September.¹⁴ Für den Schritt zum ostdeutschen Separatstaat mag die Wahl Konrad Adenauers zum Bundeskanzler des westdeutschen Separatstaates den letzten Anstoß gegeben haben. Am 20. September hatte dieser die Bildung der Bundesregierung bekanntgegeben.

Sprachen vorbereitende Papiere der SED vom 8. September noch davon, daß es „nicht um eine ostdeutsche Staatenbildung oder um eine ostdeutsche Regierung, sondern um die

¹² Die Listen finden sich im Grotewohl-Bestand des vormaligen Zentralen Parteiarchivs: SAPMO BArch, NY 4090/315, Bl. 241–246 (russ.), 248–251 (deutsch).; -/316, Bl. 57–63. Siehe Dokumente 11 und 12.

¹³ Zu diesem Schluß führten eine Vorverständigung mit Mitarbeitern des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des MfS sowie Forschungsergebnisse von Kollegen (siehe hinsichtlich des MfS: Fricke/Marquardt, DDR-Staatssicherheit).

¹⁴ Materialien Wilhelm Piecks zur Reise nach Moskau vom 16.-28.9.1949 einschließlich Brief an Stalin vom 19.9. und Vorschläge des Politbüros an den Parteivorstand zur Bildung einer Provisorischen Regierung [vermutlich 28.9.], in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 292–309; Aufzeichnung über die kurzfristige Prozedur für die Regierungsbildung in der Sowjetischen Besatzungszone, 15.9.1949, SAPMO BArch, NY 4036/766, Bl. 134f., veröff. in: Dokumente zur Deutschlandpolitik (1996), S. 456f. Siehe auch Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 158f.; Suckut, Wenn die Nation, S. 135.

Regierung für Gesamtdeutschland“, um „die erste unabhängige gesamtdeutsche Regierung“¹⁵ gehe, so wurde im Ergebnis der Moskauer Verständigung zwischen den führenden Vertretern von SED und KPdSU(B) schließlich klargestellt, daß weder eine Regierung Gesamtdeutschlands noch eine „provisorische deutsche Regierung in der sowjetischen Besatzungszone“ (so noch im Brief der SED-Führung an Stalin vom 19. September, verfaßt nach einer Vorbesprechung im KPdSU-Politbüro¹⁶), sondern nur eine „*Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik*“ gebildet werden könne.¹⁷ Was in den Augen der Stalinschen Führung das Wesen dieses Provisoriums ausmachen sollte, stellt eine der spannendsten, leider nicht klar zu beantwortenden Fragen dar.

Provisorisch war die Regierung zweifellos schon deshalb zu nennen, weil sie nicht aus regulären Wahlen hervorgehen sollte. Im Laufe des Frühsommers 1949 war der SED und der SMAD klar geworden, daß Wahlen im Herbst kein hinlänglich deutliches Votum für die bestehenden politischen Verhältnisse im Osten bringen würden. Zum Zeitpunkt der Orientierung auf die reaktive Separatstaatsgründung waren diese Überlegungen noch nicht obsolet, die Zeit für Wahlvorbereitungen überdies knapp. Mit dem Einverständnis der Blockpartner, die Wahlen zu verschieben, konnte die SED unter den gegebenen Verhältnissen vom September/Oktobre sogar stärker rechnen als noch im Frühjahr. Die politisch Verantwortlichen aller Parteien in der SBZ sahen nach der Schaffung der Bundesrepublik im Fortbestand einer Besatzungszone im Osten die staatspolitisch ungünstigere Situation und begrüßten daher das Angebot von zumindest Teilsouveränität. Ungeklärt ist, ob sich die Moskauer Führung im Herbst 1949 deutlich Rechenschaft darüber ablegte, wie Wahlen aussehen müßten, die das Provisorium zu gegebener Zeit zu beenden hätten.

Vorerst lautete die Aufgabe: Gründung eines Oststaates. Diesem mußte nach Lage der Dinge ein wesentlich anderes Kontrollorgan zur Wahrung sowjetischer Interessen beigegeben werden, als es die SMAD darstellte, wollte man ihm – zumindest verbal – Teilsouveränität zugestehen. Offensichtlich als Ergebnis gemeinsamer Vorüberlegungen¹⁸ wurde in einem Brief an Stalin formuliert: Die zu bildende „Regierung wird sich darum bemühen, daß die Sowjetische Militäradministration in Deutschland umgewandelt wird in eine Sowjetische Kontrollkommission mit der Übergabe der Verwaltung an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“¹⁹. Am Ende der Reise der SED-Delegation nach Moskau war dann klar, daß „die SMA zu einer Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin umgebildet wird“. Wie das SED-Politbüro festhielt, sollte eine entsprechende Erklärung des Obersten Befehlshabers der SMAD im Auftrag der Sowjetregierung verlautbaren, „daß diese sich mit dem Beschluß des deutschen Volksrates einverstanden

¹⁵ Disposition für die Regierungserklärung des zukünftigen Ministerpräsidenten, 8. 9. 1949, in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik* (1996), S. 448–450, hier S. 448.

¹⁶ Brief an Stalin vom 19.9.1949, in: *Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen*, S. 294–297, hier S. 295.

¹⁷ Vorschläge des Politbüros an den Parteivorstand [vermutlich 28.9.1949], in: *Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen*, S. 302–306, hier S. 302.

¹⁸ Den Herausgebern der *Pieck-Notizen* Rolf Badstübner und Wilfried Loth ist besonders angesichts der Bestimmtheit, mit der im Brief der SED-Delegation an Stalin vom 19. September von der Schaffung einer sowjetischen Kontrollkommission die Rede ist, dahingehend zuzustimmen, daß es sich bei dem im Brief formulierten kaum um rein ostdeutsche Vorschläge gehandelt haben kann. Vergleiche Brief an Stalin vom 19.9.1949, in: *Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen*, S. 294–297; Erstveröffentlichung durch Staritz in: *SED, Stalin und Gründung*.

¹⁹ Brief an Stalin vom 19.9.1949, in *Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen*, S. 294–297, hier S. 295.

erklärt und der Umbildung der SMA in eine Sowjetische Kontrollkommission zustimmt [sic]“.²⁰

Hatte die SED-Führung das notwendige Verfahren auch mißverständlich fixiert (die sowjetische Regierung konnte der Umbildung der SMAD in eine sowjetische Kontrollkommission nicht einfach „zustimmen“, sondern mußte sie beschließen), so waren ihr die Aufgaben einer solchen Kommission doch deutlich dargelegt worden: „Die Kontrolle soll sich auf die Erfüllung der in dem Abkommen der Alliierten festgelegten Besetzungsaufgaben in der Ostzone sowie die Verwirklichung der Potsdamer und anderer gemeinsamer Beschlüsse der Alliierten über Deutschland [... beschränken]. Zur Erfüllung dieser Aufgaben soll die Kontrollkommission solche Organe haben, wie die Reparationsverwaltung und Abteilungen, die den deutschen Ministerien entsprechen. In den Ländern und in den größeren Städten soll die Kontrollkommission ihre Vertreter und einen kleinen Beamtenapparat unterhalten“.²¹

Die Errichtung einer zivilen Kontrollbehörde für Deutschland wird in Moskauer Regierungskreisen allgemeine Zustimmung gefunden haben. In der SMAD hatten sich im Laufe der Jahre Leute stark gemacht, die über berufliche Qualifikationen in ziviler Verwaltungsarbeit verfügten. Aus sowjetischen Fachministerien waren sukzessive Spezialisten für Wirtschaft-, Finanz- und Sozialverwaltungsfragen nach Ostdeutschland gekommen. Außerdem war der Anspruch des Außenministeriums gewachsen, in deutschlandpolitischen als nunmehr zentralen außenpolitischen Fragen mitzubestimmen. Eine Alternative zur Militärverwaltung in der SBZ war allerdings nie erwogen worden. Selbst eine intensive Beschäftigung der sowjetischen Diplomatie mit den westlichen Vorbereitungen für ein ziviles Kontrollorgan auf deren Besetzungsgebiet ist bislang nicht nachweisbar. Der Diskussion um das Besetzungsstatut im Westen schenkte man in Moskau bis zum Sommer 1949 vergleichsweise wenig Beachtung.²²

Mangels ausgiebiger eigener Vorüberlegungen wird man schließlich für den Aufbau der neuen Kontrollbehörde in Deutschland Anleihen bei den Pendants in Bulgarien (seit November 1944), Rumänien (seit September 1944) und Ungarn (seit Januar 1945) ge-

²⁰ Vorschläge des Politbüros an den Parteivorstand [vermutlich 28.9.1949] in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 302–306, hier S. 304.

²¹ Ebenda. Der erste zitierte Satz ist auch im Originaltext unvollständig. Vergleiche SAPMO BArch, NY 4036/735, Bl. 339–342, hier Bl. 340.

²² Analyse „Zur Frage über den Status der Besetzung (Geschichte und Diskussionsverlauf über den Status, englisch-amerikanisch-französische Meinungsverschiedenheiten) 1947–1948“, vom 5.1.1949, gez. A. Skorjukov, Gehilfe des Politberaters, 14.1. an den Leiter der III. Europa-Abteilung des Außenministeriums der UdSSR A. A. Smirnov, AVP RF, fond 82, opis' 36, papka 182, delo 7, listy 1–21. Während die Washingtoner Beschlüsse zur Installierung einer Allied High Commission und der Amtswechsel von General Lucius D. Clay zum Hohen Kommissar John J. McCloy zunächst nur spärlich Niederschlag in SMAD-Berichten fanden, wuchs das Interesse der sowjetischen Vertreter an den westlichen Besetzungsstrukturen nach der Pariser Konferenz stark an. Am 20. August sandte Semenov an seine Vorgesetzten, die Leitung der III. Europa-Abteilung des Moskauer Außenministeriums, das am 2. August veröffentlichte Schema der Alliierten Hochkommission (AHK) und gab eine kurze Erläuterung zur bevorstehenden Reorganisation. Daß erst am 31. August eine Kopie an den Außenminister weitergeleitet wurde, zeigt, wie man sich Zeit ließ (siehe Schreiben des Politberaters Semenov an den stellvertretenden Leiter der III. Europa-Abteilung Gribanov vom 20.8.1949, AVP RF, fond 82, opis' 36, papka 182, delo 7, listy 27–31). Auch eine Zusammenfassung „Zur Reorganisation der Militäradministration in den Westzonen“, die am 8. September mit besagtem Schema von der III. Europa-Abteilung an Außenminister Vyšinskij ging, stellt lediglich eine nüchterne Aufzählung verschiedener westlicher Erklärungen zur AHK dar. Analoges wurde sowjetischerseits noch nicht erwogen (AVP RF, fond 82, opis' 36, papka 182, delo 7, listy 32–35).

nommen haben.²³ Daraus ist nicht automatisch auf eine unumwunden avisierte Nähe zu den Volksdemokratien zu schließen. Eine Sowjetische Kontrollkommission hat es auch in Finnland gegeben. Viel näher liegt, daß (Ost-)Deutschland nunmehr formell genauso behandelt werden sollte wie die anderen ehemaligen Kriegsgegner der Sowjetunion.

Nach Rückkehr der Delegation aus Moskau machte sich die SED-Führung an die Realisierung der beschlossenen Staatsgründung. Massiver Widerstand regte sich auch im bürgerlichen Lager nicht, da die Staatsgründung im Westen bereits perfekt war. „Hauptdiskussionspunkt zwischen den aus Moskau zurückkehrenden SED-Vorsitzenden und den Parteichefs von CDU und LDP war [...] nicht die Staatsgründung an sich, sondern die Besetzung der wichtigsten Ämter“, stellt Siegfried Suckut fest.²⁴ Das in Moskau verfaßte „Drehbuch“ einschließlich Wahlaufschub konnte weitestgehend eingehalten werden.

Der am 5. Oktober im Präsidium des Volksrates und im demokratischen Block verabschiedete Ablaufplan sah vor, daß nach der Regierungsbildung eine Stellungnahme der Vertreter der Sowjetregierung verlesen werden sollte, die „wahrscheinlich die Anerkennung der Regierung enthält“.²⁵ Der „Vertreter der SU“ ließ jedoch wissen, „daß er einen offiziellen Besuch des Präsidiums der provisorischen Volkskammer erwartet“, bei dem eine sowjetische Erklärung abgegeben werden sollte.²⁶ Am Tag nach der Konstituierung der Volkskammer wandte sich daher Präsident Johannes Dieckmann mit einem Schreiben an SMAD-Chef Čujkov. Darin bat er, wie allerdings erst fünf Tage später, als die positive Antwort bereits publik war, bekannt wurde²⁷, um die Anerkennung der Beschlüsse vom 7. Oktober sowie darum, einer zu bildenden Regierung zu ermöglichen, diese Beschlüsse zu realisieren. „Das Präsidium der Provisorischen Volkskammer bittet darum, von dem Herrn Vertreter der Regierung der UdSSR empfangen zu werden [...]“.²⁸

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Armeegeneral Vasilij Ivanovič Čujkov lud also am 10. Oktober 1949 in seine Karlshorster Residenz ein, wo die deutschen Beschlüsse einschließlich der Kabinettsliste mit Bitte um Stellungnahme kundgetan wurden. Die neu gewählten Oberhäupter des staatlichen Provisoriums, Ministerpräsident Otto Grotewohl (SED) und Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann (LDP), äußerten ihre Erwartung, die sowjetische Regierung möge der zu bildenden Provisorischen Regierung das Recht und die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Arbeit einräumen. Unter Bezugnahme auf die am 7. Oktober gefaßten Beschlüsse der Provisorischen Volkskammer und im Auftrag der sowjetischen Regierung gab Čujkov dann eine Erklärung ab: Die Regierung der UdSSR habe zur Kenntnis genommen, daß die Provisorische Regierung zu den Potsdamer Beschlüssen und den Verpflichtungen, die die Alliierten Deutschland auferlegt hatten, zu stehen beabsichtige. Sie habe beschlossen, die bis-

²³ Zur Verifizierung dieser Vermutung liegen noch keine Quellen vor.

²⁴ Suckut, *Wenn die Nation*, S. 138f.

²⁵ Stenographische Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Präsidiums des Deutschen Volksrates und des demokratischen Blocks, 5.10.1949, auszugsweise in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik* (1996), S. 552–578, hier S. 577.

²⁶ So Otto Grotewohl laut „Protokoll der Vorberatung des Ministerpräsidenten mit den von den Parteien vorgeschlagenen Regierungsmitgliedern“ am 8.10.1949, BAP, DE-1, 11519, Bl. 1–6, hier Bl. 1; SAPMO BArch, NY 4090/397, Bl. 90–95, hier Bl. 90, veröffentlicht in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik* (1996), S. 620–622, hier S. 620.

²⁷ *Neues Deutschland* vom 12.10.1949, S. 2.

²⁸ Schreiben Dieckmanns an Čujkov vom 8.10.1949, BAP, DA-1, 954, Bl. 29; SAPMO BArch, NY 4090/397, Bl. 82, veröffentlicht in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik* (1996), S. 139.

lang von der SMAD wahrgenommenen Verwaltungsfunktionen der künftigen Provisorischen Regierung zu übergeben. Weiter hieß es, anstelle der SMAD werde eine Sowjetische Kontrollkommission gebildet werden. Der General beschwor erneut das Ziel der Einheit eines deutschen Staates auf demokratischer, friedlicher Grundlage.²⁹ Von den bekannten Befehlen, die Čujkov noch als Oberster Chef der SMAD und Oberkommandierender der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland unterzeichnete, verfügte einer vom 13. Oktober die Übergabe der Versorgungsbetriebe der Handelsabteilungen der Armee an die Regierung der DDR.³⁰

Am 15. Oktober 1949 nahm die UdSSR diplomatische Beziehungen zur DDR auf; innerhalb weniger Tage folgten die Staaten des gerade erst geschaffenen osteuropäischen Wirtschaftsbündnisses RGW sowie China. SED-Vertreter wie auch andere Politiker äußerten in dieser Zeit ihre Hoffnung, der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (SKK)³¹ würden solche Befugnisse, wie sie früher der SMAD eingeräumt worden waren (und ohne Friedensvertrag selbstredend nicht gänzlich eliminiert werden konnten), nur beschränkt zugestanden werden. Das korrespondierte mit der Vorstellung von bald schon gewährter voller Souveränität. Hierin hatte auch die sowjetische Tageszeitung für die SBZ/DDR, die *Tägliche Rundschau*, am 7. Oktober – unter Verweis auf eine Mitteilung aus der DWK-Informationsabteilung – die historische Bedeutung des Augenblicks gesehen: „Deutschland tritt aus dem Stadium des Besatzungsrechts in das der Souveränität ein“³².

Erst einen knappen Monat nach Gründung der DDR, am 5. November 1949, verabschiedete die Regierung der UdSSR den Beschluß zur Schaffung einer sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland.³³ Weder der Wortlaut des Beschlusses noch Entwürfe oder Debatten sind bekannt. Mit Sicherheit bestimmte der Beschluß aber schon Charakter und Aufgaben der Institution, die Inhaber der obersten Leitungspositionen und die Unterstellungsverhältnisse. Am 11. November 1949 stellte sich der frühere Oberste Chef der SMAD und Oberbefehlshaber der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland *Armeegeneral Vasilij Ivanovič Čujkov* in seiner neuen Funktion als *Vorsitzender der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland* der deutschen Öffentlichkeit bei einem offiziellen Empfang an der alten und neuen Wirkungsstätte in Berlin-Karlshorst vor.

Vor diesem 11. November war die SKK in den deutschen und sowjetischen Medien als politische Größe so gut wie gar nicht präsent. Allem Anschein nach wurden in Moskau Zweck und Kompetenzen der SKK sowie Reichweite und Grenzen einer staatlichen Souveränität Ostdeutschlands erst beginnend mit dem Gründungsmonat der DDR einer

²⁹ Die relevanten Regierungsbeschlüsse der UdSSR sind durch Quellen nur indirekt zu belegen. Hier: Erklärung des Obersten Chefs der SMAD, Armeegenerals V.I. Čujkov, in: *Pravda, Neues Deutschland und Tägliche Rundschau* vom 11.10.1949, jeweils S. 1. Siehe auch Dokumente zur Außenpolitik, S. 229–231; Dokumente zur Deutschlandpolitik (1996), S. 177f.

³⁰ Am 13.2.1950 dankte Walter Ulbricht unter Bezugnahme auf einen solchen Befehl Nummer 21 vom 13.10.1949 für die inzwischen erfolgte Übergabe (SAPMO BArch, NY 4182/1194, Bl. 76). In dem von Foitzik herausgegebenen Inventar ist der Befehl nicht erfaßt. Möglicherweise stimmt die Bezifferung nicht.

³¹ Die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland wurde in der zeitgenössischen Presse und in der Fachliteratur gelegentlich auch SKKD abgekürzt. Hier und in den folgenden Darlegungen wird die geläufigere Abkürzung SKK verwandt, womit stillschweigend vorausgesetzt wird, daß von der für Deutschland zuständigen und in der DDR ansässigen die Rede ist.

³² *Tägliche Rundschau* vom 7.10.1949.

³³ *Postanovlenie Soveta Ministrov SSSR Nr. 5159–1967* ss. „O sozdanii Sovetskoi Kontroll'noj Komissii v Germanii“ – in russischen Archiven bislang nicht einzusehen. Mehr zu diesem Beschluß im folgenden Kapitel.

eingehenden Diskussion unterzogen. Vorab hatte es keine konkrete Beschäftigung mit rechtlichen und organisatorischen Belangen einer solchen Neuschöpfung wie der SKK gegeben. Erst die Konfrontation mit dem Faktum Bundesrepublik und die Vorbereitung eines Oststaat-Gründungsbeschlusses drängten neben generellen Fragen nach den Perspektiven der sowjetischen Deutschlandpolitik solche nach neuen Herrschaftsverfahren auf.

Im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum Tag der Oktoberrevolution in Berlin erschien Čujkov am 7. November das erste Mal als SKK-Vorsitzender auf der politischen Szene.³⁴ Den größeren Auftritt behielt die sowjetische Führung jedoch ihren Vertretern aus der diplomatischen Mission vor. Die am 16. Oktober verlaubliche Einrichtung diplomatischer Missionen unter Leitung von Georgij Maksimovič Puškin und Rudolf Appelt fand bis in den November hinein eine breite Medienbegleitung. Dies alles war wohl (in Anbetracht der später umgekehrten Gewichtung beider Institutionen) eher ein Zeichen noch nicht abgeschlossener interner Verständigungen in Moskau. Klar war, daß bei der Provisorischen Regierung „ein politischer Vertreter der UdSSR im Range eines Botschafters“ fungieren sollte.³⁵ Dessen Aufgaben galt es zu überdenken. Diplomatische Vertretung und „politische Kontrolle und Beratung“ mußten getrennt werden. – Als Anfang November in Moskau schließlich der Regierungsbeschuß zur SKK in Deutschland verabschiedet wurde, warfen große innere Auseinandersetzungen im sowjetischen Einflußgebiet bereits ihre Schatten voraus: Am 25. Oktober 1949 war der jugoslawische Botschafter in der UdSSR des Landes verwiesen worden.

Čujkovs Auftritt am 11. November 1949 unterschied sich von seiner Erklärung vom 10. Oktober durch auffallende Förmlichkeit. Am Empfang nahmen Premier Grotewohl, seine Stellvertreter Walter Ulbricht, Hermann Kastner und Otto Nuschke sowie alle anderen Mitglieder der Provisorischen Regierung der DDR teil. Im Beisein der DDR-Regierungsvertreter gab Čujkov auf dem Empfang eine Erklärung ab, in der er betonte, daß die Befugnisse der Militäradministration, anders als im Westen Deutschlands, nicht lediglich modifiziert oder eingeschränkt, sondern völlig aufgehoben würden.³⁶ Der SKK-Chef erklärte sachlich und geradezu unpathetisch, die SMAD werde derzeit aufgelöst, ihre Funktionen gingen an die DDR-Ministerien oder andere deutsche Organe über. Die Aufgaben der SKK liefen auf die Sicherung der Einhaltung der Potsdamer und aller anderen alliierten Vereinbarungen hinaus. Daher könne, so hieß es, die Provisorische Regierung ihre Aufgaben entsprechend der Verfassung frei erfüllen, denn sie bekenne sich ja zu diesen Beschlüssen. „Selbstverständlich“ behalte sich die SKK vor, darauf zu achten, daß den alliierten Beschlüssen nichts zuwiderliefe. Sie bestehe genauso selbstverständlich auf dem Recht, von den deutschen Stellen entsprechende Informationen einzuholen. Die äußeren Angelegenheiten und der Außenhandel der DDR würden nunmehr in die Kompetenz der deutschen Einrichtungen fallen, jedoch laufe bei letzterem die Funktion der SKK auf eine unbedingte Gewährleistung deutscher Lieferpflichten gegenüber der UdSSR hinaus. Für Berlin werde eine SKK-Vertretung in der gleichen Art wie für

³⁴ Tägliche Rundschau und Neues Deutschland vom 8.11.1949.

³⁵ Vorschläge des Politbüros an den Parteivorstand [vermutlich 28.9.1949], in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 302–306, hier S. 304.

³⁶ Erklärung des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland Armeegeneral V. I. Čujkov, in: Pravda vom 12.11.1949, S. 3; Neues Deutschland und Tägliche Rundschau vom 12.11.1949, jeweils S. 1.; Siehe auch Dokumente zur Außenpolitik, S. 235–237; Dokumente zur Deutschlandpolitik (1996), S. 252f.

andere Großstädte und für die Länder geschaffen. Es verstehe sich von selbst, hieß es abschließend vergleichsweise kühl, daß sich die UdSSR weiterhin um die Einheit Deutschlands und einen Friedensvertrag bemühe. Schließlich gab Čujkov seiner Gewißheit Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen der SKK und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik im Geiste gegenseitigen Vertrauens und freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern erfolgen werde. Verbal ließ die Erklärung auf ein entspannteres Verhältnis, auf mehr deutsche Autonomie und politische Freiräume hoffen. Der Ton der Stellungnahme sollte freilich klarstellen, wie streng deutsche Bestrebungen nach Eigenverantwortung auch künftig von der Siegermacht kontrolliert würden. An ihrem deutschlandpolitischen Entscheidungsmonopol für den Osten Deutschlands hielt die UdSSR uneingeschränkt fest.

Mit der Erklärung vom 11. November 1949 war das Verhältnis der östlichen Siegermacht zur DDR in gleich verbindlicher Weise verfassungsbezogen und grundsätzlich fixiert wie das der westlichen Alliierten zur Bundesrepublik im Besatzungsstatut. Zu diesem Zeitpunkt sahen das selbst nichtkommunistische Politiker in Ostdeutschland so: „Die [ost]deutsche Souveränität wird nach dieser Regelung wesentlich weitergehen als die Souveränität der Bundesregierung in Bonn“.³⁷ Die Gegner und Kritiker der Entwicklung in der SBZ äußerten freilich Widerspruch. Bundeskanzler Adenauer hatte die Gründung der DDR als einen „neue[n] Schachzug im kalten Krieg Sowjetrußlands gegen die Vereinigten Staaten, England und Frankreich“ zu geißeln versucht. Für den Vorwurf, daß „18 Millionen Deutsche dort in ständiger Furcht leben müssen vor dem Verlust ihrer Freiheit und vor dem Konzentrationslager“³⁸, konnte er jedoch keinen Beleg vorbringen, der sich auf das Maß an gewährter Souveränität bezog.³⁹ Seine Ablehnung der „nunmehr geschaffenen Organisation der Sowjetzone“ begründete er mit der nicht zu leugnenden Tatsache, daß Provisorische Volkskammer und Provisorische Regierung in der DDR nicht aus freien Wahlen hervorgegangen waren.⁴⁰ Dieser Vorwurf jedoch traf Moskau nicht. Auch für die östliche Siegermacht war die Separatregierung im Osten Deutschlands (ebenso wie die im Westen) kein Ersatz für einen souveränen deutschen Friedensvertragspartner, der im Konsens mit den Alliierten geschaffen werden sollte – aus sowjetischer Sicht möglichst bald.

Viele neue Indizien bestätigten die These Wilfried Loths, wonach Stalin „mit der Gründung der DDR [...] seine Hoffnungen auf ein Deutschland in den Potsdamer Perspektiven nicht aufgegeben“ hatte.⁴¹ Von der überzogenen Personalisierung abgesehen, ist das zu unterstreichen und weitergehend zu konkretisieren: Ein politischer Wendepunkt im Sinne einer Kursänderung oder auch nur einer deutlicheren Kursbestimmung

³⁷ Aktennotiz über die Besprechung zwischen den Mitgliedern des Hauptvorstandes der CDU der SBZ Georg Dertinger und Otto Nuschke und den Vorsitzenden der SED Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck, 30.9.1949, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik (1996), S. 484–486, hier S. 485.

³⁸ Rede Konrad Adenauers auf der Wahlkundgebung des Vaterländischen Bundes in Hamburg, 9.10.1949, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik (1996), S. 142–145, hier S. 144.

³⁹ Laut Küsters, Einleitung zu Dokumente zur Deutschlandpolitik (1996), S. XLVII, konnte Adenauer, wenngleich seine Regierung Ende 1949 international kaum besser dastand als die DDR, „dennoch auf größeren außenpolitischen Handlungsspielraum rechnen“. Für viele namhafte Politiker unter den Zeitgenossen in Ost und West war jedoch genau das nicht so selbstverständlich.

⁴⁰ Regierungserklärung des Bundeskanzlers Konrad Adenauer, 21.10.1949, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik (1996), S. 212–216.

⁴¹ Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 161. Mehr dazu demnächst in einer weiter ausgreifenden Studie der Verfasserin.

war die DDR-Gründung nicht. Und als „Schachzug der sowjetischen Sicherheits- und Deutschlandpolitik“⁴² kann sie bestenfalls im Sinne eines reaktiven Schritts verstanden werden, von dem man annahm, daß er korrigierbar sei. Wann, das blieb abzuwarten.

DDR wie Bundesrepublik entstanden als deutsche Provisorien.⁴³ Auch die DDR war, wie Badstübner schreibt, im Selbstverständnis ihrer Gründer und noch mehr ihrer sowjetischen Befürworter tatsächlich als Provisorium, als Mittel zum Zweck und als Staat auf Zeit geschaffen worden⁴⁴. Blicke zu ergänzen, daß den Gründern selbst die nahe Perspektive des Staatsgebildes noch unklar war. Die internationale Lage gab noch für einige Wochen entspannungsinteressierten Verfechtern einer gesamtdeutschen Option innerhalb der Moskauer Führung größeren Raum. Vermutlich verringerte sich deren Einfluß aber bei der praktischen Ausgestaltung des Verhältnisses DDR-UdSSR, insbesondere bei der Bestimmung von Bereichen und Mechanismen der Einflußnahme sowjetischer Institutionen auf die politische und soziale Entwicklung in Ostdeutschland. Es ist davon auszugehen, daß sich der führungsinterne Disput um die Perspektiven Deutschlands sowohl in Moskau als auch in Berlin Ende 1949 vertiefte. Er wurde tangiert von innersowjetischen Richtungskämpfen und Konsolidierungsproblemen des entstehenden Ostblocks, die den Dogmatikern in der Sowjetunion und in den Volksdemokratien und damit den Verfechtern einer stärkeren Orientierung am sowjetischen Modell auch bezüglich Ostdeutschlands schon zum Jahreswechsel 1949/50 starken Aufwind gaben.

Die Schwerpunktverlagerung in der Sicht auf Deutschland ging nicht von deutschlandpolitischen, sondern mittelbar von weltpolitischen Überlegungen aus. Das sie bestimmende Ereignis war die dritte Tagung des Kominformbüros vom 16. bis 19. November 1949 in Budapest.⁴⁵ In Vorbereitung der Tagung hatte die KPdSU(B) schon im Frühsommer 1949 in Antwort auf die NATO-Gründung zu „Verteidigung des Friedens und Kampf gegen die Kriegstreiber“ aufgerufen. Dieser Aufgabe gab das ZK der KPdSU(B) Anfang Oktober noch einmal nachdrücklich Priorität, nachdem Kampagnen wie die Mobilisierung für einen Weltfriedenskongreß (er fand im April 1949 in Warschau und Prag statt) nicht die gewünschte Breitenwirkung bei der „Isolierung der Kriegstreiber“ gezeigt hatten. In Budapest ging ZK-Sekretär Michail Andreevič Suslov in seinem Referat hinsichtlich der Zwei-Lager-Theorie noch weiter. Er zeichnete, ungeachtet aller Erfolge der „Kräfte des Friedenslagers“, das erschreckende Bild eines von Wutanfällen getriebenen, kriegslüsternen imperialistischen Lagers. Seine Rede war ein Appell zur Konsolidierung gegen NATO und Marshallplan, gegen Pazifismus und gleichzeitig gegen fatalistische, von der Unvermeidbarkeit eines Krieges ausgehende Stimmungen. Neue deutschlandpolitische Akzente wurden in Budapest zunächst nicht gesetzt⁴⁶, sieht man von Suslovs propagandistischem Versuch ab, die Gründung der DDR als eine Niederlage des Imperialismus darzustellen, so als habe man diesem den Separatstaat erfolgreich abgerungen.

⁴² So Laufer, Neuanfang, S. 180.

⁴³ Vergleiche Lemke, DDR, S. 136.

⁴⁴ Badstübner, Deutschlandpolitik.

⁴⁵ Adibekov, Kominform, S. 139–149.

⁴⁶ Die SED-Führung fühlte sich zunächst auch nicht veranlaßt, die Budapester Referate abzudrucken, und als Politberater Semenov im Dezember 1949 in einer Unterredung mit Pieck auf diesen Mangel zu sprechen kam, brachte er keine spezifisch deutschlandpolitischen Gründe für seine Kritik vor (Besprechungen Piecks und Ulbrichts mit Semenov am 12.12. und 24.12.1949, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 319–322). Das Neue Deutschland gab die Referate von Suslov, Togliatti und Gheorgiu-Dej am 16. und 17.12.1949 wieder.

An der Neutralisierungsidee rührte Suslov nicht.⁴⁷ Verhängnisvoll für Moskaus Deutschlandkonzept waren jedoch indirekt zwei neue Komponenten des Kampfes um den Frieden. Er wurde nun unmittelbar mit der Stärkung der Volksdemokratien verbunden und diese wiederum mit der Forderung nach mehr „Wachsamkeit“ gegenüber „Agenten des Imperialismus“. Das Kominform hatte in einer Resolution die „Clique Tito-Rankovic“ verurteilt. Die Reden in Budapest waren eine einzige „Entlarvung“ aller „Spießgesellen der Anstifter eines neuen Krieges“. Auch wenn Suslov betonte, der Friedenskampf sei „selbstverständlich [...] nicht nach einer Schablone zu führen“, man müsse „von den konkreten Bedingungen eines Landes ausgehen“⁴⁸, so bewirkte die Grundorientierung doch bezüglich der Moskauer Deutschlandpolitik bald genau das Gegenteil.

Vorerst aber galt die Gründung der DDR in Moskau als Krönung eines mit der Potsdamer Konferenz eingeleiteten gesamtdeutschen Demokratisierungsprozesses, als „Fundament für ein einheitliches und friedliebendes Deutschland“, wie es der sowjetische Außenminister Andrej Januarevič Vyšinskij am 14. Dezember 1949 während seines ersten offiziellen Besuches in Berlin vor den Mitgliedern der Provisorischen Regierung der DDR formulierte.⁴⁹

3. Struktur, Mitarbeiterbestand und Führungspersonal der SKK (1949)

Die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland (SKK) entstand mit Regierungsbeschluß vom 5. November 1949 „Über die Errichtung einer Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“ als ein Organ der Regierung der UdSSR.⁵⁰ Für die Vorgängereinstitution SMAD galt das so nicht; weder im Beschluß zu ihrer Gründung noch in den anhängigen Bestimmungen zur SMAD war ein klares Unterstellungsverhältnis festgehalten.⁵¹ Die SKK war demgegenüber eindeutig dem Ministerrat der UdSSR unterstellt. Das schloß bekanntermaßen ein, daß alle wichtigen Entscheidungen sowohl der Kommission selbst als auch über sie zuvor die maßgeblichen oberen Gremien der kommunistischen Partei (Politbüro oder dessen Sekretariat) zu passieren hatten, Anregungen aus der Parteispitze höchste Priorität genossen, Entscheidungen aus diesem Kreis sogar uneingeschränkten Befehlscharakter besaßen. In Moskau war die unmittelbare Einflußnahme der

⁴⁷ Von einem einschneidend politisch-konzeptionellen Wandel in der Deutschlandpolitik, den beispielsweise Richter in einer Abkehr der UdSSR von ihren Neutralisierungsplänen sieht (vergleiche Richter, Rolle, S. 159f.), kann meines Erachtens keine Rede sein.

⁴⁸ Besprechungen Piecks und Ulbrichts mit Semenov am 12.12. und 24.12.1949, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 319–322.

⁴⁹ Neues Deutschland vom 15.12.1949; Dokumente zur Deutschlandpolitik (1996), S. 313f., hier S. 314.

⁵⁰ Postanovlenie Soveta Ministrov SSSR Nr. 5159–1967 ss. „O sozdanii Sovetskoj Kontroll'noj Komissii v Germanii“. Der Beschluß selbst konnte nicht eingesehen werden. Verschiedene Hinweise auf ihn finden sich in: AVP RF, fond 082, opis' 37, delo 41, papka 206.

⁵¹ Dies war möglicherweise ein Relikt aus einer ursprünglichen Konzipierung der SMAD als sowjetischer Teil einer interalliierten Kontrollbehörde. Zur Entstehung der SMAD-Bestimmung siehe Filitov, V komissijach, S. 66f. Die Verordnung des Rates der Volkskommissare vom 6. Juni 1945 zur Gründung der SMAD, Postanovlenie Soveta Narodnych Komissarov SSSR ob organizacii Sovetskoj Voennoj Administracii po upravleniju sovetскоj zonoj okkupacii v Germanii, siehe in: Russkij archiv, S. 408–411.

Partei durch weitgehende Personalunion in den oberen Partei- und Staatsämtern ohnehin garantiert.

Der Vorsitzende der SKK wurde von der Regierung der UdSSR ernannt, ebenso seine Stellvertreter und sein politischer Berater. Dies geschah für die erste Besetzung bereits durch den genannten Beschluß. Als Regierungsorgan fiel die SKK in den Geschäftsbereich des Außenministeriums. Diesem oblag die Stellenbesetzung in der SKK. Auf Anforderung von seiten dieses Ministeriums sollten die anderen Ministerien Spezialisten bereitstellen. Personalentscheidungen hatte jedoch das Sekretariat des ZK der KPdSU(B) zu genehmigen, für die Stellen bis zum Abteilungsleiter (vermutlich sogar bis zum stellvertretenden Abteilungsleiter) mußte dort in jedem Einzelfall Zustimmung eingeholt werden.

Weitgehend ausgeschlossen aus personalpolitischen Entscheidungen und ohne größeren Einfluß auf den Inhalt der SKK-Arbeit war nunmehr – anders als bei der Vorgängerinstitution⁵² – das Militär. Die SKK war formell eine zivile Behörde. Gleichwohl sollte der Einfluß der Militärs, die ja im Krieg stark an Ansehen gewonnen hatten, nicht restlos eliminiert werden. Außerdem schien es gewiß noch immer sinnvoll, die in Ostdeutschland verbleibenden Besatzungstruppen nicht unabhängig von dieser zivilen Kontrollbehörde zu führen. Die bewährte Personalunion von Truppenchef und Kontrollbehördenchef fortzusetzen, war aus sowjetischer Sicht daher naheliegend.⁵³

Dies war wohl ein entscheidender Gesichtspunkt für die Wahl des *Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission*. Der erst im Frühjahr 1949 ins Amt des Obersten Chefs der SMAD und Oberkommandierenden der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland aufgestiegene *Armeegeneral Vasilij Ivanovič Čujkov*, seit 1945 schon unter den SMAD-Führungskräften⁵⁴, schien für diese Aufgabe prädestiniert. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß sich unter dem bestehenden Zeitdruck womöglich kein weiterer Kandidat fand, so werden doch rationelle Überlegungen zur Zweckmäßigkeit einer Personalunion und zur Gewährleistung von personalpolitischer Kontinuität im Führungsbereich der Institution bei der Besetzung des obersten Führungspostens die größere Rolle gespielt haben. Čujkov, Berufssoldat und zweifacher Held der Sowjetunion, war auch vom Typus her der geeignete Mann. Alle, die ihn in Deutschland in seinen leitenden Funktionen, insbesondere als Obersten SMAD- und später SKK-Chef, näher kennengelernt hatten, berichteten nahezu einstimmig, daß sich der bewährte und hochgeachtete

⁵² Laut Verordnung des Rates der Volkskommissare vom 6. Juni 1945 beschränkte sich der Einfluß des Volkskommissariats für Verteidigung zwar auf Personalentscheidungen für den Stab und die militärischen Abteilungen der SMAD, die Reparations- und die Transportabteilung, der Einfluß des NKVD auf die Abteilung für innere Angelegenheiten; beide Ministerien schlugen gemeinsam die SMAD-Chefs der Länder vor. Alle Posteninhaber mußten überdies von der Staatlichen Stellenplankommission des Rates der Volkskommissare bestätigt werden. Doch in der Praxis war der Einfluß der Militärs durch das Ansehen der SMAD-Chefs, die zahlenmäßige Überlegenheit von Militärangehörigen im Vergleich zu Zivilisten und die dominierend militärische innere Kommunikation (siehe: Inventar) sehr stark.

⁵³ Gelegentlich wird in der Historiographie versucht, aus diesem Sachverhalt gewisse deutschlandpolitische Linien Moskaus herauszulesen. Abgesehen davon, daß derlei Schlüsse von der Sache her nicht überzeugen, ist es beim jetzigen Quellenstand reichlich verfrüht, Aussagen über deutschlandpolitische Überlegungen speziell in der sowjetischen Armeeführung zu treffen. Daß ein „General an der Spitze“ der SKK als Fakt „mißverstanden“ werden konnte, begriff die Führung in Moskau durchaus (siehe Besprechung Piecks mit Čujkov und Il'ičev am 10.11.49, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 315f.).

⁵⁴ Vasilij Ivanovič Čujkov (1900–1982) war 1945–1946 Chef der SMA in Thüringen, 1946–1949 Stellvertreter des Oberkommandierenden der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland.

General der Kriegsjahre vor allem durch militärische Tugenden ausgezeichnete. Ein Politiker sei er nicht gewesen.⁵⁵ – Die Personalentscheidung unterstreicht die der SKK zugewiesene Funktion als primär ausführende Instanz und bestärkt den Eindruck, den die Forschung schon aus Analysen der Spätphase der SMAD-Geschichte gewonnen hatte: Moskau war daran interessiert, daß seine Interessenvertreter in (Ost-)Deutschland möglichst wenig politische Eigeninitiative entwickelten.

Čujkov blieb also gleichzeitig *Oberkommandierender der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland* (GSOVG)⁵⁶. Im Amt blieb auch der Stabschef der GSOVG.⁵⁷ Die Länderuntergliederung in der Militärführung der Besatzungstruppen hatte sich überlebt und wurde nicht erneuert.

Der sowjetischen Kontrollbehörde stand demnach ein ranghoher Offizier vor, womit ein beträchtlicher Einfluß des Militärs strukturell angelegt war, der unter besonderen Umständen (auf die noch einzugehen ist) politisch relevant werden konnte. Dennoch gab es in der Geschichte der SKK keinen einzigen Fall, wo Militärkreise an der sowjetischen Regierung vorbei in Deutschland Politik gemacht hätten. Versuche, den militärischen Einfluß in der Behörde auszubauen, gelangen nur im Konsens mit der Regierung.

Durch Regierungsbeschluß wurde am 5. November auch der Posten des *Ersten Stellvertreters des SKK-Vorsitzenden* besetzt. In der SMAD hatte der Erste Stellvertreter den Obersten Chef vorrangig bei der Truppenführung vertreten. Dies sollte nun geändert werden: Mit *Ivan Fedorovič Semičastnov* nahm ein Mann ohne militärische Spezialkenntnisse den Posten des Ersten Stellvertreters ein. Seine Domäne war der Außenhandel, vor seinem Deutschlandeinsatz war Semičastnov einer der Stellvertreter von Außenhandelsminister Anastas Ivanovič Mikojan gewesen. Einigen Quellen zufolge war Semičastnov schon früher (vermutlich im Frühsommer 1949) nach Deutschland gekommen und anfangs als einer der SMAD-Vizechefs mit zivilen und Wirtschaftsfragen befaßt gewesen. Möglicherweise hatte er sich schon als rechte Hand Čujkovs bewährt. In den Folgejahren zumindest war er als Erster Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden in erster Linie mit der Koordinierung der Beobachtung und Beeinflussung deutscher Behörden befaßt. Nach Auflösung der SKK, in der er bis zum Schluß als Erster Stellvertreter Čujkovs wirkte, wurde Semičastnov Bevollmächtigter des Ministeriums für Innen- und Außenhandel der UdSSR in der DDR, in dessen Kompetenzen neben Handelsfragen zumindest anfänglich auch noch Reparationsangelegenheiten fielen.

Eine weitere wichtige Kontinuität zur SMAD-Zeit zeigte sich in der Ernennung des vormaligen Politischen Beraters des SMAD-Chefs zum *Politischen Berater beim SKK-Vorsitzenden*. Der *Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter Vladimir Semenov* verfügte unter allen SKK-Führungskräften über die größten Deutschland-erfahrungen. Schon vor 1941 im diplomatischen Dienst in Berlin, hatte er seit Kriegsende unter den SMAD-Chefs Žukov, Sokolovskij und Čujkov durchgängig als verlängerter Arm des Außenministeriums und – partiell – der sowjetischen Regierung gewirkt, seit

⁵⁵ Das ergab sich als vorherrschendes Bild aus zahlreichen Gesprächen mit SMAD- und SKK-Mitarbeitern, die die Autorin 1991–1995 in Moskau führen konnte.

⁵⁶ Dieser Teil der Truppen der UdSSR behielt seinen bisherigen Namen auch nach Gründung der DDR bis zur formellen Beendigung des Besatzungszustandes Mitte der fünfziger Jahre bei. Siehe Rakitin/Sjas'ko: *Na boevom postu*.

⁵⁷ Bekanntgewordene Neubesetzungen innerhalb der GSOVG, etwa die auf dem Posten des Mitglieds des Militärates, sind in ihrer Relevanz für die Bildung der SKK nach bisheriger Quellenkenntnis noch nicht zu gewichten.

November 1948 im Range eines Botschafters der UdSSR.⁵⁸ 1945 war es dem Außenministerium zunächst nicht gelungen, den Politischen Berater so exponiert wie gewünscht in die Hierarchie der SMAD einzubauen. Doch die Rolle Semenovs war seit 1946 ständig bedeutsamer geworden. Über ihn hatte das Moskauer Außenministerium seine Einflußmöglichkeiten in der weitgehend vom Militärrat und von der Parteispitze geführten SMAD ausgeweitet. Nun, bei der Konzipierung der SKK, unterließen die Diplomaten zwar den Versuch, dem Politischen Berater die herausgehobene Funktion eines Regierungsbevollmächtigten zuschreiben zu lassen. Das war 1945 gescheitert⁵⁹, und noch immer war Zurückhaltung angebracht, denn wie 1945 machten sich auch jetzt in den deutschlandpolitischen Konzeptionsdebatten die sowjetischen Sicherheitsbehörden stark. Trotz formeller Ähnlichkeiten mit der Funktion des Politberaters in der SMAD war die des Politberaters in der SKK nun aber, weil „historisch gewachsen“, sehr viel stabiler und gewichtiger. Daß Semenov Politberater nicht *des* SKK-Vorsitzenden, sondern *beim* SKK-Vorsitzenden war, unterstrich die relativ unabhängige, informell führende Stellung des Diplomaten. Seine Aufgabe war es, dem SKK-Vorsitzenden Vorschläge und Schlußfolgerungen zu sämtlichen Fragen politischen Charakters vorzulegen und gemeinsam mit ihm der sowjetischen Regierung Informationen über die Lage in Deutschland sowie Vorschläge zu Fragen, die in die Kompetenz der SKK fielen, zu liefern.⁶⁰

Kontinuität wurde auch bei der Besetzung der rangnächsten Stellen weitgehend gewahrt. Mit Befehl Nr. 001 rief Čujkov am 17. November 1949 weitere Führungskräfte der SKK „zum Antritt ihrer Ämter“.⁶¹ Zu ihnen gehörte der frühere Stellvertreter des SMAD-Chefs für Wirtschaftsfragen *Konstantin Ivanovič Koval’*. Er wurde nun *Erster Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden für Wirtschaftsfragen*.

Die zentrale Bedeutung von Wirtschaftsfragen in den bilateralen Beziehungen zwischen DDR und UdSSR stand im Herbst 1949 außer Frage. Wenn es noch eines Beweises bedarf, so findet er sich in einer Information von Ministerpräsident Grotewohl über ein Treffen mit hochrangigen sowjetischen Vertretern am 26. Oktober⁶²: Noch vor der Installierung der SKK traf Grotewohl mit Koval’ und weiteren Mitarbeitern der SMAD zusammen. „Gegenstand der Besprechung war die Frage der Koordinierung aller weiteren Arbeiten zwischen der Regierung und der Planökonomischen Abteilung der SMAD [sic!], in erster Linie [...] die unmittelbare Zusammenarbeit zur Gestaltung des Wirtschaftsplanes 1950“. Grotewohl hielt in seinem Vermerk das primäre sowjetische Interesse fest: „1. das Verhältnis der SAG-Betriebe zur deutschen Regierung; 2. die Versorgung der Besatzungstruppen; 3. die Festlegung des Reparationsplanes für 1950“.⁶³ Anschließend wurden technische Fragen der Erstellung des Wirtschaftsplanes 1950 und eines „dann

⁵⁸ Siehe seine Erinnerungen: Semjonow, Von Stalin.

⁵⁹ Filitov, V komissijach, S. 67.

⁶⁰ So im Befehl Nr. 001 des Vorsitzenden der SKK vom 17.11.1949, AVP RF, fond 082, opis’ 37, papka 207, delo 44, listy 7–12, hier list 10.

⁶¹ Befehl Nr. 001 des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, 17. November 1949, AVP RF fond 082, opis’ 37, papka 207, delo 44, listy 7–12. Die Einsichtnahme des Dokuments wurde der Verfasserin nicht genehmigt. Hier wird auf eine Kopie zurückgegriffen, die das Archiv des Moskauer Außenministeriums zur selben Zeit Dr. Jan Foitzik ausstellte, dem für die Kooperation gedankt sei. Indirekte Hinweise auf den Inhalt des Befehls fanden sich in einer Notiz über den Personalbestand an russischen Mitarbeitern in der SKK, 27.1.1950, AVP RF, fond 082, opis’ 37, papka 206, delo 41, listy 13f.

⁶² Vermerk Grotewohls für Pieck vom 26.10.1949, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 309–312.

⁶³ Ebenda, S. 310.

folgenden Fünfjahrplan[s]“ erörtert, wobei vor allem Fragen des „Außenhandel[s] mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien“ grundsätzlicher Klärung harrrten. Der Vermerk belegt die Priorität ökonomischer Interessen der Großmacht in Ostdeutschland. Der Kurs einer stärkeren wirtschaftlichen Einbindung der DDR-Volkswirtschaft in den ost- und südosteuropäischen Raum stand prinzipiell nicht in Frage, wohl aber Ausmaß und Tempo einer Integration, waren doch intensive und vielleicht sogar effektivere Wirtschaftskontakte für die sowjetische Führung auch mit einem geeinten Deutschland denkbar und erstrebenswert.

Der hohe Stellenwert ökonomischer Interessen macht den erneuten Einsatz Koval's als bewährten Chefkoordinator in Wirtschaftsfragen verständlich. Der Spezialist für Hüttenindustrie kam aus der Leitung des Ministeriums für Schwermaschinenbau. Er war, wie Čujkov und Semenov, seit 1945 in Deutschland, ersterem bis 1949 in der Dienststellung übergeordnet und nach dessen Ernennung zum SMAD-Chef einer seiner ranghöchsten Stellvertreter. Möglicherweise ergab sich auch aus dem hohen Rang Koval's in der SMAD, daß er unter den Stellvertretern des SKK-Vorsitzenden eine herausgehobene Stellung einnahm. Neben einem Ersten Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden wurde mit Koval' ein Erster Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden für Wirtschaftsfragen berufen. Als Koval' im Herbst 1950 nach fünf Jahren Dienst in Deutschland in seine Heimat zurückkehrte⁶⁴, wurde sein Posten nur vorübergehend wieder besetzt, und Koval's Nachfolger Bykov wurde kurz darauf im Zuge einer Umstrukturierung der SKK-Leitung Anfang 1951 „lediglich“ *Stellvertreter für Wirtschaftsfragen*. – Daß Koval' nicht schon 1949 entlassen wurde, zeigt wiederum, daß im Herbst 1949 auch „Kader“-Entscheidungen pragmatisch und im Interesse der Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit getroffen wurden. Vermutlich sah man gerade in Wirtschaftsangelegenheiten die Sicherung von Kontinuität als besonders dringlich an.

Neben dem Ersten Stellvertreter für Wirtschaftsfragen wurden am 17. November 1949 zwei Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden als Verantwortliche für Teilbereiche eingesetzt: *Michail Iosifovič Perelivčenko* wurde *Stellvertreter für Industrie[angelegenheiten]* und *Aleksandr Fedorovič Kabanov* der *Stellvertreter für Zivilverwaltung* (wörtlich: für *administrative Angelegenheiten*). Perelivčenko hatte zuletzt die Planökonomische Abteilung der SMAD geleitet. Die Einsetzung eines besonderen Stellvertreters für Industrie, dem speziell die Industrie- und die Reparationsabteilung der SKK unterstellt waren, bestätigt ein weiteres Mal die erstrangige Bedeutung, die Reparations- und Wirtschaftsangelegenheiten beigemessen wurde. Der hohe Stellenwert wirtschaftspolitischer Fragen zeigte sich auch in der Tatsache, daß die „administrativen Angelegenheiten“ – das meinte zu diesem Zeitpunkt vor allem die machtpolitisch bedeutsamen Angelegenheiten des Regierungs- und des Verwaltungsaufbaus – von einem Kenner gerade der Wirtschaftsverwaltung betreut wurden. Mit Kabanov, dem vormaligen Stellvertreter des SMAD-Chefs für Zivilverwaltung, der kurzzeitig auch als Leiter der SMAD-Landwirtschaftsabteilung Erfahrungen gesammelt hatte, war darüber hinaus auch personelle Kontinuität angestrebt worden. Dem Stellvertreter für Zivilverwaltung unterstand in der SKK allein die Abteilung für Verwaltungsfragen, die er formell als Abteilungsleiter führte. Generell dürfte 1949

⁶⁴ In Koval's Erinnerung verblaßt das eine Dienstjahr in der SKK fast völlig, endet sein Einsatz in Deutschland mit Gründung der DDR. Das ist nicht nur Koval's schriftlichen Erinnerungen zu entnehmen, sondern zeigt sich auch in den vielen Gesprächen, die die Autorin mit ihm nach 1990 führen konnte.

gerade angesichts der Übergabe weiterer Verwaltungsfunktionen an DDR-Institutionen dieser Abteilung große Bedeutung eingeräumt worden sein. Ihr Wirken liegt noch weitgehend im dunkeln.

Für den Führungszirkel der SKK wurde auch ein *Stellvertreter für Angelegenheiten der Sowjetischen Aktiengesellschaften in Deutschland* in Erwägung gezogen. Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG), meist Industriebetriebe, unterstanden einer Moskauer Verwaltung für Sowjetische Staatliche Aktiengesellschaften (USGAO), Teil der *Verwaltung für sowjetisches Eigentum im Ausland*. Schon zu SMAD-Zeiten agierte sie in der SBZ weitgehend unabhängig von den Besatzungsorganen. Die Verwaltung für sowjetisches Eigentum im Ausland war vermutlich eine Filiale des Volkskommissariats bzw. Ministeriums des Innern der UdSSR (NKVD bzw. MVD). Die Leitung der USGAO, die Aktiengesellschaften nicht nur in der DDR beaufsichtigte, oblag seit etwa 1947 *Bogdan Zachar'ewič Kobulov*, vordem Generaloberst im Staatssicherheitsdienst und Berijas Stellvertreter.⁶⁵ Schon im November 1949 war klar, daß für seine Verwaltung, wie schon früher, andere Richtlinien galten als für „normale“ Regierungsinstitutionen. Im Unterschied zur bisherigen Praxis sollte sich die faktische Bedeutung der SAG nun aber auch offiziell in der SKK-Führungsstruktur manifestieren. Es war geplant, einen für die SAG in Deutschland (faktisch nur in der DDR) zuständigen Mitarbeiter als Stellvertreter des SKK-Chefs einzusetzen. Doch darüber muß es längere Debatten gegeben haben.

Vieles deutet darauf hin, daß Berija, seit 1946 Leiter des „Staatskomitees für das Atomproblem Nummer eins“, das heißt für die Atomwaffenproduktion, für Kobulov diesen hochrangigen Stellvertreterposten innerhalb der SKK anstrebte. Zum allgemeinen geheimdienstlichen Interesse gesellte sich sicherlich das besondere an einem größeren Einfluß des SAG-Chefs, der unter anderem die Uran-Förderung im Erzgebirge beaufsichtigte. Doch vor dem Hintergrund einer „drastischen Reorganisation der Nachrichtenbürokratie“, die von 1946/47 bis 1951/52 in der sowjetischen Herrschaftsstruktur für viel Durcheinander und Machtgerangel sorgte⁶⁶, gelang es Berija zunächst nicht, Kobulov in die SKK-Führungsstruktur zu integrieren.

Am 17. November trat eine Reihe von Leitern von Struktureinheiten, der Abteilungen und Landesvertretungen der SKK, formell ihren Dienst an. Der Aufbau der Behörde stand zu diesem Zeitpunkt fest. Die Anzahl der Planstellen war auf insgesamt 3831 festgelegt, 1053 davon waren für die Landesvertretungen vorgesehen (siehe Anlage 1).

Schon frühzeitig war für die Struktur der SKK bestimmt worden, daß sie sich weitgehend an den Aufbau der Provisorischen Regierung der DDR anlehnen sollte. Die Moskauer Führung bestätigte diesen Grundgedanken während der Spitzenbegegnung im September 1949. Dementsprechend entstanden in der SKK Fachabteilungen. Bemerkenswerterweise waren diese jedoch nicht völlig deckungsgleich mit der DDR-Regierungsstruktur. Die Abteilung für Wirtschaftsplanung, die Abteilung für Finanzen und die Abteilung für Industrie entsprachen (fast) gleichnamigen DDR-Ministerien; die Abteilung für Transport kontrollierte den Wirkungsbereich des Ministeriums für Verkehr; die Abteilung für

⁶⁵ Das innenpolitische und das Staatssicherheitsressort waren in der Geschichte der UdSSR wiederholt zusammengelgt und getrennt worden. Von 1946 bis 1953 existierten zwei getrennte Ministerien. B. Z. Kobulov soll etwa 1947/48, möglicherweise im Zusammenhang mit der Trennung der Ressorts, als Vertrauter Berijas von dessen Nachfolger Abakumov aus dem Sicherheitsdienst entlassen worden sein (Sudoplatow/Sudoplatow, Handlanger, S. 390, 392).

⁶⁶ Sudoplatow/Sudoplatow, Handlanger, S. 271–277.

Materialbilanzen und Handel „betreute“ ursprünglich zwei Ministerien, das Ministerium für Handel und Versorgung und das Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung; für manche Ministerien, wie für Post und Fernmeldewesen oder für Land- und Forstwirtschaft, waren auf Seiten der SKK kleinere Untergliederungen zuständig; die Abteilung für Kontrolle über wissenschaftlich-technische und Forschungstätigkeit war auf das DDR-Planungsministerium ausgerichtet. Das Amt für Reparationen bei der DDR-Regierung entstand erst nachträglich; der Stellvertretende Ministerratsvorsitzende Ulbricht informierte am 2. Dezember 1950 auf Anfrage Čujkovs die SKK darüber, daß dorthin die Reparationsforderungen zu richten seien.⁶⁷ In diesem Fall wurde wohl die deutsche Einrichtung der entsprechenden Verwaltung innerhalb der sowjetischen Kontrollinstitution angepaßt.⁶⁸

Eine gewisse Unabhängigkeit von der Struktur der Kontrollobjekte mag beabsichtigt gewesen sein; in der weiteren Arbeit an statutarischen Festlegungen zur Arbeitsweise der SKK wurde 1950 schließlich auch darauf verzichtet, genaue Zuständigkeiten für staatliche Institutionen in der DDR zu fixieren. Die Arbeitsweise der SKK wurde im fertigen Statut über Zuständigkeiten für bestimmte Bereiche und Probleme, nicht aber für bestimmte staatliche Einrichtungen definiert. Dabei spielten Erfahrungen aus der SMAD-Zeit eine große Rolle. Ganz besonders deutlich wird das bezüglich der Strukturierung der Behörde für Aufgaben im politischen Bereich. Schon im März 1949 teilte der amtierende Leiter der Abteilung für Verwaltungsfragen der SMAD, Major Ljul'ka, Politberater Semenov im Zusammenhang mit einem Bericht für das zweite Halbjahr 1948 mit, die Erfahrung habe gezeigt, daß eine Zusammenführung mehrerer Verwaltungen und Abteilungen der SMAD, namentlich der Abteilung für Verwaltungsfragen, der Verwaltung für Innere Angelegenheiten, der Rechtsabteilung und der Abteilungen für Volksbildung und für Gesundheitswesen, den Aufgaben der SMAD im staatlich-politischen Bereich besser entspreche, und darüber hinaus Stellenplankürzungen ermögliche.⁶⁹ An solche SMAD-Erfahrungen anknüpfend, entstanden nun bei der SKK eine Informationsabteilung für die Kontrolle des politischen, insbesondere des parteipolitischen Lebens und der politischen Kommunikation, sowie eine Abteilung für Verwaltungsfragen zur Überwachung und Beeinflussung der Arbeit gesetzgebender Gremien und staatlicher Einrichtungen mit je einer Unterabteilung für Polizei, Justiz, Arbeit und Gesundheitswesen sowie für „leitendes Personal“ im Staatsapparat generell.

Im Vorgriff sei erwähnt, daß sich die Struktur der SKK auch in den Folgejahren nicht an die der DDR-Regierung anglich bzw. sich analog zu ihr änderte. Ihre Geschichte folgte anderen Prämissen: deutschlandpolitischen einerseits, intern-arbeitsorganisatorischen andererseits.

Die SKK erhielt also eine spezielle *Verwaltung für Reparationen*. Ihre Leitung übernahm der bewährte *Leonid Ivanovič Zorin*, 1945 bis 1949 Leiter der Abteilung für Reparationen und Lieferungen der SMAD. Bei der Reparationsverwaltung war auch die Verwaltung für einen sowjetischen Verlag in Deutschland anhängig (Leiter: *Konstantin D. Trofimov*); sie ging aus der Verwaltung „Poligrafizdat“ bei der SMAD hervor. Der Ver-

⁶⁷ Schreiben Čujkovs an Grotewohl und Antwort Ulbrichts, SAPMO BArch, NY 4090/15, Bl. 7–9.

⁶⁸ Bei der späteren Schaffung eines Ministeriums für Staatssicherheit der DDR am 8.2.1950 dürfte es sich auch um eine Anpassung bzw. Modellübernahme gehandelt haben, nur lag die sowjetische Kontrolle über diesen Bereich außerhalb der SKK.

⁶⁹ Bericht von Ljul'ka an Semenov, 11.3.1949, AVP RF, fond 0457 „a“, opis' 7, papka 41, delo 24, listy 48f.

waltung für Reparationen wurde mit insgesamt 625 Planstellen (davon 142 für die Verlagsleitung) ein ausgedehnter Stab zugebilligt.⁷⁰ Ihr oblag die Organisation und die Kontrolle der Entnahme von DDR-Produkten auf Reparationskonto. Sie hatte Produktions- und Lieferaufträge auszustellen und zu verteilen, Liefertermine festzulegen, Qualität, Preise, Transportbedingungen zu prüfen, die Verrechnung vorzunehmen. Die Verwaltung war ebenso zuständig für die Realisierung der Reparationslieferungen an die Volksrepublik Polen. Auch Restitutionen von sowjetischem Eigentum in Westdeutschland fielen in ihr Aufgabengebiet. In der DDR sollte sie die produktionsorganisatorischen und finanziellen Fragen in Reparationsangelegenheiten über das Amt für Reparationen beim DDR-Ministerpräsidenten regeln. Die Verwaltung wurde operativ vom sowjetischen Außenhandelsministerium geführt. Sie sollte mit der Verwaltung für Sowjetische Aktiengesellschaften (USGAO) kooperieren. Über ihre Unterstellung in der SKK geben die Quellen widersprüchliche Auskünfte: so ist einmal von einer direkten Unterstellung unter den SKK-Vorsitzenden, ein andermal von einer Unterstellung unter den Stellvertreter für Industrie die Rede.

Ebenfalls zum Zwecke der Absicherung der Reparationsleistungen, zugleich aber zur umfassenden Kontrolle der Entwicklung der Industrie in der DDR entstand eine *Abteilung für Industrie* (132 Stellen, Leiter: A. I. Kozlov). Sie unterstand dem Stellvertreter für Industrie. Zu ihren Aufgaben gehörte die Kontrolle über die Arbeit des DDR-Ministeriums für Industrie (u.a. über Produktions-, Finanz- und Perspektivplanung, Planerfüllung, Auslastung von Anlagen, Arbeitsorganisation, Lohn- und Normierungsfragen, Forschung und Projektierung, Kooperationsfragen, Ressourcennutzung). Geplant war in der SKK zunächst wohl auch, der Industrieabteilung die Kontrolle über die Planerfüllung in den SAG sowie die Belieferung der Besatzungstruppen zu übertragen. Hier kam es aber offensichtlich zu Kompetenzstreitigkeiten mit der in Moskau ansässigen Verwaltung für sowjetische Staatliche Aktiengesellschaften unter Leitung Kobulovs, so daß schließlich nur noch Unterstützung und Hilfe für die SAG als Aufgabe der Industrieabteilung festgehalten wurde. Die Organisations- und Kompetenzstreitigkeiten hielten an.

Bemerkenswerterweise waren Reparationsverwaltung und Industrieabteilungen mit zusammen 757 Planstellen doppelt so stark besetzt wie die drei für politische Fragen und Staatsaufbau in der DDR verantwortlichen Struktureinheiten (mit insgesamt 357 Stellen).

Die *Abteilung für Verwaltungsfragen* (73 Stellen) ging aus dem Zusammenschluß der SMAD-Verwaltung für Innere Angelegenheiten, der Abteilung für Gesundheitswesen, der Rechtsabteilung und der Abteilung für Zivilverwaltung der SMAD hervor. Dieses große Ressort unterstand, wie schon angeführt, als einzige Unterstruktur dem Stellvertreter für Zivilverwaltung Kabanov, der in Personalunion formell Abteilungsleiter und Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden war. Die Abteilung hatte die verschiedenen Polizeibereiche, die staatliche Verwaltung, das Gerichtswesen und den Strafvollzug sowie Gesundheitswesen und Sozialversicherung zu kontrollieren. Verwaltungsangelegenheiten und der Aufbau des Staatsapparates der DDR bildeten das Ressort des amtierenden Abteilungsleiters *Petr Semenovič Ljul'ka*. Für Fragen der Justiz war Stellvertreter *Fedor Dmitrievič Titov* zuständig, für Belange von Arbeit und Gesundheitswesen – ebenfalls im Range eines stellvertretenden Abteilungsleiters – ein gewisser *Markov*. Stellvertreter *Poručikov* oblag offensichtlich die Kontrolle der Polizei.

⁷⁰ Zur Struktur der SKK und der Größe ihrer Abteilungen und Landesvertretungen im Vergleich siehe Anlage 1.

Die *Abteilung für Information* (144 Stellen) sollte, wie es hieß, die Verbindung zu den politischen Parteien und zu den Massenorganisationen unterhalten. Ihre Leitung übernahm der erst unlängst in die SMAD-Informationsverwaltung aufgenommene Oberst *M. M. Kijatkin*. Zu seinen leitenden Mitarbeitern zählten *I. S. Bakulin*, ein gewisser *Demidov*, *I. I. Sušenkov*, und *E. N. Ščepin*. Die Abteilung fiel in die Zuständigkeit des Politberaters. Der verfügte darüber hinaus über einen relativ großen eigenständigen *Apparat des Politberaters* (140 Stellen), in dem Spezialisten für alle Gesellschaftsbereiche tätig waren. Sein erster Stellvertreter war *Ivan Ivanovič Il'ičev*, langjähriger leitender Mitarbeiter der Militäraufklärung⁷¹, seit 1948 im diplomatischen Dienst. Für Wirtschaftsfragen war in Semenovs Apparat *I. M. Romanov* zuständig, für Kultur und Bildung ein gewisser *A. Danilov*. Dem Politberater oblag zweifellos auch die Kontrolle des DDR-Außenministeriums.

Dem Ersten Stellvertreter für Wirtschaftsfragen unterstand zunächst eine *Abteilung für Wirtschaftsplanung* (80 Stellen; Leiter: *B. A. Chomjakov*, als Stellvertreter für Landwirtschaft zuständig: *A. Baranov*, für Arbeitskräftefragen: *P. Morenov*). In ihr bestand eine Unterabteilung, die den ebenso langen wie seltsamen Namen *Unterabteilung für Konjunktur und Ökonomie Westdeutschlands* trug. Sie wurde von *E. Zacharov* geleitet. Dem Ersten Stellvertreter für Wirtschaftsfragen unterstand weiterhin eine *Abteilung für Materialbilanzen und Handel*⁷² (180 Stellen; Leiter: zunächst abwechselnd amtierend *I. D. Ignatov* und *M. I. Vlasov*⁷³, schließlich bis 1951 amtierend *L. M. Matveev*), eine *Abteilung für Kontrolle über naturwissenschaftlich-technische und Forschungstätigkeit* (10 Stellen) sowie eine *Abteilung für Transport* (auch Transport und Nachrichtenwesen genannt, 281 Stellen). Diese Abteilungen sollten vor allem im Tätigkeitsbereich der DDR-Ministerien für Wirtschaftsplanung, für Handel und Versorgung, für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung, für Land- und Forstwirtschaft, für Verkehr sowie für Aufbau sowjetische Interessen wahrnehmen. Dabei ging es – analog zur Zuständigkeit der Industrieabteilung – um Kontrolle über die gesamte Spanne volkswirtschaftlicher Planungs- und Leitungstätigkeit bis hin zu den „Kaderfragen“.

Ohne besonderes SKK-Unterstellungsverhältnis wurde aus der SMAD-Finanzverwaltung eine *Abteilung für Finanzen* (49 Stellen) geschaffen. An ihrer Spitze stand der erfahrene Finanzexperte *V. K. Sitnin*.⁷⁴ In den Kontrollbereich der Abteilung fiel das gesamte Finanz-, Kredit- und Währungssystem der DDR, der Staatshaushalt, das finanzgebaren volkswirtschaftlicher Einheiten bis hin zu bestimmten Betrieben, ganzer Volkswirtschaftsbereiche und Wirtschaftsverwaltungen, Steuer- und Lohnverhältnisse, Geldumlauf und -reserven. Die Finanzabteilung vervollständigte den auf zentraler DDR-Ebene für die Kontrolle und die Zusammenarbeit mit deutschen Behörden unmittelbar zuständigen Teil der SKK.

Damit waren – inklusive der statistisch zusammengefaßten sogenannten „Führung“ mit 29 Stellen (sie schloß neben dem SKK-Vorsitzenden, dem Politberater und den Stellver-

⁷¹ Vergleiche Semjonow, Von Stalin, S. 164; Bailey/Kondraschow/Murphy, Front, S. 77

⁷² Faktisch war sie ein Nachfolger der SMAD-Verwaltung für Handel und Versorgung.

⁷³ Vlasov amtierte gelegentlich als Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden, offensichtlich in Vertretung des (Ersten) Stellvertreters für Wirtschaftsfragen.

⁷⁴ Sitnin war zuvor Stellvertreter der Finanzabteilung der SMAD. Er leitete die Finanzabteilung der SKK bis 1951. Nach Moskau zurückgekehrt, gab er eine Monographie heraus: *Financy Germanokoj Demokratičeskoj Respubliki* [Die Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik], Moskva 1951. 1952 wurde er erneut nach Deutschland geholt.

tretern offensichtlich auch die Leiter der Abteilungen auf zentraler Ebene und die Chefs der Landesvertretungen ein) – laut Stellenplan 1743 Mitarbeiter, und damit nicht einmal die Hälfte aller SKK-Mitarbeiter, mit Problemen befaßt, die man als zentral bedeutsame bei der Einflußnahme auf die politische und soziale Entwicklung im neu gegründeten Staat DDR bezeichnen könnte.

Die Anzahl ist im Vergleich zur Mitarbeiterzahl der Vorgängerinstitution SMAD, soweit wir über sie informiert sind, sehr gering. Relativ groß war dagegen die Zahl der Mitarbeiter, die für den inneren Betrieb der Behörde zuständig waren, was jedoch schon in der SMAD der Fall gewesen war. Die Fäden liefen in der *Kanzlei* (483 Stellen) zusammen, die aus den Verwaltungen, Abteilungen und sonstigen Einrichtungen des Stabes der SMAD hervorging. Die Führung der Kanzlei übernahm im November 1949 Generalleutnant *Nikolaj Aleksandrovič Borzov*, ehemals Verbindungsoffizier der 2. Belorussischen Front, seit 1945 in Deutschland. Für die politische Arbeit innerhalb der SKK gab es eine *Politische Abteilung* (69 Stellen; Leiter *A. G. Russov*). Diverse Dienstleistungseinrichtungen bekamen insgesamt 340 Stellen zugewiesen; annähernd die Hälfte dieser Mitarbeiter arbeitete allerdings im Repatriierungslager Nr. 226.

Statistisch gut versteckt waren innerhalb der Kanzlei, genauer in ihrer Untergliederung *Militärabteilung* (88 Stellen), auch die *Militärberater* erfaßt. Im November 1949 waren hier insgesamt 67 Militärberater eingepant: ein Haupt[glavnyj]-Militärberater, 15 Ober[staršij]-Militärberater und 40 Militärberater.⁷⁵ Abteilungsleiter war Generalmajor *Petrovskij*.

Auf DDR-Seite war Ende Oktober im Innenministerium eine Hauptverwaltung für Ausbildung geschaffen worden, die Bereitschaften zum „Schutz der demokratischen Errungenschaften des Volkes in der DDR“ aufbauen sollte. 31 Sowjetbürger wurden als hochrangige Polizeiangehörige noch im September 1949 von DVdI-Vizepräsident Generalinspekteur Wilhelm Zaisser zu „Gehilfen“ von VP-Bereitschaftsleitern und VP-Schulleitern ernannt.⁷⁶ Gleichzeitig sollten etwa 150 junge deutsche Kommunisten ihre Ausbildung zu Regimentskommandeuren in der Sowjetunion beginnen.⁷⁷ Für Einflußnahme und Kontrolle auf diesem Gebiet war zuvor die SMAD-Verwaltung für innere Angelegenheiten (die mit der Verwaltung des Kommandanturdienstes zusammengelegt wurde) im Verantwortungsbereich des Stellvertreters für Zivilangelegenheiten zuständig gewesen.⁷⁸ Während nun die Polizeidienste (Kriminalpolizei, Grenzpolizei, Bahnpolizei und andere) weiterhin in der Obhut der SKK-Abteilung für Verwaltungsfragen blieben, war (zumindest von Herbst 1949 an) für die Kasernierte Volkspolizei, das heißt den Aufbau von de facto militärischen Truppen, speziell Bodentruppen, die Militärabteilung der Kanzlei zuständig. Parallel zu ihr befaßte sich in der Kanzlei die *Abteilung für Kriegsschiffahrt* (15 Stellen; Leiter: Hauptmann *T. Jurin*) mit dem Aufbau paramilitärischer Formationen, Marinepolizei, Grenz- und Zolldienst.

Die Eingliederung von militärisch relevanten Kontrollabteilungen in die zivile Institution SKK stellte zweifellos eine seltsame Verbindung dar. Ermöglicht wurde sie durch

⁷⁵ Stellenplan der Kanzlei der SKK vom 19.11.1949 (Projekt), AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 5, listy 41–54, hier list 41.

⁷⁶ Glaser, Reorganisation, insbesondere S. 349f.

⁷⁷ Besprechung Piecks mit Koval' am 6.7.1949 (möglicherweise aber Besprechung Piecks mit Kabanov und Gorochov am 1.7.1949), in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 285f.

⁷⁸ Arlt, Wirken; Wenzke, Kaderarmee.

die Personalunion von SKK-Chef und Truppenchef. Die Abteilungen unterstanden und berichteten – laut eigener Vorlage zum Entwurf des SKK-Statuts – Čujkov nicht als SKK-Vorsitzendem, sondern als Oberkommandierendem der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland. Die Militärabteilung wollte sich als gänzlich eigenständige Abteilung sehen, zur Ausübung ihrer Kontroll- und Beratertätigkeit bestand sie auf selbständigen Kontakten (die „normalen“ SKK-Abteilungen agierten über zuständige Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden) mit der Verwaltung der Besatzungstruppen und mit anderen SKK-Abteilungen. – Offensichtlich war die Eingliederung aus formal-verwaltungsrechtlichen Gründen vorgenommen worden. Einzelheiten der strukturellen Verbindung zu den Besatzungstruppen sind nicht bekannt.

Zu nennen sind schließlich noch die insgesamt 113 Stellen für Mitarbeiter in den Redaktionen der Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung, der *Täglichen Rundschau* (dem Politischen Berater zugeordnet), und der Zeitschrift für das SKK-Personal und andere Russen in Deutschland, *Sovetskoe Slovo* („Das sowjetische Wort“; verantwortlich für sie war der Leiter der Politischen Abteilung). Erstere erschien in deutscher, letztere in russischer Sprache. Vor allem mit der *Täglichen Rundschau* sollte eine bewährte Medienpolitik der SMAD-Zeit fortgesetzt werden.

Diesem Strukturplan folgend hatte die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland sowjetische Interessen vorrangig im Osten Deutschlands wahrzunehmen. Für sowjetische Interessenvertretung gegenüber den Westalliierten und in Westdeutschland war keine spezielle Struktureinheit auf zentraler Ebene vorgesehen.

Alle Länder innerhalb der DDR sowie Berlin sollten je eine *Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland* erhalten. Schon Ende Oktober wurde das bekannt, doch gab es hinsichtlich der Termine und der offiziellen Bezeichnungen noch einiges Durcheinander. So meldete die *Neue Zeitung*, das Presseorgan des amerikanischen Hochkommissars für die deutsche Bevölkerung, am 25. Oktober 1949 unter Berufung auf die „zuständige sowjetische Seite“, die sowjetischen Verwaltungen bei den Ländern der Sowjetzone würden am 1. November offiziell aufgelöst und „in sogenannte sowjetische Landeskontrollkommissariate umgewandelt.[...] Die Chefs und alle militärischen Rangträger sollen abberufen werden. Dagegen bleiben die NKVD-Institutionen⁷⁹ bestehen. Als Leiter [...] sind die bisherigen Intendantur-Generale vorgesehen, die als Verwaltungsfachleute bisher Berater der militärischen Chefs waren.“⁸⁰

Die Auflösung der SMA der Länder zog sich jedoch noch hin. Offiziell bekanntgegeben wurde sie auf dem Regierungsempfang Čujkovs am 11. November 1949. Tags darauf fand die Übergabe der föderalen Verwaltungsfunktionen durch die SMA an die Länderregierungen mit Empfang bei den künftigen Chefs der SKK-Landesvertretungen statt. In Berlin übergab Militärkommandant Kotikov die von der sowjetischen Kommandantur ausgeübten Verwaltungsfunktionen dem Magistrat von Großberlin.

Gemäß Befehl vom 17. November traten ihren Dienst als Vertreter der SKK, auch Chefs der SKK-Vertretungen genannt, an: in Mecklenburg – Generalmajor P. A. Usov, in Sachsen-Anhalt – Generalmajor I. V. Pančuk, in Thüringen – Generalmajor Ivan Sazonovič Kolesničenko, in Sachsen – Generalleutnant Dmitrij Georgievič Dubrovskij. Für Brandenburg wurde Generalmajor Vasilij Michajlovič Šarov ernannt, für Berlin der

⁷⁹ Richtig muß es heißen: MVD-Institutionen.

⁸⁰ Neue Zeit vom 25.10.1949.

Kommandant des Sowjetischen Sektors und Chef der Garnison *Generalmajor Aleksandr Georgievič Kotikov* ins Amt des SKK-Vertreters berufen.⁸¹

In den Ländern und in Berlin wurden damit im November 1949 weitgehend die bisherigen Ersten Stellvertreter der SMA-Chefs, das heißt die Chefs für Zivilangelegenheiten, die – den Länderchefs formal nachgeordnet – die eigentliche SMA-Arbeit in Händen gehabt hatten, an die Spitze der neuen Behörde berufen. Das traf für Dubrovskij, Kolesničenko, Šarov und Usov zu. Auch Kotikov, gleichzeitig Chef der Garnison von Berlin, blieb vorerst als SKK-Vertreter hier. Lediglich in Sachsen-Anhalt wurde der frühere Erste Stellvertreter Šljachtenko nicht wieder eingesetzt. Mitte 1950 erfolgten erste Ablösungen: Nach Brandenburg kam *Generalmajor Grigorij Nikitovič Malkin*, die Berliner Vertretung übernahm *Generalmajor Sergej Alekseevič Den'gin*. In Thüringen wurde die SKK von der zweiten Jahreshälfte 1950 an durch *Stepan Zacharovič Pan'sin* leitend vertreten, in Sachsen von *Sergej Ivanovič Urazov*.⁸²

Alle SKK-Vertreter (Leiter der Vertretungen) in den Ländern waren hochrangige Militärs. Die SKK-Vertretungen in den Ländern umfaßten eine *Abteilung für Information*, eine *Abteilung für Verwaltungsfragen*, eine *Wirtschaftsabteilung*, eine *Abteilung für Reparationen* (bzw. *Produktionskontrolle*), eine *Abteilung für Finanzen*, eine *Abteilung für Handel und Versorgung* und eine *Allgemeine Abteilung* (bzw. eine anders bezeichnete Abteilung für diverse interne Dienstleistungen). Schließlich unterstanden den Landesvertretungen die *Konsularabteilungen*. Sie waren, anders als auf zentraler Ebene, zumindest laut ersten Vorstellungen von 1949, Bestandteile der SKK-Filialen. In die Kanzleien der Landesvertretungen gingen die Reste des Kommandantursystems ein, dessen Wirken sich auf einige Garnisonsstädte beschränkte.

In den Landesvertretungen der SKK wirkten laut Stellenplan vom November 1949 im Durchschnitt rund 140 Mitarbeiter. Sachsen hatte mit 149 die größte Mitarbeiterzahl, Brandenburg und Mecklenburg mit 133 bzw. 134 die kleinsten Personalstäbe. Darüber hinaus sollten 230 SKK-Mitarbeiter die sowjetischen Interessen in 15 wirtschaftlich bedeutsamen, großen und mittelgroßen Städten⁸³ vertreten, und zwar in Rostock, Wismar, Frankfurt/Oder, Cottbus, Brandenburg, Magdeburg, Bitterfeld, Eisleben, Merseburg, Dessau, Erfurt, Leipzig, Zwickau, Chemnitz und Aue (als Zentrum der Wismut-Region). Solch städtische Vertretungen bestanden im Durchschnitt aus 15 Mitarbeitern. In Statistiken ab Januar 1950 ist das Personal dieser Vertretungen zu denen der entsprechenden Landesvertretung hinzugezählt worden, was darauf hinweisen könnte, daß sie eine ursprünglich vorgesehene Selbständigkeit gar nicht erst erlangten. Die Vertretungen in den Städten existierten unterschiedlich lange. Im Sommer 1952 wurden die letzten in Rostock und Leipzig gemeinsam mit den Landesvertretungen aufgelöst.⁸⁴

Auf Erfahrungen der Vorjahre aufbauend, wurden in bestimmten Abteilungen der SKK auch Deutsche beschäftigt, die zum Teil Planstellen innerhalb der dokumentierten

⁸¹ Notiz vom 27.1.1950, AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 13f.

⁸² Die neuen SKK-Landesvertreter Den'gin, Malkin, Urazov und Pan'sin wurden im Neuen Deutschland vom 8.6.1950 vorgestellt.

⁸³ Im Befehl Nr. 001 vom 17.11.1949 ist noch von 16 Vertretungen in „großen Städten“ die Rede. Hierunter fiel auch Berlin, das aber wenig später schon als 6. Landesvertretung behandelt wurde.

⁸⁴ Entwurf der Verordnung des Ministerrats der UdSSR über die teilweise Veränderung der Struktur der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, August 1952, AVP RF, fond 082, opis' 40, papka 256, delo 18, listy 16–18, hier list 16.

Übersicht (Anlage 1) einnahmen⁸⁵. In der SKK arbeiteten im März 1950 209 Deutsche.⁸⁶ Die Mehrzahl war wohl mit technischen Aufgaben betraut, beispielsweise mit Schreib- und Übersetzungsarbeiten. Vermutlich waren zahlreiche Deutsche bei der *Täglichen Rundschau* beschäftigt. Der Anführung wert scheint eine der wenigen klaren Nennungen in den Quellen: In der Kanzlei der SKK wirkten Anfang 1950 immerhin 60 deutsche Mitarbeiter. Höchstwahrscheinlich handelte es sich hierbei zum großen Teil um angehende oder schon ausgebildete deutsche Militär- und Sicherheitsexperten.

Die Auflösung der SMAD-Strukturen und die Formierung der neuen SKK-Abteilungen und Landesvertretungen sollten bis Jahresende 1949 abgeschlossen sein⁸⁷, doch sie dauerten bis ins Jahr 1950 hinein an. Bei der Stellenbesetzung wurde in den überwiegenden Fällen auf SMAD-Personal zurückgegriffen. Besonders evident ist die Kontinuität in den Wirtschaftsabteilungen. In einigen Fällen kam es zu Beförderungen. Diese Beobachtung spricht für die Annahme, daß der SKK-Gründung keine längerfristige Planung vorging. Allerdings ist beim gründlicher vorbereiteten Übergang der amerikanischen Militärverwaltung (OMGUS) zur amerikanischen Hohen Kommission (HICOG), der von einer intensiven Überprüfung des gesamten OMGUS-Personals begleitet war, dasselbe Phänomen zu beobachten, was übrigens „zu der deutschen Kritik beitrug, daß HICOG nichts anderes als OMGUS in einem anderen Gewand sei.“⁸⁸

Vergleiche zwischen den westlichen Besatzungs- und Kontrollorganen haben ergeben, daß aus Stellenplänen und Abteilungsaufbau solcher Behörden kaum auf politische Absichten und Einflußmethoden zu schließen ist. Eine Bewertung der Daten zu Struktur und Personalstärke der SKK wird zudem erschwert durch die Tatsache, daß wir über das Ausmaß anderer sowjetischer Einrichtungen auf dem Gebiet der DDR aus Originalquellen nicht hinreichend informiert sind. Andere Quellen, etwa die umfangreiche Erinnerungsliteratur, belegen hingegen, daß der Einfluß beispielsweise von sowjetischen Sicherheitsbehörden erheblich war. – Hier ist zum einen auf die dem Personalbestand der SKK nicht zugerechneten Mitarbeiter der *Verwaltung der SAG-Betriebe* zu verweisen, die von Moskau aus über die *Verwaltung für Sowjetische Staatliche Aktiengesellschaften (USGAO)* und die *Verwaltung für Sowjetisches Eigentum im Ausland* bzw. die *Verwaltung für sowjetisches Eigentum in Deutschland (USIG)* geführt wurden. Sowjetisches Eigentum in Deutschland existierte nicht nur in Form der SAG, sondern auch als Immobilien und Geldanlagen. Letztere wurden über eine sowjetische Bank, die Garantie- und Kredit-Bank, bewegt.⁸⁹ Das besorgten zwar zum Teil die Finanzexperten in der SKK-Kanzlei und der SKK-Finanzabteilung, die Verwaltung sowjetischen Eigentums beschäftigte aber sicherlich auch eigene Mitarbeiter mit entsprechenden Aufgaben, möglicher-

⁸⁵ Deutsches Reinigungs- und anderes Dienstleistungspersonal dürfte in dieser Statistik nicht erfaßt sein.

⁸⁶ Aus einer Mitteilung über die Stellenbesetzung in der SKK, Stand 22.3.1950, vom 15.4.1950 gez. Gribanov, AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 58–60, hier list 60.

⁸⁷ Die SKK-Führung befahl bis Mitte Januar abschließende Meldung darüber, die, mit der alljährlichen Darstellung der geleisteten Arbeit in den Abteilungen kombiniert, die Grundlage eines Berichtes vor der sowjetischen Regierung liefern sollte (Schreiben Semičastnovs an alle Leiter von Struktureinheiten sowie den Politberater, Dezember 1949 und 12.1.1950, AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 207, delo 44, listy 4f. Einsicht in Kopien gewährte mir dankenswerterweise Dr. Jan Foitzik.)

⁸⁸ Rupieper, Verbündeter, S. 28. Es gelte jedoch, so Rupieper, „festzuhalten, daß [...] kaum ein hoher Beamter von OMGUS übernommen wurde“.

⁸⁹ Zur Garantie- und Kreditbank AG siehe Karlsch, Allein bezahlt, S. 207–212; Der Aktenbestand der Bank befindet sich im Bundesarchiv, siehe dazu Karlsch, Neue Quelle.

weise auch direkt in Berlin. Die Zahl der insgesamt mit sowjetischem Eigentum in Deutschland befaßten Mitarbeiter und ihr Verhältnis zur Sowjetischen Kontrollkommission sind beim heutigen Forschungsstand schwer zu bestimmen.

Unklar ist auch, ob und wie das sowjetische Innenministerium (MVD) direkt Einfluß nahm auf die SKK und auf die Entwicklung in der DDR. Mit dem genannten Befehl Nr. 001 wurde innerhalb der SKK eine *Inspektion* geschaffen; von ihr ist später nur noch ab und an die Rede. Im Dezember 1949 hieß es, die Inspektion der SKK solle „auf der Grundlage eines gesonderten Beschlusses“ wirken⁹⁰, was auf sicherheitspolitische Hintergründe deutet. Archivalische Hinweise auf die Arbeit der Inspektion fehlen bislang völlig, Stellenpläne sind nicht bekannt. Der Bemerkung eines früheren SMAD-Mitarbeiters nach handelte es sich bei der Inspektion um eine MVD-Filiale.⁹¹ Zu ihren Aufgaben dürfte unter anderem die ständige Überprüfung der SKK-Mitarbeiter gehört haben. Mit großer Wahrscheinlichkeit hatten sowjetische Sicherheitsdienste ein besonderes Auge auf die Repatriierungsabteilung und das Repatriierungslager. Das MVD hatte darüber hinaus in Sachen Internierungslager maßgebliche Mitspracherechte: ihm unterstanden die – erst im Frühjahr 1950 aufgelösten – Lager auf deutschem Boden.⁹² Möglicherweise ergaben sich gelegentlich Probleme bei der Abgrenzung der Aufgabenfelder⁹³, hatte doch beispielsweise die SKK-Abteilung für Verwaltungsfragen die deutschen Organe bei Verwahrung und Verurteilung aller den deutschen Institutionen überantworteten vormaligen Insassen der Internierungslager sowie beim Strafvollzug zu kontrollieren. Angesichts der erwähnten „drastischen Reorganisation in der Nachrichtenbürokratie“ ist nicht auszuschließen, daß das sowjetische Innenministerium auch eigenständig und direkt die DDR-Realität kontrollierte.

Von den berüchtigten sowjetischen Abwehrdiensten existierte die SMERŠ, eine spezielle Organisation der militärischen Abwehr⁹⁴, 1949 nicht mehr. Sie ging 1946 in das Mi-

⁹⁰ Siehe Dokument 1.

⁹¹ Der langjährige Leiter der Informationsabteilung der Berliner Kommandantur zu SMAD-Zeiten Efim Aro-novič Brodskij bemerkte während eines Forums in Berlin am 17.4.1996 beiläufig, daß in der SMAD das Wort „NKVD“ nie gefallen sei. Von dieser Institution sei allgemein nur als „Inspektion“ gesprochen worden.

⁹² Am 17.1.1950 gab die Presse der DDR einen Brief Čujkovs vom 14. des Monats wieder, der die Auflösung der Internierungslager ankündigte: Über 15000 Deutsche sollten entlassen, über 10000 durch Sowjetische Militärtribunale Verurteilte ihre Strafen in DDR-Anstalten verbüßen, etwa 3400 Internierte aber DDR-Gerichten zur Aburteilung übergeben werden. 649 Deutsche blieben in den Händen der sowjetischen Justiz (Neues Deutschland vom 17.1.1950. Zur Geschichte der Internierungslager und der Übernahme der Gefangenen aus sowjetischem Gewahrsam siehe neuerdings von Flocken/Klonovsky, *Stalins Lager*; Eisert, *Waldheimer Prozesse*, S. 15–47; Otto, *Waldheimer Prozesse*, S. 6f.; Erler/Otto/Prieß, *Sowjetische Internierungslager*; Ritscher, *Herausbildung*; Fischer/Lipinsky, *Sowjetische Speziallager*; Buddrus, *Vorkommnisse*).

⁹³ Politberater Semenow deutet das in seinen Memoiren für die SMAD-Zeit nur leicht an: „...Shukow, Sokolowski, Tschuikow und ich [sorgten] dafür, daß sich das NKWD aus der Tätigkeit der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) heraushielt, die konkrete Kenntnis der Lage erforderte. Auch territorial wurde die Vertretung des NKWD in beträchtlicher Entfernung von Karlshorst untergebracht, wo sich damals die SMAD befand“. Wir „wiesen die Versuche von Mitarbeitern des NKWD-MGB entschieden zurück, sich in die politischen Angelegenheiten der Besatzungszone einzumischen. In der Regel kamen sie mit inkompetenten und oberflächlichen Urteilen ...“ (Semenow, *Von Stalin*, S. 171, 215.). Diese Einschätzung gilt sicherlich auch für die Zeit nach Gründung der DDR.

⁹⁴ Der furchteinflößende Name der Organisation leitet sich von der Losung „Tod den Spionen“ ab und läßt „smerč“ assoziieren, zu deutsch: Wirbelsturm, Windhose. Obwohl zahlreiche Verhaftungen 1945/46 auf das Konto der SMERŠ gingen, war der Name hierzulande kaum bekannt. Das hatte seine Ursachen nicht nur in deren relativ kurzer Präsenz, auch in der Sowjetunion kannte sie kaum jemand. Insider sollen das grau-

nisterium für Staatssicherheit (MGB)⁹⁵ ein und verlor an Bedeutung. Vom anhaltend großen Engagement dieses Ministeriums in Ostdeutschland ist freilich auszugehen.⁹⁶ Es betrieb nicht nur Spionageabwehr in Deutschland, sondern wurde unter anderem bei prinzipiellen Fragen der Behandlung von Internierten und Kriegsgefangenen zu Rate gezogen, die in Lagern des sowjetischen Innenministeriums in Deutschland und in der UdSSR gefangengehalten wurden.⁹⁷ Sogenannte „schwere Fälle“, die von sowjetischen Militärgerichten bereits verurteilt waren bzw. als hinlänglich überführt galten, aber auch Fälle westlicher Spionage gegen die Sowjetunion, sollten einem *Apparat des Bevollmächtigten des Ministeriums für Staatssicherheit der UdSSR in Deutschland* übergeben und von einer Sondereinrichtung des MGB behandelt werden. Auch für die Prüfung von DDR-Leitungskadern in Politik und Wirtschaft hinsichtlich nicht tolerierbarer NS-Verstrickungen war allem Anschein nach das MGB zuständig. Vom Wirken seiner Filiale in Berlin haben wir aber bisher keine genaue Kenntnis. Bekannt ist lediglich, daß die MBG-Filiale in Karlshorst – von den regulären SKK-Mitarbeitern abgeschirmt – einen Seitenflügel des SKK-Hauptgebäudes belegte. Im Frühjahr 1950 wurde die Stelle des Bevollmächtigten mit Oberst S. P. Dawydov besetzt, den im November 1951 Generalmajor Michail K. Kaverzew ablöste. Vermutlich arbeiteten sie eng mit der Abteilung für Verwaltungsfragen der SKK zusammen, die entsprechend einer von SKK-Vorsitzendem Čujkov bestätigten Nomenklatur Personalakten über leitende Mitarbeiter des DDR-Staatsapparates führte.⁹⁸ Gewiß wirkten in der SKK – wie in anderen staatlichen Einrichtungen der UdSSR auch – nicht wenige Vertrauenspersonen des MGB.

Wie MVD und MGB mit dem DDR-Staatssicherheitsministerium zusammenarbeiten, kann – zumindest für die Anfangsjahre – bislang nur sehr allgemein formuliert werden.⁹⁹ Zunächst gab es kein ostdeutsches Pendant zum MGB. Von wann ab dessen Gründung vorbereitet wurde, ist noch unklar. Offensichtlich gehört die verspätete Einrichtung

grausige Kürzel nur hinter vorgehaltener Hand benutzt haben. Den Memoiren Semenovs zufolge bemühten sich die Vertreter der SMAD von Anfang an, den Einfluß der SMERŠ geringzuhalten (Semjonow, Von Stalin, S. 170f.).

⁹⁵ 1946 bis 1951 von Viktor Semenovič Abakumov, 1951 bis 1953 von Semen Denisovič Ignat'ev geleitet.

⁹⁶ Für die Zeit bis 1949 siehe Semirjaga, Berijas Leute.

⁹⁷ So befaßte sich im September/Oktober 1949 eine Kommission aus Mitarbeitern des sowjetischen Innen- und des Staatssicherheitsministeriums sowie der Staatsanwaltschaft mit der Eingruppierung der deutschen Internierten in solche, die freizulassen oder dem DDR-Innenministerium zu übergeben seien, und solche, die in sowjetischem Gewahrsam bleiben sollten (siehe Projekt eines Beschlusses des Politbüros der KPdSU(B) über die Übergabe von deutschen Gefangenen in Speziallagern und Gefängnissen des MVD der UdSSR in der Sowjetischen Besatzungszone an die Organe der DDR, 19.10.1949 von Abakumov [Viktor Semenovič, Minister für Staatssicherheit], und Serov [Ivan Aleksandrovič, Stellvertretender Minister des Innern], an Molotov, in: GARF, Papka Molotova, fond 9401, opis' 2, delo 240, Band I, listy 263–265).

⁹⁸ Einem Bericht des amtierenden Leiters der Abteilung für Verwaltungsfragen Ljul'ka zufolge führte die Abteilung Ende 1950 Personalakten über rund 2400 führende Staatsangestellte der DDR (Bericht vom 12.2.1995, AVP RF, fond 0457 „a“, opis' 10, papka 58, delo 6, listy 61–77, hier list 70).

⁹⁹ Bernhard Marquardt unternahm den Versuch, den Übergang „von der Subordination zur Kooperation“ zu beschreiben. Die schlechte Quellenlage habe ihn dabei „zur Beschränkung auf die wesentlichen Charakteristika der Verflechtung“ gezwungen. Bei der Darstellung der Ereignisse im zeitlichen Umfeld der DDR-Gründung geht er dann auch kaum über Foitzik, Sowjetische Militäradministration (SBZ-Handbuch), hinaus. Wo er dennoch darum bemüht ist, sind seine ohnehin wenig konkreten Aussagen schon wegen der wechselnden Zeitebenen nicht überzeugend. Dies gilt vor allem für Passagen, in denen er die Kooperation von Sicherheitsdiensten und SKK anspricht. Die SKK-Gründung verwechselt er zeitlich mit ihrem Ende 1953 (Marquardt, Zusammenarbeit, S. 56f.). Weitergehende, gleichwohl bruchstückhafte und strittige Aussagen bei Bailey/Kondraschow/Murphy, Front.

eines Ministeriums für Staatssicherheit der DDR am 8. Februar 1950 zum Phänomen der in Moskau einige Wochen in Anspruch nehmenden Klärung des Verhältnisses zwischen dem neuen Staat und der Großmacht.

Verschiedene Quellen weisen darauf hin, daß die sowjetischen Sicherheitsdienste auf dem besetzten Gebiet weitgehend selbständig agierten und – bei aller Personalunion auf der Leitungsebene – mit dem Apparat der SKK nicht vernetzt waren. Die Spezifik des Umbaus der sowjetischen Geheim- und Nachrichtendienste in den Jahren 1946 bis 1952 erschwert die Klärung ihres Wirkens in bzw. nach (Ost)deutschland. So bliebe zu untersuchen, inwieweit die zeitweise Unterstellung verschiedener Sicherheitsabteilungen sowjetischer Regierungsbehörden unter ein „Komitee für Information“, das zunächst der sowjetische Außenminister, dann ein führender Mitarbeiter des Außenministeriums leiteten, auch solche Einrichtungen wie die dem Außenministerium unterstellten Kontrollkommissionen im Ausland zu sicherheitsdienstlicher Arbeit zusätzlich verpflichtete.

Daß die Kosten für den Unterhalt der SKK zumindest teilweise von der DDR als Wiedergutmachungsleistung zu tragen waren, ist naheliegend.¹⁰⁰ Eine sowjetische Festlegung zum Verfahren oder zur Berechnungsgrundlage fand sich in den Quellen nicht. Die Höhe der gesamten Kosten und einzelner Summanden ist der Forschung ebenfalls nicht genau bekannt. Nachweislich wurden für 1950 zur Versorgung der sowjetischen Truppen in Deutschland (inclusive SKK-Mitarbeiter, darf man annehmen) gleich zu Jahresbeginn Lieferungen gefordert, die im Wert um etwa ein Fünftel geringer waren als die 1949 erfolgten Lieferungen. Sie lagen bei etwa vierhundert Millionen Mark.¹⁰¹ Im Mai 1953 hielt Politberater Semenow dagegen in einem internen Papier fest, die sogenannten inneren Besatzungskosten hätten ab 1950 jährlich 1,95 Milliarden Mark betragen.¹⁰²

¹⁰⁰ Nach Karlsch hatte die SMAD die Begleichung von Besatzungskosten über Einzelbefehle geregelt. Danach fielen Kosten für die Unterhaltung der Truppen und Einrichtungen (Lebensmittel, Textilien, Energieträger, Maschinen und Geräte) inklusive kommunaler Leistungen unter die von deutscher Seite zu erbringenden Leistungen. Viele Kosten wurden in die Haushalte der SBZ-Länder delegiert, ein einigermaßen übersichtliches Verfahren entstand erst sukzessive. Aus der von Karlsch vorgeführten Übersicht geht allerdings nicht hervor, ob die Personalkosten (Gehälter, Prämien, reguläre finanzielle Vergünstigungen sowohl für Militärangehörige als auch für Zivilangestellte sowie für Familienangehörige), die laut Bestimmung über die SMAD vom Budget des Volkskommissariats für Verteidigung getragen werden sollten, nicht auch in irgendeiner Form auf den ostdeutschen Etat zurückschlügen (Karlsch, Allein bezahlt, S. 217–222).

¹⁰¹ Geforderter Gesamtumfang der Lieferungen 1950: 416,73 Mio DM (Preise von 1949); erfolgte Lieferungen 1949: 508,00 Mio DM (Schreiben Čujkovs an Grotewohl betreffs Warenlieferungen der DDR zur Versorgung der Sowjetischen Truppen in Deutschland, 4.1.1950, BAP, DE-1, 11520, Bl. 7f.).

¹⁰² Aktennotiz zur deutschen Frage vom 5.5.1953, gezeichnet Semenow, AVP RF, fond 082, opis' 41, papka 271, delo 19, listy 31–38, hier list 37. – Geschätzt werden die gesamten Besatzungslasten für 1949 bis 1953 auf etwa 10 Milliarden Mark. Die Summe – sie schloß die Kosten für den Unterhalt der sowjetischen Truppen ein – findet sich bestätigt in einem Bericht Grotewohls vor der DDR-Volkammer am 25.8.1953. Etwa ein Fünftel stellten laut Karlsch deutsche Warenlieferungen dar (siehe Karlsch, Allein bezahlt, S. 221f.; Diedrich, Aufrüstungsvorbereitung).

4. Vorarbeiten für ein Statut der SKK (1949)

4.1 Aufgaben und politische Ziele

Mit der Erklärung Čujkovs vom 11. November 1949 waren der Zweck der Institution „Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland“, der Charakter des Verhältnisses UdSSR-DDR sowie die (ost)deutschen Rechte und Kompetenzen prinzipiell fixiert. Darin hieß es:

„Die Aufgabe der Sowjetischen Kontrollkommission besteht in der Kontrolle der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse und der anderen von den vier Mächten gemeinsam getroffenen Entscheidungen über Deutschland. Dies bedeutet, daß die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Tätigkeit auf Grund der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Freiheit ausüben kann, soweit diese Tätigkeit nicht den Potsdamer Beschlüssen und den Verpflichtungen zuwiderläuft, die sich aus den gemeinsamen Beschlüssen der vier Mächte ergeben. Die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat zum Ausdruck gebracht, daß sie ihre Regierungstätigkeit auf der Grundlage der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz durchführen und die Verpflichtungen erfüllen wird, die sich aus den gemeinsamen Beschlüssen der vier Mächte ergeben. Die Sowjetregierung hat diese Erklärung zur Kenntnis genommen. Natürlicherweise behält sich die Sowjetische Kontrollkommission die Funktion vor, darauf zu achten, daß keinerlei Maßnahmen getroffen werden, die den Beschlüssen der vier Mächte bezüglich Demilitarisierung und Demokratisierung sowie der Wiedergutmachungsverpflichtung Deutschlands widersprechen, ferner das Recht, von den deutschen Regierungsorganen die notwendigen Informationen einzuholen.“ Und obwohl dies im allgemeinen Passus schon enthalten war, wurde ausdrücklich noch einmal festgehalten: *„Die Sowjetregierung geht davon aus, daß die auswärtigen Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Außenhandel in den Zuständigkeitsbereich der deutschen Behörden fallen. Die Funktionen der Sowjetischen Kontrollkommission werden in dieser Hinsicht wie auch auf anderen Gebieten in der notwendigen Überwachung bestehen, wobei sie bezüglich des Außenhandels darauf hinauslaufen werden, die Erfüllung der entsprechenden Verpflichtungen Deutschlands sicherzustellen.“*¹⁰³ Damit war – parallel zum Besatzungsstatut im Westen – der Rahmen für die Beziehungen des Separatstaates zur Besatzungsmacht unter Bezugnahme auf dessen Verfassung und auf die DDR-Regierungserklärung abgesteckt.

Für die eigene Bürokratie bedurfte es genauerer Vorgaben. Mit der Gründung der Sowjetischen Kontrollkommission lag jedoch kein auf sie zugeschnittenes Reglement ihrer Arbeit, ja nicht einmal eine den neuen Verhältnissen angepaßte Aufgabenbeschreibung für die einzelnen Struktureinheiten vor. Außerdem war noch nicht das letzte Wort gesprochen zum Charakter der Beziehungen dieser Institution zu den Organen des gerade erst gegründeten ostdeutschen Separatstaats. Man kann vermuten, daß die laute Kritik am Besatzungsstatut für Westdeutschland Moskau von der Veröffentlichung eines sowjetischen Pendantes Abstand nehmen ließ, wenn dergleichen überhaupt erwogen wurde. Aller Wahrscheinlichkeit nach dachte die Moskauer Führung von Anfang an lediglich an eine interne Verordnung vom Charakter eines Statuts. Bezeichnenderweise wurde der Kom-

¹⁰³ Dokumente der Außenpolitik, S. 236f. Siehe auch Neues Deutschland vom 12.11.1949.

mission bei deren Erarbeitung eine nicht unbedeutende Rolle zugewiesen. Das Streben nach einer weitgehenden personellen Kontinuität war begleitet von dem Gedanken, die Erfahrungen der SMAD optimal und möglichst ohne größere Unterbrechung zu nutzen.

Die Arbeit an einem *Statut der Sowjetischen Kontrollkommission*, das über die Struktur der SKK hinaus wichtige Festlegungen zur Arbeitsweise und zu den Kompetenzen der Behörde festlegen sollte, begann daher – anders als seinerzeit bei der SMAD, die ja keinen Vorgänger hatte¹⁰⁴ – intern in der SKK selbst. Die Koordinierung der Vorarbeit lag in den Händen der Kanzlei, die in Borzov, dem früheren Chef der SMAD-Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen, einen offenbar verlässlichen amtierenden Leiter hatte.

Am 30. November 1949 wurden die Leiter der Abteilungen und Verwaltungen der SKK sowie die Landesvertreter nach einer entsprechenden Verfügung Čujkovs vom Chef der Allgemeinen Abteilung der Kanzlei (in Vertretung für den amtierenden Kanzlei-Chef Borzov) aufgefordert, zum 6. Dezember Projekte für die Satzungen ihrer Abteilungen bzw. Vertretungen einzureichen. Eine Orientierung wurde mitgegeben. Die Entwürfe sollten enthalten:

1. allgemeine Bestimmungen;
2. Hauptaufgaben;
3. Struktur und Funktionen;
4. Hauptpflichten der Unterabteilungen;
5. Befugnisse.

Als Anlagen sollten beigefügt werden:

1. eine „Aufzählung aller Fragen“, die die Beziehungen der Abteilung/Vertretung zu den „entsprechenden Organen der Deutschen demokratischen Regierung“ [sic!] betreffen, und zwar
 - a) Fragen, bei deren Klärung die Abteilung/Vertretung *direktiv* wirken sollten,
 - b) Fragen, bei deren Klärung sie *kontrollierend* wirken soll, und
 - c) Fragen, die *restlos in die Kompetenz der deutschen Organe* fallen sollten;
2. eine Aufzählung von Dokumenten (Berichten, Mitteilungen, Notizen), die deutsche Stellen in bestimmten, hier festzuhaltenden Fristen bei der SKK einzureichen hätten;
3. eine Aufzählung von Dokumenten der internen Berichterstattung der Abteilungen/Vertretungen untereinander;
4. eine Aufzählung von Dokumenten der internen Berichterstattung der Abteilung/Vertretung an übergeordnete Stellen in der SKK.¹⁰⁵

¹⁰⁴ Die Satzung der SMAD wurde sofort als Anlage zum „Beschuß des Rates der Volkskommissare der UdSSR über die Organisation einer Sowjetischen Militäradministration zur Verwaltung der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland“ vom 6. Juni 1945 verabschiedet. Die Dokumente wurden unlängst veröffentlicht (siehe: Russkij archiv, Anlage S. 410–411). Laut Semenov entstanden die Entwürfe unter Leitung von Generaloberst Vladimir Kurasov, Stabschef der Front, und unter Semenovs maßgeblicher Beteiligung „in kollektiver Arbeit“ (Semjonow, Von Stalin, S. 207f.). Detaillierter zu den Kontroversen siehe Filitov, V komissijach.

¹⁰⁵ Rundschreiben an die Leiter von Verwaltungen, Abteilungen und Vertretungen der SKK in Deutschland, 30.11.1949, AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 207, delo 44, list 14 (auch 15–17). Den Hinweis auf diese Quelle verdanke ich Dr. Jan Foitzik.

Aus den Struktureinheiten trafen höchst unterschiedliche Zuarbeiten¹⁰⁶ ein: nicht alle genügten der klaren Regieanweisung, sie waren unterschiedlich konkret und differierten in ihren Formulierungen auffallend.

Die Entwürfe der SKK-Fachabteilungen gingen Anfang Dezember in der Kanzlei der SKK ein, gezeichnet in der Regel von den SKK-Abteilungsleitern. In ihnen fanden verschiedene, zum Teil recht widersprüchliche deutschlandpolitische Vorstellungen ihren Niederschlag. Die Verfasser hielten sich im großen und ganzen an das in offiziellen sowjetischen Stellungnahmen festgehaltene allgemeine Ziel sowjetischer Deutschlandpolitik, eine fortgesetzte Interessenvertretung im Sinne der Potsdamer Vereinbarungen. Im Einzelfall betonten sie den Bezug sogar stark. Eine der Vorlagen reflektiert sogar ein überholt anmutendes sowjetisches Interesse an der Fortsetzung bzw. Neubelebung alliierter Zusammenarbeit. Es handelt sich um die Abteilung für Industrie, die sich eine „Teilnahme an vierseitigen Konsultationen auf dem Gebiet der Industrie“ sichern wollte. Dies dürfte nicht Ausdruck raffinierter Verstellungskunst oder naiven Festhaltens an alten Werten gewesen sein: Einen Schwerpunkt ihrer Arbeit setzte diese Abteilung im Bereich Reparationen und SAG-Produktion, was das nachhaltige Interesse an „Westkontakten“ erklärt.

Andererseits muß bei der statutarischen Vorarbeit deutlich geworden sein, wie schwierig es war, angesichts nicht näher spezifizierter deutschlandpolitischer Leitlinien das Ziel der SKK-Arbeit zu konkretisieren. So wurde im Entwurf der Abteilung für Kontrolle über wissenschaftlich-technische und Forschungstätigkeit¹⁰⁷ als Hauptziel der Arbeit festgehalten, nicht zuzulassen, daß Wissenschaft und Forschung für eine Bewaffnung in Deutschland genutzt würden; man wolle Sorge dafür tragen, daß sie rein volkswirtschaftlichen Zwecken diene. Die für militärische Fragen zuständigen Abteilungen¹⁰⁸ sahen dagegen ihre Aufgabe nicht nur in der Sicherung sowjetischer Militärrechte auf besetztem Gebiet, wobei es zu einer bislang nicht näher zu bestimmenden Aufgabenteilung zwischen SKK und Besatzungstruppen kam: Der Militärabteilung oblag auch der Aufbau von „Landstreitkräften der deutschen kasernierten Polizei“. Sie sah sich für Anleitung und Kontrolle der militärischen Ausbildung zuständig, kontrollierte Personal und Versorgung, Waffenlagerung und -nutzung. Auch im Papier der Abteilung für Kriegsschiffahrt ist vom Aufbau paramilitärischer Formationen die Rede. Zu den Aufgaben der Abteilung für Luftsicherheit und Überflüge zählten, laut Vorlage, neben der Flugsicherung auch Forschungs- und Planungsaufgaben im Bereich der Luftfahrt. – Der Aufbau von deutschen Streitkräften ließ sich mit „Potsdam“ nicht legitimieren. In den Zuarbeiten der entsprechenden Abteilungen deutet manches darauf hin, daß man sich durchaus im Widerspruch zu alliierten Beschlüssen sah, die Autoren nahmen kaum Bezug auf sie.

Alles in allem aber war die Ausrichtung der künftigen Arbeit durch die SKK-Abteilungen stark von der Absicht diktiert, die durch alliierte Vereinbarungen legitimierte Besatzungsherrschaft weiterhin maximal zur Befriedigung sowjetischer Interessen zu nut-

¹⁰⁶ Die Zuarbeiten von Anfang Dezember finden sich in AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 6. Die der Landesvertretungen wurden in die hier vorgestellte Dokumentation vollständig oder auszugsweise (Dokumente 2–7), die der Fachabteilungen der SKK jedoch nicht aufgenommen. Letztere schlugen sich aber inhaltlich im Entwurf des SKK-Statuts nieder (Dokument 1).

¹⁰⁷ Entwurf von Bestimmungen über die Abteilung für Kontrolle über wissenschaftlich-technische und Forschungstätigkeit der SKK, AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, listy 36–51.

¹⁰⁸ Entwürfe von Bestimmungen über die Militärabteilung der Kanzlei, die Abteilung für Kriegsschiffahrt und die Abteilung für Luftsicherheit und Überflüge der Kanzlei der SKK, AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, listy 137–144, 293–302, 304–309.

zen. Oberste Priorität besaß die Sicherung materieller Wiedergutmachung, Produktionssteigerung, Effektivierung deutscher Wirtschaftsplanung und Festigung deutscher Wirtschaftsverwaltung, ja selbst die Aufgabe, eine „maximale Entwicklung“ des Handels der DDR mit der UdSSR und den Ländern der Volksdemokratie zu gewährleisten, hatten, so scheint es, primär diesem Zweck zu dienen.¹⁰⁹

Gleichzeitig reflektieren Zuarbeiten aus einigen Wirtschaftsabteilungen ein Interesse nicht nur an Stabilisierung, sondern an über „Potsdam“ hinausgehender Fortsetzung sozialer Umgestaltung. Das Papier aus der Abteilung für Wirtschaftsplanung, welcher auch die Kontrolle der ostdeutschen Landwirtschaft oblag, ging dabei am weitesten. Die dortigen Mitarbeiter wollten ausdrücklich im Sinne der „Festigung und weiteren Entwicklung der führenden Rolle des staatlichen Sektors in der Volkswirtschaft“ der DDR wirken. Im nichtstaatlichen Sektor kam es ihnen laut Vorlage auf eine genaue Erfassung der Entwicklungstendenzen an.

Die internen Zuarbeiten der das politische System der DDR kontrollierenden Abteilungen der SKK überraschen dagegen durch ihre Kürze. Aus dem Apparat des Politischen Beraters traf überhaupt keine Vorlage ein. Möglicherweise war man im Außenministerium schon zu diesem Zeitpunkt auf Schwierigkeiten gestoßen, gerade im politischen Bereich die Befugnisse der Kontrollbehörde zu formulieren. Was sowjetisches Interesse diesbezüglich erforderte, war entweder noch strittig oder aber in einer Weise entschieden, die Fixierungen nicht opportun erscheinen ließ.¹¹⁰ Auffällig knapp fiel auch die Zuarbeit der Abteilung für Information aus, die dem Politischen Berater beim Vorsitzenden der SKK unterstand.¹¹¹ Die Vorlage im Umfange von 18 Zeilen sprach lediglich von „Verbindungen zu den politischen Parteien und demokratischen Organisationen“, von „Informationen über die politische Lage“ in der DDR und von der „Erarbeitung von Vorschlägen zur Tätigkeit der deutschen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen.“ Die Vorlage aus der Abteilung für Verwaltungsfragen¹¹² machte deutlich, daß die Siegermacht ihr Bedürfnis nach Kontrolle über solch essentielle politische Institutionen wie Polizei und Justiz ebenfalls aus einem Sicherheitsinteresse heraus definieren und konkretisieren konnte. Kontrolle von deutscher Tätigkeit und „Kaderpolitik“ in diesen Bereichen sollte vor einer – wie es dem damaligen Verständnis entsprechend hieß – „Rückkehr zum Faschismus“ und vor feindlicher Agententätigkeit gegen die Sowjetunion sichern. Gleichwohl legen einige Formulierungen die Vermutung nahe, daß politische Einflußnahme auf staatliche und Verwaltungsstrukturen, Parteien und Massenorganisationen, in Justiz und Volksbildung durchaus mehr und anderes als nur Demokratisierung und Denazifizierung im Sinne von „Potsdam“ bezweckte.

¹⁰⁹ Entwürfe von Bestimmungen über die Abteilung für Materialbilanzen und Handel, über die Abteilung für Finanzen, über die Abteilung für Transport, über die Abteilung für Industrie, über die Abteilung für Wirtschaftsplanung und über die Verwaltung für Reparationen der SKK, AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 5, listy 53–61, 63–80, 150–160, 161–165, 178–187, 211–230.

¹¹⁰ Das Fehlen einer Vorlage zum Apparat des Politischen Beraters könnte sich andererseits einfach auch so erklären, daß vorgesehen war, bei einer späteren Bearbeitung des Entwurfs im Moskauer Außenministerium eine ohnehin dort zu erstellende Vorlage für die Arbeit des Politberaters einzubeziehen.

¹¹¹ Entwurf von Bestimmungen über die Abteilung für Information, AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 6, list 148. Er ging in den hier dokumentierten Gesamtentwurf des Statuts der SKK (Dokument 1) fast vollständig ein.

¹¹² Entwurf von Bestimmungen über die Abteilung für Verwaltungsfragen, AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 6, listy 189–209.

Die Vorlagen der Landesvertretungen sind diesbezüglich deutlicher, schon weil sie auch in Fragen der Einflußnahme auf das politische System der DDR ausführlicher, gewissermaßen noch unzensiert argumentieren. Da sie das gesamte Spektrum der Kontrollbereiche einschließen, lassen sich aus diesen Vorlagen auch mit größerer Bestimmtheit Aussagen zu Gewichtungen und Schwerpunktsetzungen machen.

Alle Landesvertretungen reichten weisungsgemäß Entwürfe für ein umfassendes Statut ein (Dokumente 2–7). Die Papiere tragen die Unterschriften der Chefs der Vertretungen. Allem Anschein nach hatte es zwischen ihnen so gut wie keine Abstimmung bei der Projektierung gegeben. Man hielt sich auch nicht generell an die gewünschten Bestandteile eines Entwurfstextes, das weitere Verfahren und somit der Zweck der Vorlagen mögen noch unklar gewesen sein. Die Zuständigkeiten der einzelnen Abteilungen waren noch nicht bis ins einzelne festgelegt¹¹³, doch der Aufbau der Landesvertretung stand im groben fest. Er deckte sich in den Entwürfen fast gänzlich. Die Berliner Vertretung beanspruchte verständlicherweise eine spezielle Abteilung für Verbindungen mit den westlichen Besatzungsbehörden und für Beobachtung der Westsektoren. Ausgiebige Vorabgespräche zu den Arbeitsinhalten dürften indes nicht stattgefunden haben.

Von den formellen Unterschieden abgesehen, sind die Entwürfe vor allem in besatzungspolitisch-konzeptioneller Hinsicht bemerkenswert ungleich. Durchgängig zu erkennen ist das ausgesprochen starke Interesse aller sowjetischen Vertreter in den Ländern an militärischer Sicherheit sowie an strikter Erfüllung der Wiedergutmachungsforderungen. Hier werden keine Konzessionen gemacht. Daneben zeigen die Entwürfe aber auch, wie weit einige sowjetische Vertreter in gesellschafts- und staatsgestalterischen Fragen gehen wollten. Sowjetisches Verständnis von konsequenter Entnazifizierung verbog sich mit großmachtpolitischem Denken und engstirnigen Vorstellungen von gesetzmäßigem Fortschritt in Richtung Sozialismus nach sowjetischem Vorbild. Interessanterweise waren die „Mischungsverhältnisse“ aber recht verschieden. Dringlichkeit und Angemessenheit einer Orientierung am sowjetischen Gesellschaftsmodell scheinen unter den SKK-Vertretern ebenso unterschiedlich verstanden worden zu sein wie Formen und Ausmaß einer Einbeziehung der DDR in den sowjetischen Sicherheitsbereich.

So sahen die führenden Landesvertreter auch die Aufgaben der SKK, bezogen auf das politische System der eben erst gegründeten DDR, nicht einheitlich. Zunächst waren verständlicherweise die politische Lage im allgemeinen sowie Stimmungen in der DDR-Bevölkerung von Belang. Der Besatzungsmacht mußten auch nach Abschluß der Denazifizierung Stabilität und Berechenbarkeit der politischen Subjekte wichtig sein. Daß anti-sowjetische Tätigkeit unterbunden werden sollte, versteht sich von selbst. Ein Verbot von NS- und Kriegspropaganda entsprach den alliierten Besatzungsvereinbarungen. Absichten zu weitergehenden strukturellen Eingriffen in das politische System, in den Verwaltungsaufbau und die Parteienlandschaft sind in den Entwürfen verbal nicht fixiert. Der Entwurf aus Sachsen-Anhalt führt jedoch vor, daß sie durchaus im Besatzungsverständnis zumindest einzelner SKK-Mitarbeiter lagen: Ein weitergehender politischer Auftrag erwuchs mit gewisser Logik aus der Gleichsetzung von „antisowjetisch“ und „antidemokratisch“. Wer sie vornahm, konnte in CDU und LDP – und nicht nur dort – auch 1949

¹¹³ So die Aufgabenverteilung zwischen der Wirtschafts- und der Reparationsabteilung auf Landesebene. Letztere firmierte in einigen Vorlagen als Abteilung für Produktionskontrolle. Nicht einheitlich geregelt war zu diesem Zeitpunkt, ob die DDR-Landeskontrollkommissionen von der Abteilung für Verwaltungsfragen oder der Abteilung für Wirtschaft kontrolliert werden sollten.

noch starke „reaktionäre, antidemokratische Flügel“ erkennen, wobei die „reaktionären Kräfte“ als aktive Opposition erschienen, die es zu „entlarven“ galt und deren „Sieg“ zu verhindern war. Auch Kirchen und religiöse Gemeinschaften schlossen demnach „reaktionäre Kräfte“ ein ((Sachsen-Anhalt, Mecklenburg, Brandenburg))¹¹⁴.

Der Wunsch nach weiteren Eingriffen in die politische Landschaft der jungen DDR ist auch aus der mehrfach bekundeten Absicht abzulesen, der SED „Hilfe und Unterstützung [...] bei ihrer Umwandlung in eine echte Partei neuen Typus“ zu gewähren, sie in ihrer „Führungsrolle im wirtschaftlichen und politischen Leben des Landes“ zu stärken, sie bei der „Entlarvung, Isolierung und Zerschlagung reaktionärer Kräfte“, bei der „Säuberung der demokratischen Machtorgane“ von „antidemokratischen, feindlichen, politisch unzuverlässigen“ Personen zu unterstützen ((Sachsen-Anhalt)). Man wollte demokratische Organe in ihrer Entwicklung bestärken und eine „Wiederbelebung faschistischer und nationalistischer [...], militaristischer und anderer volksfeindlicher“ Ideen und Organisationen „verhindern“ ((Sachsen-Anhalt)), die Tätigkeit „reaktionärer“ Personen und Gruppen „unterbinden“ und die „Ernennung und Beförderung der besten, politisch erprobten Demokraten in führende Positionen [sichern]“ ((Mecklenburg)), dazu „Unterlagen über leitende Kader“ sammeln und Institutionen „säubern“ helfen ((Sachsen-Anhalt)). „Erforderlichenfalls“ sollten sogar Maßnahmen und Personalentscheidungen, die „in den bürgerlichen und den neuen Parteien“ gefällt wurden, vorübergehend gestoppt, „in sehr dringenden Fällen, bei denen es um die Wahrung militärischer und staatlicher Geheimnisse geht, [...] administrative Handlungen“ veranlaßt werden ((Sachsen)). In Sachsen-Anhalt sahen die sowjetischen Vertreter eine ihrer Aufgaben darin, DBD und NDPD zu helfen, erfolgreich um die Klientel der bürgerlichen Parteien zu kämpfen. Hier verband sich das Verständnis von „Kaderpolitik“ ebenfalls mit intensiver „Säuberungs“-Politik. – Mit einem originären Sicherheitsinteresse der UdSSR scheinen diese Vorhaben nicht mehr erklärbar, es sei denn, man geht davon aus, daß in der Bedrohung durch „reaktionäre Kräfte“ schlechthin eine Gefahr für die Sowjetunion gesehen werden konnte.

Auch hinsichtlich der sozialpolitischen Ziele einer sowjetischen Kontrolle zeigen die Entwürfe aus den Landesvertretungen, wie unterschiedlich man 1949 in der SKK seinen Auftrag verstand. Zunächst sind auch im Bereich der Kontrolle der Volkswirtschaft der DDR häufige Bezugnahmen auf alliierte Vereinbarungen zur Abrüstung, Demonopolisierung und Beseitigung von Großgrundbesitz anzutreffen, deren Legitimität nicht in Zweifel zu ziehen ist. Die UdSSR hatte dabei von Anfang an deutlich gemacht, daß es ihr nicht nur um die Auflösung von monopolistischen Vereinigungen der NS- und Kriegszeit ging, sondern auch um die Verhinderung einer Neuentstehung großer kapitalistischer Konzerne und Trusts. Zweifellos enthielt auch dies schon ein über das originäre Sicherheitsstreben der UdSSR hinausgehendes, gesellschaftsgestaltendes Potential. So wurde es beispielsweise zur Aufgabe erklärt, „große Vereinigungen von Privatunternehmern im Handel“ zu verhindern ((Thüringen)) oder „das Anwachsen großbäuerlich-kapitalistischer Elemente auf dem Lande nicht zuzulassen“ ((Mecklenburg)). Die über das „Potsdamer“ Demonopolisierungsziel hinausführende Sozialisierungsabsicht war im allgemeinen äußerst zurückhaltend formuliert, sieht man von unglücklich gewählten sprachlichen Anleihen einmal ab.¹¹⁵ Im Aufgabenbereich der „Entwicklung der Friedenswirtschaft“ war der

¹¹⁴ In Doppelklammer (()) wird hier und im folgenden die SKK-Landesvertretung genannt, auf deren Entwurf sich die Aussage bezieht. Vergleiche Dokumente 2 bis 7.

¹¹⁵ Dem damaligen sowjetischen Sprachgebrauch folgend war beispielsweise im Thüringer Entwurf zusammenfassend von „Großgrund- und Kulakenwirtschaften“ die Rede.

Stellenwert von Sozialisierung gering; es wurden keine Enteignungsforderungen aufgestellt. Dennoch äußert sich in der unmißverständlichen Absicht, den volkseigenen Sektor zu stärken, ein weitreichender gesellschaftsgestaltender Auftrag in Richtung Sozialismus.

Hilfe und Schutz wollten die SKK-Vertreter vor allem volkseigenen Industriebetrieben, MAS, VEG und VEAB sowie dem staatlichen Handel zukommen lassen. Im Interesse ihrer finanziellen und produktionsorganisatorischen Sicherung sollten zonale, Landes- und kommunale Wirtschaftsverwaltungen, Banken und Sparkassen kontrolliert werden. Über die soziale Tragweite war man sich wohl nicht einig, insbesondere im Agrarbereich blieb manches offen. Der Entwurf aus Sachsen-Anhalt sprach von „differenzierter Erfassungspolitik“, andere Vertretungen wollten die Einhaltung des „demokratischen Prinzips“ ((Thüringen)), wieder andere die des „Klassenprinzips“ ((Mecklenburg, Brandenburg)) bei der Erfassung landwirtschaftlicher Produkte kontrollieren. Interessanterweise bekundeten einige Landesvertretungen aber auch die Absicht, die Genossenschaften bzw. den „genossenschaftlichen Sektor“ zu stärken ((Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg)). Sollte dies in den Entwurfstexten mehr als nur eine Floskel gewesen sein, verdient es Beachtung. Die Masse der Genossenschaften in der DDR war 1949 nicht mit den Kolchosen oder den späteren LPG gleichzusetzen, es handelte sich vielmehr um Vereinigungen privater, zum Teil kapitalistisch produzierender Betriebe.

Das starke regionale Interesse von SKK-Landesvertretern an Wirtschaftskontrolle entsprach den damals noch funktionierenden länderhoheitlichen Wirtschaftsleitungsmechanismen. Von 1950 an wurde die finanz- und wirtschaftspolitische Autonomie der Länder der DDR zugunsten der zentralen Planung stark eingeschränkt. Hinweise auf eine sowjetischerseits schon 1949 ins Auge gefaßte weitergehende Zentralisierung der Wirtschaft fehlen allerdings in den Entwürfen der SKK-Landesvertretungen.

In den Zuarbeiten der SKK-Struktureinheiten manifestiert sich also bezüglich der politischen Ziele sowjetischer Kontrolle und der Aufgaben einer Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland eine Summe unterschiedlicher und partiell durchaus stark divergierender Standpunkte. Sie wurden in einer Zeit konzeptioneller Suche geäußert. Was in welchem Ausmaß zum Tragen kam, entschied sich im Kontext der weiteren Gesamtentwicklung in beiden deutschen Staaten. Freilich wollte und durfte Moskau nicht passiv werden: Ohne Prüfung und Konkretisierung seiner Deutschlandpolitik kam es bei allem Festhalten an sicherheitspolitischen Prinzipien nicht aus. Auch für die SKK-Arbeit mußten deshalb die Prioritätensetzungen von den zu aktualisierenden deutschlandpolitischen Leitlinien her geschehen. Die allerdings waren in Moskau Ende 1949/Anfang 1950, nach den deutschen Staatsgründungen, einer anhaltenden Neubetrachtung unterworfen.

4.2 Kompetenzen und Arbeitsweise

Aufgefordert, sich zu den Befugnissen der neuen Behörde und zu den von deutscher Seite zu erbringenden Informationsleistungen zu äußern, offenbarten viele Leiter von SKK-Struktureinheiten Ende 1949 ein recht rigides Kontrollverständnis. Die Vorstellungen vom Umfang deutscher Berichtspflicht, mithin von den SKK-Informationsquellen und den Verfahren der Informationserhebung und -verarbeitung, schöpften stark aus der Praxis der letzten SMAD-Zeit. Doch nicht alle Entwürfe aus den Abteilungen reflektieren eine ungebrochene Besatzersicht.

Wie aus den Zuarbeiten der SKK-Abteilungen hervorgeht, bestand anfangs vornehmlich in einigen Wirtschaftsabteilungen die Meinung, Grundlage der SKK-Arbeit müsse ein möglichst umfangreiches Detailwissen sein. Die Abteilung für Industrie beispielsweise hielt in ihrem Entwurf¹¹⁶ recht detailliert fest, in welchen Belangen sie das Ministerium für Industrie „beraten“ wollte: in Personalfragen, Produktions- und Perspektivplanung, Fragen der Auslastung der Anlagen und der Erfüllung der Pläne, bei Normierung, Arbeitsorganisation, Lohngestaltung und Wettbewerb, bei Forschung und Projektierung, Ressourcennutzung und Kooperation. In allen Einzelheiten sollte auch und ganz besonders in Fragen von militärischem Belang informiert und kontrolliert werden. Die Abteilung Verbindung innerhalb der Kanzlei der SKK¹¹⁷ wollte im Bereich Post und Fernmeldewesen nicht nur die technische Kontrolle über Telefonnetze und Rundfunkstationen, Anlagenauslastung, Investitionen, Forschungsvorhaben und dergleichen übernehmen, sondern sich auch die Kontrolle über Zeitungsvortrieb, Postdiebstahl und Briefmarkenmuster vorbehalten.

Für den partei- und den staatspolitischen Bereich belegten einzelne Entwürfe ebenfalls ein starkes Interesse an umfassender Information. Es korrespondierte mit weitreichenden gesellschaftsgestaltenden Ambitionen mancher sowjetischer Vertreter, denen strenge, intensive und detaillierte Kontrollen notwendig erschienen. Selbst in Entwürfen mit verhalten ausgedrückten, auf „Potsdam“ fixierten Kontrollzielen finden solche Vorstellungen ihren Ausdruck. So reflektieren sämtliche Entwürfe aus den Fachabteilungen und den Ländern das Interesse an weitgehender Mitbestimmung in „Kaderfragen“, ob nun allgemein von Kontrolle oder, wie im Entwurf aus Mecklenburg, von „systematischer Überprüfung“ die Rede ist. Im Mittelpunkt des Interesses standen Funktionsträger auf ministerieller Ebene – in der Regel bis zum Hauptabteilungsleiter – sowie Bürgermeister, Landräte, Staatsanwälte, Richter bis hinab auf die Ebene der Kreise. Auch die gewählten Volksvertreter sowie höhere Funktionäre aller Parteien und Massenorganisationen wollte man wie bisher der Prüfung und Beobachtung unterziehen. Intensiver Kontrolle sollten Polizei und Justiz unterstehen. Rundfunk, Presse, auch Volksbildungs- und Kultureinrichtungen waren unumstrittene Felder sowjetischer Kontrolle, auch medizinische Einrichtungen sollten einbezogen werden. Einige Entwürfe drücken die Intention aus, die Fraktions- und Parteiarbeit vor allem der bürgerlichen Parteien intensiv zu beobachten. Der Entwurf aus Sachsen-Anhalt ging hier am weitesten: Man forderte beispielsweise Vorabinformation über Tagesordnungen der Landtagssitzungen sowie der Fraktionssitzungen der Landtage, über Arbeits- und Lehrpläne der Parteien und Organisationen. Solch rigides Kontrollverständnis manifestierte sich in einigen Entwürfen merkwürdigerweise neben einer ausdrücklichen Zubilligung selbstbestimmten Parteilebens für alle Parteien.

Wie unterschiedlich die Aufgaben der neuen Kontrollbehörde von ihren Mitarbeitern auch gesehen wurden, wie detailliert man auch Einblick nehmen wollte in die ostdeutsche Verwaltung, in jedem Fall war *rasche und vollständige Information* erwünscht. Im Kontext der internen Klärung von Detailliertheit und Reichweite einer künftigen Kontrolltätigkeit der SKK stellte sich daher die Frage nach dem praktischen Umgang mit den – formell souveränen – DDR-Behörden. Festgelegt werden mußte, wie die SKK zu den benötigten Daten kam.

¹¹⁶ Entwurf von Bestimmungen über die Abteilung für Industrie der SKK, AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, listy 161–165.

¹¹⁷ Entwurf von Bestimmungen über die Abteilung Verbindung der Kanzlei der SKK, AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, listy 12–34.

Der SKK-Entwurf aus Mecklenburg belegt Vorstellungen von umfangreicher regulärer Berichterstattung durch Ministerien und wirtschaftsleitende Einrichtungen, aber auch durch Organe der Legislative. Die Mecklenburger Vertreter der SKK rechneten mit der Übermittlung sämtlicher Statistiken, die DDR-Stellen für den eigenen Bedarf anfertigen, mit ständigen Meldungen aus den Ministerien. Darüber hinaus wurden spezielle Formblätter entworfen und ein verbindlicher Melderhythmus erstellt. Die Finanzabteilung der SKK legte ihrem Entwurf¹¹⁸ eine vierseitige Liste mit verschiedenen Berichten bei, die sie von deutscher Seite erwartete, darunter jährliche Berichte über Haushaltspläne, Berichte zu den Etats der Industriezweige, zur örtlichen Industrie und zum Handel, Quartalsberichte über den Westmark- und Edelmetallverkehr und einige Dutzend weiterer Berichte und Abrechnungen im Monats- bis Halbjahresrhythmus. Derlei Prüfungsabsichten in Fragen des Etats, des Geldumlaufs und der Lohn- und Preisgestaltung, bei Krediten, Steuern, Akzisen und selbstverständlich beim Umgang mit ausländischen Zahlungsmitteln und Edelmetallen bezeugen auch die Vorlagen der SKK-Landesvertretungen.¹¹⁹ Ein erster Einblick in das Wirken einzelner SKK-Wirtschaftsabteilungen legt allerdings den Schluß nahe, daß sich ein solch strenges Meldeverfahren nie durchsetzen konnte. Offenbar erkannte man schon im Verlauf der internen Klärungen, wie wenig produktiv – unter Umständen sogar kontraproduktiv – das „Mecklenburger Modell“ sein würde.

Eine gemäßigte Variante von Meldepflichten deutscher Einrichtungen enthält der Entwurf aus Thüringen, der auch schon in der Bestimmung von Aufgaben und Kompetenzen der SKK als der liberalste erscheint. Auch dieses Dokument wurde – nach heutigem Kenntnisstand – zwar nicht in den Rang einer verbindlichen Arbeitsgrundlage der SKK-Vertretung erhoben, doch die hier erkennbaren Vorstellungen von *beschränkter regulärer Berichterstattung* dürften der späteren Praxis sehr nahe gekommen sein. Sie begrenzten den Arbeitsaufwand auf Seiten der DDR-Behörden auf ein Minimum, gehörten die angeforderten Berichte doch in der Regel zum eigenen Behördenbetrieb. Gleichzeitig waren sie gewiß ausreichend, wenn sie, und dies schien wohl effektiver, ergänzt wurden durch andere Informationsmethoden.

Waren Unregelmäßigkeiten in der Arbeitsweise der SMAD anfangs überwiegend Ausdruck von Lokalgewalt einzelner Truppenchefs, unbestimmter Unterstellungsverhältnisse und mangelnder Erfahrungen gewesen, so hatte sich nach mehrjähriger Besatzerstätigkeit gezeigt, daß ein bestimmtes Maß an arbeitsorganisatorischer Flexibilität unabdingbar war. Eine wichtige Funktion sollte daher die *irreguläre Berichterstattung* behalten. In besonderen Fällen (Betriebsstörungen, Sabotagefälle, Epidemien, politische Unruhen usw.) erwartete man von DDR-Seite ohnehin Meldung. Spezielle Berichte sollten darüber hinaus als Einzelmeldung oder als Wiederholungsbericht für einen bestimmten Zeitraum verbindlich in Auftrag gegeben werden können.

Daneben blieben eigene Prüfungen aktuell. Es hatte zu den wichtigsten Erfahrungen der SMAD-Arbeit gehört, daß sich sowjetische Vertreter von bestimmten Sachverhalten lieber selbst ein Bild machen wollten. Unsicherheit und Mißtrauen gegenüber den Deut-

¹¹⁸ Entwurf von Bestimmungen über die Abteilung für Finanzen der SKK, AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 6, listy 63–80.

¹¹⁹ Wir verfügen zwar über keine hinlänglichen Aussagen zur gesamten SKK-Arbeitspraxis, doch bezüglich ihres geplanten Engagements muß der SKK eine auffällige Favorisierung der Finanzkontrolle bescheinigt werden. Das hatte zweifelsohne in erster Linie damit zu tun, daß die Kreditierung und sonstige finanzielle Abwicklung der Wiedergutmachungsleistungen, aber auch verdeckter Finanztransfer, über eine sowjetische Bank mit Sitz in Berlin gingen, die einen festen Platz im Finanzsystem der DDR einnahm.

schen dürften im Laufe der Zeit als Ursache dafür an Bedeutung verloren haben, waren aber nie ganz verschwunden. Besichtigungen von Behörden, Kultureinrichtungen und Betrieben, persönliche Kontakte mit staatlichen Leitern oder Funktionären, Gespräche mit Betroffenen schienen durch Schriftverkehr nicht ersetzbar. Die Erfahrung besagte, daß eine benötigte Information auf diesem Wege unter Umständen sogar rascher in die Besatzungsbehörde gelangen konnte.

Eine *kombinierte Arbeitsweise* schien angebracht. Diese war übrigens keineswegs Kennzeichen nur von im Ausland wirkenden sowjetischen Behörden. Mißtrauen gegenüber formalisierten Arbeitsabläufen in Institutionen war vielmehr für die Zeit des Hochstalinismus in der UdSSR generell charakteristisch. Es war auch bei den im Lande wirkenden Einrichtungen nicht bloßer Ausdruck marxistisch-leninistischen Verständnisses von Staat und Recht, sondern ambivalentes Mittel gegen zu viel „Amtsschimmel“ und gegen politisch gefährliche Substrukturen. Diese waren auch und besonders bei einem staatlichen Organ im Ausland höchst unerwünscht. Möglichst wenig Bürokratie – das war hier vielleicht noch wichtiger als daheim. Einmal des Eindrucks wegen, den die SKK hinterlassen würde (formell war die DDR ja souverän), zum anderen wegen ihrer Effizienz als verlässliches Informations- und ausführendes Organ der sowjetischen Regierung. Es galt, „operativ“ zu arbeiten.

Hinsichtlich der deutschen Berichterstattung standen die SKK-Funktionäre konkret vor der Frage: War auf DDR-Behörden ausreichend Verlaß? Die Antwort lautete noch Anfang 1950: Aus sowjetischer Sicht nicht. Die Quellen spiegeln Furcht vor Sabotage und Hintertreibung der Lieferpflichten wider. Diese mußten – im sowjetischen Interesse – frühzeitig vereitelt werden, was einen tieferen Einblick in die Wirtschaftsverwaltung voraussetzte. Kenntnis über Energie- und Rohstoffsituation, Arbeitskräfteverteilung, Ersatzteilversorgung, Sicherung von Zulieferungen war daher schon aus ureigenem sowjetischen Interesse von Belang für die Arbeit der SKK-Wirtschaftsabteilungen. Doch begann sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß man das Eigeninteresse der DDR an funktionierenden Wirtschaftsprozessen, an erträglicher Versorgungslage und Stabilisierung der Verwaltung ausnutzen und die Befriedigung insbesondere der materiellen sowjetischen Interessen auch vermittels regulärer bilateraler Wirtschaftsbeziehungen, freilich mit einer einseitigen „Meistbegünstigungsklausel“, gewährleisten konnte. Der Rückzug aus der ostdeutschen Verwaltung war deshalb durchaus ernst gemeint. Bei einer der ersten Mitarbeiterbesprechungen erklärte SKK-Chef Čujkov: „Es ist notwendig, die Methoden unserer Arbeit auf grundsätzliche Weise umzustellen, Abschied zu nehmen von kleinlicher Bevormundung deutscher Behörden [...]“¹²⁰ Wenig später rügte er die Transportabteilung, die es noch immer nicht verstanden habe, „sich vom Bemuttern und von der Einmischung in die alltägliche, laufende Arbeit der deutschen Transportbehörden loszusagen“.¹²¹

Gleichwohl blieb es wichtig, das *faktisch unbegrenzte Anwesenheitsrecht* zu sichern, das SKK-Vertretern jederzeit auch eigene Kontrollen ermöglichen sollte. Aus vielen Entwürfen spricht die Vorstellung, die potentielle Allgegenwart sowjetischer Kontrolleure in staatlichen Behörden und Parlamenten der DDR gewährleisten zu müssen. In Berlin, Sachsen-Anhalt und Brandenburg sollte es der SKK-Vertretung möglich sein, überallhin

¹²⁰ Protokoll der Beratung beim Vorsitzenden der SKK am 25.1.1950, AVP RF, fond 082, opis' 37, delo 44, papka 206, listy 61, hier list 61 (den Quellenhinweis verdanke ich Dr. Jan Foitzik).

¹²¹ Protokoll der Beratung beim Vorsitzenden der SKK am 8.2.1950, AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 26, delo 44, listy 63–67, hier list 64 (den Quellenhinweis verdanke ich Dr. Jan Foitzik).

Beobachter zu schicken, zum Teil allerdings gebunden an Genehmigungen ihrer Vorgesetzten. Regelmäßige Besuche wurden für keinen Bereich festgelegt. Ausgangspunkt von Besuchen und Fahrten über Land konnten Unstimmigkeiten in deutschen Berichten sein, mündliche Hinweise auf Mißstände, erwartete Schwierigkeiten (zum Beispiel bei der Ernte). In der Regel wurden dafür *Inspektionsgruppen* aus einzelnen SKK-Fachreferenten gebildet. Diese Art der Beschaffung von Informationen hatte schon zur SMAD-Praxis gehört, sie sollte fortgesetzt werden. Daneben wollte man *Begegnungen nach sowjetischer Aufforderung* beibehalten.

Mehr noch als in der Forderung nach unbegrenztem Anwesenheitsrecht drückt sich die Absicht zu direkten Eingriffen in den Vorstellungen von *Weisungsrechten* aus, die sich führende SKK-Vertreter einräumen wollten. Gerade hier waren die Entwürfe jedoch noch recht verschieden. Unterschiedlich formuliert, betrafen Interventionsrechte zunächst den gesamten Bereich der Volkswirtschaft. Von den bindenden Weisungen in Sachen Reparationen und Lieferungen an sowjetische Abnehmer war schon die Rede. Zwar wollte die „Brandenburger“ Vertretung ihr Recht auf bindende Anweisungen zur Erfüllung von Lieferverpflichtungen nicht auf Befugnisse ausgedehnt wissen, die die innere Funktionsweise der entsprechenden deutschen Verwaltungen betrafen. Diese Zurückhaltung sollte unter bestimmten Umständen aber hinfällig werden. Der Entwurf aus Mecklenburg unterschied hinsichtlich der Weisungsrechte ebenfalls zwischen reparations- bzw. lieferverpflichteten Betrieben und anderen. Doch auch bei letzteren sollten „Empfehlungen“ möglich sein, deren Ignorierung nach Karlshorst zu melden sei. Im Entwurf der Abteilung für Kontrolle über wissenschaftlich-technische und Forschungstätigkeit ist von Weisungsrechten nur bezüglich der Etablierung bislang verbotener Forschung die Rede. Für grundsätzlich weisungsberechtigt sah sich dagegen die Reparationsverwaltung gegenüber dem Amt für Reparationen beim Ministerpräsidenten der DDR. Die Industrieabteilung beabsichtigte wiederum, „ohne Einnischung in die operative Arbeit“ der Industrieministerien zu wirken.

In der SKK-Informationsabteilung, die für die Kontrolle der politischen Parteien und Massenorganisationen verantwortlich war, wurde der Versuch, Weisungsrechte von Kontrollrechten zu unterscheiden, gar nicht erst unternommen. Vergleichsweise klar waren dagegen die sowjetischen Kompetenzen im Militärbereich formuliert. Die SKK-Militärabteilung schrieb sich weitgehende Weisungsrechte zu: Sie beabsichtigte wie gehabt, nicht nur die Kontrolle, sondern die Leitung der militärischen und politischen Ausbildung und Erziehung der KVP-Angehörigen zu übernehmen. Der Entwurf aus der Abteilung für Verwaltungsfragen hielt fest: „Direktive Funktionen besitzt die Abteilung für Verwaltungsfragen nicht“. Dennoch forderte auch sie eine umfangreiche, regelmäßige Berichterstattung, so unter anderem über den Personalbestand in der Verwaltung, geplante und realisierte Strukturveränderungen; Tätigkeitsberichte der Polizei, der Gerichte und der Generalstaatsanwaltschaft, Berichte aus dem Strafvollzug, über Sprengstofflagerungen sowie über besondere Vorkommnisse wurden erwartet. – Auch in den Entwürfen der Landesvertretungen deuten die Ausführungen zu den Vollmachten im Bereich des DDR-Staatsaufbaus auf widersprüchliche und „unausgegrenzte“ Positionierungen hin. Unklarheiten gab es nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil innerhalb der Sowjetischen Kontrollkommission die Zuständigkeiten auf zentraler und auf Landesebene noch nicht hinlänglich geklärt waren.

Blieb also die intensive und detaillierte Prüfungs- und Kontrollarbeit in Bereichen, die das Sicherheitsinteresse und die materielle Wiedergutmachung tangierten, durchweg un-

umstritten, so müssen sich schon zu diesem frühen Zeitpunkt politische und verwaltungstechnische Zweifel an der Opportunität von detaillierten Kontrollen sämtlicher Bereiche der DDR-Volkswirtschaft und der staatlichen Verwaltung sowie von Weisungen in staatsgestalterischen Belangen geregt haben. Die Unterlagen aus der Vorbereitungsphase der SKK-Bestimmungen sind diesbezüglich sehr heterogen. Mehrere Abteilungen wollten die Kontrolle über Betriebe und Einrichtungen „ohne Einmischung in die operative Arbeit“ praktizieren. Solche Formulierungen können Vorgabe gewesen sein, andererseits scheinen sie auch eine aus der Praxis gewonnene Erfahrung zu reflektieren, hatten doch die SMAD-Abteilungen insbesondere seit 1948 Verwaltungsfunktionen schrittweise an deutsche Stellen abgegeben, deren Kompetenzen bis zu gesetzgeberischen erweitert und die eigene Rolle weitgehend auf allgemeine Vorgaben, Kontrolle, abschließende Begutachtung und – gegebenenfalls – Bewilligung beschränkt. Problemlos hatte sich das für die sowjetische Besatzungsmacht aber offensichtlich nicht gestaltet, zumindest hielt sich die Forderung nach regulären, häufigen und detaillierten Prüfungen und Meldungen.

Aus umfassender Meldepflicht der Deutschen und aus uneingeschränktem Anwesenheitsrecht sowjetischer Vertreter in der DDR auf das reale Maß an Fremdbestimmung bei politischen Entscheidungen zu schließen, scheint schwierig. Es liegen lediglich Absichtserklärungen vor, die zudem von unterschiedlichen Vorstellungen künden. Die Formulierungen von Ende 1949 zur geplanten Vorgehensweise der SKK belegen einen weitreichenden volkswirtschaftlichen Lenkungsanspruch, über den freilich noch nicht das letzte Wort gesprochen war. Für andere als reparationsrelevante Angelegenheiten sind Interventionsrechte kaum festgehalten, doch waren nun einmal die meisten Volkswirtschaftsfragen reparationsrelevant.

Eine bemerkenswerte Nuance enthielt der Thüringer Entwurf. Ansonsten auch eher zurückhaltend in der Formulierung politischer und sozialer Umgestaltungsabsichten, drängten die Thüringer SKK-Vertreter zwar ebenfalls auf „unmittelbare Kontrolle“ von Verwaltung, Polizei und Justiz im Rahmen alliierter Vorgaben, hielten jedoch an vorderer Stelle fest: „Die Vertretung der SKK in Deutschland für das Land Thüringen mischt sich nicht ein in die Tätigkeit der Regierung Thüringens, ihrer Einrichtungen und der örtlichen Selbstverwaltungsorgane, soweit diese Tätigkeit den Potsdamer und den anderen Beschlüssen der Alliierten über Deutschland nicht widerspricht.“ Gewiß ließ der Nachsatz noch manche Auslegung zu, doch zeugt der Entwurf insgesamt von wenig Verlangen, in Verwaltungsarbeit einzugreifen.

Möglicherweise haben wir es hier mit dem Ansatz eines neuen Verständnisses von Einflußnahme zu tun, das auf eine Einschränkung präventiver und direkter Kontrolle zielte. Die Wahrung sowjetischer Interessen sollte „lediglich“ durch das Recht zu Eingriffen im Falle nicht akzeptabler Ergebnisse gewährleistet sein, Eingriffe, die dann natürlich vergleichsweise energisch sein mußten. Die Grenzen dieses Rechts auf Intervention waren noch unbestimmt. Es implizierte nach Meinung einiger regionaler SKK-Vertreter das Recht der SKK-Landeschefs, bei nicht hinnehmbaren deutschen Entscheidungen bindende Verordnungen und Weisungen für die Landesregierungen geben zu können, in dringenden Fällen sogar ohne vorherige Absprache mit Karlshorst. Ein solches Verständnis von relativ großem deutschen Verwaltungsfreiraum und einem dem Notfall vorbehaltenen sowjetischen Vetorecht findet sich auch in den Entwürfen aus Sachsen und Brandenburg.

Hypothetisch läßt sich sagen, daß Ende 1949/Anfang 1950 im Zusammenhang mit der Gewährung von Teilsouveränität für die DDR in der SKK ein Umdenken in Richtung ei-

ner *zentralen Beaufsichtigung* Raum griff. Sowjetische Herrschaftsträger im besetzten Ostdeutschland versuchten vorsichtig und zögernd – zum Teil aus den Erfahrungen ihrer Spezialisten heraus, zum Teil wohl aber auch aus konzeptionellen Erwägungen –, sich von rigiden besatzungsdiktatorischen Methoden dort zu verabschieden, wo Sicherheitsinteressen im engeren Sinne des Wortes und Wiedergutmachung nicht tangiert waren. Der Entwurf der Thüringer SKK-Landesvertretung verabschiedete sich am deutlichsten von der Praxis der Besatzungszeit. Sowjetische Vertreter hielten verschiedene, auch neue Einflußmechanismen für praktikabel und sinnvoll. Solange die Perspektiven in der deutschen Frage jedoch unklar waren – und offenbar sah die Großmacht während der gesamten Zeit der Existenz der SKK reale Möglichkeiten für eine Wende hin zu alliierter Einvernehmen –, mußte strittig bleiben, was „Kontrolle“ meint. Ein ansatzweise versuchter Rückzug aus der unmittelbaren Wirtschaftsverwaltung korrespondierte daher, und auch dies reflektieren die hier vorgestellten Dokumente, mit einem gleichzeitigen Festhalten an bestimmten Schwerpunkten und Sicherungsmechanismen: Unbedingten Vorrang behielten reparations- und sicherheitsrelevante Kontrollaufgaben, und bei der Kontrolle der DDR-Gesamtwirtschaft wurde die umfassende und detaillierte Kontrolle über den Finanzbereich beibehalten.

Vieles in der Funktionsweise der neuen Kontrollinstitution war noch offen. Verständlicherweise ging von deutschen Behörden ein Drang nach Eigenverantwortung aus, wurden größere Freiräume gewünscht. In DDR-Institutionen war man an einer berechenbaren Besatzungsautorität interessiert. Wenn die Dinge nun einmal so lagen, daß sich eine Besatzungsmacht nach wie vor oberste (oder letzte) Entscheidungsgewalt in faktisch allen Fragen vorbehielt, dann, so der vernünftige Schluß, lag eine rechtzeitige Verständigung in beiderseitigem Interesse. Interventionen und Eingriffe sollten nicht zu einem so späten Zeitpunkt erfolgen, daß rechtzeitige Entscheidungen nicht mehr möglich waren. So gesehen handelte Justizminister Fechner nur klug, als er auf einer ersten Zusammenkunft mit dem Leiter der Unterabteilung Recht in der Abteilung für Verwaltungsfragen, Oberleutnant Fedor Dmitriewiĉ Titov, zum „einzuhaltenden Gang der gesetzgeberischen Arbeit“ vorschlug, „in Zukunft die Rohentwürfe der zu erlassenden Gesetze der Rechtsabteilung [der SKK] zuzuleiten. Bis dann im Justizministerium die endgültige Fassung der Entwürfe ausgearbeitet wird, habe die Rechtsabteilung [der SKK] Zeit, ihre Ansicht zu den Entwürfen zu äußern“.¹²² Es gab von deutscher Seite sogar Versuche, auf die Arbeitsschwerpunkte der SKK-Abteilungen dahingehend Einfluß zu nehmen, daß sie mit denen der entsprechenden DDR-Behörden besser übereinstimmten: So wünschten Mitarbeiter des Ministeriums für Planung, daß Versorgungsfragen nicht ausschließlich Sache der Abteilung für Materialbilanzen und Handel der SKK blieben, und legten der SKK die Bildung einer entsprechenden Fachgruppe in der SKK-Abteilung Wirtschaftsplanung nahe.¹²³ Das mag als „vorausseilender Gehorsam“ deutscher Machträger erscheinen, doch die nuancenreiche Beziehung zwischen Kontrolleuren und „Kontrollierten“ würde mit diesem moralisierenden Begriff kaum erfaßt. Eine Analyse der konkreten Herrschaftspraxis bleibt deshalb weiterhin Aufgabe der Forschung.

¹²² Vermerk über eine Zusammenkunft am 29.11.1949, BAP, DP-1, VA, Nr. 7346 (den Quellenhinweis verdanke ich Dr. Hermann Wentker); siehe auch Lorenz, Zentralverwaltung, S. 145.

¹²³ Aktennotiz an Bruno Leuschner, Kopie an Heinrich Rau, 8.12.1949, BAP, DE-1, 11464, Bl. 1f.

5. Die Moskauer Überarbeitung des Entwurfs und die Annahme eines Statuts der SKK (1950)

Wie intensiv und mit welchen Ergebnissen die Führung der KPdSU in Moskau die deutschlandpolitische Strategiebestimmung 1950 fortsetzte, bleibt zu untersuchen. Unsere Quellen belegen zunächst, daß die statutarischen Festlegungen zur Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland noch längere Zeit Gegenstand von Erörterungen waren. Sie erfolgten vor dem Hintergrund ausgiebiger, kritischer Diskussionen in der deutschen Öffentlichkeit um das Besatzungsstatut für Westdeutschland und um die den beiden deutschen Staaten zugebilligte Souveränität.

Anfang Dezember 1949 trafen in der Kanzlei der Sowjetischen Kontrollkommission die verschiedenen Vorstellungen der SKK-Struktureinheiten zu ihrer künftigen Arbeit ein. Sie gelangten in die Hände einer Kommission¹²⁴, die am 12. Dezember einen Entwurf zum „Statut der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“ (Dokument 1) vorlegen konnte.¹²⁵ Festlegungen speziell zu den Landesvertretungen enthielt er nicht; entweder sollte das SKK-Statut dann auch für diese in abgewandelter Form verbindlich sein, oder es war an eigenständige Statuten für die Landesvertretungen gedacht.¹²⁶ In den Entwurf waren die Zuarbeiten der Landesvertretungen und Fachabteilungen in unterschiedlicher Weise eingegangen. Manches wurde wortwörtlich übernommen, anderes fiel einer redaktionellen Vereinheitlichung zum Opfer. Politische „Entschärfungen“ waren die Ausnahme. So blieb es alles in allem bei den abteilungsintern erarbeiteten Formulierungen.

Dennoch ist ein gewisser Überarbeitungsprozeß evident. Weisungsrechte und Kontrollrechte der SKK wurden in diesem Gesamtentwurf nicht mehr spezifiziert. Auf eine Auflistung aller möglichen Berichte von deutscher Seite verzichtete man; von der Sache her gehörte sie auch nicht in ein Statut der SKK. Möglicherweise war gerade im Zuge der Projektierung klar geworden, wie aufwendig und letztlich ineffektiv eine detaillierte Berichterstattung auch hinsichtlich ihrer Auswertung war. Außerdem erschien es nun möglicherweise angebracht, die Abhängigkeiten und Verpflichtungen der DDR-Behörden zu reduzieren oder zumindest nicht allzu stark zu betonen. Die „Rechte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“ gegenüber den deutschen Behörden für alle Abteilungen gemeinsam in einem Abschnitt zusammenfassend, stellte der Gesamtentwurf an vorderster Stelle heraus, „daß die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland sich nicht einmischen darf in die Tätigkeit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Organe“.

In der Redaktionskommission hatte sich im großen und ganzen das dem „Thüringer“ Entwurf zugrunde liegende Verständnis von zentraler Beaufsichtigung durchgesetzt. Das hieß aber auch, daß sich die SKK das Recht zu Eingriffen vorbehielt, wenn Gesetze oder Behördenerlasse der DDR „im Widerspruch stehen zu den Potsdamer oder anderen gemeinsamen Beschlüssen der Alliierten oder aber zu geltenden Befehlen und Verordnungen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland oder der Sowjetischen Kon-

¹²⁴ Mitglieder der Kommission waren Generalmajor N. Panov (Vorsitzender), Oberst A. Motovilov und Oberst A. A. Korobov. Panov war Mitarbeiter der Kanzlei, Korobov SKK-Rechtsexperte. Zu Funktion und Dienststellung Motovilovs ist nichts bekannt (AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 5, list 57).

¹²⁵ AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 5, listy 58–86. Angefertigt wurden sechs Exemplare.

¹²⁶ Der Schluß, in der SKK habe sich Ende 1949 schon der Gedanke von einer künftigen Beschneidung der Länderhoheit in der DDR durchgesetzt, wäre dennoch überzogen.

trollkommission in Deutschland und die entsprechenden Organe der Deutschen Demokratischen Republik nicht rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zu ihrer Aufhebung oder Abänderung ergreifen“. Die SKK beharrte auf dem Recht, notfalls umfassende Kontrollen durchführen und die „Vorlage notwendiger Informationen“ aus DDR-Behörden erzwingen zu können.

Beachtenswert ist zum anderen, wie stark noch in diesem Entwurf – analog zur Erklärung Čujkovs vom 11. November – gemeinsame alliierte Beschlüsse als Kriterium für Interessendefinition fungierten. Die Bezugnahme auf den Potsdamer Konsens gehörte zu den unentwegt vorgebrachten Appellen an die Westmächte, zu einem gemeinsamen Friedensabschluß mit Deutschland zu kommen. Gleichzeitig wurde auf Konkreta verzichtet, womit momentan nicht lösbare Widersprüche in der Interessenbestimmung ausgeklammert wurden. Hatte beispielsweise noch der Entwurf aus dem Land Brandenburg die „Verhinderung der Militarisierung Deutschlands“ zu einer Hauptaufgabe erklärt, so blieb im Gesamtentwurf eine Bezugnahme auf diese konkrete „Potsdamer“ Forderung aus. Mit allgemeinen Formulierungen zu den Aufgaben der SKK und zum „Potsdamer“ Konsens war einer Deutschlandpolitik, die in ihrer Generaloption der von 1945 entsprach, in ihren aktuellen Zügen jedoch offen bleiben mußte, besser entsprochen.

In Moskau und in Karlshorst scheint es zu diesem Zeitpunkt völlig unstrittig gewesen zu sein, daß sich die östliche Siegermacht ein zumindest gleichstarkes Kontroll- und Interventionsrecht in allen Angelegenheiten der Politik und der Wirtschaft ihres Besatzungsgebietes vorbehalten müsse, wie es die westlichen Alliierten gegenüber der Bundesrepublik im Besatzungsstatut festgehalten hatten. Dieses war am 21. September in Kraft getreten. Im April 1949 schon verkündet, begründete das Besatzungsstatut „zur Abgrenzung der Befugnisse und Verantwortlichkeiten zwischen der künftigen deutschen Regierung und der Alliierten Kontrollbehörde“ nicht nur das Recht der westlichen Besatzungsbehörden, Auskünfte und statistische Angaben einzuholen zu demilitarisierung und Abrüstung, Entflechtung der Wirtschaft und Reparationen, Umgang mit ausländischen Vermögenswerten und Handel, Außenhandel und Devisenverkehr, Flüchtlingsintegration, Verwendung von Gütern zum Zwecke deutscher Selbstversorgung, Strafvollzug und allgemeiner und konkreter Einhaltung der Verfassung: In einer Generalklausel behielten sich die westlichen Besatzungsbehörden auch „das Recht vor, auf Weisung ihrer Regierungen die Ausübung der vollen Gewalt ganz oder teilweise wieder zu übernehmen, *wenn sie dies als wesentlich erachten* für ihre Sicherheit oder zur Aufrechterhaltung der demokratischen Regierungsform in Deutschland oder in Verfolg der internationalen Verpflichtungen ihrer Regierungen“. ¹²⁷ Im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 ¹²⁸ sicherte die Alliierte Hohe Kommission der Bundesregierung nachträglich noch ein Minimum an außenpolitischer Repräsentanz zu. Alles in allem jedoch galt das Siegerrecht „im Prinzip nach wie vor als absolut und übergeordnet“. ¹²⁹ Die Gesetzgebungsbefugnisse der Bundesregierung und der westdeutschen Länderregierungen galten laut Besatzungsstatut nicht, falls „die Besatzungsbehörden ausdrücklich etwas anderes bestimmen oder [...] solche Gesetze oder Maßnahmen mit den eigenen Entscheidungen oder Maßnahmen der Besatzungsbehörden unvereinbar sind“. ¹³⁰

¹²⁷ Besatzungsstatut, zitiert bei Kleßmann, Staatsgründung, S. 459f., hier S. 460. Hervorhebungen von der Verfasserin.

¹²⁸ Das Petersberger Abkommen, in: Auswärtige Politik, S. 158–160.

¹²⁹ Buchheim, Deutschlandpolitik, S. 9.

¹³⁰ Besatzungsstatut, zitiert bei Kleßmann, Staatsgründung, S. 460.

Es stand für Moskau außer Frage, unter den gegebenen Umständen dieses Siegerrecht für sich ebenfalls zu sichern. Gleichzeitig wollte auch die östliche Besatzungsmacht „ihrer“ DDR Teilsouveränität gewähren, die exakter wohl „*Souveränität unter Vorbehalt*“ zu nennen ist. Blieb zu klären, wie dies aus sowjetischer Sicht mit der Wahrung sowjetischer Interessen und – insofern das dafür von Belang war – mit der Wahrung alliierter Interessen konkret in Einklang zu bringen war. Der östlichen Siegermacht fiel es ebenso schwer wie den Westmächten, das „größtmögliche Maß an [deutscher] Selbstregierung“ (Besatzungsstatut)¹³¹ zu definieren, welches mit geteilter, nach wie vor beizubehaltender Besetzung vereinbar wäre. Schon im ersten Entwurf für das SKK-Statut (siehe Dokument 1) wurde das allgemeine Einmischungsverbot für SKK-Strukturen durch die Fixierung einer wenig konkreten obersten Regierungskompetenz der SKK relativiert: „In Ausübung ihrer Kontrollfunktionen kann die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland [...] *in notwendigen Fällen* Verordnungen oder Anweisungen erlassen, deren Erfüllung für die Regierungsorgane der Deutschen Demokratischen Republik bindend ist.“ Die Siegermächte behielten sich also im Osten wie im Westen vor, permanent neu zu bestimmen, was letztlich in ihre Entscheidungsgewalt fiel. Dabei sah der SKK-Statutenentwurf hinsichtlich der Kompetenzen der SKK – analog zum Besatzungsstatut – ein beachtenswertes Korrektiv vor: Bindende Vorgaben an die DDR-Regierung sollten nur „*mit Erlaubnis der sowjetischen Regierung*“ ergehen. Auch im Osten galt es, Eigenmächtigkeiten einer Behörde und regionale Willkür zu verhindern.

Der Berliner Entwurf des SKK-Statuts erfuhr in den ersten Wochen des Jahres 1950 in Moskau eine Überarbeitung, offensichtlich unter Federführung des Außenministeriums, konkret seiner III. Europa-Abteilung.¹³² Es war geplant, das Projekt des Statuts Anfang März 1950 zur Beschlußfassung beim Ministerrat der UdSSR einzureichen. Eine interne Moskauer Debatte ist nicht bekannt, doch liegt das Ergebnis in Form eines neuen Gesamtentwurfes vor. Am 27. Februar 1950 sandte das Sekretariat der SKK ein von Armeegeneral Čujkov signiertes Projekt „Statut der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“ über das Außenministerium an das Präsidium des Ministerrats der UdSSR¹³³ (Dokument 1, Fettdruck). Wenn jemals zuvor daran gedacht gewesen war, das Statut ganz oder in Teilen öffentlich bekanntzugeben, so war diese Vorstellung nun definitiv ad acta gelegt. Die Bestimmung hatte nunmehr vollständig den Charakter einer internen allgemeinen Festlegung der Rolle der SKK als Organ der sowjetischen Regierung angenommen.

Der in Moskau korrigierte Text war im Vergleich zum Berliner Entwurf radikal gekürzt worden: Präambel und Strukturbeschreibung waren auf ein Minimum reduziert, die Aufgaben der einzelnen Abteilungen völlig gestrichen. Erhalten blieben und durch die neuen Text-Proportionen aufgewertet wurden die Passagen, die die strikte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR festschrieben. Dadurch, daß – etwa im Unterschied zum nur bedingt vergleichbaren Besatzungsstatut für die Bundesrepublik – die Kontrollbereiche konkret nicht mehr erfaßt wurden, blieben die deutschen Eigen-

¹³¹ Besatzungsstatut, zitiert bei Kleßmann, Staatsgründung, S. 459.

¹³² Politberater Semenov, der sich seiner Mitarbeit an den SMAD-Bestimmungen 1945 sehr gut erinnerte, verlor über die Erstellung der SKK-Satzung 1949/50 leider kein Wort. Vergleiche Semjonow, Von Stalin.

¹³³ AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 37–44 (den Hinweis auf das Dokument verdanke ich Dr. Jan Foitzik). Das Antragsschreiben, mit dem der Entwurf vom 27.2. an die Regierung der UdSSR ging, bestätigt, daß an eine Veröffentlichung der Bestimmungen nicht gedacht war.

verantwortlichkeiten allerdings unklar. Der Bereich der Außenpolitik war durch keine SKK-Struktureinheit erkennbar „besetzt“.

Die Beseitigung wichtiger Details aus den Vorentwürfen könnte den Verdacht bewußter Verschleierung erwecken; bei einem internen Dokument sind Manipulationsabsichten jedoch wenig wahrscheinlich. Dem Eindruck steht überdies entgegen, daß bestimmte Textergänzungen ein subtiles Verständnis für herrschaftstechnische und politische Probleme erkennen lassen. Sie bezweckten eine weitestgehende Ausschaltung von Machtmißbrauch durch regionale Vertretungen und untere Funktionsträger. Bei zentralen politischen oder Wirtschaftsentscheidungen wurde die Entscheidungsgewalt auf den SKK-Chef und seine Stellvertreter konzentriert. „Empfehlungen“ an die Deutschen unterlagen noch strengeren Regelungen.

Die Zentralisierung der Kontroll- und Beratungskompetenzen innerhalb der SKK entsprach vermutlich ganz allgemein den Eigenheiten des politischen Systems in der UdSSR, für die der Begriff des „demokratischen Zentralismus“ steht. Daneben wirkte sich die spezielle, seit SMAD-Zeiten erhobene Forderung Moskaus nach einem schrittweisen Abbau regional-autonomer besatzungsbehördlicher Gewalt zwecks herrschaftstechnischer Optimierung aus. 1949 war dem in der SMAD noch nicht hinreichend entsprochen worden. Weitere Anstrengungen in Richtung Disziplinierung und Zentralisierung waren daher nur Ausdruck von Konsequenz. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß die Zentralisierungsbestrebungen nicht Ergebnis einer Konsolidierung Moskauer Politik speziell in der Deutschlandfrage gewesen sein müssen. Vielmehr entbehrt der Umkehrschluß nicht einer gewissen Logik: Nur ein streng geführtes politisch-staatliches Instrument versprach, bei eventuellen schnellen Kursänderungen handhabbar zu bleiben. Das abzubauen militärische Reglement mußte deshalb durch strenge Regeln zumindest hinsichtlich des äußeren Verkehrs der Behörde kompensiert werden.

Der interne Drang nach Disziplinierung des Apparates korrespondierte andererseits mit der Rücknahme einer vordem dominant artikulierten Forderung nach faktischer Allgegenwart der SKK-Vertreter mit weitgehenden Weisungsrechten. Sprachliche Korrekturen am Text zeigten dies. So wurden „Vorladungen“ zu „Einladungen“ umformuliert. Die Beschreibung des Verhältnisses zwischen Besatzungsmacht und ostdeutschen Institutionen erfuhr insgesamt eine Liberalisierung. Sie wurde ergänzt durch den Passus, daß die SKK „auf Bitten“ der Regierung der DDR oder demokratischer Parteien Konsultationen erteilen dürfe. Gewiß, wie in jedem Fall sozialistischer Rechtssetzung, so ist auch hier eine vorsichtige Textauslegung geboten. Was mit „Beratungen“ und „Konsultationen“ gemeint war, erschließt sich über den Gesetzestext nicht. Dennoch bleibt beim Vergleich mit dem ersten Entwurf das Bemühen zu konstatieren, das Verhältnis zum vormaligen Besatzungsgebiet freundlicher zu gestalten. Der neue, in Moskau entstandene Entwurf bekräftigte die Tendenz der Abkehr von diktatorischen Methoden, – eine Entscheidung freilich, die so nicht gefallen wäre, hätte man sich auf die SED als staatstragende pro-sowjetische Kraft nicht weitgehend verlassen können.

Der neue Entwurf machte die SKK schließlich, und nicht zuletzt wegen der fehlenden strukturellen Konkretisierungen, auch als Institution flexibler. Veränderungen im Aufbau waren möglicherweise einkalkuliert. Da dieser Entwurf vom Februar 1950 auch und nicht zuletzt das Interesse an interalliiertem Verständnis deutlicher zu dokumentieren scheint – in der wiederholten Bezugnahme auf „Potsdam“, in der Benennung von Aufgaben der SKK im Rahmen interalliiertem Zusammenarbeit und schließlich im Verzicht auf eine Begründung der Existenz der SKK aus der doppelten Staatsgründung heraus – werden diese

Bestimmungen über die SKK zu einem internen Dokument, das die vielschichtige, widersprüchliche, nach wie vor prinzipiell offene deutschlandpolitische Linie Moskaus für Februar 1950 anschaulich belegt.

Alles in allem prägte sich im Moskauer Entwurf die schon im Berliner Entwurf manifest gewordene institutionelle Grundidee der Gewährung von „*Souveränität unter Vorbehalt*“ abschließend aus.

Hinsichtlich eines flexiblen Vorgehens war man mit den Berliner Verfassern des Entwurfstextes einer Meinung. Schon bei den vormaligen SMAD-Mitarbeitern hatte sich, wie bereits dargestellt, die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine *Kombination aus formeller und informeller Arbeitsweise* den Anforderungen, die an die SKK in Deutschland zu stellen seien, am besten entspreche. Schließlich wirkten auch die ersten praktischen Erfahrungen der SKK vor Ort orientierend; die vielen Details aus den Entwürfen der Abteilungen wurden daher weder so fixiert, noch komprimiert, noch ausdrücklich verworfen.

Gleichwohl mußten – ganz besonders im Fall einer Vertretung im Ausland – der offiziell-rechtliche Rahmen und der Aktionsspielraum der Behörde organisatorisch abgesichert sein. *Externe Kommunikationsebenen, interner Instanzenzug sowie Vermeidung von Kompetenzüberschreitungen* gehörten daher zu den in Moskau gründlich überdachten Problemen.

Zu diesem Zeitpunkt war schon entschieden, daß die Verbindungen der SKK zu ost-deutschen Instanzen in bewährter Weise vor allem über Unterredungen und deutsche Berichterstattung funktionieren sollten. Den Verfassern des SKK-Statutenentwurfes in Berlin und Moskau war klar, daß Einsichtnahme in das Innenleben politischer Parteien, Organisationen und gewählter Vertretungen nur schwerlich vereinbar gewesen wäre mit dem Status eines – wenn auch nur begrenzt – souveränen Landes. Der Berliner Entwurf für das SKK-Statut beschränkte sich daher bereits fast ausschließlich auf Verbindungslinien zu bzw. Informationsbezug aus *staatlichen Einrichtungen der DDR*. Durch Eliminierung der Textpassagen zu den Aufgaben der einzelnen Abteilungen wurde der Verbindung zur obersten Regierungsebene im Moskauer Entwurf noch zusätzliches Gewicht verliehen.

In Moskau erkannte man deutlicher, daß die aus der Sicht der SMAD bewährte, relativ weitreichende Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit einfacher Mitarbeiter der Kontrollbehörde¹³⁴ politischen Zündstoff liefern konnte. Der Berliner Gesamtentwurf hatte ein Reglement vorgelegt, das Unterredungen mit DDR-Ministern allen SKK-Mitarbeitern vom Abteilungsleiter an aufwärts zubilligte. Der Entwurf unterschied klar die verschiedenen Kontaktebenen. Die Moskauer Ergänzungen hierzu, die in die „Rechte der SKK“ Eingang fanden, machen das Bemühen der Moskauer Führung deutlich, den Dienstbetrieb der SKK noch verbindlicher zu regeln. Beständige Einmischung sollte unterbleiben.

¹³⁴ Im Entwurf der Abteilung für Materialbilanzen und Handel war ursprünglich unter „Rechte der Abteilung“ festgehalten: Der Abteilungsleiter und sein Stellvertreter seien befugt, die Minister zwecks Information und Empfehlungen zu sich zu rufen oder aufzusuchen; die Assistenten des Abteilungsleiters verfügten über ein solches Recht gegenüber den Abteilungsleitern der DDR-Ministerien. Fast identisch war die entsprechende Passage in der Vorlage der Abteilung für Industrie verfaßt; hier wurde ein entsprechendes Recht der Unterabteilungs- bzw. Büroleiter gegenüber den Leitern der Hauptabteilungen im deutschen Ministerium fixiert. Vertretern der Abteilung sollte Einblick in sämtliche deutsche Unterlagen und Zutritt zu allen Betrieben und Institutionen der DDR erlaubt sein. In der Vorlage der Abteilung für Wirtschaftsplanung ist zu erkennen, daß man solche Rechte ausschließlich gegenüber den fachlich relevanten Ministerien zur Geltung bringen wollte. Kontakt mit anderen Ministerien dürfe nur in Ausnahmefällen und nur mit Genehmigung eines Stellvertreters des SKK-Vorsitzenden stattfinden.

Kontakte sollten unbedingt auf den kleinen Kreis der Abteilungsleiter und der SKK-Führung beschränkt bleiben. Keineswegs war an permanente oder auch nur häufige Anwesenheit von SKK-Vertretern in deutschen Behörden gedacht, nicht einmal in den zentralen staatlichen Gremien. Omnipotenz meinte nicht reale Omnipräsenz. Für die Umsetzung der unbestrittenen potentiellen Allgegenwart der SKK in reale Kontakte entstanden strenge Vorschriften. Sie besagten erstens, daß Unterredungen in jedem Einzelfall der Genehmigung durch den Vorgesetzten bedürften, und zweitens, daß Empfehlungen an die Ministerien, Behörden und Organisationen der DDR nur mit Erlaubnis der Führung der SKK bzw. des Landesvertreters zu geben seien.

Die Moskauer Redaktion entschied sich besonders bezüglich der mündlichen Kontakte für SKK-interne Absicherungen (Genehmigungen durch Vorgesetzte, Protokollpflicht) in einer so detaillierten Weise, daß der Schluß naheliegt, sowjetischerseits seien Überlegungen über Souveränität, Repräsentanz und Ansehen von DDR-Institutionen angestellt worden, zumal man in Moskau offensichtlich auch größeren Wert auf Formulierungen legte, die die Souveränität von DDR-Instanzen unterstrichen (und dies in einem Reglement für den internen Dienstgebrauch!). Andererseits erklärt sich die Disziplinierung bei den Kontaktierungsverfahren vor allem aus der Absicht, die SKK als ausführendes Organ der Regierung zu installieren und mit ihr – bei aller gewollten Kontinuität – einen im Vergleich zur SMAD weniger selbständigen, verlässlicheren Vermittler Moskauer Politik zu schaffen.

Es ist anzunehmen, daß man in Moskau trotz strenger Regeln Informationsverlust nicht fürchtete, war die SKK doch befugt, über die staatliche Linie oder aber eigenständig faktisch jede Auskunft einzuholen. Es blieb der Kontrollbehörde überlassen, im Rahmen der Regeln Art und Häufigkeit der formell bestimmten Begegnungen mit den Deutschen so zu gestalten, daß ausreichende Kontrolle gewährleistet werden konnte. Ganz unstrittig war, daß der Kontakt zur Staatsführung gleichzeitig den Kontakt zur SED-Führung garantierte, die als Hegemon im politischen System über viele Informationsquellen verfügte. Diese zweite Verbindungsebene war eine informelle, sie fand im SKK-Statut keine Erwähnung.

Der Charakter der SKK als der eines ausführenden Organs der Regierung der UdSSR wurde letztlich aber nicht konsequent abgesichert. Im Unterschied zu den Verbindungs- und Informationswegen blieben die Methoden der Steuerung und die Verfahren der Billigung von Entscheidungen im und für das Kontrollgebiet vage fixiert. Die Abteilungen der SKK hatten in ihren Entwürfen unterschiedliche Vorstellungen von Eingriffskompetenzen dargelegt. Verwaltungstechnisch war auch hier Flexibilität geboten. Die grundsätzliche Vorbehaltsklausel, wonach „in notwendigen Fällen“ bindende Vorgaben an die DDR-Regierung gemacht bzw. Entscheidungen aufgehoben werden konnten, ermöglichte den sowjetischen Vertretern grundsätzlich zu jedem Zeitpunkt und in jeder Frage einen Eingriff in Initiativen von DDR-Instanzen. Blieb zu entscheiden, wer über die „notwendigen Fälle“ befand. Der Moskauer Redaktion des Entwurfes für das SKK-Statut ist zu entnehmen: Über Interventionen sollte in der sowjetischen Hauptstadt entschieden werden, bei Steuerung und Begutachtung von Entwicklungsprozessen in der DDR sollte der sowjetischen Regierung die entscheidende Rolle zukommen. Konsultationen könne die SKK zwar eigenständig durchführen und Prüfungen von sich aus veranlassen, worüber notfalls nachträglich nach Moskau zu rapportieren sei. Bindende Anweisungen waren aber nur „mit Erlaubnis der sowjetischen Regierung“ zu erteilen.

Soweit die vorgesehene Moskauer Entscheidungskompetenz. Keines der Dokumente aus der Phase der internen Verständigung über das Statut läßt jedoch erkennen, daß über

die nötigen Verfahren der Verständigung nachgedacht wurde. Weder für die prinzipiellen Angelegenheiten, die mit Moskau abzustimmen waren, noch für die weniger bedeutsamen, die innerhalb der SKK zur Entscheidung anstanden, legte das Statut den Ablauf der Klärung fest. Das SKK-Statut enthielt *keinen verbindlichen Modus der Stellungnahme* zu deutschen Entscheidungen. In welcher Weise die sowjetische Regierung der SKK in Deutschland Auflagen erteilen oder wie sich letztere die abschließende Meinung Moskaus zu einem Problem einholen mußte, war nicht ausgeführt. Bedurfte es spezieller Regierungsbeschlüsse für zentrale SKK-Anweisungen oder genügten Absprachen? Möglicherweise war das SKK-Statut nicht der Platz für solche Festlegungen. Allgemeine Richtlinien für die Kommunikation zwischen Regierungsinstanzen der UdSSR mögen dies hinreichend bestimmt haben. Doch für die Arbeit innerhalb der SKK fehlten spezielle Regelungen. So blieb unklar, für welche Etappe der Erarbeitung deutscher Beschlüsse sowjetische Vertreter sich generell ein letztes „da“ (ja) oder „net vozraženij“ (keine Einwände) vorbehalten haben. Offensichtlich setzte man auch diesbezüglich auf Flexibilität.

An dieser Stelle sei ein Vorgriff auf die weiter unten folgende Beschreibung der SKK-Praxis erlaubt. Soweit wir von der tatsächlichen Arbeit der SKK Kenntnis haben, war unter ihren Vorgaben der Anteil von regelrechten Anweisungen insgesamt gering. Er nahm über die Jahre noch ab. Formell erließ der SKK-Vorsitzende im Unterschied zum Obersten Chef der SMAD überhaupt keine an die Deutschen adressierten Befehle mehr. Bereits frühzeitig muß man sich auf einen Arbeitsstil verständigt haben, der schon in den letzten Monaten der SMAD zunehmend an Bedeutung gewonnen hatte und der der Gewährung von „Souveränität unter Vorbehalt“ nun voll entsprach. Man könnte ihn als *oberhoheitlichen Richtlinien-Dirigismus* bezeichnen. Die SKK wollte und sollte keine Über-, und schon gar keine Ersatz-Regierung für den ostdeutschen Staat sein, allerdings behielt sie sich prinzipiell das letzte Wort vor. Eine Ausnahme bildeten Reparationsfragen. Hier erfolgten auch weiterhin Auflagen. Der deutschen Seite billigte man ein gewisses Mitspracherecht hinsichtlich der Art der Erfüllung (Palette der Produkte, Zeitplan der Lieferung) zu. Daß dem Grenzen gesetzt waren, stand unausgesprochen schon während des ersten Treffens zu SAG-Fragen fest.¹³⁵

Nicht fixiert wurden übrigens auch die Modalitäten einer fakultativen oder obligatorischen Zusammenarbeit der SKK-Abteilungen mit anderen sowjetischen Institutionen auf dem Gebiet der DDR. Das Verhältnis zu MVD und MGB sollte sich offenbar so wie im eigenen Lande gestalten, worüber wir im Detail leider zu wenig und nicht viel mehr wissen, als daß diese Behörden unter Umständen in die Entscheidungen und die Personalpolitik jeder staatlichen Einrichtung der UdSSR eingreifen konnten.

Auch zur Struktur der SKK, insbesondere ihrer Leitungsebene, hatte es um den Jahreswechsel 1949/50 weitere Absprachen gegeben.¹³⁶ Laut Berliner Entwurf vom Dezember

¹³⁵ Besprechung Piecks, Grotewohls und Ulbrichts mit Merkulov, Kobulov und Semičastnov am 26.11.1949, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 317f.

¹³⁶ Weniger bedeutsam war wohl der SKK-interne Vorschlag, die Position des Kanzleichefs der SKK auf das Niveau der Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden zu heben. Der Gesamtentwurf vom Dezember 1949 enthielt einen solchen Vorschlag. Der Kanzleichef hätte damit das Recht erhalten, Minister und ihnen gleichgestellte Vertreter der DDR-Regierung ohne Rücksprache mit der SKK-Führung zu kontaktieren. Möglicherweise war der Versuch einer solchen Kompetenzerweiterung des Kanzleichefs von den Militärs ausgegangen, die um mehr Einfluß bemüht waren. Der Vorschlag kam nicht durch; die Gründe sind nicht bekannt. Es ist davon auszugehen, daß die Leiter der militärisch relevanten Abteilungen der Kanzlei dennoch weitgehend unabhängig vom übrigen SKK-Betrieb agierten.

1949 war ein *Stellvertreter des Vorsitzenden für die Angelegenheiten der SAG* vorgesehen, zu einer regulären Ernennung war es jedoch noch nicht gekommen. Dieser Stellvertreter rangierte auffallend hoch, noch vor dem Ersten Stellvertreter für Wirtschaftsfragen. Seine Aufgaben waren einen gesonderten Paragraphen im Berliner Entwurf wert. Da SAG-Chef Kobulov selbst die schriftliche Vorarbeit¹³⁷ zu diesem Entwurf geliefert hatte, wissen wir, wie er sich die Rolle dieses Stellvertreters in der SKK vorstellte, die er ganz offensichtlich selbst übernehmen wollte. Aufgabe sei es, die Produktions-, Investitions-, Handels- und Absatzpläne der DDR-Regierung dahingehend zu prüfen, ob sie den sowjetischen Interessen entsprächen. Über den Stellvertreter für SAG-Angelegenheiten sollte die prinzipielle Verständigung mit der DDR-Regierung in Reparationsfragen laufen, speziell auch die Koordinierung mit der Verwaltung für Sowjetische Staatliche Aktiengesellschaften (USGAO) und mit der Verwaltung für sowjetisches Eigentum in Deutschland (USIG). Laut Entwurf oblag dem Stellvertreter für SAG-Angelegenheiten die Koordinierung aller „Maßnahmen, die mit der Tätigkeit der sowjetischen Betriebe in Deutschland im Zusammenhang stehen, mit den entsprechenden Verwaltungen und Abteilungen der SKK“. Der Apparat sollte aus Gehilfen¹³⁸ und einem Sekretariat bestehen, zum Personalbestand der Verwaltung für Sowjetisches Eigentum im Ausland gehörig. Um wieviele Mitarbeiter es ging, ist unklar. Es war möglicherweise nicht einmal dem SKK-Vorsitzenden bekannt, denn dieser Apparat hatte nichts mit der SKK zu tun, sollte aber auf Informationen von dort zurückgreifen können.

In solcher Weise zu einer Art Oberaufsicht und damit zu beliebigen Eingriffen in die Tätigkeit aller SKK-Abteilungen befugt, war ein solcher Stellvertreter besonders mächtig. Der Vorsitzende der SKK sollte lediglich „über“ diesen Stellvertreter, quasi in dessen Person, die Kontrolle über SAG-Betriebe und über die Einhaltung von Verpflichtungen von DDR-Instanzen gegenüber SAG-Betrieben ausüben. Als Čujkov den Statutenentwurf in Moskau vorlegte, ließ er sich zunächst auf diese Konstellation ein.

Der Streit um die Existenz einer solchen Stelle und um die Besetzung mit einem führenden Berija-Mann wie Kobulov muß in Moskau lange andauert haben. Aller Wahrscheinlichkeit nach verhinderten zunächst aber die Widersacher Berijas, zu denen vor allem der Minister für Staatssicherheit Abakumov gehört haben soll¹³⁹, daß sich Kobulovs Position in Deutschland festigte. Interessanterweise vermerkt eine der SED 1950 zugestellte Liste von frühestens Mai 1950 Kobulov lediglich als leitenden Mitarbeiter der Kanzlei (Dokument 10). Offensichtlich wurde die praktische Leitung der SAG von der Verwaltung für sowjetisches Eigentum in Deutschland (USIG) gewährleistet.¹⁴⁰ Doch

¹³⁷ Bestimmung über den Stellvertreter des Vorsitzenden der SKK in Deutschland in Angelegenheiten der sowjetischen staatlichen Aktiengesellschaften in Deutschland, AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 5, listy 290f.

¹³⁸ „Gehilfe“ (pomošnik) stellte in der sowjetischen Bürokratie eine nicht sehr fest definierte Funktion dar, vergleichbar etwa mit der eines Assistenten.

¹³⁹ Sudoplatow/Sudoplatow, Handlanger.

¹⁴⁰ Die hatte anfänglich in einem gewissen Lebedev, dann in Konstantin D. Trofimov ihren Leiter. Trofimov war Ende 1949 noch als Chef der Verwaltung des Verlags innerhalb der Verwaltung für Reparationen eingesetzt. Er unterzeichnete als „Leiter der Verwaltung ‚Poligrafizdat‘“ den Entwurf des Statuts des Verlags (AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 6, listy 234–242). Vom Frühjahr 1950 an bis 1952 erscheint er in deutschen Dokumenten in der Funktion des USIG-Chefs. (Siehe Schreiben Grotewohls an Trofimov am 12.4.1950, SAPMO BArch, NY 4090/315, Bl. 57; siehe einzelne Hinweise auch in BAP, DE-1.) 1953 soll er übrigens als Beauftragter des sowjetischen Planungsministeriums an den Abmachungen zur Übergabe der letzten SAG beteiligt gewesen sein. (Siehe Karlsch, Allein bezahlt, S. 132, der sich auf

SAG-Chef Kobulov seinerseits agierte auch ohne ausgewiesenen Führungsposten von 1949 an nachhaltig in der DDR, und zwar auf einer Ebene mit dem Führungszirkel aus Čujkov, dessen Stellvertretern und dem Politberater. 1950 war er an herausragender Stelle gemeinsam mit Koval', Perelivčenko und Semenov an der Kontrolle der Volkswirtschaftsplanung in der DDR beteiligt.

Obwohl die Klärung der SKK-Führungsstruktur in Moskau noch nicht abgeschlossen war, durfte die Verabschiedung des Statuts nicht länger hinausgeschoben werden. Das Fehlen von Festlegungen zu Aufgaben und Kompetenzen der SKK wirkte sich Anfang 1950 aus der Sicht des Moskauer Außenministeriums nachteilig aus. Insbesondere die SKK-Landesvertretungen, meldete der Leiter der III. Europa-Abteilung im Februar 1950 an die Leitung des Außenministeriums, würden ihre Funktionen und Rechte nicht kennen und daher unsicher agieren.¹⁴¹

Für die fällige Verabschiedung des Statuts der SKK fand sich schließlich eine Kompromißlösung in der Angelegenheit Kobulov: Der neue Entwurf vom Februar 1950 sprach nur allgemein von „Stellvertretern“ und nannte weder Zahlen noch Namen. Čujkov scheint jedoch mit dem Stand der Debatte um die Stellvertreter unzufrieden gewesen zu sein. Auch das Außenministerium dürfte sich gegen Kobulov gesträubt haben. In Ergänzung zum Statutenentwurf reichte der SKK-Vorsitzende der Regierung daher den Antrag ein,¹⁴² auch die Tätigkeit der sowjetischen Unternehmen in Deutschland, der SAG und Handelsvertretungen direkt kontrollieren zu können. Sein Ansinnen stieß wohl auf Widerspruch, konkrete Aktenbelege dazu fehlen allerdings.¹⁴³

Die Annahme des Beschlusses verzögerte sich jedoch zusätzlich durch laufende deutschlandpolitische Erörterungen innerhalb der Moskauer Führung. Der Ende 1949 einsetzende Moskauer Klärungsprozeß um die Perspektiven des „Provisoriums“ DDR nahm im Februar 1950 zwischenzeitlich eine bemerkenswerte Wendung. Zeugnisse über sowjetische Anweisungen an die SED deuten dies an. Politberater Semenov sprach am 14. Februar gegenüber SED-Führern nach langer Zeit wieder deutlich vom Zick-Zack-Kurs zum Sozialismus. Er skizzierte eine „neue Etappe der inneren Entwicklung der DDR“, in der sich der „Klassenkampf verschärft“.¹⁴⁴ – Im März 1950 ging der am 27. Februar beim

einen Bericht des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen beruft). Für 1953 ist in einigen Quellen N. L. Bebenin als Leiter der Verwaltung für sowjetisches Eigentum in Deutschland ausgewiesen. Er taucht in Akten auch im September 1953 noch auf diesem Posten auf.

¹⁴¹ Mitteilung Gribanovs an die Leitung des Außenministeriums vom 10.2.1950 auf der Grundlage von Informationen aus der SKK, AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 16f., Zitat list 16. Die Idee, für die Landesvertretungen und Abteilungen gesonderte Bestimmungen auszuarbeiten, war zu diesem Zeitpunkt wohl schon endgültig aufgegeben. Der Vorschlag des Mitarbeiters des Außenministeriums S. M. Kudrjavcev, die SKK zur baldigen Erstellung gesonderter Bestimmungen zu verpflichten, wurde nicht aufgegriffen (Stellungnahme Kudrjavcevs vom 13.3.1950, AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 27f.).

¹⁴² Antrag an den Ministerrat der UdSSR, ohne Datum, im Zusammenhang mit der Vorlage des Entwurfs „Bestimmung über die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland“, AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 37–38 (Hinweise auf dieses Dokument verdanke ich Dr. Jan Foitzik).

¹⁴³ Aller Wahrscheinlichkeit nach ist die Eigenständigkeit der Kobulov unterstehenden SAG-Verwaltung nicht aufgehoben worden. Die wenigen bekanntgewordenen Quellen zur Arbeit des Stellvertreters für SAG-Angelegenheiten lassen vermuten, daß Kobulov dem SKK-Vorsitzenden – entgegen seinen Formulierungen in der Zuarbeit zum Statutenentwurf – später in keiner Weise Rechenschaft schuldig und dieser hinsichtlich Sowjetischer Aktiengesellschaften nicht weisungsberechtigt war.

¹⁴⁴ Besprechung Piecks mit Semenov am 14.2.1950, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 333f., hier S. 334.

Präsidium des Ministerrats der UdSSR eingereichte Entwurf für ein SKK-Statut zur Vorbereitung eines Regierungsbeschlusses an das sowjetische Außenministerium zurück. Intensive Überarbeitung erfuhr es dort nicht mehr. Der Mitarbeiter des Außenministeriums V. Syčev argumentierte jedoch: „In Anbetracht der Tatsache, daß die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland *nicht nur eine Kontrollfunktion ausübt, sondern auf Bitten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik [sic] auch Hinweise und Konsultationen für die deutschen Machtorgane gibt*, ist es zweckmäßig, das Statut der SKK *noch flexibler* zu gestalten, so daß es nur die Grundfragen der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Organen der SKK und den deutschen Behörden festhält“. ¹⁴⁵ Verfahren, in denen eine grobe Einmischung gesehen werden konnte, sollten vermieden werden. ¹⁴⁶

Man könnte meinen, eine nunmehr klar auf Sozialismus in der DDR orientierte Moskauer Führung habe zum einen entsprechende Einflußnahme durch die SKK, zum anderen sorgfältigere Tarnung dieser Absichten veranlaßt. Tatsächlich aber drückte die Anweisung Semenovs eine von vielen – durchaus folgenschweren – Schwankungen der sowjetischen Führung in der deutschen Frage aus. Sie stand im Zusammenhang mit westlichen Aktionen in der deutschen Frage, die für Moskau schwer einzuschätzen waren. Am 28. Februar hatte der amerikanische Hochkommissar McCloy zum Mißfallen einiger Kollegen seiner Behörde – und zum Entsetzen Adenauers – die Vorjahresidee der Westalliierten erneut aufgegriffen und die Bereitschaft der USA zur Durchführung freier, gesamtdeutscher Wahlen erklärt. ¹⁴⁷ Wie groß die Zahl der Moskauer Befürworter einer „Volksdemokratisierung“ der DDR war und ob undurchsichtige Angebote aus dem Westen ihren Einfluß schmälerten oder sie, wie Semenov, erst recht auftrumpfen ließen, muß dahingestellt bleiben. Doch selbst bei mehrheitlicher Favorisierung der Sozialismus-Option lag die Schwierigkeit für Moskau doch eigentlich darin, einen „Zick-Zack-Kurs“ eindeutig und detailliert kaum vorgeben zu können. Ein allgemein anwendbares „Zick-Zack-Kursbuch“ gab es nicht; seine Nutzung hätte überdies eine einigermaßen feste deutschlandpolitische Grundorientierung in Moskau vorausgesetzt. Sollte es die aber noch nicht gegeben haben, was künftige Forschung klären müßte, konnte die „Zick-Zack“-Vorgabe auch ein Notbehelf gewesen sein, der fremdbestimmten Kurswechsel jederzeit möglich machte. „Flexible“ Instrumente werden in der Regel bei Unklarheiten im politischen Kurs benötigt.

Am 27. April 1950 bezog Außenminister Vyšinskij im Sinne der Bemerkungen Syčevs abschließend Stellung zum Entwurf des SKK-Statuts und reichte ihn bei der sowjetischen Regierung ein. Aller Wahrscheinlichkeit nach nahm der Ministerrat der UdSSR im April oder Mai 1950 das *Statut der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland* an (Dokument 1, Fettdruck). Indirekt belegt ist, daß am 31. Mai ein Ministerratsbeschuß zur SKK verabschiedet wurde. ¹⁴⁸

¹⁴⁵ Stellungnahme V. Syčevs zum Projekt, 11.3.1950, AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 29–31. Hervorhebungen von der Verfasserin.

¹⁴⁶ Eine solche Wirkung vermutete Syčev bei der Formulierung „Referate“, die auf Tagungen und Konferenzen gehalten werden sollten. Außerdem drängte er auf strenge Dokumentationspflicht bei Gesprächen.

¹⁴⁷ Zum Charakter der Initiative siehe Rupieper, Verbündeter, S. 213–217. Vergleiche auch das Wortprotokoll der Sitzung der Hohen Kommissare mit Adenauer am 22.3.1950, Akten I, S. 147–174, hier S. 149f; Ersil, Verhandlungen, S. 166.

¹⁴⁸ Auf einen solchen bezog sich Čujkov, als er wenig später Vorschläge für Strukturänderungen und Personalreduzierung unterbreitete (Schreiben Gribanovs an Gromyko, 20.12.1950, AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 129f.; die Kenntnis der Quelle verdanke ich Dr. Jan Foitzik). Einer deutschen Quelle

6. Personalabbau, Umstrukturierung und Veränderungen in der Leitung der SKK (1950 bis Mitte 1952)

Während der Vorarbeiten für das SKK-Statut war in Berlin-Karlshorst und in den Hauptstädten der Länder der DDR eine personelle Um- bzw. Neubesetzung der sowjetischen Kontrollinstitution entsprechend den Beschlüssen vom November 1949 vor sich gegangen. Sie orientierte sich zwar an den ersten Festlegungen für die SKK, offenbarte aber gleichzeitig die Notwendigkeit von weiteren Veränderungen. Das Außenministerium in Moskau entwickelte gemeinsam mit der SKK-Führung ein reges Interesse an Effektivierung und Kosteneinsparung. Das entsprach einer UdSSR-weit angestrebten Kostensenkung im Verwaltungsapparat.

Offiziell hatte die SKK, am Beschluß vom November 1949 weitgehend festhaltend, am 22. März 1950 einschließlich der Ländervertretungen eine Personalstärke von 3840.¹⁴⁹ Einer Mitteilung Čujkovs vom 31. März an Außenminister Vyšinskij zufolge waren von den seinerzeit eingestellten 3026 Offizieren und zivilen Mitarbeitern der SKK 746 Personen schon seit 1945 und 344 Personen seit 1946 in Deutschland tätig. Der SKK-Chef argumentierte mit der Dienstordnung, als er vorschlug, die länger als drei Jahre in Deutschland Dienenden abzuziehen. Zu ersetzen war aus seiner Sicht vor allem ein Teil des ingenieur-technischen Personals.¹⁵⁰ Eine Behandlung der Problematik im Präsidium des Ministerrats wurde auf Veranlassung des Außenministers vertagt, da neuerliche Entscheidungen zum Stellenplan anstanden.

Auch im Außenministerium war man im Februar 1950 zu dem Schluß gekommen, daß trotz Reduzierung der Personalstellen im Übergang von der SMAD zur SKK um etwa 90 Prozent (von 33 236 auf 3835) und erheblicher Verkleinerung des zentralen Apparates (von 4670 auf 2442) einige SKK-Abteilungen noch immer ungerechtfertigt groß seien.¹⁵¹ Manche seien unverändert stark besetzt, einige nur geringfügig kleiner, andere sogar größer geworden.¹⁵² Zu viele Stellen hatte insbesondere die Kanzlei mit – trotz Umstrukturi-

zufolge weilte der SKK-Vorsitzende ab 10. Juni in der Sowjetunion, zuerst beim Obersten Sowjet, dann auf Urlaub (Notiz Piecks von einer Besprechung Piecks, Grotewohls und Ulbrichts mit Čujkov, Semenov, Semičastnov, Koval', Bykov und Machalov am 8.6.1950, Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 348f., hier S. 348). Nachfragen in einschlägigen Moskauer Archiven erbrachten keine Möglichkeit, das Datum des Regierungsbeschlusses hinlänglich zu verifizieren. Im Parteiarchiv RZCHIDNI soll sich nach Angaben zuständiger Archivmitarbeiter keine Bestätigung eines solchen Regierungsbeschlusses befinden. Von der Tatsache der Annahme des Statuts ist aber auszugehen.

¹⁴⁹ AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 58–60 (siehe Anlage 1). Ein Vergleich vorhandener Statistiken zeigt, daß es Anfang 1950 in der Kanzlei zu einer Umstrukturierung sowie zu Kompetenzen- und Personaldelegierungen von der Kanzlei zur Abteilung für Transport gekommen war. Die Zahl der den Landesvertretungen insgesamt zugebilligten Personalstellen war geringfügig um zwei auf 1055 gewachsen.

¹⁵⁰ Schreiben Čujkovs an Vyšinskij, 31.3.1950, AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 72–76.

¹⁵¹ Schreiben Gribanovs an Vyšinskij, Februar 1950, AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 11f. Die geringfügigen Abweichungen der im Dokument genannten Zahlen von denen in Anlage 1 genannten können durch die eingesehenen Dokumente nicht hinlänglich erklärt werden.

¹⁵² Im genannten Dokument werden die Mitarbeiterzahlen von SKK und SMAD für die zentrale Ebene gegenübergestellt:

Führung [offensichtlich inklusive der Chefs der Landesvertretungen] 29:29,

Apparat des Politberaters 140:135,

Abteilung für Wirtschaftsplanung 80:65,

Reparationsverwaltung (ohne Verlag) 483:593,

rierung – immerhin noch 483 Mitarbeitern im Vergleich zu 698 aus SMAD-Zeiten. Der auch für Deutschland zuständige Leiter der III. Europa-Abteilung Michail Grigor'evič Gribanov schlug eine Reduzierung der Stellen in der SKK um insgesamt 173 vor, der Apparat des Politberaters sollte davon jedoch verschont bleiben.¹⁵³

Für Stellenreduzierung sprach, daß an eine schrittweise Übergabe von Verwaltungsbefugnissen an DDR-Behörden gedacht war. Gleichzeitig war die Zahl der noch unbesetzten Stellen groß: Sie erhöhte sich zum März 1950 auf 300 (vergleiche Anlage 1). Stark betroffen waren die Landesvertretungen. Hier boten sich Kürzungen regelrecht an. Es ist nicht ausgeschlossen, daß im Zuge der Kostenminimierungskampagne versucht wurde, den Stellenplan gerade bei den Landesvertretungen zu reduzieren, verlagerte sich doch ohnedies im Laufe des Jahres 1950 vieles in der DDR auf die zentrale Ebene. Doch der Drang zur Einsparung von Mitteln gab auch dem Streit zwischen Diplomatie, Militär und Sicherheitsapparat um Einfluß in der SKK neuen Stoff. Die Entscheidungen standen in dem Moment an, als sich aus sowjetischer Sicht der Klassenkampf in der DDR verschärfte. Vermutlich konnte sich in diesem Zusammenhang das Außenministerium mit seinem Wunsch nach einem großen Apparat des Politberaters durchsetzen.

Im Verlauf des Frühjahrs 1950 muß es dann zu einer doch recht bedeutenden Reduzierung des SKK-Personalbestandes um etwa 800 Stellen gekommen sein. Allem Anschein nach stand sie im Zusammenhang mit der Rückgabe von 23 SAG-Betrieben, in deren Ergebnis in der Reparationsverwaltung „abgespeckt“ werden konnte. 1950 wurden weitere Verwaltungsaufgaben an die DDR-Regierung übergeben, beispielsweise die Sanitäts- und Quarantänekontrolle der Häfen und Schiffe.¹⁵⁴ Mit Aufhebung des Befehls Nr. 90/47 im April 1950 ging das Recht der Lizenzvergabe und Erteilung von Druckgenehmigungen an eine neue Abteilung im Amt für Information der DDR über.¹⁵⁵ Auch der Verlag der Besatzungsmacht, der SWA-Verlag, wurde 1950 aufgelöst.¹⁵⁶ Damit wurden seine 142 Mitarbeiterstellen, die in der SKK-Statistik im Stellenplan der Reparationsverwaltung standen, überflüssig.¹⁵⁷

Die Siegermacht erkannte die politische Bedeutung eines sichtbaren Rückzugs ihrer Vertreter aus der unteren und mittleren Verwaltungsebene. Am 8. Juni 1950 kündigte die SED-Zeitung *Neues Deutschland* in ungewöhnlichem Stil an: „Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, wird in der nächsten Zeit, ab 1. August oder 1. September dieses Jahres, eine bedeutende Personaleinschränkung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland durchgeführt.“ Die Ankündigung einer „Verminderung des Personalbestandes um nicht weniger als 20 bis 25 Prozent“¹⁵⁸ kam gewiß gut an: Es war die Zeit intensivster Agitation für eine Einheitslistenwahl in der DDR und prosowjetischer Propaganda.

Politische Abteilung 69:64,
Kaderabteilung 24:29.

¹⁵³ Ebenda.

¹⁵⁴ Schreiben Čujkovs an Grotewohl am 31.3.1950, SAPMO BArch, NY 4090/315, Bl. 49.

¹⁵⁵ Entsprechendes Memorandum mit Eingangsstempel Amt für Information, am 25.4.1950, SAPMO BArch, NY 4090/315, Bl. 76–78 (russ.), 62–64 (deutsch). In einem Brief Čujkovs an Grotewohl war das Anfang März schon offiziell angekündigt worden (Izvestija vom 2.3.1950).

¹⁵⁶ Matke, Starthilfe; Lokatis, S. 538.

¹⁵⁷ Laut Strunk, Zensor, S. 46, wechselten zahlreiche Verlagsmitarbeiter zur „Täglichen Rundschau“ über, was jedoch nicht mit Stellenplanerweiterungen dort verbunden gewesen sein muß.

¹⁵⁸ Neues Deutschland vom 8.6.1950.

Im Herbst 1950 offerierte der SKK-Chef Vorschläge für weitere Stellenplankürzungen. Sie waren verbunden mit Vorschlägen zu Veränderungen in der Behördenstruktur. Čujkov hielt nun auf der Leitungsebene zwei Stellvertreterposten für entbehrlich, ebenso die Abteilung für Materialbilanzen und Handel, die Abteilung für Kontrolle über wissenschaftlich-technische und Forschungstätigkeit sowie die SKK-Vertretungen in zwölf Städten. Anstelle der personalstarken Kanzlei der SKK (infolge von Umstrukturierung inzwischen nur noch mit 427 Stellen), die vornehmlich militärische Verwaltungsfunktionen für die Besatzungstruppen erfüllte, aber auch für die Militärberatung der Kasernierten Volkspolizei der DDR zuständig war, hatte Čujkov beim Kriegsminister der UdSSR die Schaffung eines *Apparates des Obersten Militärberaters* mit 201 Stellen beantragt. Insgesamt würde sich dadurch der Stellenplan von (zwischenzeitlich wohl erreichten) 3045 auf 1700 reduzieren lassen.¹⁵⁹

Čujkovs Vorschlag zeigt neben zielstrebigem Bemühungen um Kostensenkung¹⁶⁰, daß er reale Möglichkeiten sah, sowjetische Interessen in ganz zentralen Bereichen auch mit weniger Personal ausreichend zu vertreten. Inwieweit dies hinsichtlich der wirtschaftlichen Interessen (Reparationen, Außenhandel) realistisch war, ist schwer zu sagen. Die Zahl der SAG-Betriebe, das war zu diesem Zeitpunkt wohl schon klar, wurde per Protokoll vom 3. Juli 1950 um 23 Betriebe reduziert.¹⁶¹ Die speziell der Abteilung für Materialbilanzen und Handel zukommenden Aufgaben hätten andere Wirtschaftsabteilungen übernehmen können, ob ohne Personaltransfer, ist allerdings unklar. Alles in allem aber bezeugt der Vorschlag für eine so drastische Personalreduzierung, daß in der SKK auch oder gerade im Mai 1950 noch an der Idee vom partiellen, aber effektvollen Rückzug aus der Verwaltung festgehalten wurde. Andererseits zeigt der Versuch einer Reorganisation im militärischen Bereich, daß der SKK-Chef und Oberkommandierende der sowjetischen Besatzungstruppen gewillt war, die Beratung für deutsche paramilitärische Institutionen (KVP) auszubauen.

Die Vorschläge des SKK-Chefs fanden keine vollständige Akzeptanz. Die Mitarbeiterzahl wurde zwar verkleinert, Čujkovs Pläne über Veränderungen in der Leitungsstruktur dagegen wurden, wohl eher zufällig, durch eine Entscheidung im anhaltenden Kompetenzgerangel um den SAG-Stellvertreterposten konterkariert, als sich zur Jahreswende die internen Streitigkeiten im Sicherheitsbereich zu Ungunsten des Berija-Widersachers und Staatssicherheitsministers Viktor Semenuvič Abakumov, mithin zugunsten eines Berija-Günstlings, zu legen begannen. Außerdem mag die Idee eines sichtbaren Ausbaus der Militärberatung, der eine Kräfteverschiebung innerhalb der SKK-Führung zuungunsten der Diplomatie und der Volkswirtschaftsführung bedeutet hätte, auf grundsätzliche Vorbehalte in Moskau gestoßen sein. Im Dezember 1950 äußerte sich der Leiter der III. Europa-Abteilung des Moskauer Außenministeriums abschließend zu den Vorschlägen Čujkovs. Gribanov signalisierte dem Stellvertretenden Außenminister Andrej Andreevič

¹⁵⁹ Indirekter Hinweis darauf in einem Schreiben Gribanovs und Strunnikovs an Gromyko vom 19. oder 20.12. 1950, AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 129f.

¹⁶⁰ Ein Abteilungsleiter in der SKK bezog 1950 laut Vermerk in einer Akte des Außenministeriums ein Gehalt von 2400 bis 2900 Rubel (AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, list 2). Im Zusammenhang mit der Behandlung von SKK-Stellenbesetzungen wurde 1952 im Sekretariat des ZK der KPdSU vermerkt, daß der Chef der Wirtschaftsabteilung 1952 ein Gehalt von etwa 3000 Rubel erhielt, ein Mitarbeiter dieser Abteilung eines von 1900 bis 2100 Rubel (ZCHSD, fond 4, opis' 9, edinica chranenija 720, list 52).

¹⁶¹ Karlsch, Allein bezahlt, S. 130, 271.

Gromyko sein grundsätzliches Einverständnis, wollte bei den Veränderungen im Leitungsbereich jedoch nicht so weit gehen wie der SKK-Chef.

Der Vorschlag, zwei der fünf Stellvertreterposten ersatzlos zu streichen, war also nicht realisierbar. Mehr noch: Mußten die Stellvertreterposten im Statut der SKK noch ausgespart bleiben, so wurde nun vom Außenministerium präzisiert: An der Spitze der SKK stehen *der Vorsitzende der Kommission, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden, der Politische Berater beim Vorsitzenden, der Stellvertreter für Wirtschaftsfragen, der Stellvertreter für Angelegenheiten der SAG, der Stellvertreter für die Inspektion der SKK*. Die Zahl der Stellvertreter verringerte sich somit lediglich um einen. In Abstimmung mit dem Kriegsministerium, so Gribanov, müsse nun ein neuer Ministerratsbeschuß „Über die Struktur des Apparates der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“ herbeigeführt werden, in dem unter „Zusammensetzung der SKK“ eine neue Leitungsstruktur festzuhalten sei.¹⁶² Im Auftrag des stellvertretenden Außenministers ging am 22. Dezember 1950 eine entsprechende Stellungnahme an den Ministerrat. Der Regierungsentscheid erfolgte im Januar 1951.¹⁶³ Die Kommission verfügte nach diesem Ministerratsbeschuß noch über 1700 Mitarbeiterstellen.¹⁶⁴

Die neue Leitungsstruktur war für Außenstehende als solche kaum zu erkennen. *Armee-general Vasilij Ivanovič Čujkov* blieb *Vorsitzender der SKK*. Die Posten des *Ersten Stellvertreters Semičastnov* und des *Politberaters Semenov* hatten seit November 1949 einen festen Platz in der SKK-Leitungsstruktur. Ihre Stellung blieb unangetastet. Nun aber, groteskerweise nach der Rückgabe vieler SAG-Betriebe im Sommer 1950, hatte sich auch *Bogdan Zachar'evič Kobulov* als *Stellvertreter für SAG-Angelegenheiten* offiziell eine hohe Stellung in der SKK gesichert. Nachdem Koval' im Herbst 1950 Deutschland verlassen hatte, war *G. S. Bykov* (seit Sommer 1950 in der SKK¹⁶⁵) an seine Stelle getreten. Er hatte die Funktion des *Stellvertreters für Wirtschaftsfragen* inne. Bykov kam aus der Staatlichen Plankommission der UdSSR, war demnach ein Planungsfachmann. Die Stellvertreterposten für Industrie und für Zivilverwaltung wurden mit der Änderung der Leitungsstruktur der SKK eliminiert. Durch den Wegfall des Stellvertreters für Zivilverwaltung gewann die Rolle des Politberaters als Koordinator in gesellschaftsgestaltenden Fragen erheblich an Bedeutung. Da mit *S. P. Davydov* der im Frühjahr berufene MGB-Bevollmächtigte in Berlin zum *Stellvertreter für die Inspektion* ernannt wurde, liegt der Schluß nahe, daß im Zusammenhang mit den sicherheitsdienstlichen Entwirrungen in Moskau nun auch der sowjetische Abwehrdienst Anschluß an die SKK-Leitungsebene gefunden hatte. Im Unterschied zu Kobulov trat Davydov jedoch kaum in Erscheinung, sein Apparat wirkte gänzlich separat. Sowohl für Kobulov, Davydov sowie dessen Nachfolger Kaverznev als auch für den noch „aktiven“ Il'ičev waren die SKK-Leitungsposten in gewissem Sinne auch mehr Tarnung als Funktion.

¹⁶² Schreiben Gribanovs und Strunnikovs an Gromyko vom 19. oder 20.12.1950, AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 129f.

¹⁶³ Unterlagen zur Beschlußfassung liegen auch in diesem Fall nicht vor. Indirekt kann aus Übersichten, Schriftverkehr und Aktennotizen auf eine Entscheidung im Sinne der Vorlage geschlossen werden. Danach sollen mit Beschluß Nr. 84–38 s des Ministerrates der UdSSR vom 10.1.1951 die Funktionen des Stellvertreters für Industrie und für Zivilverwaltung liquidiert worden sein (Notiz von Zverev und Vyšinskij an Molotov, 19.4.1952, AVP RF, fond 082, opis' 40, papka 256, delo 18, listy 10–12, hier list 10).

¹⁶⁴ Indirekter Hinweis: AVP RF, fond 082, opis' 40, papka 256, delo 18, list 7.

¹⁶⁵ Bykov wurde als neuer SKK-Mitarbeiter, der „an Stelle von Koval'“ treten sollte, in Berlin im Juni 1950 vorgestellt. Besprechung Piecks, Grotewohls und Ulbrichts mit Čujkov, Semenov, Semičastnov, Koval', Bykov und Machalov am 8.6.1950, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 348f., hier S. 348.

Im Ergebnis der Struktur- und Stellenplandebatten von 1950 änderte sich vor allem der Aufbau einiger Wirtschaftsabteilungen. Mit Jahresbeginn 1951 wurde die Abteilung für *Materialbilanzen und Handel* als ein Büro (später *Unterabteilung*) in die Wirtschaftsabteilung aufgenommen. In der recht großen Abteilung für Materialbilanzen und Handel hatte es im ersten Jahr der SKK-Tätigkeit eine auffällige Unbeständigkeit in der Leitung gegeben. Der Abteilungsleiter wurde wiederholt von verschiedenen amtierenden Leitern und Stellvertretern ersetzt, im Sommer 1950 wechselte der amtierende Abteilungsleiter Matveev wohl schon in die Wirtschaftsabteilung über, und es tauchte kurzzeitig ein neuer Leiter auf. Mit der Unterstellung unter die Wirtschaftsabteilung wurde die Mitarbeiterzahl nun wahrscheinlich reduziert. Gleichzeitig entstand aus dem vormaligen Büro innerhalb der Abteilung für Materialbilanzen und Handel nun eine neue Unterabteilung in der Wirtschaftsabteilung, die *Unterabteilung für Handel, Erfassung und Landwirtschaft*. Auch die SKK-Mitarbeiter im Bereich *Wissenschaft und Forschung* bildeten nun eine Unterabteilung der Wirtschaftsabteilung. Quellenmäßig belegt ist die Existenz einer *Unterabteilung für Arbeit und Lohn*. Und schließlich existierte in der Wirtschaftsabteilung weiterhin die *Unterabteilung für Konjunktur und Ökonomie Westdeutschlands*. In dieser neuen Zusammensetzung erhielt die Wirtschaftsabteilung nun einen Namen, der ihre Zuständigkeit für mehr als nur Planungsangelegenheiten deutlich machte: *Abteilung für Wirtschaftsfragen*.

An ihrer Spitze stand der bewährte *B. A. Chomjakov*, zuvor Leiter der Abteilung für Wirtschaftsplanung. Stellvertreter wurde der ebenso deutschlanderfahrene Experte in Sachen Handel, Versorgung und Erfassung *L. M. Matveev*. Als stellvertretende Abteilungsleiter fungierten – neben dem schon eingesetzten *I. D. Ignatov* – weitere fünf Experten: *N. N. Šinkov*, *B. D. Odinokov*, *A. P. Postnikov*, *A. A. Vislousov* und *P. K. Sirotin*. Personelle Kontinuität war damit auf der Leitungsebene hinreichend gegeben.

Die *Abteilung für Industrie*, die *Abteilung für Transport und Nachrichtenwesen* (vormals für Transport)¹⁶⁶ und die *Abteilung für Finanzen* wirkten weiterhin neben dieser Abteilung für Wirtschaftsfragen fort. Während mit *A. I. Kozlov* die Leitung der Industrieabteilung kontinuierlich fortgesetzt werden konnte (seine Stellvertreter waren *A. F. Beschlebyj*, *A. A. Tarasov* und *A. A. Gusev*), ergab sich an der Spitze der Finanzabteilung – höchstwahrscheinlich aus formellen Gründen, denn die Aufenthaltsdauer im Ausland war begrenzt – ein Personalwechsel. *V. K. Sitnin* wurde abgelöst von *B. A. Zverev*.

Erhalten blieb die *Reparationsverwaltung*. Auch hier trat ein Führungswechsel ein. Die Verwaltung stand nun unter Leitung von *N. I. Mel'nikov*, seine Stellvertreter waren *S. A. Gromov*¹⁶⁷, *G. S. Petrov* und *A. N. Strel'cov*.

¹⁶⁶ „Otdel transporta i svjazi“ wird in deutschen Quellen insbesondere für die Zeit ab 1950 „Abteilung für Transport und Verbindung“, „Abteilung für Transport und Nachrichtenwesen“ oder „Abteilung für Transport und Post- und Fernmeldewesen“ übersetzt. Sie hatte offensichtlich eine Reihe von Aufgaben nachträglich übernommen, die ursprünglich der Verbindungsabteilung innerhalb der Kanzlei zugeordnet waren, weil sie die militärischen Sicherheitsbedürfnisse der Besatzungsmacht tangierten. Um Verwechslungen mit dieser weiterhin für interne Verbindungen zuständigen Abteilung für Protokoll und Verbindung (Otdel protokola i svjazi) zu vermeiden, empfiehlt es sich, im Falle der vornehmlich nach außen agierenden Abteilung auf den Terminus „Verbindung“ zu verzichten. In dieser Dokumentation ist von *Abteilung für Transport und Nachrichtenwesen* die Rede.

¹⁶⁷ Möglicherweise identisch mit dem vormaligen Mitarbeiter der Berliner Kommandantur, der für Kommunalbetriebe zuständig war.

Genau Mitarbeiterzahlen für die Abteilungen sind nicht bekannt. Ebenso unklar ist, mit welchen konkreten Zuständigkeiten sich der Stellvertreter für SAG-Angelegenheiten und der Stellvertreter für Wirtschaftsfragen die Leitung der Wirtschaftsabteilungen teilten.

Es bleibt zu untersuchen, ob die Vorschläge Čujkovs hinsichtlich der Reduzierungen in der SKK-Kanzlei und zur Schaffung eines speziellen Militärberater-Apparates realisiert wurden. Die *Abteilung für Verwaltungsfragen*, die *Abteilung für Information* und der *Apparat des Politberaters* blieben aller Wahrscheinlichkeit nach unberührt von Stellenkürzungen. Einschneidende Veränderungen auf der Leitungsebene gab es zunächst nicht. *M. M. Kijatkin* stand weiterhin an der Spitze der Informationsabteilung. Als Stellvertreter kamen *Ivan A. Fadejkin*, *K. E. Andreev* und *A. P. Illarionov* zum Einsatz. Der amtierende Leiter der Abteilung für Verwaltungsfragen *Petr Semenovič Ljul'ka* blieb im Amt, ebenso sein Stellvertreter und Justizexperte *Fjodor Dmirievič Titov*, neue Stellvertreter wurden *P. I. Pastuchov* und *S. E. Vlasov*. Unter den Stellvertretern des Politberaters gab es ebenfalls Neubesetzungen. Auf seinem Posten blieb *I. I. Il'ičev*, neue Stellvertreter waren *E. T. Eliseev* und *I. S. Bakulin*; Gehilfe in Wirtschaftsfragen *I. M. Romanov* blieb im Amt, als weitere Gehilfen fungierten *P. G. Bušmanov* und *G. N. Micheev*.

In der Folgezeit wurden „Kontrolle und Beratung“ in politischen Angelegenheiten aber spezifiziert. So ergab sich Mitte 1951¹⁶⁸, dies sei als Vorgriff angemerkt, eine Neuerung: Eine *Abteilung für gesamtdeutsche Fragen* entstand, was für sich genommen ein bemerkenswertes Faktum darstellt. Es steht für ein ernsthaftes Moskauer Interesse an mehr Informationen zu nationalpolitischen Angelegenheiten in Deutschland und für ein Bemühen um koordinierte Einflußnahme auf die sogenannte „Westpolitik“ der Parteien und Massenorganisationen in der DDR. In den zeitlichen Kontext gehört die von Grotewohl vorgebrachte Offerte, ein gesamtdeutsches konsultatives Gremium zur Vorbereitung von Wahlen in Deutschland und eines Friedensvertrages zu schaffen. Vermutlich wurde die neue Abteilung aus der Informationsabteilung herausgelöst – ohne Aufstockungen im Stellenplan. Ob es für derlei Strukturveränderungen eines sowjetischen Regierungsbeschlusses bedurfte, muß dahingestellt bleiben. Die Abteilung für gesamtdeutsche (manchmal auch „innerdeutsche“ übersetzt) Fragen bestand möglicherweise auch nie offiziell als selbständige Struktur. Zumindest erscheint sie im Protokoll-Verzeichnis vom Juni 1952 (Dokument 12) nicht unter ihrem Namen, sondern einfach nur als „Abteilung“. Einleuchtende politische Erklärungen finden sich dafür kaum, denn warum sollte die SKK gerade ihr gesamtdeutsches Interesse verschweigen? Viel plausibler erscheint, daß für strukturelle Veränderungen von formell geringerer Bedeutung kein großer verwaltungsrechtlicher Aufwand betrieben zu werden brauchte, weshalb man zu dem Trick einer „(Unter)abteilung“ griff. Auch ein geheimdienstlicher Hintergrund kommt als Erklärung in Frage. In den Quellen erscheint *I. S. Bakulin* 1951 als Leiter der (Unter)Abteilung; zu Jahresbeginn war er als Stellvertreter Semenovs in die offizielle Protokolliste aufgenommen worden. Aus dem Kollegenkreis der Informationsabteilung ging der führende Mitarbeiter *Ivan A. Fadejkin* in die neue Abteilung. Er war Offizier der Aufklärung und sollte 1953 zum amtierenden MVD-Residenten in Berlin avancieren. In Folge der Umstrukturierung wechselte *Petr Semenovič Ljul'ka* als stellvertretender Abteilungsleiter in die Informationsabteilung. Die Leitung der Abteilung für Verwaltungsfragen übernahm, nachdem *Pastuchov* vorübergehend amtiert hatte, der vormalige Stellvertreter des SKK-Vertreters in

¹⁶⁸ Eine genauere Datierung ist bislang nicht möglich.

Berlin *M. V. Stroganov*.¹⁶⁹ – Inwieweit bei der Neuschöpfung auf Mitarbeiter der früheren Unterabteilung für Konjunktur und Ökonomie Westdeutschlands zurückgegriffen wurde, ist – wie der gesamte Aufgabenbereich der Abteilung – klärungsbedürftig.

Nach einem recht langwierigen – und offensichtlich noch nicht einmal abgeschlossenen – Klärungsprozeß ging im Februar 1951 das erste offizielle Protokoll-Verzeichnis der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland an die Regierungsstellen der DDR (Dokument 11). Struktur und Größe der SKK hatten sich im Vergleich zum November 1949 erheblich geändert. In den Leitungen der Abteilungen war der Prozeß der personellen Ablösung bei ausreichend gesicherter Kontinuität in den Arbeitsabläufen und im Erfahrungstransfer fortgesetzt worden. Das trifft auch auf die SKK-Vertretungen in den Ländern der DDR zu. Unter den Chefs der SKK-Landesvertretungen gab es im Februar 1951 zwei Neubesetzungen: *P. A. Usov* wechselte von Mecklenburg in das Land *Sachsen-Anhalt* über, in *Mecklenburg* trat *A. I. Zolotuchin* an die Spitze der sowjetischen Vertretung (siehe Anlage 2). Die Vertretung in Berlin leitete weiterhin *Sergej Alekseevič Den'gin*, die in Sachsen – *Sergej Ivanovič Urazov*, die in Thüringen – *Stepan Zacharovič Pan'sin*, die in Brandenburg – *Grigorij Nikitovič Malkin*.

7. Zur SKK-Praxis: Arbeitsabläufe und Instanzenzug

Von den internen Arbeitsabläufen in der SKK haben wir nur vage Vorstellungen. Der Forschung liegen bislang keine Vorschriften oder Dienstordnungen vor, wir wissen lediglich von ihrer Existenz bzw. von Debatten um Veränderungen. Dennoch lassen sich aus dem überkommenen Schriftverkehr einige Schlüsse ziehen auf den Alltag in den Abteilungen, auf gängige Arbeitsschritte und interne Kommunikationsstränge.

Die eigentliche Kontrollarbeit wurde in den Abteilungen der SKK geleistet. Hier sammelte man Informationen, wertete aus, machte sich erste Gedanken über die Beseitigung von unliebsamen Erscheinungen, über Vorschläge oder verbindliche Hinweise an staatliche Einrichtungen der DDR. Jede Abteilung der SKK hatte einen eigenen Trupp technischer Mitarbeiter: Sekretärinnen, Schreibkräfte, Übersetzer, gegebenenfalls Statistiker, Fahrer usw.; mindestens ein Mitarbeiter war für die Sekretierung der Unterlagen zuständig. Innerhalb der Abteilungen, wie generell auf allen Ebenen der SKK, wurden interne Dienstweisungen (zum Beispiel die Entlassung auf „Heimurlaub“) in Form von Befehlen erteilt. Der Abteilungsleiter gab fachspezifisch die Orientierung für die Arbeit seiner Abteilung. Hatte er auf die Besetzung seiner Stellen, einschließlich der leitenden Mitarbeiter (Referenten), auch so gut wie keinen Einfluß – diese Entscheidungen fielen in Moskau –, so bestimmte er doch weitgehend den Inhalt der Arbeit.

Der Abteilungsleiter und sein Stellvertreter hielten in der Regel direkten Kontakt zu den Leitern der entsprechenden deutschen Einrichtungen: Ministerien, Staatssekretariaten, Organisationen, auch zu politischen Parteien, soweit dies ihr Fachinteresse nötig machte. Solche Kontakte bedurften der Genehmigung durch eine höhere Instanz innerhalb der SKK, doch nicht alle der bislang eingesehenen Gesprächsaufzeichnungen vermerken eine solche Genehmigung. Eine die Treffen vermittelnde deutsche Zentralinstanz gab es nicht.

¹⁶⁹ Stroganov wird in den Quellen erstmals im März/April 1951 als Abteilungsleiter erwähnt.

Die obligatorischen Gesprächsnotizen der SKK-Vertreter, für die das sowjetische Außenministerium die dort übliche Eingangsklausel „iz dnevnika...“ (aus dem Tagebuch ...) generell einführen wollte (was ihm aber nicht gelang), waren neben der Berichterstattung der Abteilung an den zuständigen Stellvertreter die wichtigste Informationsquelle für dessen Kontrolle über die Arbeit der Abteilungen. Von allen Gesprächsnotizen und Berichten ging ein Exemplar auch an den Politischen Berater, der damit über ein eigenes Archiv verfügte. Vladimir Semenovič Semenov beschäftigte faktisch einen zweiten Kontrollstab zur Auswertung der SKK-Arbeit.

Die Arbeitsergebnisse der Abteilungen wurden auf der Führungsebene ausgewertet. Die Koordinierung oblag den Stellvertretern. Sie lenkten die Arbeit der ihnen unterstehenden Abteilungen, brachten Vorschläge zur Behandlung einzelner Fragen in der Führungsspitze vor und prüften die Realisierung der im obersten Gremium beschlossenen und in die Abteilungen delegierten Dienstaufträge. Es gab reguläre Zusammenkünfte von Abteilungsleitern einer „Sparte“, etwa der Chefs aller Wirtschaftsabteilungen, unter Leitung des entsprechenden Stellvertreters des SKK-Vorsitzenden. Für die kollektive Verständigung wurde die Institution der Beratung beim SKK-Vorsitzenden eingerichtet. Der Vorsitzende der SKK, seine Stellvertreter und der Politberater hielten den Kontakt zu den obersten staatlichen Instanzen der DDR. Große Bedeutung kam den regelmäßigen Treffen der SKK-Spitze mit der SED-Führung zu. Sie dienten der Koordinierung der Entscheidungsprozesse und der gegenseitigen Information. Zentrale politische Entscheidungen fielen in Moskau.

Die wichtigsten Elemente der SKK-Arbeit seien im folgenden knapp skizziert.

a) Auswertung von Berichten, Inspektionen.

Das Gros der Arbeit in den Abteilungen machte zweifellos die Auswertung von Informationen aus. Selbst wenn die deutsche Berichterstattung niemals die Intensität erreichte, wie sie extrem im Statutenentwurf aus Mecklenburg vorgesehen war, der Normalfall der Information war die schriftliche, behördliche Meldung aus DDR-Institutionen.

Anfang 1950 wurden „*Grundbestimmungen für die Berichterstattung der deutschen Staatlichen Organe gegenüber der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland*“ ausgegeben (Dokument 8). Mit den Grundbestimmungen wies die SKK deutlich auf ihr Interesse hin, „die Methodologie der statistischen Berichterstattung“ beeinflussen zu wollen. Erste Grundregeln gab sie für die Industrieberberichterstattung gleich mit (Dokument 9). Sie dürften sich im Laufe der Jahre geändert haben.

Möglicherweise waren die Vorgaben als eine Art Übergangslösung bis zur Verabschiedung des SKK-Statuts gedacht, Korrekturen daran oder aber spätere Richtlinien dieser Art sind allerdings nicht bekannt. Nach diesen Grundbestimmungen sollten Berichte in deutscher und russischer Sprache¹⁷⁰ je in zweifacher Ausfertigung eingereicht werden. Von laufender periodischer Berichterstattung und jährlichen Zusammenfassungen durch die Ministerien ist die Rede, ebenso von speziellen statistischen Analysen, die die SKK direkt oder über eine zentrale statistische Behörde der DDR in Auftrag geben konnte: Im Februar 1950 entstand im Ergebnis einer Reorganisation des statistischen Dienstes das

¹⁷⁰ Wie und wo die geforderte Beglaubigung der Übersetzung eingeholt werden sollte, entzieht sich unserer Kenntnis. Vermutlich konnten dafür Büros bei der SKK genutzt werden. Die Übersetzung selbst lastete jedoch auf der deutschen Seite.

Statistische Zentralamt beim Ministerium für Planung. Daß diese Grundbestimmungen im Original an das Planungsministerium der DDR gingen, bestätigt dessen Funktion als eine Art volkswirtschaftliches „Überministerium“, die mit seiner Profilierung zur Staatlichen Plankommission (SPK) Ende 1950 nur noch unterstrichen wurde. Die SKK räumte gerade dieser Planungsbehörde eine herausragende Rolle bei der Vermittlung sowjetischer Vorgaben ein. 1952 wurde deren Bedeutung weiter angehoben. Analog dazu befaßte sich auch die SKK-Abteilung für Wirtschaftsplanung (ab 1951: für Wirtschaftsfragen) mit allgemeinen volkswirtschaftlichen Belangen.

Dem seit 1952 als Mitarbeiter der Staatlichen Plankommission (SPK) eingesetzten Fritz Schenk zufolge übergab die SPK dieser SKK-Abteilung „die Übersetzungen aller Pläne, Berichte, Statistiken und sonstigen Dokumente, einschließlich der Entwürfe von Reden und Presseverlautbarungen“¹⁷¹, was sich allerdings durch bisherige Archivstudien nicht bestätigen läßt. Zur restlosen Zufriedenheit der SKK erfolgte die Weitergabe jedenfalls nicht. Als SPK-Chef Heinrich Rau im März 1951 anwies, die Beschlüsse der SPK in russischer Übersetzung an die SKK-Wirtschaftsabteilung zu schicken (womit er offenbar auf die Umstrukturierung in der SKK reagierte), erschienen sie dieser zu knapp gehalten; man forderte überdies künftig vier Exemplare in russisch, eines in deutsch an.¹⁷² – Laut Schenk waren Schreiben an die SKK mit einer Unterschrift in kyrillischen Lettern zu versehen; worauf insbesondere Bruno Leuschner, ab 1952 Vorsitzender der SPK, peinlich genau geachtet haben soll.¹⁷³ Eine Generalisierung dieser Formalität kann jedoch ausgeschlossen werden.

Die in Moskau bislang zugänglichen SKK-Unterlagen lassen keine verallgemeinerungsfähigen Schlüsse auf den Umgang der Kommission mit deutschen Statistiken und Berichten zu. Eine Sammlung deutscher Unterlagen, die auf Regelmäßigkeit der Erstellung und auf ein bestimmtes Auswertungsverfahren oder ähnliches schließen ließe, fand sich bislang noch nicht. In einigen Wirtschaftsabteilungen gingen einzelne deutsche Berichte ganz oder teilweise in die Arbeitsunterlagen ein, doch besagt das hinsichtlich der generellen Arbeitsweise nicht viel. Reguläre Berichterstattung und eine ebensolche Auswertung durch die SKK finden sich in diesen Akten nur ausnahmsweise und in Form zeitlich begrenzter Erhebungen: so vor allem im Agrarbereich, speziell zum Verlauf von Feldbestellung und Ernte. Auch zur Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sammelte man Ende 1952/1953 zielgerichtet vergleichbare Monatsdaten. Indes vermißt man Spuren einer laufenden Berichterstattung und einer kontinuierlichen Beobachtung oder Prüfung in solch datenüberlasteten Bereichen wie Versorgung oder Transportwesen. Es hat vielmehr den Anschein, als hätten die meisten Abteilungen (die Finanzabteilung und die Verwaltung für Reparationen hier vorsorglich ausgenommen) vor allem mit verallgemeinernden Berichten und Analysen von deutscher Seite (möglicherweise vom Statistischen Zentralamt) gearbeitet. Hin und wieder gaben sie Spezialberichte in Auftrag, gelegentlich legten sie Datensammlungen mehr oder weniger eigenständig an.

Die Reparationsverwaltung der SKK, die ausschließlich mit dem Amt für Reparationen bei der Regierung der DDR kooperierte, stellte in Sachen Berichterwertung in gewissem Sinne eine Ausnahme dar. Bekanntlich fungierte die deutsche Institution, die ihrerseits unmittelbaren Kontakt zum Planungsministerium bzw. zur Staatlichen Plankommis-

¹⁷¹ Schenk, Magie, S. 44. Siehe auch Schenk, Vorzimmer, S. 138f.

¹⁷² Aktennotizen vom 27.3. und 11.10.1951, BAP, DE-1, 11006, Bl. 1f.

¹⁷³ Schenk, Vorzimmer, S. 139.

sion hatte, als „Hilfsorgan“ der sowjetischen Reparationsverwaltung. Dienstliche Belange unterlagen sehr strengen Sicherheitsbestimmungen. Die archivierten Unterlagen des Amtes für Reparationen der DDR und der Ämter bei den Landesregierungen sind zwar bislang noch keiner behördengeschichtlichen Analyse unterzogen worden, doch ließen sie schon bei ersten Auswertungen auf außergewöhnlich enge Verzahnung in der Arbeit beider Reparationsverwaltungen, der sowjetischen und der deutschen, schließen.¹⁷⁴ Faktisch war in diesem Falle für eine SKK-Struktureinheit eine deutsche Zwischenbehörde geschaffen worden, deren einzige Aufgabe in der Vermittlung der von der sowjetischen Behörde vorgegebenen Interessen, einschließlich der genauen Buchführung, bestand. Für die anderen Abteilungen der SKK galt dies so nicht.

Zur Beantwortung von Fragen aus der SKK-Leitungsebene entschieden sich die Abteilungsleiter oder Chefs der Landesvertretungen häufig für Informationsbeschaffung in eigener Verantwortung. Diesbezügliche Intentionen aus der SKK-Konzipierungsphase fanden praktische Realisierung. Inspektionsreisen mit speziellem Kontrollauftrag wurden nach Absprache mit einem der Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden von den Abteilungsleitern angesetzt. Die Landesvertreter konnten vom Vorsitzenden der SKK auch direkt beauftragt werden, zur Klärung eines bestimmten Sachverhaltes Einrichtungen ihres Landes zu inspizieren. Nicht selten gingen solche Aufträge an alle Vertretungen gleichzeitig, um vergleichbare Daten und einen Gesamteindruck zu erhalten. Auch Politberater Semenov beteiligte sich an solchen Überlandfahrten. Über Dienstreisen und Inspektionen erfolgte eine ausführliche Meldung, in der Regel mit Vorschlägen zur Behebung vorgefundener Mißstände. Zusammengefaßt in Sammelberichten oder einzeln – je nach der Art des Auftrages – erreichten diese Berichte die SKK-Führung.

b) Arbeitstreffen mit deutschen Vertretern

Der Kontakt der SKK mit DDR-Institutionen sollte durch das SKK-Statut geregelt werden. Da seine Verabschiedung 1950 aber auf sich warten ließ, mußten interne Richtlinien zumindest für eine Übergangslösung sorgen. Am 11. Februar 1950 erließ SKK-Chef Čujkov mit Befehl Nr. 26 eine „*Ordnung der Gespräche und des Schriftverkehrs verantwortlicher Mitarbeiter der SKK in Deutschland mit Vertretern ausländischer Einrichtungen, Behörden und Organisationen*“¹⁷⁵ – worunter bemerkenswerterweise DDR-Einrichtungen und DDR-Vertreter genauso fielen wie ausländische Vertretungen und Missionen, aber auch Einrichtungen der Westmächte – mit dazugehörigen Instruktionen. Darin war das Recht zu unmittelbaren Kontakten für den SKK-Vorsitzenden selbst, seine Stellvertreter und den Politberater festgeschrieben. Die Stellvertreter und der Politberater durften solche Kontakte auch nur mit Genehmigung Čujkows und nach Absprache über die zu behandelnden Fragen herstellen. Alle Stellvertreter bis auf den Ersten mußten ihre Begegnungen dem Politberater zur Kenntnis geben. Einer der Stellvertreter oder der Politische Berater mußte seine Zustimmung zu Begegnungen geben, die die Mitarbeiter aus den Abteilungen mit deutschen oder ausländischen Stellen arrangieren wollten. Alle Treffen galt es zu protokollieren. Schriftlicher Kontakt nach außen war nur auf Veranlas-

¹⁷⁴ Karlsch, Allein bezahlt, S. 15f.

¹⁷⁵ Das Dokument selbst war nicht zugänglich. Der Hinweis stammt aus einem Bericht „Zur Frage der gegenseitigen Beziehungen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland mit Regierungsorganen der DDR“ vom 26.5.1950 vom Stellvertreter des Politberaters Il'ičev an den Leiter der III. Europa-Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Gribanov, AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 77–86 (den Quellenhinweis verdanke ich Dr. Jan Foitzik).

sung oder mit Einverständnis des Politberaters möglich, der die Zustimmung des SKK-Vorsitzenden einholen mußte.

Zur Handhabung dieser Vorschriften lassen sich einige Aussagen machen. Unter Rückgriff auf Beobachtungen, die der Stellvertreter des Politberaters, Ivan Ivanovič Il'ičev, im Mai 1950 im Rahmen einer Auswertung der SKK-Arbeit machte¹⁷⁶, kann von einem Rückgang der Zahl der Treffen und des Schriftverkehrs gesprochen werden. Immerhin wurden vom 17. Januar bis 10. April 1950 von SKK-Mitarbeitern in Berlin – aus den Ländern lagen keine Aufzeichnungen von Gesprächen vor – aber noch über 450 Aufzeichnungen zu Treffen verfaßt, ein Fünftel der Treffen dauerte länger als zwei Stunden. 13 Gespräche fanden mit Ministern und 25 mit Staatssekretären (die meisten mit dem Staatssekretär im Planungsministerium Leuschner) statt. Il'ičevs Schlußfolgerung lautete: „Die Angaben über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der SKK und den deutschen Organen zeugen von der Notwendigkeit einer Verringerung der Zahl der Treffen und der Beendigung der Einmischung der SKK-Organen in die Tätigkeit der deutschen Organe bezüglich kleinerer Fragen, die die deutschen Organe selbständig erledigen können, ohne dabei die sowjetischen Interessen in Deutschland zu berühren“.¹⁷⁷

Das Statut der SKK (Dokument 1) regelte schließlich die Formen externer Kontakte im großen und ganzen im Sinne dieses Befehls Nr. 26. Es legte fest, wer mit wem in Kontakt treten durfte. Treffen auf Minister-Ebene waren nur noch Mitarbeitern vom Abteilungsleiter an aufwärts gestattet. Die im Bericht Il'ičevs unter Berufung auf den Befehl Nr. 26 herausgehobene Stellung des Politberaters (gleich der der Stellvertreter) bei der Genehmigung von Treffen findet sich im Text des Statuts nicht wieder. Daß er den Treffen von Mitarbeitern seiner Abteilungen (seines Apparats und der Abteilung für Information) mit Deutschen in der Regel vorab zustimmte und darüber hinaus grundsätzlich über alle Treffen informiert wurde, belegen viele der archivierten Unterlagen Semenovs.

Meist traf man sich nach dem im Statut festgelegten Modus. Die Begegnungen fanden häufig in den Räumen der SKK in Berlin-Karlshorst statt, wobei die Initiative oft auch von deutscher Seite ausging. Einige Tage nach dem Treffen ging eine Notiz über dieses Treffen an den zuständigen Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden sowie an Politberater Semenov. In diesen Aufzeichnungen gab der Berichterstatter alle wichtigen Informationen weiter und teilte gegebenenfalls auch mit, was er empfohlen hatte. Arbeitstreffen waren solche Begegnungen insofern, als sie nicht ausschließlich dem Informationsfluß, der deutschen Rechenschaftslegung und der Vermittlung sowjetischer Anweisungen dienten. Sie nahmen häufig den Charakter einer Dienstbesprechung an, auf der es um die bestmögliche Lösung eines Sachproblems ging und die deutsche und die sowjetische Seite sich nicht unbedingt als Parteien gegenüberstanden. Fritz Schenk hielt die Art dieser Treffen, die er als Mitarbeiter der Staatlichen Plankommission der DDR in Karlshorst miterlebte, in seinen Erinnerungen aus der Sicht des Deutschen fest.¹⁷⁸ Daß „die Kompetenzen der Russen [...] nirgends klar festgelegt“ waren, beschreibt Schenk als einen Umstand, der dem Machtausbau bestimmter SED-Funktionäre zugutegekommen sei.¹⁷⁹

Vermutlich ist es in der Geschichte der SKK nicht nur ausnahmsweise zu Verstößen gegen das im SKK-Statut festgelegte Kontaktverfahren gekommen. Das betraf nicht so

¹⁷⁶ Ebenda.

¹⁷⁷ Ebenda, list 86.

¹⁷⁸ Schenk, Vorzimmer, S. 90–95, 149–152.

¹⁷⁹ Ebenda, S. 135.

sehr die Ebenen, als vielmehr die Befugnisse, die insbesondere bei Treffen auf unterer Ebene formal eingeschränkt waren. Das Statut hielt fest, daß „Empfehlungen an Ministerien, Behörden und Organisationen der DDR nur mit Erlaubnis der Führung der SKK gegeben werden können“. Für generelle „Empfehlungen“ und grundsätzliche Orientierungen mag das praktikabel gewesen sein, auch wenn, wie erwähnt, nicht eindeutig fixiert war, welche Art von Entscheidung in Moskau einem Plazet durch die SKK vorauszugehen hatte. So berief sich Čujkov auf einen sowjetischen Regierungsbeschluß, als er in einem Gespräch mit Ulbricht und Grotewohl am 17. Mai 1950 ankündigte, die UdSSR wolle die Kontrolle und Verwaltung ausländischen Eigentums in der DDR nun deren Behörden überantworten, wobei die Eigentümer künftig noch genau festzustellen seien.¹⁸⁰ Demgegenüber gab er in einem Brief an Ministerpräsident Grotewohl den Beschluß, die bislang von der SMAD genutzten Pensionen, Villen und Sanatorien in Heringsdorf an die Regierung der DDR zu übergeben (die sie wiederum dem FDGB überantwortete), als Beschluß der Sowjetischen Kontrollkommission aus.¹⁸¹ Gänzlich unklar war dagegen, wie es mit den zahlreichen kleineren „Empfehlungen“ stand, die auch der Referent einer SKK-Abteilung (gegebenenfalls mündlich) weitergeben konnte. Vor allem im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Fünfjahrplanes konsultierten 1950 Mitarbeiter des DDR-Planungsministeriums die „Freunde“ beständig wegen Teilfragen zum Aufbau eines solchen Plandokuments. Unmöglich, daß die Antworten im einzelnen vorab genehmigt waren.

Gesprächsaufzeichnungen von Treffen auf Abteilungsebene verfaßten der Abteilungsleiter oder der von ihm zum Treffen delegierte Mitarbeiter. Sie gingen in die Arbeitsmaterialien der Struktureinheit und in die thematisch geordneten Akten des SKK-Sekretariats ein. Auch der Apparat des Politberaters erhielt ein Exemplar.

Spätestens von Jahresbeginn 1951 an führte die Abteilung Protokoll und Verbindung der Kanzlei ausführlich Buch über die Begegnungen. Es entstand eine Art Diensttagebuch mit sogenannten „Memoranden“ – nicht zu verwechseln mit gleichnamigen Vorgaben für DDR-Institutionen –, angelegt in zweifacher Ausführung: für den Ersten Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden (bzw. das Sekretariat) und den Politberater. Dabei handelt es sich um Kurzmeldungen zu stattgefundenen Treffen, geordnet nach den jeweiligen SKK-Abteilungen und Landesvertretungen.¹⁸² Danach fanden beispielsweise im Jahr 1952 rund 270 Begegnungen dieser Art statt. Aller Wahrscheinlichkeit nach waren es mehr; Nachlässigkeiten bei der schriftlichen Fixierung von Begegnungen mit deutschen Vertretern gehörten zu den permanent von der SKK-Führung kritisierten Schwächen der eigenen Verwaltungsarbeit. Andererseits scheinen Schätzungen zu hoch zu greifen, die sich auf Zeugnisse wie die von Fritz Schenk stützen, wonach beispielsweise die Planungschefs Rau und Leuschner „wöchentlich zweimal“ zu Besprechungen nach Karlshorst gefahren seien.¹⁸³ Dies mag für intensive Planungsphasen oder für Zeiten abrupter Plankorrekturen zutreffen, nicht aber generell.

¹⁸⁰ Gespräch zwischen Čujkov, Semenov, Grotewohl und Ulbricht am 17. Mai 1950, RZCHIDNI, fond 17, opis' 137, delo 309, listy 102–118, hier list 112. Von einem Regierungsbeschluß war dann in der sowjetischen Pressemeldung nicht die Rede (Izvestija vom 23.6.1950).

¹⁸¹ Schreiben Čujkovs vom 26.4.1950, SAPMO BArch, NY 4182/1194, Bl. 103.

¹⁸² Eingesehen wurden die Memoranden für die Jahre 1951 und 1952 (AVP RF, fond 458, opis' 81, dela 1, 2; opis' 82, dela 6, 7). Sie stellen in ihrer Summe eine wichtige Quelle dar, ermöglichen sie doch über Einzelfälle hinaus die Analyse der SKK-Arbeit unter dem Gesichtspunkt der Intensität und der Gewichtung sowjetischer Einflußnahme auf DDR-Entwicklungen.

¹⁸³ Schenk, Magie, S. 44. An anderer Stelle gibt Schenk die Bemerkung eines SPK-Mitarbeiters wieder, derzufolge Leuschner „am Mittwoch nachmittag [...] meistens nach Karlshorst“ fährt (Schenk, Vorzimmer, S. 119).

Auf deutscher Seite wurden die Treffen nicht protokolliert. Semenovs Erinnerungen zufolge hatte Ulbricht zunächst versucht, die SED-Mitglieder unter den deutschen Gesprächspartnern zu Notizen zu verpflichten: Über alle Gespräche mit sowjetischen Vertretern sollte an das ZK der SED genau berichtet werden. Die SKK verhinderte das, da laut Semenov „unter diesen Umständen [...] kaum noch Informationen aus den Ländern und Provinzen“ in die SKK gelangten.¹⁸⁴ Es ist gut denkbar, daß der Informationsfluß durch eine derartige Vorschrift tatsächlich beeinträchtigt worden wäre. Ebenso denkbar ist jedoch, daß der SKK an schriftlichen Nachweisen über Äußerungen oder Entscheidungen ihrer Vertreter nicht gelegen war. Dennoch hielten Staatsbedienstete und SED-Funktionäre nicht selten die Ergebnisse von Unterredungen mit SKK-Mitarbeitern fest, galt es doch, die empfohlenen Schritte korrekt einzuleiten.

Im Frühjahr 1952 sollte eine neue „Instruktion über die Ordnung äußerer Kontakte der SKK mit Organen der DDR, der westlichen Besatzungsmächte und ausländischen Vertretungen in Deutschland“ erarbeitet werden.¹⁸⁵ Aus den spärlichen Quellen geht hervor, daß strengere Regelungen für die Kontakte zu deutschen Stellen vorgesehen waren. Die Modifizierung der alten Regelung lief angeblich auf mehr Freiheiten der einfachen Mitarbeiter bei Kontakten in laufender Arbeit hinaus. Gleichzeitig sollten aber Treffen zu „wichtigen und prinzipiellen Fragen“ einschließlich der Vergabe von Empfehlungen nur im Auftrag und mit Genehmigung des SKK-Vorsitzenden, des Politberaters und des Ersten Stellvertreters stattfinden. Treffen auf der Ministerebene, die mit Genehmigung eines der Stellvertreter des SKK-Chefs bislang auch für SKK-Abteilungsleiter möglich waren, sollten nunmehr nicht mehr statthaft sein.

Der Ausgangspunkt einer solchen Initiative für die Entmachtung der mittleren Ebene ist nicht klar zu bestimmen. Einige SKK-Abteilungsleiter fanden sie weniger gut. Namentlich der Wirtschaftsfachmann L. M. Matveev hielt die bisherige Regelung für besser. Mit verändertem Titel und nach redaktioneller Bearbeitung wurde ein Entwurf für die Instruktion Ende August 1952 vom Moskauer Außenministerium erneut nach Karlshorst geschickt. Im November 1952 war sie noch immer Gegenstand von Erörterungen in der SKK-Spitze.¹⁸⁶ Ihre Annahme ist nicht verbrieft. Damit bleibt auch die Rolle dieser innerbetrieblichen Veränderung im dunkeln. Die Debatte um sie kann aber als Element der zunehmenden Konfusion in der Kontrollbehörde Ende 1952 hin betrachtet werden (siehe dazu Abschnitt 8).

c) Interne Beratungen beim Vorsitzenden der SKK

Einmal wöchentlich lud SKK-Chef Čujkov die Stellvertreter sowie Politberater Semenov und die Abteilungsleiter zu einer Dienstbesprechung zu sich. Zumindest für die ersten Monate der Arbeit der Kommission ist die Institution dieser ständigen internen Beratung beim Vorsitzenden (soveščanje pri predsedatele) belegt.¹⁸⁷ Der Kreis wurde gegebenen-

¹⁸⁴ Semjonow, Von Stalin, S. 273.

¹⁸⁵ Auch in diesem Fall liegt kein abschließendes Dokument, sondern lediglich ein Entwurf vom März mit einigen Stellungnahmen dazu vor (AVP RF, fond 458, opis' 82, papka 279, delo 4, listy 199–215; den Quellenhinweis verdanke ich Dr. Jan Foitzik).

¹⁸⁶ Instruktion über die Ordnung von Gesprächen und Schriftverkehr der Organe der SKK in Deutschland mit ausländischen Einrichtungen, Behörden und Vertretungen, AVP RF, fond 458, papka 280, delo 4, listy 294–303, 503.

¹⁸⁷ AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 207, delo 44. Dokumente aus dieser Akte lagen als Kopien vor, die mir Dr. Jan Foitzik zur Verfügung stellte. Sie enthalten die Protokolle der Dienstbesprechungen von Januar bis

falls um Spezialisten aus den Abteilungen erweitert. Die Sitzungen hatten thematische Schwerpunkte, Grundlage bildeten ein oder zwei Sachreferate aus einer bzw. verschiedenen Abteilungen oder aber – zwecks Vergleichs regionaler Entwicklung – mehrere Beiträge aus den Landesvertretungen. Nach einer Diskussion faßte Čujkov die Ergebnisse des Meinungsaustauschs in Form eines „Beschlusses des SKK-Vorsitzenden“ zusammen.

Die als Beschlüsse Čujkovs im obligatorischen Protokoll festgehaltenen Entscheidungen stellten in der Regel eine Delegation von Aufgaben und Verantwortlichkeiten in der jeweils besprochenen Angelegenheit dar. Čujkov gab bestimmten Stellvertretern oder Abteilungsleitern Aufträge zur weiteren Behandlung und zur Lösung des Problems oder forderte weitergehende Prüfungen. Hin und wieder, je nach besprochener Problematik, erfolgte auch nur eine allgemeine Orientierung. Häufig wurden im Ergebnis der Diskussion Kommissionen zusammengestellt, die Vorschläge zu erarbeiten hatten. Aufgabe einer solchen Kommission konnte auch die Erstellung eines Entwurfs für Empfehlungen an die DDR-Seite sein (siehe Abschnitt d).

Indirekten Hinweisen zufolge bestand die Sitzung beim Vorsitzenden als beständige Einrichtung fort. Im Februar 1951 soll eine spezielle Instruktion erlassen worden sein, die ihren Zweck fixierte. Am 28. Juni 1952 bestätigte Čujkov eine neue Ordnung zur Vorbereitung und Ausgestaltung der Beratung.¹⁸⁸ Demnach sollten in Anlehnung an Kollegiumssitzungen in den Ministerien der UdSSR fünf Tage vorab die verbindliche Tagesordnung und drei Tage vorab die Referatstexte ausgelegt werden. Die thematischen Schwerpunkte werden gewiß längerfristig verabredet gewesen sein. Vermutlich waren in den Jahren zuvor die Fristen zur Vorbereitung der „soveščanije“ ähnlich knapp. Dieses Verfahren erlaubte zwar aktuell bedingte Änderungen der Tagesordnung, minderte für die Beteiligten jedoch die Möglichkeiten, sich gründlich mit den Vorlagen vertraut zu machen. Die Beratungen waren daher eher operatives Mittel der Koordinierung denn Ort intensiver, analytischer Arbeit und Verständigung. Diese blieb in Verantwortung der Stellvertreter und der einzelnen Abteilungsleiter.

Aller Wahrscheinlichkeit nach ging man im Laufe der weiteren Arbeit immer mehr dazu über, die wöchentlichen Beratungen durch spezielle Dienstbesprechungen zu Wirtschaftsfragen und zu politischen Fragen zu ergänzen. Unter Leitung des Stellvertreters für Wirtschaftsfragen fand regelmäßig eine Wirtschaftsberatung (ekonomičeskoe soveščanie) statt. Aller Wahrscheinlichkeit nach koordinierten die Stellvertreter für Zivilverwaltung und – später – für Staatsaufbau in ähnlicher Weise die Arbeit der ihnen Unterstellten.

Im September 1952 wurde die Institution der Politischen Beratung (političeskoe soveščanie) geschaffen.¹⁸⁹ Vergleichbares gab es zuvor eventuell als Dienstbesprechung des Apparates des Politberaters, an der zweifellos auch schon Mitarbeiter der Semenov unterstellten Abteilung für Information und der Abteilung für gesamtdeutsche Fragen teilgenommen hatten. Nunmehr kam es unter der Regie Semenovs zu regelmäßigen Treffen aller Abteilungsleiter. Diese Neuschöpfung war 1952 Ausdruck stärkeren Koordinierungsbedarfs in politischen Fragen. Gerade die Institution der Politischen Beratung bei Semenov diente der Vermittlung eines „forcierten“ Sozialisierungskurses von Herbst 1952 an.

März 1950. Weiteres Material in: ebenda, papka 206, delo 41 sowie vermutlich im archivalischen „Umfeld“ der genannten Akten.

¹⁸⁸ AVP RF, fond 458, opis' 82, papka 279, delo 4, listy 291f.

¹⁸⁹ AVP RF, fond 082, opis' 40, papka 256, delo 18.

d) Schriftliche Empfehlungen an die DDR – Memoranden

In den Abteilungen der SKK entstanden anfangs, nicht selten nach entsprechendem Auftrag der Leitung, mehrseitige „rekomendacii“ (Empfehlungen) oder „zamečanija“ (Bemerkungen) zu einzelnen Problemen. Sie gingen gelegentlich direkt an die entsprechende deutsche staatliche Behörde. Nach jetzigem Kenntnisstand kam man jedoch von dieser Praxis der umfangreichen schriftlichen Empfehlung auf mittlerer Ebene später immer mehr ab und beschränkte sich auf mündliche Konsultationen einerseits, schriftliche Kurzempfehlungen an die oberste staatliche Instanz andererseits.

Grundlage für diese schriftliche Orientierung, gelegentlich „memorandum“ oder „pamjatnaja zapiska“ [Merkblatt] betitelt, war in der Regel eine schriftliche Vorarbeit. Nicht selten formulierte ein intern berichtender Abteilungsleiter auf einer halben bis anderthalb Seiten sogenannte „vyvody“ [Schlußfolgerungen], insbesondere dann, wenn er sich während eines Gespräches mit der deutschen Seite nicht zu einer eigenverantwortlichen Empfehlung oder Stellungnahme hatte durchringen können. „Vyvody“ beendeten in der Regel auch einen Sachbericht. Spätestens mit der neuen Dienstordnung von 1952 sollten sie obligatorisch werden. Der Abteilungsleiter, sein Stellvertreter oder ein Referent hielten in den „vyvody“ die aus der Sicht der Struktureinheit möglichen Lösungen, notwendigen Eingriffe, angebrachten Stellungnahmen gegenüber der deutschen Seite fest. Häufig wurden die Schlußfolgerungen so angelegt, daß sie als eigenständiger Text übersetzt und gegebenenfalls – je nach Auffassung der SKK-Führung – gleich an die deutschen Behörden weitergereicht werden konnten. Es finden sich Berichte, die in ihrer Schlußpassage regelrecht einen Abschnitt mit Vorschlägen für die deutsche Seite einschlossen. Nicht wenige solcher „vyvody“ wurden nach entsprechender Genehmigung zu offiziellen Memoranden für die deutsche Seite.

Im Statut der SKK findet sich kein Hinweis darauf, daß die Kontrollbehörde mit Memoranden arbeiten solle.¹⁹⁰ Welchen Charakter die im Statut erwähnten Empfehlungen der SKK haben würden bzw. unter Umständen würden annehmen können und wie die Deutschen mit ihnen umzugehen hätten, ist ebenfalls nicht ausgeführt. Ihrer Diktion nach handelte es sich bei den Memoranden tatsächlich um so etwas wie Empfehlungen. Man riet, gab zu bedenken, empfahl, schlug vor. Höchste Dringlichkeit signalisierten Formulierungen wie: „es ist zweckmäßig“ oder „aus unserer Sicht ist es notwendig“. Selbst Anweisungen mit klarem Befehlscharakter, wie sie insbesondere von 1952 an im Sicherheitsbereich ergingen, waren formell als Memoranden abgefaßt.¹⁹¹ Auch im Moment höchster Instabilität der politischen Situation, im Vorfeld der Juni-Ereignisse 1953, änderte sich diesbezüglich nichts. Daß sie unumwunden angenommen und ohne Zögern realisiert werden sollten, ergab sich für die deutsche Seite daraus, daß es die Vorbehaltsklausel der Besatzungsmacht jederzeit ermöglichte, bei Nichtbefolgung zu intervenieren. Es war einfach ratsam, den Memoranden und anderen Empfehlungen entsprechende

¹⁹⁰ Memoranden waren ihrem Charakter nach interne Anordnungen von höchster Stelle. Dem Empfänger wurde die konkrete Herkunft formell nicht mitgeteilt, praktisch ging er davon aus, daß es von „den Organen“ (Innen- oder Staatsicherheitsministerium) kam oder aus der obersten Partei- und Staatsführung. Dieses typisch sowjetische, apparateinterne, quasi geheimdienstliche Herrschaftsverfahren ist von der ostdeutschen Staatsbürokratie in diesem Maße nie übernommen worden.

¹⁹¹ Rainer Potratz veröffentlichte eine solche undatierte Aktennotiz als „Weisung der SKK an das ZK der SED über ein neues Regime an der Demarkationsgrenze“. Der Titel des Dokuments dürfte von ihm selbst gewählt sein (Bennewitz/Potratz, Zwangsaussiedlungen, S. 224–226).

Maßnahmen folgen zu lassen. Bemerkenswerterweise war das aber nicht immer der Fall. Einige Empfehlungen mußten wiederholt vorgebracht und ihre Realisierung angemahnt werden. Vor allem im nicht reparationsrelevanten Wirtschaftsbereich wachten die SKK-Mitarbeiter nicht in jedem Fall streng über die Einhaltung ihrer Empfehlungen. Eine Rückmeldung der SKK-Abteilungsleiter an die SKK-Führung gab es als Regelvorgang nicht. Sollte sich ein Sachverhalt nicht nach Wunsch der SKK-Abteilung entwickelt haben, so wurde anläßlich einer späteren Kritik unter Umständen auf die noch nicht realisierte Empfehlung Bezug genommen, und sie wurde erneut vorgetragen.

Memoranden waren „Empfehlungen von höchster Instanz“. Sie entstanden oft in gemeinsamer Arbeit einiger Abteilungsleiter und/oder Stellvertreter des SKK-Chefs. Es ist anzunehmen, daß solch kollektiv verfaßte Empfehlungen in der Regel auf eine Anweisung des SKK-Chefs zurückgingen und/oder während der regulären Sitzungen bei ihm in Auftrag gegeben wurden. Die letzte Entscheidung über die Verwendung der entstandenen Memoranden traf der SKK-Chef Čujkov selbst, gegebenenfalls sein Erster Stellvertreter. Politberater Semenov verfügte nach bisheriger Kenntnis nicht über das Recht, deutschen Vertretern eigenständig schriftliche Empfehlungen zu geben bzw. die Memoranden anderer Abteilungen abzuzeichnen. Für einen solchen Vorgang fand sich auch noch kein einziger Beleg. Umgekehrt dürfte es aber bei der Regelung vom Februar 1950 geblieben sein, wonach keine schriftliche Empfehlung ohne Zustimmung des Politberaters an die deutsche Seite ging.

Es besteht Grund zur Annahme, daß auch die deutsche Seite an der Vorbereitung einiger Memoranden beteiligt war. Es scheint nicht unüblich gewesen zu sein, daß eine im Ergebnis gemeinsamer Absprachen festgelegte Strategie schließlich auch in die Form eines Memorandums gekleidet wurde, so geschehen etwa im April 1950, als man sich gemeinsam auf Maßnahmen zur Verhinderung eines kirchenpolitischen Ekklats einigen mußte.

Auf Empfängerseite konnten formell nur der DDR-Regierungschef und sein Stellvertreter stehen. Die staatspolitische Gewichtung der Empfehlung spielte dabei keine Rolle. Memoranden, Aktennotizen, Merkblätter, wie immer sie auch bezeichnet wurden, gingen also in der Regel an Ministerpräsident Otto Grotewohl. Leider sind sie als solche im Archiv heute kaum zu erkennen, denn Memoranden wiesen den Empfänger nicht aus. Sie trugen in der Regel keine Überschrift (bestenfalls die Bezeichnung „Aktennotiz“, „Merkblatt“, „Merkzettel“ oder ähnliches), keine Unterschrift und kein Datum. Sie begannen auch nicht mit einer Anrede, woraus nach Meinung eines Insiders der Sowjetbürokratie „ersichtlich wird, daß es sich um ein internes Memorandum handelt“.¹⁹² Sie gingen in russischer Sprache, bestenfalls mit einem Begleitschreiben Čujkovs versehen, an die DDR-Regierungskanzlei und wurden dort übersetzt; die Übersetzungen signierte nicht selten die Chef-Dolmetscherin der Regierungskanzlei Renate Zaisser, die oft auch als Botin eingesetzt wurde. Die ins Deutsche übertragenen Fassungen der Memoranden existieren heute häufig isoliert und unerkannt als form- und „kopf“lose Schreiben zwischen deutschen Akten. Es kommt auch vor, daß – ebenso „kopflo“ – nur das russische Original erhalten blieb. Einige Memoranden gingen unter falschem Namen in die SED-Akten ein.¹⁹³ Alle, oft auch anders titulierte schriftliche Stellungnahmen und „Empfehlungen“

¹⁹² Sudoplatow/Sudoplatow, Handlanger, S. 304.

¹⁹³ So handelt es sich bei den in Piecks Unterlagen als Bericht Semenovs geführten Stellungnahmen von Anfang 1950 zu einzelnen politischen Problemen (Bericht Semenovs vom 24.1.1950, in: Badstübner/Loth,

aus SKK-Provenienz, die sich in DDR-Archiven finden, können aber, wenn sie inhaltlich über rein verwaltungstechnische oder organisatorische Detailfragen hinausgehen, formell dieser Gattung von Dokumenten zugeordnet werden. Sie waren vom SKK-Chef selber oder einem seiner Stellvertreter zumindest gebilligt worden.

Die deutsche Aktenüberlieferung gibt leider nicht hinlänglich Auskunft darüber, ob in bestimmten Fällen ganz gezielt nicht Ministerpräsident Otto Grotewohl, sondern sein Stellvertreter Walter Ulbricht die Anweisung auf den Tisch bekam. Einige Empfehlungen erhielt Ulbricht auch in Form von ordentlichen Briefen mit Datum und Adresse. In der Mehrzahl handelte es sich dann um Antwortschreiben auf entsprechende Nachfragen oder zu mündlichen Zwischenverständigungen.

Es kam vor, daß Texte, die in der SKK als Memoranden entstanden, der deutschen Seite nur vorgelesen oder in ihrem Inhalt gesprächsweise nahegelegt wurden. Aus der lückenhaften Überlieferung schriftlicher Memoranden im Grotewohl-Nachlaß ist zu schließen, daß das sogar häufig geschah. Manchmal erfolgte eine mündliche und eine schriftliche Order. Der vom SKK-Chef erst nachträglich „abgesegnete“ schriftliche Text konnte auch nachgereicht werden, dann eventuell gleich an die zuständige staatliche oder Parteiinstitution. Im Bereich der staatspolitischen Einflußnahme ist im Einzelfall auch die direkte Weitergabe von Memoranden an zuständige SED-Einrichtungen erfolgt, doch wurde auf dieser Ebene in der Regel nicht mit Memoranden gearbeitet. Eine Ausnahme bildeten vermutlich solche Fälle, wo eine gesetzliche Regelung angestrebt und im Memorandum inhaltlich dargelegt wurde, aus Zeit- oder anderen Gründen der Weg über das Ministerium aber nicht opportun erschien.

e) Beratungen mit deutschen Vertretern auf höchster Ebene

Große Politik machte auch die SKK am großen Tisch. In bewährter Weise arrangierte sie Zusammenkünfte mit den Vertrautesten unter den führenden Männern des Landes, den Spitzenfunktionären der SED. Der formelle staatliche und der eher informelle Parteienkontakt auf hoher Ebene funktionierten auf diese Weise in einem. Zu Treffen mit der SKK-Spitze wurden – in unregelmäßigen Abständen – Präsident und SED-Vorsitzender Wilhelm Pieck, Ministerratsvorsitzender und Kovorsitzender der SED Otto Grotewohl sowie Stellvertreter des Ministerratsvorsitzenden und stellvertretender Vorsitzender (bzw. ab Juli 1950 Generalsekretär des ZK) der SED Walter Ulbricht gebeten. Der eine oder andere fehlte gelegentlich bei diesen Treffen, andere Staats- und Parteifunktionäre wurden hinzugezogen. Häufig zugegen waren Planungsminister bzw. SPK-Chef Rau und Leuschner. Sowjetischerseits nahmen in der Regel Čujkov, Semičastnov und Semenov an diesen Beratungen teil, gelegentlich andere Stellvertreter des SKK-Chefs, leitende Mitarbeiter aus Semenovs Apparat und aus der Informationsabteilung, manchmal auch der Leiter der diplomatischen Mission Puškin. Nicht selten traf man sich in kleinerer Runde, zu dritt oder zu viert. Die Begegnungen fanden üblicherweise in den Abendstunden statt. Einmal traf man sich in Karlshorst, ein andermal in Piecks Wohnung oder in den Räumen des SED-Politbüros. Die Verabredung wurde von einem aufs andere Mal oder kurzfristig getroffen.

Pieck-Aufzeichnungen, S. 328–331) um Memoranden der SKK. Als solche sind sie – im russischen Original und in deutscher Übersetzung – in den Unterlagen Ulbrichts zu finden (SAPMO BArch, NY 4182/1195, Bl. 21–35).

Für den Zeitraum November 1949 bis Februar 1953 sind 48 Treffen unter Teilnahme Piecks durch dessen Gesprächsaufzeichnungen nachgewiesen.¹⁹⁴ Die Forschung sollte von annähernd doppelt so vielen Zusammenkünften dieser Art ausgehen. So sind von den bei Pieck aus dem Jahre 1950 festgehaltenen 17 Begegnungen dieses Ranges in Moskauer Archiven bislang drei ebenfalls nachgewiesen, darüber hinaus fanden sich aber Spuren von mindestens weiteren sechs solcher Begegnungen, darunter auch solchen, an denen Pieck nachweislich teilgenommen hatte, ohne Notizen anzufertigen.¹⁹⁵

Der Chefdolmetscher und beständige Teilnehmer an solchen Beratungen von Ende 1950 an Aleksandr Jakovlevič Bogomolov beschrieb die Atmosphäre solcher Treffen als eine durchaus offizielle.¹⁹⁶ Fand man sich in Karlshorst zusammen, so wurde die deutsche Gruppe vor dem Haus empfangen und im Anschluß an das Gespräch wieder zu ihren Dienstwagen geleitet. Die kleine Konferenz fand an einem rechteckigen Tisch statt, den Čujkov von der schmalen Seite aus beherrschte. Rechts, seitlich neben ihm nahmen die Deutschen Platz, Pieck direkt an Čujkovs Seite. Die gegenüberliegende Längsseite besetzten die SKK-Mitarbeiter. Bogomolov zufolge hielt sich Pieck aus der Behandlung konkreter Fragen oft heraus, die weitgehende Reduzierung seiner Rolle auf Repräsentation hatte in erster Linie mit seinem fortgeschrittenen Alter zu tun. Grotewohl dagegen habe recht eigenständig agiert, Ulbricht wie auch die anderen Mitarbeiter seien in der Regel gut vorbereitet zu den Besprechungen erschienen.

Die deutsche Seite fertigte keine dienstlichen Vermerke oder gar Protokolle über die Begegnungen an. Für die SKK waren sie vorgeschrieben. Ein Protokollant, häufig der russische Dolmetscher¹⁹⁷, formulierte anhand seiner Notizen nachträglich einen Entwurf, der vom SKK-Vorsitzenden bzw. einem Stellvertreter oder vom Politberater geprüft, gegebenenfalls korrigiert und schließlich gegengezeichnet wurde. Nach bisheriger Kenntnis gingen Protokolle in je einem Exemplar (auch als Abschrift) in das Sekretariat der SKK, zu den Unterlagen Semenovs, ins Moskauer Außenministerium und an die Außenpolitische Abteilung des ZK der KPdSU(B).¹⁹⁸ Die Lieferungen erfolgten nicht sofort im Anschluß an das Treffen, manchmal mit mehrwöchiger Verspätung, so daß gemutmaßt werden kann, daß diese ausführlichen Protokolle zur politischen Meinungsbildung in Moskau nur begrenzt und mit Verzug Verwendung fanden.

¹⁹⁴ Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen.

¹⁹⁵ Im vormaligen Parteiarchiv RZCHIDNI in Moskau finden sich im Bestand fond 17, opis' 137, delo 309, Gesprächsaufzeichnungen zu den von Pieck festgehaltenen Sitzungen am 23.3., 29.3. und 6.4. Überdies zu folgenden nicht bekannten Begegnungen von 1950: 28.2. – Čujkov, Semenov, Koval', Il'ičev, Pieck, Grotewohl, Rau; 17.3. – Čujkov, Il'ičev, Pieck, Grotewohl (höchstwahrscheinlich identisch mit dem Treffen, das bei Pieck unter dem Datum vom 7.3. festgehalten ist); 17.4. – Čujkov, Semenov, Kijatkin, Reimann, Dahlem; 19.4. Čujkov, Il'ičev, Matern; 21.4. – Čujkov, Semenov, Il'ičev, Kijatkin, Grotewohl, Ulbricht; 26.4. – Čujkov, Semenov, Grotewohl, Ulbricht; 17.5. – Čujkov, Semenov, Grotewohl, Ulbricht. Kursorisch dazu Naimark, SBZ/GDR.

¹⁹⁶ Die Verfasserin konnte mit A. Ja. Bogomolov von 1993 bis 1996 mehrere Gespräche führen.

¹⁹⁷ Von den an den Spitzentreffen teilnehmenden sowjetischen Dolmetschern sind die Namen von V. Machalov (bis 1950) und A. Ja. Bogomolov (ab Frühjahr 1951) überliefert. Laut Protokolliste vom Februar 1951 waren zwei Dolmetscher, Aleksandr Lebedev sowie V. M. Deržavin, in der Abteilung für Protokoll und Verbindungen eingesetzt. In Bogomolovs Erinnerung löste er 1951 Lebedev ab. Die Protokolliste vom Sommer 1952 weist neben Bogomolov einen weiteren Dolmetscher namens N. T. Uval'skij aus; Deržavin fungiert dort als Referent.

¹⁹⁸ Der Versuch, diese Dokumente in Moskau vollständig zu erfassen, stieß bisher auf unüberwindliche Hindernisse.

In der Regel wurden mehrere Probleme behandelt. Während solcher Treffen bekam Grotewohl hin und wieder die Memoranden ausgehändigt oder vorgetragen. Čujkov übergab hier auch andere Dokumente, wie Lieferpläne für die in Ostdeutschland stationierten sowjetischen Truppen. Solche Treffen mit der SKK-Spitze nutzten die DDR-Vertreter zu offiziellen Gesuchen. In schriftlicher Form wurden Anfragen und Bitten höherer staatlicher Behörden oder SED-Instanzen weitergereicht, gelegentlich wurde später noch einmal nachgefragt. Offizielle Bitten erreichten die SKK aber auch über den herkömmlichen Dienstweg außerhalb größerer Begegnungen, in der Regel per Boten. Man bat um die Weitergabe von Informationen an in Moskau weilende DDR-Funktionäre, um die Prüfung der Möglichkeiten für zusätzliche Sendungen von Ersatzteilen, technischem Gerät, Unterlagen oder Propagandamaterial, um die Gewährung von Studienreisen, um die Entsendung von Künstlern und Ensembles aus der Sowjetunion in die DDR, um eine Liste der verstorbenen Kriegsgefangenen, um Auskunft über das Schicksal in den Kriegswirren Verschollener oder nach dem Krieg Verhafteter und vieles mehr. Auch die an Stalin persönlich gerichteten Briefe der SED-Führung gelangten via SKK nach Moskau.

Hauptzweck der Begegnungen war jedoch ein Meinungsaustausch zu aktuellen Fragen in Politik und Wirtschaft. Die wenigen einsehbaren Protokolle bestätigen, daß die SKK-Führung hier nicht nur Linie vorgab. Erwecken die Pieck-Notizen streckenweise auch den Eindruck, als habe die deutsche Seite als Befehlsempfänger fungiert, so werden in den russischen Protokollen, in denen oft der größere Teil des Textes auf die Darlegung der Haltung der deutschen Gesprächsteilnehmer zu einzelnen Fragen verwendet wurde, eigenständige Erwägungen und konkrete Vorschläge der deutschen Seite durchaus deutlich. Es gab auch „recht scharfe Auseinandersetzungen“, wie sich Semenov erinnert. Seinen Memoiren ist im übrigen zu entnehmen, daß es im Zusammenhang mit dem Übergang von der SMAD zur SKK Bestrebungen bei der SED, insbesondere bei Walter Ulbricht, gab, gegenüber sowjetischen Gesprächspartnern mehr Selbstbewußtsein an den Tag zu legen.¹⁹⁹ Unter den deutschen Zeugnissen über den Verhandlungsstil und das Verhalten der Deutschen dominieren allerdings solche, die, wie Erich W. Gniffkes Erinnerungen, von einer „devoten Haltung“ namentlich bei Pieck und Ulbricht künden. Diese beiden wie auch Grotewohl seien bei den größeren Begegnungen in Karlshorst immer irgendwie gehemmt gewesen. Es „wurde nicht auf gleichberechtigter Ebene verhandelt“.²⁰⁰

Gespräch und Meinungsaustausch scheinen trotzdem eine zutreffende Bezeichnung für diese Treffen. Freilich agierten die deutschen Gesprächsteilnehmer gemäß dem Sachverhalt einer „Souveränität unter Vorbehalt“ keineswegs gleichberechtigt. Die Aussprache führte in der Regel zu Empfehlungen, die die deutsche Seite als strikte Anweisungen aufzufassen, deren Inhalt sie allerdings in einigen Fällen bedingt mitbestimmt hatte.

Hart verhandelten die SKK-Vertreter, wie erwähnt, in Reparationsangelegenheiten, beim Thema SAG oder bei den Besatzungskosten.²⁰¹ Bei Preisen und Verrechnungsverfahren wurden die Deutschen nicht gefragt. DDR-Wirtschaftsfunktionäre baten gelegentlich, die Höhe der Forderungen zu überdenken. Inwieweit und wann ihre Bedenken überhaupt Gehör fanden, bleibt noch zu untersuchen. Im relativ problemlosen Sommer 1951 beispielsweise stellte Semičastnov Konventionalstrafen für den Fall von Lieferrückstän-

¹⁹⁹ Semjonow, Von Stalin, S. 273f.

²⁰⁰ Gniffke, Jahre, S. 223.

²⁰¹ Siehe die Mitschriften Piecks von Treffen mit der SKK-Führung, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 317f., 320, 333, 342, 349, 364, 368, 370f., 374, 380, 400, 414f.

den in Aussicht.²⁰² Spezielle Sitzungen zu Reparations- oder SAG-Fragen liefen häufig unter massiver Präsenz sowjetischer Vertreter ab. Als in Vorbereitung der Übergabe von 23 SAG-Betrieben (1950) prinzipielle Fragen erörtert wurden, nahm sogar der Moskauer Leiter der Verwaltung für Sowjetisches Eigentum im Ausland Vsevolod Nikolaevič Merkulov teil, den anwesenden Pieck und Grotewohl als vormaliger Minister für Staatssicherheit sicher gut bekannt.²⁰³ Solche Begegnungen zur Regelung von Reparationsangelegenheiten gingen nicht selten an der Tätigkeit der für DDR-Volkswirtschaftsfragen zuständigen SKK-Abteilungen vorbei. Die SKK-Reparationsverwaltung agierte weitgehend eigenständig, was die Koordinierung der im DDR-Volkswirtschaftsplan festzuhaltenden Auflagen mit den Vorstellungen aus der Abteilung für Wirtschaftsplanung der SKK oder der Abteilung für Materialbilanzen und Handel ungemein erschwerte.²⁰⁴ Die Deutschen saßen oft zwischen zwei Stühlen. Hinzu kam Einmischung direkt aus Moskau. Das DDR-Finanzministerium wurde gelegentlich von Moskau aus dazu angehalten, außerplanmäßig Valuta in Millionenhöhe für Sondermaßnahmen freizustellen.²⁰⁵ Als sich Walter Ulbricht im Mai 1950 nach empfangener Schelte wegen Unausgewogenheiten im Export/Import-Plan gegenüber Čujkov beschwerte, die SAG hätten außerplanmäßig die Freistellung von Waren im Wert von 33 Millionen Mark für ihren Export zu Gewinnzwecken gefordert, konnte Čujkov nur antworten, daß die Betriebsführung der SAG außerhalb seiner Kompetenzen liege. Er bat die Deutschen, die Sache in beiderseits akzeptabler Weise mit Kobulov zu klären.²⁰⁶

²⁰² Besprechung Piecks mit nicht genannten Teilnehmern am 23.5.1951, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 367f., hier S. 368.

²⁰³ Besprechung Piecks, Grotewohls und Ulbrichts mit Merkulov, Kobulov und Semenov am 26.11.1949, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 317f.

²⁰⁴ Im Oktober 1992 mit den Original-Berichten Kobulovs über ein Treffen mit DDR-Regierungsvertretern am 17. April 1950 konfrontiert, erklärte der frühere Erste Stellvertreter für Wirtschaftsfragen K. I. Koval', er selbst habe nie solche Forderungen nach Bereitstellung harter Währung gegenüber der ostdeutschen Wirtschaft erhoben und niemals eine deutsche Institution wie die Sitzung beim Ministerpräsidenten eigens zu solchem Zwecke einberufen lassen. Im übrigen zeige das Dokument die Unbedarftigkeit Kobulovs in Wirtschaftsangelegenheiten (Brief Koval's vom 10.10.1992 an die Verfasserin). Koordinierungsprobleme zwischen den Wirtschaftsabteilungen der SKK und der Verwaltung für Reparationen sind durch zahlreiche Hinweise aus verschiedenen Quellen belegt.

²⁰⁵ Schreiben der SKK an das ZK der KPdSU(B) [nicht adressiert, ohne Datum (Frühjahr 1950) und Unterschrift], mit der Bitte, das DDR-Finanzministerium anzuweisen, für „die bekannten Maßnahmen“ sechs Millionen DM zur Verfügung zu stellen. Die SKK verfüge über keine eigenen solchen Mittel, da sämtliche DM-Eingänge derzeit auf Konten des DDR-Finanzministeriums gingen (RZCHIDNI, fond 17, opis' 137, delo 309, list 32). Bei „den bekannten Maßnahmen“ ging es möglicherweise um SED-Propaganda durch die KPD. Die genannte Summe hatte Pieck in einer Notiz während des Gespräches mit Semenov am 13.1.1950 festgehalten und kommentiert mit „für Westen ebenfalls durch SED“. Wenig später erfolgte eine Aufforderung über Pieck an Finanzminister Rumpf, die Summe freizugeben, der dieser offensichtlich nicht nachkam (Besprechung mit Semenov am 13.1.1950, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 324f., hier S. 324, und Besprechung Piecks, Grotewohls und Raus mit Čujkov und Il'ičev am 23.3.1950, in: ebenda, S. 337–339, hier S. 337). Über die kontinuierliche finanzielle Unterstützung der KPD ist im Brief des SED-Politbüros an Stalin vom 9.9.1949 zu erfahren, daß monatlich 320.000 DM-West zu züglich eines ebenso großen Jahresbetrags für Rundfunkpropaganda erforderlich seien, vom Genossen Čujkov aber nur 250.000 DM-West im Monat zur Verfügung gestellt würden (Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 297).

²⁰⁶ Gespräch zwischen Čujkov, Semenov, Grotewohl und Ulbricht, 17.5.1950, RZCHIDNI, fond 17, opis' 137, delo 309, listy 102–118, hier list 106.

Treffen mit der SKK-Führung fanden auch in Vorbereitung von Spitzenbegegnungen in Moskau statt.²⁰⁷ Der DDR-Gründung ging ein solches Treffen unmittelbar voraus.²⁰⁸ Konsultationen von hochrangigen SED-Delegationen mit der KPdSU-Spitze in Moskau gab es zur Zeit der SKK weitere drei: Die Treffen vom 3. bis 6. Mai 1950 und vom 29. März bis 1. April 1952 waren vorbereitete Begegnungen, für die die SED-Führung in engem Kontakt zur SKK-Spitze Rededispositionen, Briefe an Stalin, Vorschläge und andere Verhandlungsgrundlagen erarbeitete.²⁰⁹ Die Reise vom 2. bis 5. Juni 1953 war kurzfristig angesetzt: Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Fred Oelßner folgten einer plötzlichen Aufforderung der neuen KPdSU-Führung.²¹⁰ Solche Besuche in Moskau dienten, wie Loth es formuliert, „der Festlegung der jeweiligen Hauptrichtung der KPD- und SED-Politik“.²¹¹ Sie können als Zeichen akuten Verständigungsbedarfes gelten, müssen aber im Kontext anderer zeitgenössischer Zeugnisse und Erkenntnisse bewertet werden. Deutschlandpolitische Wendepunkte markierten die Spitzentreffen nicht automatisch.

Offensichtlich hat es unterhalb dieser allerhöchsten staatlichen und Partei-Ebene viele Begegnungen der SKK-Führungskräfte (Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden, Politberater) mit einzelnen höheren DDR-Staats- oder Parteifunktionären zu speziellen Fragen gegeben. Der Übergang zur Kategorie „Arbeitstreffen“ war fließend. Der Memoirenliteratur zufolge war insbesondere Walter Ulbricht häufig in Karlshorst. Doch „einzelne Gen[ossen] kommen nicht gern zur SKK, darunter auch Rau“, bemerkte SKK-Chef Čujkov im Mai 1951 kritisch gegenüber Pieck. Er wolle sie nun „öfters einladen“.²¹²

f) Sonstige Begegnungen

Neben den hochrangigen, offiziellen Treffen der SKK-Führung mit Vertretern der DDR-Regierung und der SED-Spitze, neben den Dienstbesprechungen zwischen Vertretern einzelner Ministerien, Staatssekretariate sowie ZK-Abteilungen und Mitarbeitern von SKK-Abteilungen kam es in Karlshorst zu zahlreichen anderen Begegnungen, darunter solchen mit namhaften und einflußreichen Kirchenmännern, Künstlern und Wissenschaftlern. Zwei Grundarten von Anlässen beziehungsweise Zwecksetzungen lassen sich dabei unterscheiden.

Im ersten Fall kamen die Begegnungen auf Veranlassung der deutschen Seite zustande, die der SKK als oberstem Souverän in deutschlandpolitischen Fragen und letztendlich entscheidender Gewalt Probleme des politischen Alltags in der DDR kundtun oder Entscheidungen nahelegen wollte. So wandten sich Kirchenvertreter wie EKD-Ratsvorsitzender Bischof Otto Dibelius, Generalsuperintendent Friedrich-Wilhelm Krummacher,

²⁰⁷ Auch davon künden für unseren Untersuchungszeitraum bislang nur die Pieck-Notizen. Es dürften diesbezüglich aber keine wesentlichen Unterschiede bestanden haben zur Vorbereitung solcher Spitzentreffen in den Jahren 1946–1949 (siehe dazu: Bonwetsch/Bordjugow, Die SED; Bonwetsch/Bordjugow, Stalin und die SBZ; Staritz, Die SED).

²⁰⁸ Reise nach Moskau vom 16.-28.9.1949 einschl. Vorschläge des Politbüros, o.D., in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 292–309.

²⁰⁹ An diesen beiden Treffen nahm Wilhelm Pieck teil; ein Teil der Vorbereitung ist überliefert. Vom Verlauf zeugen Ablaufpläne und Mitschriften Piecks. Notizen Piecks zur Reise nach Moskau vom 3.3.–6.5.1950, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 343–348 und Notizen Piecks zur Reise nach Moskau vom 29.3.–10.4.1952, in: ebenda S. 382–399.

²¹⁰ Dazu Stulz-Herrnstadt, Herrnstadt-Dokument; Scherstjanoi, Wollen wir.

²¹¹ Badstübner/Loth, Pieck-Notizen, Einleitung, S. 20.

²¹² Besprechung am 23.5.1951, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 367f., hier S. 368.

der EKD-Vertreter bei der DDR-Regierung Propst Heinrich Grüber oder der Leiter des Kirchlichen Außenamtes Kirchenpräsident Martin Niemöller in Ausübung ihres Amtes an Čujkov oder Semenov, um etwa gegen Verletzungen der verfassungsmäßig zugesicherten Glaubens- und Religionsfreiheit zu protestieren oder auf Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen.²¹³ Wiederholt trugen sie Bitten zur Lösung der Kriegsgefangenenfrage vor. Auch die sowjetische Seite bat zu Besprechungen, so nach offiziellen Initiativen der Kirchen, beispielsweise dem Brief an Stalin vom 18. September 1951.²¹⁴

Auch Künstler und Wissenschaftler fuhren nach Karlshorst. Die Leitung der Akademie der Wissenschaften regelte 1949/50 ihre Belange direkt mit der SKK, „wobei die Treffen teils Empfängen, teils Befehlsempfängen glichen“²¹⁵. Sie kamen auch auf private deutsche Initiative zustande. So baten Akademiepräsident Johannes Stroux und der Kunstwissenschaftler Richard Hamann im August 1950 um einen Empfang bei Politberater Semenov. Sie erhofften Hilfe bei ihrem Vorhaben, den DDR-Regierungsbeschluß über den Abriß des Berliner Schlosses im Zusammenhang mit der Rekonstruktion des Stadtkerns revidieren zu lassen; das Schloß sei ein Kunstbauwerk, und seine verbliebene Bausubstanz könne gerettet werden. Semenov vermerkte in der Gesprächsaufzeichnung, Grotewohl habe im Telefongespräch mit ihm auf dem Abriß bestanden.²¹⁶

Im zweiten Fall dienten die Begegnungen vor allem der Information für die SKK. Sie sondierte auf diese Weise Stimmungen unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und politischen Parteien. Inwieweit solche Rapports geregelt waren, steht noch zu untersuchen. Bislang gibt es keine Hinweise auf routinemäßige und institutionalisierte Besuche von Vertretern der einzelnen Parteien oder Organisationen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wurden führende Funktionäre vor Parteitag und zentralen Konferenzen vorstellig. In solchen Fällen bedurfte es keiner Aufforderung: Sicherheitshalber hielt man sich an das (nirgendwo fixierte) übliche Meldeverfahren. Der Großteil solcher Treffen dürfte aber auf spezielle Initiative der SKK-Abteilungen zustande gekommen sein. Die Einladungen gingen dabei häufig an namentlich benannte Funktionäre, woraus sich unter Umständen Unstimmigkeiten auf deutscher Seite ergeben konnten. Der leitende FDJ-Funktionär Heinz Lippmann hielt fest, daß sein Vorgesetzter, FDJ-Vorsitzender Erich Honecker, recht ungehalten reagiert habe, als Semenov im Frühjahr 1953 nicht ihn, sondern Lippmann vorlud, worin dieser selbst einen Ausdruck für die Unzufriedenheit der „Sowjets“ mit dem Chef des Jugendverbandes sah.²¹⁷ In den für Kontrollen im partei- und staatspolitischen Bereich zuständigen SKK-Abteilungen (Abteilung für Information, Abteilung für Verwaltungsfragen, Abteilung für gesamtdeutsche Fragen, Abteilung für Staatsaufbau) hatten solche Unterredungen besonderen Stellenwert. Dem Charakter nach tendierte eine solche Zusammenkunft immer zu einer Instruktion an die Adresse der Berichterstatter. Zumindest wird in den meisten Fällen eine unmittelbare Reaktion auf den deutschen Vortrag erfolgt sein: eine ihn gutheiße, Entscheidungen in Aussicht stellende, oder eine Probleme andeutende, Skepsis oder Sorge artikulierende. Für kooperationswillige Deutsche war dies daher eine Art Arbeitsbesprechung.

213 Einzelne Hinweise darauf finden sich in der Literatur, so: Pontifex, S. 109f.; Besier, SED-Staat, S. 73, 120.

214 Brief Bischof Dibelius' an Stalin, 18.9.1951, in: Kirchliches Jahrbuch 1951, S. 183f.

215 Walthers, Hartung, S. 66.

216 Gesprächsaufzeichnung des Treffens zwischen Semenov, Stroux und Hamann vom 29.8.1950, RZCHIDNI, fond 17, opis' 137, delo 297, listy 76f.

217 Lippmann, Honecker, S. 157.

Weniger Kooperationsbereite geben solche Gespräche auch als eine Art Zwangszuführung wieder. Der CDU-Politiker Peter Bloch beschreibt einen nächtlichen Überfall mit Verschleppung in eine Karlshorster Villa, dem eine harmlose Plauderei mit einem SKK-Offizier über geschlagene zwei Stunden gefolgt sei.²¹⁸ Die Episode fand 1949 statt – ein Relikt aus der Anfangsphase der Besatzungszeit. Es darf – auch entgegen der Blochschen Sicht – angenommen werden, daß solche Praktiken seitens der SKK später kaum noch üblich waren und nächtliches Abholen zur Ausnahme wurde. Verhaftungen, Verschleppungen und Verhöre durch sowjetische Sicherheitsdienste, deren Vertreter sich häufig nur als SKK-Mitarbeiter ausgaben, hielten jedoch an und verbreiteten nach wie vor Angst unter der Bevölkerung.

Eine besondere Bedeutung hatten Berichte und Lagemeldungen von Westdeutschen beziehungsweise Reiseberichte von ostdeutschen Politikern, die sich in Westdeutschland aufgehalten hatten. Offensichtlich waren für KPD- und FDJ-Funktionäre aus Westdeutschland, die die DDR bereisten, Besuche in Karlshorst so gut wie obligatorisch. Solche Berichte stellten für die SKK oft die einzige authentische Information zu Sachverhalten im anderen Teil Deutschlands dar (Informationen über Westberlin bezog sie von ihrer Berliner Vertretung). SKK-Vertreter – in der Regel aus der Informationsabteilung oder der Abteilung für gesamtdeutsche Fragen – erkundeten auf diese Weise Stimmungen unter der westdeutschen Bevölkerung. Von besonderem Interesse waren Ansichten über die politische Entwicklung im anderen Teil Deutschlands. Im Frühjahr 1952 wurde diese Art Informationsbeschaffung nachweislich intensiv betrieben, als es der SKK um Meinungen der Deutschen in Ost und West zur sowjetischen Note vom 10. März 1952 ging. West-Reiseberichte wurden ergänzt durch intensive, wiederholte Stimmungsanalysen aus den SKK-Landesvertretungen im Osten.²¹⁹ Künftige Forschung wird zeigen, inwieweit solch massive Informationsbeschaffungsaktionen die Regel oder eine Ausnahme darstellten.

Schließlich ergingen auch spontane Aufforderungen an deutsche Funktionäre oder Staatsbedienstete, über das eine oder andere Thema zu berichten. Sprach ein Funktionär auf einer öffentlichen Veranstaltung ein Problem an, so konnte es vorkommen, daß ein anwesender SKK-Mitarbeiter ihn am Rande der Debatte um nähere, schriftliche Auskünfte an die SKK-Vertretung bat, ohne ihn dazu verpflichten zu können.

Darüber hinaus kam es bei den Begegnungen in Karlshorst auch zu regelrechten Denunziationen. Nach erst kursorischem Einblick in SKK-Unterlagen kann zumindest hypothetisch festgehalten werden, daß sich politische Akteure vielerlei Couleur bei der SKK über diesen und jenen Politiker und Funktionär, selbst aus den eigenen Reihen, „beschwerten“. Personalpolitik wurde ganz bewußt unter Zuhilfenahme der obersten Machtinhaber praktiziert. Ob und in welchem Ausmaß dies sogar zu Verhaftungen oder anderen Formen der „Ausschaltung“ führte, bleibt zu untersuchen. Daß dabei ein kompliziertes, zum Teil gegenläufiges Agieren verschiedener Vertreter sowjetischer Instanzen zu berücksichtigen ist, konnte am Fall des Kommunisten Paul Baender schon gezeigt werden.²²⁰

Es ist davon auszugehen, daß eine Reihe der informativen Gespräche in der SKK auf der Seite der Eingeladenen keine historiographisch verwertbaren Zeugnisse hinterließen. Manchmal wurden Spuren bewußt minimiert. So fand sich in Moskau eine Aufzeichnung

²¹⁸ Bloch, Hoffnung, S. 153f.

²¹⁹ Akte „Informationen über die Meinungen in der Bevölkerung Deutschlands zum Friedensvertrag, 18.2.–1.10.1952“, AVP RF, fond 457, „a“, opis' 13, papka 66, delo 5. Siehe auch Scherstjanoi, Debatte.

²²⁰ Kießling, Baender; Scherstjanoi, Baender.

über ein Gespräch zwischen dem SKK-Vorsitzenden Čujkov, dem Politischen Berater Semenov und dem Vorsitzenden des Rates der EKD Bischof Otto Dibelius von November 1951, über das Verschwiegenheit verabredet worden war. Die Russen wollten sich vor allem über die Reaktion Bonns auf eine mögliche deutschlandpolitische Initiative klarwerden. Dibelius seinerseits nutzte das Treffen, um kirchliche Nöte vorzubringen.²²¹ Wieviele solch geheime Sondierungsgespräche stattgefunden haben, entzieht sich unserer Kenntnis. Sie waren, scheint es, die Ausnahme.

Zu den sonstigen Begegnungen gehörten auch die zahlreichen feierlichen Zusammenkünfte, die Vertreter der SKK, ähnlich wie im regulären diplomatischen Betrieb üblich, zum Informationsaustausch und zur Kenntnisnahme der allgemeinen Stimmung nutzten. Gelegenheit boten unter anderem Geburtstage hoher Staatsfunktionäre, Feierlichkeiten zum 1. Mai und zum „Tag der Befreiung vom Faschismus“ sowie die ebenso obligatorische öffentliche Ehrung des „Tages der Oktoberrevolution“. Von einem solchen Treffen im Januar 1951 erzählt Ernst Niekisch, seinerzeit Volkskammerabgeordneter und leitender Kulturbundfunktionär.²²² In offenbar ungezwungener Gesprächssituation erkundigte sich Semenov, wie Niekisch die Aussichten der jüngsten östlichen Initiativen für die Einheit Deutschlands beurteilte. In diesem Fall bekam er starke Skepsis zu spüren. Zeugnisse ähnlicher Begegnungen auf diplomatischem Parkett finden sich in zahlreichen Erinnerungen, darunter in noch unveröffentlichten.

Ob führende Vertreter der SKK in Karlshorst oder in den Landeshauptstädten der DDR auch weiterhin von Zeit zu Zeit zu Essen einladen, ist nicht überliefert. „Opulente ‚Dinnerparties‘“, wie sie Peter Bloch für die Zeit der SMAD beschrieb, meist unbeschwerte Trinkgelage „aus recht durchsichtigen politischen Motiven“²²³, nehmen heute in literarischen und filmischen Sujets zum Thema „Russen in Deutschland“ einen herausragenden Platz ein. Zum Klischee geworden, bedarf diese Form der Kommunikation jedoch einer genaueren Prüfung, wozu archivalische Quellen freilich wenig beizutragen vermögen. Hier wie hinsichtlich der vielfältigen Begegnungen mit SKK-Vertretern überhaupt wäre als erster Schritt eine gründliche Auswertung sämtlicher Erinnerungsliteratur vonnöten. Es ist bemerkenswert, daß Politberater Semenov vor allem aufgrund solcher Begegnungen auf die meisten seiner Gesprächspartner den Eindruck eines gebildeten, umgänglichen, wenig doktrinen Diplomaten machte. Die Persönlichkeit Čujkofs erscheint bei weitem nicht so markant und so positiv. Daß die Archivakten zu Semenovs Arbeit häufig von einer anderen Rolle des Politberaters künden, zeigt, daß Inhalt, Zweck und Funktion der mündlichen Kommunikation von SKK-Vertretern mit Deutschen einer sorgfältigen und umfassenden Untersuchung zu unterziehen sind.

g) Kontakte mit Einrichtungen und Vertretern der Westalliierten

Durch die Festlegung der Aufgaben und Rechte der SKK im SKK-Statut einerseits und die Bestimmungen der internen Dienstordnung andererseits waren Regeln für Kontakte auch mit Vertretern vormaliger Verbündeter der Anti-Hitler-Koalition aufgestellt. Zwischen der Sowjetischen Kontrollkommission und der Alliierten Hochkommission bestanden offizielle Beziehungen. Protokollisten wurden ausgetauscht, es gab einen regen Briefverkehr.

²²¹ Scherstjanoi/Stappenbeck, Dibelius.

²²² Niekisch, Erinnerungen, S. 179f.

²²³ Bloch, Hoffnung, S. 115–118.

Die Masse der schriftlichen Kontakte zu den Vertretern der Westalliierten vollzog sich auf der Ebene der Behördenkanzleien. Der umfangliche Briefverkehr betraf die Repatriierung von einzelnen sowjetischen Bürgern und die Auslieferung von Kriegsverbrechern, die Rückführung von straffälligen oder übergelaufenen Militärangehörigen; es ging um Disziplinerstöße durch Militärangehörige oder Zivilbedienstete im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Besatzungsmacht, um Mißachtung der Luftsicherheitsbestimmungen, um die Kompetenzen diverser Missionen, um Vorkommnisse an der Demarkationslinie, um Fälle der Übersiedlung in den jeweils anderen deutschen Staat, um die Klärung von Eigentumsfragen oder um vermißte Personen. 1950 bis 1951 stand das Geschehen in der sektorierten und gemeinsam verwalteten Stadt Berlin im Vordergrund, 1952 mehrten sich Stellungnahmen und Anfragen zur Grenzproblematik.

Diesem kontinuierlichen Kontakt in zweit- und dritrangigen Angelegenheiten steht ein vergleichsweise spärlicher Briefwechsel zu „großen Themen“ gegenüber. In der SKK sahen auch die Vertreter der Westmächte das Organ der sowjetischen Regierung in Deutschland. Doch tendierte das Bedürfnis nach alliierter Verständigung auf oberster Ebene in der Zeit des Koreakrieges nicht nur auf der Linie Moskau-Washington, -Paris oder -London, sondern auch zwischen Ostberlin und Bonn gegen Null. Es verdient Beachtung, daß nicht etwa die sowjetische Mission in (Ost-)Berlin, sondern die SKK als Organ der sowjetischen Regierung in Deutschland die Adresse für offizielle, meist gemeinsame Initiativen der Hohen Kommissare war. Briefe wie die vom 25. Mai und 10. Oktober 1950 oder vom 22. Februar 1952 schickten die Hohen Kommissare in getrennten, gleichlautenden Schreiben an SKK-Vorsitzenden Čujkov. An ihn wurden unter Umständen auch weitere Schreiben gerichtet, wenn die sowjetische Seite auf Vorschläge nicht einging. Čujkov gegenüber äußerten die Hohen Kommissare ihren Unmut und Protest hinsichtlich bestimmter Entwicklungen in der DDR, zu Maßnahmen, die aus ihrer Sicht der Spaltung Deutschlands dienen. Der SKK-Vorsitzende seinerseits wandte sich ebenfalls mit Protesten, beispielsweise gegen Beschränkungen im innerdeutschen Handel, an die Hohen Kommissare auf dem Petersberg bei Bonn. Parallel dazu wandte sich in Berlin-Fragen der SKK-Vertreter für Berlin in offiziellen Briefen an die Kommandanten der drei Westsektoren Berlins und umgekehrt.²²⁴

Eigenständige Entscheidungen traf die SKK-Führung ebensowenig wie die Hohen Kommissare im Westen. Politisch bedeutsame Schreiben wurden weitergeleitet. Brisantes blieb unter Umständen bewußt unbeantwortet, wie ein Schreiben McCloy's an Čujkov vom 11. Dezember 1950, in dem er sich unter Bezugnahme auf einen Artikel im *Neuen Deutschland* vom 1. September in der Field-Affäre nach dem Verbleib des Amerikaners erkundigte. Semenov gebot am Briefrand Schweigen.²²⁵

Die westlichen Besatzungsbehörden übernahmen gegenüber der SKK auch die Rolle des offiziellen Boten von – ihrem Ermessen nach – wichtigen Papieren der Bundesregierung in der Deutschlandfrage. Die Regierungserklärung vom 6. Februar 1952 und das Projekt des Wahlgesetzes zur Konstituierenden Nationalversammlung beispielsweise erreichten die SKK offiziell über den amerikanischen Hochkommissar.

²²⁴ Briefe des SKK-Vorsitzenden und des Berliner Vertreters der SKK bzw. ADN-Meldungen mit diesem Stellenwert aus dem Jahr 1950 siehe in: Vnešnja politika Sovetskogo Sojuza, 1950 god, Moskva, 1953. Die Publikationsreihe wurde leider nicht fortgesetzt.

²²⁵ AVP RF, fond 458, opis' 44, papka 984, delo 3, listy 290f.

Formell agierten die Hohen Kommissare und der SKK-Chef also in gegenseitiger Anerkennung auf einer Stufe. Begegnungen der Chefs oder auch nur zwischen hochrangigen Mitarbeitern und Abgesandten der Behörden hat es 1949 bis 1953 jedoch nicht gegeben.

h) Verbindungen nach Moskau

Laut Statut war die SKK zu Halbjahres- und Jahresberichten an die sowjetische Regierung verpflichtet. Wahrscheinlich verlief der Weg eines solchen Berichtes über das Außenministerium, bei dem zumindest bis 1951 auch eine Kommission zur sicherheitspolitischen Koordinierung bestand. Da Ministerratsunterlagen nicht einsehbar sind, muß offenbleiben, ob und wie die Berichterstattung tatsächlich funktionierte. Die offensichtlich häufigere Berichterstattung der Reparationsverwaltung an das Ministerium für Außenhandel der UdSSR ist ebenfalls noch nicht untersucht. Bruchstücke der SKK-Hinterlassenschaft lassen einige vorläufige Schlüsse zu.

Danach ist erkennbar, daß es wiederholt zu Verstößen gegen die Auflage zur Berichterstattung kam. Jan Foitzik stellt fest: „Eine lückenlose periodische Berichterstattung [...] an das sowjetische Außenministerium lag nachweislich nicht vor.“²²⁶ Halbjahres- und Jahresberichte der SKK sind bislang noch nicht entdeckt worden. Gleichwohl blieb die jährliche Rechenschaftslegung als Auftrag bestehen. Bei der mittelfristigen Berichterstattung ging man im Laufe der SKK-Tätigkeit offenbar von Halbjahres- zu Quartalsberichten über, von denen bislang auch erst solche gesichtet und ausgewertet wurden, die aus der Zeit nach der Auflösung der SKK stammen.²²⁷ Es fanden sich Quartals-Arbeitspläne einzelner Abteilungen, in denen Kontrollaufgaben, vorgesehene Inspektionen, Hilfeleistungen für ostdeutsche Verwaltungen und ähnliches in ihrem Umfang und Zweck, mit Terminen und Verantwortlichkeiten für drei Monate festgelegt waren. Eine entsprechende Abrechnung der Arbeitsergebnisse fehlt. Es bleibt künftiger institutionsgeschichtlicher Forschung vorbehalten, nach Formalisierung und Effektivität im regulären Berichtswesen zu fragen. Aus heutiger Sicht beurteilt, waren diese Berichte für die Moskauer Deutschlandpolitik kaum von Belang.

Von größerer Bedeutung dürften andere Arten von Meldungen nach Moskau gewesen sein, von denen einige erhalten sind. Da wären zunächst die Protokolle der (zumindest anfangs wöchentlichen) Beratungen beim Vorsitzenden der SKK und die Protokolle von hochrangigen Begegnungen mit Staats- und/oder SED-Vertretern anzuführen. Diese schriftlichen Zeugnisse der SKK-Arbeit gingen zwar nicht sofort, aber in der Regel nach angemessener Bearbeitungszeit im Moskauer Außenministerium ein. Die Protokolle der Chef-Sitzungen enthielten dabei, das sei ergänzt, nicht die Texte der Sachreferate. Sie vermerkten lediglich das Thema und die abschließende Entscheidung Čujkovs. Die Aufzeichnungen über Begegnungen mit deutschen Politikern gaben die Gespräche ausführlich, meist indirekt, wieder. Auch Aufzeichnungen von Begegnungen mit zweit- und dritrangigen deutschen Vertretern wurden in manchen Fällen nach Moskau geschickt. Es lag im Ermessen der empfangenden Abteilung, dieses Material zu nutzen. Ersten Einblicken in das Berichtswesen zufolge erstellte „der Deutschland-Referent der III. Europa-Abteilung des Außenministeriums kurze Zusammenfassungen der diplomatischen Berichte für den Außenminister. An den Apparat des ZK der KPdSU sandte der Leiter der III. Europa-Abteilung allerdings nur Berichte von herausragender Bedeutung.“²²⁸

²²⁶ Foitzik, Berichte, S. 1354f.

²²⁷ Foitzik, Berichte.

²²⁸ Ebenda, S. 1354.

Bedeutsam waren offensichtlich auch einige Einzelberichte und Analysen. Beschränkt auf einen pragmatisch bestimmten Zeitraum und einen mehr oder minder genau formulierten Problemzusammenhang, entstanden in SKK-Abteilungen Analysen, die nicht selten auch die Arbeit der SKK auf diesem Gebiet und die Haltung der Behörde in dieser Angelegenheit reflektierten. Von Auftragswerken kann nach jetzigem Kenntnisstand nicht die Rede sein; diese Berichte und Analysen entstanden allem Anschein nach vorwiegend auf eigene SKK-Initiative. Analysen zu Volkswirtschaftsproblemen wurden meist in den entsprechenden SKK-Abteilungen erstellt, manches dieser Art trägt allerdings auch die abschließende Unterschrift eines Mitarbeiters aus dem Apparat des Politberaters, der, wie erwähnt, über Unterlagen aus allen SKK-Abteilungen verfügte. So lieferte der Apparat des Politberaters 1950 „Einige Bemerkungen zu Fragen der Bewegung der Nationalen Front und der Lage in den bürgerlichen Parteien“²²⁹. Berichte über Programmatik, politische Arbeit, Postenbesetzungen und innere Auseinandersetzungen in den Parteien und Massenorganisationen wurden permanent erstellt.²³⁰ Im März 1952 entstand eine Studie zur Wirtschaft in der DDR 1951²³¹, im Herbst 1952 eine Analyse zur Finanzlage in der DDR.²³² Foitzik stieß auf einen Vermerk, in dem von einem 151 Seiten langen Bericht zur wirtschaftlichen Lage in der DDR 1952 die Rede ist.²³³

Die Moskauer Archive enthalten auch wertende Zusammenfassungen aus Berichtsteilen, kurze Informationen und eigenständige „zamečanija“ (Bemerkungen). Die SKK-Informationsabteilung verfaßte spezielle „Bulletins für internationale und innerdeutsche Information“ – ein ausschließlich intern verwendetes Informationsblatt in einer Auflage von etwa 60 Exemplaren. Es enthielt Beiträge von „eigenen Korrespondenten“. Auch spezielle Bulletins zur Wirtschaft Westdeutschlands sind bekannt. Es finden sich memorandumartige Stellungnahmen, von denen angenommen werden kann, daß sie für die Deutschen verfaßt worden waren und als Kopie den Weg der sowjetischen Berichterstattung gingen. Der Umgang mit diesen thematisch akzentuierten Berichten hing ebenfalls von der empfangenden Stelle ab.

Neben der III. Europa-Abteilung im Außenministerium war das die außenpolitische Abteilung des ZK der KPdSU. In den zuständigen Parteiarchiven in Moskau finden sich zahlreiche solcher Einzelberichte.²³⁴ Ob den Parteiapparat generell die gleichen Berichte erreichten wie das Außenministerium, bleibt zu prüfen. Im Bestand des vormaligen Parteiarchivs in Moskau fällt auf, daß dort besonders viele Berichte zu Sachverhalten aus dem Parteienleben, zur Gewerkschaftsarbeit und über Massenorganisationen aufbewahrt wurden. Eine institutionelle Diffusion, wie sie hinsichtlich der Berichterstattung während der SMAD-Zeit vermutet wird, hat es wohl dennoch nicht bzw. nicht in politisch relevantem Maße gegeben. Auszuschließen ist eine eigenständige Berichterstattung der SKK-Informationsabteilung an die Moskauer Parteizentrale. Alle Berichte gingen auf Veranlassung oder mit Billigung Čujkovs, eines seiner Stellvertreter oder Semenovs weiter. Für Spekulationen über ein Čujkov ignorierendes Agieren Semenovs besteht keinerlei Anlaß.

²²⁹ RZCHIDNI, fond 17, opis' 137, delo 309, listy 12–19.

²³⁰ Einige finden sich in RZCHIDNI, fond 17, opis' 137, delo 641–643; für 1952 ebenda, delo 891.

²³¹ AVP RF, fond 082, opis' 40, papka 261, delo 51, listy 101–119 (diesen Hinweis verdanke ich Dr. Jan Foitzik).

²³² RZCHIDNI, fond 17, opis' 137, delo 891, listy 138–160.

²³³ Foitzik, Berichte, S. 1355.

²³⁴ RZCHIDNI, fond 17, opis' 137. Im Bestand der Außenpolitischen Kommission des ZK der KPdSU(B) finden sich für den Zeitraum 1950–1952 über einhundert Ordner mit SKK-Material.

Darüber hinaus gingen die von der SED und anderen politischen Institutionen abgelieferten Materialien von Parteitag, Tagungen und Konferenzen nach Moskau; Statuten, Schulungsprogramme, Agitationsmaterialien und dergleichen wurden dorthin geschickt. Sie erreichten nach jetzigem Kenntnisstand zumindest den KPdSU-Parteiapparat, in der Regel wenige Wochen nach Abgabe in Berlin. Das meiste stammte von der SED: Sitzungsprotokolle des Politbüros, Protokolle thematischer Konferenzen im SED-Parteiapparat, einige Materialien aus Parteiüberprüfungen. In der Anlage wurden einzelne Gesetzestexte, Aufrufe, Entwürfe oder ähnliches mitgeliefert. Im Außenministerium ging möglicherweise noch einmal das gleiche Paket ein.

Vermutlich brachte das neue Verhältnis der sowjetischen Führung zu dem zwar nicht souveränen, aber doch inzwischen politisch erfahrenen Partner SED mehr Interesse für dessen Sicht mit sich. Im Dezember 1949 ermutigte Semenov die SED-Führung, sie „soll mehr Dokumente nach M. schicken, um mehr Meinung zu hören über wiss. und pol. Fragen“²³⁵. Die Art der Ablage zeigt aber, daß das nach Moskau geschickte Material sowohl im Außenministerium als auch in der außenpolitischen ZK-Abteilung als Makulatur die Ordner füllte und kaum zur Auswertung kam. Diesbezüglich verließen sich beide Einrichtungen auf deutlichere Signale aus Berlin-Karlshorst. Gegebenenfalls hätte das umfängliche Material dann wohl zur Illustration gedient.

Bei akutem Meldebedarf bedienten sich SKK-Chef und Politberater geheimer Telegramme. Diese Quellengruppe unterliegt einer besonders strengen Sperrung, lediglich von Juni 1953 konnten einige solcher Telegramme studiert werden. Es handelt sich hier nicht um Telegramme im herkömmlichen Sinne, weder vom Umfang noch vom Schreibstil her betrachtet, eher um eine Art Kurzmeldung in knapper Sprache auf ein bis zwei A4-Seiten. „Telefonogramma“ hieß eine solche Mitteilung im Original. Man kann vermuten, daß diese Kurzmeldungen an das Außenministerium sowie gleichlautende oder ähnliche Meldungen Čujkovs an den Generalstab das Hauptmittel des Informationsflusses nach Moskau waren. Auch Anweisungen aus Moskau dürften die SKK-Führung zuerst auf diesem Wege erreicht haben.

Čujkov und Semenov weilten zu Berichterstattungen und Besprechungen in Abständen in Moskau. Treffen mit Stalin waren dabei nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Die beiden werden im Außenministerium, in der Regierung, im Politbüro und eventuell in einzelnen Ministerien vorstellig geworden sein. Zeugnisse darüber sind, von Semenovs Memoiren einmal abgesehen, nicht bekannt.

i) Die *Tägliche Rundschau*

Seit der SMAD-Zeit stellte die Tageszeitung *Tägliche Rundschau* ein spezifisches Medium sowjetischer Einflußnahme dar.²³⁶ Das Sprachrohr der Besatzungsmacht erschien in zwei Ausgaben: einer Ausgabe I mit sechs Seiten und einer erweiterten Ausgabe II für den Raum Berlin mit zusätzlich zwei Seiten „Berliner Rundschau“. Es hatte nach der DDR-Gründung eine Auflage von etwa 288 000 (1951) bis 200 000 (1952) und 170 000 (1954) Exemplaren.²³⁷ Die Redaktion wurde von 1945 bis September 1950 von *Aleksandr Vladimirovič Kirsanov*, Ende 1950 zwischenzeitlich kurz von *V. I. Nemčinov* und 1951 bis

²³⁵ Besprechung Piecks und Ulbrichts mit Semenov am 12.12.1949, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 319f., hier S. 319.

²³⁶ Zur Geschichte der Zeitung siehe Strunk, Zensur, S. 36–63.

²³⁷ Ebenda, S. 61.

1955 von *Michail Petrovič Sokolov* geleitet. Über diese Zeitung, die 1949 in die Zuständigkeit von Politberater Semenov fiel, wurden auch nach der DDR-Gründung sowjetische Interessen artikuliert und verbreitet. Neben der *Täglichen Rundschau* erschien die Wochenzeitung *Neue Welt*, eine Illustrierte mit politischen und Kulturbeiträgen aus aller Welt.

Zunächst einmal bestand aus sowjetischer Sicht Bedarf an einer breiten, verständlichen Propaganda für die Sowjetunion. Die *Tägliche Rundschau* betrieb vor allem Aufklärung über Kultur- und Sozialleistungen in den Republiken der UdSSR. Sie „warb“ selbstverständlich für das sowjetische Vorbild. Als Vermittlerin sowjetischer Politik trat sie insofern auf, als sie offizielle sowjetische Innen- und Außenpolitik populär erläuterte.

Als spezielles Organ der SKK kann die *Tägliche Rundschau* indes nur bedingt gelten. Vom Politberater beaufsichtigt, wirkte ihre Redaktion relativ eigenständig. Von der Arbeit der Kontrollbehörde war auf den Seiten des Tagesblattes kaum mehr zu lesen als im SED-Zentralorgan *Neues Deutschland*. Reicher an „sowjetischem Geist“ waren eher ihre kulturpolitischen und Ideologie-Artikel.

Dennoch war die Zeitung mehr als nur ein Kulturblatt zum Zwecke prosowjetischer Überzeugungsarbeit. Ihre reale Wirkung war auch darauf ausgerichtet, aktuelle politische Signale auszusenden. In dieser Funktion kam ihr zustatten, daß im Mitarbeiterstab hochgebildete sowjetische Deutschlandkenner mit deutschen Kommunisten kooperierten. In der *Täglichen Rundschau* gingen deutsches kommunistisch-sozialistisches Gedankengut, diverse sowjetische Sichtweisen und realer DDR-Alltagsbezug eine für Propagandazwecke operativ nutzbare Symbiose ein. Zum anderen bewirkte die direkte Beaufsichtigung durch den Politberater, daß gerade er sich aktiv, aber unauffällig in ostdeutsche Meinungs- und Konzeptbildung einmischen konnte. Semenovs Memoiren bestätigten nun die alte Vermutung, daß er es war, der unter dem Pseudonym N. Orlov in einigen Fällen politische Weichen stellte. Seine Artikel dienten dazu, „etwas Druck auf unsere deutschen Freunde auszuüben“²³⁸, wobei nicht selten der Ton die Musik machte. Einer seiner berühmtesten Beiträge war der polemische Artikel „Wege und Irrwege der modernen Kunst“²³⁹, der Ende Januar 1951 die „folgeschwerste Wende in der Kulturpolitik“ der DDR, die Formalismus-Debatte, einleitete.²⁴⁰

Die *Tägliche Rundschau* wurde, wie Semičastnov Anfang 1953 kritisch vermerkte, bis dahin „von niemandem zensiert“²⁴¹. Die dem Politberater unterstellte Zeitung war wegen ungeklärter Zensurbestimmungen bei großer räumlicher Distanz zum politischen Zentrum nicht dazu befähigt, Wendungen in der Moskauer Deutschlandpolitik rasch mitzuvollziehen. Während man ihr in Moskau beispielsweise im Mai 1952 „abstrakten Pazifismus“ und SPD-Sympathien vorwarf, gleichzeitig aber in ihren Beiträgen die Orientierung auf landwirtschaftliche Genossenschaften kritisierte, hieß es im Februar 1953, die Zeitung propagiere einen zu diktatorischen, wenig taktvollen Umgang mit DDR-Behörden; sie sollte nunmehr der SKK-Informationsabteilung unterstellt werden.²⁴² – In der *Täglichen*

²³⁸ Semjonow, Von Stalin, S. 255.

²³⁹ *Tägliche Rundschau* vom 20. und 21.1.1951, jeweils S. 4. Zu den Mutmaßungen um die Autorenschaft siehe Heider, Politik, S. 118.

²⁴⁰ Mittenzwei, Brecht, S. 453.

²⁴¹ Schreiben Semičastnovs an die Abteilung Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU(B), RZCHIDNI, fond 17, opis' 132, delo 523, listy 111f.

²⁴² RZCHIDNI, fond 17, opis' 137, delo 887; opis' 132, delo 523, list 113. Auf die Auseinandersetzungen um die „*Tägliche Rundschau*“ ging Filitov, Soviet Policy, ein. Allerdings zog er aus der Kritik an der Zeitung direkte Schlüsse auf deutschlandpolitische Absichten in Moskau und Berlin, was meines Erachtens unzulässig ist. Die Auseinandersetzung verdeutlicht lediglich die Schwierigkeit der „Fremdherrschaft“.

Rundschau zeichneten sich deutschlandpolitische Unausgewogenheiten vermutlich in viel stärkerem Maße ab als in der sowjetischen Presse.

Andererseits erlebten die Korrespondenten des Blattes den DDR-Alltag intensiver und facettenreicher als die SKK-Bürokraten, von den in Moskau agierenden Deutschlandexperten ganz zu schweigen. Zahlreiche Deutsche arbeiteten in der Redaktion als Ressortchefs oder als freie Mitarbeiter an den Beiträgen mit. Sie konnten dabei eigene Sichten auf deutsche Geschehnisse vertreten und die sowjetischen Kollegen beeinflussen. Auf den Seiten des Blattes schlug sich daher viel lebendige Erfahrung der „Russen“ in Deutschland nieder. Wie schon vor 1949 kam es deshalb auch zu SKK-Zeiten wiederholt zu internen Auseinandersetzungen zwischen der Redaktion und der sowjetischen Kontrollbehörde um einzelne Beiträge oder gar, wie im Frühjahr 1952 und im Frühjahr 1953, um die „Linie“ der Zeitung schlechthin. Sie dürften die zahlreichen personellen Veränderungen in der Redaktion, die der Politberater Semenov zwischen 1949 und 1951 in die Wege leitete²⁴³, mit verursacht haben.

Im Zusammenhang mit der Auflösung der SKK war vorgesehen, daß die sowjetischen Dienststellen die Herausgabe von *Täglicher Rundschau* und *Neuer Welt* Ende Juli 1953 einstellten. Gebäude, Verlag und Druckereien sollten „unter entsprechender Entgeltung des Wertes“ der DDR übergeben werden.²⁴⁴ Die Ereignisse des 17. Juni 1953 mögen zu einer Revidierung des Beschlusses geführt haben.²⁴⁵ Zumindest bestätigte das Präsidium des ZK der KPdSU die Rücknahme der Entscheidung am 31. Juli 1953.²⁴⁶ Die *Tägliche Rundschau* erschien folglich auch unter dem Hohen Kommissar der UdSSR in Deutschland bis 1955 weiter, nun aber ohne eine bedeutende Rolle in der Presselandschaft der DDR zu spielen. Eine umfassende mediengeschichtliche Untersuchung für die Zeit nach 1949 steht noch aus.

8. Weitere Veränderungen und eine Modifizierung des Gründungsgedankens (Mitte 1952)

Im Sommer 1952 erfuhr die SKK einen vergleichsweise bedeutsamen Umbau, der auf eine wesentliche Modifizierung der Idee von „*Souveränität unter Vorbehalt*“ schließen läßt. Eine Reihe zweitrangiger Veränderungen, die unabhängig davon und zum Teil vorher schon durchgesetzt wurden, erhielten vor dem Hintergrund der konzeptionellen Modifizierung dann eine eigentümliche Wirkung.

Die Rede ist von zwei Neuschöpfungen unter den Abteilungen der SKK. Auf den ersten Blick scheinen sie in engem Zusammenhang mit der Proklamierung des sozialistischen Aufbaus in der DDR auf der 2. Parteikonferenz der SED Anfang Juli 1952 zu stehen. Die neuen Abteilungen waren nachfolgend tatsächlich intensiv an gesellschaftsge-

²⁴³ Strunk, Zensur, S. 61.

²⁴⁴ Mitteilung Semenovs an Grotewohl am 27.7.1953, SAPMO BArch, NY 4090/316, Bl. 256. Eine entsprechende Aussage enthielt der Ministerratsbeschluß „Über die Reorganisation der sowjetischen Organe in Deutschland“ vom 16.6.1953 (siehe Kapitel 9).

²⁴⁵ So Strunk, Zensur, S. 61.

²⁴⁶ Protokoll Nr. 21 der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU am 31.7.1953, ZCHSD, fond 3, opis' 10, delo 36, listy 1, 13.

staltenden Entscheidungen mit unmittelbarem Sozialismus-Ziel beteiligt. Wie jedoch am Beispiel einer der Abteilungen, der Landwirtschaftsabteilung, bereits gezeigt werden konnte²⁴⁷, waren die Neuschöpfungen nicht unbedingt Folge eines Kurswechsels in Richtung der dann von ihnen mitgetragenen Politik.

Aufgrund von unbefriedigenden Ergebnissen in der Arbeit der SKK-Agrarexperten kam man Anfang 1952 in der Behörde zu dem Schluß, diesem wichtigen volkswirtschaftlichen Bereich eine spezielle Abteilung widmen zu müssen, wie dies auch schon in der SMAD der Fall gewesen war. Der Versuch von 1951, sich mit einer Unterabteilung zu begnügen, hatte keine hinreichenden Ergebnisse gebracht. Bei Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, bei Kredit- und Steuerpolitik, beim Neubauernbauprogramm und bei der Neuvergabe von verlassenen Bauernhöfen, bei der wirtschaftlichen Festigung von VEG und MAS wurden zum Frühjahr 1952 hin außerordentliche Schwierigkeiten erwartet. Die SKK-Leitung beantragte daher die Einrichtung einer selbständigen *Landwirtschaftsabteilung*, die dann auch im Frühsommer (wohl im Mai) 1952 entstand. Als Abteilungsleiter wurde aus dem Landwirtschaftsministerium der UdSSR im Mai 1952 A. D. Stupov nach Berlin beordert.

Gleichzeitig entstand eine *Abteilung für Staatsaufbau*, die zum Teil Aufgaben der Abteilung für Verwaltungsfragen mit übernahm. Diese Neuerung steht in einem etwas komplizierteren deutschlandpolitischen Zusammenhang, der sich wegen Quellenmangels noch nicht völlig ausleuchten läßt. Es stellt sich die Frage, worin die eigentliche Aufgabe einer solchen Abteilung von 1952 an bestehen sollte und wieso die seit 1949 bestehende Abteilung für Verwaltungsfragen dies nicht auch hätte leisten können. Selbst als die Zentralisierung im Staatsapparat Mitte 1952 mit der Abschaffung der Länder und der Einrichtung von Koordinierungs- und Kontrollstellen beim DDR-Ministerrat eine neue Stufe erreichte, wurde eine intensivere Kontrolle doch keineswegs nötig. Die neue Abteilung war durchschnittlich groß: 30 Stellen waren für sie beantragt. Ihr Name läßt vermuten, daß ihre Aufgaben auf dem Feld der staatspolitischen Reformen von 1952 lagen.

Bekanntlich war die SED im April 1952 von Stalin mit einer Reihe wichtiger staatspolitischer Maßnahmen beauftragt beziehungsweise zu ihrer Durchführung ermutigt worden.²⁴⁸ Der sowjetischen Aufzeichnung des Spitzentreffens zufolge erklärte Stalin am 7. April in Moskau, an Pieck, Ulbricht und Grotewohl gewandt: „Ihr müßt euren eigenen Staat aufbauen ...“²⁴⁹, was einige Historiker als Beleg für einen alternativlosen Teilerkurs ansehen. Doch war die Order weder neu – Pieck hielt sie nicht einmal einer Notiz für wert – noch läßt sie auf Eingleisigkeit in der sowjetischen Deutschlandpolitik schließen. Auch 1952 und insbesondere noch bis zum Sommer war ein Arrangement mit den Westmächten für einige Politiker im Kreml nicht undenkbar und eine alliierte Friedensvertragsregelung mehrheitlich gewünscht. Verfechter des beschleunigten Übergangs zum

²⁴⁷ Scherstjanoi, DDR.

²⁴⁸ Dokumente zur Reise einer SED-Delegation nach Moskau vom 29.3.–10.4.1952, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 382–399; insbesondere zur Schlußbesprechung mit Stalin am 7.4., S. 396f. Die Interpretation ist stark von der historiographischen Kontroverse um die sowjetische Deutschlandpolitik vom Frühjahr 1952 tangiert, auf die hier nur knapp eingegangen werden soll. Vergleiche Scherstjanoi, Debatte; Scherstjanoi, DDR.

²⁴⁹ Das Dokument befindet sich im Präsidentenarchiv. Es wurde leider nur als kleiner Ausschnitt von buchstäblich zwölf Sätzen aus dem Redebeitrag Stalins, obendrein in englischer Übersetzung, bekanntgegeben (Cold War international History Project. Bulletin, hrsg. Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington, D.C., Fall 1994, Issue 4, p. 48).

Staatssozialismus mit weitergehender Einbindung der DDR in den Ostblock konnten sich allerdings mehr und mehr durchsetzen, als die Absage der Westmächte denjenigen Recht zu geben schien, die die Integration der Bundesrepublik ins westliche Lager und dessen Konsolidierung für unaufhaltsam hielten. Die Vorgänge ähnelten in ihrer Logik denen von Ende 1949/Anfang 1950, mit dem signifikanten Unterschied, daß die Separierungs- und Konsolidierungsbefürworter in Berlin und Moskau nun zahlreicher waren.

Im Frühjahr 1952 dominierten unter ihnen die Protagonisten eines forcierten Sozialismusaufbaus in der DDR noch nicht. Aus der unklaren westlichen Reaktion auf die Stalin-Note vom März 1952 leitete die sowjetische Führung zunächst die Notwendigkeit ab, eigene Positionen in Ostdeutschland zu sichern und gleichzeitig flexibel zu bleiben. „Im Zusammenhang mit dem Besuch Piecks, Grotewohls und Ulbrichts Anfang April“, schrieb der Leiter der III. Europa-Abteilung Gribanov am 18. April 1952 in einer Mitteilung an Außenminister Vyšinskij, „und im Ergebnis einer zweimaligen Begegnung des ZK der KPdSU(B) mit ihnen wurden einige Beschlüsse des Ministerrats der UdSSR verabschiedet, die auf die *Festigung des gesamten Systems der sowjetischen Machtorgane in Deutschland* gerichtet sind.“²⁵⁰ Damit seien neben dem Beschluß Nr. 1788–671 ss vom 14. April 1952 zur Reorganisation des Sicherheitssystems an der Demarkationslinie²⁵¹ auch Maßnahmen „zur Verbesserung der Arbeit der SKK“ gemeint, darunter zur Schaffung der beiden neuen Abteilungen²⁵² sowie zur Reinstallierung der beiden ursprünglich vorhandenen Stellvertreterposten für Zivilverwaltung (nun im weiteren Sinne „für Staatsaufbau“) und für Industrie. Über das neue Grenzregime wurden Pieck, Grotewohl und Ulbricht noch am 14. April in Berlin informiert.²⁵³

Auf staatlicher Ebene und in der Wirtschaftsverwaltung der DDR sollten neue zentrale Institutionen mehr Effektivität bringen. Die Fülle der ins Auge gefaßten Strukturveränderungen hätte die Abteilung Verwaltungsfragen der SKK – bei Lichte besehen – nicht unbedingt überfordert. SKK und Außenministerium argumentierten jedoch, der in seiner Bedeutung wachsende Bereich des Staatsaufbaus könne nicht länger „faktisch außerhalb der SKK-Kontrolle“ vonstatten gehen, insbesondere da es die DDR-Führung für erforderlich hielt, in kürzester Zeit eine administrativ-territoriale Reform durchzuführen.²⁵⁴ Was hinter der Formulierung „außerhalb der SKK-Kontrolle“ steckte, kann nur vermutet werden: Es ging wohl um die Einflußnahme im militärischen und Sicherheitsbereich. Möglicherweise konnten diese Bereiche durch die neue Abteilung stärker eingegliedert werden.

Die Installierung einer zusätzlichen Kontrollabteilung für staatsgestalterische Unternehmungen in der DDR im Frühsommer 1952 ist also ein Indiz dafür, daß anstehende Veränderungen als politisch diffizil angesehen wurden. Das mußte sich nicht nur auf die

²⁵⁰ Schreiben Gribanovs an Vyšinskij, 18.4.1952, AVP RF, fond 082, opis' 40, papka 256, delo 18, listy 7–9, hier list 7. Hervorhebungen durch die Verfasserin.

²⁵¹ Zur damit zusammenhängenden Zwangsaussiedlung unter dem Code „Aktion Ungeziefer“, aber auch zu einigen Details der Absprachen zwischen SKK und SED bzw. DDR-Innenministerium siehe Bennewitz/Potratz, Zwangsaussiedlungen.

²⁵² Das Dokument enthält in der Begründung zur Schaffung der Abteilung für Landwirtschaft der SKK bemerkenswerterweise keinen Hinweis auf LPG.

²⁵³ Besprechung Piecks, Grotewohls und Ulbrichts mit Čujkov und Semenov am 14.4.1952, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 400f.

²⁵⁴ Schreiben Gribanovs an Vyšinskij, 18.4.1952, AVP RF, fond 082, opis' 40, papka 256, delo 18, listy 7–9, hier list 8.

angesprochene Reform beziehen. Ebenso steht zu bezweifeln, daß Schwierigkeiten bei der Übernahme sowjetischer Vorbilder befürchtet wurden. Bereitschaft und Befähigung dazu waren bei der SED inzwischen hinreichend ausgeprägt. Als diffizil wurde die Situation wohl eher im Hinblick auf eine *noch extremere Ambivalenz* eingeschätzt, die sich aus der Orientierung auf den Ausbau staatlicher Positionen der SED einerseits und aus dem deutschlandpolitischen Engagement der UdSSR für einen Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland andererseits ergab. Was dem heutigen Betrachter angesichts der Folgen absurd erscheinen mag, kann sich den Deutschlandpolitikern in Moskau im Frühjahr 1952 durchaus als beherrschbarer, aber eben schwieriger Drahtseilakt dargestellt haben.

Staatspolitische Kontrolle gewann also erneut größere Bedeutung in der SKK. Sie sollte umfassender betrieben werden. So wie 1949 bis 1951 der Leiter der Abteilung für Verwaltungsfragen gleichzeitig als einer der Stellvertreter des SKK-Chefs fungierte, sollte der Leiter der neuen Abteilung für Staatsaufbau nun in Personalunion auch Čujkovs *Stellvertreter für Staatsaufbau* werden. Bei der Begründung für diesen neuen Stellvertreterposten berief man sich im Außenministerium auf die ursprüngliche Kombination von 1949. Bei der Stellenbesetzung fiel die Wahl jedoch nicht auf den Vorschlag von Čujkov und Semenov.²⁵⁵ Nach einer für uns nicht nachvollziehbaren Klärung dieser Personalfrage kam A. M. Petrov als Stellvertreter für Staatsaufbau nach Berlin. Vermutlich war er zuvor leitender Mitarbeiter des sowjetischen Innenministeriums gewesen. Interessanterweise übertrug man ihm die Aufsicht nicht nur über die Abteilung für Staatsaufbau, sondern auch über die ebenfalls neu gegründete Abteilung für Landwirtschaft. Anfang Mai wurde er in Berlin angekündigt.²⁵⁶ Wahrscheinlich übernahm Petrov als Stellvertreter für Staatsaufbau einen Teil der Aufgaben des 1951 eingerichteten Postens des Stellvertreeters für die Inspektion.

Die Arbeit in der *Abteilung für Staatsaufbau* leitete de facto Petrovs Stellvertreter A. F. Susin, bislang Stellvertreter des Berliner SKK-Vertreters. Darüber hinaus kam es zu bemerkenswerten personellen Veränderungen in den politischen Abteilungen der SKK. Die *Abteilung für Verwaltungsfragen* bekam einen neuen Leiter: G. G. Chronov. Mit P. I. Pastuchov und F. D. Titov blieben erfahrene Mitarbeiter der Abteilung als Stellvertreter in leitender Stellung. – Der langjährige Leiter der *Abteilung für Information* Kijatkin wurde aber versetzt. Ende Mai 1952 trat an seine Stelle Alexandr Leonidovič Orlov, der erst kurz zuvor in den diplomatischen Dienst getreten war. Petr Semenovič Ljul'ka blieb stellvertretender Abteilungsleiter, doch im Kreis der führenden Mitarbeiter tauchten Mitte 1952 viele neue Namen auf: Stellvertreter Nikolaj Dmitrievič Kostenko; für Propaganda verantwortlich V. T. Danilov; für CDU, LDPD, DBD und NDPD – V. P. Grenkov.²⁵⁷ M. M. Kijatkin übernahm die Leitung der *Abteilung für gesamtdeutsche Fragen*. Gemeinsam mit den bewährten I. A. Fadejkin und N. N. Šinkov (zuvor in der Abteilung für Wirtschaftsfragen) zeichnete er damit für ein inzwischen noch brisanteres Aufgabenfeld verantwortlich. Betreut wurde die Abteilung von I. S. Bakulin, der im Range eines Stellvertreeters von Politberater Semenov in der SKK-Führung agierte. Der Zweck all dieser Personal-

²⁵⁵ Sie schlugen „Genossen Abrasimov“ vor, bei dem es sich möglicherweise um den späteren Botschafter der UdSSR in der DDR handelte (Schreiben von Zverev und Vyšinskij an Molotov, 19.4.1952, AVP RF, fond 082, opis' 40, papka 256, delo 18, listy 10–12, hier list 11).

²⁵⁶ Besprechung Piecks mit Čujkov am 7.5.1952, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 403.

²⁵⁷ In einigen Fällen kann es sich bei den neuen Unterabteilungsleitern und Hauptreferenten um in der Abteilung Aufgestiegene gehandelt haben.

veränderungen ist noch gründlich zu untersuchen. – Etwas „aufgefrischt“ wurde auch der *Apparat des Politberaters*. Seine Stellvertreter *I. S. Bakulin* und *E. T. Eliseev* sowie Gehilfe *G. N. Micheev* standen ihm weiterhin zur Seite, neue Gehilfen und Abteilungsleiter wurden berufen. *Semenovs* „rechter Hand“, *Ivan Ivanovič Il'ičev*, war nun eine verantwortungsvollere Funktion außerhalb der SKK zugeordnet.

Neben den weiterhin fungierenden *Ersten Stellvertreter Semičastnov*, *Politberater Semenov*, *Stellvertreter für SAG Kobulov* sowie dem neuen *Stellvertreter für Staatsaufbau* bekam der Vorsitzende der SKK noch einen weiteren Stellvertreter hinzu, den *Stellvertreter für Industrie*. Die Reinstallierung des Postens *Stellvertreter für Industrie* und die folgende Ämterhäufung im Wirtschaftsbereich gehen in erster Linie auf die geplante Forcierung der Rüstungsindustrie zurück. Auf DDR-Seite wurde dafür im Juni 1952 ein besonderes Büro für Wirtschaftsfragen (es bestand seit 1951 dem Innenminister direkt unterstellt²⁵⁸, wofür ein gleichrangiges und gleichbedeutendes Pendant in der SKK-Führung vonnöten war. Die SKK mußte 1952 aber auch generell feststellen, daß die DDR-Volkswirtschaft, insbesondere ihre Finanzen, im zweiten Jahr des Fünfjahresplans verlustreich verwaltet wurden, wobei die sowjetische Interessenvertreterin eigene technische Fehler bei der Kontrolle durchaus in Betracht zog. Die enorme Zusatzbelastung für die ostdeutsche Wirtschaft, die ihr das Rüstungsprogramm nun auferlegte, begriffen SKK-Vertreter 1952 weder als Gefahr für ihr Ansehen noch als riskante Herausforderung an das SED-Regime. Unsicherheit bestand „lediglich“ in bezug auf die möglichst zügige Umsetzung der volkswirtschaftlichen Schwerpunktverlagerung.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß in diesem Zusammenhang der frühere Stellvertreter für Industrie *Michail Iosifovič Perelivčenko* nun in die SKK-Leitung zurückkehrte. Er hatte Deutschland vorübergehend verlassen, nun schienen seine Deutschland-erfahrungen wohl erneut von Nutzen. Auch *V. K. Sitin* kehrte nach Berlin auf den Posten des Leiters der *SKK-Finanzabteilung* zurück. Diese Entscheidungen dürften Ausdruck erheblichen Lenkungs- und Optimierungsbedarfs im Volkswirtschaftsbereich gewesen sein. Gleichzeitig auf Erfahrung setzend, bestätigte die sowjetische Führung die Leiter wichtiger Wirtschaftsabteilungen der SKK: *B. A. Chomjakov*, *L. M. Matveev*, *A. P. Postnikov*, *B. D. Odinokov* und *P. K. Sirotin* standen weiterhin an der Spitze der *Abteilung für Wirtschaftsfragen*; nach dem Ausscheiden von Industrie-Fachmann *A. I. Kozlov*, blieben in der *Abteilung für Industrie* seine Stellvertreter *A. F. Beschlebnij*, *A. A. Gusev* und *A. A. Tarasov* im Amt; *N. Mel'nikov* und *A. N. Strel'cov* leiteten nach wie vor die *Verwaltung für Reparationen* der SKK.

Gleichzeitig kam die Gesamtleitung des DDR-Volkswirtschaftsbereichs in neue Hände. Für *Bykov* kam als Neuling *A. F. Maširin* auf den Posten des *Stellvertreters für Wirtschaftsfragen*.²⁵⁹ Die Ablösung *Bykovs* ist mit einem formellen Ablauf der Dienstzeit in Deutschland nicht erklärbar; der neue Stellvertreter muß über spezifische Fachkenntnisse verfügt haben, die nun von Bedeutung waren (eventuell hinsichtlich Rüstungsindustrie), was jedoch bislang nicht geklärt werden konnte.

So kam es also Mitte 1952 in der SKK-Struktur und unter dem Führungspersonal zu wesentlichen Neuerungen: Allen Sparzwängen zum Trotz wurde die Führungsspitze der

²⁵⁸ Siehe dazu *Diedrich*, Aufrüstungsvorbereitung.

²⁵⁹ Ursprünglich war an den Stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission *Pautin* gedacht, den sein Chef *Saburov* jedoch nicht entlassen wollte (AVP RF, fond 082, opis' 40, papka 256, delo 18, list 12).

sowjetischen Interessenvertretung in Deutschland in bemerkenswerter Weise erneut aus- und umgebaut. Der Mitarbeiterstab wuchs infolge der Schaffung der beiden neuen Abteilungen um 50 Stellen an. Hypothetisch kann festgehalten werden, daß diese strukturellen Veränderungen in der SKK, die Ende Mai 1952 weitgehend abgeschlossen waren²⁶⁰, allgemein dem Bedürfnis nach mehr militärischer Sicherheit entsprangen, zunächst aber auch noch Ausdruck weitgehender konzeptioneller Unbestimmtheit in der sowjetischen Deutschland- und Europapolitik waren. Aus längerfristig entstandenen Schwierigkeiten in der DDR und akuten Neuanforderungen an das frühere Besatzungsgebiet schlußfolgerten die Moskauer Führungskräfte im Frühjahr/Sommer 1952, daß es dort einer maßgeblichen *Straffung des sowjetischen Kontroll- und Lenkungsregimes* bedürfe.

Neben der genannten Novellierung der SKK-Struktur, insbesondere im Gefüge der Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden, kam es im Verlauf der Monate Mai bis Juli zu einer relativen Stärkung der „militärischen Fraktion“ in der Behörde. In Moskau selbst wuchs in dieser Zeit der Einfluß der Militärs erneut an.²⁶¹ Das zunehmende militärische Interesse der UdSSR am ostdeutschen Territorium schlug sich 1952 im Versuch nieder, das System der sowjetischen Kommandanturen zu reinstallieren. Čujkov dürfte sich in seiner speziellen Berufung als Truppenchef bestärkt gesehen haben, als entschieden wurde, die Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen als politische Größe auszubauen und ihre Verbindung zur Kontrolle im Zivilbereich enger zu gestalten. Das allgemeine Interesse an mehr rüstungsindustrieller Ausbeute aus der DDR unterstützte solche Bestrebungen.

Die Zahl der Kommandanturen war schon vor 1949 erheblich eingeschränkt²⁶² und bis 1950 im wesentlichen auf die Orte der Truppenpräsenz reduziert worden. Aus Gesprächsaufzeichnungen Wilhelm Piecks ist bekannt, daß die Moskauer Führung bereits Anfang April 1952 zu erkennen gab, sie beabsichtige, „die liquidierten Sowjetkommandanturen wiederher[zu]stellen“.²⁶³ Am 14. April 1952 wurde mit Beschluß Nr. 1787–670 ss des Ministerrats entschieden, „in der sowjetischen Zone 140 Kommandanturen zu schaffen“, die den Chefs der vorhandenen Garnisonen unterstellt werden sollten. Auch diese Maßnahme gehörte in den Komplex von Entscheidungen zur Stärkung sowjetischer Organe in Deutschland.²⁶⁴ Ob der Beschluß in vollem Umfang realisiert wurde, konnte nicht ermit-

²⁶⁰ Am 26.5. bekam Pieck die neuen Namen genannt (Besprechung Piecks in Karlshorst am 26.5.1952, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 404).

²⁶¹ Während in diplomatischen wie sicherheitspolitischen Kreisen ein weiteres Mal starke Verunsicherungen um sich griffen – das sogenannte Ärztekomploit wurde zum Zwecke von „Säuberungen“ gerade konstruiert –, kamen 1952 aus noch unklaren Gründen einige der im Zusammenhang mit der Denunzierung Žukovs verhafteten Generäle wieder frei (Siehe Sudoplatow/Sudoplatow, Handlanger, S. 362f.; Simonow, Konstantin: Zur Biographie Georgij Konstantinovič Žukovs, in: Simonow, Sicht, S. 300–397, hier S. 328).

²⁶² Nach Foitzik, der sich auf sowjetische Dissertationen beruft, bestanden im April 1946 507 Kommandanturen in der SBZ, im Herbst 1946 325 und in der ersten Hälfte 1948 157 Kommandanturen (Inventar, S. 8f.). Eine russische Quelle vom Frühjahr 1948 nennt im Zusammenhang mit einer Einschätzung der Kommandanturen als unteren Apparat der SMAD die Zahl von 171 Kommandanten in der SBZ (Bericht einer Untersuchungskommission über die Arbeit der Informationsverwaltung der SMAD, in: SVAG, S. 210–216, hier S. 215).

²⁶³ Notizen Piecks während des Spitzentreffens in Moskau vom 29.3.–10.4.1952, Schlußbesprechung mit Stalin am 7.4.1952, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 382–399, hier S. 396. Die von Pieck festgehaltene Zahl 3000 könnte die geplante Gesamtmannschaftsstärke der Kommandanturen meinen, was allerdings eine geringe Stärke, in etwa vergleichbar dem Stand von 1949, bedeuten würde. Die Belegungen hätten aus dem Kontingent der stationierten Besatzungstruppen geholt werden können.

²⁶⁴ Schreiben Gribanovs an Vyšinskij, 18.4.1952, AVP RF, fond 082, opis' 40, papka 256, delo 18 listy 7–9, hier list 7.

telt werden. Zeugnisse einzelner Reinstallierungen der Kommandanturen als „Dienstorgane der SKK“ liegen vor.²⁶⁵

Čujkov bat im Zusammenhang mit der Schaffung von Kommandanturen um Vergrößerung der Zahl der Truppenangehörigen um 1340 Mann (129 Offiziere, 158 Sergeanten, 1053 Soldaten), doch das Kriegsministerium meinte, die Besatzungen seien aus der Truppe vor Ort zu rekrutieren. Im August 1952 war das noch nicht entschieden.²⁶⁶ Nach vorliegenden Kenntnissen ist die Reinstallierung der Kommandanturen letztlich auch nicht im geplanten Ausmaß erfolgt. Zu konstatieren bleibt: Zunächst war – zumindest in begrenztem Umfang – eine Rückkehr zu Kontroll- und Einflußstrukturen der unmittelbaren Nachkriegszeit ins Auge gefaßt.

Die Tatsache, daß der offiziellen SKK-Protokolliste von Ende Juni 1952 einen Monat später noch ein Nachtrag mit Entscheidungen im Militärbereich hinzugefügt wurde (Dokument 12), paßt wiederum in einen Kontext von Indizien, die auf wichtige deutschlandpolitische Entscheidungen in Moskau Mitte Juli 1952 hindeuten. In der SKK wurden neue Leiter der militärisch relevanten Abteilungen benannt. Etwa 1000 Militärberater waren vorgesehen.²⁶⁷ Als sechster *Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden* wurde der im November 1951 neu berufene Leiter der MGB-Residentur in Berlin Generalmajor *Michail K. Kaverznev* bestätigt.²⁶⁸

Zur Modifizierung sowjetischer Vorgehensweisen in Deutschland mag auch die Ablösung des seit DDR-Gründung eingesetzten Leiters der diplomatischen Mission bei der Regierung der DDR Georgij Maksimovič Puškin durch den vormaligen Chef-Aufklärer im Generalstab und bisherigen Stellvertreter Semenovs *Ivan Ivanovič Il'ičev* am 1. Juni 1952 gehört haben. Puškin wurde stellvertretender Außenminister – mit weit weniger realem Einfluß auf Deutschland. Im Juli 1954 sollte er übrigens, was niemand so vorhersah, die neu geschaffene Botschaft der UdSSR in der DDR übernehmen.

Die im Sommer 1952 ihren Höhepunkt erreichende Verteidigungshysterie im Kalten Krieg mündete sowjetischerseits, so ist zu schlußfolgern, nicht nur in eine Aufwertung

²⁶⁵ Aktennotiz und ein Brief an den Brandenburger Ministerpräsidenten vom 16. und 17. Juni 1952 betreffs der Ausstattung eines „unlängst wieder eingerichteten Dienstorganes der SKK in der Stadt Seelow“ (Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 202 A-1349, Bl. 204–206; den Hinweis verdanke ich Dr. Jan Foitzik).

²⁶⁶ Begleitschreiben von Vyšinskij, Zverev, Sokolovskij und anderen zum Projekt des Regierungsbeschlusses über die teilweise Veränderung der SKK-Struktur, 13.8.1952, AVP RF, fond 082, opis' 40, pakpa 256, delo 18, listy 14–15.

²⁶⁷ Mitschrift Grotewohls von einer Begegnung mit Vertretern der KPdSU-Führung in Moskau, 4.6.1953, SAMPO BArch, NY 4090/699, Bl. 38.

²⁶⁸ Einen anderen als den dokumentierten Quellenbeleg gibt es dafür bislang allerdings nicht. Vieles im Bereich der Personalbesetzung – auch in den militärischen Struktureinheiten – schien im Sommer 1952 in Bewegung geraten zu sein. Dem amerikanischen Hochkommissar wurde am 1. August 1952 eine Protokolliste von Amtspersonen der SKK und der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland zugesandt, die die Namen Čujkov, Semičastnov, Semenov, Kobulov, Maširin, Perelivčenko, Petrov, Ivanov (S. P., Vertreter der GSOVG), Den'gin (SKK-Vertreter in Berlin) und Dibrova (Kommandant der Zentralen Militärkommandantur in Berlin) auswies (AVP RF fond 458, opis' 446, pakpa 989, delo 5, listy 216f.). Stellvertreter Kaverznev wurde nicht genannt. Einer im SED-Archiv abgehefteten, kleinen „Protokolliste verantwortlicher Persönlichkeiten der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“ vom Sommer 1952 ist zu entnehmen, daß für die deutsche Seite neben Čujkov, Semičastnov und Semenov in erster Linie die Stellvertreter Maširin, Perelivčenko und Petrov, sowie Den'gin, Kosjakin (Gehilfe des Oberkommandierenden), Ivanov [N.V.] und Lun'kov (Stellvertreter Semenovs) „wichtig“ waren (undatiertes Dokument, SAMPO BArch, NY 4090/315, Bl. 247).

militärischer Präsenz schlechthin, sondern belebte auch alte Vorstellungen von besatzungsrechtlichen Zuständen. Die der bisherigen SKK-Tätigkeit zugrundeliegende Idee einer Gewährung von „*Souveränität unter Vorbehalt*“ wurde demnach im Sommer 1952 um einige ursprüngliche Bestandteile beschnitten. Der Grundgedanke von einer prinzipiell zivilen Behörde blieb zwar erhalten, wichtige Tätigkeitsmerkmale wurden jedoch von Grund auf geändert. Sowjetische Vertreter sollten wieder rundum präsent sein. Militärische Kommunikationsformen schienen erneut opportun. Auch dies bezweckte nicht in erster Linie größere Strenge und mehr Indoktrination beim Sozialismusaufbau, sondern – noch immer – ein unnachgiebiges Einfordern von wirtschaftlicher Wiedergutmachung und sicherheitspolitischer Beteiligung. Die materiellen Nachkriegsforderungen der Siegermacht sollten nun aber, soweit das von der DDR aus möglich war, energischer, rascher und mit rüstungsspezifischer Ausrichtung realisiert werden, und dies ungeachtet eines erheblichen Maßes an bereits eingelöster Wiedergutmachung. Es liegt in der Logik solch kurzfristiger Zwecksetzung, daß sie, volkswirtschaftlich wie politisch gesehen, wenig Weitblick impliziert. Diesmal trafen diese Forderungen zudem auf eine schon weitgehend monolithische Herrschaftsstruktur in der DDR; die SED war ihrerseits regelrecht unfähig, im eigenen Herrschaftsinteresse zu entscheiden und Gefahren für das System rechtzeitig zu erkennen.

In Reaktion auf die administrative Reform in der DDR wurden im Sommer 1952 die SKK-Landesvertretungen aufgelöst.²⁶⁹ Das SKK-Protokoll-Verzeichnis, das Ministerpräsident Grotewohl Ende Juni 1952 zuzuging (Dokument 12), führte die Landesvertreter schon nicht mehr auf. Einzig der Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin *Sergej Alekseevič Den'gin* blieb im Amt. Am 13. August ging nach Verständigungen zwischen sowjetischem Außenministerium, Generalstab und staatlicher Stellenplankommission der Entwurf eines Regierungsbeschlusses „über die teilweise Veränderung der SKK-Struktur“ an den sowjetischen Ministerrat, der die Bildung von 14 Bezirksvertretungen der SKK vorsah. Die 276 Mitarbeiter der Landesvertretungen seien zu übernehmen und durch 138 Leute zu ergänzen.²⁷⁰ Durch Befehl Čujkovs wurden am 1. September 1952 die Landesvertretungen und die verbliebenen zwei Filialen in Rostock und Leipzig aufgelöst. Inwieweit das Personal der Landesvertretungen tatsächlich in den Aufbau der nachfolgenden Bezirksvertretungen einbezogen wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Der reguläre Befehl des SKK-Vorsitzenden zur Liquidierung der Landesvertretungen erging am 1. September 1952.²⁷¹

Die im Frühsommer 1952 einsetzenden Umstrukturierungen innerhalb der SKK machten die Behörde nicht etwa effektiver, geschweige denn sensibler gegenüber gesellschaftlichen Krisensymptomen im Besatzungsgebiet. War in den Jahren 1950 bis 1951 schon entsprechend der Dienstordnung für Auslandsaufenthalte permanent Personalwechsel an

²⁶⁹ Bislang fand sich kein Hinweis darauf, daß die von April 1952 an im DDR-Innenministerium vorbereitete Auflösung der Länder der DDR auf sowjetische Initiative hin erfolgte. Das relativ späte organisatorische „Nachziehen“ in der SKK belegt eher das Gegenteil. Siehe dazu auch Hajna, *Länder*, S. 81–91. Der früheste Hinweis auf Absprachen stammt vom 7. Mai. Laut Piecks Notizen von einer Besprechung bei Čujkov brachte dieser zur „Einteilung der DDR keine Einwände“ vor, nur „einige Kreise [waren] zu groß“ (Besprechung Piecks mit Čujkov am 7.5.1952, in: Badstübner/Loth, *Pieck-Aufzeichnungen*, S. 403).

²⁷⁰ Projekt des Außenministeriums für einen Regierungserlaß zur teilweisen Änderung der Struktur der SKK sowie erklärendes Begleitschreiben vom 13.8.1952, AVP RF, fond 082, opis' 40, papka 256, delo 18, listy 14–18.

²⁷¹ Indirekter Hinweis, AVP RF, fond 458, opis' 82, papka 280, delo 4, list 51.

der Tagesordnung, so weitete er sich im Sommer 1952 aufgrund politischer Entscheidungen in Moskau in verheerender Weise auf wichtige Posten der mittleren Leitungsebene aus. Besonders negativ wirkte sich im Moment der herannahenden Krise der Wegfall der Kontrolleinrichtungen auf Länderebene aus. Die Ausführung des Befehls vom 1. September 1952 erfolgte in Ermangelung von Personal für die neu zu bildenden Bezirksvertretungen nur schrittweise.²⁷² – Die Interessenvertreterin der sowjetischen Regierung in Deutschland war von Sommer 1952 an massiv mit sich selbst, ihrem Umbau und neuer Aufgabenverteilung beschäftigt.

Außerdem waren die Umstrukturierungen nicht durchgängig wirklich sinnvoll. Einem späteren Rückblick des Leiters der Abteilung für Wirtschaftsfragen zufolge ergaben sich aus den Veränderungen in der Leitungsstruktur massive Behinderungen für die Wahrnehmung der Kontrollfunktionen der SKK im Bereich der Volkswirtschaft: „Der Tätigkeitsbereich des neu ernannten Stellvertreters des Vorsitzenden der SKK für ökonomische Fragen wurde wesentlich eingeschränkt. Fragen der Industrie, des Verkehrs, der Landwirtschaft und der Finanzen gingen in die unmittelbare Zuständigkeit anderer Stellvertreter [...] über, so daß die allgemeine Leitung und Koordinierung in Wirtschaftsfragen innerhalb der SKK beeinträchtigt wurde [...]. Beratungen für die Koordinierung der Wirtschaftsabteilungen hatten nicht das erforderliche Niveau [...]. Gleichzeitig versäumte es der Stellvertreter des Vorsitzenden der SKK für Wirtschaftsfragen, sich bei wirtschaftlichen Problemen [...] mit der DDR-Führung, das heißt mit Ulbricht, Grotewohl und Rau, in Verbindung zu setzen [...]. Die Fälle mangelnder Abstimmung bei der Entscheidung von Wirtschaftsfragen durch einzelne Organe der SKK schufen bei den deutschen Leitungskräften Unsicherheit hinsichtlich der auf Empfehlung der SKK angenommenen Beschlüsse [...]“²⁷³

Besondere Erschwernisse ergaben sich aus Neubesetzungen in politisch sensiblen Bereichen. Die deutschlandpolitische Unerfahrenheit des neuen Leiters der Informationsabteilung und des Stellvertreters für Staatsaufbau erwiesen sich als besonders nachteilig. Hier wie auch in der neu gegründeten Landwirtschaftsabteilung kamen Leute zum Einsatz, die kein Gespür für die nationalen Besonderheiten und die Brisanz der Entwicklung in der DDR haben konnten.

Neue Abteilungen und Vertretungen, neue Chefs, Umbesetzungen, Behinderungen bei eingeübten Arbeitsverfahren – dies alles wirkte sich Ende 1952/Anfang 1953 in der SKK extrem hinderlich auf die Erfüllung ihrer Aufgaben aus. Beobachtung, Kontrolle, Lageanalyse, „Befehlsdurchstellung“ und somit Interessenvertretung waren stark gestört. Die neue SKK war nicht in der Lage, die Situation in der DDR im 2. Halbjahr 1952 realistisch zu interpretieren. Es ist sogar zu bezweifeln, daß die „exzellenten Kenner der deutschen Materie“ Čujkov und Semenov, nun in außergewöhnlichem Umfang mit dem Umbau ihrer Kommission befaßt, zu diesem Zeitpunkt wirklich über ein „ungetrübtes Wahrnehmungsvermögen“ verfügten.²⁷⁴

²⁷² So berichtete Zolotuchin noch am 16.9.1952 in seiner Eigenschaft als Vertreter in Mecklenburg, am 2.10. erstmals als Vertreter im Bezirk Schwerin. In einigen Bezirken wurden vorübergehend Leute aus den vormaligen Landesvertretungen als amtierende Vertreter eingesetzt. So geht es zumindest aus Berichten zur Lage in der Landwirtschaft hervor (AVP RF, fond 457 „a“, opis' 13, papka 71, delo 260).

²⁷³ Stellungnahme „Über Formen und Methoden der Tätigkeit der für die Wirtschaft zuständigen Organe der SKK in Deutschland“ von Chomjakov an Semičastnov, 28.4.1953, AVP RF, fond 458, opis' 356, delo 4.

²⁷⁴ Von solch ungetrübtem Wahrnehmungsvermögen spricht Podewin, Ulbricht, S. 243.

Die SKK stand zu Jahresbeginn 1953 zudem vor einer führungspolitischen und konzeptionellen Belastungsprobe, die von Moskau ausging. In seinen unlängst erschienenen Erinnerungen erwähnte Politberater Semenov für Ende 1952/Anfang 1953 Zwistigkeiten in der SKK-Spitze. Seiner Ansicht nach zeigte der SKK-Vorsitzende Čujkov nun ein „störrisches und selbstherrliches“ Verhalten. Angeblich habe er – „ganz anders als [seinerzeit] Sokolowski“ – beabsichtigt, „seine absolute Macht auszubauen und den Einfluß des Politischen Beraters immer mehr zu reduzieren“.²⁷⁵ Diese Charakterisierung steht allen Beschreibungen von Čujkovs Naturell und Dienstauffassung, wie sie von ehemaligen Mitstreitern zu hören sind, entgegen. Als der Ehrgeizigere von beiden wird immer Semenov beschrieben.²⁷⁶ Die weiteren Ausführungen des damaligen Politberaters machen aber auf den Kern eines realen Konfliktes innerhalb der SKK-Führung aufmerksam: Čujkov beharrte als Vertreter des sowjetischen Militärs auf der stärkeren militärpolitischen Einbindung und rüstungspolitischen Inanspruchnahme der DDR. „Du verstehst nichts von militärischen Dingen“, soll er seinem Berater und Verbindungsmann zum Außenministerium an den Kopf geworfen haben.²⁷⁷

Semenovs Memoiren enthalten auch den Hinweis auf eine ganz direkte Beziehung zwischen dem Konflikt, der sich Ende 1952/Anfang 1953 zwischen Stalin und Berija anbahnte, und SKK-Chef Čujkov. Der Politberater berichtet von einer Episode während seines und Čujkovs letztem Besuch bei Stalin im Oktober 1952. Damals war Mißtrauen bei Stalin gegenüber den sowjetischen Sicherheitsorganen in Deutschland aufgekommen, weshalb er erwog, diese ebenfalls in Čujkovs Zuständigkeit zu geben. Die Idee wurde nicht weiter verfolgt, doch Berijas Leute in Moskau warfen dem SKK-Vorsitzenden vor, dem Parteiführer gegenüber nichts zu ihrer Verteidigung vorgebracht zu haben. Semenovs Darstellung endet mit der vielsagenden Bemerkung: „Das wurde nicht vergessen“.²⁷⁸

Ausdruck der SKK-Führungskrise dürfte auch der Versuch Čujkovs gewesen sein, den erst wenige Monate zuvor eingesetzten Stellvertreter für Wirtschaftsfragen A. F. Maširin wieder zu entlassen. Dem Vorschlag wurde entsprochen. Noch am 30. März 1953 bestätigte das Sekretariat des Politbüros des ZK der KPdSU *P. M. Silujanov* als neuen Stellvertreter für Wirtschaftsfragen.²⁷⁹

Daß die Funktionsweise der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland zu Jahresbeginn 1953 in gefährlichem Ausmaß gestört war, wurde von ihren führenden Vertretern im Grunde aber nicht wahrgenommen. Auch von Semenov liegen keine diesbezüglichen Zeugnisse vor. Im Februar 1953 signalisierte SKK-Chef Čujkov lediglich akuten Personalmangel nach Moskau. Er bat um Agronomen, Ingenieure, Finanz-, Handels- und

²⁷⁵ Semjonow, Von Stalin, S. 293.

²⁷⁶ Diese Eindrücke erwuchsen aus zahlreichen Gesprächen mit Mitarbeitern der beiden, unter anderem mit dem Ersten Stellvertreter des SKK-Chefs Koval' und mit Chefdolmetscher Bogomolov. Siehe auch das Persönlichkeitsbild Semenovs bei Kwizinskij, Sturm, S. 283 ff.

²⁷⁷ Semjonow, Von Stalin, S. 293. Die Frage nach Semenovs eigenem Anteil an der Krise in der DDR bzw. ihrer Nichtwahrnehmung ist mit dieser Schuldzuweisung natürlich nicht erledigt. Das vom Politischen Berater entworfene Selbstbildnis eines kompetenten Warners bestätigen die einsehbaren Archivalien jedoch nicht.

²⁷⁸ Semjonow, Von Stalin, S. 276–281. Restlos überzeugt die Schilderung Semenovs – der übrigens bestimmte staatliche Funktionen fälschlich zuordnet – zwar nicht, doch mag die Hauptaussage stimmen. Zum erwähnten Mißtrauen Stalins gegenüber den Sicherheitsdiensten im Ausland Ende 1952/Anfang 1953 siehe auch Sudoplatow/Sudoplatow, Handlanger, S. 381–383. Weitere Anhaltspunkte bei Otto, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 949.

²⁷⁹ Protokoll der Sekretariatssitzung am 30.3.1953, ZCHSD, fond 4, opis' 9, delo 724.

Planungsspezialisten. Die Vakanzen wurden mit 34, dann 37 beziffert. Bedarf bestand vor allem für die neuen Bezirksvertretungen, wo dies „unter den derzeitigen erschwerten politischen und ökonomischen Bedingungen“ besonders spürbar sei. Der Moskauer Parteiapparat kam Čujkovs Anliegen bis in den März 1953 hinein nach.²⁸⁰

Die Berichte der SKK nach Moskau für die Zeit von Herbst 1952 bis März/April 1953 dokumentieren hinsichtlich der sich verschärfenden Krise der DDR-Gesellschaft eine auffallend schwache Beobachtungsgabe. Schriftliche Bemerkungen zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung oder gar Flucht in den Westen waren weder umfangreicher noch kritischer oder dramatischer, Hinweise zur Behebung von Mißständen nicht eindringlicher verfaßt als in den Vorjahren. Quellen im vormaligen Parteiarchiv in Moskau offenbaren eine ebenso erstaunliche Ahnungslosigkeit der KPdSU-Führung.²⁸¹ Über die geheimdienstliche Linie mögen Signale „über einen tiefen Riß in der ostdeutschen Führungsspitze“ nach Moskau²⁸² gelangt sein; SKK-Mitarbeiter berichteten über außerordentliche finanzielle Belastungen in der Volkswirtschaft²⁸³, über politische Spannungen und eine zunehmende Fluchtbewegung, doch hielt man in Moskau kosmetische Korrekturen für ausreichend. Der eindringliche Appell des SED-Politbüros über volkswirtschaftliche Schwierigkeiten, der um die Jahreswende 1952/53 hin im kleinsten Kreis um Walter Ulbricht und Planungschef Heinrich Rau entstand²⁸⁴, wurde zunächst nicht ernstgenommen. An eine Drosselung der Zahlungsverpflichtungen dachte niemand. Noch am 27. März mußte sich eine Konferenz beim Ministerpräsidenten der DDR, zu der auch Mitarbeiter der SKK-Reparationsverwaltung geladen waren, zur unbedingten Sicherung der Reparationslieferungen im Jahre 1953 bekennen, obwohl die unzulängliche Planerfüllung für 1952 und für das erste Quartal 1953 große Produktionsschwierigkeiten offenbart hatte.²⁸⁵

²⁸⁰ Protokolle der Sitzungen des Sekretariats des ZK der KPdSU vom 25.–30.3.1953, ZCHSD, fond 4, opis' 5, delo 720, listy 47–54; Zitat aus einem Schreiben Čujkovs vom 27.2.1953, ebenda, list 51.

²⁸¹ Im ZCHSD befinden sich die Unterlagen der Kommission des ZK der KPdSU für Verbindungen mit ausländischen kommunistischen Parteien. Die Aufzeichnungen und Berichte zur DDR von Januar bis Juni 1953 – unter anderem aus dem sowjetischen Außenministerium – enthalten kein Indiz für eine realistische Sicht auf die Krise und sind im Vergleich zu Einschätzungen über die Volksdemokratien einerseits und über Westdeutschland andererseits sehr dürftig (fond 5, opis' 22, delo 996 [Unterabteilung Deutschland/Österreich]; fond 5, opis' 28, delo 3; ebenda, dela 54–59 [Sektor Deutschland/Österreich/Skandinavien]). Auch die Protokolle der Sitzungen des Sekretariats des ZK lassen Hinweise auf Krisensymptome vermissen (fond 4, opis' 9, delo 667, 720, 724).

²⁸² Darüber soll Ernst Wollweber im Mai 1953 in Moskau berichtet haben (Sudoplatow/Sudoplatow, Handlanger, S. 422f.). Fälschlicherweise wird er bei den Autoren des Buches unter diesem Datum schon als Staatssicherheitsminister geführt. In der jüngst erschienenen Biographie über Wollweber ist von einer Reise nach Moskau im Frühjahr 1953 nicht die Rede (von Flocken/Scholz, Wollweber). Molotov schilderte: „1953 erreichten uns Informationen, daß in der DDR die Lage nicht ganz ruhig war“; diese Erinnerung verbindet er mit der Erwähnung seiner sofortigen Reaktion als Außenminister, der er erst nach Stalins Tod wieder wurde (Čuev, Sto, S. 332).

²⁸³ Analyse „Über Kürzungen von Subventionen aus dem Staatshaushalt und andere Maßnahmen zur Sicherung des Sparsamkeitsregimes in der DDR“, Oktober 1952, RZCHIDNI, fond 17, opis' 137, delo 891, listy 138–160; Notiz über die Ausgaben im Staatshaushalt der DDR als Vergleich 1951/1952/Plan 1953, Vermerk Schreibbüro der SKK 29.3.1953, AVP RF, fond 458, opis' 356, delo 9, list 26.

²⁸⁴ Erstmals dazu Stöckigt: Direktiven, S. 81–88. Das Dokument existiert in zwei Fassungen unterschiedlicher Erarbeitungsstufe (SAPMO BArch, NY 4090/473, Bl. 35–68, NY 4062/83, Bl. 99–132; J IV/2/ 2.201–1, Bl. 12–24).

²⁸⁵ Berichte zu Vorbereitung und Beschlußfassung auf der Konferenz beim Ministerpräsidenten am 27.3.1953, SAPMO BArch, NY 4090/340, Bl. 12–38, 85–90, 101–121.

Rolf Stöckigt, der Entdecker der SED-Lageanalyse von Ende 1952/Anfang 1953, meint, sie sei erst nach dem Tod Stalins von der SKK nach Moskau weitergeleitet worden. Dies ist bislang nicht belegbar. Allerdings gibt es kaum noch Zweifel daran, daß ihre Bedeutung im Kreml erst im Zuge der dortigen Kämpfe um neue Führungsstrukturen und Spitzenposten erkannt wurde, gerade wegen dieser Rahmenbedingungen jedoch nicht in ihrer ganzen Tragweite.²⁸⁶ Am 13. April 1953 teilte SKK-Chef Čujkov dem ZK der SED im Auftrag der sowjetischen Regierung vertraulich den Entschluß mit, „bei der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, die den Weg des Aufbaus des Sozialismus beschritten hat, zu helfen“²⁸⁷. Diese volkswirtschaftlichen Erleichterungen hätten die Misere gewiß ein wenig behoben. Grundsätzliches Umdenken bezeugen diese Entscheidungen jedoch nicht.²⁸⁸ Die schwerwiegenden strukturellen Veränderungen, die der DDR-Volkswirtschaft durch Forcierung der Grundstoff- und der Rüstungsindustrie auferlegt worden waren, wurden nicht rückgängig gemacht. Die DDR blieb extrem belastet mit Reparationen und Besatzungskosten. Am 15. April, so liest man es bei Carola Stern, habe Moskau wissen lassen, „an Wirtschaftshilfe sei nicht zu denken“²⁸⁹.

²⁸⁶ Anders in den Erinnerungen Karl Schirdewans. Er schreibt: „Die Führung der UdSSR hatte demnach ein genaues Bild über den Stand der Dinge in der DDR“ (Schirdewan, *Aufstand*, S. 46). Genau das muß bezweifelt werden.

²⁸⁷ Mitteilung Čujkovs an das ZK der SED vom 13.4.1952, SAPMO BArch, NY 4090/473, Bl. 74–76. Der amerikanischen Historikerin Hope Harrison zufolge verabschiedete die sowjetische Regierung am 18.4.1953 einen Beschluß über Wirtschaftshilfe für die DDR. Er soll eine Senkung der Warenlieferungen auf Reparationskonto um 20 bis 25 Prozent vorgesehen haben. Die Reparationsverpflichtungen sollten um 580 Millionen Mark gekürzt und die Restzahlungen hinausgeschoben werden (Rešenije Sovetskogo pravitel'stva ob okazanii ekonomičeskoj pomošči Germanskoj Demokratičeskoj Respublike, zitiert bei Harrison, *Bargaining Power*, S. 37). Offensichtlich handelt es sich aber um dieselben Hilfsmaßnahmen, wie sie Čujkov am 13.4. der SED übermittelte.

Der sowjetische Ministerrat hatte den Beschluß gefaßt, der DDR einen Teil des Aufkaufpreises für die 1952 durch sie übernommenen SAG zu erlassen. Gleichwohl blieb eine erhebliche Restschuld bestehen: 580,7 Millionen Mark, zu zahlen 1953 bis 1956 (anstatt bis 1955). Die Warenlieferpflichten für 1953 würden fast auf ein Drittel gesenkt, hieß es. Dahinter stand, daß anstelle der 563 Millionen Mark Einkünfte, die sowjetische Betriebe in der DDR 1953 der Siegermacht im Form von Waren bringen sollten, nur für 200 Millionen Mark Waren in die UdSSR gehen, der Rest jedoch in Geldform die inneren Besatzungskosten mit decken sollte. Reparationen aus der laufenden Produktion sollten den Rohstoffbedingungen in der DDR besser angepaßt, Industriekapazitäten der DDR zur Verfügung gestellt werden. Die Lieferung von 3000t-Hochseeschiffen wurde für 1953 um die Hälfte auf vier reduziert, 25 Prozent der Aufträge im Schwermaschinen- und Anlagenbau zurückgenommen (Protokoll über die Warenspezifikation 1953, 30.4.1953, SAPMO BArch, NY 4090/340, Bl. 123–135).

²⁸⁸ Im Büro Grotewohls wurden zunächst eine Stellungnahme „Hochherzige Hilfe für den Aufbau des Sozialismus“ und anschließend ein umfangreiches Kommuniqué von Regierung und Parteiführung verfaßt (SAPMO BArch, NY 4090/473, Bl. 84, 86–88). Veröffentlicht wurden sie jedoch nicht. In DDR-Medien ging man konkret auch nicht anderweitig ein auf diese „umfangreiche Hilfe“, die unter den gegebenen Bedingungen keine war.

²⁸⁹ Stern, Ulbricht, S. 169.

9. Das Ende der SKK (1953)

Während also in der SKK nach wie vor umstrukturiert und neu besetzt wurde, begann in Moskau ein interner Streit um die Perspektiven der Deutschlandpolitik. Nach Stalins Tod (5. März 1953) kehrte der frühere Außenminister und langjährige Vertraute Stalins Vjačeslav Michajlovič Molotov als neuer Chef ins Außenministerium und auf einen der Posten der stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden zurück.²⁹⁰ Lavrentij Pavlovič Berija übernahm den gesamten innenpolitischen und den Sicherheitsbereich. Um die Nachfolge Stalins entbrannte ein harter Kampf, in dem es gleichzeitig um neue innen- und außenpolitische Leitlinien ging. Gemeinsam mit der Frage „Wie weiter?“ gelangten insbesondere die sowjetische Europapolitik und die Beziehungen innerhalb des Ostblocks verstärkt ins Blickfeld der Nachfolger Stalins. Sie setzten gemeinsam auf entschiedene Entspannungsbemühungen.

Am 15. März 1953, zehn Tage nach Stalins Tod, griff die sowjetische Parteiführung erstmals das Thema der Lösung von Ost-West-Differenzen wieder auf. Vor dem Hintergrund von Entspannungen im Korea-Konflikt erinnerten sich Stalins Nachfolger der positiven Traditionen der Antihitlerkoalition. Diese Offensive, die als „Friedensoffensive“ auch in die westliche Historiographie einging²⁹¹, war begleitet von einer spürbaren Rücknahme polemischer Angriffe sowjetischer Medien gegen den Westen. Am 19. März 1953 ratifizierte der Deutsche Bundestag den Deutschland- und den EVG-Vertrag. Die Verträge waren damit noch nicht gültig, da das französische Parlament sie noch nicht gebilligt hatte, was in Moskau letzte Hoffnungen auf Interventionsmöglichkeiten geweckt und energischeres Handeln ausgelöst haben dürfte. Wenige Tage später, Ende März/Anfang April²⁹², wurde Vladimir Semenovič Semenov, der Politische Berater beim SKK-Vorsitzenden, nach Moskau ins Außenministerium beordert. Statt seiner sollte der Philosophieprofessor *Pavel Fedorovič Judin*, Akademiemitglied und Parteifunktionär, als Politischer Berater in der SKK wirken. Die Meldung darüber erschien am 22. April im *Neuen Deutschland*.²⁹³

Semenov übernahm im Außenministerium der UdSSR kurzfristig und, wie sich bald ergab, nur für wenige Wochen, die Leitung der für Deutschland zuständigen III. Europa-Abteilung.²⁹⁴ Außenministerium und Generalstab, ersteres in Person des deutschland-

²⁹⁰ Der langjährige Außenminister war 1949 einer Intrige gegen seine Ehefrau zum Opfer gefallen und wurde von Vyšinskij im Amt abgelöst. In den Folgejahren blieb er politisch weitgehend eine Randfigur, nach dem 19. KPdSU-Parteitag 1952 stellte ihn Stalin aus unklaren Gründen völlig ins Abseits. Auf Bitten der Parteiführung kehrte er im März 1953 ins Außenministerium zurück.

²⁹¹ Hierzu sowie zu den westlichen Reaktionen und Wahrnehmungen siehe Rupieper, *Verbündeter*, S. 313–318; Baring, 17. Juni, S. 40–42.

²⁹² Das Abreisedatum ist nicht genau zu bestimmen. Mit dem 22.4. (Baring, 17. Juni, S. 42), dem Tag der Bekanntgabe der Abberufung Semenovs als Politischer Berater, ist es zu spät angesetzt. Semenov selbst schreibt recht ungenau, er sei nach Stalins Tod nach Moskau berufen worden (Semjonow, Von Stalin, S. 290).

²⁹³ Wann Judin in Berlin eintraf, ist nicht bekannt. Am 15.5. war er in seiner neuen Funktion Gast des 4. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Berlin (Neues Deutschland vom 16.5., S. 1).

²⁹⁴ Semjonow, Von Stalin, S. 290. Wettig, der in Moskau Dokumente aus der Feder Semenovs von Anfang Mai 1953 analysierte, gibt an, Semenov sei zu diesem Zeitpunkt noch immer „Vertreter des sowjetischen Außenministeriums bei der Sowjetischen Kontrollkommission“ bzw. „Politischer SKK-Berater“ gewesen (Wettig, *Beginnende Umorientierung*, S. 496). Dies ist im Kontext anderer Quellen nicht stimmig.

erfahrenen Semenov, letzteres in Person des früheren SMAD-Chefs und derzeitigen Generalstabschefs Marschall Vasilij Danilovič Sokolovskij, befaßten sich nun – laut Erinnerung Semenovs – gemeinsam sehr intensiv mit Plänen zur Deutschlandpolitik. Semenov wie auch Molotov stellen in Erinnerungen dieses Projekt als ein Gegenstück zu den Plänen des neuen MVD-Chefs Berija dar, der angeblich auf den „Ausverkauf“ des Sozialismus in der DDR hinauswollte. Während im Außenministerium ein Konzept des entspannteren Sozialismus-Kurses für die DDR entworfen worden sei, habe Berija „nur ein friedliches Deutschland [gewollt], gleichgültig, ob dort ein Sozialismus entsteht oder nicht“²⁹⁵. In Anlehnung an Erinnerungsliteratur geht die neuere Forschung mehrheitlich von der These aus, daß ein solches Konzept Berijas, so es denn bestanden hatte, Ende Mai von der Moskauer Führung verworfen wurde.

Genauer über den Inhalt der Positionen und den Klärungsprozeß ist vorerst jedoch nur aus Indizien zu rekonstruieren.²⁹⁶ Sie verdichten sich dabei zu der Annahme, daß sich die neue, in Positionskämpfen befindliche KPdSU-Führung bis in den Juni 1953 hinein in der Deutschlandfrage nicht festgelegt hatte. Keinesfalls hatte Berija allein eine Liberalisierung ins Auge gefaßt.

In Erwiderung auf die Rede Eisenhowers vom 16. April, in der dieser auf die Moskauer Initiative positiv reagiert hatte, bekundete die sowjetische Seite am 25. des Monats im KPdSU-Zentralorgan *Pravda* ihren Willen, über deutsche Einheit, Neutralisierung und Truppenabzug erneut zu verhandeln.²⁹⁷ Eine Rede Churchills vor dem britischen Unterhaus gab erneut Anlaß zu einer Pressestellungnahme, die insbesondere die Erklärung des britischen Premiers hervorhob, er halte das Sicherheitsproblem Rußlands und das Freiheitsproblem Westeuropas durchaus für vereinbar.²⁹⁸ Obwohl die Reise Adenauers nach Paris, London und Washington im Mai 1953 die Moskauer Führung hinsichtlich der Erfolgchancen für neuerliche Gespräche mit den Westmächten wieder unsicher werden ließ, gingen die Stalin-Nachfolger mehrheitlich doch davon aus, daß die Zeichen der internationalen Politik auf Entspannung standen. Am 25. Mai signalisierten sie mit einem *Pravda*-Artikel deutlich ihre Empfänglichkeit für entsprechende Zeichen aus Washington und London.²⁹⁹ Zwei Tage lang verlasen auch Radiosender der DDR mehrmals Auszüge aus dem Leitartikel. Moskauer und Ostberliner Zeitungen registrierten aufmerksam jede positive Resonanz im Ausland.

Noch während dieser Zeit der gegenseitigen Offenheitsbekundungen erörterte am 27. Mai 1953 das Präsidium des Ministerrats der UdSSR, in diesen Wochen der eigentliche Führungszirkel in Moskau, die Deutschlandproblematik. Es entschied, die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland umgehend aufzulösen und stattdessen einen *Hohen Kommissar der UdSSR in Deutschland* zu berufen. DDR-Ministerratsvorsitzender Otto Grotewohl wurde davon noch am 27. Mai durch Armeegeneral Čujkov in Kenntnis gesetzt.³⁰⁰ Mit einer entsprechenden Meldung über eine nicht datierte Entscheidung „im

²⁹⁵ Čuev, Sto, S. 332 ff., S. 345. Eine Übersetzung der entsprechenden Passage aus den Molotov-Erinnerungen bei: Besymenski, 1953, S. 81. Siehe auch Semjonow, Von Stalin, S. 290f.

²⁹⁶ Zu den genannten Memoiren sei hinzugefügt: Bereschkow, Dolmetscher, hier insbesondere S. 484ff.

²⁹⁷ *Pravda* vom 25.4.1953.

²⁹⁸ *Pravda* vom 24.5.1953.

²⁹⁹ *Pravda* vom 25.5.1953.

³⁰⁰ Das geht aus dem Protokoll einer außerordentlichen Sitzung des DDR-Ministerrats am 30. 5. 1953 hervor (BAP, DC-20 I/3–191/1, Bl. 1–6, hier Bl. 2) Als Datum des SKK-Auflösungsbeschlusses und der Berufung des Hohen Kommissars werden – leider ohne hinreichende Quellenangabe – in der Fachliteratur der 27. oder

Ministerrat“ überraschte die sowjetische Tagespresse am 29. Mai 1953. Dort hieß es: „Der Ministerrat der UdSSR verfügte die Auflösung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland und entband den Oberkommandierenden der Sowjetischen Truppen von seinen Kontrollfunktionen in der Deutschen Demokratischen Republik, indem er dessen Tätigkeit auf das Kommando über die Sowjetischen Truppen in Deutschland beschränkte. Der Ministerrat verfügte die Schaffung des Amtes eines Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland mit Sitz in Berlin. Ihm obliegt die Vertretung der Interessen der Sowjetunion und die Überwachung der Tätigkeit der Machtorgane der Deutschen Demokratischen Republik im Hinblick auf die Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus den Potsdamer Beschlüssen der alliierten Mächte über Deutschland ergeben, sowie die Aufrechterhaltung der entsprechenden Verbindungen zu den Vertretern der Besatzungsbehörden der USA, Englands und Frankreichs in den Fragen gesamtdeutschen Charakters, die sich aus Vereinbarungen der vier Mächte zu Deutschland ergeben. Zum Hohen Kommissar der UdSSR in Deutschland wurde Botschafter V.S. Semenov ernannt.“³⁰¹

Der Verlauf der internen Meinungsbildung und der Beschlußfassung sind bislang noch unklar. Ein Original-Beschlußtext ist noch nicht gefunden. Mehrere Fakten deuten auf starke Meinungsverschiedenheiten hin, die letztlich nicht ausgeräumt, sondern in einer Kompromißlösung „aufgehoben“ wurden. Das hatte seine Ursachen vor allem darin, daß zu den Differenzen hinsichtlich der Art und der Tragweite des Angebots an den Westen nun noch unterschiedliche Vorstellungen zum aktuellen Vorgehen in der DDR gekommen waren: Moskau begann gerade, die ökonomische und politische Destabilisierung des SED-Regimes als bedrohlich wahrzunehmen. Eine Kriseneskalation mußte verhindert werden. Gleichzeitig aber stand man vor der Frage, wie weit Reformvorgaben für die DDR gehen sollten, damit sie sich optimal in eine neue deutschlandpolitische Offensive einfügten. Die Antwort hing stark davon ab, in welchen Schritten man diese Offensive einleiten zu müssen glaubte und mit welcher Reaktion von westlicher Seite zu rechnen war. Zu einer eindeutigen Klärung kam es jedoch nicht.

Das legen auch die seltsamen Umstände der Auflösung der SKK nahe. Zum einen war das Präsidium des Ministerrats nicht kompetent, einen solchen Beschluß zur Auflösung eines Organs der Regierung zu fassen. Ein regulärer Ministerratsbeschluß, der ja eventuell rasch im Umlaufverfahren zu erwirken gewesen wäre, konnte aber nicht ohne die Zustimmung des Parteipräsidiums rechtskräftig werden, was umgehend kaum zu bewerkstelligen war. Andererseits sind inhaltliche Widersprüche offenkundig: Hatte die *Pravda*-Meldung vom 29. Mai Armeegeneral Čujkov als Oberkommandierenden der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland mehr oder minder bestätigt, so war in einem internen Papier des Außenministeriums wenig später vom Oberkommandierenden *Andrej*

28. Mai 1953 genannt. (Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Band 1, S. 319f.; Hänisch, Außenpolitik, S. 184; Foitzik, Berichte, S. 1351f.; Semirjaga, Aspekte, S. 581). Das Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Ministerrates der UdSSR ist zur Zeit nicht einsehbar. Von einem Beschluß zur Korrektur der Politik in der DDR als Beschluß des Präsidiums des Ministerrates vom 27.5.1953 ist in einer Anmerkung zum Stenogramm des ZK-Plenums der KPdSU im Juli 1953 die Rede (Delo Berija, S. 144; Knoll/Kölm, Der Fall, S. 35.). Sudoplatow spricht von einer deutschlandpolitischen Entscheidung im Präsidium (das anstelle des Politbüros existierte) des ZK am 28. Mai 1953 (Besymenski, 1953, S. 81.). Erwähnt wird noch ein ähnlicher Beschluß „im Präsidium“ am 12. Juni 1953, doch das Dokument sei un auffindbar (Sudoplatow/Sudoplatow, Handlanger, S. 424).

³⁰¹ Pravda und Izvestija vom 29.5.1953, jeweils S. 2. Fast wortwörtlich übersetzt in: Neues Deutschland vom 30.5.1953, S. 1.

Antonovič Grečko als schon bestätigtem Amtsinhaber die Rede.³⁰² Die Quellen lassen vermuten, daß hier das Präsidium des Ministerrats formell lediglich eine Vorentscheidung getroffen hatte, die sogleich durch Publizität unwiderruflich Geltung erhielt.

Möglicherweise besorgte die an raschen Signalen gen Westen interessierte „Fraktion“ die Veröffentlichung. Vladimir Semenov erfuhr angeblich ganz unverhofft von dem Beschluß.³⁰³ Im Außenministerium hatte man zwar unter maßgeblicher Mitwirkung Semenovs an einem Vorschlag gearbeitet, die SKK aufzulösen und stattdessen eine „Kommission für deutsche Angelegenheiten“ zu schaffen, welche die Verbindung zu den Westmächten in der Deutschlandfrage aufrechterhalten sollte.³⁰⁴ Eine demonstrative Gleichsetzung mit der westlichen Institution der Hohen Kommissare war jedoch nicht erwogen worden. Dies könnte tatsächlich Berijas Idee gewesen sein. – Zu seiner eigenen Überraschung, so berichtet Semenov, sei er nun zum Hohen Kommissar in Deutschland ernannt worden. Er zeigte sich in der Sache dennoch hinreichend vorbereitet und konnte in diesem Rang sofort agieren. Noch am 29. Mai schlug er den Hohen Kommissaren der Westmächte vor, den Kontrollrat erneut einzuberufen, „der rechtlich niemals abgeschafft worden ist“³⁰⁵.

Regulär wurde die *Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland* aber erst mit *Beschluß des Ministerrats der UdSSR Nr. 1539–604 ss über die Reorganisierung der sowjetischen Organe in Deutschland vom 16. Juni 1953* aufgelöst. Sie stellte ihre Tätigkeit zum 1. August 1953 offiziell ein.³⁰⁶ Dies spricht dafür, daß die deutschlandpolitischen Entscheidungen im Frühjahr 1953 in Moskau länger, als es die Erinnerungsliteratur vermittelt, in der Schwebe waren. Es sieht ganz danach aus, als ob der Ministerratsbeschluß vom 16. Juni die späte Fixierung einer inhaltlich ergänzungsbedürftigen (zum Beispiel hinsichtlich der Vollmachten des Hohen Kommissars) Vorentscheidung vom Mai darstellte. Möglicherweise wäre sie einen Tag später schon nicht mehr so erfolgt. Die Entscheidung zur Einrichtung des Amtes eines Hohen Kommissars Ende Mai 1953 war somit Zeichen einer bis Juni andauernden deutschlandpolitischen Unentschiedenheit in der KPdSU-Spitze: Entspannung und Neuer Kurs – ja!, doch wie im speziellen Fall der DDR verfahren?³⁰⁷ Eine im Außenministerium mit Regierungsauftrag vorbereitete neue Note an die Westmächte, die an das Angebot vom März 1952 anknüpfen sollte, wurde vorerst auf Eis gelegt.

Zweifellos war die Installation eines Hohen Kommissars ein Signal für Verhandlungsbereitschaft. Man entschied sich für mehr Nähe zu den aktuellen westlichen Kontrollstrukturen in Deutschland. Entgegen den Ankündigungen McCloy's vom Sommer

³⁰² Korrigierter Entwurf eines Ministerratsbeschlusses „Über die Lage in der DDR“, undatiert (vermutlich nach dem 27. Mai entstanden, dann zwischen dem 29. und 31. Mai korrigiert), in: *Post Stalin Succession*, Dokument 10/1.

³⁰³ Semjonow, *Von Stalin*, S. 291.

³⁰⁴ Projekte zu weiteren Maßnahmen in der Deutschlandfrage, AVP RF, fond 06, opis' 12, papka 16, delo 259; fond 082, opis' 41, papka 271, dela 18 und 19.

³⁰⁵ Zitiert nach Mai, *Kontrollrat*, S. 483.

³⁰⁶ Das Dokument wurde der Bearbeiterin sowohl im Archiv des Außenministeriums als auch im Staatlichen Archiv der Russischen Föderation vorenthalten. Mündlich wurde seine Existenz im Außenpolitischen Archiv bestätigt. Indirekte Hinweise auf den Beschluß fanden sich im Parteiarchiv: Protokoll Nr. 15 der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU vom 16.7.1953, ZCHSD, fond 3, opis' 10, delo 30, list 25; Protokoll Nr. 21 der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU am 31.7.1953, ZCHSD, fond 3, opis' 10, delo 36, list 13. In der zentralen sowjetischen Presse findet sich kein Hinweis auf eine Regierungssitzung.

³⁰⁷ Wettig sieht in der Beseitigung der SKK und der Ernennung Semenovs zum Hochkommissar dagegen einen „machtmäßige[n] Triumph für Molotov“ (Wettig, *Beginnende Umorientierung*, S. 502).

1952 war die Hohe Kommission der Amerikaner ja nicht aufgelöst, sondern neu besetzt worden. Was – außer persönlichen Machtambitionen – einen Verhandlungsskeptiker wie Molotov zur Zustimmung bewogen haben mag, war wohl das mit dem Sicherheits- und Innenminister Berija gemeinsam verfolgte Interesse an der raschen Ausschaltung der seit 1952 gestärkten Militär-Fraktion innerhalb der SKK in Deutschland. Die vor Jahresfrist begonnene erneute Vernetzung von ziviler und militärischer Kontrolle lag nicht im diplomatischen Interesse. Aus der Sicht des Außenministeriums war eine Entflechtung politischer Einflußnahme und militärischer Kontrolle notwendig. Dem Sicherheits- und Innenminister war das Militär ebenfalls ein Dorn im Auge, insbesondere in den internationalen Kontakten. Für deutschlandpolitische Signale – gleich welchen Zwecks – schien ein demonstratives Abdrängen der Militärs daher von Vorteil. Die Kompetenzen des Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland wurden auf rein militärische beschränkt. Gleichzeitig signalisierte die östliche Siegermacht nach außen, wo sie den wunden Punkt in den alliierten Beziehungen sah und Maßnahmen von der anderen Seite erwartete: Am 30. Mai erschien nach einiger Zeit der Zurückhaltung wieder ein Artikel zu Westdeutschland in der *Pravda*. Er trug die Überschrift „Bemühungen um Remilitarisierung Westdeutschlands“,³⁰⁸

Auch für einige in der SED-Führung war die Ernennung Semenovs eine Überraschung, sahen sie doch in ihm einen der an maßgeblicher Stelle Mitverantwortlichen für die schwierige politische Situation in der DDR.³⁰⁹ Doch begrüßte der DDR-Ministerrat in einer fünfzehnminütigen außerordentlichen Sitzung am 30. Mai 1953 mit einer von Grotewohl vorgelegten Erklärung einmütig die Liquidierung der SKK und die Einrichtung des Amtes eines Hohen Kommissars als einen den nationalen Interessen des deutschen Volkes „weitestgehend“ entsprechenden Schritt.³¹⁰ – *Vladimir Semenov* kehrte am 5. Juni als *Hoher Kommissar der UdSSR in Deutschland* nach Berlin zurück, ihn begleitete nun als sein neuer *Stellvertreter Pavel Fedorovič Judin*. Als *Stellvertreter für Wirtschaftsfragen* kam *Boris Pantelejmonovič Mirošničenko* nach Berlin. Am 10. Juni stellte sich der Hohe Kommissar in Begleitung seiner Kollegen Judin, Petrov, Lun'kov, Orlov und Chomjakov, allesamt frühere Inhaber verantwortungsvoller Leitungsposten in der SKK, im Schloß Niederschönhausen offiziell vor.³¹¹ Petrov, Lun'kov und Orlov hatten noch Wochen zuvor zu denen gehört, die sich energisch für den Ulbrichtschen Kurs des Sozialismusaufbaus eingesetzt hatten.

In Berlin wußte man nicht, was von alledem zu halten war. Ungewißheit muß insbesondere bezüglich der jüngsten Vereinbarungen in Reparationsfragen eingetreten sein. Ein im Büro von Ministerpräsident Grotewohl vorbereitetes Schreiben an den Ministerrat der UdSSR, in dem er sich aus Anlaß der Unterzeichnung entsprechender Abkommen am 22. Mai für die (im April angekündigten) Reparationserleichterungen bedanken wollte, verschwand am 9. Juni mit dem Vermerk „nicht absenden“ in der Ablage.³¹² Im Briefentwurf war noch von der „Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“ die Rede; ein neuer Text wurde nicht skizziert.

³⁰⁸ *Pravda* vom 30.5.1953, S. 3.

³⁰⁹ So Fred Oelßner Anfang Juni 1953, laut Erinnerung von Rudolf Herrnstadt (siehe Stulz-Herrnstadt, Herrnstadt-Dokument, S. 60).

³¹⁰ BAP, DC-20 I/3–191/1, Bl. 1–6.

³¹¹ Notiz der SKK-Protokollabteilung zum bevorstehenden Antrittsbesuch, SAPMO BArch, NY 4090/316, Bl. 245.

³¹² Briefentwurf, SAPMO BArch, NY 4090/473, Bl. 79.

Ebenfalls am 10. Juni wurde Armeegeneral Čujkov in Berlin verabschiedet. Das SED-Politbüro gab ihm zu Ehren ein Abschiedessen.³¹³ Der Hohe Kommissar der UdSSR in Deutschland Semenov teilte der DDR-Regierung mündlich mit (am 13. Juni offiziell in schriftlicher Form), daß Semičastnov nunmehr als Bevollmächtigter des Ministeriums für Außenhandel die UdSSR gegenüber der Regierung der DDR in allen Fragen der Reparationen und der Verwaltung für sowjetisches Eigentum in Deutschland, der SAG Wismut und des gesamten Warenverkehrs vertrete.³¹⁴ Semičastnov blieb, wie dem Herrstadt-Dokument zu entnehmen ist, in Berlin.³¹⁵ Kobulov war dagegen schon im März 1953 nach Moskau zurückgekehrt. Im Zusammenhang mit der Schaffung eines erweiterten Innenressorts unter Einschluß des Sicherheitsapparates, dem Berija vorstand, kam es zu zahlreichen Umbesetzungen. Der vormalige Stellvertreter Čujkovs wurde nun wieder Berijas Stellvertreter in dessen Stellung als Minister.

Die Moskauer Führung hatte sich am 27. Mai 1953 auch mit der Situation in der DDR befaßt. Hierbei kam es gleichfalls zu keiner Bereinigung der Divergenzen. Die Entscheidungen mußten schnell gefällt werden. Zum einen spitzte sich die Lage in der DDR zu, zum anderen galt es, die deutschlandpolitischen Zusammenhänge nicht aus den Augen zu verlieren. Das Angebot Churchills, eine Viermächtekonferenz einzuberufen, relativierte die Aussichten, eine beeindruckende sowjetische Noteninitiative mit Propagandaeffekt zu starten. Doch befand sich die Moskauer Führung in dem Dilemma, so rasch keine einhellige Position zur deutschlandpolitischen Tragweite der Korrekturen und Stabilisierungsmaßnahmen in der DDR formulieren zu können.

Das Außenministerium hatte den Text für einen Ministerratsbeschluß „Über die Lage in der DDR“ entworfen.³¹⁶ Darin hieß es: „Der Hauptgrund für die ungünstige Lage in der DDR besteht im gegenwärtig falschen Kurs des beschleunigten Aufbaus des Sozialismus“. Molotovs Ministerium offerierte einen Maßnahmenkatalog, der, um einige Punkte angereichert, kurz darauf der SED als Neuer Kurs nahegelegt wurde. Vorgesehen waren auch die Reduzierung der Besatzungskosten, die umgehende Ausarbeitung von Vorschlägen für den Verkauf von SAG und für Erleichterungen in Reparationsangelegenheiten sowie Zusatzlieferungen (auf Kredit) von Lebensmitteln und Textilrohstoffen. Doch kam es zu lautstarker Kritik an Molotovs Vorlage.³¹⁷ Der Inhalt der Beanstandungen und die

³¹³ So in der Erinnerung von Herrstadt (siehe Stulz-Herrstadt, Herrstadt-Dokument, S. 74).

³¹⁴ BAP, DE-1, 11789, Bl. 1.

³¹⁵ Herrstadt will ihn am 10. Juni 1953 bei Semenov getroffen haben (siehe Stulz-Herrstadt, Herrstadt-Dokument, S. 73).

³¹⁶ Der in Molotovs Erinnerungen (Čuev, Sto, S. 333) so dargestellte Sachverhalt kann nun bestätigt werden. Korrigierter Entwurf eines Ministerratsbeschlusses „Über die Lage in der DDR“, undatiert, in: Post-Stalin Succession Struggle, Dokument 10/1. Dagegen konnte ein von Berija eingebrachter Beschlußentwurf, von dem Molotov auf dem Juli-Plenum zur „Entlarvung“ Berijas sprach, noch nicht gefunden werden (Knoll/Kölm, Fall, S. 78).

³¹⁷ In den Memoiren des Außenministers sowie denen seines Stellvertreters Gromyko wird dieses Faktum als heftiges Aufbegehren Berijas geschildert, der nicht nur den forcierten Sozialismusaufbau stoppen, sondern den Sozialismus in der DDR generell zur Disposition stellen wollte. Molotov habe dann die Bildung einer Redaktionskommission erwirkt, in der es ihm gelang, Berijas Vorstellungen zu durchkreuzen. (Čuev, Sto, S. 334f.; Gromyko, Memories, S. 315–317). Es dürfte schwierig sein, allein von diesen Memoiren sowie den Dokumenten des Berija „entlarvenden“ Juli-Plenums des ZK der KPdSU auf die realen Abläufe zu schließen und darauf die These zu begründen, die Molotovsche Sicht habe sich Anfang Juni als eine Politik im Interesse der „Konsolidierung der ostdeutschen Separatstaatlichkeit“ durch- und umgesetzt (Wettig, Stand, S. 679). Schon der Charakter der schließlich gemeinsam getroffenen Entscheidung von Anfang Juni zeigt, daß vieles ungeklärt blieb.

Argumente der Kritiker sind bislang nicht zweifelsfrei zu klären, doch unterzeichnete der Außenminister am 1. Juni ein Kompromißpapier „Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“, in dem der „forcierte“ Sozialismusaufbau in der DDR zu einer Fehlentscheidung erklärt, diese allerdings in den Kontext der 2. SED-Parteikonferenz (Juli 1952) und damit in Zusammenhang mit der Verkündung der Losung vom Sozialismusaufbau überhaupt gestellt wurde. Am Ende des Textes wurde der Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer, friedlicher Grundlage zur aktuellen Hauptaufgabe erklärt.³¹⁸ Eine deutliche Absage an die später allein Berija zugeschriebene Neutralisierungsidee war das in keiner Weise.

Unter Zeitdruck wurden die „Gesundungsmaßnahmen“ am 2. Juni 1953 nur als Verfügung [razporjaženie] des Ministerrats Nr. 7576 verabschiedet, wofür es allein der Unterschrift des Ministerratsvorsitzenden Malenkov bedurfte.³¹⁹ Noch am gleichen Tag wurden sie einer SED-Spitzendelegation³²⁰, die die *Pravda*-Meldung vom 29. Mai über die Auflösung der SKK noch gar nicht richtig verarbeitet hatte, in Moskau schriftlich vorgelegt. Diese Empfehlungen entsprachen inhaltlich fast gänzlich dem von Molotov am 1. Juni unterzeichneten Kompromißpapier. Sie waren sogar – und das ist bemerkenswert – noch einmal ergänzt um eine von Semenow eingefügte Passage zur Bedeutung der gesamtdeutschen Orientierung.³²¹

Die SED-Delegation erfuhr also am 2. Juni, daß die Verhältnisse in der DDR nach einer Kurskorrektur verlangten. Wie weit diese reichen sollte, war unklar.³²² Die Moskauer Zusammenkunft offenbarte Spannungen unter den Erben Stalins, was die SED-Führung wahrnahm.³²³ Jene sahen zwar die Anzeichen für eine politische Krise inzwischen deutlicher als diese, die sowjetischen Ratgeber waren aber nicht in der Lage, das spezifisch Ostdeutsche an der Herrschaftsdestabilisierung zu erkennen. Sie konnten die SED vor ei-

³¹⁸ Das bereits 1990 bekanntgewordene Dokument, die deutsche Fassung des Beschlusses „Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in Deutschland“, das einer SED-Delegation am 2.6.1952 in Moskau übergeben wurde, ließ schon Uneinigkeit ahnen. In seinen deutschlandpolitischen Aussagen wirkte es widersprüchlich und inkonsequent, so daß der Eindruck einer raschen Montage verschiedener, teils einander widersprechender Entwürfe entstand (siehe dazu ausführlich Scherstjanoi, Wollen wir). Die nun teilweise veröffentlichten Zeugnisse der Genesis des Beschlusdokuments bestätigen das (korrigierter Entwurf eines Ministerratsbeschlusses „Über die Lage in der DDR“, undatiert, in: Post-Stalin Succession Struggle, Dokument 10/1; korrigierter Entwurf „Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR“, gezeichnet von Molotov 1.6.1953, in: Post-Stalin Succession Struggle, Dokument 10/2).

³¹⁹ Auch dieses Dokument ist bislang nicht einsehbar. Auf den ungewöhnlichen Charakter des Dokumentes wies Rešin, Sobytiya, hin. Daß einem Beschlußentwurf aus dem Präsidium des Ministerrats (27.5.) am 2.6. eine Verfügung des Ministerrats unter dem Titel „Über Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR“ gefolgt war, geht auch aus einer Fußnote zum veröffentlichten stenografischen Bericht des Juli-Plenums des ZK der KPdSU hervor (Delo Berija, S. 144; Knoll/Kölm, Fall, S. 35).

³²⁰ Laut Herrstadt reiste die Delegation schon in den letzten Maitagen ab (siehe Stulz-Herrstadt, Herrstadt-Dokument, S. 57).

³²¹ Eine deutsche Übersetzung der „Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“ wurde zuerst veröffentlicht von Stöckigt, Dokument. Stöckigt meint, es handele sich um einen Parteibeschuß des Politbüros des ZK der KPdSU (das es allerdings zu diesem Zeitpunkt noch nicht wieder gab). Von Sitzungen des Parteipräsidiums geht auch Wettig aus. Zu den führungspolitischen Irritationen des Frühjahrs 1953 gehörte es aber, wie Molotov im Zusammenhang mit Berijas „Entlarvung“ kritisierte, daß außenpolitische Entscheidungen „entgegen unserer beständigen bolschewistischen Tradition“ nicht auf zentraler Parteiebene, sondern in der Regierung getroffen wurden (Delo Berija).

³²² Scherstjanoi, Wollen wir.

³²³ Stulz-Herrstadt, Herrstadt-Dokument, S. 58f.

ner verhängnisvollen Überschätzung ihres politischen Rückhalts in der Arbeiterschaft nicht warnen. Lohnfragen und Probleme der Arbeitsnormierung, deren Ignorierung schließlich die Krise akut werden ließ, waren so gut wie kein Thema bei der Moskauer Beratung.³²⁴ Insbesondere der Leiter der SKK-Informationsabteilung war noch im April außerstande gewesen, die Problematik als solche zu erkennen.³²⁵

In den folgenden Tagen der Erörterung des Neuen Kurses in der SED-Führung blieben die sowjetischen Vertreter in Deutschland, namentlich der als Hoher Kommissar nach Berlin zurückgekehrte Semenov, auffällig zurückhaltend. Semenov kontaktierte zwar intensiver denn je die SED-Führung auf Politbüro-Ebene³²⁶, blieb aber somit auch Gefangener der dortigen Sichtweisen. Mehr noch, Rudolf Herrnstadt zufolge zeigte Semenov wenig Gespür für die Brisanz der Lage. Er ließ sich nicht davon abbringen, daß eine eilig verfaßte Stellungnahme zum Neuen Kurs als SED-Kommunique zu veröffentlichen sei, obwohl Herrnstadt vor Mißverständnissen warnte.³²⁷ Und schließlich blieben sowohl er als auch der Leiter der sowjetischen Mission Il'ičev in einer der wichtigsten Fragen, der der Kritik an Ulbrichts Führungsstil, äußerst bedeckt. – Wie Semenov in seinen Erinnerungen schreibt, war er in die Hintergründe der folgenden Moskauer Entscheidungen vom Juni nicht eingeweiht³²⁸. In deutschlandpolitischen Fragen hielten die Berliner Vertreter noch immer am Moskauer Kompromiß vom Mai fest.³²⁹ – Der Moskauer Parteiapparat bereitete unterdessen einen formellen Beschluß vor, der den Kult um Ulbrichts sechzigsten Geburtstag mißbilligen sollte. Doch die Mühlen mahnten zu langsam.³³⁰

Der 17. Juni 1953 kam für die Großmacht überraschend. Die ersten Unruhen wurden fehlgedeutet. Noch am historischen Tag selbst druckte die Moskauer *Izvestija* eine harmlose Meldung ab, in der kommentarlos verlautbart wurde, das Politbüro der SED habe erklärt, wachsende Arbeitsnormen seien prinzipiell notwendig, die Zwangserhöhung von 10 Prozent solle aber zurückgenommen werden.³³¹ Für die These, wonach hinter der provokanten Stellungnahme in der DDR-Gewerkschaftszeitung *Tribüne* vom 16. Juni, die die Normenerhöhung als „in vollem Umfang richtig“ bezeichnete, in Wirklichkeit Moskau stand, findet sich kein Beleg. Der sowjetische Anteil am Ausbruch der Revolte (nicht an der Genesis der Krise) bestand in Passivität und Ahnungslosigkeit. Nicht nur die Moskauer Führung, sondern auch ihr „verlängerter Arm“ in Deutschland, die SKK, waren infolge verschiedener politischer und verwaltungstechnischer Probleme Anfang 1953 in ihren Kontrollfunktionen enorm beeinträchtigt. Vollends wirkte die Ersetzung der SKK

³²⁴ Zu diesem Schluß kommt auch Kaiser, Podiumsdiskussion, S. 52.

³²⁵ Zu diesem Schluß kamen auch die Historiker Dombraceva und Filitov, die in Moskau die Berichte der SKK an die Parteiführung einsahen (Dombraceva/Filitov, *Politika*, S. 3).

³²⁶ Stulz-Herrnstadt, *Herrnstadt-Dokument*, S. 57–82.

³²⁷ Dies belegen auch die Erinnerungen und Forschungen der Sudoplatows, die aus einer anderen Quelle schöpfen (Sudoplatow/Sudoplatow, *Handlanger*, S. 423.)

³²⁸ Semjonow, *Von Stalin*, S. 291f.

³²⁹ So warnte Il'ičev am 27.5.1953 auf einem „Empfang fortschrittlicher Pfarrer“ bei Otto Grotewohl davor, in der Welt den Eindruck entstehen zu lassen, „diese Deutschen können die Einheit nicht gebrauchen“, denn das begünstige die amerikanische Spaltungspolitik und verhindere einen Friedensvertrag (SAPMO BArch, NY 4090/456, Bl. 1f.).

³³⁰ Am 20.5. behandelte das Präsidium des ZK der KPdSU einen Brief Čujkovs und Judins über den Politbürobeschuß der SED zum 60. Geburtstag Ulbrichts. Suslov wurde beauftragt, darüber mit Pieck zu sprechen, der sich gerade in der Sowjetunion aufhielt (Protokoll Nr. 8 der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU vom 20.5.1953, ZCHSD, fond 3, opis' 10, delo 23, list 1).

³³¹ *Izvestija* vom 17.6.1953, S. 4.

durch einen Hohen Kommissar, als deutschlandpolitisch-reformerisches Signal gen Westen gedacht, nach innen kontraproduktiv.

Ganz besonders deutlich zeigte sich die Paralyse des Kontrollapparats im Unvermögen der sowjetischen Vertreter, die noch wenige Wochen zuvor den Beratern in der SKK unterstehenden Kasernierten Polizeitruppen der DDR im Moment der akuten Herrschaftsnot zur Stabilisierung der Situation einzusetzen.³³² Sicherheitsbelange waren aus der Verantwortung des politischen Interessenvertreters der UdSSR, des Hohen Kommissars, gestrichen worden. Für die unlängst noch ohne Zustimmung der SKK-Militärberater nicht einsetzbare KVP war im Juni 1953 einfach die Befehlsstruktur beschädigt. Die örtlichen Wach- und Kontrolleinheiten der Sowjetarmee verhielten sich zunächst auch ganz passiv, einzelnen Aussagen zufolge sogar freundlich, konstatiert der Historiker Manfred Hagen, der im weiteren den „Eindruck nicht oder wenig koordinierter Leitung“ resümiert.³³³

Armeegeneral Čujkov weilte in diesen Tagen schon nicht mehr in Berlin. Er befahl nun die Truppen im Kiewer Militärbezirk, was einer Degradierung gleichkam. Denkbar ist, daß für den Wechsel an der Spitze der Besatzungstruppen, der übrigens mit Beschluß vom 28. Mai noch nicht einmal angedeutet war, schon Vorbereitungen gelaufen waren: Čujkov wurde von *Marschall Andrej Antonovič Grečko* abgelöst, der der SED-Delegation in Moskau am 2. Juni als der neue „Befehlshaber“ genannt wurde.³³⁴ Semenow zufolge weilte er am 17. Juni schon in Berlin.³³⁵ In der Nacht zum 17. Juni 1953 entschied man sich in Moskau jedoch kurzfristig für eine von dort aus gelenkte rasche Machtdemonstration. Vermutlich liefen die Alarmsignale über die militärische oder die MVD-Linie. Ursprünglich soll sogar an eine aktive Teilnahme Berijas an der Niederschlagung des Aufstandes gedacht gewesen sein³³⁶, dann aber besann man sich auf Marschall Sokolovskij, der deutschlandpolitisch keinen solchen Ehrgeiz an den Tag gelegt hatte, damit verlässlicher und zudem militärisch erfahren war.

Das erste Telegramm Semenovs aus Berlin an Molotov und Bulganin stammte vom 17. Juni, 14 Uhr.³³⁷ Nachdem von Moskau aus gegen Mittag für 1 Uhr Berliner Zeit die Verhängung des Ausnahmezustandes angeordnet worden war, traf der *Chef des Generalstabes der Sowjetischen Armee und Stellvertretender Kriegsminister der UdSSR Vasilij Danilovič Sokolovskij* gemeinsam mit einem weiteren ranghohen General in Berlin ein. „Wie konnte diese Sache passieren, das verstehe ich nicht“, soll er gefragt haben.³³⁸

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 dürfte die Befürworter eines politischen und militärischen Rückzugs aus der DDR vollends desavouiert haben. Wie konsequent Berija auch immer noch auf der Preisgabe der DDR bestanden haben mag – selbst Molotov billigt

³³² Diedrich konnte feststellen, daß um den 17. Juni nur etwa acht Prozent der verfügbaren KVP-Kräfte zum Einsatz kamen, der Stab der KVP überhaupt nicht arbeitete. Er begründet die Tatsache, daß „die KVP als das stärkste bewaffnete Organ der DDR von den staatlichen Sicherheitsvorbereitungen ausgeschlossen“ war, damit, daß man ihm politische Zuverlässigkeit absprach und daß es auf einen inneren Einsatz ohnehin nicht vorbereitet war (Diedrich, 17. Juni 1953, S. 66f., 88–141, 158–178.) Die hier angesprochene Unterstellungsdiffusion dürfte ein weiterer Grund gewesen sein.

³³³ Hagen, DDR, S. 111, 114.

³³⁴ Stöckigt, Dokument, S. 654.

³³⁵ Semjonow, Von Stalin, S. 294. Nach Besymenski, 1953, war Armeegeneral Vasilij Čujkov „schon weg“; der neue Oberbefehlshaber General Andrej Grečko aber „hatte noch keine Übersicht“.

³³⁶ Semjonow, Von Stalin, S. 294; Čuev, Sto, S. 345.

³³⁷ AVP RF, fond 082, opis' 35, papka 125, delo 37, listy 1–2.

³³⁸ So bei Stulz-Herrnstadt, Herrnstadt-Dokument, S. 84.

ihm zu, sich am 17. Juni energisch für die Niederschlagung des Aufstandes eingesetzt zu haben³³⁹ –, die ostdeutschen Ereignisse gaben seinen politischen Widersachern genügend Argumente in die Hand, ihn nun loszuwerden. Dies geschah bemerkenswerterweise nicht sofort im Anschluß an den Aufstand, was ein weiteres Indiz für lang anhaltende Unstimmigkeiten in der Moskauer Führung darstellt. Berija gelang es noch, zwei seiner Mitarbeiter nach Berlin zu senden: den jüngeren Bruder des früheren SAG-Chefs Kobulov, Amajak Zachar'evič Kobulov (vor dem Krieg NKVD-Resident in Berlin, 1951 bis 1953 stellvertretender Leiter der GULAG, seit April 1953 stellvertretender Chef der Kontrollinspektion beim MVD) und den neu ernannten Chef der Spionageabwehr Sergej Arsen'evič Goglidze.³⁴⁰ Am 26. Juni 1953 wurde Berija in Moskau verhaftet. Gleichzeitig kamen seine beiden Abgesandten in Berlin in Grečkos Gewahrsam; man brachte sie sofort per Flugzeug nach Moskau.³⁴¹ Goglidze und die beiden Kobulovs gehörten später zu den Angeklagten im Berija-Prozeß. Der vormalige SAG-Chef Bogdan Zachar'evič Kobulov wurde Ende Dezember 1953 gemeinsam mit Berija hingerichtet.³⁴²

Zum Plenum des ZK im Fall Berija³⁴³ reisten auch Semenov und Sokolovskij am 26. Juni 1953 in die sowjetische Hauptstadt. Dort wurde dem Hohen Kommissar die nunmehr aktuelle deutschlandpolitische Linie vorgestellt. Die Krise in Berlin konnte einem zur Last gelegt werden, der aus zahlreichen Gründen der innerherrschaftlichen Konkurrenz gerade das meist akzeptierte „Bauernopfer“ war. Berijas Beseitigung wurde unabhängig von außen- und deutschlandpolitischen Zusammenhängen von den meisten Nachfolgern Stalins gewünscht.

Das Amt des *Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland* wurde durch die Ereignisse im Juni 1953 in der DDR jedoch nicht überflüssig. War der Beschluß zu seiner Einrichtung im Mai 1953 eindeutig nur Zwischenergebnis eines allgemeinen politischen Spannungstrends mit offenem Ausgang, so wurde dieser Ausgang nun, wenige Wochen später, durch die unvorhergesehenen Berliner Ereignisse beschleunigt, in Moskau klar umrissen. Einmal öffentlich gemacht, war der Übergang zur Institution des Hohen Kommissars ohnehin nicht mehr revidierbar. Doch abgesehen davon erfüllte diese Institution auch nach der „Entlarvung“ Berijas ihren Zweck. Eine Offerte, ähnlich der vom März 1952, erging an die Westmächte zwar nicht mehr. Doch auch in der Deutschlandpolitik zog der Neue Kurs ein. In Abkehr von ihrer Politik vom Sommer 1952 entschied sich die östliche Siegermacht nun wieder für die Gewährung von „*Souveränität unter Vorbehalt*“ und verstand es zugleich, das alte Konzept von 1949/50 zu aktualisieren. Die Modifizierungen betrafen zwei Aspekte. Erstens hatte man sich in Moskau nun doch mehrheitlich zu einer weitergehenden Blockintegration der DDR entschieden; zweitens aber hatten die Ereignisse den Kreml in der Einsicht bestärkt, die direkte materielle Ausbeutung und politische Bevormundung der Blockpartner – auch im eigenen Interesse – zurückzunehmen.³⁴⁴ Dem entsprach eine restlos zivile Kontrollbehörde ohne militärischen Kopf viel

³³⁹ Semenov zufolge lehnte Berija selbst ab, nach Berlin zu fahren (Semjonow, Von Stalin, S. 294).

³⁴⁰ In Semenovs Memoiren wird das Gerücht kolportiert, beide hätten gegen Čujkov und Semenov Material sammeln sollen, doch für einen solchen Auftrag hätten kleinere Dienstränge gewiß genügt. Diese letzte deutschlandpolitische Entscheidung Berijas steht vielmehr in einer Linie mit seinen Aufträgen seit 1952, in Ost- wie Westdeutschland alte Spionagenetze neu knüpfen zu lassen, was eventuell auch in den Kontext der Vorbereitung einer „Preisgabe der DDR“ gehörte.

³⁴¹ Semjonow, Von Stalin, S. 299.

³⁴² Istorija CK KPSS; Berija – Konec, S. 300f.; Knight, Beria.

³⁴³ Delo Berija; Knoll/Kölm, Der Fall.

besser, die Institution eines Hohen Kommissars mit einem Diplomaten an der Spitze. Diese Institution, die sich im folgenden eines aus der SKK-Struktur hervorgegangenen Apparates bediente, bestand in der DDR bis 1955 fort.³⁴⁵

³⁴⁴ Am 23. August 1953 trafen Regierungsvertreter der DDR und der UdSSR in Moskau eine Wirtschafts- und Handelsübereinkunft, die unter anderem vorsah, die Reparationsleistungen ab 1954 restlos einzustellen, verbliebene Schulden zu annullieren und die Besatzungskosten zu reduzieren.

³⁴⁵ Dazu bislang am konkretesten in seinen Erinnerungen: Karjagin, Berlin.

Hinweise zur Einrichtung und Benutzung

1. Zu den vorgestellten Dokumenten

Die Dokumentation umfaßt interne Unterlagen zu Aufbau, Zwecksetzung und Funktionsweise der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland als wichtigsten Instruments der sowjetischen Deutschlandpolitik im Zeitraum 1949–1953. Alle Dokumente werden hier erstmals veröffentlicht.

Dokument 1

Im Zentrum der Dokumentation steht das „*Statut der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland*“, das im Frühjahr 1950 (vermutlich im Mai) vom Ministerrat der UdSSR verabschiedet wurde. Die Verordnung legte Aufgaben, Struktur und Kompetenzen der SKK sowie Grundprinzipien ihrer Wirkungsweise fest. Sie ging auf den Erlaß des Ministerrats der UdSSR „Über die Schaffung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“ vom 5. November 1949 zurück, der die SKK mit einer Zentrale in Berlin sowie Vertretungen in den einzelnen Ländern der DDR, in Berlin und weiteren 15 Städten installiert hatte.

Mit „Dokument 1“ wird der Versuch unternommen, das Statut der SKK in seiner Genesis auszuweisen.

Eine erste Fassung des Statuts wurde in der SKK selbst erarbeitet und von einer Kommission in Berlin-Karlshorst verfaßt. Mitte Dezember 1949 ging der Entwurf, noch mit einem SMAD-Stempel versehen, nach Moskau. Dort setzte Anfang 1950 eine Überarbeitung des Entwurfes ein, die mehrere Monate in Anspruch nahm. Offenbar teilte man im Außenministerium, zu deren Geschäftsbereich die eben erst geschaffene Sowjetische Kontrollkommission gehörte, und in anderen obersten staatlichen und Parteigremien in Moskau die SKK-Binnensicht nicht ganz. Angesichts der heterogenen Positionen, wie sie die sowjetischen Vertreter in Ostdeutschland in den ersten Entwurf des Statuts eingebracht hatten, ist das auch erklärlich. In Moskau war überdies die Sicht auf deutschlandpolitische Zusammenhänge eine andere. Vermutlich waren auf zentraler Ebene Erfahrungen von Belang, die mit vergleichbaren Herrschaftsmechanismen im Baltikum, in Polen oder auf dem Territorium früherer Verbündeter Deutschlands einerseits, bei der Einflußnahme auf Transformationsprozesse und Herrschaftsaufbau in Osteuropa und auf dem Balkan andererseits gesammelt worden waren. Außerdem war die deutsche Frage, soweit das aus den wenigen verfügbaren Quellen zu ersehen ist, Anfang 1950 Gegenstand strategische und taktikbildender Erörterungen in der Moskauer Führung.

Über Moskauer Auffassungen zu Funktion und Aufgabe der SKK liegen bislang nur wenige Zeugnisse aus dem Außenministerium vor, so daß die Rekonstruktion der weiteren Arbeit am Statut nur halbwegs gelingt. Im Februar 1950 reichte das Außenministerium eine gekürzte und bearbeitete Fassung der Verordnung beim Präsidium des Ministerrats der UdSSR ein. Sie ging an das Außenministerium zurück. Nach weiteren Prüfungen und unbedeutenden Korrekturen beantragte Außenminister Vyšinskij im April die Annahme durch den Ministerrat. Von der (unbedeutend korrigierten) Februar-Fassung der

Verordnung kann mit großer Wahrscheinlichkeit gesagt werden, daß sie als SKK-Statut schließlich angenommen wurde.

„Dokument 1“ macht den Wandel vom ersten (Berliner) zum vermutlich angenommenen (Moskauer) Entwurf des SKK-Statuts optisch deutlich. Es bietet beide Texte vollständig und „übereinandergelagert“. Das ermöglicht Rückschlüsse auf eine „Moskauer Redaktion“ von Januar bis Februar 1950, die in ihrer Zusammensetzung leider weitgehend unbekannt ist. Versuche, die hier mit „Moskauer Entwurf“ qualifizierte Fassung des SKK-Statuts als schließlich per Regierungsbeschluß angenommene Fassung verläßlich auszuweisen, scheiterten. Der Beschluß als solcher liegt bislang nicht vor.¹ Die für Regierungsbeschlüsse eigentlich obligatorische Zustimmung durch das Politbüro des ZK der KPdSU(B) fand sich im Moskauer Parteiarchiv RZCHIDNI ebenfalls nicht.² Fest steht jedoch, daß es von Mitte 1950 ab ein Statut der SKK gegeben hat. SKK-Vorsitzender Čujkov bezog sich später in einem institutionsrelevanten Zusammenhang auf einen Ministerratsbeschluß zur SKK vom 31. Mai 1950.

Das SKK-Statut stellt eine interne Regelung dar, die Satzung eines Instruments zur Ausübung von Besetzungsherrschaft. Es unterscheidet sich in Zweck und Charakter ganz wesentlich sowohl vom Besatzungsstatut für die Bundesrepublik (10. April 1949) als auch vom Statut der Alliierten Hohen Kommission (20. Juni 1949). Im Unterschied zum Besatzungsstatut war es nicht „zur Abgrenzung der Befugnisse und Verantwortlichkeiten“ zwischen der DDR-Regierung und der östlichen Siegermacht gedacht. Dies sollte die Erklärung des SKK-Vorsitzenden Čujkov vom 11. November 1949 leisten. Diese fiel zwar knapper und weniger konkret aus als das Besatzungsstatut, war ihm aber in ihrer Funktion als offizielle Stellungnahme zum Rahmen der gewährten „Souveränität unter Vorbehalt“ prinzipiell gleichwertig. Vom Statut der Alliierten Hohen Kommission unterschied sich das SKK-Statut schon insofern, als es nicht dazu angelegt sein mußte, die Rechte verschiedener Siegermächte zu garantieren und deren Kooperation im Umgang mit dem deutschen Separatstaat zu organisieren. Es war weitaus einfacher aufgebaut, was dem Umstand entsprach, daß auch die statutarisch zu fixierende Institution einfacher konstruiert war als das westliche Pendant. Im Vergleich wird jedoch vor allem deutlich, daß im SKK-Statut bei der Regelung von Interna der besetzungsherrschaftlichen Organisation andere Gewichtungen gesetzt wurden: Das SKK-Statut enthielt keine konkreten Festlegungen, wie die Besatzungsmacht über die Kontrollkommission ihren Vorbehalt gegen deutsche Entscheidungen geltend machen wollte; es sagte nichts aus über die Verfahrensweise formeller verbindlicher Adressen der Besatzungsmacht an die deutsche Seite. Diese Eigenheit erklärt sich zum Teil damit, daß nicht vorgesehen war, die Satzung zu veröffentlichen. Sie wurde den ostdeutschen Behörden auch nicht zur Kenntnis gegeben.

Dagegen waren im Einzelnen die Kompetenzen führender SKK-Mitarbeiter im mündlichen Kontakt mit DDR-Staatsvertretern fixiert. Das Statut der SKK legte die Kontaktebenen sowie die dienstlichen Befugnisse und Verpflichtungen der sowjetischen Vertreter hierbei fest. Daraus geht neben der Bedeutung, die „Unterredungen“ beigemessen wurde, hervor, daß das Statut in erster Linie der Funktionalisierung der Institution als ausführenden

¹ Die Dokumente und Beschlüsse des Ministerrates der UdSSR bzw. seines Präsidiums sind, so die offizielle Auskunft im Moskauer Staatsarchiv noch 1995, für die fünfziger Jahre nicht freigegeben. Auch das Außenpolitische Archiv war nicht bereit, diese Regelung für die außenpolitisch relevanten Beschlüsse, die fraglos – zumindest als Kopie – in seinen Beständen aufbewahrt werden, zu durchbrechen.

² Schriftliche Antwort der Archivleitung des RZCHIDNI auf ein entsprechendes Erschließungsgesuch.

den Organs der Regierung diene. Hierbei blieben eine Reihe wichtiger Details im Bereich der Unterstellungsverhältnisse, der Zuständigkeiten und des internen Instanzenzugs ungenannt. Sie wurden in speziellen Dienstordnungen der SKK geregelt, die der Forschung noch nicht zugänglich sind. Auch die Stellung der SKK innerhalb der zentralen sowjetischen Exekutive wurde nicht ausführlich dargelegt. Die Zuständigkeit des Außenministeriums findet keine Erwähnung. Unklar bleibt, auf welche Weise die Regierung welche Art von Entscheidungen an ihr Organ weitergeben und dessen Tätigkeit prüfen wollte.

Im Statut der SKK ist – anders als im Statut der Alliierten Hohen Kommission – auch nichts über die Aufgaben der einzelnen Struktureinheiten zu erfahren (das AHK-Statut geht freilich in den deskriptiven Textteilen auch nicht über das hinaus, was dem Namen der jeweiligen Abteilung zu entnehmen ist). Für die Historiographie wird dieses Manko wenigstens zum Teil durch den Umstand relativiert, daß die erste (Berliner) Fassung des Entwurfs ausgiebig auf die SKK-Abteilungen einging. Die ausführliche Beschreibung der Aufgaben der SKK-Abteilungen macht den eigentlichen Wert dieses ersten Entwurfstextes aus. Die Passagen zu den „Funktionen der Organe der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“, die für die Endfassung später gestrichen wurden, gingen auf Zuarbeiten der schon berufenen oder der zeitweise amtierenden Abteilungsleiter der SKK von Anfang Dezember 1949 zurück. Personelle Kontinuität auf der Leitungsebene sorgte für einen Erfahrungstransfer aus der Vorgängerbehörde SMAD. Es ist davon auszugehen, daß diese Textteile im Prozeß der Arbeit am SKK-Statut nicht nur einem Kürzungsbestreben zum Opfer fielen: Vieles von den vorgestellten Sichten auf Aufgaben und Kompetenzen der neuen Kontrollinstitution war umstritten. Es war Ausdruck besonderer, stark subjektiver Herrschaftserfahrung. Über den Akt der Eliminierung aus dem Statutstext einerseits und über die reale Herrschaftspraxis andererseits ist im Kontext anderer Quellen zu urteilen.

In seinen Grundaussagen hatte das SKK-Statut bis 1953 Bestand. Im Januar 1951 wurde die Struktur der SKK, insbesondere ihre Führungsebene, durch Regierungsbeschluß geändert. Die Mitarbeiterzahl wurde um mehr als die Hälfte verringert. Mitte 1952 kam es erneut zu einem Umbau der Behörde und zu bedeutsamen Neubesetzungen unter den Führungskräften, Ergebnis gravierender Modifizierungen des bei Installierung der Behörde entwickelten Verständnisses von ziviler sowjetischer Interessenvertretung in der teilsouveränen DDR.

Die unter „Dokument 1“ wiedergegebenen Entwürfe sind unterschiedlichen Beständen entnommen. Der Berliner Entwurf zum SKK-Statut wurde seinerzeit gemeinsam mit den Vorlagen aus den Abteilungen und aus den SKK-Landesvertretungen in der Allgemeinen Abteilung der Kanzlei der SKK unter der Bezeichnung „Korrespondenz zu organisatorisch-personellen Fragen, zu Dislokation und Statistik des Personalbestandes“ abgeheftet. Dieses Material füllt insgesamt zwei Aktenordner und findet sich heute im SKK-Bestand (fond 458) im Außenpolitischen Archiv. Die Endfassung des SKK-Statuts und weitere wichtige Daten lagern bei den Unterlagen der „Referentura po Germanii“ innerhalb der III. Europa-Abteilung des sowjetischen Außenministeriums (fond 082) im gleichen Archiv.

Dokumente 2 bis 7

Von den Leitern der Landesvertretungen der SKK waren Anfang Dezember 1949 bei der Karlshorster Kommission Entwürfe für statutarische Festlegungen eingegangen. Die Vorlagen enthielten Vorstellungen zu Kompetenzen, Arbeitsweise und Arbeitsinhalten einer

Besatzungsbehörde, wie sie in der abschließend verfaßten (Gesamt-)Verordnung nicht mehr so enthalten sind. Diese Vorarbeiten stellen die konkretesten und umfanglichsten Absichtsbekundungen sowjetischer Vertreter in Deutschland dar, die bislang bekannt sind. In ihrer Mannigfaltigkeit überraschen diese Zeugnisse sowjetischer Vorsätze geradezu. Sie vermitteln einen Einblick in Vielfalt und vorsichtigen Wandel sowjetischer Positionen, in Prioritätensetzungen und strategisch-taktische Bemühungen am Übergang zur zivilen Besatzungsbehörde Ende 1949. Sie können als Ausdruck sehr unterschiedlicher praktischer Erfahrungen der SMAD-Zeit und verschiedener politisch-ideologischer Prägungen ihrer Akteure gelten. Diese Zuarbeiten zum SKK-Statut von Seiten der SKK-Vertretungen aus den Ländern Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und aus Berlin wurden deshalb ebenfalls in die Dokumentation aufgenommen.

Zum Zeitpunkt der Erstellung der Entwürfe ging man in der SKK noch davon aus, daß für die einzelnen Landesvertretungen gesonderte Statute verfaßt werden sollten. Bei dem „sächsischen“ Projekt liegt die Vermutung nahe, seine Verfasser sahen ihre Aufgabe darin, eine Art Musterstatut zu entwerfen. Gleiches trifft für den Brandenburger Entwurf zu. Andere Vorlagen waren dagegen von vornherein auf die geographischen und sozialen Besonderheiten im jeweiligen Land zugeschnitten: Insbesondere der Entwurf aus der Berliner Vertretung ging konkret auf die Bedürfnisse sowjetischer Interessenvertretung in der geteilten Stadt ein.

Die Vorlagen waren formell nicht einheitlich. Knapp fiel der Berliner Entwurf aus. Der Mecklenburger und der aus Sachsen-Anhalt beschreiben umfänglich und dabei konkret die Hauptaufgaben der Vertretung. Die Aufgabenbeschreibung für die parteipolitisch und verwaltungspolitisch relevanten Abteilungen geriet in Mecklenburg, Brandenburg und Thüringen viel knapper als in Sachsen-Anhalt. Der letztgenannte Entwurf schlüsselte die Unterstellungen der Stellvertreter auf und vermerkte konkret die deutschen Ministerien und anderen Stellen, die in die Obhut der einzelnen Abteilungen fielen. Die Vorlage aus Sachsen wiederum gliedert innerhalb der Abteilungen die Zuständigkeiten der Referenten auf. Anlagen zur internen Berichterstattung an die Zentrale in Karlshorst enthielten die Entwürfe aus Thüringen, Sachsen und Berlin nicht. Der sächsische Entwurf verzichtete gänzlich auf Verzeichnisse, auch solche zur deutschen Berichterstattung an die SKK-Landesvertretung.

Es fällt auf, daß einzig der Entwurf aus Sachsen explizit auf die veränderte deutschlandpolitische Lage eingeht und in der Präambel die DDR-Gründung erwähnt. Die Verfasser der anderen Entwürfe beriefen sich bestenfalls auf den Beschluß zur SKK-Gründung. Sie verzichteten nicht nur auf weitere aktuelle Bezüge, in ihren Texten klingt zudem viel altes Vokabular mit. Der Mecklenburger Entwurf spricht, beispielsweise, einmal von „Ostzone“ und „Sowjetischer Besatzungszone“, dann von einer „Provisorischen demokratischen Regierung Deutschlands“, schließlich von der „volksdemokratischen Deutschen Republik“ oder einfach der „Demokratischen Republik“.

Neben Unsicherheiten in der Formulierung, die für Entwurfstexte aus einer Zeit politischer Umorientierung nicht untypisch sind, sind in den Dokumenten Ansätze differierender Positionsfindung auszumachen. Einem globalen Eindruck folgend, könnte man den Entwurf aus Sachsen-Anhalt den rigidesten nennen. Beim genauen Hinsehen wird aber klar, wie schwierig eine solch regionale Zuordnung ist. Die Entwürfe spiegeln allgemeine Klärungsprobleme wider.

Besonders aufschlußreich sind die Entwürfe aus Thüringen, Mecklenburg, Sachsen-Anhalt und Berlin; sie sind im Dokumententeil vollständig abgedruckt. Die Entwürfe aus

Brandenburg und Sachsen erscheinen nur in Auszügen. Kürzungen erfolgten dort, wo die Sachverhalte und Formulierungen so oder ähnlich in anderen Entwürfen vorkommen und wo für einen Vergleich der Haltungen auf die Doppelung verzichtet werden konnte. Umgekehrt sind die ausgewählten Auszüge wegen ihrer vergleichsweise konkreten Aussage zu anderswo unterbelichteten Sachverhalten wichtig. Der Brandenburger Entwurf ist in der Beschreibung der Rechte der SKK-Landesvertretung recht anschaulich; der Entwurf aus Sachsen enthält sehr detaillierte Satzungen für seine Abteilungen, von denen die für die Informationsabteilung von besonderem Interesse ist. Begründet seien die Reduzierungen mit dem Hinweis darauf, daß die selbstformulierten Satzungen der SKK-Landesvertretungen in dieser Dokumentation vor allem Anschauungswert besitzen. Den Charakter verbindlicher Regelungen nahmen sie nach jetzigem Kenntnisstand nicht an.

Die Dokumente sind den erwähnten Akten der SKK-Kanzlei im Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation entnommen.

Dokumente 8 und 9

Die sowjetischen Quellen werden ergänzt durch Dokumente aus ostdeutschen Archiven. Dem Bestand Ministerium für Wirtschaftsplanung der DDR im Bundesarchiv konnten die Grundbestimmungen für die Berichterstattung der deutschen staatlichen Organe gegenüber der SKK und die Anweisungen zur Industrieberberichterstattung vom Januar 1950 entnommen werden, die dort im russischen Original und in der deutschen Übertragung vorliegen. Wiedergegeben werden hier die historischen Übersetzungen, hinsichtlich Orthographie und Grammatik geringfügig korrigiert.

Über Anwendung und Verbindlichkeit der Bestimmungen können endgültige Aussagen nicht gemacht werden. Allem Anschein nach blieben die konkreten Forderungen aus den Anweisungen nicht dauerhaft gültig. Vieles auf dieser Strecke wurde „operativ“ in die Praxis umgesetzt, die Methoden der volkswirtschaftlichen Erhebung und der Rechnungsführung änderten sich. Die Anweisungen zeugen von sowjetischem Kontrollverständnis im Industriebereich zu Jahresbeginn 1950. Die prinzipiellen Aussagen der Grundbestimmungen dürften indes längerfristig gültig gewesen sein, wenngleich hinsichtlich des Umgangs der SKK-Abteilungen mit deutschen Behörden bald eine gewisse Liberalisierung angestrebt wurde.

Weitere derartige Bestimmungen oder Anweisungen sind nicht bekannt.

Dokumente 10, 11 und 12

Den Beständen des früheren Zentralen Parteiarchivs der SED sind ein Verzeichnis führender Mitarbeiter der SKK von 1950 und die zwei bislang bekannten offiziellen Protokoll-Verzeichnisse der SKK vom Februar 1951 und vom Juni beziehungsweise Juli 1952 entnommen. Solche Protokollisten wurden sowohl für die DDR-Regierung als auch für die Alliierte Hohe Kommission verfaßt.

Das Verzeichnis von Mitte 1950 ist nicht genau datierbar. Es liegt in deutscher Sprache vor. Ein falsch geschriebener Name ist ein Indiz dafür, daß die Liste möglicherweise nur mündlich an die SED-Führung weitergegeben wurde. Das Dokument findet sich im Nachlaß Wilhelm Pieck. Die Protokoll-Verzeichnisse von 1951 und 1952 gingen dagegen

offiziell an Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und sind in dessen Nachlaß überliefert: das von 1951 im russischen Original sowie in deutscher Übersetzung (angefertigt in der Kanzlei des Ministerpräsidenten), das von 1952 lediglich in deutscher Übersetzung. Der Bestand Otto Grotewohl enthält noch ein weiteres, ein undatiertes kürzeres Verzeichnis, das wohl von Mitte 1952 stammt. Auf die Wiedergabe wurde verzichtet, da es nur einen Teil der auch in Dokument 12 aufgeführten Namen enthält.³ Die Schreibweise der Namen und die Bezeichnungen der Struktureinheiten wurde in allen Verzeichnissen vereinheitlicht, gegebenenfalls wird auf fehlerhafte Übersetzungen hingewiesen.

Anlagen

In den Anlagen finden sich eine kumulative Statistik des SKK-Personals, zusammengestellt anhand verschiedener Tabellen und Vermerke aus der Gründungsphase. Analoge Aussagen waren für spätere Phasen der SKK-Geschichte nicht zu treffen. Der Grundaufbau der Tabelle ist aus Originalakten zur Personalstatistik übernommen.

Eine Grafik zur Besetzung der obersten Führungsstellen in der SKK und den SKK-Landesvertretungen soll für die gesamte SKK-Zeit einen Überblick ermöglichen. Sie ist in ihrer Anlage nicht authentisch.

Abschließend folgt eine Aufzählung von SMAD-Befehlen, über deren Gültigkeit Ende 1949/Anfang 1950 in der SKK entschieden wurde. Die Aufzählung wurde einem undatierten Schreiben Čujkovs an Walter Ulbricht entnommen. Das Schreiben in deutscher Sprache nannte Befehle, die umgehend außer Kraft gesetzt werden, und andere, die durch deutsche Bestimmungen zu ersetzen seien und bis dahin gültig bleiben sollten. Die Übergabe der Liste erfolgte am 4. Februar 1950 während einer Besprechung Piecks und Ulbrichts mit Čujkov.⁴ Dem war ein interner Befehl des SKK-Vorsitzenden vom 30. Dezember 1949 vorausgegangen, der in Ausführung des Erlasses vom 5. November 1949 die Ulbricht genannten 67 Befehle außer Kraft gesetzt bzw. für vorübergehend gültig erklärt hatte. Darüber hinaus war die umgehende Überarbeitung von zehn anderen konkreten Befehlen angeordnet worden, weitere etwa 280 Befehle (vorwiegend geheime Befehle) wurden als bis zur völligen Realisierung gültig eingestuft. Letztere betrafen vor allem die Ausführung von Reparationslieferungen.⁵ Im Brief an Ulbricht waren nur die Befehle der ersten beiden Kategorien genannt.

Unter den Ulbricht mitgeteilten, zunächst noch gültigen Befehlen befanden sich solche von zentraler volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedeutung wie der Befehl 234 vom 9. Oktober 1947. Die SKK suchte auch den Fortgang der Reparationszahlungen zu sichern. Diesem Zweck dienten die weiterhin gültigen Befehle zur Preiskontrolle und zur Sicherung des Transports von Export- und Reparationsgütern. Sowjetischem Interesse an ziviler Ordnung im Kontrollgebiet entsprachen Befehle zur Waffen-, Betäubungsmittel- und Lebensmittelkontrolle, zum Arbeitsschutz sowie zur Strafverfolgung von Attentätern

³ Diese „Protokolliste verantwortlicher Persönlichkeiten der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“ umfaßt zehn Namen und vermerkt die Geburtstage der Genannten (SAPMO BArch, NY 4090/315, Bl. 247).

⁴ Besprechung Piecks und Ulbrichts mit Čujkov, Il'ičev und Koval' am 4.2.1950, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 332f., hier S. 333. Siehe auch Otto, Rolle, S. 143.

⁵ Hinweise auf den Befehl vom 30.12.1949 verdanke ich Dr. Jan Foitzik.

und Saboteuren und zur Sicherung der Denazifizierung. – Wahrscheinlich war diese Stellungnahme zu SMAD-Befehlen als eine erste gedacht, der weitere folgen sollten. Denn selbst wenn in Betracht gezogen wird, daß viele der allein über tausend nicht geheimen Befehle der SMAD aus den Jahren 1945 bis 1949 dem internen Besatzungsbehördenbetrieb galten, daß viele der an die Deutschen gerichteten Befehle sofortige Ausführung angeordnet hatten und daß zahlreiche Grundsatzentscheidungen inzwischen durch DWK-Beschlüsse gesetzlich verankert worden waren, so scheinen die hier insgesamt genannten 67 Befehle nicht alle noch im Oktober 1949 gültigen zu erfassen. Vor allem an Befehlen zu Reparationsangelegenheiten wollte man vorerst nicht rühren.⁶

Über die Gültigkeit zentraler Entscheidungen für das politische System der SBZ war indes zu befinden. Wilhelm Pieck notierte Mitte Januar 1950 während einer Besprechung mit Politberater Vladimir Semenovič Semenov, daß Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 über die Zulassung von Parteien seine Gültigkeit behält.⁷ Ende Februar war das dann entschieden, konkrete Anordnungen folgten. Die Lizenzierungsfunktion gemäß Befehl Nr. 90 vom 17. April 1947 sollte an das Amt für Information übergehen.⁸ Wie die Siegermacht mit anderen grundsätzlichen Politik-Vorgaben aus der SMAD-Zeit nach der DDR-Gründung umzugehen gedachte, ist unbekannt. Weitere Sammel Listen mit SMAD-Befehlen liegen nicht vor. Unbekannt ist ebenso, ob die SKK mit DDR-Behörden in einer speziellen Weise kooperierte, um frühere SMAD-Befehle inhaltlich in DDR-Bestimmungen zu übernehmen.

Die quellenbedingt nicht lückenlose historische „Verortung“ des dokumentierten Materials nötigt die Frage nach seiner tatsächlichen Relevanz auf.

Zunächst erlauben die Quellen, die Moskauer Grundsatzentscheidung, wonach die SMAD durch eine zivile Kontrollbehörde ersetzt werden sollte, konkreter zu betrachten und zeitlich genauer einzuordnen. Es kann gefragt werden, ob und wie sich in dieser Entscheidung selbst oder in den konzeptionellen Vorarbeiten und den statutarischen Fixierungen zum Wirken der SKK die historiographisch noch immer heftig umstrittenen deutschlandpolitischen Wendungen, Differenzen oder gar Kontroversen niedergeschlagen haben, und welche das denn waren. In Gegenüberstellung neu gewonnener Einsichten zu älteren Erkenntnissen bieten sich Schlüsse über den institutionsgeschichtlichen Rahmen hinaus an. Interessant ist dabei vor allem, wie die Großmacht UdSSR im Zusammenhang mit der Satzung ihrer Behörde in Deutschland 1949/50 ihre verschiedenen Interessen in der deutschen Frage gewichtete.

In den Dokumenten schlägt sich in bislang nicht gekannter Konkretheit ein interner sowjetischer Entscheidungsprozeß zum Vorgehen in Deutschland nieder. Er schließt mehrere Ebenen ein. Zu erkennen sind SMAD/SKK-Sichtweisen, sogar solche aus kontrollbehördlich-regionaler Perspektive, sowie eine abschließende Moskauer Entscheidung. Damit ist sowjetisches Interessenverständnis evident, wie es aus unterschiedlichen Erfahrungen bei der Praxis der Besatzungsherrschaft bis 1949 entwickelt wurde. Innerhalb

⁶ Aktennotiz in Unterlagen der III. Europa-Abteilung des Außenministeriums, AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 24f.

⁷ Besprechung Piecks mit Semenov, 13.1.1950, in: Badstübner/Loth, Pieck-Aufzeichnungen, S. 324f., hier S. 325.

⁸ Offiziell wurde Ministerpräsident Grotewohl am 1.3.1950 davon in Kenntnis gesetzt, die SKK hätte entschieden, dem DDR-Innenministerium die Funktionen zu übergeben, die aus Befehl 2/45 der SMAD folgten, nämlich die Registrierung von Parteien und Organisationen (Izvestija vom 2.3.1950).

der Erfahrungen, die unmittelbar in Deutschland gemacht wurden, manifestieren sich Differenzen, die auf individuelle Erfahrungswerte und diverse politische Haltungen und Horizonte zurückzuführen sind. Außerdem dürften hier nicht nur die auf Länder- und Abteilungsebene intendierten, z.T. aus SMAD-Zeit überkommenen Vorgehensweisen und Herrschafts-Selbstverständnisse festgehalten, sondern auch wichtige reale Behördenaktivitäten zumindest für die erste Zeit beschrieben sein. Die Dokumente zur Genesis der SKK-Satzung eignen sich also zu Rekonstruktion und Illustration von vielfältiger Besatzer-Erfahrung und von SKK-Praxis für die ersten Monate nach Gründung der Kommission.

Die Prozesse der Entscheidungsfindung auf oberster sowjetischer Ebene bleiben dagegen im Detail noch weitgehend unergründbar. Auch bei ausgiebiger Betrachtung erschließt sich die persönliche Meinung einzelner Staats- und Parteiführer in Moskau zu Zweck und Aufgaben der SKK in Deutschland durch diese Quellen nicht. Für eine erste Institutionsgeschichte erweist sich dieser Aspekt aber als entbehrlich. Fragen nach den sogenannten „deutschlandpolitischen Linien“ im Kreml fallen bei den vorgestellten Dokumenten nicht ins Gewicht, solche nach einer mehrheitlich in der KPdSU-Spitze vertretenen Deutschlandpolitik sind hingegen durchaus möglich. Dabei bleibt der Tatsache zu genügen – und in der einleitenden knappen Behördengeschichte geschah das auch –, daß die internen Verständigungspapiere zum SKK-Statut und die Satzung für sich genommen nur zu sehr vorsichtigen Schlüssen auf Moskaus Absichten in der Deutschlandfrage berechtigen, solange die Forschung den historischen Kontext nicht weitergehend aufgearbeitet hat. Vieles kann nun aber klarer problematisiert werden.

Anhand der hier veröffentlichten Dokumente sind konkrete Aussagen zum Aufbau der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland möglich.⁹ Einige der verfügbaren Quellen erlauben es, längerfristige Veränderungen bezüglich der der SKK zugewiesenen Funktionen aufzuspüren. Dies gelingt vor allem anhand der Struktur- und Personalentwicklung, wenngleich Fragen offenbleiben. Beim Studium des sehr heterogenen, zuweilen unvollständigen Materials fallen interessante Phänomene auf, die auf Zusammenhänge der weiteren Entwicklung hindeuten. Unter Zuhilfenahme veröffentlichter Studien, von Erinnerungs- und Forschungsliteratur zur frühen DDR-Geschichte kann die SKK-Institutionsgeschichte in groben Konturen rekonstruiert werden. Erkenntnisfortschritte bringt die Suche nach einer Widerspiegelung deutschlandpolitischer Orientierungen bezüglich des Jahres 1952.

Die genutzten und die hier veröffentlichten Dokumente führen darüber hinaus zu ersten arbeitsorganisatorischen Analysen. Die dokumentierten SKK-Binnensichten zur künftigen Arbeitsweise der SKK können ersten sporadischen Erkenntnissen über das tatsächliche Funktionieren der Institution gegenübergestellt werden. Insgesamt ergibt sich damit ein erster genereller Überblick über die internen Arbeitsabläufe in der Behörde.

Alles in allem reichen diese Erkenntnisse zu einer mehr oder weniger stimmigen Periodisierung der SKK-Geschichte und zu einer allgemeinen Beschreibung des Wirkens der SKK, hypothetisch in den Rahmen der sowjetischen Deutschlandpolitik von 1949 bis 1953 gestellt. Offen bleiben muß allerdings, welchen realen Anteil die SKK an der historischen Gesamtentwicklung im Osten Deutschlands hatte, welche Rolle sie bei Entscheidungen in Einzelfragen und zu unterschiedlichen Zeiten ihrer Existenz spielte. Um Inhalt

⁹ Bis ins letzte Detail gelang die Klärung der verschiedenen Struktureinheiten der SKK leider nicht in jedem Falle. So muß offen bleiben, was sich hinter Bezeichnungen wie „8. Abteilung“ oder „6. Unterabteilung“ als Substruktur der Kanzlei bzw. der Allgemeinen Abteilung einer Landesvertretung verbirgt.

und „Durchschlagskraft“ ihrer gesellschaftspolitischen Vorgaben bestimmen zu können, müssen detaillierte Untersuchungen für einzelne Gesellschaftsbereiche vorgenommen werden. Das Wirken anderer sowjetischer Institutionen auf dem Gebiet der DDR ist möglichst konkret zu ergründen. Über eine solche Forschung würden sich auch sehr viel klarer, als es bislang möglich ist, Diskrepanzen und Widersprüche innerhalb der sowjetischen Führung wie innerhalb der Kontrollbehörde nachzeichnen lassen, könnten konzeptionelle Kontroversen sowie Kooperation und Kollaboration zwischen ostdeutschen und sowjetischen Herrschaftsträgern, das Neben-, Mit- oder auch Gegeneinanderwirken verschiedener sowjetischer Institutionen in Deutschland deutlich gemacht und schließlich die reale Effizienz des sowjetischen Regierungsorgans SKK bestimmt werden.

2. Editorische Hinweise

Alle Dokumente (ausgenommen Dokument 10) werden mit ihren Original-Titeln vorgestellt. In Doppelklammern (()) erscheint im Titel eine für das Verständnis notwendige Ergänzung. Eckige Klammern [] im Titel geben notfalls an, worum es sich in der Sache handelt. Auslassungen im Dokumententext sind an den jeweiligen Stellen ausgewiesen. Die Bezeichnungen für Institutionen und die Schreibweise der Namen wurden vereinheitlicht. Gegebenenfalls wird auf sprachliche Ungenauigkeiten und Übersetzungsprobleme hingewiesen. Der Fundort ist am Ende eines jeden Dokuments genannt. Bei den zahlreichen listenmäßigen Aufstellungen in den Dokumenten wurde die Originalanordnung beibehalten und lediglich die Satzzeichengebung behutsam den üblichen Duden-Regelungen angepaßt. Auch in den Fällen, in denen die Verfasser der Dokumente ihre eigene Systematik nicht durchhielten – wenn etwa auf einen Unterpunkt 1) kein Unterpunkt 2) folgt –, wurde nicht redaktionell eingegriffen.

In den Dokumenten und Anlagen sowie in der einleitenden Darstellung sind Personennamen und Institutsbezeichnungen, sofern sie aus dem Russischen übernommen wurden, transliteriert. Der Einheitlichkeit wegen erscheinen deshalb auch die Namen bekannter historischer Persönlichkeiten in einer wenig geläufigen Übertragung, so der des SKK-Vorsitzenden Tschujkow (in der Fachliteratur auch Tschuikow oder Tschuikow geschrieben) als Čujkov. Das Namensregister ermöglicht es dem Leser, in schwierigen Fällen die transliterierte Variante zu finden. Soweit Vor- und Vatersnamen der Personen bekannt sind, werden sie genannt. Auf biographische Ergänzungen mußte verzichtet werden, da zum jetzigen Zeitpunkt noch zu wenig Angaben zu den meisten der erwähnten Personen vorliegen.

Abkürzungen sind über das Abkürzungsverzeichnis zu erschließen. In der Regel handelt es sich um deutschsprachige Abkürzungen. Bei den Kurzbezeichnungen für die Moskauer Archive wurden – in Abkehr von der strengen Transliteration – die inzwischen gängigen Abkürzungen benutzt, die auf das Transkriptionssystem zurückgehen.

Einblicke in russische Archive verdanke ich einer Reihe von Studienreisen, die zunächst von der Akademie der Wissenschaften der DDR, nach 1990 mit Geldern aus dem WIP-Programm der K.A.I. e.V., zusätzlich von der Deutschen Forschungsgemeinschaft sowie vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft und seit 1994 vom Institut für Zeitgeschichte München ermöglicht wurden. In Moskauer Archiven konnten insgesamt rund

150 Aktenordner aus den Jahren 1948 bis 1953 genutzt, einige mehr über Findhilfsmittel avisiert und, soweit dies möglich war, durch ihre bloße Kenntnisnahme mitverwertet werden. Die Mehrzahl der studierten Akten lagert im Außenpolitischen Archiv.

Die Übersetzung der Dokumente aus dem Russischen übernahm Dr. Rolf Semmelmann, dem darüber hinaus für manche Anregung zu danken ist. Mit hilfreicher Kritik und mit zahlreichen Quellenhinweisen unterstützten mich viele Kollegen. Ihre Kooperation erwies sich angesichts der schwierigen Archivsituation in Moskau als äußerst wichtig. Mein Dank gilt vor allem den Herren Dr. Jan Foitzik, Dr. Ralf Possekel, Dr. Viktor Knoll und Dr. Jochen Laufer. Schließlich sei der freundlichen Aufnahme und aufschlußreichen Gesprächen gedacht, die mir einige der früheren SMAD- bzw. SKK-Mitarbeiter in Moskau gewährten, insbesondere Herr K. I. Koval', Herr L. A. Korbust und Herr A. Ja. Bogomolov.

Die Leitung des historisch-dokumentarischen Departements und des Archivs im Außenministerium der Russischen Föderation in Moskau, namentlich Herr I. V. Lebedev, Herr V. V. Sokolov und Frau E. V. Belevič, ermöglichten den Zugang zu russischem Archivmaterial. Unterstützung wurde mir auch von Seiten der beiden Parteiarchive in Moskau, insbesondere von Frau L. A. Rogovaja, Frau G. V. Gorskaja, Herrn A. V. Doronin, Frau N. G. Tomilina, Frau Z. Vodopjanova, Frau T. I. Puch und Frau J. D. Orechova zuteil. Ich bedanke mich bei allen Moskauer Helfern.

Gedankt sei ebenso den Mitarbeitern des Bundesarchivs und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) beim Bundesarchiv.

Technische Hilfe gewährten freundlicherweise Frau Georgi, Frau Manske und Frau Reichelt.

**Statut der SKK.
Dokumente zur Entstehung
der Sowjetischen Kontrollkommission
in Deutschland (1949–1953)**

Statut der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland [Entwurf und Endfassung]¹

I. Allgemeine Bestimmung

1. **Die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland** (nachfolgend SKK genannt) wurde auf Grundlage des Beschlusses des Ministerrats der UdSSR Nr. 51591967ss vom 5. November 1949 „Über die Bildung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“ geschaffen, sie **ist ein Organ der Regierung der UdSSR und handelt auf der Grundlage vorliegender Verordnung.**
2. An der Spitze der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland steht der Vorsitzende der SKK, der vom Ministerrat der UdSSR ernannt wird. Die Stellvertreter des Vorsitzenden der SKK, der Politische Berater und der Kanzleichef der SKK werden ebenfalls vom Ministerrat der UdSSR ernannt.
Die Leiter der Verwaltungen und Abteilungen der SKK sowie die Vertreter der SKK in den Ländern und in Berlin werden auf Vorschlag des Vorsitzenden der SKK in Deutschland vom Ministerrat der UdSSR bestätigt.
Das übrige Personal der SKK wird vom Vorsitzenden der SKK in Deutschland ernannt.
3. Der Vorsitzende der SKK ist dem Ministerrat der UdSSR gegenüber verantwortlich.

II. Aufgaben der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland hat folgende Aufgaben:

1. Gewährleistung der Erfüllung der in den Abkommen zwischen den Alliierten festgelegten Besatzungsaufgaben in der Ostzone Deutschlands.
2. Kontrolle der Verwirklichung des Potsdamer und anderer gemeinsamer Abkommen der Alliierten in bezug auf Deutschland und Unterstützung der weiteren Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik auf demokratischer und friedlicher Grundlage.
3. Sicherung der Erfüllung der Verpflichtungen der deutschen Regierung hinsichtlich der Reparationslieferungen und der Begleichung der Besatzungskosten.
- [4. *Vorbereitung von Planentwürfen für die Reparationsleistungen an die Sowjetunion, Abstimmung mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik² und Einreichen der Entwürfe bei der Regierung der UdSSR zur Bestätigung.*]

¹ Der vorliegende Text stellt ein Konglomerat aus dem in der SKK im Dezember 1949 erarbeiteten Entwurf und dem im Februar 1950 beim Präsidium des Ministerrates der UdSSR eingereichten Entwurf der Verordnung dar. Fortlaufend ohne das [Eingeklammerte] gelesen, zeigt er den Entwurf vom Dezember 1949. *Kursiv* und [in Klammern] stehen die in die Februar-Fassung neu aufgenommenen Textstellen und die neue Bezifferung der Artikel und Punkte. **Fett** gedruckt erscheint die Gesamtfassung vom Februar 1950. In Fußnoten wird auf Änderungen hingewiesen, die Außenminister Vyšinskij Ende April 1950 im Zusammenhang mit der geplanten Beschlußfassung im Ministerrat beantragte. Mit großer Wahrscheinlichkeit wurde die Februar-Fassung (**Fettdruck**) mit den Änderungen im April oder im Mai 1950 zum Ministerratsbeschluß.

² Vyšinskij schlug vor, die Passage „Abstimmung mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“ zu streichen.

4. [5.] Teilnahme an vierseitigen Konsultationen sowie an der Tätigkeit alliierter Organe in Übereinstimmung mit internationalen Abkommen.
5. [6.] Systematische und rechtzeitige Erstellung von Berichten über die politische und wirtschaftliche Lage in der Deutschen Demokratischen Republik und in Westdeutschland für die sowjetische Regierung sowie Unterbreitung von Vorschlägen, die mit der Erfüllung ihrer Aufgaben verbunden sind.³

III. Struktur der sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland zusammengesetzt aus:

dem Vorsitzenden der Kommission,

dem Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden,

dem Stellvertreter des Vorsitzenden für die Angelegenheiten der Sowjetischen Aktiengesellschaften in Deutschland,

dem Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden für Wirtschaftsfragen,

dem Stellvertreter des Vorsitzenden für Industrie,

dem Stellvertreter des Vorsitzenden für Zivilverwaltung zugleich Leiter der Abteilung für Verwaltungsfragen,

dem Sekretariat der Sowjetischen Kontrollkommission.

Beim Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission fungiert ein Politischer Berater.

[den Stellvertretern des Vorsitzenden und dem Politischen Berater beim Vorsitzenden der Kommission, die vom Ministerrat der UdSSR ernannt werden.]

Die Sowjetische Kontrollkommission besitzt folgende Organisation:

1. Verwaltung für Reparationen
2. Abteilung für Verwaltungsfragen
3. Inspektion der Sowjetischen Kontrollkommission
4. Apparat des Politischen Beraters
5. Abteilung für Wirtschaftsplanung
6. Abteilung für Finanzen
7. Abteilung für Industrie
8. Abteilung für Materialbilanzen und Handel
9. Abteilung für Transport
10. Abteilung für Information
11. Abteilung für Kontrolle über wissenschaftlich-technische und Forschungstätigkeit
12. Politische Abteilung
13. Kanzlei
[14. Sekretariat der Sowjetischen Kontrollkommission.]
14. [15.]Kaderabteilung
15. [16.]Redaktion der Zeitung und Verlag „Tägliche Rundschau“
16. [17.]Redaktion der Zeitung „Sovetskoe Slovo“

³ Vyšinskij beantragte die Aufnahme eines zusätzlichen Punktes 7, in welchem festzuhalten sei, die SKK müsse bei allen Fragen, die „prinzipielle Bedeutung“ besitzen, vor Entscheidungen die Erlaubnis der UdSSR-Regierung einholen. Der Forderung war in der Februar-Fassung des Entwurfs aber schon an anderer Stelle entsprochen worden. Siehe Punkte 1 bis 4 im Teil IV „Rechte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“.

17. Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin

18. Vertretungen der Sowjetischen Kontrollkommission in den Ländern

- a) Vertretung der SKK für das Land **Mecklenburg**
- b) Vertretung der SKK für das Land **Brandenburg**
- c) Vertretung der SKK für das Land **Sachsen**
- d) Vertretung der SKK für das Land **SachsenAnhalt [und]**
- e) Vertretung der SKK für das Land **Thüringen**

19. Vertretungen der SKK* in den Großstädten:

Berlin⁴, Rostock, Wismar, Frankfurt an der Oder, Cottbus, Brandenburg, Magdeburg, Bitterfeld, Eisleben, Merseburg, Dessau, Leipzig, Chemnitz, Aue, Zwickau und Erfurt

20. Dienstleistungseinrichtungen:

- a) **Militärpoststation**
- b) **Lager Nr. 226 (für Repatrierte)**
- c) **Bereich Wohnungswirtschaft**
- d) **Kindergarten**
- e) **Kinderkrippe**

IV. Funktionen der Organe der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

1. Verwaltung für Reparationen

Die Verwaltung für Reparationen ist zuständig für:

1. Verteilung der Lieferaufträge in Übereinstimmung mit dem bestätigten Reparationsplan.
2. Kontrolle der Termine für die in den Aufträgen festgelegten Lieferungen von Ausrüstungen und Waren.
3. Aufsicht über die Qualität der zu liefernden Waren und Ausrüstungen.
4. Kontrolle über die Korrektheit der Preise für die Ausrüstungen und Waren, die als Reparationsleistungen geliefert werden, und Abstimmung dieser Preise mit dem Ministerium für Außenhandel der UdSSR.
5. Rechnungslegung und Berichterstattung über Lieferungen und Versand von Ausrüstungen und Waren in die UdSSR.
6. Durchführung der finanziellen Verrechnungen mit dem Amt für Reparationen beim Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik für die der Sowjetunion als Reparationen zu liefernden Ausrüstungen und Waren.
7. Realisierung der Lieferungen von Ausrüstungen und Waren gemäß den Reklamationsansprüchen der Sowjetunion.
8. Kontrolle der Tätigkeit des Amtes für Reparationen beim Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik.
9. Realisierung der Reparationslieferungen von Waren an die Polnische Republik in Übereinstimmung mit dem von der Regierung der UdSSR bestätigten Plan.
10. Feststellung von Eigentum der UdSSR, das der Restitution unterliegt, in den westlichen Zonen Deutschlands und dessen Rückerstattung, ebenso die Feststellung des Eigentums von Nationen, die ein Recht auf Restitution gegenüber Deutschland haben, in

⁴ Die Vertretung der SKK in Berlin wurde später faktisch wie eine Landesvertretung behandelt.

der Ostzone Deutschlands und dessen Rückerstattung durch ein spezielles Organ bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

11. Zusammenstellung von Informationen zu Fragen der Reparationen und der Restitution in der Ostzone und den Westzonen Deutschlands.

Zur Verwaltung für Reparationen der SKK in Deutschland gehört ein Verlag, der zuständig ist für die:

- a) Sicherung der Erfüllung des Reparationsplans für die Herstellung von Büchern und anderen Verlagserzeugnissen in Übereinstimmung mit dem von den weisungsberechtigten Organen bestätigten thematischen Plan;
- b) Buchproduktion für den Bedarf der SKK und der Gruppe der Sowjetischen Truppen in Deutschland.

2. *Abteilung für Verwaltungsfragen*

Die Abteilung für Verwaltungsfragen ist zuständig für:

1. Kontrolle der Organe der deutschen Volkspolizei der Kriminal-, Schutz-, Grenz-, Transport-, Verwaltungs- und Wasserschutzpolizei; Kontrolle und praktische Unterstützung der politischen Organe der deutschen Volkspolizei bei der Organisation und Durchführung der parteipolitischen und der kulturellen Massenarbeit sowie der politisch-erzieherischen Arbeit unter den Angehörigen der Polizei und bei der Verallgemeinerung von Erfahrungen der parteipolitischen und der erzieherischen Arbeit; Studium der politisch-moralischen Verfassung der Angehörigen der Volkspolizei.
2. Gewährleistung einer Politik bei der Auswahl und dem Einsatz der Kader in den Verwaltungs- und Wirtschaftsorganen der Deutschen Demokratischen Republik, die sichert, daß es nicht zum Wiederaufleben des Faschismus oder anderer feindlicher Tätigkeiten gegen die Sowjetunion kommt, und die zudem die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik zu einem friedliebenden demokratischen Staat garantiert, der freundschaftliche Beziehungen zur UdSSR und den Ländern der Volksdemokratie unterhält und der seine aus den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz über Deutschland resultierenden Verpflichtungen gegenüber der UdSSR exakt erfüllt.
3. Weitere Vervollkommnung der Organe der staatlichen Kontrolle der Deutschen Demokratischen Republik und Aktivierung der Komitees der Volkskontrolle zur Stärkung der demokratischen Gesetzlichkeit in der Republik.
4. Kontrolle über die Erfüllung der Potsdamer und der anderen gemeinsamen Beschlüsse der vier Mächte zur Reorganisation des deutschen Gerichtswesens gemäß den Prinzipien der Demokratie, zur Aufhebung der nazistischen Gesetzgebung sowie zur Heranziehung der Kriegs- und Naziverbrecher zur gerichtlichen Verantwortung.
5. Kontrolle der Organe für Arbeit, der Sozialversicherung und des Gesundheitswesens der Deutschen Demokratischen Republik hinsichtlich der Durchführung einer demokratischen Politik auf den Gebieten Arbeit, Entlohnung, Sozialversicherung und Gesundheitswesen.
6. Registrierung und Ausgabe von Interzonenpässen in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Kontrollrats in Deutschland.
7. Studium des Materials zu den mit der Tätigkeit der Abteilung zusammenhängenden Fragen aus der Ostzone sowie aus den Westzonen Deutschlands und die Zusammenstellung von Informationsberichten.

3. *Inspektion der Sowjetischen Kontrollkommission*

Die Inspektion der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland handelt auf der Grundlage eines gesonderten Beschlusses zu ihrer Tätigkeit.

4. *Apparat des Politischen Beraters*

Der Politische Berater beim Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland ist verpflichtet, dem Vorsitzenden der SKK Vorschläge und Gutachten zu allen politischen Fragen vorzulegen und gemeinsam mit dem Vorsitzenden der SKK der sowjetischen Regierung Informationen über die Lage in Deutschland sowie eigene Vorschläge zu allen die Kompetenzen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland betreffenden Fragen zu unterbreiten.

5. *Abteilung für Wirtschaftsplanung*

Die Abteilung für Wirtschaftsplanung ist zuständig für:

1. Kontrolle des Ministeriums für Planung und der anderen Ministerien der Deutschen Demokratischen Republik hinsichtlich der richtigen und rechtzeitigen Erstellung von Perspektiv-, Jahres- und Quartalsplänen zur Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft der Republik, die folgendes gewährleisten:
den allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung der Industrie, der Landwirtschaft, des Verkehrswesens, des Handels und der anderen Zweige der Volkswirtschaft;
die Festigung und weitere Entwicklung der führenden Rolle des staatlichen Sektors in der Volkswirtschaft;
die Herstellung von Erzeugnissen für Reparationslieferungen und zur Sicherung des Bedarfs der Besatzungstruppen;
die Erhöhung der Produktion von Erzeugnissen für den Außenhandel und für eine deutliche Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung der Republik;
das richtige Verhältnis zwischen den Kennziffern für das Wachstum der Arbeitsproduktivität und der Löhne und Gehälter entsprechend der Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit;
die Ausbildung von qualifizierten Arbeitskräften für alle Wirtschaftszweige der Republik und die Umverteilung von Arbeitskräfteüberschüssen zur Sicherung der führenden Betriebe der Republik sowie der für Reparationslieferungen arbeitenden Betriebe, unter besonderer Berücksichtigung der SAG-Betriebe;
die Kooperationsbeziehung zwischen der deutschen Industrie und den Betrieben der Sowjetischen Staatlichen Aktiengesellschaften in Deutschland.
2. Kontrolle der Erfüllung des Volkswirtschaftsplans der Republik und der staatlichen Rechenschaftslegung.
3. Überprüfung der Rechnungslegung in einzelnen Betrieben zur Feststellung der Zuverlässigkeit der Berichtsangaben.
4. Erarbeitung von Entwürfen für Reparationspläne zur Vorlage bei der Regierung der UdSSR, und zwar auf der Grundlage des von der Verwaltung für Reparationen der SKK gemeinsam mit der Abteilung für Industrie der SKK und der Verwaltung für Angelegenheiten der SAG in Deutschland erstellten Planentwurfs der Reparationslieferungen, wobei der geplante Umfang der Industrieproduktion der Deutschen Demokratischen Republik und die Beschlüsse der Regierung der UdSSR zu Fragen der Reparationslieferungen zu berücksichtigen sind.

5. Kontrolle über die Korrektheit der statistischen Berichterstattung in der Deutschen Demokratischen Republik hinsichtlich der Methodologie der Erfassung sowie der Zuverlässigkeit und Vollständigkeit der Erhebung; Beratung der statistischen Organe der Republik in diesen Fragen.
6. Studium der wirtschaftlichen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Westzonen Deutschlands und auf dieser Grundlage Erstellung von Informationen und Berichten über den Entwicklungsstand der Wirtschaft Deutschlands.

6. *Abteilung für Finanzen*

Die Abteilung für Finanzen ist zuständig für:

1. Kontrolle über die Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus dem Potsdamer und den anderen gemeinsamen Abkommen der Alliierten über Deutschland ergeben, durch die Finanz- und Kreditorgane der Deutschen Demokratischen Republik.
2. Sicherung der Finanzierung der Reparationslieferungen und der Besatzungskosten durch den Haushalt der Deutschen Demokratischen Republik.
3. Versorgung des Filialnetzes der Staatsbank der UdSSR in Deutschland mit Bargeld durch die Deutsche Notenbank.
4. Finanzierung der Ausgaben der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland in ausländischen Währungen.
5. Unterstützung für die Festigung und Entwicklung des Finanz-, Kredit- und Währungssystems der Republik auf demokratischer Grundlage.
6. Unterstützung für die Stärkung und Entwicklung des gesellschaftlichen⁵ Sektors der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik durch das Finanz- und Kreditsystem.
7. Kontrolle der gesetzgeberischen Tätigkeit der Deutschen Demokratischen Republik auf den Gebieten Haushalt, Steuern, Akzisen, Zölle, Kredit, Geldumlauf, Wertpapiere, Valuta und andere ausländische Zahlungsmittel, Finanzen des gesellschaftlichen⁶ Sektors der Volkswirtschaft, ausländisches Vermögen, seine rechtliche Stellung, sein Schutz, seine Verwaltung und Nutzung.
8. Kontrolle über die rechtzeitige und korrekte Aufstellung und Durchführung des Haushalts der Deutschen Demokratischen Republik und der Haushalte der Länder, und zwar unter dem Gesichtspunkt der vollständigen Erfassung aller Einnahmequellen und der Lenkung der Mittel auf die Entwicklung einer Friedenswirtschaft und sozial-kultureller Maßnahmen sowie auf die Befriedigung anderer Bedürfnisse der Republik.
9. Kontrolle des Umfangs der Geldemission und der Übereinstimmung der Emission mit den Bedürfnissen des Geldumlaufs und den Aufgaben zur Stärkung der Mark der Deutschen Notenbank.
10. Kontrolle des Systems der Steuererhebung, der Politik auf dem Gebiet der Preise, Zölle und Zollvereinbarungen sowie der Finanzabkommen der Deutschen Demokratischen Republik mit anderen Staaten.
11. Kontrolle über die Aufstellung und Erfüllung der Valutapläne, der Pläne über Einnahmen und Ausgaben in Westmark sowie der Pläne zur Verteilung der Edelmetalle.

⁵ Im Original: vergesellschafteten (obobščestvlenno); das meint: volkseigenen-staatlichen.

⁶ Im Original: vergesellschafteten (obobščestvlenno); das meint: volkseigenen-staatlichen.

12. Kontrolle der korrekten Aufstellung der Hauptfinanzpläne der volkseigenen Betriebe in Industrie, Landwirtschaft und Handel.
13. Kontrolle der Ausgabe und Unterbringung von Anleihen und anderen Wertpapieren.
14. Erstellung von Informationsmaterial über die Situation der Finanzen, des Kreditwesens und des Geldumlaufs in der Deutschen Demokratischen Republik sowie in den Westzonen Deutschlands.

7. *Abteilung für Industrie*

Die Abteilung für Industrie ist zuständig für:

1. Kontrolle der Betriebe und Einrichtungen des Industrieministeriums der Deutschen Demokratischen Republik nach den Zweigen Kohlebergbau, Energiewirtschaft, Metallurgie, Chemie, Maschinenbau, Leichtindustrie, Lebensmittelindustrie, Baustoffindustrie.
2. Beratung der Leitung des Industrieministeriums und Empfehlungen zu Fragen der Entwicklungsperspektiven aller Industriezweige, der Errichtung neuer und der Rekonstruktion vorhandener Betriebe, der Nutzung der realen Kapazitäten, der Erfüllung der Produktions- und Wirtschaftspläne, der Projektierung und der Forschungsarbeit, der Ausbildung der Arbeiter, des ingenieurtechnischen Personals und der Leitungskader, ihrer Auswahl und ihres Einsatzes, der Organisation der Arbeit, der Entlohnung, der technisch begründeten Arbeitsnormung und des Wettbewerbs.
3. Unterstützung der Verwaltung für Reparationen der SKK und der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland bei der Verteilung der Aufträge für Reparationslieferungen sowie für die Versorgung der Gruppe der Truppen und anderer sowjetischer Organisationen auf die zentralgeleiteten⁷ deutschen Betriebe.
4. Unterstützung und Hilfe für die Sowjetischen Aktiengesellschaften bei der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen, die von den Organen des Industrieministeriums der Deutschen Demokratischen Republik übernommen worden sind.
5. Analyse der technisch-ökonomischen Kennziffern für die Industrie und Erstellung von Informationen über die Einhaltung der Produktions- und Wirtschaftspläne sowie der Entwicklungsperspektiven der entsprechenden Industriezweige der Deutschen Demokratischen Republik.

8. *Abteilung für Materialbilanzen und Handel*

Die Abteilung für Materialbilanzen und Handel ist zuständig für:

1. Kontrolle der Tätigkeit des Ministeriums für Außen- und innerdeutschen Handel und Materialversorgung, des Ministeriums für Handel und Versorgung, des Zentralverbands der landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands sowie der Tätigkeit aller Filialen und Organisationen, die zum Bereich der genannten Ministerien der Deutschen Demokratischen Republik gehören, und zwar auf den Gebieten der Planung und Verteilung der materiellen Ressourcen, des innerdeutschen und des Außenhandels, der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Rohstoffe, der Versorgung der Bevölkerung und der Organisation des Handels.
Bei der Kontrolle der Außenhandelsoperationen ist davon auszugehen, daß die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands gewährleistet sein muß und daß

⁷ Im Original: zonalen.

die Ausfuhr strategischer Rohstoffe in Drittländer nur mit Erlaubnis der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland erfolgen darf.

2. Kontrolle der richtigen Lenkung der materiellen Ressourcen der Deutschen Demokratischen Republik auf die Entwicklung einer Friedenswirtschaft, die Erhöhung des Produktionsvolumens und die Erfüllung der Reparationslieferungen an die UdSSR.
3. Kontrolle über die vollständige Bereitstellung der Fonds zur Deckung des Bedarfs der Gruppe der Besatzungstruppen und der sowjetischen Organisationen, die sich auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik befinden.
4. Kontrolle über die Gewährleistung einer normalen Arbeit der Betriebe der Sowjetischen Staatlichen Aktiengesellschaften in Deutschland.
5. Unterstützung für die maximale Entwicklung des Handels der Deutschen Demokratischen Republik mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie.
6. Kontrolle über die Durchführung einer klassenmäßig differenzierten Erfassungspolitik, über die Festigung der Ergebnisse der Bodenreform, über die maximale Erweiterung des Binnenhandels und die Entwicklung des Warenumsatzes der Republik insgesamt, über die weitere Entwicklung und organisatorisch-wirtschaftliche Stärkung des gesellschaftlichen⁸ Sektors im Bereich der Erfassung und des Handels mit dem Ziel der Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung und der Vorbereitung der Aufhebung der Rationierung in der Ostzone Deutschlands.
7. Beratung der Leitungen der entsprechenden Ministerien der Deutschen Demokratischen Republik und Empfehlungen zu Fragen der Ausbildung, der Auswahl und des Einsatzes der Kader, der Arbeitsorganisation und der Entlohnung.
8. Systematisches Studium und Analyse der Hauptkennziffern des wirtschaftlichen Lebens sowohl der Ostzone als auch der Westzonen Deutschlands und Erstellung von Informationsmaterial auf dieser Basis.

9. Abteilung für Transport

Die Abteilung für Transport ist zuständig für:

1. Kontrolle der Einhaltung des Potsdamer Abkommens und der anderen gemeinsamen Beschlüsse der Alliierten über Deutschland durch das Ministerium für Verkehr der Deutschen Demokratischen Republik und die ihm unterstehenden Organisationen sowie durch die Organe des Verkehrswesens der Länderregierungen.
2. Aufstellung von Monats-, Quartals- und Jahresplänen für den Transport der Reparationsgüter sowie der Frachten der Besatzungstruppen und der sowjetischen Organisationen in die UdSSR, zu den Häfen der Mecklenburger Bucht, in andere Länder und innerhalb der Zone; operative Kontrolle über die Einhaltung der Pläne für die Verladung und Beförderung der genannten Güter und Frachten durch das Ministerium für Verkehr der Deutschen Demokratischen Republik und die Expedienten sowie über die Rekrutierung, den Zustand und die Arbeit der speziellen Lokomotivbesatzungen, die für Transporte in die UdSSR zusammengestellt werden.
3. Sicherung des Personenverkehrs sowjetischer Bürger durch das Ministerium für Verkehr der Deutschen Demokratischen Republik und das Ministerium für Verkehrswege der UdSSR.

⁸ Im Original: vergesellschafteten (obobščestvlenogo); das meint: volkseigenen-staatlichen.

4. Kontrolle des Niveaus und der Organisation des Eisenbahntransports, des Schiffsverkehrs und des Kraftverkehrs.
5. Kontrolle über den Bestand, den technischen Zustand und die Nutzung der Transportmittel (Lokomotiven, Waggonen, Schiffe, Kraftfahrzeuge, Produktionskapazität der Betriebe, Depots, Werften und Werkstätten) und der materiellen Ressourcen.
6. Kontrolle über Wiederherstellung, Rekonstruktion und Neubau.
7. Kontrolle der Übereinstimmung der Planung und Nutzung der Finanzmittel mit dem Niveau und der Richtung der Produktion.
8. Kontrolle über die Entwicklung des internationalen Personen und Güterverkehrs zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und anderen Ländern, über den Transitverkehr und über die Erhöhung der Valutaeinnahmen aus diesen Beförderungsleistungen.
9. Beratung der Leitung des Ministeriums für Verkehr zu Fragen der Ausbildung der Arbeiter, des ingenieurtechnischen Personals und der Leitungskader, ihrer Auswahl und ihres Einsatzes, der Arbeitsorganisation, der Entlohnung, der technisch begründeten Arbeitsnormung und des Wettbewerbs.
10. Analyse der technisch-ökonomischen Kennziffern des Verkehrswesens der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Westzonen; Erstellung von Informationsmaterial über die Erfüllung der Pläne und die Einhaltung der Entwicklungsperspektiven des Verkehrswesens.

10. Abteilung für Information

Die Abteilung für Information ist zuständig für:

1. Verbindung zu den politischen Parteien und demokratischen Organisationen der Deutschen Demokratischen Republik und die Kontrolle ihrer Tätigkeit.
2. Unterstützung für die Verbreitung von Informationen über die Sowjetunion, über ihre gesellschaftliche und staatliche Ordnung, über das Leben der Völker der UdSSR, über die Errungenschaften der UdSSR in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur unter der deutschen Bevölkerung.
3. Unterstützung und Hilfe für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft bei ihrem Bemühen, das deutsche Volk mit dem Leben in der Sowjetunion bekanntzumachen.
4. Erstellung von Informationen über die politische Lage in der Deutschen Demokratischen Republik und den Westzonen Deutschlands und Erarbeitung von Vorschlägen zur Tätigkeit der deutschen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen.

11. Abteilung für Kontrolle über wissenschaftlich-technische und Forschungstätigkeit

Die Abteilung für Kontrolle über wissenschaftlich-technische und Forschungstätigkeit ist zuständig für:

1. Kontrolle der Hauptabteilung Wissenschaft und Technik im Ministerium für Planung der Deutschen Demokratischen Republik auf allen Gebieten der wissenschaftlich-technischen und Forschungstätigkeit sowie der deutschen Forschungsorganisationen und Konstruktionsbüros im gesellschaftlichen wie privaten Sektor hinsichtlich ihrer Themenstellungen, ihrer Finanzierung, ihrer Kader und ihrer Ausrüstung, und zwar mit dem Ziel, die deutsche Wissenschaft auf die Lösung der Aufgaben bei der Wiederherstellung und Entwicklung der Wirtschaft der Ostzone zu lenken.

2. Durchführung von Stichproben-Inspektionen in den wichtigsten Forschungsinstituten und Konstruktionsbüros.
3. Analyse des Informationsmaterials über Stand und Perspektiven der deutschen Wissenschaft und Technik sowohl in der Ostzone als auch in den Westzonen Deutschlands und Erstellung von Informationen und Berichten zu diesen Fragen.

12. Politische Abteilung

Die Politische Abteilung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland ist auf dem Gebiet der politischen Arbeit das führende Parteiorgan in der SKK. Ihre gesamte Tätigkeit beruht auf dem Beschluß „Über die politischen Organe der Streitkräfte der UdSSR“, angewandt auf die Bedingungen der SKK.

Die politische Abteilung ist zuständig für:

1. Führung aller Partei- und Komsomolorganisationen, die zum Bereich der SKK in Deutschland gehören, Lenkung ihrer Tätigkeit auf die erfolgreiche Erfüllung der der SKK übertragenen Aufgaben, auf die Festigung der Disziplin und Ordnung, auf die Stärkung der Organisiertheit und des politisch-moralischen Zustands der Mitarbeiter.
2. Organisation der politischen und kulturellen Erziehung der Mitarbeiter, Leitung der Propaganda und Agitation, Anleitung der Zeitung „Sovetskoe Slovo“, der Abenduniversität des Marxismus-Leninismus und der Kultur- und Bildungseinrichtungen; Anleitung bei der Organisation und Kontrolle des ideologischen Inhalts der Bildungsarbeit in der Partei und der marxistisch-leninistischen Weiterbildung.
3. Verantwortung für die materiellen Werte der Partei in der Politischen Abteilung und den Parteiorganisationen; Buchführung über die eingegangenen Partei- und Komsomolmitgliedsbeiträge und Rechnungslegung vor der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR.
4. Versorgung der Parteiorganisationen, der Klubs und aller Mitarbeiter der SKK mit Zeitungen und Zeitschriften, mit militärischer und politischer Literatur, mit Belletristik sowie mit Gegenständen für die politische Bildung; Finanzierung der Ausgaben für politische Bildung, die von den Parteiorganisationen und den Kultur- und Bildungseinrichtungen getätigt werden, und Kontrolle über deren Umgang mit den Finanzen.
5. Vorlage von Informationen über die Erfüllung der der SKK übertragenen Aufgaben, über den Stand der Partei- und der politischen Arbeit und den politisch-moralischen Zustand der Mitarbeiter der SKK.

13. Kanzlei

Die Kanzlei der SKK ist zuständig für:

1. Empfang und Bearbeitung der gesamten Post, die an die Adresse der SKK eingeht, Herausgabe und Versendung aller Befehle und Anordnungen der SKK und Kontrolle ihrer Erfüllung.
2. Vorbereitung des Materials für die Sitzungen der SKK und Abfassung ihrer Beschlüsse.
3. Versorgung der Mitarbeiter der Verwaltungen und Abteilungen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland mit materiell-technischen Mitteln aller Art.
4. Leitung der militärischen Ausbildung der Mitarbeiter.
5. Unterhaltung der Verbindung der SKK mit den verschiedenen Regierungsinstanzen der Deutschen Demokratischen Republik und den Instanzen der westlichen Besatzungsmächte.

6. Ausfertigung und Ausgabe von Interzonenpässen für die Ausreise aus der Ostzone Deutschlands in ausländische Staaten für Mitarbeiter der SKK und Angehörige der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland sowie von Pässen für die Staatsgrenze der UdSSR und die Grenzen von Groß-Berlin für Mitarbeiter der SKK.
7. Zensur der Zeitung „Sovetskoe Slovo“, des Organs der SKK in Deutschland.
8. Erstellung zusammenfassender Berichte über die Tätigkeit der SKK in Deutschland.

Zur Kanzlei der SKK gehören außerdem die Militärabteilung, die Abteilung für Kriegsschiffahrt, die Abteilung für Luftsicherheit und Überflüge, die Nachrichtenabteilung und die Abteilung für Repatriierung und Suche nach sowjetischen Bürgern.

Die Militärabteilung ist zuständig für:

1. Kontrolle über Organisation und Aufbau der Organe der Landstreitkräfte der deutschen kasernierten Polizei.
2. Überprüfung und Kontrolle der Auswahl der Führungskader der deutschen kasernierten Polizei.
3. Anleitung und Kontrolle der Gefechts- und der politischen Ausbildung sowie der politisch-erzieherischen Arbeit unter den Angehörigen der deutschen kasernierten Polizei.
4. Kontrolle über Aufbewahrung und Einsatz von Waffen, Munition und Militärtechnik der Organe der deutschen kasernierten Polizei.
5. Studium des mit der Arbeit der Abteilung zusammenhängenden Materials sowohl aus der Ostzone als auch aus den Westzonen und Erstellung von Informationen.

Die Abteilung für Kriegsschiffahrt ist zuständig für:

1. Kontrolle über Organisation und Aufbau der deutschen Marineformationen.
2. Überprüfung und Kontrolle der Auswahl der Führungskader der deutschen Marineformationen.
3. Anleitung und Kontrolle der Gefechts- und der politischen Ausbildung sowie der politisch-erzieherischen Arbeit unter den Angehörigen der deutschen Marineformationen.
4. Kontrolle über Aufbewahrung und Einsatz von Waffen, Munition und Technik, über die die deutschen Marineformationen und -dienste verfügen.
5. Kontrolle über die Entwicklung und die Instandsetzungsarbeiten in den Seehäfen und Marinebasen der Ostzone Deutschlands sowie über Projektierung und Bau spezieller Hochseeschiffe.
6. Kontrolle über den Verlauf der Reparaturarbeiten an Kriegsschiffen der See-streitkräfte der UdSSR, die in Werften der Ostzone ausgeführt werden.
7. Studium der Bemühungen um Remilitarisierung auf dem Gebiet der Kriegsmarine in den Westzonen Deutschlands.
8. Studium des mit der Arbeit der Abteilung verbundenen Materials sowohl aus der Ostzone als auch aus den Westzonen und Erstellung von Informationen.

Die Abteilung für Luftsicherheit und Überflüge ist zuständig für:

1. Anleitung der Arbeit der sowjetischen Sektion des Berliner Zentrums für Luftsicherheit und Erarbeitung von Dokumenten zur Gewährleistung der Sicherheit im Luftraum über der Ostzone Deutschlands.
2. Registrierung von Verletzungen des Flugregimes durch Flugzeuge ausländischer Staaten und im Zusammenhang damit die Vorbereitung von Entwürfen für entsprechende Denkschriften an die Besatzungsmächte Westdeutschlands.

3. Kontrolle der Einhaltung der Abkommen der sowjetischen Regierung mit den Ländern der Volksdemokratie zu den Luftverbindungen über der Ostzone Deutschlands.
4. Gewährleistung der Flugsicherheit durch Angabe der erforderlichen Daten auch für alle sowjetischen Flugzeuge sowie für die Flugzeuge ausländischer Staaten, die Deutschland besetzen, sofern sie die Luftkorridore über dem Territorium der Ostzone Deutschlands benutzen.
5. Sicherung des Begleitschutzes für ausländische Flugzeuge, die auf Anweisung des Hauptstabes der Luftstreitkräfte der UdSSR und der Verwaltung für Außenverbindungen des Generalstabs der Streitkräfte der UdSSR aus Berlin in die UdSSR fliegen, durch entsprechende Mannschaften.
6. Studium der Möglichkeiten ehemaliger Objekte der Flugzeugindustrie in der Ostzone Deutschlands, die gegenwärtig für zivilen Bedarf produzieren. Unterstützung und Kontrolle bei der Erhaltung und dem Bau von Objekten der Luftfahrt in der Ostzone Deutschlands.
7. Kontrolle des Luftwetterdienstes in der Ostzone Deutschlands, Anleitung bei der Erfüllung und Kontrolle der Einhaltung des Plans der Forschungsarbeiten, der von der Hauptverwaltung des Hydrometeorologischen Dienstes und des Staatlichen Komitees für Technik beim Ministerrat der UdSSR bestätigt worden ist.
8. Studium des mit der Arbeit der Abteilung in Zusammenhang stehenden Materials sowohl aus der Ostzone als auch aus den Westzonen Deutschlands und Erstellung von Informationen.

Die Nachrichtenabteilung ist zuständig für:

1. Kontrolle über die Tätigkeit des Ministeriums für Post und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik und seiner Organe in den Ländern und in Berlin.
2. Kontrolle über die internationalen und interzonalen Dienste des Fernmeldewesens und der Post der Ostzone Deutschlands und des sowjetischen Sektors von Berlin in Fragen der Organisation, des Betriebs und der Verrechnung.
3. Bereitstellung von Nachrichtenverbindungen aller Art für den Bedarf der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, der Vertretungen der SKK und der sowjetischen Organisationen.
4. Regelung von Fragen, die mit der Inanspruchnahme von Mitteln der deutschen Organe des Fernmeldewesens durch die Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland in Zusammenhang stehen.
5. Beratung der Leitung des Ministeriums für Post und Fernmeldewesen und Empfehlungen zu Fragen der Ausbildung, der Auswahl und des Einsatzes der Kader der Organe des Fernmeldewesens.
6. Analyse der Hauptkennziffern für die Tätigkeit der deutschen Organe des Fernmeldewesens und der Post sowohl in der Ostzone als auch in den Westzonen Deutschlands, Erstellung von Informationen über den Stand und die Entwicklungsperspektiven des Fernmeldewesens.

Die Abteilung für Repatriierung und Suche nach sowjetischen Bürgern ist zuständig für:

1. Leitung der Arbeit zur Repatriierung jener sowjetischen Bürger aus Deutschland in die Heimat, die während des Krieges aus der UdSSR nach Deutschland verschleppt worden sind.

2. Anleitung und Kontrolle der Arbeit der sowjetischen Missionen für Repatriierung in den Westzonen Deutschlands und des Lagers Nr. 226 für Repatriierte.
3. Operative Leitung des Lagers Nr. 69 für den Empfang aus der UdSSR entlassener deutscher Kriegsgefangener und Internierter und ihre Übergabe an die deutschen Behörden.
4. Suche nach sowjetischen Bürgern auf dem Territorium Deutschlands.
5. Leitung der Arbeit zur Erfassung, Pflege und Beaufsichtigung von Grabstätten sowjetischer Bürger auf dem Territorium der Westzonen Deutschlands.
6. Erstellung von Informationen zu Fragen der Repatriierung und der Suche nach Bürgern der UdSSR.

14. Kaderabteilung

Die Kaderabteilung ist zuständig für:

1. Überprüfung, Auswahl, Einsatz und Registrierung der Mitarbeiter der Organe der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland.
2. Erarbeitung von Vorlagen an die Kommission für Auslandsreisen beim ZK der KPdSU(B), um für die Mitarbeiter der Organe der SKK und ihre Familienangehörigen Aufenthaltsgenehmigungen im Ausland zu erwirken. Kontrolle über die rechtzeitige Ausreise von Personen in die UdSSR, die nicht mehr bei der SKK beschäftigt sind.
3. Organisation der Beurteilung der Mitarbeiter der SKK und Ausfertigung der Unterlagen für militärische und dienstliche Beförderungen sowie für staatliche Auszeichnungen von Mitarbeitern der SKK.
4. Erarbeitung von organisatorischen Maßnahmen, die mit Veränderungen in der Struktur und im Personalbestand der SKK verbunden sind; Erarbeitung von Stellenplänen zur Vorlage bei der Staatlichen Stellenplankommission beim Ministerrat der UdSSR.
5. Berichterstattung zu besonderen Vorkommnissen, zum Stand der Disziplin und der disziplinarischen Praxis.

15. Redaktion der Zeitung „Tägliche Rundschau“

Die Zeitung „Tägliche Rundschau“ ist ein Organ der SKK in Deutschland, sie erscheint täglich für die deutsche Bevölkerung in deutscher Sprache.

Die Redaktion der Zeitung „Tägliche Rundschau“ hat folgende Aufgaben:

Propagierung der Sowjetunion, ihrer Politik gegenüber Deutschland; Propagierung der Überlegenheit des sowjetischen sozialistischen Systems über das kapitalistische; Propagierung der Länder der Volksdemokratie, der Erfolge des Lagers der Demokratie in der ganzen Welt, der Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik, der Erfolge der Arbeiterbewegung usw.

Entlarvung der Politik der angloamerikanischen Imperialisten, der verräterischen Politik der rechten Sozialdemokraten, der Titoisten usw.

Erörterung von Fragen der internationalen und der inneren Lage.

Propagandistische Absicherung von Maßnahmen, die von der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland geplant werden.

Bei der Redaktion der Zeitung „Tägliche Rundschau“ gibt es außerdem die Redaktionen der Zeitschriften „Neue Welt“ und „Illustrierte Rundschau“ sowie die Redaktion der „Romanzeitung“.

16. Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin

Das Haus der Kultur der Sowjetunion hat die Aufgabe, die Bevölkerung Berlins zu informieren über die sowjetische Gesellschafts- und Staatsordnung, über das Leben der Völker der UdSSR und über die Errungenschaften der UdSSR in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

17. Vertretungen der SKK in den Ländern und Großstädten

1. Den Vertretern der SKK in den Ländern und Großstädten obliegt es, die vor der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland stehenden Aufgaben, die im I. und III. Abschnitt der vorliegenden Verordnung dargelegt werden, bezogen auf die Länder bzw. Städte zu erfüllen. Der Vertreter der SKK in Berlin hat zudem die Aufgabe, die notwendigen Verbindungen zu den entsprechenden Vertretern der westlichen Besatzungsmächte zu unterhalten.
2. Die Vertreter der SKK in den Ländern und in Berlin unterstehen direkt dem Vorsitzenden der SKK in Deutschland.
Die Vertreter der SKK in den Großstädten unterstehen den Vertretern der SKK in den entsprechenden Ländern.

V. Über die Sowjetischen Staatlichen Aktiengesellschaften in Deutschland

Der Vorsitzende der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland übt über seinen Stellvertreter für die Angelegenheiten der Sowjetischen Staatlichen Aktiengesellschaften in Deutschland die Kontrolle über die Erfüllung der Abkommen zwischen den Regierungen der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik hinsichtlich der Tätigkeit der sowjetischen Betriebe in Deutschland aus.

Zur Verwirklichung der genannten Kontrolle muß dieser:

- a) darüber wachen, daß in den von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bestätigten Plänen für die Produktion, die materiell-technische Versorgung, für die Produktionskooperation mit deutschen Industriebetrieben, die Verteilung der Erzeugnisse, den Export und Import sowie die Investitionen, aber auch bei Regierungsbeschlüssen zu anderen Fragen, die die Tätigkeit der sowjetischen Betriebe in Deutschland berühren, die Interessen der UdSSR, wie sie in den obengenannten Abkommen formuliert sind, zum Ausdruck kommen;
- b) die Tätigkeit der Verwaltung für Sowjetisches Eigentum und der Abteilung für Sowjetische Staatliche Aktiengesellschaften und sowjetische Betriebe in Deutschland im Hinblick darauf kontrollieren, wie sie die Bedingungen und Forderungen der Abkommen erfüllen;
- c) über die Erfüllung der Aufträge für Reparationslieferungen durch die sowjetischen Betriebe in Deutschland wachen;
- d) die Einhaltung der zwischen den Regierungen der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik vereinbarten Pläne für die Ausfuhr von Waren aus Deutschland aus den Erlösen der sowjetischen Betriebe in Deutschland kontrollieren;
- e) die Maßnahmen, die mit der Tätigkeit der sowjetischen Betriebe in Deutschland im Zusammenhang stehen, mit den entsprechenden Verwaltungen und Abteilungen der SKK koordinieren.

VI. [IV.] Rechte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland hat in ihrer Arbeit davon auszugehen, daß

- a) die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Erfüllung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz sowie der sich aus den gemeinsamen Beschlüssen der vier Mächte ergebenden Verpflichtungen verpflichtet ist;
- b) die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland sich nicht einmischen darf in die Tätigkeit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Organe, sofern diese den obengenannten Verpflichtungen der Regierung nicht widerspricht.

Davon ausgehend, hat die Sowjetische Kontrollkommission⁹ folgende Rechte:

1. Wenn einzelne Gesetze, die von deutschen gesetzgebenden Organen angenommen wurden, oder Verfügungen und Verordnungen der Regierung oder anderer deutscher Behörden im Widerspruch stehen zu den Potsdamer oder anderen gemeinsamen Beschlüssen der Alliierten oder aber zu geltenden Befehlen und Verordnungen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland oder der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland und die entsprechenden Organe der Deutschen Demokratischen Republik nicht rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zu ihrer Aufhebung oder Abänderung ergreifen, hat die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland das Recht, diese Gesetze, Verfügungen und Verordnungen mit Erlaubnis der Regierung der UdSSR auszusetzen, ihre Aufhebung zu verlangen oder andere, ihr notwendig erscheinende Maßnahmen zu ergreifen.
2. In Ausübung ihrer Kontrollfunktionen kann die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland mit Erlaubnis der sowjetischen Regierung in notwendigen Fällen Verordnungen oder Anweisungen erlassen, deren Erfüllung für die Regierungsorgane der Deutschen Demokratischen Republik bindend ist.
3. Von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und ihren Organen, von den Regierungen der Länder sowie von allen anderen deutschen Vertretungsorganen kann die Vorlage notwendiger Informationen, erforderlichenfalls auch die Durchführung von Überprüfungen und Untersuchungen gefordert werden, wobei über solche Maßnahmen der sowjetischen Regierung Bericht zu erstatten ist.
4. *Die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland kann auf Bitten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik oder demokratischer Parteien Konsultationen zu Fragen des demokratischen oder wirtschaftlichen Aufbaus¹⁰ installieren, worüber die sowjetische Regierung zu unterrichten ist.]*
4. [5.] Der Vorsitzende der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, seine Stellvertreter *[und] der Politische Berater¹¹ und der Kanzleichef¹² haben das*

⁹ Im Dokument vom Februar 1950 ist ergänzt: „in Deutschland“.

¹⁰ Der Passus „demokratischen oder wirtschaftlichen Aufbaus“ hat aller Wahrscheinlichkeit nach in der Endredaktion eine Veränderung erfahren, die die Gegenüberstellung der Adjektive eliminiert. Darauf deuten Unterstreichungen am vorliegenden Entwurf vom Februar 1950 hin.

¹¹ Im Dokument vom Februar 1950 ist ergänzt: „beim Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“.

¹² „Der Kanzleichef“ ist im Dokument vom Dezember 1949 handschriftlich eingefügt und im Dokument vom Februar 1950 nicht aufgegriffen.

- Recht, persönliche Unterredungen mit führenden Persönlichkeiten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu führen, die Vertreter der SKK* in den Ländern entsprechend mit führenden Persönlichkeiten der jeweiligen Landesregierung, indem sie diese vorladen¹³ oder aufsuchen.¹⁴**
5. **[6.] Das Recht zu Unterredungen mit Ministern der Deutschen Demokratischen Republik zu Fragen, die die Tätigkeit der jeweiligen Ministerien betreffen, haben nur führende Mitarbeiter der SKK*, die mindestens die Dienststellung eines Abteilungsleiters der SKK* einnehmen. *[In jedem Einzelfall bedarf es der Genehmigung durch den Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland oder eines entsprechenden Stellvertreters, wobei Empfehlungen an Ministerien, Behörden und Organisationen der Deutschen Demokratischen Republik nur mit Erlaubnis der Führung der SKK gegeben werden können.]* In den Ländern können Unterredungen mit Ministern der Landesregierung von verantwortlichen Mitarbeitern der Vertretung der SKK*, die mindestens Abteilungsleiter der Vertretung sind, geführt werden, und zwar durch Einladung oder Besuch dieser Personen. *[In jedem Einzelfall bedarf es der Genehmigung durch den Vertreter der sowjetischen Kontrollkommission im Land oder seinen Stellvertreter. Empfehlungen können an die führenden deutschen Mitarbeiter von Machtorganen des Landes nur mit Erlaubnis der SKK-Führung erteilt werden.]***
 6. **[7.] Bei den Vertretungen der SKK* in den Großstädten (außer in Berlin) hat der Vertreter der SKK* in der Stadt das Recht, Unterredung zu führen mit führenden Persönlichkeiten der lokalen Machtorgane, indem er diese vorlädt¹⁵ oder aufsucht. *[Empfehlungen an die deutschen Machtorgane dieser Städte können nur mit Erlaubnis des Vertreters der SKK im entsprechenden Land erteilt werden, wobei letzterer darüber die Führung der SKK zu informieren hat.]***
 7. **[8.] Der Vertreter der SKK in Berlin hat das Recht, persönliche Unterredungen zu führen mit der Führung des Berliner Magistrats. Das Recht zu Unterredungen mit den Abteilungsleitern des Magistrats haben führende Mitarbeiter der Vertretung, die mindestens Abteilungsleiter der Vertretung der SKK* in Berlin sind. *[In jedem Einzelfall bedarf es der Genehmigung durch den Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin oder seines Stellvertreters. Empfehlungen können an die deutschen Machtorgane der Stadt Berlin nur mit Erlaubnis der Führung der SKK erteilt werden.]***
 9. **Bei Unterhaltung dienstlicher Kontakte mit deutschen Regierungsvertretern und Mitarbeitern von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen im Zuge der Kontrolle müssen die verantwortlichen Mitarbeiter der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (der Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission in den Ländern und Großstädten) in gebührender Weise Gesprächsaufzeichnungen erstellen, die der Führung der SKK zuzuleiten sind. Aufzeichnungen der Vertreter der SKK in den Großstädten (mit Ausnahme Berlins) sind den Vertretern der SKK in den entsprechenden Ländern zuzuleiten.]**

¹³ Im Dokument vom Februar 1950: „einladen“.

¹⁴ Vyšinskij schlug vor zu ergänzen, die führenden Mitarbeiter der SKK hätten das Recht zu Schriftverkehr mit deutschen Stellen.

¹⁵ Im Dokument vom Februar 1950: „einlädt“.

8. [10.]¹⁶ Zu **Konferenzen, Beratungen, wissenschaftlichen Tagungen und Empfängen**, die von Regierungsorganen der Deutschen Demokratischen Republik veranstaltet werden, können Vertreter entsandt werden.
9. Dem Ministerium für Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik können verbindliche Weisungen erteilt werden zu Fragen der Finanzierung der Besatzungskosten und der Reparationslieferungen, ebenso können der Deutschen Notenbank Weisungen erteilt werden zu Fragen der Versorgung des Filialnetzes der Staatsbank der UdSSR in Deutschland mit Bargeld.
10. Ausgegeben werden können Interzonenpässe sowie Passierscheine für die Binnenwasserwege.
11. Durch die Verwaltung für Reparationen der SKK in Deutschland können
 - a) dem Amt für Reparationen beim Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik zu Fragen, die die Erfüllung des Plans der Reparationslieferungen betreffen, Weisungen erteilt werden;
 - b) den Lieferbetrieben von Reparationsgütern Weisungen erteilt werden hinsichtlich der Erfüllung der Aufträge.
- [11. Verhandlungen mit Vertretern der westlichen Besatzungsmächte und Vertretern anderer Staaten zu Fragen, die in die Kompetenz der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland fallen, können Mitarbeiter der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland in jedem Einzelfall nur mit Erlaubnis des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland und des Politischen Beraters führen.]¹⁷*
12. Der Vorsitzende der SKK* hat das Recht, auf der Grundlage vorliegender Verordnung Bestimmungen über die Verwaltungen und Abteilungen der SKK* in Deutschland sowie die Vertretungen der SKK* in den Ländern und Großstädten zu erlassen.

VII. [V.]

1. Für den Schutz, die Nachrichtenverbindung und die medizinische Betreuung der Organe der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland sorgen die entsprechenden Organe der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland.
2. Die Entsendung von Kadern in die Organe der SKK in Deutschland erfolgt durch das Außenministerium der UdSSR unter Hinzuziehung entsprechender Ministerien und Verwaltungen.
3. **Die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland legt der Regierung der UdSSR [Jahres- und] Halbjahresberichte über ihre Tätigkeit vor.**
[Über die Erfüllung des Reparationsplanes erstellt die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland Quartalsberichte an die Regierung der UdSSR. Die Verwaltung für Reparationen der SKK erstellt monatliche Berichte an das Ministerium für Außenhandel der UdSSR.]

¹⁶ Dieser Punkt erhält im Dokument vom Februar 1950 als Punkt 10 folgende Neufassung: „Die Mitarbeiter der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland können mit Erlaubnis des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, seines Ersten Stellvertreters oder des Politischen Beraters an Konferenzen, Beratungen und wissenschaftlichen Tagungen, die von Organen der Regierung, der Parteien oder der gesellschaftlichen Organisationen der Deutschen Demokratischen Republik organisiert werden, teilnehmen und dort mit Referaten auftreten.“ Vyšinskij beantragte im April 1950, anstelle von „Referaten“ nur „Mitteilungen“ und „Informationen“ zu schreiben.

¹⁷ Vyšinskij beantragte hinzuzufügen, daß über Verhandlungen Aufzeichnungen anzufertigen seien.

VIII. [VI.]

Die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland wählt ihren Sitz am Aufenthaltsort der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin.

* Im Dokument vom Februar 1950 ist „SKK“ ausgeschrieben: „Sowjetische Kontrollkommission“ bzw. „Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland“.

Quellen: Projekt Dezember 1949: AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 5, listy 59–86; Projekt Februar 1950: AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 39–44; Ergänzungsantrag April 1950: AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 45–47, 64–67.

Dokument 2

Geheim

Entwurf eines Statuts der Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland für das Land Mecklenburg und die Städte Rostock und Wismar

I. Allgemeine Bestimmung

1. Die Vertretung der SKK in Deutschland für das Land Mecklenburg und die Städte Rostock und Wismar wird eingerichtet auf der Grundlage des Beschlusses der Regierung der UdSSR im Zusammenhang mit der Auflösung der Sowjetischen Militäradministration und der Übergabe der Verwaltungsfunktionen an die Provisorische demokratische Regierung Deutschlands, an die Regierungen der Länder und deren örtliche Organe.
2. Die Vertretung der SKK im Land Mecklenburg und den Städten Rostock und Wismar übernimmt die Kontrolle darüber, wie die Regierung des Landes und ihre örtlichen Organe die sich aus den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz und den anderen Abkommen der vier Alliierten über Deutschland ergebenden Verpflichtungen einhalten.
3. Die Vertretung der SKK im Land Mecklenburg und den Städten Rostock und Wismar läßt sich in ihrer Tätigkeit leiten von den Befehlen, Direktiven und Verfügungen des Vorsitzenden der SKK in Deutschland sowie von den Verordnungen und Anweisungen der Regierung der UdSSR.
4. Die Vertretungen in Rostock und Wismar lassen sich in ihrer Tätigkeit leiten von den Verfügungen und Weisungen des Vertreters der SKK für das Land Mecklenburg, von den Verfügungen und Weisungen des Vorsitzenden der SKK in Deutschland sowie von vorliegenden Bestimmungen.

II. Hauptaufgaben

1. [Die Vertretung] sichert die politische Kontrolle über die Tätigkeit der in der Ostzone zugelassenen politischen Parteien, demokratischen gesellschaftlichen Organisationen und örtlichen Organe der Selbstverwaltung.
2. [Sie] beobachtet systematisch die periodische und nichtperiodische Presse, die Tätigkeit des Rundfunks und der Bühnenunternehmen des Landes.
3. [Sie] unterstützt die Entwicklung und Festigung der deutschen demokratischen Kräfte im gesellschaftlich-politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes, erweist der Sozialistischen Einheitspartei wirksame Hilfe in ihrer praktischen Arbeit, unterstützt die demokratische Tätigkeit aller anderen politischen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Selbstverwaltungsorgane.
4. [Sie] kontrolliert die Arbeit der deutschen Organe der Volksbildung, hilft bei der Entwicklung des gesamten Systems der Lehr und Erziehungseinrichtungen im demokratischen Geist.
5. [Sie] kontrolliert die Tätigkeit aller Organe der Volkspolizei, beobachtet den Kaderbestand der Polizei, unterstützt sie bei der Erfüllung der Aufgaben zum Schutz und zur Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung.

6. [Sie] gewährleistet die politische Kontrolle der Tätigkeit der deutschen Justizorgane und des Gesundheitswesens, unterstützt letzteres bei der Entwicklung staatlicher medizinischer Einrichtungen.
7. [Sie] kontrolliert die Arbeit der deutschen Organe, die zuständig sind für Fragen der Planung, der Industrie, der Landwirtschaft, des Investitionsbaus, des Transports und des Handels, unterstützt diese Organe bei der Festigung und Entwicklung des staatlichen und genossenschaftlichen Sektors in allen Wirtschaftszweigen des Landes.
8. [Sie] gewährleistet die systematische Kontrolle über die exakte und termingemäße Erfüllung von Befehlen, Anweisungen und Verfügungen der Sowjetischen Kontrollkommission zu Fragen der Planerfüllung bei Reparationslieferungen und der Belieferung der Gruppe der Truppen¹ hinsichtlich Qualität, Quantität und Sortiment; unterstützt Betriebe, die Reparationsaufträge ausführen oder die Gruppe der Truppen beliefern, mit Rohstoffen, Halbfabrikaten, Brennstoffen, Arbeitskräften usw.
9. [Sie] gewährleistet die Kontrolle über die deutschen Einrichtungen des Finanzwesens, des Kredit- und Bankwesens, wobei das Hauptaugenmerk auf die Finanzierung von Maßnahmen zu richten ist, die die Entwicklung der Friedenswirtschaft im Land und des volkseigenen Sektors fördern.
10. [Sie] sichert die Belieferung der sowjetischen Kontingente mit allen Arten von Lebensmitteln und Industrieerzeugnissen, die zur vollen Befriedigung ihres Bedarfs erforderlich sind.
11. [Sie] kontrolliert die Politik zur Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit dem Ziel, das Anwachsen großbäuerlich-kapitalistischer Elemente² auf dem Lande nicht zuzulassen.
12. [Sie] sichert eine strenge Registrierung aller Nachrichtenmittel im Land und verhindert ihre Nutzung durch reaktionäre, antisowjetische Elemente zum Schaden der Interessen der Demokratischen Republik.
13. [Sie] organisiert eine systematische Überprüfung wichtiger deutscher Leitungskader (Mitglieder der Landesregierung, Landräte, Oberbürgermeister der Großstädte, Vorsitzende der politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, Leiter volkseigener Betriebe, Vertreter von Kultur und Wissenschaft u.a.); sichert die Ernennung und Beförderung der besten, politisch erprobten Demokraten in führende Positionen durch die deutschen Instanzen.
14. [Sie] organisiert die Arbeit innerhalb der Vertretung der SKK des Landes und mit den ihr nachgeordneten Vertretungen in den Städten.

III.

A. *Struktur*

Zur Vertretung der SKK gehören:

- a) die Abteilung für Information
- b) die Abteilung für Verwaltungsfragen
- c) die Wirtschaftsabteilung
- d) die Abteilung für Reparationen

¹ Gemeint ist die Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland.

² Im Original: kulakenhaft-kapitalistischer Elemente

- e) die Abteilung für Finanzen
- f) die Abteilung für Handel und Versorgung
- g) die Konsularabteilung
- h) die Allgemeine Abteilung (Kanzlei, 6. Unterabteilung, Nachrichtenzentrale, Kurierdienst, Unterabteilung für Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen, Buchhaltung, Kommandantur)
- i) eine Filiale der Staatsbank
- j) eine Poliklinik.

B. Funktionen

Abteilung für Information

1. [Die Abteilung] übernimmt die politische Sicherung der Erfüllung von Verfügungen, Weisungen und Befehlen der SKK in Deutschland durch die deutschen Stellen.
2. Sie organisiert aus eigenen Kräften und über die politischen Parteien und demokratischen gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die Propaganda für die UdSSR; sie unterstützt damit die Bewegung des deutschen Volkes für Freundschaft mit dem sowjetischen Volk.
3. Zur Kontrolle und Prüfung sendet [sie] ihre Vertreter zu den wichtigsten politischen Maßnahmen (Kundgebungen, Versammlungen, Beratungen, Sitzungen, künstlerischen Veranstaltungen u.a.), die von den Parteien, Organisationen, örtlichen Selbstverwaltungsorganen und anderen deutschen Vereinigungen veranstaltet werden.
4. [Sie] lädt die Vorsitzenden der Parteien, demokratischen Organisationen und anderer deutscher politischer Organe zu Gesprächen ein oder sucht diese erforderlichenfalls auf.
5. [Sie] empfängt und wertet die (schriftlichen und mündlichen) Informationen aus, die von den Leitungen der politischen Parteien und demokratischen Organisationen sowie von den für Presse, Rundfunk und Bühnenunternehmen zuständigen deutschen Selbstverwaltungsorganen bei der Abteilung eingehen.
6. [Sie] überprüft periodisch durch Besuche vor Ort wichtige Informationen, die von deutschen Organen und Organisationen eingegangen sind.
7. [Sie] beobachtet systematisch die im Land herausgegebenen Presseerzeugnisse sowie die Tätigkeit des Rundfunks und der Bühnenunternehmen. Nötigenfalls wird mit Erlaubnis des Vertreters der SKK die Veröffentlichung von Materialien, die im Widerspruch stehen zu den Zielen und Aufgaben der Demokratisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens im Land, unterbunden.
8. [Sie] unterbindet über die deutschen demokratischen Organe und deren führende Persönlichkeiten durch Anweisungen und Verfügungen der Vertretung der SKK des Landes die reaktionäre, antisowjetische Tätigkeit einzelner Personen oder Gruppen.
9. [Sie] organisiert die Arbeit hinsichtlich der Briefe und Beschwerden deutscher Bürger, die bei der Vertretung der SKK des Landes eingehen.
10. [Sie] studiert und verallgemeinert die politischen Stimmungen der einzelnen Bevölkerungsschichten des Landes.
11. Sie plant und organisiert die Arbeit der Korrespondentenstelle des Informationsbüros.³

³ Gemeint ist offensichtlich das Sowjetische Nachrichten- oder Presse-Büro. Zu SMAD-Zeiten gab es schon solche unabhängig von der Informationsverwaltung agierenden Büros, die deutsche Presseinformationen sammelten und Stimmungen beobachteten. Anfang 1950 sollen sie aufgelöst worden sein.

Abteilung für Verwaltungsfragen

1. [Die Abteilung] kontrolliert die Tätigkeit der Grenzpolizei, verfolgt die Ausbildung und Umschulung der Kader sowie deren richtigen Einsatz. Sie überprüft den Stand der Disziplin und der Organisation beim Dienst zum Schutz der Grenze. Sie analysiert die außerordentlichen Vorkommnisse und ergreift Maßnahmen zu ihrer Verhütung. Sie erweist praktische Hilfe bei der Organisation des Grenzschutzes mit dem Ziel, illegale Grenzverletzungen zu verhindern.
2. [Sie] kontrolliert die Tätigkeit der Schutz- und Verwaltungspolizei und lenkt sie auf die Gewährleistung des Schutzes der Sowjetischen Aktiengesellschaften sowie der volksdemokratischen Betriebe und auf die Abwehr von Straftaten gegen diese.
3. [Sie] lenkt die Tätigkeit der Kriminalpolizei auf den schonungslosen Kampf gegen Diebstahl am volksdemokratischen Eigentum. Bei besonders wichtigen Straftaten achtet sie auf die Qualität der durchgeführten Ermittlungsverfahren, die die vollständige Entlarvung der verbrecherischen Tätigkeit feindlicher Elemente und ihres Untergrundes zu gewährleisten haben.
4. [Sie] beaufsichtigt die Verfahren wegen antisowjetischer Straftaten und schweren Diebstahls am Volkseigentum. Sie überprüft die Kader der deutschen Justizorgane und ergreift Maßnahmen zur Säuberung dieser Organe von reaktionären Elementen. Sie kontrolliert die Ausbildung der Kader der Justiz und die Erhöhung ihrer Qualifikation.
5. [Sie] gewährleistet die Kontrolle der staatlichen Gesundheitseinrichtungen und unterstützt sie in ihrer Arbeit und Entwicklung.
6. [Sie] überprüft die deutschen Leitungskader, die Minister und ihre Stellvertreter, die Präsidenten und Vizepräsidenten des Landtags, die Leiter der Hauptabteilungen und Abteilungen von Regierungseinrichtungen, die Landräte der Kreise, die Vorsitzenden der Kreistage und die Oberbürgermeister der Städte, die dem Land unterstehen.

Wirtschaftsabteilung

1. [Die Abteilung] übt die Kontrolle aus über die Tätigkeit der Planungsorgane der Landesregierung, der Ministerien und der Landräte:
 - a) um die Erstellung eines zusammenfassenden Wirtschaftsplans zu gewährleisten;
 - b) um die termingemäße Erarbeitung von Jahres- und Quartalsplänen sowie deren rechtzeitige Aufschlüsselung auf die Betriebe und Wirtschaftseinheiten zu sichern;
 - c) um eine hohe Qualität der Pläne und eine einheitliche Methodologie der Planaufstellung zu sichern;
 - d) um auf die Erfüllung der Pläne durch die volkseigenen Industriebetriebe des Landes zu achten, die auf die Stärkung des volkseigenen Sektors gerichtet sind;
 - e) um die Aufstellung der Pläne für den Investitionsbau, für hydrotechnische Anlagen in den Häfen, für die Errichtung von volkseigenen Betrieben und Schiffsreparaturbasen, von Maschinen-Ausleih-Stationen und Volksgütern zu verfolgen.
2. [Sie] kontrolliert die Tätigkeit des Ministeriums für soziale Angelegenheiten in folgenden Fragen:
 - a) Bereitstellung von Arbeitskräften für die volkseigenen Betriebe und die Betriebe der Sowjetischen Aktiengesellschaften;
 - b) Versorgung der Umsiedler mit Arbeit;
 - c) Ausbildung und Umschulung dringend benötigter Fachkräfte für die Industrie, die Landwirtschaft und das Verkehrswesen;

- d) Unterstützung bei der Arbeitsorganisation, bei der Überprüfung der Arbeitsnormen, bei der Einführung progressiver Formen der Arbeit und des Leistungslohns in den volkseigenen Betrieben der Industrie und der Landwirtschaft.
3. [Sie] kontrolliert die Tätigkeit des Ministeriums für Landwirtschaft, der landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Vereinigungen, der landwirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften, der Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe, der Zuchtbetriebe, der Saatzuchtgüter, der MAS, der Volksgüter und anderer Einrichtungen, die die Aufgabe haben, die Landwirtschaft auf den demokratischen Weg zu bringen und die Ernteerträge bei Getreide und technischen Kulturen zu erhöhen.
Sie analysiert Berichte, Übersichten und zusammengefaßte Meldungen über den Verlauf der landwirtschaftlichen Arbeiten (Aussaat, Ernte, Entwicklung der Viehzucht).
4. [Sie] erhält alle von der Abteilung Statistik der Regierung erarbeiteten Statistiken und Berichte über alle Wirtschaftszweige des Landes (Industrie, Landwirtschaft, Investitionsbau, Handel, Warenzirkulation usw.), die Gesamtergebnisse von einmaligen Zählungen im Land sowie die Berichte über die Erfüllung des Plans der Pflichtablieferung.

Abteilung für Reparationen

1. [Die Abteilung] kontrolliert, analysiert und verändert erforderlichenfalls für die Betriebe, die Reparationslieferungen und Lieferaufträge für die Gruppe der Truppen ausführen, die Pläne zur Verteilung der materiell-technischen Versorgungsleistungen und der Arbeitskräfte, sowie die Pläne zur Belieferung mit Rohstoffen, Halbfabrikaten und Ausrüstungen, die zur rechtzeitigen Ausführung dieser Lieferungen erforderlich sind.
2. [Sie] fordert von allen deutschen Amtspersonen, von den Direktoren oder Besitzern der Betriebe, der technischen und Handelsfirmen, die an der Ausführung von Reparationslieferungen sowie an der Belieferung der Gruppe der Truppen beteiligt sind, die exakte und termingemäße Erfüllung der Befehle und Weisungen der SKK, zudem die termingemäße Vorlage korrekter Berichte und der erforderlichen Dokumentation, von Belegen und Rechnungen sowie von schriftlichen Erklärungen zu allen die Lieferungen betreffenden Fragen.
3. [Sie] lenkt und kontrolliert die Arbeit der nachgeordneten Vertretungen der SKK in den Städten des Landes zur Sicherung der Reparationslieferungen sowie der Belieferung der Gruppe der Truppen.
4. [Sie] übergibt dem Vertreter der SKK für das Land Mecklenburg Materialien über Verletzungen von Befehlen und Weisungen der SKK zu Fragen der Reparationslieferungen und der Belieferung der Gruppe der Truppen durch Organe der deutschen Selbstverwaltung, Direktoren oder Besitzer von Betrieben und Unternehmen, damit von der Regierung entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Abteilung für Finanzen

Durch Kontrolle, Konsultationen und Empfehlungen wird angestrebt:

1. Die richtige Durchführung der Finanzpolitik bei der Besteuerung, Finanzierung und der Kreditvergabe für die Volkswirtschaft, wobei das besondere Augenmerk der Entwicklung und Festigung der volkseigenen Betriebe und dem Ausbau sozialkultureller Maßnahmen gilt.

2. Die richtige Aufstellung und Erfüllung der Finanzpläne durch die dem Land unterstellten volkseigenen Betriebe.
3. Entwicklung und Demokratisierung der Banken, Kreditanstalten und Genossenschaften.
4. Allseitige Entwicklung des Versicherungswesens im Land.

Abteilung für Handel und Versorgung

1. [Die Abteilung] präzisiert und ermittelt den Bedarf der sowjetischen Konsumenten an Industriewaren und Nahrungsmitteln, die entsprechend dem Handelskontingent der Sowjetischen Kontrollkommission bereitzustellen sind; [sie] legt der Landesregierung die nach Kreisen aufgeschlüsselten Bestellungen vor, übergibt ihr Aufträge zur Herstellung und Auslieferung von Waren und stellt Bescheinigungen aus für Lieferungen von Lebensmitteln und Industriegütern an sowjetische Organisationen.
2. [Sie] kontrolliert die vollständige und termingemäße Auslieferung, den Versand und die Verwendung der Waren für die sowjetischen Organisationen, [sie] steht zu Fragen der Versorgung der sowjetischen Konsumenten mit der Landesregierung in Verbindung.
3. [Sie] kontrolliert die Beachtung des Klassenprinzips in der Erfassungspolitik, die Richtigkeit der Veranlagung und den Ablauf der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Land sowie die Einhaltung des Plans zur Versorgung der Bevölkerung des Landes.
4. [Sie] kontrolliert die Tätigkeit des Ministeriums für Handel und Versorgung, seiner Verwaltungen und Abteilungen, die Handels- und Erfassungsorgane der örtlichen Selbstverwaltung sowie die Handels- und Erfassungsorganisationen.
5. [Sie] beobachtet die Tätigkeit der Landesfiliale der HO, der Landesvereinigung der Konsumgenossenschaften und der Erfassungskontore des Landes, sie erweist ihnen allseitige Unterstützung bei der Entfaltung ihrer Tätigkeit.
6. Falls durch das Ministerium für Handel und Versorgung oder die örtlichen Selbstverwaltungen das Klassenprinzip in der Erfassungspolitik verletzt, das Interesse an der Entwicklung des staatlichen und genossenschaftlichen Handels geschmälert und Verträge zur Versorgung sowjetischer Verbraucher mit Lebensmitteln und Industriegütern nicht eingehalten werden, bringt [die Abteilung] diese Fragen durch den Vertreter der SKK für Mecklenburg vor der Landesregierung zur Sprache.

Konsularabteilung

Aufgaben und Funktionen:

1. Die gesamte Tätigkeit der Konsularabteilung bei der Vertretung der SKK für das Land Mecklenburg wird geleitet durch die Konsularabteilung der Diplomatischen Mission in Deutschland und die Konsularverwaltung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten⁴ der UdSSR. In ihrer Tätigkeit läßt sich die Konsularabteilung leiten von der konsularischen Ordnung der UdSSR sowie von den Leitlinien des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten⁵ der UdSSR.

⁴ Im Original abgekürzt.

⁵ Im Original abgekürzt.

2. Betreuung der sowjetischen Bürger, die sich ständig oder zeitweilig im Land Mecklenburg aufhalten:
 - a) Ausfertigung von Auslandsdokumenten;
 - b) Registrierung der sowjetischen Bürger;
 - c) Ausführung notarieller Handlungen;
 - d) Registrierung von Eheschließungen, Geburten, Todesfällen, Scheidungen usw.
 - e) Registrierung des Aufenthaltsregimes der sowjetischen Bürger.
3. Beobachtung des konsularischen Bezirks
4. Arbeit mit der örtlichen Bevölkerung:
 - a) Sprechstunden für die örtliche Bevölkerung zu allen Fragen, die in die Zuständigkeit der Konsularabteilung fallen;
 - b) Ausfertigung von Einreisedokumenten in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands [sic!] aus anderen Ländern oder aus der UdSSR und von Dokumenten für die Ausreise aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in andere Länder oder in die UdSSR;
 - c) [Die Abteilung] nimmt Dokumente zur Aufnahme in die sowjetische Staatsbürgerschaft entgegen und fertigt Dokumente über eine auf Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjets erfolgende Entlassung aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft aus.
5. Erfüllung der regelmäßigen Aufgaben der Konsularabteilung der Diplomatischen Mission der UdSSR in Deutschland.

Funktionen des Referenten für Fernmeldewesen

1. Erfassung der Standorte von Fernmeldezentralen sowie von Rundfunksendern und Übertragungsanlagen und der Angaben über Ausstattung und System der eingesetzten Technik
2. Kenntnis der Parameter der vorhandenen und neu zu errichtenden Rundfunksendeanlagen, ihrer Bestimmung, ihres Typs, ihrer Leistung, ihres Wellenbereichs sowie der Angaben über ihre Antennenanlage
3. Sammlung von Angaben zu ständigen Fernmeldeverbindungen über Funk und über Kabel, zu Ort und Verlauf der Schächte und Trassen der unterirdischen Kabelverbindungen
4. Erfassung der Standorte von Betrieben für die Herstellung und Reparatur von Nachrichtentechnik, ihrer Kapazität und ihres Produktionsausstoßes, der Standorte von Lagern für Nachrichtentechnik sowie von Angaben über die gelagerten Geräte
5. Beobachtung der Forschungsarbeiten zur Vervollkommnung der Nachrichtentechnik und Ermittlung über den illegalen Besitz militärischer Nachrichtentechnik
6. Beobachtung der Planerfüllung zur Wiederherstellung und Entwicklung der technischen Mittel des Nachrichtenwesens, wobei die höchstmögliche Befriedigung des Bevölkerungsbedarfs anzustreben ist
7. Kontrolle des interzonalen Telefon- und Fernschreibverkehrs.

Funktionen des Referenten für Post

1. Kontrolle des internationalen und interzonalen Postverkehrs
2. Klärung der Fragen mit den Organen der Militärzensur und der Hauptdirektion der Post bezüglich der Zensurierung des deutschen Briefverkehrs

3. Kontrolle der Einhaltung des Plans der Einnahmen und Ausgaben, der nach dem Haushalt des Ministeriums für Post und Fernmeldewesen erstellt worden ist, wobei eine Mehrausgabe an Mitteln zu verhindern ist
4. Kontrolle und Unterstützung der Arbeit der Gewerkschafts- und Parteiorganisationen in Fragen der politisch-erzieherischen Tätigkeit zur Demokratisierung der Post, der Vermehrung der Zahl der Aktivisten der Produktion, der Entfaltung des Arbeitswettbewerbs und der Erhöhung der Arbeitsproduktivität
5. Kontrolle der Durchlaufzeiten des Briefverkehrs innerhalb der Zone und zwischen den Zonen.

Allgemeine Abteilung

1. Absicherung der Arbeit der Vertretung der SKK für das Land und die Städte durch:
 - a) technische Nachrichtenverbindung;
 - b) chiffrierte Verbindung;
 - c) Verwaltung und Aufbewahrung der geheimen Dokumente; Kontrolle der Arbeit mit den Geheimdokumenten in den Abteilungen; Vervielfältigung und Versendung von Geheimdokumenten; Ausstellung und Registrierung der Reisedokumente; Führung der Kanzlei der Vertretung
2. Sicherung der Besoldung der Generals- und Offizierskader sowie aller Mitarbeiter und ihrer Versorgung mit Gebrauchsgütern und Lebensmitteln
3. Organisation des Schutzes der Gebäude, in denen die Vertretung untergebracht ist, und Kontrolle ihrer Nutzung
4. Registrierung des Wohnraumeigentums.

Rechte der Vertretung

1. In Fragen der Erfüllung des Reparationsplans, der Belieferung der Gruppe der Truppen, der Warenlieferungen zur Versorgung des Kontingents der sowjetischen Bürger, der Beförderung von Frachtgut der UdSSR auf dem Schienen- oder Wasserwege oder im Kraftverkehr sowie der Errichtung und Erweiterung militärischer Objekte hat die Vertretung der SKK für das Land gegenüber der Landesregierung und deren Organen Weisungsfunktionen inne; sie besitzt das Recht, Verfügungen und Anweisungen auszugeben, die für die deutschen Machtorgane des Landes bindend sind. In allen übrigen Fragen der Kontrolltätigkeit des Vertreters der SKK für das Land, wie sie in vorliegender Verordnung vorgesehen sind, unterbreitet der Vertreter der SKK der Landesregierung seine Überlegungen, Ratschläge und Empfehlungen.
2. In den Fällen, in denen sich die Landesregierung nicht einverstanden erklärt mit den Vorschlägen oder Empfehlungen des Vertreters der SKK für das Land, erstattet letzterer zur Klärung dieser Fragen unverzüglich Bericht beim Vorsitzenden der SKK in Deutschland.
3. Wenn die Tätigkeit der Presse, des Rundfunks oder der Bühnenunternehmen anti-sowjetischen, antidemokratisch-profasischen Charakter trägt, hat der Vertreter der SKK das Recht, solche Tätigkeiten auszusetzen oder zu verbieten, wobei dem Vorsitzenden der SKK in Deutschland darüber Bericht zu erstatten ist.

[Anlagen zum Entwurf aus Mecklenburg]

Verzeichnis der Berichte, Übersichten, Mitteilungen und Meldungen, die die deutsche Landesregierung bei der Vertretung der SKK des Landes vorzulegen hat

An die Abteilung für Information

1. Zu den Parteien und gesellschaftlichen Organisationen:
 - a) Monatliche Arbeitspläne
 - b) Politische Berichte über die monatliche Arbeit, von der SED einen Bericht für jedes Quartal
 - c) Entwürfe der vorgesehenen Beschlüsse der Landesparteitage, Konferenzen und Plenartagungen der Leitungen, von der SED auch der des Sekretariats
 - d) Kopien der stenografischen Berichte von den Landesparteitagen und Konferenzen
 - e) Kaderpläne, betreffend die Minister und ihre Stellvertreter sowie die Justizorgane der Landesregierung, die Landräte der Kreise, die Oberbürgermeister der Großstädte, den Präsidenten des Landtags und seine Stellvertreter, die Vorsitzenden der Kreistage, die Vorsitzenden der Landesleitungen der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen und ihre Stellvertreter (von der LDPD und der CDU zudem alle Mitglieder der Leitungen), die Vorsitzenden der Kreisleitungen der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen und ihre Stellvertreter, von der SED zudem die Pläne über Umbesetzungen im Sekretariat der Landesleitung
2. Zu den Selbstverwaltungsorganen:
 - a) Kopien der Beschlüsse des Ministerrats
 - b) Entwürfe zu vorgesehenen Beschlüssen des Landtags
 - c) Quartalsberichte über die Tätigkeit des Landtags, der Kreistage und der Gemeinderäte
 - d) Das Ministerium für Volksbildung der Landesregierung legt die Arbeitsergebnisse der ihm nachgeordneten Bildungseinrichtungen pro Semester vor.
3. Termine der Berichterstattung:

Arbeitspläne zum 5. jedes Monats
Quartalsberichte zum 15. des ersten Monats im neuen Quartal
Vorgeschlagene Beschlüsse fünf Tage vor ihrer Verabschiedung
Stenografische Berichte fünf Tage nach der Konferenz oder Tagung
4. Der Vertreter der SKK in der Stadt und seine Informationsabteilung legen der Abteilung für Information des Vertreters der SKK für das Land folgende Unterlagen vor:
 - a) Bericht über die politische Situation in der Stadt zum 5. jedes Monats
 - b) Quartalsbericht über die politische Arbeit der Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Selbstverwaltungsorgane und der Bühnenunternehmen zum 15. des folgenden Monats
 - c) Operative Informationen zu wichtigen Ereignissen im politischen Leben der Stadt.

An die Abteilung für Verwaltungsfragen

Zur Grenzpolizei:

1. Mitteilungen über Nichtvollzähligkeit⁶ täglich
2. Mitteilungen über die Anzahl der gefaßten Grenzverletzer täglich

⁶ Gemeint ist die personelle Besetzung der Einheiten.

3. Monatlicher Bericht nach entsprechendem Formblatt⁷
4. Quartalsbericht nach entsprechendem Formblatt
5. Sondermitteilungen über außerordentliche Vorkommnisse nicht später als 24 Stunden nach dem Ereignis.

Zur Bahnpolizei:

1. Dienstplan dreimal im Monat
2. Mitteilung über die Anzahl der Festgenommenen dreimal im Monat
3. Quartalsbericht
4. Monatsbericht
5. Sondermitteilungen über außerordentliche Vorkommnisse nicht später als 24 Stunden nach dem Ereignis

Zur Kriminal-, Schutz- und Verwaltungspolizei:

1. Tägliche Meldungen über die Straftaten der letzten 24 Stunden im Land mit eingehender Darlegung der schwersten Fälle
2. Schriftlicher Quartalsbericht über den Zustand der Polizeikader sowie über den Stand der Kriminalitätsbekämpfung und -vorbeugung durch die Organe der Polizei (für jede Formation der Polizei gesondert), wobei die Fragen zu berücksichtigen sind, die in Abstimmung mit den übergeordneten Organen durch die Abteilung vorgegeben worden sind.
3. Bei außerordentlichen Vorkommnissen im Land (Terror, Spionage, Diversionsakte, Banditentum und andere feindliche Erscheinungen, die auf die Untergrabung der volksdemokratischen Deutschen Republik [sic!] gerichtet sind) legt die Verwaltung der Polizei nicht später als 24 Stunden nach der Straftat eine ausführliche schriftliche Information vor.

Zu den Justizorganen:

1. Schriftliche Berichte über die Arbeit der Gerichte, Anwaltschaften, Notariate und Gefängnisse quartalsweise mit statistischen Angaben nach den entsprechenden Formblättern (Vorlage durch die Justizverwaltung zum 10. des ersten Monats des folgenden Quartals)
2. Schriftliche Berichte über die Arbeit der Staatsanwaltschaften quartalsweise mit statistischen Angaben nach den entsprechenden Formblättern (Vorlage durch die Generalstaatsanwaltschaft zum 10. des ersten Monats des folgenden Quartals)
3. Monatliche Berichte über Veränderungen bei den Justizkadern mit Angabe der konkreten Ursachen für Entlassungen, Einstellungen und Umbesetzungen (Vorlage durch die Justizverwaltung aller Organe der Justiz zum 5. des folgenden Monats).

Zu den Organen des Gesundheitswesens:

1. Quartalsberichte der Hauptabteilung Gesundheitswesen des Landes.

Zu den deutschen Leitungskadern:

1. Quartalsberichte zu den Leitungskadern
2. Personalunterlagen neu eingestellter verantwortlicher Mitarbeiter.

⁷ Formblätter lagen der Quelle nicht bei.

An die Wirtschaftsabteilung

Zum Planungsgeschehen:	Vorlagetermin
1. Entwurf des Jahresgesamtplans der Produktion, aufgeteilt nach Quartalen	
a) Produktionsplan für die volkseigenen Betriebe des Landes	
b) Umfang der Industrieproduktion von Privatbetrieben, die mit dem Staatlichen Vertragskontor Verträge abschließen.	15. August
2. Jahres- und Quartalsplanentwürfe für Arbeit und Lohnfonds für die landesgeleiteten volkseigenen Betriebe	15. Sept.
3. Jahres- und Quartalsplanentwürfe für Selbstkosten für die landesgeleiteten volkseigenen Betriebe	15. Sept.
4. Jahres- und Quartalsplanentwürfe für Investitionen für das Land Mecklenburg, aufgegliedert nach Objekten	15. August
5. Titellisten der Investbauvorhaben im Land	15. August
6. Jahresplanentwürfe für folgende Zweige:	
a) Landwirtschaft	15. August
b) Volksbildung	15. August
c) Gesundheitswesen	15. August
d) Verkehrswesen	15. August
7. Jahres- und Quartalsplanentwürfe für Erfassung und Abtransport von Holz	15. August
8. Einzelne Mitteilungen, Auskünfte und Berichte zu Fragen der Planung und Erfüllung der Wirtschaftspläne auf Anforderung der SKK.	

Der von der deutschen Regierung bestätigte Volkswirtschaftsplan des Landes wird von der Hauptabteilung Planung der Landesregierung spätestens 5 Tage nach seiner Bestätigung der Wirtschaftsabteilung des Vertreters der SKK vorgelegt.

Zur Industrie:

1. Monatlicher Bericht über die Anzahl der Industriebetriebe, der Arbeiter und Angestellten sowie über den Ausstoß der Bruttoproduktion (für das Land insgesamt, aufgegliedert nach Industriezweigen) zum 14. des folgenden Monats
2. Monatlicher Bericht über den Produktionsausstoß nach Industriezweigen (für das Land insgesamt kumulativ) zum 14. des folgenden Monats
3. Monatlicher Bericht über den Produktionsausstoß nach der Nomenklatur des Plans (für das Land insgesamt kumulativ, doch für einen beschränkten Kreis von Erzeugnissen) zum 14. des folgenden Monats
4. Quartalsbericht über den Ausstoß der Industrieproduktion nach vollständiger Nomenklatur der geplanten Erzeugnisse (für das Land insgesamt kumulativ) zum 22. des folgenden Monats
5. Quartalsbericht zur Arbeit (Anzahl, Lohnfonds, Ausnutzung der Arbeitszeit) im Laufe von 45 Tagen nach Abschluß des Quartals
6. Quartalsberichte über die Erfüllung des Produktionsplans für die volkseigenen Betriebe, aufgegliedert nach Vereinigungen und Betrieben am 22. nach Abschluß des Quartals.

Zum Investbau:

Monatliche Berichte (kumulativ) zum Investbau und zur Generalreparatur zum 20. des folgenden Monats.

Zum Kraftverkehr und Straßenbau:

1. Quartalsbericht über Umfang und technischen Zustand des Fuhrparks zum 25. des folgenden Monats
2. Allgemeine Angaben für jedes Quartal über die Arbeit der volkseigenen Autoreparaturbetriebe zum 20. des folgenden Monats
3. Quartalsmitteilungen über die Arbeit des volkseigenen Kraftverkehrs zum 20. des folgenden Monats
4. Quartalsbericht über die Instandhaltung von Straßen und Brücken zum 25. des folgenden Monats
5. Jahresbericht zum Kraftverkehr und Straßenbau im Lauf der 30 Tage nach Abschluß des Jahres.

Zur Arbeit⁸:

1. Dekadenweise Aufstellungen über die Lenkung von Arbeitskräften in die Schiffswerften und deren Versorgung mit Wohnraum zu jedem 8., 18. und 28. des laufenden Monats
2. Halbjahresbericht über die Situation in der Berufsausbildung zum 25. des folgenden Monats
3. Statistischer Monatsbericht für die Unterabteilung Arbeit zum 12. des folgenden Monats
4. Halbjahresbericht über die Anzahl der Personen, die als Lohnarbeiter arbeiten
5. Halbjahresbericht zur Erfüllung des Plans über Ausbildung und Einsatz der Kader zum 22. des folgenden Monats
6. Quartalsbericht zur Kaderausbildung zum 20. des folgenden Monats
7. Dekadenweise Meldungen über die Bereitstellung von Arbeitskräften für die SAG „Wismut“ jeden 10., 20. und 30. des laufenden Monats
8. Monatliche Übersicht zur Aktivistenbewegung zum 15. des folgenden Monats
9. Monatlicher Bericht über Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung zum 17. des folgenden Monats.

Zur Landwirtschaft:

1. Operative Berichterstattung
 - a) Über den Verlauf der landwirtschaftlichen Arbeiten, nach Kreisen wöchentlich, jeweils zum Montag⁹
 - b) Über den Verlauf der landwirtschaftlichen Arbeiten auf den Volksgütern, nach Kreisen wöchentlich, jeweils zum Mittwoch
 - c) Über den Verlauf der landwirtschaftlichen Arbeiten auf den Volksgütern monatlich, zum 5. des folgenden Monats
 - d) Über den Verlauf der Reparaturarbeiten an Traktoren und landwirtschaftlichem Inventar in den MAS und den Volksgütern zweimal im Monat, zum 5. und 20.
 - e) Über den Verlauf der Erfassung für den Saatgutfonds zweimal im Monat, zum 5. und 20.

⁸ Das meint: zu den Lohn- und Beschäftigungsverhältnissen.

⁹ Bei den wöchentlichen Meldungen war höchstwahrscheinlich an solche während der Frühjahrsbestellung und der Erntekampagne gedacht. So jedenfalls war es in der Praxis der Fall. Siehe auch hinten: Verzeichnis der Berichte an SKK in Karlshorst.

2. Berichte über die Ergebnisse von Viehzählungen zweimal im Jahr, bis zum vierzigsten Tag nach Beendigung der Zählungen
3. Über die Erfassung und Abfuhr von Holz monatlich, zum 5. des folgenden Monats
4. Berichte über Hektarerträge bei Getreide und technischen Kulturen zweimal im Jahr (vorläufig und endgültig), zum 15. Juli und 15. November
5. Berichte über die Produktionstätigkeit der MAS monatlich, zum 10. des folgenden Monats.

An die Abteilung für Reparationen

Zur Frage der Erfüllung der Pläne für Reparationslieferungen sowie für die Belieferung der Gruppe der Truppen werden in der Abteilung für Reparationen von den deutschen Selbstverwaltungsorganen, Vereinigungen und Aktiengesellschaften folgende Berichtsdokumente vorgelegt:

1. Von der Landesregierung und ihren Abteilungen:
Insgesamt für das Land
Monatsberichte zum 1. jedes Monats
Quartalsberichte zum 10. des dem Quartal folgenden Monats
Jahresberichte zum 15. Januar.
2. Von den Vereinigungen (landesgeleiteten, zentralgeleiteten)¹⁰ und den Aktiengesellschaften:
monatliche operative Zusammenstellungen für jeden Betrieb zum 5. [jeden Monats]
Quartalsberichte zur Planerfüllung zum 10. des folgenden Monats.
Jahresberichte zum 15. Januar.

An die Abteilung für Finanzen

1. Monatsberichte zur Planerfüllung nach den Abschnitten des Haushalts zum 20. des folgenden Monats.
2. Monatsberichte zur Erfüllung des Plans der Investitionen und Generalreparaturen zum 20. des folgenden Monats.
3. Quartalsbericht zum Haushalt mit allen Einnahmen und Ausgaben zum 25. des dem Berichtsquartal folgenden Monats.
4. Monatsberichte zur Erfüllung des Plans der Besteuerung (direkte, indirekte, örtliche) zum 7. des folgenden Monats.

Das Wirtschaftsministerium des Landes legt vor:

1. Einen operativen Monatsbericht über den Bestand an Waren und Sachwerten sowie an Geldmitteln in den Zweigvereinigungen der landesgeleiteten volkseigenen Betriebe zum 5. des dem Berichtsmonat folgenden Monats.
2. Quartalsberichte der Zweigvereinigungen der landesgeleiteten volkseigenen Betriebe zum 20. des dem Berichtsquartal folgenden Monats.

Die Notenbank des Landes legt vor:

1. Einen zusammenfassenden Quartalsbericht zu den Hauptkennziffern: Schaffung gemeinsamer Emissionsfonds von Geldzeichen, Umlaufmittel und Kassenreservebe-

¹⁰ Gemeint sind wohl die Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB), von denen es zum Zeitpunkt des Entwurfes noch landes- und zentralgeleitete gab.

stand, Guthaben auf den Konten, Bewegung der Mittel für den Investbau, ausgereichte kurzfristige Kredite nach den Hauptgruppen des volkseigenen Sektors, faktische Verschuldung bei kurzfristigen Krediten usw. zum 20. des ersten Monats nach dem Berichtsquartal.

Die Versicherungsanstalt des Landes legt vor:

1. Quartalsweise Informationen über die Erfassung durch die freiwilligen und die Pflichtversicherungen, über die Beträge der Reservebildung zur Begleichung von Versicherungsschäden usw. zum 20. des ersten Monats nach dem Berichtsquartal.

An die Abteilung für Handel und Versorgung

Nr.	Bezeichnung des Berichts	Nr. des Formblattes	Abgabetermin
1.	Über die Erfassung von Fleisch	1	15., 25. u. 6. jedes Monats
2.	Über die Erfassung von Schweinefleisch	2	15., 25. u. 6. jedes Monats
3.	Über die Erfassung von Wolle	3	15., 25. u. 6. jedes Monats
4.	Über die Erfassung von Getreide und Ölsaaten	5	15., 25. u. 6. jedes Monats
5.	Über die Erfassung von Kartoffeln und Gemüse	78	15., 25. u. 6. jedes Monats
6.	Über die Annahme von Agrarerzeugnissen als Ersatz für die Pflichtablieferung anderer Agrarerzeugnisse	12	15., 25. u. 6. jedes Monats
7.	Aufstellung über den Verlauf der Erfassung von Fleisch, Milch, Eiern, Getreide, Ölsaaten, Kartoffeln und Gemüse nach Kreisen	2a	15., 25. u. 6. jedes Monats
8.	Bericht über die Ausgabe von Lebensmitteln und über die Restbestände an Lebensmitteln	1/55	jedes Quartal, zum 15. des dem Quartal folgenden Monats
9.	Bericht über die Erfüllung des Umsatzplanes der HO und des KONSUM		dekadenweise, am 3., 13. und 23. des Monats
10.	Bericht über den Stand des Handelsnetzes der HO und des KONSUM		monatlich, zum 10. jedes Monats
11.	Allgemeine Übersicht über den Handel und das Warensortiment; für den KONSUM außerdem über den Anstieg der Mitgliederzahlen (nach Kreisen)		jedes Quartal, zum 10. des dem Quartal folgenden Monats
12.	Bericht über die Finanzsituation der HO und des KONSUM: a) durchschnittlicher Warenumsatz je Beschäftigtem b) Durchschnittsverdienst je Beschäftigtem		jedes Quartal, zum 10. des dem Quartal folgenden Monats
13.	Vom Handelsministerium: Mitteilung über die Anzahl der Privatgeschäfte, gegliedert nach Hauptprofilen, und die Zahl der Beschäftigten, Mitteilung über den durchschnittlichen Umsatz und den Durchschnittsverdienst der in privaten Handelsunternehmen Beschäftigten		einmal im Quartal

Verzeichnis der Berichtsdocuments, die die Vertretung der SKK für das Land bei den Abteilungen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland vorzulegen hat

Durch die Abteilung für Information

1. Quartalsbericht über die Tätigkeit der Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Abteilungen der Selbstverwaltung. Termin der Vorlage: 20. des ersten Monats des neuen Quartals.
2. Operative Information zu Konferenzen, Parteitag und wichtigen politischen Kundgebungen im Land nicht später als fünf Tage nach der Veranstaltung.
3. Über Veränderungen bei den Leitungskadern unverzüglich.

Durch die Abteilung für Verwaltungsfragen

Nr.	Bezeichnung des Dokuments	Wo vorzulegen?	Für welchen Zeitraum?	Zu welchem Termin?	Bemerkung
1.	Berichte über die Arbeit der Grenz-, Wasserschutz-, Kriminal-, Schutz- u. Verwaltungspolizei, über die Arbeit der Justizorgane, über die Arbeit des Gesundheitswesens, über die Kaderarbeit	bei den entsprechenden Abteilungen des Vertreters der SKK in Deutschland	für das Quartal	zum 15. des dem Quartal folgenden Monats	für jede Gattung Polizei extra
2.	Mitteilung über die bei Grenzverletzern u. anderen Straftätern von den territorialen Polizeiorganen beschlagnahmten materiellen Werte	bei den entsprechenden Abteilungen des Vertreters der SKK in Deutschland	für den Monat	zum 3. des Folgemonats	
3.	Mitteilung über die Zahl der Deserteure aus den Polizeiorganen	bei den entsprechenden Abteilungen des Vertreters der SKK in Deutschland	wöchentlich	montags	Zahlenangaben telefonisch
4.	Sondermeldungen über besondere Vorkommnisse an der Grenze und im Land	bei den entsprechenden Abteilungen des Vertreters der SKK in Deutschland	für jeden Fall gesondert	nicht später als 48 Stunden nach Erhalt der Information	

Durch die Wirtschaftsabteilung

1. Entwurf des Volkswirtschaftsplans des Landes in folgenden Teilen:

a) Industrieproduktion	15. September
b) Investbau	15. September
c) Arbeit und Selbstkosten	15. Oktober
d) Landwirtschaft	15. September

- | | |
|--|-------------------------------------|
| e) Verkehrswesen | 15. September |
| f) Gesundheitswesen | 15. September |
| g) Volksbildung | 15. September |
| 2. Mitteilung über die Lenkung von Arbeitskräften
in die Schiffswerften | dekadenweise,
am 10., 20. u. 30. |
| 3. Aufstellung über die landwirtschaftlichen Arbeiten
(Aussaat, Ernte, Herbstfurche) | wöchentlich,
dienstags |
| 4. Verlauf der Reparaturarbeiten an Traktoren
und Landmaschinen von Dezember bis April | dekadenweise,
am 3., 13. u. 23. |
| 5. Belieferung mit Treibstoff und Öl | monatlich, am 10. |
| 6. Holzabfuhr und -erfassung | monatlich, am 15. |
| 7. Über die Arbeit der Industrie | zum 23. nach Ablauf des Quartals |
| 8. Jahresbericht über die Arbeit der Industrie | zum 30. Januar |
| 9. Quartalsübersicht über die wirtschaftliche
Tätigkeit der Industrie, Landwirtschaft, Investbau,
Verkehrswesen usw. | nach Ablauf des
Quartals |

Durch die Abteilung für Reparationen

1. Monatliche operative Zusammenstellungen über Herstellung und Lieferung von Reparationsgütern oder von Erzeugnissen für die Gruppe der Truppen zum 7. des Folgemonats.
2. Quartalsberichte über die Erfüllung des Plans der Reparationslieferungen und der Belieferung der Gruppe der Truppen mit Erläuterungen zum 20. des Monats nach dem Quartal.
3. Jahresberichte zum 25. Januar des folgenden Jahres.

[Durch die] Abteilung für Finanzen

1. Ausführlicher Bericht über die Erfüllung des Plans der Besteuerung (direkte, indirekte, örtliche) zum 10. jedes Monats für den Vormonat.
2. Gesamtbilanzen der volkseigenen Betriebe mit Abschluß zum 30. des folgenden Monats nach dem Berichtsquartal.
3. Informationsbericht über die Arbeit der Finanzabteilung der SKK für das Land zum 20. des folgenden Monats nach dem Berichtsquartal.

Durch die Abteilung für Handel und Versorgung

Nr.	Bezeichnung des Berichts	Nr. des Formblatts	Abgabetermin
1.	Information über den Verlauf der Erfassungen	108 und 12	dekadenweise
2.	Information über die Versorgung sowj. Kunden mit Waren		einmal im Quartal zum 15.
3.	Abschlußbericht über die Ausgabe von Nahrungsmitteln insgesamt für das Land, für jedes Quartal		einmal im Quartal zum 15.
4.	Übersicht über die Arbeit von HO und KONSUM		einmal im Quartal zum 20.

Quelle: AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 6, listy 82-113.

Dokument 3

Geheim

Statut der Vertretung der SKK im Land ((Brandenburg))

[Auszüge aus dem Entwurf]

I. Allgemeine Bestimmungen

Die Vertretung der SKK im Land ist ein Organ der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, die aufgrund des Beschlusses des Ministerrats der UdSSR vom 5. November 1949 geschaffen wurde.

Die Vertretung der SKK im Land ist gehalten, die Politik der sowjetischen Regierung gegenüber Deutschland durchzuführen; sie nutzt zu diesem Zweck das Recht der allseitigen Kontrolle über alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens des Landes.

Die Vertretung der SKK im Land ist dem Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland unterstellt und läßt sich in ihrer Arbeit von dessen Befehlen und Weisungen leiten. Die Vertretung der SKK im Land leitet die Vertretungen der SKK in den Städten des Landes.

II. Hauptaufgaben

Hauptaufgabe der Vertretung der SKK im Land ist die Kontrolle über die Erfüllung der Potsdamer und der anderen gemeinsamen Beschlüsse der vier Mächte gegenüber Deutschland im Land Brandenburg.

Mit diesem Ziel übt die Vertretung der SKK im Land eine Kontrollfunktion aus, die gerichtet ist auf

1. die Verhinderung der Militarisierung Deutschlands und das Verbot revanchistischer, aggressiver und jeder anderen Kriegspropaganda im Land;
2. die Gewährleistung der weiteren demokratischen Entwicklung des politischen Lebens im Land und die Nichtzulassung reaktionärer Parteien, Organisationen und Gruppen, die die demokratische Ordnung in der Zone untergraben;
3. den Aufbau eines Systems der Volksbildung, das die erfolgreiche Vermittlung demokratischer Ideen an die deutsche Jugend sicherstellt;
4. die Stärkung der Volkspolizei, des demokratischen Gerichtswesens sowie der Kader der Regierungs-, Verwaltungs- und der örtlichen Selbstverwaltungsorgane;
5. die Verhinderung eines Wiederaufbaus kriegswirtschaftlichen Potentials, der Produktion von Waffen und militärischen Ausrüstungen sowie das Verbot jeglicher Handlungen, die zum Wiedererstehen monopolistischer Vereinigungen und junkerlicher Bodennutzung im Land führen;
6. die weitere Demokratisierung des wirtschaftlichen Lebens des Landes und die Verbesserung der Lebensbedingungen des deutschen Volkes;
7. die Sicherung der Erfüllung der von der deutschen Regierung übernommenen Verpflichtungen in bezug auf Reparationsleistungen, andere Lieferverpflichtungen und Besatzungskosten;

8. die weitestgehende Unterstützung der nationalen Bewegung des deutschen Volkes zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher, demokratischer Grundlage.

III. Struktur und Funktion

Die Vertretung der SKK im Land besitzt folgende Struktur:

1. Leitung
2. Sekretär des Parteibüros
3. Abteilung für Information
4. Wirtschaftsabteilung
5. Abteilung für Kontrolle über die Ausführung der Pflichtlieferungen
6. Abteilung für Handel und Versorgung
7. Abteilung für Finanzen
8. Abteilung für Verwaltungsfragen
9. Konsularabteilung
10. Allgemeine Abteilung
11. Vertretungen der SKK in den Städten.

Die Vertretung der SKK im Land hat folgende Hauptfunktionen:

1. Sie hat darüber zu wachen, daß im Land nichts unternommen wird, was den Beschlüssen der vier Mächte über die Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands widerspricht.
2. Sie übt die operative Kontrolle aus über die Einhaltung der Reparationsverpflichtungen sowie der Lieferverpflichtungen gegenüber der Gruppe der Besatzungstruppen, und zwar mit dem Ziel, daß diese von den Industriebetrieben des Landes bedingungslos erfüllt werden.
3. Sie erhält regelmäßig von den deutschen Regierungs-, Verwaltungs-, Wirtschafts- sowie von den gesellschaftspolitischen und kulturellen Organen des Landes alle notwendigen Informationen.
4. Sie wacht über die entsprechenden Außenhandelsverpflichtungen mit dem Ziel, ihre Einhaltung durch Deutschland zu gewährleisten.
5. Sie erteilt bei Verletzungen der von der deutschen Regierung übernommenen Verpflichtungen den deutschen Organen des Landes Weisungen, die die inneren Funktionen der behördlichen Verwaltung jedoch nicht berühren.
6. Sie studiert, analysiert und verallgemeinert die Entwicklungsprozesse im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes und informiert die übergeordneten Organe der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland.
7. Sie leitet die Tätigkeit der Vertretungen der SKK in den Städten des Landes.

IV. Die Hauptpflichten der Abteilungen und Unterabteilungen der Vertretung der SKK im Land

[...]¹

4. Abteilung für Information

Die Abteilung für Information ist dem Vertreter der SKK im Land unmittelbar unterstellt. Die Abteilung für Information ist verpflichtet, folgendes zu kontrollieren:

- a) Auswahl, Ausbildung und Einsatz von Kadern in den Parteien, demokratischen Organisationen und Einrichtungen der Volksbildung;
- b) die politische und kulturelle Tätigkeit der Parteien und demokratischen Organisationen, die Tätigkeit der Kirchen, religiösen Sekten und anderer Gesellschaften;
- c) die von den Parteien und demokratischen Organisationen durchgeführten politischen Kampagnen und Einzelaktionen sowie deren laufende Tätigkeit;
- d) Inhalt, Formen und Umfang der ideologischen Arbeit, die innerhalb der Parteien und demokratischen Organisationen sowie in den einzelnen Schichten der Bevölkerung geleistet wird;
- e) den Inhalt der mündlichen, der gedruckten sowie der Rundfunkpropaganda;
- f) die Einhaltung der Grundsätze demokratischer Erziehung in den Schulen und anderen Lehr- und Erziehungseinrichtungen;

5. Wirtschaftsabteilung

Die Wirtschaftsabteilung untersteht dem Stellvertreter für Wirtschaftsfragen des Vertreters der SKK im Land.

Die Wirtschaftsabteilung ist verpflichtet:

- a) die Entwicklung der Wirtschaft des Landes insgesamt sowie einzelner Zweige und Betriebe zu kontrollieren;
- b) die Aufstellung und Erfüllung des Volkswirtschaftsplans für alle Wirtschaftszweige des Landes (Industrie, Landwirtschaft, Verkehrswesen, Investbau, Außenhandel) zu kontrollieren;
- c) über die Wahrung und die weitere Festigung der demokratischen Umgestaltungen zu wachen, die auf der Basis der Potsdamer und der anderen gemeinsamen Beschlüsse der vier Mächte in der Wirtschaft des Landes durchgeführt wurden;
- d) die Kontrolle über die Stärkung des Volkseigentums als der Basis der neuen demokratischen Ordnung im Land auszuüben;
- e) die leitenden Wirtschaftskader im Land zu prüfen, ihre Beförderung, Ausbildung und Verteilung auf die Zweige der Volkswirtschaft zu kontrollieren;
- f) einen Wiederaufbau kriegswirtschaftlichen Potentials sowie die Wiedererstehung von Trusts, Kartellen und anderer Monopolvereinigungen in der Wirtschaft des Landes zu verhindern;
- g) dem Vertreter der SKK im Land sowie dem Apparat der SKK in Deutschland regelmäßig Informationen über die wirtschaftliche Situation des Landes sowie über die in der Wirtschaft vor sich gehenden Prozesse vorzulegen.

¹ Nicht dokumentiert sind hier die Passagen über den Kaderreferenten und den Referenten für Verbindung sowie ein nicht näher ausgeführter Punkt über den Sekretär des Parteibüros der KPdSU(B).

6. *Abteilung für Kontrolle über die Ausführung der Pflichtlieferungen*

Die Abteilung für Kontrolle über die Ausführung der Pflichtlieferungen untersteht dem Stellvertreter für Wirtschaftsfragen des Vertreters der SKK im Land.

Die Abteilung für Kontrolle über die Ausführung der Pflichtlieferungen ist beauftragt:

- a) die Produktionskapazitäten der Industriebetriebe des Landes zu erfassen, um die Reparationsaufträge sowie die Aufträge der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen innerhalb der Industrie aufzuschlüsseln;
- b) die Erfüllung der Reparationsaufträge sowie der Aufträge für die Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland zu den in den Lieferplänen und Lieferaufträgen vorgesehenen Terminen zu kontrollieren;
- c) die Organisation der technologischen Prozesse zur Herstellung von Reparationsgütern mit dem Ziel zu untersuchen und zu kontrollieren, deren Standardisierung und Qualität zu verbessern.

7. *Abteilung für Handel und Versorgung*

Die Abteilung für Handel und Versorgung untersteht direkt dem Stellvertreter für Wirtschaftsfragen des Vertreters der SKK im Land.

Die Abteilung für Handel und Versorgung ist verpflichtet:

- a) die Deckung des Bedarfs der sowjetischen Kontingente und Organisationen an allen Arten von Lebensmitteln und Industriewaren, die für die Versorgung und den Handel mit sowjetischen Organisationen vorgesehen sind, zu gewährleisten;
- b) die rechtzeitige Bereitstellung der Lebensmittelfonds, die für sowjetische Verbraucher, insbesondere für die Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, zugeteilt wurden, zu kontrollieren;
- c) die Erweiterung und die Festigung des staatlichen Sektors im Handel sowie der Verbrauchergenossenschaften im Land zu fördern;
- d) die Durchführung einer klassenmäßig differenzierten Politik zur Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die zugleich eine Stärkung der Großbauernwirtschaften² verhindert, zu kontrollieren;
- e) die weitere Ausdehnung und Stärkung der staatlichen Erfassungsorganisationen zu unterstützen;
- f) die Tätigkeit der Abteilung für Handel, Versorgung und Erfassung bei der Landesregierung durch Analyse und Auswertung der von dieser Abteilung eingegangenen Informationen sowie durch persönliche Gespräche und Beobachtungen der Mitarbeiter der Abteilung vor Ort zu verfolgen und zu kontrollieren.

8. *Abteilung für Finanzen*

Die Abteilung für Finanzen untersteht dem Stellvertreter für Wirtschaftsfragen des Vertreters der SKK im Land.

Die Abteilung für Finanzen ist gehalten:

- a) den Zustand des gesamten Finanzsystems mit dem Ziel der weiteren Demokratisierung der Wirtschaft des Landes zu kontrollieren;

² Im Original: Kulakenwirtschaften.

- b) die Führung des Haushalts, den Eingang der Steuern und anderer Einnahmen, die Arbeit der Banken, Sparkassen und Versicherungsanstalten sowie die finanzielle Tätigkeit der volkseigenen Betriebe, Volksgüter, MAS und anderer Organisationen im Land zu kontrollieren;
- c) die Preisbildung anhand von Berechnungen für die als Reparationsleistungen oder für die Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland gelieferten Industriegüter zu prüfen und zu kontrollieren;
- d) die Tätigkeit des Finanzministeriums bei der Landesregierung durch Auswertung der von diesem vorgelegten Informationen sowie durch persönliche Gespräche und Beobachtungen der Mitarbeiter der Abteilung vor Ort zu prüfen und zu kontrollieren.

9. Abteilung für Verwaltungsfragen

Die Abteilung für Verwaltungsfragen untersteht dem Stellvertreter des Vertreters der SKK im Land.

Die Abteilung für Verwaltungsfragen ist verpflichtet:

- a) die Tätigkeit und die demokratische Entwicklung der Schutz-, Verwaltungs-, Grenz-, Kriminal-, und Behördenpolizei bei der Auswahl, Ausbildung und dem Einsatz der Führungskader, bei der Organisation und Durchführung der politisch-erzieherischen Arbeit, bei der Organisation und Durchführung der Arbeit zur Verbrechensbekämpfung, zur Sicherung und zum Schutz der Ordnung sowie zum Schutz der Objekte der Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland, der Sowjetischen Aktiengesellschaften, der volkseigenen Betriebe und zum Schutz der Reparations- sowie der Export- und Importgüter auf der Eisenbahn und den Schifffahrtswegen zu kontrollieren;
- b) die Registrierung, Aufbewahrung und die Verwendung von Waffen und Munition, die zur Bewaffnung der Polizei dienen, zu kontrollieren;
- c) die Entwicklung und Tätigkeit der Feuerwehr hinsichtlich der Organisation und Durchführung von Brandschutzmaßnahmen im Land zu kontrollieren;
- d) die Reorganisation des deutschen Gerichtswesens im Land gemäß den Grundsätzen der Demokratisierung der Rechtsprechung und Gesetzlichkeit auf der Grundlage der Gleichheit aller Bürger vor dem Gericht, unabhängig von Rasse, Nationalität und Religion, zu kontrollieren;
- e) die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft zur Beaufsichtigung der Ermittlungsverfahren und zur Einhaltung der Gesetzlichkeit zu kontrollieren;
- f) die Organe der staatlichen Verwaltung im Land zu beobachten und zu kontrollieren, insbesondere hinsichtlich:
 - 1. der im Landtag sowie in den Sitzungen des Kabinetts erörterten Fragen und angenommenen Beschlüsse;
 - 2. der Ausrichtung der Tätigkeit der Kreistage und kommunalen Vertretungen sowie ihrer Beschlüsse zu einzelnen wichtigen Fragen;
 - 3. der von der Regierung, den Ministern oder Leitern von Einrichtungen und Organisationen des Landes erlassenen Direktiven zu Verwaltungs- und Stellenplanfragen.
- g) die weitere Demokratisierung des Staatsapparats zu kontrollieren;
- h) die Kader des Staatsapparats zu prüfen und die allgemeine Zusammensetzung der in den Verwaltungsorganen Beschäftigten zu analysieren;
- i) die Ausbildung der Kader für den Staatsapparat sowie die Tätigkeit der Verwaltungsschule in bezug auf die Auswahl des Lehrpersonals und der Studierenden sowie hinsichtlich des Lehrprogramms zu kontrollieren;

- j) die weitere Demokratisierung des Gesundheitswesens im Land zu kontrollieren, insbesondere bezüglich der Beförderung, der Auswahl und des Einsatzes der Leitungskader, der Organisation der medizinischen Versorgung für breite Bevölkerungsschichten sowie in bezug auf Maßnahmen zum Kampf gegen Infektionskrankheiten und Epidemien;
- k) die Tätigkeit des Innenministeriums, des Justizministeriums und der Abteilung für Gesundheitswesen bei der Landesregierung durch Auswertung der von diesen Stellen eingehenden Informationen sowie durch persönliche Gespräche und Beobachtungen der Mitarbeiter der Abteilung vor Ort zu kontrollieren.
- l) [Die Abteilung] gibt Interzonenpässe für deutsche Organisationen und die Bevölkerung aus.

[...]³

V. Rechte der Vertretung der SKK im Land

Die Vertretung der SKK im Land hat das Recht:

- a) von den Organen der staatlichen Verwaltung und den wirtschaftlichen Organen des Landes sowie von den Parteien und anderen gesellschaftlichen Organisationen die Vorlage systematischer, periodischer und einmaliger Informationen zu politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, Verwaltungs- und anderen Fragen zu verlangen;
- b) von der Regierung und ihren Organen, von den Parteien, demokratischen Organisationen und Landeseinrichtungen Kopien der Direktiven und Beschlüsse zu allen Fragen zu erhalten, die der Kontrolle durch die Vertretung der SKK im Land unterliegen;
- c) die Landesregierung, die Parteien und demokratischen gesellschaftlichen Organisationen auf Inkonsequenzen bei der Erfüllung der Potsdamer und anderer gemeinsamer Beschlüsse der vier Mächte über Deutschland aufmerksam zu machen und, falls die Regierung Beschlüsse faßt, Verfügungen erläßt oder Maßnahmen ergreift, die mit den Potsdamer oder den anderen gemeinsamen Beschlüssen der vier Mächte über Deutschland offenkundig unvereinbar sind, deren Inkrafttreten mit Erlaubnis des Vorsitzenden der SKK in Deutschland auszusetzen;
- d) falls einzelne Personen, Gruppen oder Organisationen eine reaktionäre, antisowjetische Tätigkeit ausüben, die auf die Untergrabung der demokratischen Ordnung in der Zone gerichtet ist und den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz oder anderen Beschlüssen der vier Mächte zur deutschen Frage zuwiderläuft, hat die Vertretung der SKK im Land das Recht, mit Erlaubnis des Vorsitzenden der SKK in Deutschland zu fordern, daß diese Tätigkeit eingestellt und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden;
- e) bei Vorlage falscher, den Tatsachen widersprechender Informationen hat die Vertretung der SKK das Recht, mit Erlaubnis des Vorsitzenden der SKK in Deutschland die Bestrafung der Verantwortlichen bis hin zu deren Entfernung von ihren Posten zu verlangen;
- f) werden die Presse oder der Rundfunk zu Zwecken genutzt, die gegen die demokratische Ordnung in der Zone gerichtet sind und die den Beschlüssen der Potsdamer

³ Ausgelassen sind der nicht näher ausgeführte Punkt „Konsularabteilung“ sowie die Passage über die Allgemeine Abteilung.

Konferenz sowie den nachfolgenden vierseitigen Vereinbarungen über Deutschland zuwiderlaufen, oder in Fällen antisowjetischer Propaganda, bei Äußerungen gegen die sowjetischen Besatzungstruppen oder bei Auftritten, bei denen ein neuer Krieg propagiert wird, hat die Vertretung der SKK im Land das Recht, mit Erlaubnis des Vorsitzenden der SKK in Deutschland von den Presseorganen und Rundfunkanstalten administrative Maßnahmen gegen die Verantwortlichen zu verlangen. Im Falle aber, daß einzelne Presseorgane oder Rundfunkanstalten wiederholt zu obengenannten Zwecken genutzt werden, hat die Vertretung der SKK das Recht, mit Erlaubnis des Vorsitzenden der SKK in Deutschland von den Regierungsorganen zu verlangen, daß strengere Maßnahmen ergriffen werden, die bis zur Überantwortung der Schuldigen an Gerichte und die Einstellung des Erscheinens des betreffenden Presseorgans gehen können;

- g) bei Handlungen, die zur Wiederherstellung von kriegswirtschaftlichem Potential sowie zur Herstellung von Waffen und militärischen Ausrüstungen aller Art führen, hat die Vertretung der SKK das Recht, mit Erlaubnis des Vorsitzenden der SKK in Deutschland von der Regierung zu fordern, derartige Handlungen zu unterbinden und die Schuldigen gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen;
- h) bei Handlungen, die in welcher Form auch immer zur Wiederersthung von in der Nazizeit bestehenden Trusts, Kartellen, Syndikaten und anderen monopolistischen Vereinigungen oder von junkerlichem Grundbesitz führen, hat die Vertretung der SKK das Recht, mit Erlaubnis des Vorsitzenden der SKK in Deutschland von der Regierung zu fordern, derartige Handlungen zu unterbinden und die Schuldigen gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen;
- i) in Fällen offenkundiger Sabotage durch einzelne Personen oder Leitungen von Betrieben, die darauf gerichtet ist, die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zu verhindern, hat die Vertretung der SKK das Recht, mit Erlaubnis des Vorsitzenden der SKK in Deutschland von der Regierung zu verlangen, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen;
- j) bei Katastrophen, dem Ausbruch von Epidemien und in anderen Fällen, bei denen eine Verletzung der öffentlichen Ordnung droht, die Regierung aber nicht rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen ergreift, hat die Vertretung der SKK das Recht, mit Erlaubnis des Vorsitzenden der SKK in Deutschland von der Landesregierung entsprechende Maßnahmen zu fordern;
- k) der Apparat der Vertretung der SKK hat das Recht, zur Untersuchung und Beobachtung der konsequenten Einhaltung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz und der anderen gemeinsamen Beschlüsse der vier Mächte über Deutschland Parteien, gesellschaftliche Organisationen, Organe und Einrichtungen der Regierung, wirtschaftliche und Handelsorganisationen, Industriebetriebe, MAS, Volksgüter und Gemeinden zu besuchen.

[...] ⁴

⁴ Ausgelassen ist die Passage über die Vertretungen in den Städten.

Anlage Nr. 1
zum Entwurf des Beschlusses über die Vertretung der SKK
im Land Brandenburg

Geheim

Verzeichnis der Fragen, die die Beziehungen der Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission im Land Brandenburg mit der Regierung des Landes und anderen Organen der deutschen demokratischen Regierung bestimmen

A. Fragen, bei denen die Vertretung der SKK im Land Weisungsfunktionen besitzt:

- a) In politischen Fragen
 1. in allen Fällen reaktionärer, auf die Untergrabung der demokratischen Ordnung in der Zone gerichteter Tätigkeit einzelner Personen, Gruppen oder Organisationen, dieser oder jener Partei oder demokratischen Organisation;
 2. in allen Fällen der Ausnutzung der Presse und des Rundfunks zu Zwecken, die gegen die demokratische Ordnung in der Zone gerichtet sind;
 3. in allen Fällen, in denen festgestellt wird, daß Parteien oder demokratische Organisationen falsche, den Tatsachen widersprechende Informationen vorlegen.
- b) In Wirtschaftsfragen
 1. bei allen Tendenzen zur Wiederherstellung von kriegswirtschaftlichem Potentials in der Wirtschaft des Landes;
 2. in allen Fällen des Wiedererstehens oder Agierens von Trusts, Kartellen und anderen monopolistischen Vereinigungen;
 3. in allen Fällen von Sabotage oder von Handlungen, die auf die Untergrabung der demokratischen Umgestaltungen in der Wirtschaft als der Grundlage der neuen demokratischen Ordnung im Land gerichtet sind.
- c) In Fragen der Reparationsleistungen und der Belieferung der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland
 1. bei den Reparationsverpflichtungen;
 2. bei den Lieferungen an die Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland.
- d) In Fragen des Handels, der Versorgung und der Erfassung
 1. zur rechtzeitigen und kontinuierlichen Versorgung des Kontingents sowjetischer Verbraucher, insbesondere der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, mit allen Arten von Lebensmitteln und Industriewaren in den Grenzen der festgesetzten Fonds.
- e) In Fragen der Finanzen
 1. zur Bereitstellung von Mitteln für die Besatzungskosten in den durch Weisungen der SKK in Deutschland vorgesehenen Fällen.
- f) In Fragen der Verwaltung
 1. bei der Säuberung der Polizei und der staatlichen Verwaltungsorgane von reaktionären und politisch unzuverlässigen Elementen;

2. in Fällen der Aktivierung krimineller Elemente, des Bandenunwesens und antidemokratischer Erscheinungen;
 3. bei Naturkatastrophen und dem Ausbruch von Epidemien;
 4. bei der Ausgabe von Interzonenpässen.
- g) In Fragen des Fernmeldewesens
1. bei der Organisation der Telegraf- und Telefonverbindungen und der Bereitstellung von Leitungen für die Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland und der Vertretungen der SKK in Deutschland;
 2. bei der Aufnahme von Funkverbindungen ins Ausland wie auch innerhalb des Landes;
 3. in Fragen der Militärensensur, der Postsendungen und anderer Sendungen.
- [...]⁵

Quelle: AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 6, listy 390–420, Auszüge listy 390–402, 404–405.

⁵ Weggelassen wurden in dieser Dokumentation der Abschnitt B der Anlage 1 „Fragen, bei denen die Vertretung der SKK im Land Kontrollfunktionen wahrnimmt“, sowie weitere Anlagen.

Statut der Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland für das Land Sachsen-Anhalt

Allgemeine Bestimmung

1. Die Vertretung der SKK im Land hat als Organ der Sowjetischen Kontrollkommission die Kontrolle auszuüben über die Einhaltung des Potsdamer und der anderen gemeinsamen Abkommen der Alliierten durch die Machtorgane, die politischen Parteien und die demokratischen Massenorganisationen des Landes, sie hat die Reparationslieferungen und die Bestreitung der Besatzungskosten zu sichern und die genannten Organe und Organisationen bei ihrer weiteren Entwicklung auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu unterstützen.
2. Der Kontrolle durch die Vertretung der SKK im Land unterliegen:
der Landtag, die Landesregierung und alle Ministerien;
die Machtorgane der Kreise, Städte und Gemeinden;
die Landesleitungen der politischen Parteien und demokratischen Massenorganisationen sowie deren Organisationen in den Kreisen, Städten und Gemeinden;
die auf dem Territorium des Landes tätigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, religiösen u.a. Gesellschaften, Vereinigungen und Organisationen, Industrie-, Transport- und Handelsunternehmen.
3. Die Vertretung der SKK im Land lenkt und leitet die Tätigkeit der Vertretungen der SKK in fünf Städten des Landes: Magdeburg, Dessau, Bitterfeld, Eisleben, Merseburg.
4. Die Vertretung der SKK im Land untersteht der Sowjetischen Kontrollkommission und läßt sich in ihrer praktischen Tätigkeit von den Befehlen und Direktiven der SKK leiten.

Hauptaufgaben der Vertretung der SKK im Land

1. Kontrolle der Einhaltung des Potsdamer und der anderen gemeinsamen Abkommen der Alliierten über Deutschland durch alle Machtorgane, politischen Parteien, demokratischen Massenorganisationen, Vereinigungen u.a. gesellschaftlichen Organisationen des Landes;
2. Unterstützung für die Machtorgane, politischen Parteien und demokratischen Massenorganisationen des Landes bei der Stärkung und Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik auf demokratischer und friedlicher Grundlage sowie bei der Festigung der Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion;
3. Hilfe und Unterstützung für die Entwicklung und Festigung der Nationalen Front im Kampf um die Errichtung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Deutschlands;
4. Unterbindung aller Versuche der Wiederbelebung faschistischer und nationalistischer Organisationen und Verhinderung nazistischer, militaristischer und antisowjetischer Tätigkeit und Propaganda;

5. Verhinderung einer Wiederbelebung nazistischer und militaristischer Ideen in den Schulen, Universitäten und anderen Wissenschafts-, Kultur- und Bildungseinrichtungen; Unterstützung für die Entwicklung demokratischer Ideen im gesamten Erziehungssystem;
6. Kontrolle über die gesetzgeberische Tätigkeit des Landtags sowie über die Verordnungen der Regierung und die praktische Tätigkeit der Ministerien; Verhinderung einer Annahme antidemokratischer, militaristischer Gesetze und Beschlüsse sowie von Verordnungen und Handlungen, die die Interessen der Sowjetunion beeinträchtigen;
7. Kontrolle der Tätigkeit der politischen Parteien und demokratischen Massenorganisationen; Unterstützung dieser Organisationen bei ihrer weiteren Demokratisierung, beim Zusammenschluß der progressiven Kräfte und der Isolierung der Kräfte der Reaktion;
8. Überprüfung der deutschen Kader und Unterstützung der Regierung bei der Säuberung der Organe der Macht, der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels von reaktionären Elementen, ausländischen Agenten, Saboteuren und Schädlingen;
9. Kontrolle über die Tätigkeit der Polizeiorgane; Unterbindung von Versuchen, diese zu antidemokratischen und antisowjetischen Zwecken auszunutzen; Kontrolle der ideologischen Erziehung der Polizeikader; Unterstützung der Polizeiorgane im Kampf gegen ausländische Agenten, Diversanten, Saboteure und Schädlinge, gegen Wirtschaftsvergehen und antisowjetische Organisationen;
10. Kontrolle über die Tätigkeit der deutschen Justizorgane und über die Ausbildung der Justizkader; Beaufsichtigung der Gerichtsverfahren zu schwerwiegenden Straftaten (Diversion, Sabotage, Untergrundtätigkeit antidemokratischer und antisowjetischer Organisationen);
11. Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung und der Auslastung der Produktionskapazität des Landes; Unterstützung für die Entwicklung der Friedenswirtschaft; größtmögliche Hilfe bei der Stärkung des genossenschaftlichen und des Volkseigentums in Industrie, Landwirtschaft und Handel; Unterbindung der Versuche, die Rüstungsindustrie und die Herstellung von Waffen und militärischer Ausrüstung wiederaufleben zu lassen;
12. Kontrolle und Verhinderung der Wiederbelebung kapitalistischer Zusammenschlüsse in Form von Kartellen, Syndikaten, Trusts und anderen monopolistischen Vereinigungen in der Industrie, im Handel und bei den Kreditanstalten;
13. Kontrolle über die Erfüllung der Verpflichtungen hinsichtlich der Reparationslieferungen, der Besatzungskosten und der Belieferung sowjetischer Verbraucher durch die Landesregierung;
14. Kontrolle über die Verausgabung der Haushaltsmittel und der Mittel der Banken; Verhinderung der Finanzierung illegaler und verdeckter monopolistischer, militaristischer und nazistischer Organisationen; Unterstützung der effektiven Nutzung der Finanzmittel für die Entwicklung einer auf Friedensproduktion orientierten Volkswirtschaft, für die weitere Demokratisierung sowie für die Entwicklung der Wissenschaft und sozialkultureller Maßnahmen; Verhinderung der Entstehung privater Versicherungsgesellschaften und Unterstützung für die Demokratisierung der vorhandenen Versicherungsanstalten;
15. Kontrolle der Versorgung der Bevölkerung mit rationierten Lebensmitteln und Industriewaren nach den bestehenden Normen; Unterbindung der Versuche reaktionärer, feindlicher Kräfte, aufgrund der Versorgungslage eine künstliche politische Unzu-

- friedenheit bei den Massen zu schaffen; Kontrolle über die Durchführung einer differenzierten Erfassungspolitik bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen;
16. Kontrolle und Unterstützung für die Entfaltung und weitere Stärkung der MAS und der Volksgüter, damit diese zu Zentren des Aufschwungs der Landwirtschaft insgesamt werden; Verhinderung des Wiedererstehens junkerlicher Gutsbesitzer-Wirtschaften;
 17. Kontrolle über die Tätigkeit wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen und Unterstützung ihrer weiteren Demokratisierung;
 18. Kontrolle über die Tätigkeit aller Fernmeldeanlagen; Verhinderung der Errichtung von militärischen Nachrichtenverbindungen;
 19. Informierung der Leitung der SKK über die Tätigkeit der Landesregierung, der politischen Parteien und demokratischen Organisationen; Information über die politische Lage im Land und über die Erfüllung der Produktionspläne in Industrie, Landwirtschaft und Handel, über die Erfüllung des Plans der Reparationen und des Plans der Belieferung sowjetischer Verbraucher.

Struktur und Aufgaben der Abteilungen und Unterabteilungen der Vertretung der SKK im Land

1. Der Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission im Land leitet den gesamten Apparat der Vertretung im Land, er trägt dem Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission gegenüber die Verantwortung für die Ausführung der Befehle und Direktiven der Sowjetischen Kontrollkommission und ist verantwortlich für die wirtschaftliche und politische Lage im Land.
Dem Statut der SKK entsprechend kontrolliert er unmittelbar die Tätigkeit der Landesregierung und führt Sachverhandlungen mit dem Ministerpräsidenten des Landes. Er leitet die Tätigkeit der Vertretungen der SKK in den Großstädten.
2. Der Stellvertreter des Vertreters der SKK vertritt letzteren in dessen Abwesenheit, er leitet folgende Abteilungen des Apparats der Vertretung der SKK: die Abteilung für Information, die Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten, die Abteilung für Finanzen, und ist verantwortlich für deren Tätigkeit.
3. Der Stellvertreter des Vertreters der SKK für Wirtschaftsfragen leitet die Wirtschaftsabteilung, die Abteilung für Produktionskontrolle und die Abteilung für Handel und Versorgung, er kontrolliert und ist verantwortlich für die Entwicklung der Wirtschaft, des Handels und der Versorgung im Land.
Er kontrolliert und unterstützt die deutschen Organe hinsichtlich der Erfüllung des Plans der Reparationen und der Lieferungen an sowjetische Verbraucher und trägt die Verantwortung für dessen Einhaltung. Er leitet die Tätigkeit der Stellvertreter für Reparationen bei den Vertretungen der SKK in den Großstädten an. Der Kontrolle des Stellvertreters des Vertreters der SKK für Wirtschaftsfragen unterstehen:
das Ministerium für Wirtschaft¹;
das Ministerium für Verkehr;
Vereinigungen volkseigener Betriebe, die dem Land unterstehen;
die Landesverwaltung der MAS;

¹ Im Original: Ministerium für Volkswirtschaft.

das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft;
das Ministerium für Handel und Versorgung;
das Amt für Volkswirtschaftsplanung, Amt für Statistik, Amt für materielle Ressourcen, Amt für Erfassungen;
die Konsumgenossenschaft und alle Arten von landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Hauptaufgaben und -funktionen der Wirtschaftsabteilung

1. Kontrolle, Beratung und Unterstützung der deutschen Regierungsorgane des Landes bei der Erstellung der Jahresproduktionspläne sowie der Pläne für materielle Versorgung und Investitionen nach Wirtschaftszweigen;
2. Kontrolle über die Erfassung, Aufdeckung und Verwendung der geplanten Fonds und materiellen Ressourcen des Landes, Erarbeitung von Analysen zu den Bilanzen über defizitäre Rohstoffe und Halbfabrikate;
3. Kontrolle und Unterstützung der deutschen Organe bei der Ausarbeitung und Realisierung organisatorisch-technischer Maßnahmen, die auf die Erhöhung der Rentabilität der dem Land unterstehenden Vereinigungen Volkseigener Betriebe gerichtet sind;
4. Erarbeitung von Analysen zur Erfüllung der Volkswirtschaftspläne und Plankennziffern hinsichtlich der Arbeit (Arbeitsproduktivität, Einführung des Leistungslohns, Erarbeitung und Einführung neuer Arbeitsnormen);
5. Kontrolle der MAS und der Volksgüter, Unterstützung für ihre Entfaltung und Stärkung, für ihre Umwandlung in Zentren des allgemeinen Aufschwungs der Landwirtschaft hinsichtlich der Ernteerträge, der Einführung fortgeschrittener agrotechnischer Maßnahmen und der Mechanisierung. Kontrolle über die Tätigkeit landwirtschaftlicher Genossenschaften;
6. Kontrolle über die Tätigkeit deutscher Forschungseinrichtungen;
7. Überprüfung der deutschen Wirtschaftskader (der Ministerien, Vereinigungen), Unterstützung bei der Eliminierung von feindlichen Elementen;
8. Kontrolle über die Lehrpläne der Aus- und Weiterbildungskurse für Leitungskader der Wirtschaft;
9. Kontrolle über die Tätigkeit gewerblicher Genossenschaften.

Abteilung für Produktionskontrolle

1. Kontrolle der Auslastung der produktiven Kapazität der Industrie des Landes, deren Orientierung auf zivile Zielstellungen und auf die Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinsichtlich der Reparationslieferungen und der Belieferung sowjetischer Verbraucher; Kontrolle der Verwendung der Rohstoffe und zugeteilten Materialfonds durch die dem Land unterstehenden Betriebe;
2. Kontrolle und Unterstützung bei der Realisierung der Entwicklungspläne für die Industrie des Landes; Kontrolle darüber, wie die Industrie des Landes die Zulieferungen für SAG-Betriebe und zentralgeleitete Betriebe, die für Reparationen arbeiten, erfüllt; Kontrolle über die Einhaltung der Termine bei Reparationslieferungen und Lieferungen an sowjetische Verbraucher sowie über die Qualität der Erzeugnisse;
3. Hilfe bei der Einführung neuer Formen der Arbeit in Industrie und Bauwesen; Unterstützung des technischen Fortschritts und der Einführung von Betriebsplänen in den dem Land unterstehenden volkseigenen Betrieben; Hilfe für die wirtschaftliche und politische Stärkung der dem Land unterstehenden volkseigenen Betriebe; Unterstüt-

zung bei der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Einführung des Leistungslohns.

Abteilung für Versorgung und Handel

1. Kontrolle über die Nutzung der in den Versorgungsplänen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für die Versorgung der sowjetischen Kontingente und der Bevölkerung des Landes vorgesehenen Bestände an Lebensmitteln und industriellen Waren;
2. Erteilung von Aufträgen an die Landesregierung zur Herstellung der erforderlichen, vertraglich festgelegten Waren für sowjetische Empfänger, die sich im Sortiment nach den Bestellungen der Kunden, in der Menge nach den Versorgungsplänen richten. Kontrolle der vollständigen und termingemäßen Auslieferung und des Versands der Waren an die sowjetischen Abnehmer;
3. Kontrolle über die Versorgung der Bevölkerung des Landes mit rationierten Lebensmitteln und Industriegütern entsprechend der bestehenden Lage und den gegebenen Normen;
4. Unterstützung für die Erweiterung und Stärkung des staatlichen Sektors im Handel und der Konsumgenossenschaften;
5. Auf dem Gebiet der Erfassung:
 - a) Kontrolle über die Durchführung einer differenzierten Erfassungspolitik bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen entsprechend den Verordnungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik;
 - b) Unterstützung für das weitere Wachstum und Erstarben der staatlichen Erfassungsbetriebe;
6. Überprüfung der Leitungskader des Apparats der örtlichen Organe der Staatsmacht sowie der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen, die auf dem Gebiet von Erfassung, Handel und Versorgung Leitungsfunktionen ausüben; Kontrolle über die Ausbildung und Beförderung politisch zuverlässiger, der demokratischen Neugestaltung Deutschlands ergebener, leistungsfähiger Leiter.

Abteilung für Information

Die Abteilung für Information ist ein Organ der Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission, sie hat die Tätigkeit der Machtorgane, der politischen Parteien und der demokratischen Massenorganisationen zu kontrollieren und sie in ihrem Wirken für die weitere Entfaltung und Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Landes auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu unterstützen. In ihrer Tätigkeit läßt sie sich leiten von den Befehlen und Direktiven der SKK sowie von den Weisungen des Vertreters der SKK im Land.

Der Kontrolle durch die Abteilung für Information unterstehen:

1. der Landtag und alle seine Kommissionen und Fraktionen;
2. die Landesregierung und die Apparate der Ministerien;
3. die Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen, Landräte der Kreise und Oberbürgermeister der Städte;
4. die Landesleitungen der politischen Parteien und deren Organisationen in den Kreisen, Gemeinden und Betrieben;

5. alle Gewerkschaftsorganisationen des Landes;
6. DFD, FDJ, Sportgemeinschaften, Volkssolidarität, Vereinigung der Opfer des Faschismus;
7. alle Lehr- und Erziehungseinrichtungen, die dem Ministerium für Volksbildung unterstehen; Theater, Museen, Bibliotheken, Kulturhäuser und alle anderen Kultur- und Bildungseinrichtungen des Landes;
8. die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft;
9. alle Verlage, Redaktionen und Rundfunkanstalten;
10. die Abteilung für Information der Landesregierung;
11. die Kontrollkommission des Landes;
12. alle religiösen Organisationen;
13. die Komitees des Volkskongresses.²

Hauptaufgaben und Funktionen der Abteilung für Information

1. Kontrolle über die Einhaltung der Potsdamer und der anderen gemeinsamen Beschlüsse der vier Mächte durch die Machtorgane, die politischen Parteien und Massenorganisationen; Kontrolle der gesetzgeberischen Tätigkeit des Landtags, der Tätigkeit der Regierung und der Machtorgane in den Kreisen und Städten;
2. Verhinderung einer Wiederbelebung nazistischer, militaristischer und anderer volksfeindlicher und antidemokratischer Organisationen und ihrer Tätigkeit; Kontrolle und Unterstützung bei der Beseitigung der Überreste nazistischer und militaristischer Ideologie und bei der Verbreitung einer demokratischen, friedfertigen³ Ideologie; Festigung der Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion und Anleitung bei der Propagierung der Errungenschaften der Sowjetunion, ihrer Politik und Kultur;
3. Unterstützung der SED beim Zusammenschluß aller progressiven Kräfte des Landes zum Kampf für die weitere Entwicklung des wirtschaftlichen und politischen Lebens des Landes auf demokratischer und friedlicher Grundlage sowie zur Festigung der demokratischen Reformen, bei der Entlarvung, Isolierung und Zerschlagung der reaktionären Kräfte im Land;
4. Hilfe und Unterstützung für die SED beim Zusammenschluß der Kräfte der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Intelligenz, der kleinen und national gesinnten Bourgeoisie für die Entwicklung und Stärkung der Nationalen Front im Kampf um eine einheitliche, demokratische, friedliebende deutsche Republik, gegen die Kolonialpolitik des angloamerikanischen Imperialismus;
5. Hilfe und Unterstützung der SED bei ihrer Umwandlung in eine echte Partei neuen Typus und Stärkung ihrer Führungsrolle im wirtschaftlichen und politischen Leben des Landes. Unterstützung bei ihrer organisatorischen und ideologischen Festigung;
6. Kontrolle über die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien CDU und LDPD, Verhinderung eines Siegs des reaktionären, antidemokratischen Flügels in ihnen;
7. Kontrolle über die Tätigkeit der NDPD und der DBD, Verhinderung einer Entwicklung dieser Parteien zu Anti-SED-Parteien; Unterstützung dieser Parteien im Kampf um die den bürgerlichen Parteien nahestehenden Massen;

² Die Komitees der Volkskongreßbewegung werden 1950 reorganisiert bzw. umbenannt in Komitees der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

³ Im Original: friedliebenden.

8. Kontrolle und Unterstützung der demokratischen Massenorganisationen FDJ, DFD, Gewerkschaften, VdgB⁴ bei der Erziehung ihrer Mitglieder im demokratischen Geist und im Geiste der Freundschaft zur Sowjetunion, beim Zusammenschluß dieser Kräfte zum Kampf für das Programm der Nationalen Front, für das Regierungsprogramm sowie für die Übererfüllung der Produktionspläne des Landes;
9. Kontrolle über die Tätigkeit der Kulturhäuser der MAS und der Betriebe;
10. Kontrolle über die Tätigkeit religiöser Organisationen und Unterbindung der Versuche reaktionärer Kräfte, die Kirche im Interesse des angloamerikanischen Imperialismus gegen die demokratische Erneuerung Deutschlands auszunutzen;
11. Kontrolle der deutschen Presse, der Verlage und des Rundfunks. Unterstützung dieser Institutionen bei der Erziehung der Massen im demokratischen Geist;
12. Kontrolle über die Tätigkeit der deutschen Schulen, die dem Ministerium für Volksbildung, den Parteien oder den demokratischen Organisationen unterstehen, Kontrolle über die Tätigkeit der Kultur- und Bildungseinrichtungen und Verhinderung des Eindringens und der Wiederbelebung nazistischer und militaristischer Ideologie;
13. Die Hauptaufgabe der Abteilung für Information besteht in der Sammlung von Informationen über die politische Lage im Land, über die Stimmung in den einzelnen Bevölkerungsschichten, den Parteien und Organisationen sowie in der Verallgemeinerung dieser Angaben für die Leitung der SKK und der SED und für die Erarbeitung von Vorschlägen zur Festigung der politischen Situation;
14. Anleitung des Stellvertreters für Information bei den Vertretungen der SKK in den Großstädten.

Abteilung für Verwaltungsfragen

Die Abteilung für Verwaltungsfragen ist ein Organ der Vertretung der SKK; in ihrer Tätigkeit läßt sie sich leiten von den Befehlen und Direktiven der SKK und den Weisungen des Vertreters der SKK im Land.

Der Kontrolle durch die Abteilung für Verwaltungsfragen unterstehen:

1. die Landesbehörde der Polizei mit ihren Einrichtungen;
2. das Justizministerium und das Oberste Gericht des Landes; die Kreisgerichte, die Staatsanwaltschaft und die Gefängnisse;
3. die Abteilung für Gesundheitswesen im Ministerium für Arbeit und Sozialwesen⁵;
4. die Kaderabteilung des Ministeriums des Innern und die Kaderabteilungen der Ministerien;
5. die Feuerwehr.

Hauptaufgaben und Funktionen der Abteilung für Verwaltungsfragen:

1. Kontrolle über die Tätigkeit aller Gattungen der Polizei, Unterbindung aller Versuche reaktionärer Kräfte, die Polizei für antidemokratische und antisowjetische Ziele einzusetzen; Kontrolle und Unterstützung in Fragen der ideologischen Erziehung der Polizeikader im Geiste der Demokratie; Kontrolle über die Lehrprogramme für die Kampf- und die politische Ausbildung und ihre Realisierung;

⁴ Im Original: KKV. Dabei handelt es sich offenbar um eine unübliche Abkürzung für Komitees (Ausschüsse) der gegenseitigen Bauernhilfe.

⁵ Im Original geringfügig andere Bezeichnung.

2. Kontrolle des Standes der Kriminalitätsbekämpfung und des Schutzes der öffentlichen Ordnung, Unterstützung der Polizeiorgane bei der Entlarvung von Diversanten, Schädlingen und Saboteuren;
3. Kontrolle über den Stand der Bewaffnung der Deutschen Volkspolizei, über die Registrierung und Aufbewahrung der Waffen und Munition;
4. Kontrolle über die Organisation des Schutzes der Betriebe der Sowjetischen Aktiengesellschaften und der volkseigenen Betriebe;
5. Überprüfung der Kader aller Gattungen der Polizei und Veranlassung von Maßnahmen durch das Ministerium des Innern zur Säuberung der Polizei von politisch unzuverlässigen Personen, von Gaunern, bestechlichen und moralisch verkommenen Menschen;
6. Kontrolle der Justizorgane: Kontrolle über die weitere Demokratisierung des deutschen Gerichtswesens im Land gemäß den Prinzipien der Demokratie, der Rechtsprechung auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Rechtsgleichheit aller Bürger, ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion; Kontrolle über die Ausbildung der Kader der Gerichte und Staatsanwaltschaften und über ihre richtige Verteilung;
7. Kontrolle des Standes der Kriminalität im Land und Aufsicht über Gerichtsverfahren zu besonders wichtigen Strafsachen (Befehl Nr. 201 der SMAD, Befehl Nr. 161, Befehl Nr. 50 des Kontrollrats – Sabotage, Diversion u.a.⁶);
8. Kontrolle und Untersuchung der gesetzgeberischen Tätigkeit des Landtags zu juristischen Fragen und Information der übergeordneten Organe;
9. Kontrolle über die Tätigkeit der Abteilung für Gesundheitswesen hinsichtlich der weiteren Demokratisierung des Gesundheitswesens; Unterstützung für die Ausdehnung des Netzes von Gesundheitseinrichtungen in den Betrieben;
10. Kontrolle der Maßnahmen zur Bekämpfung und zur Prophylaxe bei Infektions- und sozial bedingten Krankheiten; Kontrolle über die Verwirklichung der medizinischen Aufsicht über die Betriebe der Nahrungsmittelindustrie, über Speicher und Lager;
11. Kontrolle der pharmazeutischen Industrie, Nichtzulassung von Laboratorien, die für militärische Zwecke arbeiten. Kontrolle über die Forschungseinrichtungen;
12. Überprüfung der medizinischen Kader und Unterstützung bei ihrer Erziehung im demokratischen Geist;
13. Kontrolle der von den Machtorganen betriebenen Kaderpolitik, Unterstützung bei der Säuberung des Staatsapparats von antidemokratischen, feindlichen und politisch unzuverlässigen Personen und Auffüllung des Machtapparats von unten; Sammlung von Unterlagen über die leitenden Kader in den Machtorganen, in der Industrie, im Handel und der Landwirtschaft und Beobachtung ihrer Tätigkeit.

Abteilung für Finanzen

Ihrer Kontrolle unterstehen:

1. das Ministerium für Finanzen;

⁶ Befehl Nr. 201 der SMAD vom 16.8.1947, Richtlinien zur Anwendung der Kontrollratsdirektiven Nr. 24 und 38 zur Entnazifizierung; Kontrollratsgesetz Nr. 50 vom 20.3.1947 über die Bestrafung der Entwendung und des rechtswidrigen Gebrauchs zwangsbewirtschafteter Nahrungsmittel und Güter. Einen einschlägigen Befehl Nr. 161 gibt es nicht, offenbar ist gemeint: Befehl Nr. 160 der SMAD vom 3.12.1945 über die Verantwortlichkeit für Sabotage und Diversionsakte.

2. Banken;
3. Versicherungsanstalten.

Die Abteilung für Finanzen übt die Kontrolle aus über Aufstellung und Durchführung des Haushalts des Landes; sie unterstützt das Finanzministerium bei der Aufdeckung zusätzlicher, nicht steuerbedingter Einnahmen und kontrolliert die Erfüllung des Plans der Steuereinnahmen.

Sie kontrolliert das Finanzministerium des Landes und hilft ihm in Fragen der Stärkung der Finanzsituation der volkseigenen Betriebe.

Sie kontrolliert die Tätigkeit der Kreditanstalten und unterstützt über die Banken die Stärkung und Entwicklung des Volks- und des genossenschaftlichen Eigentums. Sie ergreift Maßnahmen, um ein Wiederentstehen der aufgelösten monopolistischen Banken zu verhindern.

Sie kontrolliert die Tätigkeit der Versicherungsanstalt und verhindert die Entstehung privater Versicherungsgesellschaften.

Aufgaben der Vertretung der SKK auf dem Gebiet des Fernmeldewesens

1. Verhinderung des Baus militärischer Fernmeldeanlagen und -objekte: unterirdischer Nachrichtenzentralen, Verstärker für Funkstationen usw.;
2. Unterstützung für die weitere Stärkung und Entwicklung der demokratischen Umgestaltungen in den Organen des Fernmeldewesens;
3. Sicherstellung der technischen Fernmeldeeinrichtungen, die für die Führung der sowjetischen Truppen sowie für die Organe der Sowjetischen Kontrollkommission erforderlich sind;
4. Sorgfältige Prüfung des Leitungspersonals der Organe des Fernmeldewesens;
5. Kontrolle des Zustands und der Erhaltung der hauptsächlichen Funkverbindungen, ebenso der Erdkabel und Telegraphenleitungen, die zur Führung von Truppen der Gruppe⁷ und durch die Organe der Sowjetischen Kontrollkommission bereits genutzt werden oder genutzt werden können;
6. Kontrolle über Umfang und Realisierung von Investbauvorhaben;
7. Kontrolle über die Beachtung der Regeln des internationalen Postverkehrs und des Verkehrs mit den Westzonen Deutschlands sowie über die Einlieferung der Post in die Zentralen der Militärzensur;
8. Kontrolle über die Beachtung der festgelegten Regeln für Briefsendungen, Verhinderung einer Nutzung der Postverbindungen für die Verbreitung reaktionärer Presseerzeugnisse oder anderer nicht zugelassener Briefsendungen.

Die Allgemeine Abteilung, die Unterabteilung für materiell-technische Versorgung, die Finanzverwaltung und die Fernmeldezentrale der Vertretung der SKK für das Land handeln in Übereinstimmung mit den statutenmäßigen Bestimmungen des Kriegsministeriums.

Die Staatsbank und die Konsularabteilung wirken gemäß den sie betreffenden Verordnungen.

Das Parteibüro der Vertretung der SKK handelt entsprechend der Verordnung über die Parteioorganisationen in den Bewaffneten Kräften.

⁷ Gemeint ist die Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland.

Rechte der Vertretung der SKK im Land

Die Vertretung der SKK im Land hat gegenüber den Machtorganen, den politischen Parteien, den Massenorganisationen und Wirtschaftseinheiten ((der DDR)) folgende Rechte:

1. das Recht, Gesetze, Verfügungen und Beschlüsse von Machtorganen, Parteien und Massenorganisationen außer Kraft zu setzen, die dem Potsdamer Abkommen und anderen Abkommen der Alliierten über Deutschland widersprechen;
2. das Recht der Auflösung und des Verbots der Betätigung von Organisationen, Gesellschaften und Bündnissen, die im Untergrund die Politik des Nazismus und Militarismus fortführen, sowie der Auflösung von Monopolvereinigungen;
3. das Recht, in Fragen der Erfüllung der Reparationspläne und der Belieferung sowjetischer Verbraucher an die Landesregierung und die Ministerien Forderungen zu stellen, deren Erfüllung bindend ist;
4. das Recht, von den Regierungsorganen, Wirtschaftseinheiten, politischen Parteien und demokratischen Massenorganisationen Berichte über ihre Tätigkeit, Beschlüsse, von ihnen erlassene Direktiven, statistische Angaben, Stenogramme von Parteitag und Konferenzen, Protokolle und andere Informationsmaterialien zu ihrer Tätigkeit zu erhalten;
5. das Recht, von den politischen Parteien, Massenorganisationen und Religionsgemeinschaften Statuten und Programme anzufordern;
6. das Recht, von allen Schulen und Lehranstalten Unterrichtsprogramme, Lehrpläne und Lehrbücher anzufordern und diejenigen einzuziehen, die dem Potsdamer Abkommen widersprechen;
7. das Recht für Vertreter der SKK, Konferenzen, Beratungen, Versammlungen, Sitzungen und Kundgebungen zu besuchen, die von Machtorganen, politischen Parteien, Massenorganisationen, Fraktionen oder wirtschaftlichen Einrichtungen veranstaltet werden; das Recht, zum Zwecke der Kontrolle Bühnenunternehmen und Lehranstalten zu besuchen;
Die Ordnung für den Besuch solcher Veranstaltungen legt der Vertreter der SKK im Land fest;
8. das Recht, sich vor Ort mit der Tätigkeit jedes Machtorgans, jeder politischen Partei und Massenorganisation, jedes Betriebes und jeder Einrichtung bekannt zu machen
Solche Besuche erfolgen mit Genehmigung des Vertreters der SKK im Land;
9. das Recht der Erteilung von Lizenzen für die Herausgabe deutscher Periodika und das Recht der Zensur entsprechend dem Befehl;
10. das Recht, die Leiter von Machtorganen, politischen Parteien, Massenorganisationen, von wirtschaftlichen Einrichtungen, von Vereinigungen und Verbänden in die SKK zu bestellen.

Die Ordnung der Einladung legt der Vertreter der SKK fest.

Das Recht, den Ministerpräsidenten und den Präsidenten des Landtags einzuladen, haben der Vertreter der SKK und sein Stellvertreter.

Der jeweilige Abteilungsleiter der SKK hat das Recht, den seiner Kontrolle unterstehenden Minister einzuladen.

Das Recht, die Vorsitzenden von Parteien und demokratischen Massenorganisationen einzuladen, haben der Vertreter der SKK, sein Stellvertreter und der Leiter der Abteilung für Information.

Der Stellvertreter des Vertreters der SKK für Wirtschaftsfragen hat das Recht, von den Regierungsorganen zu fordern:

1. die Vorlage der Entwürfe des Volkswirtschaftsplans und der Verteilung der materiellen Ressourcen, der Pläne für die Versorgung der Bevölkerung und den Handel, der Berichte über die Erfüllung der Produktionspläne in der Industrie, in der Landwirtschaft und im Verkehrswesen sowie in Handel und Versorgung;
2. das Verbot von Investbauvorhaben, die in der Titelliste des Jahresplans der Investitionen nicht vorgesehen sind, oder von Vorhaben, für die keine Sondergenehmigung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der übergeordneten Organe der SKK vorliegt; das Verbot der Schließung (Liquidierung) von funktionsfähigen volkseigenen Betrieben, die dem Land unterstehen, wenn es dafür keine Sondergenehmigung der Regierung der Republik oder eine Weisung der SKK in Deutschland gibt.

Anlagen ((zum Entwurf aus Sachsen-Anhalt))

Fragen, bei denen die Vertretung der SKK des Landes Weisungsfunktionen besitzt:

Die Vertretung der SKK des Landes hat bei folgenden Fragen das Recht, der ((Landes))Regierung, den politischen Parteien und Massenorganisationen, den Verbänden und Vereinigungen ((der DDR auf Landesebene)) Weisungen zu erteilen:

1. bei Verletzungen der Potsdamer Beschlüsse und der Abkommen der Alliierten über Deutschland durch die genannten Organisationen;
2. in allen Fragen, die mit der Erfüllung der Reparationspläne und den Lieferungen an sowjetische Verbraucher zusammenhängen;
3. in Fragen der Verhinderung des Wiederauflebens nazistischer, militaristischer, monopolistischer Organisationen, Gesellschaften, Verbände usw.;
4. in Fragen der Verletzung der gesellschaftlichen Ordnung, die für die Interessen der Besatzung und der Deutschen Demokratischen Republik eine Bedrohung darstellen, der Veranlassung von Maßnahmen zur Vereitelung von Provokationen, Diversionsakten und Sabotage, der Beseitigung aufgedeckter antisowjetischer, antidemokratischer, gegen das Volk gerichteter Untergrundorganisationen;
5. in Fragen der Übergabe der Briefpost an die Zentren der Militärzensur und der Bereitstellung von Nachrichtenverbindungen für die Gruppe der Truppen und die Organe der SKK.

Fragen, die sich vollständig in der Kompetenz der Machtorgane, der politischen Parteien und demokratischen Massenorganisationen ((der DDR)) befinden:

1. Ausarbeitung und Annahme von Gesetzen durch den Landtag und Erlaß von Verordnungen durch die Regierung zu allen Fragen des wirtschaftlichen, politischen, sozialkulturellen Lebens und der Arbeitsgesetzgebung;
2. Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne, der Pläne für Investitionen und die Verteilung der materiellen Ressourcen, der Haushaltsvorhaben und des Kreditplans sowie der Pläne zur Versorgung der Bevölkerung; Operative Leitung bei der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne für sozialkulturelle Vorhaben und Kontrolle über deren Durchführung;
3. Leitung der Machtorgane auf Kreis und Gemeindeebene;
4. Verteilung der Posten in den Regierungsorganen;
5. das interne Leben der politischen Parteien und demokratischen Massenorganisationen, Gesellschaften, Verbände und Komitees; Erarbeitung und Annahme von Pro-

grammen, Statuten, Beschlüssen, Entschließungen und Appellen durch diese Organisationen.

Verzeichnis der Dokumente, die dem Apparat der Vertretung der SKK im Land durch die deutschen Regierungsorgane vorzulegen sind:

1. Planentwürfe und bestätigte Pläne für die dem Land unterstehende industrielle Produktion und Abrechnungen zu diesen Plänen für die einzelnen Zweige nach vorgegebener Erzeugnismomenklatur, wobei die volkseigenen Betriebe gesondert aufzuführen sind;
2. Investitionsplanentwürfe und -pläne nach Volkswirtschaftszweigen, Titellisten für Überlimitvorhaben und Unterlimitvorhaben und Berichte über ihre Ausführung;
3. Planentwürfe und bestätigte Pläne für die auf die Arbeit bezüglichen Kennziffern nach Zweigen für die volkseigenen Betriebe des Landes;
4. Anforderungen zur materiellen Sicherstellung des Produktionsplans, der Pläne zur Verteilung der bewirtschafteten Materialien, Rohstoffe und Fertigerzeugnisse und Abrechnungen zu diesen Plänen nach Zweigen und nach Erzeugnismomenklatur;
5. Produktions- und Finanzpläne der Volksgüter und Abrechnungen dazu;
6. Pläne und Abrechnungen über die Erfassung und Abfuhr von Holz;
7. Jahrespläne für die Arbeiten zur Aussaat und Ernte und für die Entwicklung der Viehzucht und Abrechnungen dazu;
8. Pläne und Abrechnungen zur Erfassung und zum Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse
9. Bericht über die Bereitstellung von Waren für Kontingente sowjetischer Abnehmer;
10. Bericht über die Versorgung der Bevölkerung mit Waren entsprechend den Lebensmittel- und den Punktkarten;
11. Bericht über die Erfüllung des Plans des Warenumsatzes im Handelsnetz;
12. Aufstellung zur Erfüllung des Plans der Besteuerung und zu den Rückständen;
13. Angaben über die Reste an Verbindlichkeiten und kurzfristigen Schuldverpflichtungen bei den Kreditanstalten des Landes;
14. Angaben über ausgereichte kurzfristige Kredite, bezogen auf einzelne Objekte der Kreditierung;
15. Finanzpläne der Kreditbank und der Versicherungsanstalt.

Anmerkungen:

- 1) Die Berichtsbögen müssen im Sinne ihrer Vereinfachung revidiert werden.
- 2) Die Termine für die Vorlage der Berichte sollten übereinstimmen mit den Terminen, zu denen die Länder bei der Regierung der Republik Bericht zu erstatten haben.

1. Zu den Machtorganen

- a) stenografische Protokolle der Plenarsitzungen des Landtags;
- b) Tagesordnung und Beschlüßentwürfe zu allen Fragen acht Tage vor der Sitzung des Landtags;
- c) Tagesordnungen der Fraktionssitzungen fünf Tage vor deren Einberufung;
- d) Sitzungsprotokolle der Kommissionen des Landtags nach Bedarf;
- e) Protokolle der Kabinettsitzungen ein Tag nach ihrem Stattfinden;
- f) Quartalspläne für die Tätigkeit der Regierung;
- g) Monatsberichte über die Tätigkeit der Landeskontrollkommission;

- h) Bestand der Kader, die in den Regierungsorganen arbeiten, und die Pläne für Umbesetzungen monatlich;
- i) alle Materialien, die die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen zu den Machtorganen betreffen, einen Monat vor ihrer Veröffentlichung;
- j) Unterlagen über Verletzungen der Potsdamer Beschlüsse und der Reparationsverpflichtungen sofort nach ihrem Bekanntwerden.

2. Zu den Parteien und Massenorganisationen

- a) statistische Quartals- und Monatshauptberichte fünf Tage nach Ablauf des betreffenden Zeitraums;
- b) stenografische Berichte von Tagungen und Konferenzen zwei Tage nach ihrer Durchführung;
- c) Protokolle und Beschlüsse der Plenarsitzungen der Landesleitungen zwei Tage nach deren Stattfinden;
- d) Direktiven (deren Kopien), die in die Kreis- und die Ortsorganisationen versandt werden gleichzeitig mit ihrem Versand;
- e) Arbeitspläne monatlich; Lehrpläne und -programme sieben Tage vor der Veranstaltung;
- f) Flugblätter, Plakate, Broschüren, Informationsblätter eine Woche vor ihrer Herausgabe;
- g) Charakteristiken und Angaben über die Leitungskader nach Bedarf; die Pläne für Umbesetzungen monatlich;
- h) Berichte und Einzeltatsachen über Verletzungen der Potsdamer Beschlüsse, über anti-sowjetische Anschläge, über die Tätigkeit faschistischer Elemente unmittelbar nachdem die Parteien und Organisationen davon Kenntnis erhalten haben;
- i) Unterlagen über die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in den Parteien und Organisationen (die Vorlagetermine werden in jedem Einzelfall festgelegt);
- j) Unterlagen über die Teilnahme an der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den Regierungsorganen (wird gesondert festgelegt).

Quelle: AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 6, listy 429–452.

Dokument 5

Entwurf

**Statut der Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission in
Deutschland für das Land ((Sachsen))**

[Auszüge]

Allgemeine Bestimmung

Im Zusammenhang mit der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik und der Auflösung der Organe der Sowjetischen Militäradministration wurde für die Kontrolle des Potsdamer Abkommens und der anderen Vereinbarungen der Alliierten über Deutschland sowie der Verpflichtungen, die die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik übernommen hat, die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland mit entsprechenden Vertretungen in den Ländern und Städten geschaffen.

Die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland mit ihren Vertretungen ist ein Organ der Regierung der UdSSR zur Kontrolle über die Verwirklichung der genannten Abkommen und Verpflichtungen.

Der Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission für das Land untersteht unmittelbar dem Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland und läßt sich in seiner Tätigkeit von dessen Befehlen, Verfügungen und Weisungen leiten.

**Hauptaufgaben der Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission
für das Land**

1. Kontrolle der weiteren Demokratisierung aller staatlichen Organe, Parteien und gesellschaftlichen Organisationen der Deutschen Demokratischen Republik;
2. Systematische Beobachtung und Analyse der politischen und wirtschaftlichen Situation in den Kreisen des Landes, Verfolgung des Geschehens und rechtzeitige Information der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland und deren Organen;
3. Kontrolle der Reparationslieferungen der Industriebetriebe an die Sowjetunion und andere Länder entsprechend den festgelegten Lieferplänen;
4. Kontrolle über die Einhaltung des Besatzungsregimes durch die deutsche Bevölkerung sowie der militärischen Ordnung von seiten der Truppenteile und sowjetischen Einrichtungen in den Garnisonen;
5. Unterstützung der örtlichen deutschen Organe in Fragen der Versorgung der auf dem Territorium des Landes stationierten Truppenteile und sowjetischen Einrichtungen.

Rechte der Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission für das Land

1. Die Vertretung der SKK in den Städten des Landes hat gegenüber den örtlichen Staatsorganen, den Parteien und gesellschaftlichen Organisationen das Recht:
 - a) notwendiges Informationsmaterial anzufordern zu Fragen der Demokratisierung, der Einhaltung des Besatzungsregimes und der Lieferungen für die sowjetischen Truppenteile und Einrichtungen, die sich in der jeweiligen Stadt und im Land befinden;

- b) Vertreter der örtlichen Behörden, der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen zur Übergabe entsprechender Weisungen zu sich zu bestellen;
 - c) nach Bedarf ihre Vertreter zu den Behörden, Parteien und gesellschaftlichen Organisationen zu entsenden, damit sie eine unmittelbare Kontrolle ausüben können, indem sie sich mit den Dokumenten und der Lage vor Ort bekannt machen;
 - d) in Fällen der Verletzung des Potsdamer und anderer Abkommen der Alliierten, aber auch von Regierungsverordnungen und Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik setzt der Vertreter der SKK in der Stadt die von den Behörden, Parteien oder gesellschaftlichen Organisationen gefaßten Beschlüsse nicht außer Kraft, empfiehlt diesen aber, entsprechende Korrekturen vorzunehmen, und erstattet darüber unverzüglich der SKK in Deutschland Bericht.
2. In Fragen der Sicherung der Reparationslieferungen hat die Vertretung der SKK für das Land das Recht:
- a) mit den Industriebetrieben, die Reparationslieferungen ausführen, direkte Verbindung aufzunehmen und die Industriegüterproduktion dieser Betriebe hinsichtlich Kosten, Lieferfristen und Qualität zu kontrollieren;
 - b) den Industriebetrieben Unterstützung zu gewähren und ihnen Ratschläge und Empfehlungen zur Erfüllung des Plans der Reparationslieferungen zu geben;
 - c) nach Bedarf Vertreter der Lieferfirmen und der Zulieferer zu sich zu bestellen, um Fragen der Reparationslieferungen zu koordinieren;
 - d) von den Industriebetrieben, die Reparationslieferungen ausführen, schriftliche Berichte anzufordern über die Erfüllung der Aufträge zu den Terminen und in den Formen, die von der Vertretung der SKK in Deutschland verlangt werden.
3. Die Beziehungen der Vertretung der SKK für das Land zu den Kommandos der militärischen Garnisonen, Truppenteile und -verbände beruhen auf folgenden Grundlagen:
- a) Die Vertretung der SKK für das Land mischt sich in die Funktionen des Kommandos nicht ein und hilft diesem bei der Befriedigung des täglichen Bedarfs, sie ist das Verbindungsglied zu den örtlichen deutschen Behörden.
 - b) In Fragen der Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung gegenüber der deutschen Bevölkerung sowie bei Eingaben der letzteren ergreift die Vertretung über das Kommando der Armee, des Verbandes, des Truppenteils oder den Militärkommandanten vor Ort die entsprechenden Maßnahmen und erstattet gleichzeitig der SKK in Deutschland Bericht.

Schema der Wechselbeziehungen mit den deutschen Behörden

1. Die Vertretung der SKK für das Land hat das Recht, den örtlichen deutschen Behörden sowie den Parteien und gesellschaftlichen Organisationen und den Industriebetrieben, die für Reparationslieferungen arbeiten, folgende verbindliche Weisungen zu erteilen:
 - a) verbindliche Weisungen übergeordneter Organe der Sowjetischen Kontrollkommission;
 - b) Weisungen, die sich aus den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz und anderen Beschlüssen der Alliierten oder aus den Verordnungen der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ergeben;

- c) Weisungen, die die Erfüllung des Plans der Reparationslieferungen betreffen;
 - d) Weisungen, die die Vorlage von Informationsmaterialien und Berichten durch die deutschen Staatsorgane, Parteien und gesellschaftlichen Organisationen sowie die für Reparationslieferungen arbeitenden Industriebetriebe betreffen.
2. Die Vertretung der SKK behält gegenüber den deutschen Staatsorganen, Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Industriebetrieben in folgenden Fragen lediglich Kontrollfunktionen:
- a) bei allen Grundsatzentscheidungen der Stadtparlamente und Kreistage, der Stadt- und Kreisleitungen der Parteien, der Leitungen der gesellschaftlichen Organisationen;
 - b) hinsichtlich der Zulieferer für Industriebetriebe, die für Reparationslieferungen verantwortlich sind;
 - c) hinsichtlich der Versorgung der Industrieeinheiten, die Reparationsaufträge ausführen, mit Rohstoffen und Halbfabrikaten;
 - d) hinsichtlich der rechtzeitigen Aufschlüsselung der Pläne für die Industriebetriebe, die Reparationsaufträge ausführen;
 - e) hinsichtlich der Preise, Liefertermine und der Qualität der als Reparationsleistungen gelieferten Erzeugnisse;
 - f) über die Arbeit der Militärbetriebe der Gruppe der Truppen und der Abnahmebeauftragten für die Reparationslieferungen;
 - g) über die Industrieabteilungen der Stadtverwaltungen und Landratsämter hinsichtlich der Erfüllung der verbindlichen Lieferpläne von Industrieerzeugnissen;
 - h) hinsichtlich der Ausgabe von Pässen durch die Polizei in Berlin und in besonderen Sperrgebieten;
 - i) bei Fragen der Entmilitarisierung und des Rüstungspotentials;
 - j) bei der Erfassung des Offiziersbestandes der ehemaligen deutschen Armee.
3. Fragen, die in die Kompetenz der deutschen Regierungsorgane des Landes zu übergeben sind:
- a) Fragen der Volksbildung und Schulreform
 - b) Fragen der Kultur, der Kunst und des Sports
 - c) Gesundheitswesen
 - d) Finanzen, Banken und Steuern
 - e) Fragen der Landwirtschaft und der Bodenreform
 - f) Erfassung, Handel und Versorgung der Bevölkerung
 - g) Tätigkeit der Staatsanwaltschaften und Gerichte
 - h) Arbeit der Polizei
 - i) Ansiedlung von Umsiedlern und Kriegsgefangenen und deren Versorgung mit Arbeit
 - j) Fragen des deutschen Fernmeldewesens
 - k) Fragen der kommunalen Wirtschaft und Energieversorgung
 - l) Fragen der Lenkung der Arbeitskräfte
 - m) Kontrolle der Erfüllung des Befehls Nr. 234 des Obersten Chefs der SMAD¹
 - n) Fragen des städtischen und regionalen Verkehrs

¹ Befehl Nr. 234 vom 9.10.1947 „Über Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten der Industrie und des Verkehrswesens“.

Die Bestimmung, Aufgaben, Rechte, Verpflichtungen und Arbeitsmethoden der Vertretungen in den Städten sind denen der Vertretung für das Land analog.

Die Vertretungen der SKK in den Städten unterstehen unmittelbar der Vertretung der SKK in Deutschland für das Land und lassen sich in ihrer Tätigkeit leiten von deren Befehlen, Anordnungen, Verfügungen und Weisungen.

Die Vertreter der SKK in den Städten kontrollieren auf Weisung des Vertreters der SKK für das Land außer ihrer Stadt die umliegenden Landkreise in allen Fragen, die mit der Erfüllung der der Sowjetischen Kontrollkommission gestellten Aufgaben zusammenhängen, und informieren rechtzeitig den Vertreter der SKK für das Land.

[...]²

Satzung über die Tätigkeit der Abteilung für Information bei der Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland für das Land Sachsen

Die Abteilung für Information ist ein Organ der politischen Kontrolle und der politischen Information im Land. Zu den Aufgaben der Abteilung gehört die Kontrolle darüber, wie die deutschen Organe, Parteien und gesellschaftlichen Organisationen die Bestimmungen der Potsdamer Konferenz und der anderen vierseitigen Abkommen über die Demokratisierung Deutschlands einhalten, zudem hat sie darüber zu wachen, daß von dieser Seite keine Maßnahmen ergriffen werden, die den genannten Bestimmungen widersprechen.

Die Abteilung für Information untersteht dem Vertreter der SKK im Land, in operativer Hinsicht dem Leiter der Abteilung für Information der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland.

Zu den Aufgaben der Abteilung für Information gehört:

1. das Studium der politischen Lage im Land, Vorlage entsprechender Informationen beim Vertreter der SKK im Land und bei der Abteilung für Information der SKK in Deutschland;
2. die Beobachtung und Kontrolle der Tätigkeit der bürgerlichen³ und der neuen Parteien⁴, des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien, der demokratischen gesellschaftlichen Organisationen, der Ausschüsse der Nationalen Front im Land, der Presse und des Rundfunks des Landes und Information darüber;
3. die Beobachtung der Tätigkeit des Landtags und seiner Fraktionen, des Kabinetts der Minister, der Landeskontrollkommission, des Ministeriums für Volksbildung, der Theater, Kinos, Bibliotheken, Museen und der übrigen Kultureinrichtungen, der Kirchen und religiösen Sekten und Information darüber;
4. das Studium der Situation der SED und Kontrolle ihrer Tätigkeit, Information darüber, Aufrechterhaltung einer ständigen Verbindung zwischen dem Apparat der Vertretung der SKK im Land und der Landesleitung der SED, Beratung mit der Landesleitung der SED über die politische Lage im Land, die Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisationen, der Regierung und des Landtags, Ergreifung von Maßnahmen mit Zustimmung des Vertreters der SKK im Land oder des Leiters der Abteilung für

2 Im Entwurf aus Sachsen sind Bestimmungen über die Tätigkeit aller Abteilungen der Landesvertretung enthalten. Hier wird der Abdruck beschränkt auf die Abteilung für Information.

3 Gemeint sind CDU und LDP.

4 Gemeint sind DBD und NDPD.

Information der SKK in Deutschland über die Landesleitung der SED. Kontrolle über die Tätigkeit der Abteilung für Information bei der Landesregierung und Verbindung mit ihr;

5. die Organisation der Propagierung der Sowjetunion durch sowjetische Menschen; Kontrolle, Unterstützung und Anleitung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Kontrolle und Anleitung der Propagierung der Sowjetunion durch die deutschen Verwaltungsorgane, Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, durch Presse und Rundfunk des Landes. Kontrolle, Unterstützung und Anleitung der politischen Arbeit in den Betrieben der Sowjetischen Aktiengesellschaften;
6. die Anleitung der Stellvertreter der Bevollmächtigten der SKK für Information in den Städten des Landes; die Organisation einer speziellen Schulung der Mitarbeiter für Information; die Information der Mitarbeiter der SKK im Land über die innenpolitische Lage in Deutschland und im Land.

Die Abteilung für Information hat folgende Rechte:

1. Die Abteilung für Information hat das Recht, von den Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, vom Präsidium des Landtags, vom Kabinett, vom Ministerium für Volksbildung, von den Redaktionen der Zeitungen und den Kultureinrichtungen notwendige Informationen zu deren Tätigkeit, ihrer organisatorischen Situation, zur Umsetzung und Beförderung von Kadern sowie zu Einzelfragen, die die Abteilung interessieren, anzufordern.
2. Erforderlichenfalls hat sie das Recht, mit Zustimmung des Vertreters der SKK für das Land die Realisierung einzelner organisatorischer, politischer oder propagandistischer Maßnahmen sowie die Umsetzung oder Beförderung von Kadern in den bürgerlichen und den neuen Parteien vorübergehend auszusetzen; zudem hat sie das Recht, mit Zustimmung des Vertreters der SKK für das Land und mit Erlaubnis der Abteilung für Information der SKK in Deutschland von den Landesleitungen der bürgerlichen und der neuen Parteien die Ablösung einzelner Funktionäre dieser Parteien zu fordern, die eine den Potsdamer Beschlüssen zuwiderlaufende Politik betreiben.
3. In sehr dringenden Fällen, bei denen es um die Wahrung militärischer und staatlicher Geheimnisse geht, hat die Abteilung das Recht, nach Abstimmung mit dem Vertreter der SKK im Land über die entsprechenden deutschen Organe administrative Handlungen zu veranlassen (beispielsweise die Beschlagnahmung der Auflage einer Zeitung).
4. Gegenüber der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sowie hinsichtlich der Propagierung der Sowjetunion und der politischen Arbeit in den Betrieben der SAG hat die Abteilung das Recht, Informationen einzuholen, diese Tätigkeit anzuleiten und der Gesellschaft, den SAG-Betrieben und den Organisationen, die sich mit der Propagierung der Sowjetunion beschäftigen, in ihrer Arbeit zu helfen.
5. Die Mitarbeiter der Abteilung haben das Recht, zur Sammlung von Informationen alle Konferenzen, Sitzungen, Versammlungen, Beratungen und Kulturveranstaltungen der deutschen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Verwaltungs- und Wirtschaftsorgane sowie Unterrichtsveranstaltungen in deutschen politischen und allgemeinbildenden Schulen und Zirkeln zu besuchen.
6. Die Mitarbeiter der Abteilung stehen in Verbindung mit den entsprechenden Abteilungen der Landesleitung der SED, und zwar mit dem Ziel, Informationen zu er-

halten, Meinungen auszutauschen und nach Weisung des Leiters der Abteilung die erforderlichen Ratschläge zu erteilen.

Funktionen der Mitarbeiter der Abteilung

Der Abteilungsleiter hat die allgemeine Leitung der Abteilung inne, koordiniert die Arbeit der Referenten, leitet die Stellvertreter für Information bei den Vertretern der SKK in den Städten an, ist verantwortlich für die Erziehung der Mitarbeiter der Informationsorgane des Landes sowie für die Erfüllung der der Abteilung übertragenen Aufgaben.

Die Referenten für die SED studieren die ideologische und organisatorische Situation der SED, ihre Kader, die Arbeit ihrer Parteiorgane und -organisationen, die Komitees des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und die Ausschüsse der Nationalen Front; sie stehen in Verbindung zur Landesleitung und zum Landessekretariat der SED, legen dem Abteilungsleiter Informationen, Schlußfolgerungen und Vorschläge zur Arbeit der SED, des Blocks und der Nationalen Front vor, beraten diese Fragen in dessen Auftrag mit den Sekretären, Abteilungsleitern und anderen verantwortlichen Mitarbeitern der Landesleitung der SED und organisieren die Verbindung anderer Mitarbeiter der Abteilung und des Apparats der Vertretung der SKK im Land zur Landesleitung der SED. Sie haben das Recht, alle erforderliche Information zur Tätigkeit der SED, des Blocks und der Ausschüsse der Nationalen Front im Land zu erhalten, alle Konferenzen, Versammlungen, Sitzungen und Beratungen der SED, des Blocks und der Nationalen Front zu besuchen und deren Tätigkeit auf Landesebene wie vor Ort persönlich zu studieren.

Die Referenten für die bürgerlichen Parteien⁵ studieren die organisatorische und politische Situation der bürgerlichen Parteien, die Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien sowie zwischen ihnen, ihre Arbeit mit den Massen; sie üben die Kontrolle aus über die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien, über Auswahl und Einsatz der Parteikader, über die Arbeit der Parteipresse, der Fraktionen in den Selbstverwaltungsorganen und der Vertreter im Block; sie stehen in Verbindung zu den Landesleitungen; sie haben das Recht, notwendige Informationen zu erhalten, Parteiorgane, Konferenzen, Versammlungen und Sitzungen zu besuchen, Vorinformationen über Maßnahmen der Parteien sowie über die Umsetzung und Beförderung von Kadern zu erhalten, die Verwirklichung dieser Vorhaben erforderlichenfalls bis zur Abstimmung mit den übergeordneten Organen der SKK auszusetzen, Grundsatzreferate und Entschließungsentwürfe zum vorherigen Studium vorgelegt zu bekommen, in Abstimmung mit der Abteilung für Information der SKK in Deutschland Einspruch zu erheben gegen offenkundig reaktionäre Referenten und Kandidaten für Parteiorgane und in Abstimmung mit dem Leiter der Abteilung den Landesleitungen Ratschläge zu erteilen.

Der Referent für die neuen Parteien⁶ studiert die organisatorische und politische Situation sowie die Tätigkeit der neuen Parteien, kontrolliert ihr Wachstum, ihre Kampagnen, ihre Arbeit im Block und in der Nationalen Front, ihre Beziehungen zur SED und zu den bürgerlichen Parteien, die Umsetzung und Beförderung von Kadern, er hält die Verbindung zu den Landesleitungen; er hat das Recht, die erforderlichen Informationen über den Stand und die Arbeit der Parteien zu erhalten, Parteiorgane, Versammlungen, Konferenzen und Sitzungen zu besuchen; in Abstimmung mit dem Leiter der Abteilung und den übergeordneten Informationsorganen gibt er den Landesleitungen Ratschläge, über-

⁵ Gemeint sind CDU und LDPD.

⁶ Gemeint sind DBD und NDPD.

prüft ihre Befolgung, nötigenfalls setzt er sich über den Referenten für die SED mit der Landesleitung der SED in Verbindung, damit diese auf die neuen Parteien einwirkt.

Der Referent für Propaganda studiert Richtung und Stand der Massenagitation unter der Bevölkerung, die Parteischulung in der SED, die Arbeit der Parteischulen und Zirkel zum Studium der Geschichte der KPdSU(B) sowie die Tätigkeit der SED-Kader für Propaganda; er hält die Verbindung zu den Abteilungen für Parteischulung und für Massenagitation in der Landesleitung der SED; organisiert die Propagierung der Sowjetunion durch sowjetische Menschen, kontrolliert und lenkt die Propagierung der Sowjetunion durch deutsche Organe, Parteien und gesellschaftliche Organisationen, durch Rundfunk und Presse (in bezug auf letztere gemeinsam mit dem Referenten für die Presse); zur Information des Abteilungsleiters und der übergeordneten Organe verallgemeinert er den Stand der Massenagitation im Land insgesamt und der propagandistischen Tätigkeit in der SED. Er hat das Recht, entsprechende Informationen von den Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und der Informationsabteilung der Regierung einzufordern, Versammlungen, Parteischulen, Zirkel und Schulungsabende zu besuchen und Ratschläge zu geben für die Propagierung der Sowjetunion und der Geschichte der KPdSU(B).

Der Referent für die Presse übt die Kontrolle aus über die Presse und die Verlagstätigkeit im Land, er kontrolliert, ob die Richtung der Presse mit dem Potsdamer und den anderen vierseitigen Abkommen über Deutschland vereinbar ist, weiter die Verbreitung von Periodika und Büchern und die Beachtung von Militär- und Staatsgeheimnissen in der Presse; zusammen mit dem Referenten für Propaganda leitet er die Propagierung der Sowjetunion in der Presse an. Er hat das Recht, alle im Land herausgegebenen Periodika und Bücher, Verlagspläne, die monatlichen Themenpläne der Redaktionen sowie Berichte über die Verbreitung der Presse zu erhalten und kann über den Abteilungsleiter bei der Abteilung für Information der SKK in Deutschland vorstellig werden, um Repressionsmaßnahmen gegen Redaktionen und Verlage zu erwirken, die die Prinzipien des Potsdamer Abkommens verletzen oder Militär- bzw. Staatsgeheimnisse nicht beachten.

Die Referenten für die gesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaften, FDJ, DFD, VdGB, VVN) studieren die organisatorische und politische Situation und kontrollieren die erzieherische, politische und wirtschaftliche Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisationen, sie überprüfen die Kader und sichern über die Landesleitung der SED die Besetzung der führenden Posten in den gesellschaftlichen Organisationen mit den progressivsten, leistungsfähigsten Funktionären; sie legen Informationen vor über die Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisationen, sie halten die Verbindung zu den Landesleitungen der gesellschaftlichen Organisationen, zu den Abteilungen Arbeit und Sozialpolitik, Frauen, Landwirtschaft und Industrie der Landesleitung der SED und über den Referenten für die SED zum Landessekretariat der SED. Die Referenten für die Gewerkschaften wenden besondere Aufmerksamkeit auf das Studium der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung. Der Oberreferent für gesellschaftliche Organisationen verfolgt die Tätigkeit der Kirchen und religiösen Sekten. Die Referenten haben das Recht, bei den gesellschaftlichen Organisationen die notwendigen Informationen anzufordern, deren Versammlungen und Sitzungen zu besuchen und mit Zustimmung des Leiters der Abteilung über die Landesleitung der SED Empfehlungen und Ratschläge zur Verbesserung der Arbeit der Massenorganisationen zu geben.

Der Referent für Kultur kontrolliert, unterstützt und lenkt die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, kontrolliert den Kulturbund, verfolgt die Tätigkeit der Theater, Varietés, Kinos und Zirkusse; er unterstützt und leitet die deutschen Organisationen

bei der Propagierung der sowjetischen Kultur an; er verfolgt die Tätigkeit hervorragender Repräsentanten von Kultur und Kunst und hält die Verbindung zur Abteilung Kultur und Erziehung der Landesleitung der SED, zu den Landesleitungen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und des Kulturbunds sowie zur Abteilung für Information bei der Regierung. Er hat das Recht, die erforderlichen Informationen über das kulturelle Leben der deutschen Organe zu erhalten, der Leitung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Ratschläge und Empfehlungen zu geben und die entsprechenden deutschen Organe bei der Propagierung der sowjetischen Kultur zu beraten.

Der Referent für die örtlichen Machtorgane verfolgt die gesetzgeberische und exekutive Tätigkeit des Landtags, der Regierung und der örtlichen Selbstverwaltungsorgane, analysiert und verallgemeinert die Tätigkeit des Landtags und des Kabinetts, verfolgt die Tätigkeit der Landeskontrollkommission, der Minister, der verantwortlichen Mitarbeiter der Regierung und der Abgeordneten des Landtags, hält die Verbindung zur Abteilung Kommunalpolitik der Landesleitung der SED und über den Referenten für die SED zum Landessekretariat der SED. Er hat das Recht, von den deutschen Selbstverwaltungsorganen die notwendigen Angaben über ihre Tätigkeit und die Vorlage in Vorbereitung befindlicher Gesetze, Verordnungen und Verfügungen zu fordern und an den Plenarsitzungen des Landtags teilzunehmen.

Der Referent für die SAG verfolgt die Stimmung der Arbeiter und Angestellten in den SAG-Betrieben, die politische Arbeit, die Tätigkeit der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen sowie die Beziehungen zwischen den Generaldirektionen dieser Betriebe und den deutschen Arbeitskollektiven; er gewährt Hilfe bei der Propagierung der Sowjetunion und für die Tätigkeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den SAG-Betrieben; er übt Kontrolle aus über die Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung und über die Beziehungen zwischen Verwaltung und Arbeitskollektiv in den Betrieben sowjetischer Militäreinrichtungen. Er hat das Recht, Betriebe zu besuchen, Informationen zu den obengenannten Fragen einzuholen und Ratschläge und Empfehlungen zu geben, wie die politische Arbeit in den SAG-Betrieben zu verbessern ist.

Der Referent für Volksbildung wacht über die Einhaltung des Gesetzes über die demokratische Schule und die vollständige Beseitigung nazistischer und militaristischer Doktrinen in den Schulen, er kontrolliert die Tätigkeit des Ministeriums für Volksbildung und Hochschulen, unterstützt die Propagierung der sowjetischen Pädagogik und der Erfahrungen der sowjetischen Schule, er hält Verbindung zur Abteilung Kultur und Erziehung der Landesleitung der SED und stellt Informationen zu Fragen der Volksbildung zusammen. Er hat das Recht, von den deutschen Organen der Volksbildung die erforderlichen Informationen zu erhalten, an Tagungen und Konferenzen zur Volksbildung teilzunehmen und sich mit der Lehr- und Erziehungstätigkeit in den Bildungseinrichtungen persönlich bekannt zu machen.

Die Referenten für Information beschäftigen sich mit dem allgemeinen Studium der politischen Situation im Land und bereiten dazu für den Abteilungsleiter Informationen auf, zudem stellen sie alle Informationen zusammen, die allgemeine Fragen der Abteilung betreffen. Sie haben das Recht, von den Zeitungsredaktionen, der Informationsabteilung der Regierung und den Referenten der Abteilung für Information der Vertretung der SKK im Land die notwendigen Informationen zu erhalten.

Arbeitsmethoden der Abteilung für Information

1. Studium von Berichten, Referaten und anderen Informationsmaterialien über die Tätigkeit der Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Verwaltungsorgane;

2. Studium von Protokollen, Stenogrammen, Entschliefungen und anderen Dokumenten von den Sitzungen des Landtags, der Regierung, von Konferenzen, Tagungen, Versammlungen und Beratungen der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen;
3. Studium der politischen Lage im Land, der Stimmung der Bevölkerung, der Arbeit der Verwaltungs- und Wirtschaftsorgane sowie der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen anhand der Presse;
4. Besuch öffentlicher und nichtöffentlicher Versammlungen, Konferenzen, Tagungen, Sitzungen und Beratungen der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, der Verwaltungs- und Regierungsorgane;
5. Persönliche Gespräche mit den führenden Funktionären der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, der Regierung, des Landtags, der örtlichen Selbstverwaltungsorgane, und zwar mit dem Ziel, Informationen zu erhalten und mit Zustimmung des Abteilungsleiters eigene Bemerkungen und Vorschläge zu machen;
6. Erarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeit der gesellschaftlichen Organisationen, der Regierung, des Landtags, des Ministeriums für Volksbildung und mit Zustimmung des Vertreters der SKK für das Land Realisierung dieser Vorschläge über die Landesleitung der SED;
7. Erarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeit der SED und deren Vorlage in der Abteilung für Information der SKK in Deutschland mit dem Ziel, sie über den Zentralvorstand der SED zu realisieren;
8. Referate, Lektionen und Konsultationen in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sowie auf Einladung von deutschen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Wirtschafts- und Verwaltungsorganen.

Berichterstattung der Abteilung für Information

1. Die Abteilung für Information bei der Vertretung der SKK für das Land legt der Abteilung für Information der SKK in Deutschland zum 3. des jeweils folgenden Monats die Monats-, Quartals-, Halbjahres- und Jahresberichte vor über die Arbeit der Abteilung, die Tätigkeit der politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen sowie über die politische Lage im Land.
2. In Übereinstimmung mit dem Plan der Meldungen und Berichte der Abteilung für Information der SKK in Deutschland legt die Abteilung thematische Berichte zu einzelnen Fragen der Arbeit vor.
3. Informationen über Feindtätigkeit, große politische Aktionen, Reaktionen auf wichtige politische Ereignisse werden unmittelbar nach ihrem Eingang in der Abteilung der Abteilung für Information der SKK in Deutschland übermittelt.
4. Einmal im Monat wird eine Analyse der Tätigkeit der Regierung vorgelegt, Berichte über die Sitzungen des Landtags sind nach jeder Sitzung vorzulegen.
5. Einmal im Monat ist bei der Abteilung für Volksbildung der SKK in Deutschland ein Bericht über die Situation in der Volksbildung und die Arbeit der Schulen einzureichen.

Quelle: AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 6, listy 345–388, Auszüge listy 345–350, 372–380.

Entwurf

Geheim

Statut der Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland für das Land Thüringen

I. Allgemeine Bestimmung

1. Die Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission für das Land Thüringen untersteht dem Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland und läßt sich in ihrer Tätigkeit leiten von den Befehlen und Direktiven, die vom Vorsitzenden der SKK in Deutschland, sowie von den Verfügungen, die in dessen Namen erlassen wurden.
2. Der Vertreter der SKK für die Stadt Erfurt untersteht dem Vertreter der SKK in Deutschland für das Land Thüringen und läßt sich in seiner Tätigkeit leiten von den Befehlen, Direktiven, Verfügungen und Instruktionen des Vorsitzenden der SKK in Deutschland und des Vertreters der SKK in Deutschland für das Land Thüringen.

II. Hauptaufgaben

3. Die Vertretung der SKK in Deutschland für das Land Thüringen hat folgende Hauptaufgaben:
 - a) [Sie] sichert in Thüringen die Erfüllung der in den Abkommen zwischen den Alliierten festgelegten Besatzungsaufgaben.
 - b) [Sie] übt die Kontrolle aus über die Einhaltung des Potsdamer und der anderen gemeinsamen Abkommen der Alliierten über Deutschland.
 - c) [Sie] fördert die weitere Entwicklung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik und des Landes Thüringen auf demokratischer und friedlicher Grundlage.
 - d) [Sie] gewährleistet die Erfüllung der Verpflichtungen zu Reparationslieferungen sowie die Deckung der Besatzungskosten durch die Regierung Thüringens.
 - e) [Sie] prüft die wirtschaftliche und politische Lage in Thüringen und informiert systematisch den Vorsitzenden der SKK in Deutschland und dessen Apparat über die Lage im Land.
 - f) [Sie] vertritt und schützt die Interessen der sowjetischen Bürger und Organisationen, die sich im Land Thüringen zeitweilig oder für längere Zeit aufhalten.
4. Die Vertretung der SKK in Deutschland für das Land Thüringen mischt sich nicht ein in die Tätigkeit der Regierung Thüringens, ihrer Einrichtungen und der örtlichen Selbstverwaltungsorgane, soweit diese Tätigkeit den Potsdamer und den anderen Beschlüssen der Alliierten über Deutschland nicht widerspricht.

III. Struktur und Funktionen des Apparats der Vertretung der SKK

5. Die Vertretung der SKK in Deutschland für das Land Thüringen besteht aus:
 - a) der Leitung
 - b) der Abteilung für Information

- c) der Wirtschaftsabteilung
 - d) der Abteilung für Produktionskontrolle
 - e) der Abteilung für Handel und Versorgung
 - f) der Abteilung für Finanzen
 - g) der Abteilung für Verwaltungsfragen
 - h) der Konsularabteilung
 - i) dem Apparat des Kanzleichefs
 - j) dem Apparat für Dienstleistungen (Fernmeldezentrale, Finanzabteilung, Kommandantur, Abteilung für Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen, Filiale der Staatsbank, Poliklinik, Klub).
6. Die Abteilung für Information gewährleistet die Erfüllung folgender Aufgaben:
- a) Kontrolle über Entwicklung und Tätigkeit der kommunalen Organe (Landtag, Kreistage und Gemeindevertretungen), der Schulen und Universitäten, der politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, der Kultureinrichtungen und Religionsgemeinschaften.
 - b) Studium der politischen Lage des Landes und Vorlage aktueller Informationen und Schlußfolgerungen zu dieser Frage bei der Leitung der SKK.
 - c) Kontrolle über die Einhaltung der Potsdamer Beschlüsse und anderer gemeinsamer Beschlüsse der vier Mächte über Deutschland durch die deutschen Organe, und zwar mit dem Ziel, die Entwicklung nazistischer Ideologie, von Revanchismus und Militarismus zu verhindern.
 - d) Sammlung der erforderlichen Informationen von allen Parteien, Organisationen, Selbstverwaltungsorganen, Kultur- und Bildungseinrichtungen, Sportorganisationen, Religionsgemeinschaften usw.
 - e) Kontrolle und Zensur der Presse, der Kinos, Theater und des Rundfunks mit dem Ziel, eine Wiederbelebung nazistischer und militaristischer Doktrinen in Propaganda, Kultur und Kunst nicht zuzulassen.
 - f) Sie legt der Leitung der SKK Schlußfolgerungen und Vorschläge zur weiteren Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Land Thüringen zur Prüfung vor.
 - g) Sie leitet und lenkt die Tätigkeit des Stellvertreters für Information beim Vertreter der SKK in Erfurt und erhält von diesem einen monatlichen Bericht über die politische Lage in der Stadt, thematische Berichte nach Anforderung der Abteilung sowie laufende Information über durchgeführte Maßnahmen, über Stimmungen und Vorkommnisse in der Stadt.
 - h) Sie legt der Leitung der SKK alle notwendigen Informationen vor.
 - i) Sie studiert die Lage innerhalb der Parteien und Organisationen und unterbreitet dazu der Leitung der SKK ihre Schlußfolgerungen und Vorschläge.
7. Die Wirtschaftsabteilung hat bei der Kontrolle der Planung und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes folgende Aufgaben:
- a) Sie überwacht die exakte Einhaltung der Potsdamer Beschlüsse zur Entmilitarisierung und weiteren Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft auf demokratischer Grundlage durch die deutsche demokratische Regierung des Landes.
 - b) Sie kontrolliert die exakte und termingemäße Erfüllung der Befehle und Verfügungen des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, des Vertreters der Sowjetischen Kontrollkommission für das Land Thüringen sowie

- der übergeordneten Verwaltungsorgane der SKK in Deutschland zu allen Fragen, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Thüringen betreffen.
- c) Anhand der Berichte und anderen Materialien der deutschen Wirtschaftsorgane sowie anhand von Prüfungen und Untersuchungen der Betriebe und Einrichtungen durch die Mitarbeiter der Abteilung studiert sie die wirtschaftliche Entwicklung mit dem Ziel, die Stärkung des gesellschaftlichen Sektors¹ der Volkswirtschaft zu unterstützen und die Wiederbelebung monopolistischer Organisationen und großer Vereinigungen von Privatbetrieben in der Industrie sowie von Großgrund- und Großbauernwirtschaften² in der Landwirtschaft nicht zuzulassen.
 - d) Sie achtet auf die richtigen Proportionen zwischen den verschiedenen Industriezweigen des Landes sowie auf die vollständige Erfassung und Ausnutzung der Produktionskapazitäten der volkseigenen Betriebe und des Privatsektors der Industrie.
 - e) Sie kontrolliert die richtige Verteilung der Investitionen auf die Zweige der Industrie, der Landwirtschaft, des Verkehrswesens usw. mit dem Ziel, die Erweiterung der Produktionskapazitäten im volkseigenen Wirtschaftssektor zu unterstützen und die Volksgüter sowie die Maschinen-Ausleih-Stationen zu festigen.
 - f) Sie kontrolliert die Tätigkeit der Regierungsorgane hinsichtlich der Einhaltung demokratischer Prinzipien auf dem Gebiet von Arbeit und Löhnen.
8. Die Abteilung für Produktionskontrolle kontrolliert die Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus den Vereinbarungen der vier Mächte zur Frage der Wiedergutmachung der der UdSSR im Krieg durch das faschistische Deutschland zugefügten Verluste ergeben, durch die Landesregierung von Thüringen.
Davon ausgehend hat die Abteilung folgende Aufgaben:
- a) Sie gewährleistet die exakte und pünktliche Erfüllung der Befehle und Verfügungen des Vorsitzenden der SKK in Deutschland und des Vertreters der SKK für das Land Thüringen, die Reparations- und andere Pflichtlieferungen betreffen.
 - b) Sie kontrolliert die termingemäße Erfüllung der Pläne für Reparations- und andere Pflichtlieferungen und ergreift über die entsprechenden Organe der demokratischen Landesregierung Maßnahmen, die die Erfüllung der Pläne nach Menge und festgesetztem Sortiment sichern.
 - c) Sie kontrolliert unmittelbar vor Ort die Arbeit der Betriebe zur Erfüllung der Aufträge für Reparations- und andere Pflichtlieferungen.
 - d) Sie kontrolliert die rechtzeitige Aufschlüsselung der Aufträge für Reparations- und andere Pflichtlieferungen und prüft die Absicherung dieser Aufträge durch materielle Fonds.
 - e) Sie analysiert alle Berichte zur Erfüllung der Pläne für Reparations- und andere Pflichtlieferungen, die von den Regierungsorganen des Landes vorgelegt werden, legt Maßnahmen fest, die die bedingungslose Erfüllung der Pläne sichern, und setzt sie um.
9. Die Abteilung für Handel und Versorgung erfüllt folgende Aufgaben:
- a) Sie sichert die exakte und fristgemäße Erfüllung der Befehle und Weisungen des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, des Vertre-

¹ Gemeint ist wohl der nichtprivate Sektor.

² Im Original: Großgrund-Kulaken-Wirtschaften.

ters der SKK für das Land Thüringen sowie der Verfügungen und Vorschriften der Abteilung für Materialbilanzen und Handel des Apparats des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland zu Fragen des Handels, der Versorgung und der Erfassung.

- b) Sie übt die Kontrolle aus über die Tätigkeit von Regierungs- und gesellschaftlichen Einrichtungen sowie von privaten Unternehmen auf dem Territorium des Landes Thüringen hinsichtlich der Einhaltung der Potsdamer Beschlüsse, insbesondere zur Verhinderung einer Wiederbelebung kapitalistischer Monopolorganisationen und großer Vereinigungen von Privatunternehmen auf dem Gebiet des Handels, der Versorgung und Erfassung.
 - c) Sie überprüft die führenden Kader des Apparats der örtlichen Staatsorgane sowie der leitenden staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen auf dem Gebiet von Erfassung, Handel und Versorgung.
 - d) Sie gewährleistet die Erfüllung der Pläne zur Versorgung der sowjetischen Besatzungstruppen und anderer sowjetischer Verbraucher, sie kontrolliert zudem die Erfüllung der Pläne zur Versorgung der deutschen Bevölkerung.
 - e) Sie kontrolliert die Erfassung und die richtige, den Plänen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik entsprechende Nutzung der Lebensmittelvorräte des Landes.
 - f) Sie fördert die Erweiterung und Festigung des staatlichen Sektors im Handel und der Konsumgenossenschaft.
 - g) Sie kontrolliert die Einhaltung des demokratischen Prinzips bei der Veranlagung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Pflichtablieferungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse.
 - h) Sie fördert das weitere Wachstum und die Festigung der staatlichen Erfassungsbetriebe.
 - i) Sie kontrolliert die Erfüllung der Ein- und Ausfuhrpläne für Nahrungsgüter, die für die Versorgung sowjetischer Verbraucher bestimmt sind.
 - j) Sie kontrolliert die Einhaltung des demokratischen Prinzips der rationierten Versorgung der deutschen Bevölkerung.
 - k) Sie kontrolliert die Erfüllung der Erfassungs- und Aufkaufpläne für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe zu den festgesetzten Fristen.
 - l) Sie analysiert die Arbeit der Handels-, Versorgungs- und Erfassungsbetriebe anhand der von ihnen vorgelegten Berichte, ergreift Maßnahmen zur Behebung festgestellter Verstöße, indem sie den Organen der Sowjetischen Kontrollkommission entsprechende Informationen, Schlußfolgerungen und Vorschläge unterbreitet.
10. Die Abteilung für Finanzen übt die Kontrolle aus über die Finanz- und Kreditorgane und überwacht die Tätigkeit:
- des Ministeriums für Finanzen
 - der Kreditbank
 - der Notenbank
 - der Investitionsbank
 - der Sparkassen
 - der Versicherungsgesellschaften
 - der Handwerks- und Gewerbebanken
 - der Privatbanken

sowie die Aufstellung von Finanzplänen durch die volkseigenen Betriebe und ihre Erfüllung.

Bei der Kontrolle der Finanz- und Krediteinrichtungen des Landes Thüringen gewährleistet die Finanzabteilung:

- a) die richtige Planung und Lenkung der Haushaltsmittel für die Entwicklung der Friedenswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik; [sie] erweist größtmögliche Hilfe bei der Sicherung einer stabilen Finanzbasis der volkseigenen Betriebe; gewährleistet voll und ganz die Entnahme von Mitteln zur Finanzierung der Reparationslieferungen und der Besatzungskosten;
- b) die richtige Durchführung der Steuerpolitik und die fristgemäße Einziehung der gesetzlich festgelegten Steuern;
- c) die Einhaltung der festgesetzten Preise sowohl durch die privaten als auch durch die staatlichen Einrichtungen;
- d) die Regelung des Geldumlaufs und die Akkumulation von Mitteln; die strenge Beachtung der Kreditpolitik zur Stärkung des Volkseigentums (volkseigene Betriebe, Handelsgenossenschaften, HO); die Heranziehung freier Mittel der Bevölkerung; die Einhaltung der Kassendisziplin; die richtige Lenkung der Investmittel und die ausschließliche Finanzierung von Objekten, die für die Volkswirtschaft und die Friedenswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik notwendig sind.
- e) Bei der Kontrolle des Finanz- und Kreditsystems und der anderen Organe ergreift die Finanzabteilung der SKK über den Vertreter der SKK für das Land Thüringen Maßnahmen zur Beseitigung aufgetretener Verletzungen der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz und anderer Abkommen der vier Mächte.
- f) In ihrer praktischen Tätigkeit zur Kontrolle der deutschen Finanz- und Kreditorgane und der anderen der Kontrolle unterliegenden Einrichtungen (volkseigene Betriebe, Handelsbetriebe usw.) mischt sich die Finanzabteilung nicht in die operativen Funktionen der leitenden Finanz- und Kreditorgane ein.

Für die Analyse der Berichte, die die der Kontrolle unterstehenden deutschen Einrichtungen und Organisationen vorlegen, hat die Abteilung das Recht, von diesen vollständige Informationen zu interessierenden Fragen anzufordern. Über ihre Schlußfolgerungen und Vorschläge zu aufgetretenen Verletzungen und Störungen informiert sie den Vertreter der SKK in Deutschland für das Land Thüringen zur Veranlassung der notwendigen Maßnahmen.

11. Die Abteilung für Verwaltungsfragen kontrolliert Auswahl und Einsatz der deutschen Leitungskader, die Tätigkeit der Deutschen Volkspolizei, der Justizorgane und der Organe des Gesundheitswesens, damit von dieser Seite keinerlei Maßnahmen ergriffen werden, die den Beschlüssen der vier Mächte über die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands widersprechen.

Die Abteilung für Verwaltungsfragen übt die unmittelbare Kontrolle aus:

- a) über die Tätigkeit der deutschen Verwaltungsorgane, die Ausbildung, den Einsatz und die demokratische Erziehung der Kader und darüber, daß reaktionäre, demokratiefeindliche Elemente nicht in die Verwaltungsorgane aufgenommen werden.
- b) In der Justiz:
über die Reorganisation des deutschen Gerichtswesens mit dem Ziel, ein neues demokratisches System der Rechtsprechung auf der Grundlage der Gesetzlichkeit

und der Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität, des Geschlechts und der Religion zu schaffen;
über die Erfüllung der Potsdamer Beschlüsse zur Aufhebung nazistischer Gesetze, die die Grundlage für Hitlers Regime waren, und zur Verabschiedung neuer demokratischer Gesetze;
über die Erfüllung der Direktiven und Befehle zur Heranziehung von Kriegs- und Naziverbrechern zur gerichtlichen Verantwortung durch die deutschen Justizorgane.

c) Bei der Polizei:

über den Stand der Kriminalität und die Organisation ihrer Bekämpfung; über die Bewaffung, die Herstellung von Sprengstoffen und Giften, ihre Erfassung, Aufbewahrung, Verteilung und Verwendung;
über den Schutz der Sowjetischen Aktiengesellschaften, der deutschen volkseigenen Betriebe und der gesellschaftlichen Ordnung;
über die ideologisch-politische Erziehung der Volkspolizei, die Erhöhung ihrer dienstlichen Qualifikation und die Auffüllung des Personalbestands;
über den Schutz der Demarkationslinie.

d) Im Gesundheitswesen:

über die Tätigkeit der Organe des deutschen Gesundheitswesens und dessen demokratische Entwicklung;
über die Tätigkeit der medizinischen Lehranstalten;
über die Organisation und Durchführung von Seuchenbekämpfungsmaßnahmen;
über die Organisation des Kampfes zur Senkung des Krankenstandes der Bevölkerung;
über die Hygieneinspektion in den volkseigenen Betrieben.

12. Die Referenten für das Fernmeldewesen unterstehen unmittelbar dem Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission für das Land Thüringen.

Dem Oberreferenten untersteht in jeder Hinsicht der Leiter der Fernmeldezentrale des Vertreters der Sowjetischen Kontrollkommission für das Land Thüringen.

Die Referenten für Fernmeldewesen sichern:

- a) die Kontrolle über die Tätigkeit der deutschen Organe des Fernmeldewesens;
- b) die notwendigen Fernmeldeverbindungen für den Bedarf der Verwaltung der Sowjetischen Kontrollkommission des Landes Thüringen, ihrer Organe und Vertretungen.

Um das zu gewährleisten, übernehmen die Referenten für Fernmeldewesen folgende Aufgaben:

- a) Sie kontrollieren die Entwicklung, Organisation und Arbeit der deutschen Organe des Fernmeldewesens und in Übereinstimmung mit den Potsdamer Beschlüssen die exakte und vollständige Einhaltung aller Befehle und Direktiven der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland zu Fragen des Fernmeldewesens.
- b) Sie erfassen und überprüfen die Fernmeldeeinrichtungen, die sich auf dem Territorium des Landes Thüringen befinden.
- c) Sie prüfen die Anforderungen sowjetischer Organe auf Bereitstellung neuer Fernmeldeverbindungen und realisieren die gestellten Anträge.
- d) Sie wachen darüber, daß die Organe des deutschen Fernmeldewesens fristgemäß und korrekt die festgelegten statistischen Angaben zur Charakterisierung der Arbeit der deutschen Fernmeldeeinrichtungen vorlegen.

- e) Sie prüfen die Dislozierung des Netzes der deutschen Post innerhalb des Landes und kontrollieren die pünktliche Abwicklung des Postverkehrs im Rahmen der festgelegten Kontrollzeiten.
 - f) Sie kontrollieren die Einhaltung der festgelegten Ordnung zur Bearbeitung des internationalen Briefverkehrs.
 - g) Sie organisieren die Kontrolle über die Wahrung von Militär- und Staatsgeheimnissen bei der Benutzung von Fernmeldeeinrichtungen.
13. Die Konsularabteilung untersteht dem Vertreter der SKK für das Land Thüringen und der Konsularabteilung der Diplomatischen Vertretung der UdSSR in Berlin, die ihre Tätigkeit anleitet und kontrolliert.
- Die Konsularabteilung hat folgende Aufgaben:
- a) die Erfassung der sowjetischen Bürger, die sich auf Dienstreise befinden, sowie derjenigen, die mit sowjetischen Auslandspapieren ständig in Deutschland leben;
 - b) die Prüfung der Eingaben und Anträge von Deutschen und Ausländern zu Fragen der Einreise in die Sowjetunion und die Bearbeitung dieser Anträge;
 - c) die Bearbeitung der Gesuche von Ausländern und Staatenlosen mit russischer Abstammung um Aufnahme in die Staatsbürgerschaft der UdSSR;
 - d) die Bearbeitung der Gesuche um freiwilliges Ausscheiden aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft;
 - e) die Bearbeitung von Vorgängen in Zusammenhang mit dem Verlust der sowjetischen Staatsbürgerschaft;
 - f) die Bearbeitung von Angelegenheiten, die in Verbindung stehen mit der Ausgabe sowjetischer Auslandspässe und Aufenthaltsgenehmigungen an sowjetische Bürger, die ständig im Ausland wohnen;
 - g) die Verlängerung der Geltungsdauer sowjetischer Auslandspässe und Aufenthaltsgenehmigungen für sowjetische Bürger, die zeitweise in Thüringen leben;
 - h) die Registrierung von Veränderungen des Familienstands (Eheschließungen, Geburten, Adoptionen, Todesfälle, Ehescheidungen);
 - i) notarielle Tätigkeit (Anfertigung von Kopien von Dokumenten und deren Beglaubigung, Ausfertigung von Vollmachten, Beglaubigung von Stempeln, Siegeln und Unterschriften, Ausfertigung von Dokumenten über den Kauf und Verkauf von Immobilien);
 - j) die Bearbeitung von Angelegenheiten, die die Zahlung von staatlichen Unterstützungen für Kinderreiche und alleinstehende Mütter betreffen;
 - k) die Ausgabe von Lebensmittelkarten an sowjetische Bürger, die ständig in Deutschland leben (ehemalige Kriegsgefangene des Ersten Weltkriegs, ehemalige politische Emigranten usw.);
 - l) die Unterstützung sowjetischer Bürger bei der Reservierung von Wohnraum auf dem Territorium der Sowjetunion;
 - m) Beratung und Aufklärung sowjetischer Bürger zu anderen Fragen.

IV. Rechte der Vertretung

14. Die Vertretung der SKK in Deutschland für das Land Thüringen hat das Recht:
- a) alle Informationen von der Regierung Thüringens und ihren Einrichtungen sowie von den örtlichen Selbstverwaltungsorganen anzufordern;

- b) eine Überprüfung und Untersuchung von Regierungseinrichtungen, Betrieben, Lehranstalten, Forschungsinstituten, kommerziellen Organisationen und anderen Organen vorzunehmen, wenn dies notwendig erscheint;
- c) Gesetze und Verordnungen der Regierung Thüringens außer Kraft zu setzen, wenn sie den Potsdamer und anderen Beschlüssen der vier Mächte über Deutschland, geltenden Befehlen der SMAD sowie Befehlen und Anordnungen des Vorsitzenden der SKK in Deutschland widersprechen;
- d) Anordnungen und Weisungen zu erlassen, die für die Landesregierung Thüringens und ihre Organe sowie für die örtlichen Selbstverwaltungsorgane bindend sind.

Die Wahrnehmung dieser Rechte erfolgt in jedem einzelnen Fall mit Zustimmung des Vorsitzenden der SKK in Deutschland, in dringenden Fällen auf Beschluß des Vertreters der SKK in Deutschland für das Land Thüringen mit sofortiger anschließender Benachrichtigung des Vorsitzenden der SKK in Deutschland oder seines Stellvertreters.

Die Mitarbeiter der Vertretung der SKK in Deutschland für das Land Thüringen haben das Recht, zur Erfüllung ihrer Aufgaben ungehindert Einrichtungen, Betriebe, Institutionen und Organisationen im Land Thüringen zu besuchen, wofür an jeden Mitarbeiter eine spezielle Bescheinigung ausgegeben wird.

V. Siegel

- 15. Der Vertreter der SKK in Deutschland für das Land Thüringen hat ein eigenes Amtssiegel, ein Siegel für Pakete und dreieckige Stempel.

VI. Geschäftsführung

- 16. Der Kanzleichef der Vertretung der SKK in Deutschland für das Land Thüringen organisiert und leitet die Geschäftsführung in Übereinstimmung mit den bestehenden Verordnungen und Weisungen des Kanzleichefs der SKK in Deutschland.
Alle Berichte und Meldungen werden dem Vorsitzenden der SKK in Deutschland und dem Kanzleichef der SKK in Deutschland vorgelegt, entsprechend der speziellen Tabelle für Berichtstermine und anderen Weisungen des Kanzleichefs der SKK in Deutschland.

VII. Auflösung der Vertretung

- 17. Die Vertretung der SKK in Deutschland für das Land Thüringen oder irgendeines ihrer Organe kann nur auf der Grundlage eines Befehls des Vorsitzenden der SKK in Deutschland aufgelöst werden, der die Termine und die Ordnung der Auflösung sowie die Übergabe der Akten und materiellen Werte bestimmt.

[Anlagen zum Entwurf aus Thüringen]

Verzeichnis der Dokumente, die die deutschen Regierungsorgane bei der Verwaltung des Vertreters der SKK in Deutschland für das Land Thüringen vorzulegen haben

Bezeichnung des Ministeriums bzw. des Regierungsorgans	Welche Dokumente bzw. Informationen, Mitteilungen, Berichte, Pläne usw. zu welchen Fragen?	Termine der Vorlage
Kanzlei des Ministerpräsidenten von Thüringen	a) Beschlüsse der Regierung Thüringens b) vom Landtag Thüringens verabschiedete Gesetze c) sonstige Informationen auf Anforderung des Vertreters der SKK	a) nach jeder Sitzung der Regierung b) nach Verabschiedung der Gesetze c) auf Anforderung
Ministerium des Innern	a) Kopien der Berichte über die Arbeit des Ministeriums des Innern Thüringens und der Justizorgane an die Regierung Deutschlands b) zusammenfassender statistischer Bericht zur Kaderentwicklung c) statistische Angaben über ehemalige Offiziere, die in den deutschen Selbstverwaltungsorganen Funktionen bekleiden d) Arbeitspläne der Hauptabteilung Kader e) Kopien der Befehle und Direktiven zu den deutschen Leitungskadern f) statistischer Bericht zum Befehl Nr. 201 ³ g) statistischer Bericht zur allgemeinen Rechtsprechung h) statistischer Bericht über Fälle von Flucht aus Gefängnissen i) statistischer Bericht über die Zahl der Gefangenen j) Meldungen über Straftaten und Vorkommnisse an der Grenze k) Sondermitteilungen über außerordentliche Vorkommnisse (sozial gefährliche Verbrechen, Desertionen von Polizisten, Großbrände, Festnahme von Schwerverbrechern, massenhafte Überquerung der Grenze, Unfälle und Katastrophen bei Transporten, Flucht aus Haftanstalten oder bei Überführungen usw.) l) Bericht über die Arbeit der Polizei mit statistischem Anhang zum Stand der Kriminalität	monatlich monatlich monatlich nach deren Ausgabe monatlich quartalsweise monatlich monatlich täglich am Tag des Vorfalles monatlich

³ Gemeint ist Befehl Nr. 201 der SMAD vom 16.8.1947, Richtlinien zur Anwendung der Kontrollratsdirektiven Nr. 24 und 38 zur Entnazifizierung.

	m) Informationen über großangelegte Maßnahmen (Razzien, Ausweiskontrollen)	nach der Durchführung der Maßnahme
	n) Kopien der Befehle, Direktiven und Verfügungen, die von den Führungsorganen der Volkspolizei empfangen, und derjenigen, die an die nachgeordneten Organe ausgegeben worden sind	
	o) Arbeitspläne und deren Erfüllung	monatlich
	p) statistische Befehle über die Entwicklung des Personalbestands der Polizei	monatlich
	q) Mitteilung über den Stand der Geschlechtskrankheiten	monatlich
	r) Mitteilung über die epidemische Situation im Land	quartalsweise
	s) Mitteilung über die Arbeit der Hygieneinspektion zur Hygiene und Lebensmittelkontrolle	quartalsweise
	t) Mitteilung über die Arbeit der Krankenhäuser und Polikliniken	quartalsweise
	u) Mitteilung über die wissenschaftliche Arbeit und die Verbesserungsvorschläge von Ärzten	quartalsweise
	v) Berichte über die Bautätigkeit bei den Neubauern	monatlich
Justizministerium	a) Zirkulare des Justizministers an den Präsidenten des Obersten Gerichts und den Generalstaatsanwalt zu Fragen der Erfüllung der Gesetze und Direktiven des Kontrollrats sowie der Befehle des Chefs der SMAD ⁴	
Verwaltung für Außenhandel	a) Bericht über Exportlieferungen	monatlich
Statistische Hauptverwaltung	a) Bericht über die Erfüllung des Produktionsplans	monatlich
	b) Bericht über die Erfüllung des Produktionsplans	quartalsweise
	c) Übersicht über die nichterfüllten Positionen	monatlich
	d) Bericht über die Anzahl der Industriebetriebe und der Arbeitskräfte	monatlich
Ministerium für Handel und Versorgung	a) Bericht über die Erzeugung von Nahrungsgütern	monatlich
	b) Bericht über die Erzeugung der Hauptarten von Lebensmitteln	dekadenweise
	c) Bericht über den Ausstoß an Fertigerzeugnissen bei der Mühlen- und Backwarenindustrie	monatlich
	d) Bericht über die Arbeit der Ölmühlen	monatlich
	e) Bericht über die Arbeit der Brennereien	monatlich
	f) Bericht über das Aufkommen an Fleisch und Fett	monatlich

⁴ Gemeint sind die nach wie vor gültigen SMAD-Befehle (vgl. S. 112 und Anlage 3).

	g) Bericht über die industrielle Schweinemast	monatlich
	h) Bericht über den Verlauf der Reparaturarbeiten an Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen	monatlich
	i) Bericht über die Bautätigkeit in der Landwirtschaft, den Abriß von Gebäuden, die Bereitstellung von Baumaterial und den Bedarf an Arbeitskräften	monatlich
	j) Bericht über die Bautätigkeit in den MAS	monatlich
	k) Bericht über die Bewegung der Nahrungsgüter	quartalsweise
	k) Bericht über den Bestand an Lebensmitteln	monatlich
	m) Bericht über die Kontingente der zu versorgenden Bevölkerung	monatlich
	n) Meldungen über den Erfüllungsstand des Ein- und Ausführplans für Nahrungsgüter	dekadenweise
	o) Kontrollbericht der Abteilung Kontrolle des Ministeriums für Versorgung	monatlich
	p) Bericht über die Erfüllung des Umsatzplans nach Handelssektoren (HO, KONSUM, Privatsektor)	quartalsweise
	q) Bericht über die Bewegung der rationierten Industriewaren	quartalsweise
Hauptverwaltung Landwirtschaft	a) Bericht über die Erfüllung des Finanzierungsplans für Meliorationsarbeiten	monatlich
	b) Bericht über die Erfassung von Sortensaatgut	monatlich
	c) Bericht über die Viehwirtschaft	monatlich
	d) Bericht zu den Viehzählungen	jährlich
	e) veterinärmedizinischer Bericht	monatlich
	f) veterinärmedizinischer Bericht	jährlich
	g) Bericht über die Vertragsabschlüsse bei der Mast von Schweinen	monatlich
	h) Bericht über die Erfüllung des Exportplans	monatlich
	i) Bericht über die Erfüllung des Plans der Erfassung und Abfuhr von Holz	halbjährlich
	j) Bericht über den Verlauf der Pflichtablieferung	monatlich
	k) Bericht über Reparationslieferungen, Außenhandelslieferungen und die Belieferung der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland	quartalsweise
	l) Bericht über die Erfüllung der Pflichtablieferungen	jährlich
Hauptabteilung Wirtschaftsplanung	a) Analyse der Arbeit der Industrie nach Zweigen	jährlich
	b) Bericht über die Erfüllung des Plans für den Investbau nach Zweigen	monatlich

Statut der Vertretung der SKK für das Land Thüringen

Ministerium für Arbeit und Soziales	a) Bericht über die Entwicklung des Arbeitsmarktes (Erfassung der arbeitsfähigen Bevölkerung und der Arbeitslosen)	monatlich und quartalsweise
	b) Mitteilung über die Anzahl der Betriebe und der in ihnen Beschäftigten sowie der Heimarbeiter	halbjährlich
	c) Bericht über die Kontrolle der Entlohnung (Erfassung der Verletzungen von Tarifverträgen)	monatlich
	d) Mitteilung über die Bereitstellung von Lehr- und Arbeitsstellen sowie über die Erfüllung des Plans zur Berufsausbildung der Jugendlichen	quartalsweise
Verwaltung der MAS	a) Bericht über die Erfüllung des Plans der Traktorarbeiten der MAS	monatlich
Zentralverwaltung der landwirtschaftlichen Genossenschaften	a) Bericht zur Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften	monatlich
Verband der Thüringer Konsumgenossenschaften	a) Meldungen über die Erfüllung des Warenumsatzplans der Konsumgenossenschaften	monatlich
Landesfiliale der HO	a) Meldungen über die Erfüllung des Warenumsatzplans der HO	monatlich
Abteilung Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse beim Ministerpräsidenten	a) Bericht zu den Erzeugnissen der Feldwirtschaft, der Viehhaltung, zu Rohleder und Rohpelzen	monatlich
	b) Bericht zu den Erzeugnissen der Feldwirtschaft und der Viehhaltung nach Kreisen	dekadenweise
	c) Bericht zu den ausgehändigten Bescheiden über Pflichtablieferung und Vertragsabschlüsse bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen, unterteilt nach Kreisen	jährlich
	d) Bericht über die Erfüllung des Plans zur Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	jährlich
Ministerium für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	a) Meldungen über den Durchlauf der Briefpost, die in den Provinzzentren der Länder der Sowjetischen Besatzungszone aufgegeben wurde	zum 1. und 15. jedes Monats
	b) Über den Umfang der eingegangenen internationalen Geschenksendungen	zum 5. jedes Monats
	c) Über die Anzahl der Eingaben zu Mängeln in der Arbeit der Organe des Post- und Fernmeldewesens und ihre Bearbeitung	zum 5. jedes Monats
	d) Über Verlust und Entwendung von Postsendungen und die gezahlten Entschädigungen	zum 5. jedes Monats
	e) Über den Umfang der aus den westlichen Besatzungszonen Deutschlands eingegangenen Zeitungs- und Zeitschriftensendungen	dekadenweise
	f) Über Veränderungen in der Auslastung der ständigen Kabelverbindungen	zum 5. jedes Monats
	g) Über den allgemeinen, inneren und internationalen Postverkehr für das Land Thüringen	zum 15. des folgenden Monats

	h) Über die Erfüllung des Quartalsplans über Einnahmen und Ausgaben	zum 15. des folgenden Monats
	i) Über die Auslastung der Sonderkabel, der ständigen Kabelverbindungen und der Verstärkstationen	zum 15. des folgenden Monats
	j) Über den Bestand an Fernsprechhauptämtern	zum 15. des folgenden Monats
	k) Über Einnahmen aus Telefongebühren, der Installation von Telefonen, den Gebühren für Telegramme und den Rundfunkgebühren	zum 15. des folgenden Monats
Ministerium für Finanzen	a) Zur Haushaltsführung	zum 20. des folgenden Monats; quartalsweise zum 25. des folgenden Quartals; jährlich zum 25. des zweiten Monats des folgenden Jahres
	b) Berichte über Steuern und Steuerrückstände	zum 7. des folgenden Monats
	c) Bericht über die Heranziehung von Mitteln der Bevölkerung (Guthaben, laufende Konten)	zum 7. des folgenden Monats
	d) Bericht zur Erfüllung des Kreditplans	quartalsweise
	e) Bericht zur Finanzierung von Investitionen	quartalsweise
	f) Vorlage der Quartalsbilanz der volkseigenen Betriebe	zum 1. des zweiten Monats des folgenden Quartals und jährlich zum 25. des zweiten Monats des folgenden Jahres
	g) statistischer Bericht zu den Preisen	zum 10. des folgenden Monats
	h) zum Warenumsatz der HO	zum 20. und 5. jedes Monats
Ministerium für Volksbildung	a) über die zahlenmäßige Zusammensetzung der Schüler und Studenten und die Anzahl der Lehranstalten	monatlich
	b) über die Erfüllung des Unterrichts- und Erziehungsplans durch die Schulen und Hochschulen	monatlich
	c) über die Tätigkeit der Kindereinrichtungen	monatlich
	d) über die Entwicklung des Lehrkörpers an den Schulen und Hochschulen	monatlich
Wirtschaftsministerium	a) Quartalsanalyse zur Arbeit der Industrie für alle Zweige	zum 25. des folgenden Monats

Quelle: AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 6, listy 243–263.

Dokument 7

Entwurf

Statut des Apparats des Vertreters der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin

A. Allgemeine Bestimmungen

Der Apparat des Vertreters der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin ist Bestandteil des Apparats der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, er übt die Kontrolle aus über die Tätigkeit der Berliner Selbstverwaltungsorgane, der Polizei, der Justizorgane und der Organe des Fernmeldewesens, über die Tätigkeit der politischen Parteien, gesellschaftlich-politischen Massenorganisationen, kulturpolitischen Einrichtungen, über die Entwicklung des Wirtschaftslebens des Sowjetischen Sektors und verfolgt die wirtschaftliche und politische Situation in den Westsektoren Berlins.

B. Hauptaufgaben

Die Hauptaufgaben des Apparats des Vertreters der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin sind:

- a) Sicherung der Erfüllung der durch die Abkommen der Alliierten festgelegten Besatzungsaufgaben in Berlin.
- b) Kontrolle über die Einhaltung des Potsdamer und der anderen auf Deutschland bezogenen gemeinsamen Abkommen der Alliierten in Berlin und Unterstützung der weiteren Entwicklung der Berliner demokratischen Selbstverwaltung auf demokratischer und friedlicher Grundlage.
- c) Gewährleistung der Erfüllung der Verpflichtungen hinsichtlich der Reparationslieferungen und der Deckung der Besatzungskosten durch den demokratischen Magistrat von Berlin.
- d) Teilnahme an vierseitigen Konsultationen der Besatzungsmächte zu Fragen der Normalisierung des Lebens in Berlin.
- e) Information der Sowjetischen Kontrollkommission über die Lage in Berlin.
- f) Vorlage von Vorschlägen und Schlußfolgerungen zu Fragen des gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Lebens der Stadt zur Prüfung durch die Sowjetische Kontrollkommission in Berlin.¹

C. Struktur des Apparats des Vertreters der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin

Der Apparat des Vertreters der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin besitzt folgende Struktur:

- a) Leitung,
- b) Abteilung für Information,
- c) Wirtschaftsabteilung,

¹ Gemeint ist wohl die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland.

- d) Abteilung für Produktionskontrolle,
- e) Abteilung für Finanzen,
- f) Abteilung für Verwaltungsfragen,
- g) Abteilung für die Verbindung zu den westlichen Besatzungsmächten (Abteilung Information über die Westsektoren Berlins),
- h) Allgemeine Abteilung.

D. Hauptobliegenheiten des Apparats des Vertreters der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin

I. Auf dem Gebiet der Kontrolle des politischen und kulturellen Lebens

1. größtmögliche Hilfe für die SED bei ihrer organisatorischen und ideologischen Festigung, bei der Stärkung ihrer Führungsrolle in den Selbstverwaltungsorganen und demokratischen Massenorganisationen, bei der Festigung ihrer Positionen in der Arbeiterklasse und im deutschen Volk;
2. Kontrolle der politischen Entwicklung der bürgerlichen Parteien, die zum demokratischen Block gehören. Nutzung der progressiven Kräfte der bürgerlichen Parteien für die Stärkung der Nationalen Front und die Entlarvung des reaktionären Flügels der bürgerlichen Parteien in Berlin;
3. Beobachtung der Tätigkeit der reaktionären politischen Parteien, Organisationen und Gruppen in den Westsektoren und ihrer Agenturen im Sowjetischen Sektor, Veranlassung notwendiger Maßnahmen zur Schwächung des Einflusses dieser Parteien auf die Bevölkerung der Stadt, insbesondere des Sowjetischen Sektors;
4. systematische Kontrolle der demokratischen Massenorganisationen
5. Stärkung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, verstärkte Propagierung der Errungenschaften der Sowjetunion und der friedlichen Außenpolitik der sowjetischen Regierung;
6. systematisches Studium der Stimmungen der verschiedenen sozialen Schichten der Berliner Bevölkerung;
7. Kontrolle über die Tätigkeit der Organe der Volksbildung, Unterstützung bei der Verwirklichung der Gesetze über die Demokratisierung des Systems der Volksbildung;
8. Studium der Presse und Kontrolle der Druckereien und Verlage;
9. Kontrolle über die Tätigkeit der Theater, Kinos und anderer Kultur- und Bildungseinrichtungen;
10. Zusammenstellung von Informationsmaterial über alle wichtigen politischen Ereignisse im Leben der Parteien und demokratischen Organisationen Berlins sowie über die Stimmung der Bevölkerung im Zusammenhang mit Maßnahmen, die von den Selbstverwaltungsorganen, den politischen Parteien oder den westlichen Besatzungsmächten durchgeführt worden sind.

II. Auf dem Gebiet der Kontrolle des Wirtschaftslebens

1. Kontrolle über die Erarbeitung und Erfüllung eines Volkswirtschaftsplanes für die Industrie, den Handel und den Investbau, der die weitere Demokratisierung der Wirtschaft, die Stärkung und Erweiterung des volkseigenen Sektors in der Industrie, im Handel und im Bauwesen sowie die Verbesserung des materiellen Wohlstands der Bevölkerung fördert;

2. Erarbeitung periodischer Konjunkturübersichten über Nachfrage und Angebot am Markt, über Preisschwankungen sowie über die Industrie und Handelskennziffern für den Sowjetischen Sektor und die Westsektoren. Studium der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und des Bauwesens in den Westsektoren Berlins;
3. Studium der zusammengefaßten Quartalsbilanzen der Vereinigungen Volkseigener Betriebe. Erarbeitung von Schlußfolgerungen über die qualitativen Kennziffern ihrer Arbeit, ihre Rentabilität, Arbeitsproduktivität, Selbstkosten, den Umschlag der Umlaufmittel und die Erfüllung anderer Plankennziffern;
4. Kontrolle über die Verteilung und Nutzung der materiellen Ressourcen in der Industrie und im Bauwesen;
5. Kontrolle über die planmäßige Versorgung des Sowjetischen Sektors mit Nahrungsmitteln, Industriewaren, Kohle, Gas und Elektroenergie;
6. Überprüfung der leitenden Wirtschaftskader des Magistrats und des volkseigenen Wirtschaftssektors, Unterstützung für die deutschen Organisationen bei der Stärkung der Betriebe und wirtschaftlichen Einrichtungen des Sowjetischen Sektors durch bewährte Kader;
7. Kontrolle über die Einführung und Organisation neuer Produktionsverfahren in Übereinstimmung mit dem Plan der Industrie und den Interessen der Sowjetunion.

III. Auf dem Gebiet der Kontrolle der Reparationslieferungen an die Sowjetunion aus der laufenden Produktion der landesgeleiteten Industrie des Sowjetischen Sektors von Berlin

1. Kontrolle der rechtzeitigen Aufschlüsselung der Reparationsaufträge auf die Firmen;
2. Kontrolle über die rechtzeitige Vorbereitung der Produktion, die die Erfüllung der Reparationsaufträge sicherstellt;
3. Kontrolle der Erfüllung des Reparationsplans zu den festgelegten Fristen, und zwar nach Volumen, Sortiment und Qualität, wie sie durch die technischen Lieferbedingungen für Reparationsgüter festgesetzt ist;
4. Kontrolle über die Versorgung der Firmen, die Reparationslieferungen ausführen, mit Rohstoffen und Halbfabrikaten;
5. Kontrolle über die rechtzeitige Verpackung und den Versand der abgenommenen Erzeugnisse;
6. Kontrolle und Unterstützung der Betriebe der Sowjetischen Aktiengesellschaften und der zentralgeleiteten² deutschen Betriebe bei der Erfüllung der Reparationspläne.

IV. Auf dem Gebiet der Kontrolle der Finanzen

1. Kontrolle über die Aufstellung und Durchführung des Haushalts; über die Richtung der Kredit- und Bankgeschäfte und den Geldumlauf;
2. Sicherung der Finanzierung der Reparationslieferungen an die Sowjetunion und der mit der Besetzung verbundenen Ausgaben durch den Haushalt Berlins;
3. Unterstützung der Festigung und Entwicklung des gesellschaftlichen Sektors der Volkswirtschaft Berlins durch das Finanz- und Kreditsystem;
4. Erstellung von Informationsmaterial und Berichten über die Situation der Finanzen, des Kredits und des Geldumlaufs in Berlin.

² Im Original: zonalgeleiteter.

V. Auf dem Gebiet der Kontrolle über die Selbstverwaltungsorgane, die Polizei und die Justizorgane

1. Kontrolle über die gesetzgeberische und exekutive Tätigkeit der Selbstverwaltungsorgane;
2. Überprüfung der Kader in den Selbstverwaltungsorganen, der Polizei und den Justizorganen. Studium der Kaderpolitik der bürgerlichen Parteien;
3. Beobachtung der Selbstverwaltungsorgane, der Polizei und der Justizorgane in den Westsektoren;
4. Information über die Lage in den Selbstverwaltungsorganen, der Polizei und den Justizorganen.

VI. Auf dem Gebiet der Verbindung mit den westlichen Besatzungsmächten

1. Führung des offiziellen Schriftverkehrs und von Gesprächen mit der amerikanischen, britischen und französischen Kommandantur zu verschiedenen Fragen entsprechend den Weisungen des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland;
2. Vorlage von Informationsberichten über die Lage in den Westsektoren Berlins und die Tätigkeit der westlichen Besatzungsmächte in Berlin;
3. Führung von Gesprächen, wenn Militärangehörige westlicher Besatzungsmächte durch sowjetische Militärstreifen oder sowjetische Bürger durch westliche Besatzungsmächte verhaftet worden sind;
4. Vorbereitung und Durchführung vierseitiger Beratungen zu Fragen der Normalisierung des Lebens in Berlin.

VII. Auf dem Gebiet der Kontrolle der Organe des Fernmeldewesens

1. Kontrolle über die Tätigkeit der deutschen Einrichtungen des Fernmeldewesens und der Post beim Magistrat von Berlin und Beteiligung an der Entscheidung von Fragen, die den Post- und Fernmeldedienst zwischen dem Sowjetischen Sektor von Berlin und den Westsektoren betreffen;
2. Prüfung der Finanzpläne, der Investitionspläne und der Reorganisationsprojekte zur Entwicklung der drahtgebundenen Nachrichtenmittel und des Postdienstes von Berlin. Erarbeitung von Schlußfolgerungen dazu und Kontrolle ihrer Realisierung;
3. Sicherung stabiler Fernmeldeverbindungen für sowjetische Einrichtungen, Truppenteile und sowjetische Bürger, die sich in Berlin aufhalten, mit den technischen Mitteln der Abteilung Fernmeldewesen des Magistrats. Vorbereitung von Weisungen an die Abteilung Fernmeldewesen des Magistrats zur Erledigung der Anträge auf Installation von Telefonen und Führung der finanziellen Verrechnungen für die Nutzung der deutschen Fernmeldeeinrichtungen.

VIII. Rechte des Apparats des Vertreters der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin

1. Der Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin untersteht unmittelbar dem Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland und handelt auf der Grundlage von Direktiven, Weisungen und Befehlen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland.

2. Der Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin hat das Recht:
 - a) vom Magistrat, von der Polizei, den Justizorganen, politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Informationsmaterialien, Berichte und Auskünfte zu ihn interessierenden Fragen anzufordern;
 - b) seine Vertreter in die Organe der Selbstverwaltung, in wirtschaftliche Vereinigungen und Betriebe, die Polizei und die Justizorgane, in Einrichtungen der politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen zu entsenden, damit sie sich vor Ort mit der Lage bekannt machen können;
 - c) die Vorsitzenden der politischen Parteien, die Leiter der Berliner Selbstverwaltungsorgane und der volkseigenen Betriebe zu mündlichen Berichten über ihn interessierende Fragen einzuladen;
 - d) Vorschläge zu allen Fragen des Lebens der Stadt zur Prüfung durch den Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland einzubringen;
 - e) dem Magistrat Empfehlungen zu geben und mit Zustimmung des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland Verordnungen des Magistrats und Weisungen nachgeordneter Einrichtungen außer Kraft zu setzen;
 - f) den Schriftverkehr mit der amerikanischen, britischen und französischen Kommandantur zu führen und an Gesprächen mit ihnen zu Fragen der Normalisierung des Lebens der Stadt sowie zu anderen Fragen, die die Regelung der Beziehungen zwischen den Truppenteilen in Berlin betreffen, teilzunehmen.

[Anlagen zum Entwurf aus Berlin]

Verzeichnis der Unterlagen, die der Vertretung der SKK in Berlin von den deutschen Organen vorzulegen sind

I. Unterlagen, die der Abteilung für Information der Vertretung der SKK in Berlin von den demokratischen Parteien und Organisationen vorzulegen sind

1. Monatliche Berichte über den organisatorischen Zustand und die geleistete Arbeit;
2. Protokolle von Sitzungen der Leitungen und Ausschüsse, von Plenartagungen und Konferenzen und deren Beschlüsse;
3. Stenogramme von Plenartagungen und Konferenzen;
4. Offizielle Beurteilungen von Funktionären, Parteimitgliedern und Organisationen auf Anforderung der Abteilung;
5. Thematische Informationen zu Fragen, die die Abteilung interessieren.

II. Unterlagen, die der Wirtschaftsabteilung der Vertretung der SKK in Berlin³ vom Magistrat vorzulegen sind

1. Berichte über die landesgeleitete Industrie; über die Anzahl der Betriebe und Arbeitskräfte; über die Planerfüllung nach Zweigen; über die Planerfüllung nach geplanten Erzeugnissen;

³ Im Original: Vertretung der SKK in Deutschland.

2. Berichte über die zentralgeleitete Industrie nach Formblättern;
3. Quartalsberichte zur landesgeleiteten Industrie;
4. Quartalsberichte zur zentralgeleiteten Industrie und den SAG;
5. Monats- und Quartalsberichte zum Investbau;
6. Konjunkturberichte;
7. Monatsberichte für die Zweigvereinigungen der volkseigenen Betriebe;
8. Quartalsberichte für die Zweigvereinigungen der volkseigenen Betriebe;
9. Quartalsbilanzen der Produktionstätigkeit der Vereinigungen Volkseigener Betriebe;
10. Berichte über den Warenumsatz;
11. Berichte über die Bewegung und die Bestände an Nahrungsgütern und Industriewaren;
12. Berichte über die Struktur des Warenumsatzes und des Materialverbrauchs in Gaststätten, Cafés und Imbißstuben;
13. Berichte über Stichprobenuntersuchungen der Nahrungsgüter und Industriewarenfonds;
14. Berichte über die Zahl der Arbeitskräfte und die Höhe der Lohnfonds nach Zweigen;
15. Berichte über das Netz der Handelsbetriebe;
16. Berichte über das Netz und den Warenumsatz ((der Konsumgenossenschaften)), die Anzahl der Mitglieder und die Höhe der Anteile;
17. Übersichten über den Stand der Zufuhr von Nahrungsmitteln aus dem Umland und aus Importen nach Berlin;
18. Mitteilungen über ausgegebene Lebensmittelkarten nach Bevölkerungsgruppen
19. Mitteilungen über Verlauf der Pflichtablieferung von Erzeugnissen der Vieh- und der Feldwirtschaft;
20. Aufstellungen über die Bewegung von Rohstoffen und Halbfabrikaten in den Lagern;
21. Aufstellungen über den Stand der Erfüllung des Plans der Auslieferung der Quartalsfonds an Rohstoffen und Halbfabrikaten nach Lieferbetrieben;
22. Berichte über die Verwendung der Rohstoffe, Übersicht über den Verlauf der Auslieferung, über Schwierigkeiten und Engpässe bei Rohstoffen und Halbfabrikaten;
23. Angaben über Inventuren bei Rohstoffen und Halbfabrikaten im Sowjetischen Sektor nach durchgeführten Inventuren;
24. Mitteilungen über die Tätigkeit der Arbeitsämter (Anzahl der registrierten Arbeitssuchenden, Anzahl der offenen Stellen mit Angabe der Hauptqualifikationen);
25. Mitteilungen über Betriebsschließungen und Kurzarbeit unter Angabe der Anzahl der Arbeiter und Angestellten;
26. Mitteilungen zur Überprüfung und Festsetzung der Arbeitsnormen und zur Umstellung auf Leistungslohn;
27. Mitteilungen über die Aktivistenbewegung nach Industriezweigen und insgesamt für den Sektor;
28. Mitteilungen zur Überprüfung der Tarifverträge und -bestimmungen, Bestätigung der Kollektivverträge;
29. Information über die Verabschiedung von Gesetzen und Verordnungen zu Fragen der Arbeit;
30. Information über die Ausbildung von Kadern für die Industrie;
31. Mitteilungen über den Eingang der Mittel für die Sozialversicherung und ihre Lenkung;
32. Monatliche Berichte über die Arbeit der Wasserversorgung und Kanalisation;
33. Wöchentliche Berichte über die Arbeit der BVG;
34. Tägliche und wöchentliche Berichte über die Arbeit der Kraftwerke und Gaswerke;
35. Wöchentliche Berichte über die Wiederherstellung der dritten Turbine im Kraftwerk Klingenberg.

III. Unterlagen, die der Finanzabteilung der Vertretung der SKK in Berlin von den Finanzorganen vorzulegen sind

1. Tägliche Kassenberichte der Hauptkasse des Magistrats;
2. Tägliche Meldungen über den Bargeldumlauf und den bargeldlosen Umlauf der Berliner Bankinstitute (Stadtkontor, Volksbank, Sparkasse, Postscheckamt);
3. Monatliche Berichte der Finanzabteilung über die Haushaltsdurchführung des Magistrats;
4. Monatliche Berichte der Berliner Filiale der Investitionsbank über die Nutzung der Mittel für den Investbau;
5. Bilanzen und Quartalsberichte der Vereinigungen Volkseigener Betriebe Berlins mit Erläuterungen;
6. Zusammenfassender Bericht und Analyse der Finanzabteilung des Magistrats über die Erfüllung des Finanzplans der volkseigenen Industrie Berlins für das Quartal;
7. Bericht der Finanzabteilung des Magistrats über die Haushaltsdurchführung des Magistrats für das vergangene Haushaltsjahr;
8. Jahresberichte der Vereinigungen Volkseigener Betriebe;
9. Zusammenfassender Bericht und Analyse der Finanzabteilung des Magistrats über die Erfüllung des Finanzplans der volkseigenen Industrie Berlins für das Jahr.

IV. Unterlagen, die von den Selbstverwaltungsorganen, der Polizei, den Organen der Justiz und des Gesundheitswesens vorzulegen sind

a) Unterlagen vom Magistrat

1. Angenommene Beschlüsse des Magistrats
2. Offizielle Sitzungsprotokolle des Magistrats
3. Statistische Angaben (Zeitschrift „Berliner Statistik“)
4. Veröffentlichungen des Magistrats („Verordnungsblatt für Groß-Berlin“, Zeitschrift für Haus und Straßenvertrauensleute)
5. Tagesübersicht der Presseabteilung des Magistrats
6. Thematische Informationen der Fachabteilungen
7. Angaben über die Kadersituation
8. Berichte der Kontrollkommission des Magistrats

b) Unterlagen von der Polizei

1. Über den Stand der Kriminalität in der Stadt
2. Information über Vorkommnisse in der Stadt im Zeitraum von 24 Stunden
3. Information über den Schutz der gesellschaftlichen Ordnung und der wichtigsten Objekte der Stadt
4. Information der Kriminalpolizei über die Lage in den Westsektoren
5. Berichte über die Situation in der Polizei am Stadtrand Berlins
6. Informationen über die Lage bei der Bahnpolizei, der Wasserschutzpolizei und der Feuerwehr
7. Informationen von der Verwaltungspolizei (Ausstellung von Pässen, Erkundigungen über Ausländer, Umsiedler usw.)
8. Mitteilungen über die Ausbildung der Polizeikader (Arbeit der Polizeischulen)
9. Informationen über den politisch-moralischen Zustand der Polizei (Berichte der Politabteilung der Polizei)

c) Unterlagen von den Justizorganen

1. Über die Kadersituation in den Justizorganen
2. Statistische Angaben über den Stand der Kriminalität und die Gerichtspraxis
3. Informationen über laufende Verfahren zu schwerwiegenden Straftaten gegen politische Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik
4. Mitteilungen über eingeleitete strafrechtliche oder zivilrechtliche Verfahren, die die Interessen der UdSSR oder einzelner Bürger der Besatzungsmächte Deutschlands berühren
5. Mitteilungen über den Zustand der Gefängnisse
6. Informationen über die Tätigkeit der Gerichtsvollzugsbehörden

d) Unterlagen von den Organen des Gesundheitswesens

1. Monatliche Mitteilungen über die Fluktuation der ärztlichen Kader und Veränderungen im Leitungspersonal der medizinischen Einrichtungen
2. Monatliche Mitteilungen über Infektionskrankheiten unter der Bevölkerung Berlins
3. Berichte über Lehreinrichtungen
4. Berichte über den Stand der pharmazeutischen Industrie
5. Mitteilungen über den Stand der Versorgung der Stadt mit Medikamenten
6. Mitteilungen über die Arbeit der gesellschaftlichen Polikliniken und Ambulatorien
7. Angaben für die Stadt über Erkrankungen, Geburten, Sterbefälle, Kindersterblichkeit

V. Unterlagen, die der Abteilung Reparationen der Vertretung der SKK in Berlin vom Magistrat und von den Betrieben vorzulegen sind

1. Monatliche Berichte des Magistrats über den Verlauf der Erfüllung des Plans der Reparationen nach den festgelegten Formblättern mit kurzen Erläuterungen
2. Periodische Informationen vom Magistrat und direkt von den Firmen zu Einzelfragen der Reparationslieferungen

Quelle: AVP RF, fond 458, opis' 902, papka 812, delo 6, listy 454–460, 468–472.

Dokument 8

Grundbestimmungen für die Berichterstattung der deutschen staatlichen Organe gegenüber der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland¹

- 1.) Die Berichterstattung an die Sowjetische Kontrollkommission wird in deutscher und russischer Sprache in 2facher Ausfertigung vorgelegt. Die Übersetzung in russischer Sprache muß beglaubigt sein.
- 2.) Die Berichte werden in Zusammenstellungen und nach Gruppen, die in den festgesetzten Formularen für die Berichterstattung vorgesehen sind, vorgelegt.
- 3.) Im Falle einer unbefriedigenden Planerfüllung auf dem einen oder anderen Gebiet des Wirtschaftsaufbaus kann für eine bestimmte Frist eine zusätzliche Berichterstattung eingeführt werden.
- 4.) Zugleich mit der laufenden, periodischen Berichterstattung an die Sowjetische Kontrollkommission werden zusammengefaßte jährliche Berichte der Ministerien und ihrer Hauptverwaltungen nach den Formularen, die in den Ministerien gelten, und gleichfalls die Ergebnisse aller Zählungen und einmaliger Erhebungen nach dem vollständigen Programm der Auswertung der Unterlagen der entsprechenden Zählungen und Erhebungen vorgelegt.
- 5.) Die statistische Zentralverwaltung des Ministeriums für Planung der Deutschen Demokratischen Republik legt gleichfalls der Abteilung für Wirtschaftsplanung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland einmalige analytische Arbeiten vor, die auf die Initiative der statistischen Zentralverwaltung des Ministeriums für Planung hin oder auf Empfehlung der Organe der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland durchgeführt wurden.
- 6.) Die Landesregierungen der Deutschen Demokratischen Republik und die örtlichen statistischen Organe legen den Vertretern der Sowjetischen Kontrollkommission in den Ländern und in der Stadt Berlin die Berichterstattung nach den Formularen, die den vorliegenden „Grundbestimmungen“ beigefügt sind², im Umfang und nach Kennziffern vor, welche die eine oder andere Behörde des Landes oder das Land (den sowjetischen Sektor der Stadt Berlin) im ganzen betreffen.
- 7.) Den Organen der Sowjetischen Kontrollkommissionen in Deutschland wird das Recht eingeräumt, sich direkt an die entsprechende Behörde der Deutschen Demokratischen Republik wenden zu können, um den Inhalt der eingegangenen Berichte zu präzisieren und die im Prozeß der Analyse der Berichterstattung sich ergebenden Fragen zu klären.
- 8.) Um die Benutzung der statistischen Berichterstattung bequem zu gestalten, muß für alle Formulare der Berichterstattung eine einheitliche Reihenfolge der Aufzählung der Länder, der Wirtschafts- und Industriezweige, der Kennziffern usw. festgelegt werden.

¹ Die Grundbestimmungen gingen gemeinsam mit den „Anweisungen zur Industrieberichterstattung“ (Dokument 9) mit Schreiben vom 21.1.1950 von Koval' an Planungsminister Heinrich Rau.

² Laut Anschreiben lagen der Sendung Berichterstattungsformulare bei. Sie sind in diesem Bestand nicht überliefert.

- 9.) Um den Umschwung in der in der Republik geltenden Berichterstattung richtig zu gewährleisten, der von der Sowjetischen Kontrollkommission von der Berichterstattung der deutschen Organe an die Sowjetische Kontrollkommission gefordert wird, und um die verschiedenartige Auffassung des Umfangs, des Inhaltes, der Kennziffern und der Begriffe, die der Berichterstattung zugrunde liegen, zu beseitigen, wird der Abteilung für Wirtschaftsplanung der Sowjetischen Kontrollkommission in der Person des Leiters dieser Abteilung und seines Vertreters für statistische Fragen oder in deren Auftrag den Fachkräften, die in der Abteilung arbeiten, das Recht, die Organisation der Erhebung und der Methodologie der statistischen Berichterstattung sowohl in der Statistischen Zentralverwaltung des Ministeriums für Planung als auch in den örtlichen statistischen Organen, in den Ministerien und in den Betrieben zu kontrollieren und gleichfalls Instruktionen und Anweisungen zu der geltenden statistischen Berichterstattung von der Statistischen Zentralverwaltung des Ministeriums für Planung anzufordern, eingeräumt.
- 10.) Bei sich ergebenden Beanstandungen von Seiten der Abteilung Wirtschaftsplanung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, in Fragen der Erhebung und der Methodologie der statistischen Berichterstattung in den deutschen Organen, wird die Angelegenheit durch Beratung und Vereinbarung zwischen dem Leiter der Abteilung Wirtschaftsplanung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland oder seinem Vertreter für statistische Fragen und dem Leiter der Statistischen Zentralverwaltung des Ministeriums für Planung der Deutschen Demokratischen Republik entschieden.
- Im Falle von Meinungsverschiedenheiten wird die Frage zur Entscheidung dem Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vorgelegt.

Leiter der Abteilung Wirtschaftsplanung
der Sowjetischen Kontrollkommission
in Deutschland

Chomjakov

Quelle: BAP, DE-1,11518 (Ministerium für Planung), Bl. 7-9.

Dokument 9

Anweisungen zur Industrieberichterstattung¹

- 1.) Als Grundeinheit für die Erhebung muß der Betrieb angenommen werden.
- 2.) Der Wert des Gesamtausstoßes der Produktion (Bruttoproduktion) muß in Planpreisen angegeben werden.
- 3.) Die Bruttoproduktion muß nach der Betriebsmethode berechnet werden.
- 4.) Die Warenproduktion wird in geltenden Verkaufspreisen ebenfalls nach der Betriebsmethode berechnet.
- 5.) Bericht über den Ausstoß der Produktion für Erzeugnisse wird nur im Naturalausdruck gegeben, ohne Angabe des Wertes der Erzeugnisse.
- 6.) Es muß für alle Ministerien, Hauptabteilungen, Länder ein einheitliches Verzeichnis der Erzeugnisse festgelegt werden, deren Unterlagen über den Ausstoß in die Berichte von einem beliebigen Betrieb eingefügt werden müssen, unabhängig von der Höhe des Ausstoßes dieser Erzeugnisse.
- 7.) Die Grundforderung an den Bericht ist die vollständige Vergleichbarkeit der Berichtsunterlagen mit den Planunterlagen sowohl hinsichtlich des Kreises der Betriebe, die in den Plan einbegriffen sind und einen Bericht vorlegen, als auch hinsichtlich der Erhebungsmethoden.

Wenn bei Erstellung des Planes für das laufende Jahr im Vergleich zum vorigen Jahr die Preise geändert sind, die bei Schätzung der Produktion angenommen wurden, oder die Methoden der Berechnung einzelner Kennziffern des Planes, die als Vergleich angeführt werden, so müssen die entsprechenden Kennziffern für das vorangegangene Jahr unbedingt umgerechnet werden nach der Methodologie und den Preisen, die im Plane des laufenden Jahres angenommen wurden.

- 8.) In der Berichterstattung muß der Betrieb sowohl der Produktion für den Berichtsmonat nach, als auch der Produktion vom Beginn des Quartals und vom Beginn des Jahres nach zu der Eigentumsform oder zu der Form der Unterordnung gehören, die zum Zeitpunkt der Berichterstattung besteht.

Um die tatsächliche Erfüllung dem Plan gegenüberstellen zu können, muß der Plan entsprechend der Übergabe eines Betriebes aus einer Eigentumsform in die andere oder aus einer Form der Unterordnung in die andere korrigiert werden.

- 9.) Wenn sich der Betrieb geteilt oder sich mit einem anderen Betrieb verschmolzen hat, so müssen im Bericht alle Kennziffern für die vorangegangene Periode (für den vorangegangenen Monat, für den entsprechenden Monat und das Quartal des vergangenen Jahres, für die ganze Periode des vergangenen Jahres) der neuen Zusammensetzung des Betriebes entsprechend angeführt werden.

¹ Die Anweisungen gingen gemeinsam mit den „Grundbestimmungen“ (Dokument 8) mit Schreiben vom 21.1.1950 von Koval' an Planungsminister Heinrich Rau.

- 10.) Die Produktion der im Laufe des Berichtsjahres (Quartals) liquidierten Betriebe für die Zeit ihrer Tätigkeit muß in den Bericht in der Spalte von Beginn des Jahres an (von Beginn des Quartals) im Laufe aller nachfolgenden Monate einbezogen werden.

Leiter der Abteilung Wirtschaftsplanung
der Sowjetischen Kontrollkommision
in Deutschland

Chomjakov

Quelle: BAP, DE-1,11518 (Ministerium für Planung), Bl. 3-4.

Dokument 10

**Verzeichnis führender Mitarbeiter der Sowjetischen
Kontrollkommission in Deutschland, 1950**

Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland¹

Vorsitzender Vasilij Ivanovič Čujkov, Armeegeneral

Stellv[ertretende] Vorsitzende Ivan Fedorovič Semičastnov, A. F. Kabanov, M. I. Pere-
livčenko, K. I. Koval', G. S. Bykov

Politischer Berater beim Vorsitz[enden] d[er] SKK
Botschafter Vladimir Semenovič Semenov

Stell[vertreter des Politischen Beraters] I. I. Il'ičev,
V. F. Razin

Chef der Kanzlei der SKK² N. A. Borzov
Oberst Kijatkin, M. M.
Generaloberst B. Z. Kobulov³

Verbindungsstelle
N. A. Pirogov, Oberst

Vorsitzender

der SKK Stadt Berlin	Sergej Alekseevič Den'gin
der SKK Brandenburg	Grigorij Nikitovič Malkin
der SKK Thüringen	Stepan Zacharovič Pan'sin
der SKK Sachsen	Sergej Ivanovič Urazov
der SKK Sachsen-Anhalt	Generalmajor [I.V.] Pančuk
der SKK Mecklenburg	Generalmajor [P. A.] Usov

Quelle: SAPMO BArch, NY 4036/736, Bl. 1.

¹ Dies ist der Originaltitel des Verzeichnisses. Das undatierte Dokument gibt den Stand ab Mai bis vermut-
lich Oktober 1950 wieder. Die Schreibweise der Namen und die Bezeichnungen der Struktureinheiten wur-
den vereinheitlicht.

² Im Original: Chef der Verwaltung SKK.

³ Im Original fälschlich: W.S. Kabulow. Eine handschriftliche Ergänzung in Klammern hinter dem Namen:
[Renegat]. Sie kann frühestens aus der Zeit nach dem Juni 1953 stammen.

Dokument 11

Protokoll-Verzeichnis der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland zum 20. Februar 1951¹

Armeegeneral Čujkov, V. I.

Oberkommandierender der Gruppe der Sowjetischen Besatzungsstruppen,
Vorsitzender der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Semičastnov, I. F.

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Semenov, V. S.

Politischer Berater beim Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Bykov, G. S.

Stellvertreter des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Generaloberst Kobulov, B. Z.

Stellvertreter des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Davydov, S. P.

Stellvertreter des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Il'ičev, I. I.

Stellvertreter des Politischen Beraters beim Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Den'gin, S. A.

Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin

Vtjurin, B. V.

Chef des Sekretariats der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Mel'nikov, N. I.

Leiter der Verwaltung für Reparationen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Bakulin, I. S.

Stellvertreter des Politischen Beraters beim Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Eliseev, E. T.

Stellvertreter des Politischen Beraters beim Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Stroganov, M. V.

Stellvertreter des Vertreters der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin

Oberst Kijatkin, M. M.

Leiter der Abteilung für Information der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

¹ Diese Veröffentlichung beruht nicht auf der seinerzeit angefertigten und überlieferten deutschen Übersetzung, sondern auf dem russischen Original, Übersetzung E.S. Die Schreibweise der Namen und die Bezeichnungen der Struktureinheiten wurden in dieser Dokumentation vereinheitlicht.

Chomjakov, B. A.

Leiter der Abteilung für Wirtschaftsfragen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Zverev, B. A.

Leiter der Abteilung für Finanzen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Kozlov, A. I.

Leiter der Abteilung für Industrie der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Bušmanov, P. G.

Gehilfe des Politischen Beraters beim Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Romanov, I. M.

Gehilfe des Politischen Beraters beim Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Micheev, G. N.

Gehilfe des Politischen Beraters beim Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Zajcev, I. A.

Abteilungsleiter im Apparat des Politischen Beraters beim Vorsitzenden der SKK in Deutschland

Nalivajko, B. Ja.

Leiter der Visum-Abteilung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Oberstleutnant Ljul'ka, P. S.

Amtierender Leiter der Abteilung für Verwaltungsfragen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Noskov, N. N.

Amtierender Leiter der Abteilung für Transport und Nachrichtenwesen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Nemčinov, V. I.

Chefredakteur der Zeitung *Tägliche Rundschau*

Generalmajor Rodionov, A. P.

Kommandant der Zentralen Militärkommandantur der Stadt Berlin

Susin, A. F.

Stellvertreter des Vertreters der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin

Ingenieur-Oberst Gromov, S. A.

Stellvertreter des Leiters der Verwaltung für Reparationen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Petrov, G. S.

Stellvertreter des Leiters der Verwaltung für Reparationen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Strel'cov, A. N.

Stellvertreter des Leiters der Verwaltung für Reparationen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Oberst Andreev, K. E.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Information der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Oberst Illarionov, A. P.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Information der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Oberst Fadejkin, I. A.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Information der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Oberst der Justiz Titov, F. D.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Verwaltungsfragen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Matveev, L. M.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Wirtschaftsfragen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Beschlebnj, A. F.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Industrie der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Egorov, I. N.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Finanzen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Šinkov, N. N.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Wirtschaftsfragen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Oberst Pastuchov, P. I.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Verwaltungsfragen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Gusev, A. A.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Industrie der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Šišov, B. Ja.

Amtierender Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Transport und Nachrichtenwesen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Oberstleutnant Vlasov, S. E.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Verwaltungsfragen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Odinokov, B. D.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Wirtschaftsfragen der SKK in Deutschland

Postnikov, A. P.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Wirtschaftsfragen der SKK in Deutschland

Tarasov, A. A.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Industrie der SKK in Deutschland

Vislousov, A. A.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Wirtschaftsfragen der SKK in Deutschland

Ignatov, I. D.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Wirtschaftsfragen der SKK in Deutschland

Sirotn, P. K.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Wirtschaftsfragen der SKK in Deutschland

Oberst Veršin, M. I.

Leiter der Unterabteilung für Repatriierung²

Abteilungen für Protokoll und Verbindung

Oberst Pirogov, N. A.

Leiter der Abteilung Protokoll und Verbindung

Šajtan, A. A.

Leiter der Abteilung Verbindungen der Vertretung der SKK in Berlin

Oberst Kardašev, V. P.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung Protokoll und Verbindung

Hauptmann Lebedev

Dolmetscher

Oberleutnant Jakušev, P. P.

Verbindungsoffizier der Abteilung Protokoll und Verbindung

Deržavin, V. M.

Dolmetscher der Abteilung Protokoll und Verbindung

Vertretungen der SKK in den Ländern

Malkin, G. N.

Vertreter der SKK im Land Brandenburg

Urazov, S. I.

Vertreter der SKK im Land Sachsen

Pan'šin, S. Z.

Vertreter der SKK im Land Thüringen

Generalmajor Usov, [P. A.]

Vertreter der SKK im Land Sachsen-Anhalt

Zolotuchin, A. I.

Vertreter der SKK im Land Mecklenburg

Quelle: SAPMO BArch, NY 4090/315, Bl. 241–246 (russisch), Bl. 248–251 (deutsch).

Das gleiche Dokument befindet sich in: SAPMO BArch, NY 4182/1194, Bl. 191–196 (russisch), Bl. 187–190 (deutsch).

² In der deutschen Originalübersetzung fälschlich: Chef der Reparationsabteilung

Dokument 12

**Protokoll-Verzeichnis der Amtspersonen der Sowjetischen
Kontrollkommission und der Gruppe der Sowjetischen
Besatzungsstruppen in Deutschland nach dem 25. Juni 1952¹**

Armeegeneral Čujkov, V. I.

Oberkommandierender der Gruppe der Sowjetischen Besatzungsstruppen [in Deutschland],
Vorsitzender der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Semičastnov, I. F.

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Semenov, V. S.

Politischer Berater beim Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutsch-
land

Generaloberst Kobulov, B. Z.

Stellvertreter des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Maširin, A. F.

Stellvertreter des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Perelivčenko, M. I.

Stellvertreter des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Petrov, A. M.

Stellvertreter des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Den'gin, S. A.

Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin

Bakulin, I. S.

Stellvertreter des Politischen Beraters beim Vorsitzenden der SKK in Deutschland

Eliseev, E. T.

Stellvertreter des Politischen Beraters beim Vorsitzenden des SKK in Deutschland

Generalmajor Dibrova, P. A.

Militärkommandant der Zentralen Kommandantur der Stadt Berlin

Mel'nikov, N. I.

Leiter der Verwaltung für Reparationen der SKK in Deutschland

Strel'cov, A. N.

Stellvertreter des Leiters der Verwaltung für Reparationen der SKK in Deutschland

Petrov, G. S.

Stellvertreter des Leiters der Verwaltung für Reparationen der SKK in Deutschland

Chronov, G. G.

Leiter der Abteilung für Verwaltungsfragen der SKK in Deutschland

¹ Das Verzeichnis ging am 28. Juni 1952, die Ergänzung vom 24. Juli nachträglich bei der Regierungskanzlei der DDR ein. Beides wurde dort ins Deutsche übersetzt. Die russischen Originale liegen nicht vor. Die Schreibweise der Namen und die Bezeichnungen der Struktureinheiten wurden hier vereinheitlicht.

Oberst Pastuchov, P. I.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Verwaltungsfragen der SKK in Deutschland

Oberst Titov, F. D.

Leiter einer Unterabteilung der Abteilung für Verwaltungsfragen der SKK in Deutschland

Runenko, A. V.

Leiter einer Unterabteilung der Abteilung für Verwaltungsfragen

Micheev, G. N.

Gehilfe des Politischen Beraters beim Vorsitzenden des SKK in Deutschland

Šiljakov, G. V.

Gehilfe des Politischen Beraters beim Vorsitzenden der SKK in Deutschland

Blatov, A. I.

Abteilungsleiter im Apparat des Politischen Beraters beim Vorsitzenden der SKK in Deutschland

Baškin, L. A.

Abteilungsleiter im Apparat des Politischen Beraters beim Vorsitzenden der SKK in Deutschland

Matveev, A. G.

Gehilfe des Politischen Beraters beim Vorsitzenden der SKK in Deutschland

Chomjakov, B. A.

Leiter der Abteilung für Wirtschaftsfragen der SKK in Deutschland

Matveev, L. M.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Wirtschaftsfragen der SKK in Deutschland

Odinokov, B. D.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Wirtschaftsfragen der SKK in Deutschland

Baturin, N. A.

Leiter der Außenhandelsstelle der Abteilung für Wirtschaftsfragen der SKK in Deutschland

Postnikov, A. P.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Wirtschaftsfragen der SKK in Deutschland

Sirotin, P. K.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Wirtschaftsfragen der SKK in Deutschland

Beschlebynj, A. F.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Industrie der SKK in Deutschland

Gusev, A. A.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Industrie der SKK in Deutschland

Tarasov, A. A.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Industrie der SKK in Deutschland

Orlov, A. L.

Leiter der Abteilung für Information der SKK in Deutschland

Oberst Kostenko, N. D.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Information der SKK in Deutschland

Oberst Ljul'ka, P. S.

Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Information der SKK in Deutschland

Oberst Danilov, V. T.
Leiter der Propagandaabteilung der Abteilung für Information der SKK in Deutschland

Bobunov, K. A.
Leiter einer Unterabteilung der Abteilung für Information der SKK in Deutschland

Popov, P. K.
Leiter einer Unterabteilung der Abteilung für Information der SKK in Deutschland

Oberst Kijatkin, M. M.
Abteilungsleiter der SKK in Deutschland

Fadejkin, I. A.
Stellvertreter des Abteilungsleiters der SKK in Deutschland

Šinkov, N. N.
Stellvertreter des Abteilungsleiters der SKK in Deutschland

Generaldirektor Voroničev, M. P.
Leiter der Abteilung für Transport und Nachrichtenwesen der SKK in Deutschland

Direktor-Oberst vom Lokdienst, Šišov, B. Ja.
Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Transport und Nachrichtenwesen der SKK in Deutschland

Goluškov, P. F.
Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Transport und Nachrichtenwesen der SKK in Deutschland

Direktor-Oberst vom Lokdienst, Kalabuškin, A. [...]*.
Unterabteilungsleiter für Eisenbahntransport der Abteilung für Transport und Nachrichtenwesen der SKK in Deutschland

Sitnin, V. K.
Leiter der Abteilung für Finanzen der SKK in Deutschland

Egorov, I. N.
Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Finanzen der SKK in Deutschland

Micheenko, [...]*. V.
Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Finanzen der SKK in Deutschland

Oberst Susin, A. F.
Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Staatsaufbau

Galkin, A. M.
Leiter einer Unterabteilung und Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Staatsaufbau

Oberst Kocjuba, I. A.
Leiter der Abteilung Protokoll und Verbindung der SKK in Deutschland

Major Kondračuk, B. [...]*.
Stellvertreter des Leiters der Abteilung Protokoll und Verbindung der SKK in Deutschland

Deržavin, V. M.
Referent

Bogomolov, A. Ja.
Dolmetscher

Uval'skij, N. T.

Dolmetscher

Beklešev, A. M.

Stellvertreter des Vertreters der SKK in Berlin

Oberst Primakov, A. F.

Leiter der Abteilung für Verwaltungsfragen der Vertretung der SKK in Berlin

Oberstleutnant Šajtan, A. A.

Leiter der Abteilung Verbindung mit den Besatzungsbehörden der Vertretung der SKK in Berlin

Stupov, A. D.

Leiter der Abteilung für Landwirtschaft

Zmienko, P. [...]*

Leiter des Büros und Stellvertreter des Abteilungsleiters

Panin, O. S.

Stellvertretender Leiter der Visum-Abteilung der SKK in Deutschland

Oberst Sokolov, M. P.

Chefredakteur der Zeitung *Tägliche Rundschau*

**Vertreter der Gruppe der Sowjetischen Besatzungsgruppen
in Deutschland (GSOVG)**

Generaloberst Ivanov, S. P.

Generalleutnant Pigurnov, A. P.

Generaloberst Fedjuninskij, [I. I.]

Generalmajor Duboskoj, F. A.

Generalleutnant Anisimov, N. P.

Generalmajor Mernov, V. F.

Generalmajor Trusov

Generalleutnant Sladkevič

Generalleutnant Pavlovskij, K. N.

Der Leiter der Abteilung Protokoll
und Verbindung der Sowjetischen
Kontrollkommission in Deutschland

/K o c j u b a /

(Ergänzung vom 24. Juli 1952)

Kaverznev, M. K.

Stellvertreter des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Generalleutnant Kosjakin, V. V.

Gehilfe des Oberkommandierenden der Gruppe Sowjetischer Okkupationstruppen in Deutschland

Generalmajor Makarov, F. A.

Leiter der Militärabteilung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Oberst Černomorov, S. V.

Leiter der Luftkampfabteilung der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland

Kapitän 1. Ranges Starostin, V. M.

Leiter der Abteilung Kriegsschiffahrt der Sowjetischen Kontrollkommission in
Deutschland

* Die Initiale für den Vornamen/Vatersnamen ist nicht eindeutig zu bestimmen – in der wissenschaftlichen Umschrift könnte sie „E.“, „I.“, „Ja.“ oder „Ju.“ lauten.

Quelle: SAPMO BArch, NY 4090/316, Bl. 57–63.

Anlage 1

**Personalbestand der Sowjetischen Kontrollkommission
in Deutschland 1949/50**

lfd. Nr.	Struktureinheit	Stellenplan Stand 19. Nov. 1949 ¹	freie Stellen 1950 Jan./März
1	SKK-Führung	29	---
2	Verwaltung für Reparationen (davon SVA-Verlag: 142)	625 ²	---/62
3	Abteilung für Verwaltungsfragen	73	2/1
4	Apparat des Politischen Beraters	140	38/37
5	Abteilung für Wirtschaftsplanung ³	80	---
6	Abteilung für Finanzen	49	1/1
7	Abteilung für Industrie	132	3/8
8	Abteilung für Materialbilanzen und Handel ⁴	180	10/10
9	Abteilung für Transport (später Transport und Nachrichtenwesen)	281 [340]	10/24
10	Abteilung für Information	144	5/14
11	Abteilung für Kontrolle über wissenschaftlich-technische und Forschungstätigkeit	10 ⁵ [14]	2/3
12	Politische Abteilung	69	---/3
13	Kanzlei davon: Leitung (5), Militärabteilung (88), Abteilung Kriegsschiffahrt (15), Abteilung Luftsicherheit und Überflüge (18), Abteilung Gefechtsausbildung (8), Nachrichtenabteilung (59), Abteilung Protokoll und Verbindung (35), Abteilung Repatriierung und Suche nach sowjetischen Bürgern (12), 8. Abteilung (26), Allgemeine Abteilung (34), Abteilung Wirtschaftsverwaltung (132), Finanzabteilung (17), Militärstation der Staatsbank (20), Kommandantur/Büro für Passierscheine (14)	483 [427]	14/24
14	Kaderabteilung	24	---/1
15	Redaktion der Zeitung und Verlag <i>Tägliche Rundschau</i>	67	11/30
16	Redaktion der Zeitschrift <i>Sovetskoe Slovo</i>	46	1/3
17	Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin	6	---
18	Vertretungen der SKK in den Ländern und Großstädten davon: Mecklenburg (134), Brandenburg (133), Sachsen (149), Sachsen-Anhalt (143), Thüringen (137), Berlin (127), in anderen Großstädten zusammen (230)	1053 [1055]	33/71
19	Dienstleistungseinrichtungen, davon: Militärpoststation (14), Lager Nr. 226 – für Repatrierte – (140), Bereich Wohnungswirtschaft (140), Kindergarten (14), Kinderkrippe (32)	340	---/8
insgesamt		3831 [3840]	173/300

Hinweise:

- 1 In Klammern [] – Stand vom März 1950.
- 2 Mit Stand vom 23.1.1950: 483; dafür wurden 142 Stellen für den SVA-Verlag getrennt geführt. Die Statistiken vom November 1949 und vom März 1950 summieren 625 unter „Verwaltung für Reparationen“.
- 3 In deutschen Quellen oft „Planökonomische Abteilung“ genannt.
- 4 In russischen Quellen ab 1950 auch „Abteilung für Materialbilanzen und Außenhandel“ genannt.
- 5 Schon im Januar 1950 auf 14 erhöht.

Quellen: AVP RF, fond 082, opis' 37, papka 206, delo 41, listy 4–6, 58–60; fond 458, opis' 902, papka 812, delo 5, listy 6–7.

Anlage 2

Besetzung der obersten Führungspositionen der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 – 1953¹

	1949		1950, Quartal				1951, Quartal				1952, Quartal				1953, Quartal	
	Nov.		I.	II.	III.	IV.	I.	II.	III.	IV.	I.	II.	III.	IV.	I.	II.
Vors. der SKK V. I. Čujkov																
1. Stellv. d. Vors. I. F. Semičastnov																
Politischer Berater V. S. Semenov																
Stellvertreter d. Vors. SAG B. Z. Kobulov																
1. Stellv. für Wirtschaftsfragen K. I. Koval ¹																
Stellv. d. Vors. [Ind.] M. I. Perelivčenko																
Stellv. d. Vors. [Adm.] A. F. Kabanov																
Stellv. d. Vors. G. S. Bykov																
Stellv. d. Vors. S. P. Davydov																
Stellv. d. Vors. A. F. Mašinn ²																
Stellv. d. Vors. A. M. Petrov																
Stellv. d. Vors. M. K. Kaverznev																
Berlin																
A. G. Kotikov																
S. A. Den'gin																
D. G. Dubrovskij																
Sachsen																
S. I. Urazov																
Sachsen-Anhalt																
I. V. Pančuk																
P. A. Usov																
Thüringen																
I. S. Kolesničenko																
S. Z. Pan'šin																
Brandenburg																
V. M. Šarov																
G. N. Malkin																
Mecklenburg																
P. A. Usov																
A. I. Zolotuchin																

■ Ausübung einer Führungsfunktion in der SKK

■ Einsatz außerhalb bzw. nach Auflösung der SKK

Hinweise:

- ¹ Die Übersicht wurde von der Verfasserin anhand verschiedener Quellen zusammengestellt.
- ² Anstelle Maširins kam per Sekretariatsbeschluß des ZK der KPdSU vom 30.3.1953 P. M. Silujanov. Zu dessen Herkunft, Qualifikation und weiterer Karriere ist nichts bekannt.
- ³ Ende April übernahm kurzfristig Kotikovs Stellvertreter A. I. Elizarov die Leitung der Berliner Vertretung.

Anlage 3

Verzeichnis der im Februar 1950 für ungültig erklärten SMAD-Befehle und solcher, die durch deutsche Bestimmungen ersetzt werden sollten

Nach Prüfung teilte die SKK im Februar 1950 mit, welche SMAD-Befehle, „die bis zum heutigen Tage als Gesetze oder Verfügungen in Kraft sind“,

a) außer Kraft gesetzt werden, „da sie der neuen Lage nicht entsprechen“ (Liste 1):

51/4.9.45	61/14.3.47	267/4.12.47
65/15.9.45	75/3.4.47	282/26.12.47
56/17.2.46	159/27.6.47	90/23.7.49
301/12.10.46	163/30.6.47	
361/27.12.46	0328/19.9.47 ¹	

b) durch entsprechende Bestimmungen und Verfügungen der Provisorischen Regierung der DDR bzw. Ministerien/Ämter ersetzt werden und somit bis zur Veröffentlichung der deutschen Bestimmungen in Kraft bleiben sollen (Liste 2):

7/29.8.45 ²	225/26.7.46	273/11.12.47
98/18.10.45	258/26.8.46	1/2.1.48
128/1.11.45	297/3.10.46	17/2.2.48
135/3.11.45	337/9.12.46	18/3.2.48
150/29.11.45	338/10.12.46	44/18.3.48
153/29.11.45	9/8.1.47	60/12.4.48
160/3.12.45	10/8.1.47	114/30.6.48
0126/28.12.45 ³	28/28.1.47	157/1.10.48
23/25.1.46	39/19.2.47	161/11.10.48
49/12.2.46	56/13.3.47	0472/16.12.48 ⁶
55/16.2.46	87/12.4.47	086/1.3.49 ⁷
63/26.2.46	136/3.6.47	66/19.5.49
99/3.4.46	0208/28.6.47 ⁵	0356/10.8.49 ⁸
105/4.4.46	212/15.9.47	0366/18.8.49 ⁹
106/5.4.46	213/15.9.47	0406/10.9.49 ¹⁰
109/8.4.46	216/18.9.47	113/10.9.49
208/17.7.46	221/27.9.47	
220/19.7.46	224/30.9.47	
0260/2.8.47 ⁴	234/9.10.47	

Hinweise:

- 1 Über das Verbot von unmittelbaren Beziehungen mit Vertretern ausländischer Staaten für Mitarbeiter deutscher Verwaltungen.
- 2 Über die Festlegung der Grenzen der Eisenbahndirektionen der SBZ.
- 3 Über die Ausführung von Urteilen der Militärtribunale, die sich auf die Konfiszierung des Vermögens verurteilter Deutscher beziehen.
- 4 Über die Regulierung der Konfiszierung von Vermögen verurteilter Deutscher laut Urteilen der Militärtribunale.
- 5 Über die Regelung der Realisierung von Waren und Frachten, die von den Kontroll- und Passagierstellen der SMAD beschlagnahmt worden sind.
- 6 Über die Kontrolle der deutschen bakteriologischen Institutionen.
- 7 Über die Lieferung von Kuttern für den Grenz- und Zolldienst der SBZ.
- 8 Über den Bau eines zweiten Gleises der Eisenbahnstrecke Aue-Johanngeorgenstadt.
- 9 Über die Rekonstruktion der Autobahn Eibenstock-Johanngeorgenstadt.
- 10 Über die Warenlieferung an Polen und an die Tschechoslowakei nach Handelsverträgen für die Jahre 1949–1950.

Die nicht in Fußnoten erläuterten Befehle sind erschließbar über: Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949 – Offene Serie –, zusammengestellt und bearbeitet von Jan Foitzik, München u.a. 1995

Quelle: Schreiben des Vorsitzenden der SKK Čujkov an den Stellvertreter des Ministerpräsidenten der DDR Ulbricht, o.D. [Anfang Februar 1950], SAPMO BArch, NY 4182/1194; Bl. 59–66.

Gedruckte Quellen und Literatur

- Abrassimow, Pjotr A.: 300 Meter vom Brandenburger Tor. Erinnerungen eines Botschafters, Berlin 1985.
- Adibekov, G.M.: Kominform i poslevoennaja Evropa [Das Kominform und das Nachkriegseuropa], Moskva 1994.
- Akinscha, Konstantin/Koslow, Grigori: Beutekunst. Auf Schatzsuche in russischen Geheimdepots, München 1995.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, München 1989; Bd. 2, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, München 1990.
- Arbatow, Georgi: Das System. Ein Leben im Zentrum der Sowjetpolitik, Frankfurt/Main 1993.
- Arlt, Kurt: Das Wirken der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) im Spannungsfeld zwischen den Beschlüssen von Potsdam und den sicherheitspolitischen Interessen Moskaus 1945–1949, in: Thoß, Volksarmee, S. 91–139.
- Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Köln 1972.
- Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hrsg.): Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994.
- Badstübner, Rolf: „Beratungen“ bei Stalin. Neue Dokumente, in: Utopie kreativ, Heft 7, März 1991, S. 99–116.
- Badstübner, Rolf: Die sowjetische Deutschlandpolitik im Lichte neuer Quellen, in: Loth, Deutsche Frage, S. 102–135.
- Badstübner, Rolf: Friedenssicherung und deutsche Frage. Vom Untergang des „Reiches“ bis zur deutschen Zweistaatlichkeit (1943 bis 1949), Berlin 1990.
- Badstübner, Rolf: Zum Problem der historischen Alternativen im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Neue Quellen zur Deutschlandpolitik der KPdSU und SED, in: BzG 33/1991, S. 579–592.
- Bailey, George/Kondraschow, Sergej A./Murphy, David E.: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997.
- Baring, Arnulf: Der 17. Juni 1953, Stuttgart 1983 (2).
- Belezkij, Viktor N.: Die Politik der Sowjetunion in den deutschen Angelegenheiten in der Nachkriegszeit 1945–1976, Berlin 1977.
- Bennewitz, Inge/Potratz, Rainer: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze, Analysen und Dokumente, Berlin 1994.
- Benser, Günter/Heitzer, Heinz: Die Gründung der DDR – Ergebnis einer erfolgreichen Volksbewegung, in: ZfG 26/1978, S. 209–213.
- Berschow, Valentin M.: Ich war Stalins Dolmetscher. Hinter den Kulissen der politischen Weltbühne, München 1991.
- Berija: Konec kar'ery, (Sammlung von Dokumenten, zusammengestellt und redigiert von V. F. Nekrasov), Moskva 1991.
- Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München 1993.
- Besymenski, Lew: 1953 – Berija will die DDR beseitigen, in: Die Zeit vom 15.10.1993, S. 81–83.
- Bloch, Peter: Zwischen Hoffnung und Resignation. Als CDU-Politiker in Brandenburg 1945–1950, hrsg. von Siegfried Suckut, Köln 1986.
- Bokow, Fjodor F.: Frühjahr des Sieges und der Befreiung, Berlin 1979.
- Bonwetsch, Bernd: Deutschlandpolitische Alternativen der Sowjetunion, 1949 bis 1955, in: Deutsche Studien 22/1986, S. 320–340.
- Bonwetsch, Bernd/Bordjugov, Gennadij: Die SED und die guten Erfahrungen der Sowjetunion: Pieck und Grotewohl informieren sich in Moskau, 25.3.–1.4.1948, in: Deutsche Studien 31/1994, S. 95–107.
- Bonwetsch, Bernd/Bordjugov, Gennadij: Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar bis 7. Februar 1947, in: VfZ 42/1994, S. 279–303.
- Brandt, Heinz: Die sowjetische Deutschlandpolitik im Frühsommer 1953 aus der Sicht fortschrittlicher Kräfte in der SED, in: Osteuropa 15/1965, S. 369–377.

- Brzezinski, Zbigniew K.: *Der Sowjetblock*, Köln/Berlin (West) 1962.
- Buchheim, Hans: *Deutschlandpolitik 1949–1972. Der politisch-diplomatische Prozeß*, Stuttgart 1984 (Schriftenreihe der VfZ, Bd. 49).
- Buchheim, Christoph (Hrsg.), *Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR*, Baden-Baden 1995.
- Buddrus, Michael: „... Im Allgemeinen ohne besondere Vorkommnisse“. Dokumente zur Situation des Strafvollzugs der DDR nach der Auflösung der sowjetischen Internierungslager 1949–1951, in: DA 29/1996, S. 10–33.
- Buttlar, Walrab von: *Ziele und Zielkonflikte der sowjetischen Deutschlandpolitik 1945–1947*, Stuttgart 1980.
- Childs, David: *The GDR: Moscow's German Ally*, London/Boston 1983.
- Clay, Lucius D.: *Decisions in Germany*, Garden City 1950.
- Cold War International History Project. *Bulletin*, hrsg. Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington, D.C., Fall 1994, Issue 4, p. 35, 48 (Dokumentenauszug, hrsg. v. M. M. Narinsky).
- Creuzberger, Stefan: *Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949*, Melle 1991.
- Creuzberger, Stefan: *Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ*, Weimar, Köln, Wien 1996.
- Croan, Melvin: *Dependent Totalitarianism: The Political Process in East Germany*, Ph. Diss., Harvard 1960.
- Čuev, Feliks: *Sto sorok besed s Molotovym. Iz dnevnika F. Čueva* [Hundertvierzig Gespräche mit Molotov. Aus dem Tagebuch von F. Čuev], Moskva 1991.
- Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945–1949, hrsg. von einem Autorenkollektiv (Rolf Badstübner, Evemarie Badstübner-Peters, Günter Benser, Peter Kirste, Siegfried Kuntsche, Wolfgang Mühlfriedel), Berlin 1989 (Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, herausgegeben vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Band 9).
- Die auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Köln 1972.
- Die Deutschlandfrage von der staatlichen Teilung bis zum Tode Stalins, Berlin 1994.
- Die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR (Referate und Diskussionsbeiträge auf der XXII. Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR, 4./5. Juni 1974 in Berlin), Red. Harald Buttler, Berlin 1977.
- Die ersten Jahre. Erinnerungen an den Beginn der revolutionären Umgestaltungen, eingeleitet und zusammengestellt von Ilse Schiel, 2. Auflage, Berlin 1985.
- Die Sowjetunion und die Frage der Einheit Deutschlands und des Friedensvertrages mit Deutschland, Berlin 1952.
- Diedrich, Torsten: *Aufrüstungsvorbereitung und -finanzierung in der SBZ/DDR in den Jahren 1948 bis 1953 und deren Rückwirkung auf die Wirtschaft*, in: Thoß, Volksarmee, S. 273–336.
- Diedrich, Torsten: *Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk*, Berlin 1991.
- Dijk, Ruud van: *The German Question Dropped, Revisited and Frozen. The Kremlin, the East Germans and GDR in 1952–1953. Discussion paper prepared for the conference „Das Krisenjahr 1953 und der Kalte Krieg in Europa“*, Potsdam, November 10–12, 1996.
- Doernberg, Stefan: *Die Geburt eines neuen Deutschland 1945–1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR*, Berlin 1959.
- Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bde. I–IV, Berlin 1951–1954.
- Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, Berlin 1954.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik, II. Reihe, Bd. 2. *Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 7. September bis 31. Dezember 1949*, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters unter Mitarbeit von Daniel Hofmann, München 1996.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1: *Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 bis zur Erklärung über die Herstellung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954*, Berlin 1957.
- Dokumente zur Entwicklung der Beziehungen der DDR und der UdSSR. 1949 bis zur Gegenwart, herausgegeben von der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, Potsdam-Babelsberg, 1972.

- Dombračeva, T. V./Filitov, A. M.: Sovetskaja politika v germanskom voprose (1953–1955) – tri osnovnyh paradigma [Die sowjetische Politik in der deutschen Frage 1953–1955 – drei grundlegende Paradigmen], Manuskript von 1994.
- Duhnke, Horst: Stalinismus in Deutschland. Die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone, Köln 1955.
- Dunmore, Timothy: Soviet Politics 1945–53, New York 1984.
- Dymschitz, Alexander (Lwowitsch): Ein unvergeßlicher Frühling. Erinnerungen eines sowjetischen Kulturoffiziers, Berlin 1970.
- Eisert, Wolfgang: Die Waldheimer Prozesse. Der stalinistische Terror 1950. Ein dunkles Kapitel der DDR-Justiz, München 1993.
- Erler, Peter/Otto, Wilfriede/Prieß, Lutz: Sowjetische Internierungslager in der SBZ/DDR 1945 bis 1950, in: BzG 32/1990, S. 723–734.
- Ersil, Wilhelm: Adenauers Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren und die Politik gegenüber der DDR, in: Scherstjanoi, Provisorium, S. 163–169.
- Falin, Valentin: Politische Erinnerungen, München 1993.
- Fejtő, Francois: Die Geschichte der Volksdemokratien, Buch 1 – Ära Stalin 1945–1953, Frankfurt/Main 1988[2].
- Filipovych, D.N.: Sovetskaja Voennaja Administracija v Germanii: Voенно-političeskij aspekt dejatel'nosti (1945–1949 gg.) [Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland: der militärpolitische Aspekt ihrer Tätigkeit (1945–1949)], Moskva 1995.
- Filitov, Alexej M.: The Soviet Policy and Early Years of Two German States, 1949–1961, Referat auf der Konferenz zur sowjetischen Deutschlandpolitik, Essen Juni 1994, unveröffentlichtes Skript.
- Filitov, Alexej M.: V komissijach Narkomindela [In den Kommissionen des Narkomindel (Volkskommissariats für Äußere Angelegenheiten)], in: Vtoraja mirovaja vojna. Aktual'nye problemy [Der Zweite Weltkrieg. Aktuelle Probleme], Moskva 1995, S. 54–71.
- Filitov, Alexej M.: Germanskij vopros: ot raskola k ob''edineniju. Novoe pročtenie [Die deutsche Frage: von der Teilung bis zur Vereinigung. Eine neue Lesart], Moskva 1993.
- Filitov, Alexej M.: Perelomnyj 1953–yj: Dynamika peremen v mirovoj i sovetskoj vnešnej politike [Das Wendejahr 1953: Die Dynamik der Veränderungen in der internationalen Politik und der sowjetischen Außenpolitik], Vortrag auf der Konferenz „Das Krisenjahr 1953 und der Kalte Krieg in Europa“, Potsdam, 10.–12. November 1996.
- Finley, David D.: Soviet Foreign Policy Decision Making, Stanford, Ph. Diss. 1966.
- Fisch, Jörg: Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992.
- Fischer, Alexander/Lipinsky, Jan: Die sowjetischen Speziallager Buchenwald und Fünfeichen – Erkenntnisse aus sowjetischen Archiven, in: Deutsche Studien 31/1994, S. 38–56.
- Fischer, Alexander: Die Sowjetunion und die „deutsche Frage“ 1945–1949, in: Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konflikts 1945–1949, Berlin 1984, S. 41–57.
- Flocken, Jan von/Klonovsky, Michael: Stalins Lager in Deutschland 1945–1950. Dokumentation, Zeugenberichte, Berlin, Frankfurt/Main 1991.
- Flocken, Jan von/Scholz, Michael F.: Ernst Wollweber. Saboteur Minister Unperson, Berlin 1994.
- Foitzik, Jan: Berichte des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland aus den Jahren 1953/54. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des deutschen Bundestages), Bd. II.2, S. 1350–1541.
- Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: SBZ-Handbuch: staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, hrsg. von Martin Broszat u. Hermann Weber, München 1990, S. 7–69.
- Foitzik, Jan: Befehls- und Kommunikationsstruktur der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: Schönhoven, Klaus/Staritz, Dietrich (Hrsg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel: Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 324–351.
- Foitzik, Jan: Zur Situation in Moskauer Archiven, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1993, Berlin 1993, S. 299–308.
- Foitzik, Jan: Sowjetische Hegemonie und Kommunismus in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, B 37–38/96, S. 29–37.

- Foschepoth, Josef (Hrsg.): *Adenauer und die Deutsche Frage*, Göttingen, Zürich 1988.
- Fragen des Aufbaus eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden deutschen Staates (Übersetzung aus dem Russischen), Berlin 1952.
- Freundschaft DDR – UdSSR. Dokumente und Materialien, Berlin 1965.
- Freundschaft für immer. Deutsche Genossen berichten über die Tradition der deutsch-sowjetischen Freundschaft, Berlin 1960.
- Freundschaft – Werden und Wachsen (1945–1949). Ausgewählte Dokumente und Materialien zur Entwicklung des Freundschafts- und Bruderbundes zwischen der Sowjetunion und der DDR, eingeleitet und ausgewählt von Friedrich Beck, Kurt Libera, Hans-Joachim Schreckenbach und Werner Völk, Potsdam 1975.
- Fricke, Karl Wilhelm/Marquardt, Bernhard: *DDR-Saatsicherheit. Das Phänomen des Verrats – Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB*, Bochum 1995.
- Fricke, Karl Wilhelm: *Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968*, Köln 1979.
- Fritsch-Bourmazel, Renata: *Die Sowjetunion und die deutsche Teilung. Die sowjetische Deutschlandpolitik von 1945–1979*, Opladen 1979.
- Gall, Wladimir: *Mein Weg nach Halle*, Berlin 1988.
- Germanskaja Demokratičeskaja Respublika (nekotorye dokumenty i materialy) [Die Deutsche Demokratische Republik (einige Dokumente und Materialien)], hrsg. vom Otdel informacii Sovetskoj Kontrol'noj Komissii v Germanii [Abteilung für Information der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland], Berlin 1952.
- Geyer, Dietrich: *Von der Kriegskoalition zum Kalten Krieg, I: 1917–1955*, in: *Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion, Außenpolitik 1917–1955*, Köln und Wien 1972, S. 341–383.
- Geyer, Dietrich: *Deutschland als Problem der sowjetischen Europapolitik am Ende des Zweiten Weltkrieges*, in: Foschepoth, Josef (Hrsg.), *Kalter Krieg und deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952*, Göttingen/Zürich 1985, S. 50–65.
- Glaser, Günther: *„Reorganisation der Polizei“ oder getarnte Bewaffnung der SBZ im Kalten Krieg? Dokumente und Materialien zur sicherheits- und militärpolitischen Weichenstellung in Ostdeutschland 1948/49*, Frankfurt/Main 1995.
- Gniffke, Erich W.: *Jahre mit Ulbricht*, Köln 1966.
- Graml, Hermann: *Die Legende von der verpaßten Gelegenheit*, in: *VfZ 29/1981*, S. 307–341.
- Gromyko, Andrej: *Memories*, London 1989.
- Haffner, Friedrich: *Das System der Leitung und Planung der Volkswirtschaft in der DDR und in der Sowjetunion*, in: Mampel, Siegfried/Thalheim, Karl C. (Hrsg.): *Die DDR. Partner oder Satellit der Sowjetunion (Jahrbuch der Gesellschaft für Deutschlandforschung 1979)*, München 1980, S. 73–114.
- Hagen, Manfred: *DDR – Juni '53: die erste Volkserhebung im Stalinismus*, Stuttgart 1992.
- Hahn, Werner G.: *Postwar Soviet Politics. The Fall of Zhdanov and the Defeat of Moderation, 1946–1953*, Ithaca, London 1982.
- Hajna, Karl-Heinz: *Länder – Bezirke – Länder. Zur Territorialstruktur im Osten Deutschlands 1945–1990*, Frankfurt/Main u.a. 1995.
- Hänisch, Werner: *Außenpolitik und internationale Beziehungen der DDR, Bd. 1, 1949–1955*, Berlin 1972.
- Harrison, Hope M.: *The Bargaining Power of Weaker Allies in Bipolarity and Crisis: The Dynamics of Soviet-East German Relations, 1953–1961*, Dissertation, Columbia University 1993.
- Hegemann, Margot: *Zum Prozeß der Verankerung der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft, in: Die DDR in der Übergangsperiode. Studien zur Vorgeschichte und Geschichte der DDR 1945 bis 1961*, hrsg. von Rolf Badstübner und Heinz Heitzer, 2. Aufl., Berlin 1979, S. 85–115.
- Heider, Magdalena: *Politik – Kultur – Kulturbund. Zur Gründungs- und Frühgeschichte des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945–1954 in der SBZ/DDR*, Köln 1993.
- Heitzer, Heinz: *Die Bildung der Provisorischen Regierung*, in: Scherstjanoi, Provisorium, S. 313–321.
- Henke, Josef/Oldenhage, Klaus: *Office of Military Government for Germany (U.S.)*, in: Weisz, Christoph (Hrsg.): *OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949*, München 1994, S. 1–142.
- Herbst, Ludolf: *Abhängigkeit oder Interdependenz? (Kommentar)*, in: Kocka, Jürgen/Sabrow, Martin (Hrsg.): *Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven*, Berlin 1994, S. 186–190.

- Hershberg, James G.: Soviet Archives: The Opening Door, in Bulletin of the Cold War International History Project, Issue 1, Woodrow Wilson International Center of Scholars, Washington D.C., Spring 1992, S. 1, 12–15, 23–27.
- Hillgruber, Andreas: Alliierte Pläne für eine „Neutralisierung“ Deutschlands 1945–1955, Opladen 1987.
- Hillgruber, Andreas: Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit 1945–1963, 4. Aufl., München 1993.
- History of the Allied High Commission for Germany. Its Establishment, Structure and Proceedings, Frankfurt/Main 1951.
- Hodos, Georg Hermann: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–54, Frankfurt/Main, New York 1988.
- Holzwarth, Klaus: Die Anfänge der zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ, in: Buchheim, Christoph (Hrsg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S. 247–269.
- Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Offene Serie, zusammengestellt und bearbeitet von Jan Foitzik, München u.a. 1995.
- Izvestija CK KPSS, 1990, Hefte 1 und 2.
- Jäckel, Eberhard (Hrsg.): Die deutsche Frage 1952–1956, Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte, Frankfurt/Main, Berlin 1957.
- Jarausch, Konrad/Siegrist, Hannes (Hrsg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt/Main u.a. 1997.
- Jones, Christopher D.: Soviet Influence in Eastern Europe: Political Autonomy and Warsaw Pact, New York 1981.
- Kaiser, Monika (Beitrag auf einer Podiumsdiskussion 1993): Entstalinisierungskrise und Parteiführung der SED, in: Kocka, Jürgen/Sabrow, Martin (Hrsg.): Die DDR als Geschichte, Berlin 1994, S. 50–52.
- Kaiser, Monika: Sowjetischer Einfluß auf die ostdeutsche Politik und Verwaltung, in: Jarausch/Siegrist, Amerikanisierung, S. 111–133.
- Kampfgefährten – Weggenossen. Erinnerungen deutscher und sowjetischer Genossen an die ersten Jahre der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Dresden, hrsg. von Helfried Wehner in Zusammenarbeit mit Anatoli Waks, Berlin 1975.
- Kampfgemeinschaft SED-KPdsU. Grundlagen, Traditionen, Wirkungen. Referate und Diskussionsbeiträge. XXIV. Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR 8./9. Dezember 1975 in Moskau, Berlin 1978.
- Kanzig, Helga: Die Anwendung der Erfahrungen und die Zusammenarbeit mit der UdSSR beim Aufbau des Sozialismus in der DDR, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte IV/1977, S. 9–25.
- Karjagin, V.: Berlin ot železnogo zanaresa do betonnoj steny [Berlin vom Eisernen Vorhang zur Mauer aus Beton], in: (1) Meždunarodnaja žizn, 1995, Heft 4, S. 94–106, (2) Meždunarodnaja žizn, 1995, Heft 5, S. 85–98, (3) Meždunarodnaja žizn, 1995, Heft 6, S. 91–104.
- Karlsch, Rainer: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53, Berlin 1993.
- Karlsch, Rainer: Eine wichtige neue Quelle für die Wirtschaftsgeschichte der SBZ/DDR von 1945 bis 1955. Der Bestand der Garantie- und Kreditbank AG, in: Archivmitteilungen 42/1993, S. 107f.
- Kießling, Wolfgang: Der Fall Baender. Ein Politkrimi aus den 50er Jahren, Berlin 1991.
- Kießling, Wolfgang: Partner im Narrenparadies. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994.
- Kirchliches Jahrbuch 1951.
- Kießmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, 5. überarb. und erw. Auflage, Göttingen 1991.
- Klimow, Gregory: Berliner Kreml, Köln 1952.
- Knight, Amy: Beria. Stalin's First Lieutenant, Princeton 1993.
- Knoll, Viktor/Kölm Lothar: Der Fall Berija. Protokoll einer Abrechnung. Das Plenum des ZK der KPdsU, Juli 1953, Stenographischer Bericht (Übersetzung aus Izvestija CK KPSS, 1990, Nr.1, 2).
- Knyscheskij, Pawel Nikolajewitsch: Moskaus Beute. Wie Vermögen, Kulturgüter und Intelligenz nach 1945 aus Deutschland geraubt wurde, München 1995.
- Köllner, Lutz/Maier Klaus A. u.a.: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, (hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt), Band 2: Die EVG-Phase, München 1990.

- Kokurin, A. I./Požarov, A. I. (Hrsg.): „Novyj kurs“ L. P. Berii 1953 g. [Der „neue Kurs“ Berijas im Jahr 1953], in: *Istoričeskij archiv* 4 [1996], Nr. 4, S. 132–164.
- Koval', K. I.: *Robota v Germanii po zadaniju GKO* [Arbeit in Deutschland im Auftrag des Staatlichen Komitees für Verteidigung], in: *Novaja i novejšaja istorija*, 1995, Heft 2, S. 101–114.
- Koval', K. I.: *Zapiski upolnomočennogo GKO na territorii Germanii* [Notizen eines Beauftragten des Staatlichen Komitees für Verteidigung auf dem Territorium Deutschlands], in: *Novaja i novejšaja istorija*, 1994, Heft 3, S. 124–147.
- Koval, K. I.: Mein Treffen mit General Draper im Juli 1947, in: *BzG* 37/1995, Heft 2, S. 41–61.
- Kreikamp, Hanns-Dieter (Hrsg.): *Quellen zur staatlichen Neuordnung Deutschlands 1945–1949*, Darmstadt 1994.
- Krisch, Henry: *German Politics under Soviet Occupation*, New York 1974.
- Krushchev Remembers. *The Glasnost Tapes*, Boston 1990.
- Küstern, Hanns Jürgen: Einleitung zu: *Dokumente zur Deutschlandpolitik* (1996).
- Künzel, Werner: Das Ministerium der Justiz im Mechanismus der Justizsteuerung 1949 bis 1976, in: *Rottleuthner, Hubert: Steuerung der Justiz in der DDR: Einflußnahme der Politik auf Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte*, Köln 1994, S. 167–252.
- Künzel, Werner: Die DDR-Gründung im Spiegel ostdeutscher Landtagsdebatten, in: *Scherstjanoi, Provisorium*, S. 327–334.
- Kwizinskij, Julij A.: *Vor dem Sturm, Erinnerungen eines Diplomaten*, Berlin 1993.
- Laufer, Jochen: Auf dem Wege zur staatlichen Verselbständigung der SBZ. Neue Quellen zur Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten 1947, in: *Kocka, Jürgen (Hrsg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*, Berlin 1993, S. 27–55.
- Laufer, Jochen: Die DDR – ein gewollter staatlicher Neuanfang? (Thesen), in: *Kocka, Jürgen/Sabrow, Martin (Hrsg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven*, Berlin 1994, S. 177–180.
- Laufer, Jochen: Die SED und die Wahlen (1949–1950). Untersuchung zu den politischen Entscheidungsprozessen, in: *Scherstjanoi, Provisorium*, S. 101–124.
- Laufer, Jochen: Konfrontation oder Kooperation? Zur sowjetischen Politik in Deutschland und im Alliierten Kontrollrat 1945–1948, in: *Fischer, Alexander (Hrsg.): Studien zur Geschichte der SBZ/DDR*, Berlin 1993, S. 57–80.
- Lederer, Ivo (Hrsg.): *Russian Foreign Policy*, New Haven, London 1962.
- Lemke, Michael: „Doppelte Alleinvertretung“. Die nationalen Wiedervereinigungskonzepte der beiden deutschen Regierungen und die Grundzüge ihrer politischen Realisierung in der DDR (1949–1952/53), in: *ZfG* 40/1992, S. 531–543.
- Lemke, Michael: Die Deutschlandpolitik der DDR zwischen Moskauer Oktroi und Bonner Sogwirkung, in: *Kocka, Jürgen/Sabrow, Martin (Hrsg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven*, Berlin 1994, S. 181–185.
- Lemke, Michael: Die DDR und die deutsche Frage 1949–1955, in: *Loth, Deutsche Frage*, S. 136–171.
- Lipinsky, Jan: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945–1950 – ein Beispiel für alliierte Internierungspraxis oder für sowjetisches GULAG-System, in: *Kaff, Brigitte (Hrsg.): „Gefährliche politische Gegner“. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR*, Düsseldorf 1995, S. 27–43.
- Lippmann, Heinz: *Honecker. Porträt eines Nachfolgers*, Köln 1971.
- Lokatis, Siegfried: Dietz. Probleme der Ideologiewirtschaft im zentralen Parteiverlag der SED, in: *Jansen, Christian/Niethammer, Lutz/Weisbrodt, Bernd: Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995*, Berlin 1995, S. 533–548.
- Lorenz, Thomas: Die Deutsche Zentralverwaltung der Justiz (DJV) und die SMAD in der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1949, in: *Rottleuthner, Hubert (Hrsg.): Steuerung der Justiz in der DDR. Einflußnahme der Politik auf Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte*, Köln 1994, S. 135–165.
- Loth, Wilfried (Hrsg.): *Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit*, Berlin 1994.
- Loth, Wilfried: *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955*, München 1980.
- Loth, Wilfried: *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, Berlin 1994.

- Mackintosh, John M.: *Strategy and Tactics of Soviet Foreign Policy*, New York 1962.
- Mai, Gunther: *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland*, München 1995.
- Malycha, Andreas: *Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950*, Berlin 1996.
- Mampel, Siegfried/Thalheim, Karl C. (Hrsg.): *Die DDR. Partner oder Satellit der Sowjetunion*, München 1980.
- Mampel, Siegfried: *Die Entwicklung der Verfassungsordnung in der Sowjetzone Deutschlands von 1945–1963*, in: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart*. N.F. Bd. 13, Tübingen 1964, S. 455–579.
- Marcou, Lilly: *Le Kominform. Le communisme de guerre froide*, Paris 1977.
- Marquardt, Bernhard: *Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB*, in: Fricke, Karl Wilhelm/Marquardt, Bernhard: *DDR-Staatssicherheit. Das Phänomen des Verrats. Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB*, Bochum 1995, S. 50–169.
- Mastny, Vojtech: *Missed Opportunities After Stalin's Death?*, Paper prepared for conference on „Das Krisenjahr 1953 und der Kalte Krieg in Europa“, Potsdam, 10–12 November 1996.
- Mastny, Vojtech (Hrsg.): *East European Dissent*, vol. 1: 1953–1964, New York 1972.
- Mastny, Vojtech: *Moskaus Weg zum Kalten Krieg*, München/Wien 1981.
- Matke, Fritz: *Starthilfe für neue Literatur. Altes und neues vom SWA-Verlag, Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel*, 1989, Hefte 40–42.
- Meissner, Boris: *Sowjetunion. Der Auswärtige Dienst der UdSSR*, in: *Osteuropa* 5/1955, S. 42–44.
- Meissner, Boris: *Rußland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943–1953*, Hamburg 1953.
- Mittenzwei, Werner: *Das Leben des Bertolt Brecht oder Der Umgang mit den Welträtseln. Zweiter Band*, Berlin 1988.
- Müller-Enbergs, Helmut: *Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni 1953*, Berlin 1991.
- Münch, Ingo von (Hrsg.): *Dokumente des geteilten Deutschlands*, Bd. 1, Stuttgart 1968.
- Naimark, Norman M.: *The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949*, Cambridge u.a. 1995.
- Naimark, Norman M.: *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin 1997.
- Naimark, Norman M.: *Die sowjetische Militäradministration in Deutschland und die Frage des Stalinismus. Veränderte Sichtweisen auf der Grundlage neuer Quellen aus russischen Archiven*, in: *ZfG* 43/1995, S. 293–307.
- Neef, Helmut: *Entscheidende Tage im Oktober 1949. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin 1984.
- Nettl, J.P.: *The Eastern Zone and Soviet Policy in Germany 1945–50*, London/New York 1951.
- New Russian Documents on the Korean War, introduction and translation by Kathryn Weatherby, in: *Cold War International History Project, Bulletin Issues 6–7*, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington D.C., Winter 1995/1996, S. 30–40.
- Niedbalski, Bernd: *Die kaderpolitischen und staatsorganisatorischen Voraussetzungen für die Bildung der DDR-Regierung 1949*, in: *Scherstjanoi, Provisorium*, S. 305–312.
- Niekisch, Ernst: *Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs. Zweiter Band: Gegen den Strom, 1945–1967*, Köln 1974.
- Novik, F.: *Sovetskaja politika v otnošenii GDR do i posle 17 ijunja 1953 goda [Die sowjetische Politik im Verhältnis zur DDR vor und nach dem 17. Juni 1953]*, Vortrag auf der Konferenz „Das Krisenjahr 1953 und der Kalte Krieg in Europa“, Potsdam, 10.–12. November 1996.
- Osten, Walter: *Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion in den Jahren 1952/53*, in: *Osteuropa* 14/1964, Heft 1, S. 1–13.
- Otto, Wilfriede: *Die „Waldheimer Prozesse“ 1950. Historische, politische und juristische Aspekte im Spannungsfeld zwischen Antifaschismus und Stalinismus*, in: *hefte zur ddr-geschichte*, 12, Berlin 1993, S. 5–27.
- Otto, Wilfriede: *Dokumente zur Auseinandersetzung in der 1953*, in: *BzG* 32/1990, S. 655–672.
- Otto, Wilfriede: *Sowjetische Deutschlandnote 1952. Stalin und die DDR. Bisher unveröffentlichte handschriftliche Notizen Wilhelm Piecks*, in: *BzG* 33/1991, S. 374–389.

- Otto, Wilfriede: Sowjetische Deutschlandpolitik 1952/53. Forschungs- und Wahrheitsprobleme, in: DA 26/1993, S. 948–954.
- Otto, Wilfriede: Deutscher Handlungsspielraum und sowjetischer Einfluß. Zur Rolle der Sowjetischen Kontrollkommission, in: Scherstjanoi, Provisorium, S. 138–144.
- Overesch, Manfred: Die Deutschen und die Deutsche Frage 1945 – 1955, Hannover 1985.
- Podewin, Norbert: Walter Ulbricht. Eine neue Biographie, Berlin 1995.
- Pontifex nicht Partisan. Kirche und Staat in der DDR von 1949 bis 1958. Dokumente aus der Arbeit des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Regierung der DDR, Propst Dr. Heinrich Grüber, Stuttgart 1974.
- Programmatische Dokumente der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, hrsg. u. eingel. von Helmut Neef, Berlin 1967.
- Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 9.–12. Juli 1952, Berlin 1952.
- Protokoll des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. Juli 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, (2 Bde.), Berlin 1951.
- Ra'anan, Gavriel D.: International Policy Formation in the USSR. Factional „Debates“ during the Zhdanovshina, Hamden, Conn. 1983.
- Rakitin, P.M./Sjas'ko, V.B./Ivanovskij, E.F.(Leiter des Redaktionskollegiums): Na boevom postu. Kniga o voinach Gruppy sovetskich vojsk v Germanii [Auf Gefechtsposten. Ein Buch über die Kämpfer der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland], Moskva 1975.
- Resin, Leonid: Sobytiija 17 ijunija 1953 goda v GDR – v zerkale Moskovskich archivov [Die Ereignisse des 17. Juni 1953 im Spiegel Moskauer Archive], Vortrag auf der Konferenz „Das Krisenjahr 1953 und der Kalte Krieg in Europa“, Potsdam, 10.–12. November 1996.
- Richter, James: Reexamining Soviet policy towards Germany During the Beria Interregnum (Working Paper Nr. 3, Woodrow Wilson Center), 1992.
- Richter, James: Reexamining Soviet Policy towards Germany during the Beria Interregnum, Paper prepared for delivery at the Conference on „New Evidence in the History of the Cold War“, Moscow, January 12–15, 1993, Lewiston 1993.
- Richter, Michael: Die Rolle der CDU der SBZ in der sowjetischen Deutschlandpolitik in den Jahren 1949–1952, in: Deutschlandfrage, S. 155–181.
- Richter, Michael: Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Sankt Augustin 1991(2).
- Ritscher, Bodo: Die NKWD/MWD-„Speziallager“ in Deutschland. Anmerkungen zu einem Forschungsgegenstand, in: Danyel, Jürgen (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 163–179.
- Ritscher, Bodo: Zur Herausbildung und Organisation des Systems von Speziallagern des NKFD in der sowjetischen Besatzungszone im Jahre 1945, in: DA 26/1993, S. 723–735.
- Rodenbach, Hermann-Josef: Die verstärkte Sowjetisierungspolitik Moskaus und die Entwicklung der DDR, in: Deutschlandfrage, S. 133–154..
- Roesler, Jörg: Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin 1978.
- Roščin, A. A.: Poslevoennoe uregulirovanie v Evrope [Die Nachkriegsregelung in Europa], Moskva 1984.
- Rossija. XX vek. Dokumenty. Lubjanka 1917–1960. Spravočnik, Red. R. G. Pichoja, Moskva 1997.
- Roßmann, Gerhard: Die Kampfgemeinschaft der SED und der KPdSU – Kraftquell für das Gedeihen der sozialistischen DDR, in: Die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen, S. 53–65.
- Rubinstein, Alvin Z.: Stalins Postwar Foreign Policy in Perspective: A Review Article, in: Journal of Conflict Resolutions, VIII, 2 (Juni) S. 186–194.
- Rudolph, Vladimir: The Administrative Organisation of Soviet Control 1945–1948, in: Slusser, Soviet Economic Policy, S. 18–86.
- Rupieper, Hermann-Josef: Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1953, Opladen 1991.
- Rupieper, Hermann-Josef: Zu den sowjetischen Deutschlandnoten 1952. Das Gespräch Stalin – Nenni, in: VfZ 33/1985, S. 547–557.

- Russkij archiv. Velikaja Otečestvennaja: Bitva za Berlin (Krasnaja Armija v poveržennoj Germanii) [Russisches Archiv. Der Große Vaterländische Krieg: Der Kampf um Berlin (Die Rote Armee im besiegten Deutschland)], Band 15 (4–5), Moskva 1995.
- SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber, München 1990.
- Schenk, Fritz: Das rote Wirtschaftswunder. Die zentrale Planwirtschaft als Machtmittel der SED-Politik, Stuttgart 1969.
- Schenk, Fritz: Im Vorzimmer der Diktatur. 12 Jahre Pankow, Köln, Berlin, 1962.
- Schenk, Fritz: Magie der Planwirtschaft, Köln 1960.
- Scherstjanoi, Elke/Laufer, Jochen: Erste Schritte zur Öffnung des Bestandes der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: Archivmitteilungen 40/1990, S. 172–175.
- Scherstjanoi, Elke/Stappenbeck, Christian: „Dibelius war in Karlshorst..., wollte Mittelsmann sein zwischen SKK und Adenauer...“ Ein geheimes Gespräch zwischen Bischof Dibelius, Armeegeneral Tschujkow und Politberater Semjonow im November 1951, in: DA 28/1995, S. 1031–1047.
- Scherstjanoi, Elke: „Provisorium für längstens ein Jahr.“ Die Gründung der DDR (Kolloquium 1991), Berlin 1993.
- Scherstjanoi, Elke: „Wollen wir den Sozialismus?“ Dokumente aus der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 6. Juni 1953, in: BzG 33/1991, S. 658–680.
- Scherstjanoi, Elke: Die DDR im Frühjahr 1952. Sozialismuslösung und Kollektivierungsbeschluß in sowjetischer Perspektive, in: DA 27/1994, S. 354–363.
- Scherstjanoi, Elke: Friedenshektarerträge auf Vorkriegsanbauflächen. Zur Bewältigung von Kriegslasten in der ostdeutschen Landwirtschaft, in: Buchheim, Christoph (Hrsg.): Folgelasten, S. 323–340.
- Scherstjanoi, Elke: Paul Baender und die „zuständigen“ Offiziere der sowjetischen Kontrollkommission, in: BzG 35/1993, Heft 4, S. 80–98.
- Scherstjanoi, Elke: Zur aktuellen Debatte um die Stalin-Note 1952, in: DA 27/1994, S. 181–185.
- Schirdewan, Karl: Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik, 2. Auflage, Berlin 1994.
- Schöneburg, Karl-Heinz u.a.: Vom Werden unseres Staates. Eine Chronik. Bd. 1 (1945–1949), Berlin 1966, Bd. 2 (1949–1955), Berlin 1968.
- Schollwer, Wolfgang: Potsdamer Tagebuch 1948–1950, Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung, hrsg. von Monika Faßbaender, München 1988.
- Schwarz, Hans Peter (Hrsg.): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesregierung, Bd. 1: Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, München 1989.
- Schwarz, Hans Peter: Die Ära Adenauer. Die Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart, Wiesbaden 1981.
- Selbmann, Fritz: Die UdSSR unterstützte den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, in: Zwanzig Jahre danach. Deutschland 1945–1965. Deutsche Außenpolitik, Sonderheft 1, Berlin 1965, S. 106–114.
- Semirjaga, Michail: Aspekte sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jacobsen, Hans-Adolf und andere (Hrsg.): Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941–1995, Baden-Baden 1994, S. 563–587.
- Semirjaga, Michail: Kak my upravljali Germaniej [Wie wir Deutschland verwalteten], Moskva 1995.
- Semirjaga, Michail: Wie Berijas Leute in Ostdeutschland die „Demokratie“ errichteten, in: DA 29/1996, S. 741–752.
- Semjonow, Wladimir S.: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission, 1939–1991, Berlin 1995.
- Sherman, Georg F.: The Russians and the East German Party (prelude to June 17th 1953) London 1956.
- Shukow, Georgi K.: Erinnerungen und Gedanken, Bd. I und II, 8. Aufl., Berlin 1987.
- Shulman, Marshall D.: Stalin's Foreign Policy Reappraised, New York 1963.
- Simonow, Konstantin: Aus der Sicht meiner Generation. Gedanken über Stalin, Berlin 1990.
- Slusser, Robert M. (Hrsg.): Soviet Economic Policy in Postwar Germany. A Collection of Papers by Former Soviet Officials, New York 1953.

- SSSR i Germanskij vopros 1941–1949. Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Bd. 1, 22.6.1941–8.5.1945, Moskva 1996.
- Staritz, Dietrich: Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München 1984.
- Staritz, Dietrich: Die SED, Stalin und die Gründung der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, B 5/1991, S. 3–16.
- Staritz, Dietrich: Die SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs, in: DA 24/1991, S. 686–700.
- Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR 1949–1985, Frankfurt/Main 1985.
- Staritz, Dietrich: Zwischen Ostintegration und nationaler Verpflichtung. Zur Ost- und Deutschlandpolitik der SED 1948–1952, in: Herbst, Ludolf (Hrsg.): Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, S. 279–289.
- Steiniger, Rolf: Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung, Berlin/Bonn 1985.
- Stern, Carola: Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED, Köln 1957.
- Stern, Carola: Ulbricht – eine politische Biographie, Köln 1967.
- Stöckigt, Rolf: Direktiven aus Moskau, Sowjetische Einflußnahme auf DDR-Politik 1952/53, in: Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig und andere, 1990, S. 81–88.
- Stöckigt, Rolf: Ein Dokument von historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: BzG 32/1990, S. 648–654.
- Strunk, Peter: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: Lemberg, Hans (Hrsg.), Sowjetisches Modell und nationale Prägung, Marburg 1991, S. 143–176.
- Strunk, Peter: Zensur und Zensoren. Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland, Berlin 1996.
- Stulz-Herrnstadt, Nadja (Hrsg.): Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, Hamburg 1990.
- Suckut, Siegfried (Hrsg.): Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses, Köln 1986.
- Suckut, Siegfried: Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949, in: VfZ 39/1991, S. 125–175.
- Suckut, Siegfried: „Wenn die Nation erhalten bleibt, werden alle administrativen Spaltungsmaßnahmen eines Tages zergehen und zerfallen“. Zur Vorgeschichte der DDR-Gründung, in: Die Deutschlandfrage von Jalta und Potsdam bis zur staatlichen Teilung Deutschlands 1949 (Studien zur Deutschlandfrage, Bd. 12), Berlin 1993, S. 117–186.
- Suckut, Siegfried: Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung, in: Scherstjanoi, Provisorium, S. 84–101.
- Sudoplatow, Pawel Anatoljewitsch/Sudoplatow, Anatolij: Der Handlanger der Macht. Enthüllungen eines KGB-Generals, Düsseldorf u.a. 1994.
- SVAG. Upravlenije propagandy (informacii) i S. I. Tjulpanov. 1945 -1949. Sbornik Dokumentov. [Die SMAD. Die Propaganda(Informations-)Verwaltung und S.I. Tjulpanow. 1945–1949. Dokumente], Redakteure Bernd Bonwetsch, Gennadij Bordjugov, Norman Naimark, Moskva 1994.
- The Post-Stalin Succession Struggle and the 17 June 1953 Uprising in East Germany: The Hidden History, edited by Christian F. Ostermann for The Cold War International History Project of the Woodrow Wilson International Center for Scholars and the National Security Archive at the George Washington University, An International Conference „The Crisis Year 1953 and the Cold War in Europe“, 10.–12. November 1996.
- Thoß, Bruno (Hrsg.): Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer „verdeckten Ausrüstung“ in der SBZ/DDR 1947–1952, München 1994.
- Timofejewa, Natalia: Die deutsche Intelligenz und die geistig-kulturelle Umgestaltung in der SBZ, in: BzG 37/1995, Heft 2, S. 21–33.
- Titow, Fjodor Dmitrijewitsch: Sowjetische Juristen unterstützten den Aufbau und die Entwicklung antifaschistisch-demokratischer Justizorgane in der DDR, in: Neue Justiz 39 (1985), Heft 5, S. 185f..
- Tjulpanow, Sergej: Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee, Berlin 1986.

- Tschöртner, Ilse: „Die Seelen der Deutschen erobern“. Über die Kulturoffiziere der SMAD, in: Berliner Debatte 1994, Heft 1, S. 99–112.
- Ulam, Adam B.: *Expansion and Co-Existence. The History of Soviet Foreign Policy, 1917–1967*, New York, Washington 1968.
- Ulbricht, Walter: *Zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. IV: 1950–1954*, Berlin 1958.
- Vtoraja mirovaja vojna. Aktual'nye problemy [Der Zweite Weltkrieg. Aktuelle Probleme], Moskva 1995.
- Viskov S. I./Kul'bakin V. D.: Sojuzniki i „Germanskij vopros“ 1945–1949gg [Die Alliierten und die Deutsche Frage“ 1945–1949], Moskva 1990.
- Walther, Peter Th.: Fritz Hartung und die Umgestaltung der historischen Forschung an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in: Sabrow, Martin/Walther, Peter Th., *Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR*, Leipzig 1995, S. 59–73.
- Wandschneider, Hermann: Zu einigen Aspekten der Entwicklung des Kampfbandes zwischen der SED und der KPdSU und der brüderlichen Verbundenheit der Arbeiterklasse der DDR und der UdSSR in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, in: *Die Entwicklung*, S. 215–223.
- Weber, Hermann (Hrsg.) *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR*, Köln 1982.
- Weber, Hermann (Hrsg.): *DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1949*, München 1986.
- Weber, Hermann/Staritz, Dietrich (Hrsg.): *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen“ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren*, Berlin 1993.
- Wehner, Marcus: Geheime Verschlussache. Die jüngste Wende der russischen Archivpolitik, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.7.1995.
- Wenzke, Rüdiger: Auf dem Wege zur Kaderarmee. Aspekte der Rekrutierung, Sozialstruktur und personellen Entwicklung des entstehenden Militärs in der SBZ/DDR bis 1952/53, in: Thoß, *Volksarmee*, S. 205–272.
- Wettig, Gerhard: Die beginnende Umorientierung der sowjetischen Deutschland-Politik im Frühjahr und Sommer 1953, in: *DA* 28/1995, S. 495–507.
- Wettig, Gerhard: Sowjetische Wiedervereinigungsbemühungen im ausgehenden Frühjahr 1953?, in: *DA* 25/1992, S. 942–958.
- Wettig, Gerhard: Did Beria Seek Agreement on German Unification? An Old Problem in the Light of New Evidence, Vortrag auf der Konferenz „Das Krisenjahr 1953 und der Kalte Krieg in Europa“, Potsdam, 10.–12. November 1996.
- Wettig, Gerhard: Zum Stand der Forschung über Berijas Deutschland-Politik im Frühjahr 1953, in: *Deutschlandfrage*, S. 183–200.
- Wettig, Gerhard: Zum Stand der Forschung über Berijas Deutschland-Politik im Frühjahr 1953, in *DA* 26/1993, S. 674–682.
- Zeidler, Stephan: Entstehung und Entwicklung der Ost-CDU 1945–1989. Zum Wandlungs- und Gleichschaltungsprozeß einer Blockpartei, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament*, B 16–17/96, S. 22–30.
- Zeitzeugenberichte [Wolfgang Schollwer (LDPD), Günther Wirth (CDU), Artur Pommerenke (NDPD)], in: Frölich, Jürgen (Hrsg.): „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1995, S. 121–143.
- Zink, Harold: *The United States in Germany, 1944–1953*, Princeton 1957.
- Zubok, Vladislav M.: „Unacceptably Rude And Blatant On The German Question.“. The Succession Struggle after Stalin's Death, Beria and the Significance of the Debate on the GDR in Moscow in April–May 1953, Vortrag auf der Konferenz „Das Krisenjahr 1953 und der Kalte Krieg in Europa“, Potsdam, 10.–12. November 1996.

Personenregister

- Abakumov, Viktor Semenovič 20, 29, 51, 56
Abrasimov, Petr Andreevič 86
Adenauer, Konrad 7, 13, 53, 96
Andreev, K. E. 59, 212
Anisimov, N. P. 217
Appelt, Rudolf 12
- Baender, Paul 76
Bakulin, I. S. 23, 59, 86f., 210, 214
Baranov, A. 23
Baškin, L. A. 215
Baturin, N. A. 215
Bebenin, N. L. 52
Beklešev, A. M. 217
Berija, Lavrentij Pavlovič 20, 29, 51, 56, 92, 95f., 98–101, 103f.
Beschlebynj, A. F. 58, 87, 212, 215
Blatov, Anatolij Ivanovič 215
Bloch, Peter 76f.
Bobunov, K. A. 216
Bogomolov, Aleksandr Jakovlevič 71, 92, 116, 216
Borzov, Nikolaj Aleksandrovič 24, 32, 209
Brodskij, Efim Aronovič 28
Bulganin, Nikolaj Aleksandrovič 103
Bušmanov, Pavel Grigor'evič 59, 211
Bykov, G. S. 19, 54, 57, 87, 209f., 220
- Černomorov, S. V. 218
Chomjakov, B. A. 23, 58, 87, 91, 99, 206, 208, 211, 215
Chronov, G. G. 86, 214
Clay, Lucius Dubignon 9
Čujkov, Vasilij Ivanovič 1, 10–13, 16–19, 21, 25, 28–32, 40, 45f., 51–57, 59, 63, 65–67, 69–75, 77–81, 85f., 88–94, 96f., 100, 102–104, 108, 112, 115, 209f., 214, 220, 223
- Dahlem, Franz 71
Danilov, A. 23
Danilov, V. T. 86, 216
Davydov, S. P. 29, 57, 210, 220
Demidov 23
Den'gin, Sergej Alekseevič 26, 60, 89f., 209f., 214, 220
Dertinger, Georg 13
Deržavin, V. M. 71, 213, 216
Dibelius, Otto 74f., 77
Dibrova, Pavel A. 89, 214
Dieckmann, Johannes 10
Duboskoj, F. A. 217
Dubrovskij, Dmitrij Georgievič 25f., 220
- Egorov, I. N. 212, 216
Eliseev, E. T. 59, 87, 210, 214
Elizarov, Aleksej Ivanovič 221
- Fadejkin, Ivan A. 59, 86, 212, 216
Fedjuninskij, Ivan Ivanovič 217
- Galkin, A. M. 216
Gheorgiu-Dej, Gheorge 14
Gniffke, Erich Walter 72
Goglidze, Sergej Arsen'evič 104
Goluškov, P. F. 216
Grečko, Andrej Antonovič 98, 103f.
Grenkov (oder Grejkov), V. P. 86
Gribanov, Michail Grigor'evič 9, 27, 52–57, 63, 85, 88
Gromov, S. A. 58, 211
Gromyko, Andrej Andreevič 53, 56f., 100
Grotewohl, Otto 6, 10, 12f., 18, 21, 30, 50f., 54f., 57, 59, 65, 69–75, 83–85, 89–91, 94, 96, 99, 102, 112
Grüber, Heinrich 75
Gusev, A. A. 58, 87, 212, 215
- Hamann, Karl 75
Herrnstadt, Rudolf 100–102
Honecker, Erich 75
- Ignat'ev, Semen Denisovič 29
Ignatov, I. D. 23, 58, 213
Il'ičev, Ivan Ivanovič 16, 23, 57, 59, 63f., 71, 73, 87, 89, 102, 112, 209f.
Iljitschov, siehe Il'ičev
Illarionov, A. P. 59, 212
Ivanov, N. V. 89
Ivanov, S. P. 89, 217
- Jakušev, P. P. 213
Judin, Pavel Fedorovič 95, 99, 102
Jurin, T. 24
- Kabanov, Aleksandr Fedorovič 19, 22, 24, 209, 220
Kalabuškin, A. 216
Kardašev, V. P. 213
Kastner, Hermann 12
Kaverznev, Michail K. 29, 57, 89, 217, 220
Kijatkin, M. M. 23, 59, 71, 86, 209f., 216
Kirsanov, Aleksandr Vladimirovič 81
Kobulov, Amajak Zachar'evič 104
Kobulov, Bogdan Zachar'evič 20, 22, 50–52, 57, 73, 87, 89, 100, 104, 209f., 214, 220

- Kocjuba, Ivan A. 216f.
 Kolesničenko, Ivan Sazonovič 25f., 220
 Kondračuk, B. 216
 Korbut, Leonid Aleksevič 116
 Korobov, A. A. 44
 Kosjakin, V. V. 89, 217
 Kostenko, Nikolaj Dmitrievič 86, 215
 Kotikov, Aleksandr Georgievič 25f., 220f.
 Koval', Konstantin Ivanovič 18f., 24, 52, 54, 57,
 71, 73, 92, 112, 116, 205, 207, 209, 220
 Kozlov, A. I. 22, 58, 87, 211
 Krummacher, Friedrich-Wilhelm 74
 Kudrjavcev, Sergej Michajlovič 52
 Kurasov, Vladimir Vasilevič 32
- Lebedev, Aleksandr 71, 213
 Lebedev 51
 Leuschner, Bruno 43, 62, 64f.
 Lippmann, Heinz 75
 Ljul'ka, Petr Semenovič 21f., 29, 59, 86, 211, 215
 Lulka, siehe Ljul'ka
 Lun'kov, Nikolaj Mitrofanovič 89, 99
- Machalov, V. 54, 57, 71
 Makarov, F. A. 218
 Malenkov Georgij Maksimilianovič 101
 Malkin, Grigorij Nikitovič 26, 60, 209, 213, 220
 Markov 22
 Maširin, A. F. 87, 89, 92, 214, 220f.
 Matern, Hermann 71
 Matveev, A. G. 215
 Matveev, L. M. 23, 58, 66, 87, 212, 215
 McCloy, John Jay 9, 53, 78, 98
 Mel'nikov, N. I. 58, 87, 210, 214
 Merkulov, Vsevolod Nikolaevič 50, 73
 Mernov, V. F. 217
 Micheenko 216
 Micheev, G. N. 59, 87, 211, 215
 Mikojan, Anastas Ivanovič 17
 Mirošničenko, Boris Pantelejmonovič 99
 Molotov, Vjačeslav Michajlovič 3, 29, 57, 86, 93,
 95f., 98–101, 103f.
 Morenov, P. 23
 Motovilov, A. 44
- Nalivajko, Boris Jakovlevič 211
 Nemčinov, V. I. 81, 211
 Niekisch, Ernst 77
 Niemöller, Martin 75
 Noskov, N. N. 211
 Nuschke, Otto 12f.
- Odinokov, B. D. 58, 87, 212, 215
 Oelßner, Fred 74, 99
 Orlov, Aleksandr Leonidovič 86, 99, 215
 Orlov, N. (Pseudonym von Semenov) 82
- Pan'sin, Stepan Zacharovič 26, 60, 209, 213, 220
 Pančuk, I. V. 25, 209, 220
 Panin, O. S. 217
 Panov, N. 44
 Pastuchov, P. I. 59, 86, 212, 215
 Pautin 87
 Pavlovskij, K. N. 217
 Perelivčenko, Michail Iosifovič 19, 52, 87, 89,
 209, 214, 220
 Petrakovskij 24
 Petrov, A. M. 86, 89, 99, 214, 220
 Petrov, G. S. 58, 211, 214
 Pieck, Wilhelm 5–7, 13–16, 18, 24, 50, 52, 54,
 57, 69–74, 81, 84–86, 88, 90, 102, 111–113
 Pigurnov, A. P. 217
 Pirogov, N. A. 209, 213
 Popov, P. K. 216
 Poručikov 22
 Postnikov, A. P. 58, 87, 212, 215
 Primakov, A. F. 217
 Puschkin, siehe Puškin
 Puškin, Georgij Maksimovič 12, 70, 89
- Rau, Heinrich 43, 62, 65, 70f., 73f., 91, 93, 205,
 207
 Razin, V. F. 209
 Reimann, Max 71
 Rodionov, A. P. 211
 Romanov, I. M. 23, 59, 211
 Rumpf, Willy 73
 Runenko, A. V. 215
 Russov, A. G. 24
- Saburov, Maksim Zacharovič 87
 Šajtan, A. A. 213, 217
 Šarov, Vasilij Michajlovič 25f., 220
 Ščepin, E. N. 23
 Schenk, Fritz 62, 64f.
 Schirdewan, Karl 94
 Semenov, Vladimir Semenovič 9, 14, 17, 19, 21,
 23, 28–30, 32, 46, 52–54, 57, 59, 61, 63–67,
 69–73, 75, 77f., 80–83, 85–87, 89, 91f., 95–
 104, 113, 209f., 214, 220
 Semičastnov, Ivan Fedorovič 17, 27, 50, 54, 57,
 70, 72, 82, 87, 89, 91, 100, 209f., 214, 220
 Semitschastnov, siehe Semičastnov
 Semjonov, siehe Semenov
 Serov, Ivan Aleksandrovič 29
 Shukov (auch Schukow), siehe Žukov
 Šiljakov, G. V. 215
 Silujanov, P. M. 92, 221
 Šinkov, N. N. 58, 86, 212, 216
 Sirotin, P. K. 58, 87, 213, 215
 Šišov, B. Ja. 212, 216
 Sitnin, V. K. 23, 58, 87, 216
 Skorjukov, A. 9

- Sladkevič, M. I. 217
 Šljachtenko, Michail Kondratevič 26
 Smirnov, Andrej Andreevič 9
 Sokolov, Michail Petrovič 82, 217
 Sokolovskij, Vasilij Danilovič 17, 28, 89, 92, 96,
 103f.
 Sorin, siehe Zorin
 Stalin, Iosif Vissarionovič 7f., 13, 72–75, 81,
 84f., 88, 92–95, 101, 104
 Starostin, V. M. 218
 Strel'cov, A. N. 58, 87, 211, 214
 Stroganov, M. V. 60, 210
 Stroux, Johannes 75
 Strunnikov, Petr Fedorovič 56
 Stupov, A. D. 84, 217
 Suženkov, I. I. 23
 Susin, A. F. 86, 211, 216
 Suslov, Michail Andreevič 14f., 102
 Syčev, V. 53

 Tarasov, A. A. 58, 87, 212, 215
 Titov, Fedor Dmitrievič 22, 43, 59, 86, 212,
 215
 Togliatti, Palmiro 14
 Trofimov, Konstantin D. 21, 51
 Trusov 217
 Tschujkov, siehe Čujkov

 Ulbricht, Walter 5f., 11f., 14f., 21, 50, 54, 57,
 65f., 70–74, 81, 84f., 91, 93, 99, 102, 112, 223
 Urazov, Sergej Ivanovič 26, 60, 209, 213, 220
 Usov, P. A. 25f., 60, 209, 213, 220
 Uval'skij, N. T. 71, 217

 Veršinin, M. I. 213
 Vislousov, A. A. 58, 213
 Vlasov, M. I. 23
 Vlasov, S. E. 59, 212
 Voroničev, M. P. 216
 Vtjurin, B. V. 210
 Vyšinskij, Andrej Januarevič 3, 9, 15, 53f., 57,
 85f., 88f., 95, 107, 119f., 134f.

 Wollweber, Ernst 93
 Wyszinskij, siehe Vyšinskij

 Zacharov, E. 23
 Zaisser, Renate 69
 Zaisser, Wilhelm 24
 Zajcev, I. A. 211
 Zmienko, P. 217
 Zolotuchin, A. I. 60, 91, 213, 220
 Zorin, Leonid Ivanovič 21
 Žukov, Georgij Konstantinovič 17, 28, 88
 Zverev, B. A. 57f., 86, 89, 211

